

Die komplexe sozialistische Rekonstruktion von Altbaugebieten in dem ehemaligen Ost-Berlin



Sigit Atmadi

Band 1: Text

Die komplexe sozialistische Rekonstruktion von Altbaugebieten in dem ehemaligen Ost-Berlin

vorgelegt von
Dipl.-Ing. Sigit Atmadi

Von der Fakultät VI
Planen – Bauen – Umwelt
der Technischen Universität Berlin
zur Erlangung des akademischen Grades
Doktor der Ingenieurwissenschaften
- Dr.-Ing. -
genehmigte Dissertation

Promotionsausschuss:
Vorsitzende: Prof. Dr. Peter Herrle
Gutachter: Prof. Dr.-Ing. Johannes Cramer
Gutachter: Prof. Dr. Harald Bodenschatz

Tag der wissenschaftlichen Aussprache:
26. November 2012

Berlin 2012
D 83

Band 1: Text

Verzeichnis	A
Danksagung	B
Inhaltverzeichnis	C – F
Text	1 – 226
Literaturverzeichnis	I – XII
Abkürzungsverzeichnis	XIII - XIV
Eidesstattliche Erklärung	XV

DANKSAGUNG

An erster Stelle möchte ich mich für das Zustandekommen dieser Arbeit insbesondere bei Prof. Dr. Harald Bodenschatz und Prof. Dr. Johannes Cramer für ihre vielfältigen Anregungen, Ratschläge und wertvollen Hinweise, sowie ihre Bereitschaft, die Betreuung meiner Arbeit zu übernehmen und mich bei der vorliegenden Arbeit bei Fachgesprächen mit Engagement und konstruktiver Kritik zu unterstützen, bedanken.

Viele Personen haben durch ihre Hilfeleistungen dazu beigetragen, diese Arbeit zu erstellen.

Diesbezüglich sind die Gespräche mit den Zeitzeugen hervorzuheben, die durch ihre profunden Kenntnisse und beruflichen sowie politischen Erfahrungen in der ehemaligen DDR dazu beigetragen haben, meine Kenntnisse in diesem Bereich zu erweitern. Hier sind vor allem Frau Hannelore Ruth Kaul, Frau Christina Laduch und Herr Heinz Krause zu nennen.

Darüber hinaus danke ich allen für ihr Entgegenkommen und die mir großzügiger Weise Einblicke in ihr Privatarchiv mit wertvollen Fotos und umfangreichen Akten gewährten sowie für das zur Verfügung gestellte Material und die erteilten Auskünfte. Dadurch wurden meine Kenntnisse zur Geschichte des Baugeschehens im ehemaligen Ost-Berlin vervollständigt und meine Wissenslücke in diesem Bereich geschlossen. Zu erwähnen sind hier Frau Irene Fischer, Herr Klaus Pöschk, Herr Dr. Siegfried Kress.

Den erfolgreichen Verlauf meiner Untersuchungen verdanke ich auch den Expert(in)en der Archive. Meine Recherchen und die Auswertung der Materie wurden durch ihre Hilfsbereitschaft und ihre fachliche Beratung optimiert. Für ihre Unterstützung danke ich Frau Brigitte Mann (IEMB), Frau Britta Kaden-Pohl und Frau Gabriele Schulz- (Landesdenkmalamt) Herrn Rainer Appolinarski (Berliner Galerie), Frau Monika Geilen, Frau Regina Grüner, Frau Gisela Haker und Frau Berit Walter, (Bundesarchiv Berlin und Koblenz), Frau Ramona Strübig (IHZ), Frau Dr. Dorothea Krause, und schließlich von den bezirklichen Archiven Frau Boge, Frau Pinz, Frau Reimer, Frau Wolter, Herr Juhnke und Herr Wühlsdorf und bei allen anderen, die mich bei dieser Arbeit unterstützt haben. Es ist unmöglich, alle diejenigen zu erwähnen. Sie mögen es mir verzeihen.

Ich bedanke mich bei Anne-Marie Arera für die Mithilfe bei der Gestaltung der Präsentation.

Mein besonderer Dank gilt meinen Kindern Janina und Mirko für ihre moralische Unterstützung sowie vielfältigen anderweitigen Hilfeleistungen, die mich bis zur Fertigstellung dieser Arbeit in allen Höhen und Tiefen begleitet haben.

Am meisten gilt meine Dankbarkeit jedoch meiner Frau Veronika für ihre unablässigen Ratschläge, ihr Verständnis, ihre Geduld und abschließend ihre unermüdliche fortwährende unersetzliche Hilfe, insbesondere während der schwierigen Endphase der Schreiarbeit. In vielen Diskussionen half sie mir, mich aus meinen gedanklichen Engpässen zu lösen. Ihre unumstößliche Zuversicht in das Gelingen meiner Arbeit bot mir von Anfang bis zum Ende den wesentlichen erforderlichen Rückhalt. Ihr ist diese Arbeit gewidmet.

INHALTVERZEICHNIS

1.0	Einleitung	1
1.1	Gegenstand und Zielsetzung	1
1.2	Forschungsstand	2
1.3	Untersuchungsmethodik	5
2.0	Städtebauliche Aspekte	8
2.1	Geschichte des Wohnungsbaues in der DDR	11
2.1.1	Epoche der Anstrengungen zur schnellen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum	11
2.1.2	Phase des schnellen Wohnungsbaues mit geringem Standard durch industrielle Bauweise	12
2.1.2.1	Baulicher Aspekt	13
2.1.2.2	Politischer Aspekt	15
2.1.2.3	Wirtschaftlicher Aspekt	16
2.1.3	Periode der Umorientierung in der Stadtplanung	17
2.1.3.1	Baulicher Aspekt	17
2.1.3.2	Politischer Aspekt	20
2.1.3.3	Wirtschaftlicher Aspekt	21
2.2	Stellung der Rekonstruktion im gesamten Wohnungsbauprogramm	22
2.3	Problematik bei der Realisierung der Rekonstruktionsmaßnahmen	24
2.3.1	Baulicher Aspekt	25
2.3.2	Politischer Aspekt	25
2.3.3	Wirtschaftlicher Aspekt	26
3.0	Politische Vorgaben	29
3.1	Einleitung der Wende in der Wohnungsbaupolitik	30
3.2	Entscheidung für das Wohnungsbauprogramm	33
3.3	Durchführung der Rekonstruktion	35
4.0	Wirtschaftliche Forderungen	48
4.1	Volkswirtschaftspläne	50
4.2	Systematisierung durch Gebietstypisierung und Gebäudekategorien	55
4.3	Katalogisierung und Standardisierung in der Produktion	57
5.0	Realisierung der Rekonstruktion	62
5.1	Anfänge der „Erhaltung und Veränderung des Bestehenden“ in Berlin-Mitte: Maßnahmen zur Veränderung der städtebaulichen und sozialen Struktur im Rekonstruktionsgebiet Arkonaplatz	65
5.1.1	Situation zur Jahrhundertwende	66
5.1.1.1	Städtebauliche Entwicklung des Bezirks Berlin-Mitte	66
5.1.1.2	Bevölkerungsstruktur	68
5.1.1.3	Bebauungsstruktur	68

5.1.2	Stand vor der Rekonstruktion	70
5.1.2.1	Gebietsspezifische Merkmale	70
5.1.2.2	Zustand der Gebäude	73
5.1.2.3	Planungsvorläufe	75
5.1.2.3.1	13. Tagung der Stadtbezirksversammlung	75
5.1.2.3.2	Technisch-Ökonomische Zielsetzung (TÖZ) des Rats des Stadtbezirks	76
5.1.2.3.3	Direktive des Stadtbezirksbauamts	78
5.1.3	Planungsentscheidungen zur Rekonstruktion	79
5.1.3.1	Rats- und Tagungsbeschluss der Stadtbezirksversammlung	79
5.1.3.2	Konzeption zur Rekonstruktion	81
5.1.3.3	Planung der einzelnen Maßnahmen	84
	• Rekonstruktion der Wohngebäude	85
	• Wohnungsneubau mit Kaufhalle	86
	• Neubau der Kinderkrippe	88
	• Schulerweiterungsbau	88
	• Frei- und Grünflächengestaltung	89
	• Neubau des Mehrzweckgebäudes	91
	• Architekturgebundene Kunst und die künstlerische Gestaltung der Freiräume	92
	• Erweiterung der Heizungsanlage	92
	• Stadttechnische Versorgung, Straßen- und Tiefbaumaßnahmen	92
5.1.4	Durchführung der Rekonstruktion	94
5.1.4.1	Beispielobjekt: Rheinsberger Straße 34/35	94
	• Wohnungen	94
	• Kinderkrippe	96
5.2	„Die Einheit zwischen Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“ in Berlin-Friedrichshain: Lückenschließungen in konventioneller und industrieller Bauweise im Palisadendreieck	99
5.2.1	Situation zur Jahrhundertwende	101
5.2.1.1	Städtebauliche Entwicklung des Bezirks Berlin-Friedrichshain	101
5.2.1.2	Bevölkerungsstruktur	102
5.2.1.3	Bebauungsstruktur	103
5.2.2	Stand vor der Rekonstruktion	104
5.2.2.1	Gebietsspezifische Merkmale	104
5.2.2.2	Zustand der Gebäude	108
5.2.2.3	Planungsvorläufe	109
5.2.3	Planungsentscheidungen zur Rekonstruktion	112
5.2.3.1	Aufgabenstellung (AST)	112
5.2.3.2	Städtebauliche Direktive	114
5.2.3.3	Planung der einzelnen Objekte	116
	• Modernisierung und Werterhaltung des Wohngebäudes in der Palisadenstraße 65/Koppenstraße 41	116
	• Lückenschließung durch Wohnungsneubau in konventioneller Bauweise in der Friedenstraße 58 – 59	119
	• Lückenschließung durch Wohnungsneubau in industriell vorgefertigter Bauweise in der Palisadenstraße 61 – 64	121

5.2.4	Durchführung der Rekonstruktion	122
5.2.4.1	Beispielobjekt: Palisadenstraße 61 – 64	122
5.3	„Die Wahrung des historisch gewachsenen Charakters einer Altberliner Straße“ in Berlin-Prenzlauer Berg: „Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende“ in der Husemannstraße	126
5.3.1	Situation zur Jahrhundertwende	128
5.3.1.1	Städtebauliche Entwicklung des Bezirks Berlin-Prenzlauer Berg	128
5.3.1.2	Bevölkerungsstruktur	129
5.3.1.3	Bebauungsstruktur	129
5.3.2	Stand vor der Rekonstruktion	131
5.3.2.1	Gebietsspezifische Merkmale	131
5.3.2.2	Zustand der Gebäude	134
5.3.2.3	Planungsvorläufe	135
5.3.3	Planungsentscheidungen zur Rekonstruktion	138
5.3.3.1	Magistratsbeschluss 1984	138
5.3.3.2	Teilgrundsatzentscheidungen 1-5	139
5.3.3.3	Planung der einzelnen Maßnahmen	141
	• Wohnungen	141
	• Fassaden	142
	• Vorgärten und Wohnhöfe	144
	• Erdgeschosszone	147
	• Eingangsbereiche	151
	• Tore und Schlösser	152
	• Straße	152
	• Straßenlaternen	154
	• Litfaßsäulen	154
	• Wasserpumpen	155
	• Museum „Berliner Arbeiterleben um 1900“	155
5.3.4	Durchführung der Rekonstruktion	157
5.3.4.1	Beispielobjekt: Husemannstraße 16 / Sredzkistraße 34	157
6.0	Weitere Rekonstruktionsgebiete	163
6.1	Rekonstruktionsgebiet Nikolaiviertel in Berlin-Mitte Wiederaufbau des historischen Stadtkerns	164
6.2	Rekonstruktionsgebiet Frankfurter Allee Süd in Berlin-Friedrichshain Experimentalvorhaben zur Erprobung neuester wissenschaftlich-technischer Ergebnisse sowie von neuen Technologien bei der Rekonstruktion und Neugestaltung	167
	• Abgestimmten Maßnahmen	168
	• Anwendung neuer Technologien	169
6.3	Rekonstruktionsgebiet Arnimplatz in Berlin-Prenzlauer Berg Experimentelle Erprobung von Erzeugnissen und technologischen Verfahren für die Modernisierung von Küche/Bad/WC in Altbauwohnungen	172
	• Kosten- und Aufwandsvergleiche	173
	• Modernisierung von Küche-Bad-WC	174
	• Wiederherstellung des Arminplatzes	177

7.0	Ergebnisse der Rekonstruktionsmaßnahmen	180
7.1	Stadtbezirkliche Ergebnisse	183
7.1.1	Rekonstruktionsgebiet Arkonaplatz in Berlin-Mitte	183
7.1.2	Rekonstruktionsgebiet Palisadendreieck in Berlin-Friedrichshain	192
7.1.3	Rekonstruktion in der Husemannstraße in Berlin-Prenzlauer Berg	197
7.2	Zusammenfassung Bilanz der Rekonstruktion	205
7.3	Epilog – Die deklarierten und faktischen Ergebnisse des Wohnungsbau- programms	219

Anhang:

Literaturverzeichnis	I - XI
Abkürzungsverzeichnis	XII
Eidesstattliche Erklärung	XIII

1.0 Einleitung

*„Denn was wäre das Haus, was wäre die Stadt, wenn nicht
immer jeder gedächte mit Lust zu erhalten und zu erneuern.“¹*

1.1 Gegenstand und Zielsetzung

Die komplexe sozialistische Rekonstruktion von Altbaugebieten in dem ehemaligen Ost-Berlin fand nur in den letzten zwei Dekaden der DDR-Geschichte statt. Konkret begann die schwerpunktmäßige Inangriffnahme der Rekonstruktion im Jahre 1971, die durch drei Ereignisse begründet wurde. Diese Vorgänge galten folglich als Weichenstellungen und bildeten die baulichen, politischen und wirtschaftlichen Einflussfaktoren bei der Entstehung und Entwicklung der Rekonstruktion, die sich im Einzelnen chronologisch wie folgt darstellen.

Erstens: Bei der 5. Baukonferenz im April 1969 wurde von den Delegierten festgestellt, dass der Produktivitätszuwachs in der volkseigenen Bau- und Baumaterialienindustrie in den vorangegangenen Jahren aufgrund des großen Rückstands in der komplexen Automatisierung in den Werken der Vorfertigungsindustrie viel zu gering war. Sie stellte außerdem fest, dass weniger Wohnungen als vorgesehen produziert wurden. Ihre Forderung lautet daher: Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Industrialisierung des Bauwesens bei Schaffung des Einheitssystems Bau, um die Probleme bei der Wohnraumversorgung zu lösen.

Zweitens: Der VIII. Parteitag der SED vom 15. – 22. Juni 1971 leitete eine Neuordnung in der Politik ein. Er verkündete ein neues Motto der Einheit von Wirtschafts- sowie Sozialpolitik und kündigte „die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“² an. Im (städte-) baulichen Bereich wird die Lösung der Wohnungsfrage zur Hauptaufgabe ihrer eingeleiteten Sozialpolitik deklariert. Zur Durchführung dieser Aufgabe waren insbesondere die Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse zu verbessern um menschenwürdige Wohnbedingungen für die Arbeiter und alle Werktätigen zu schaffen. Der Wohnungsbau erhielt dadurch den höchsten Stellenwert in der Sozialpolitik der DDR und ein sehr ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm wurde eingeleitet.

Drittens: Die Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung (VBWGZ), die im gleichen Jahre stattfand, stellte u. a. fest, dass sich viele Wohngebäude in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand befanden. Die Ergebnisse der Zählung, explizit nach Bezirken aufgelistet, ermöglichten der DDR, ihre staatlichen Planungen – in Hinblick auf ihre Finanzierung – zu konkretisieren. Mit den gewonnenen Daten konnte die Baubehörde Maßnahmen für die darauf folgenden Jahre exakt planen. Der große Wohnungsbedarf und der schlechte Gebäudezustand – als Gesamtergebnis der Zählung – forderten eine strategische wirtschaftliche Neuorientierung.

Die Erkenntnisse aus diesen drei Ereignissen und die daraus folgenden baulichen Entscheidungen, politischen Beschlüsse sowie die wirtschaftlichen Festlegungen, leiteten die Wende innerhalb der Wohnungsbaupolitik ein, die der Rekonstruktion eine große Rolle zutrug.

¹ Johann Wolfgang von Goethe: Gesammelte Werke. Herrmann und Dorothea. Thalia. Die Bürger. Berlin 1923. S. 49.

² Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED. Berlin 1971. S. 296.

Die Ziele dieser Untersuchung der Rekonstruktionsmaßnahmen im ehemaligen Ost-Berlin sind:

- die Gründe, die zu ihrer Entstehung und zu ihrer Entwicklung führen, nachzuvollziehen,
- die Rolle der Rekonstruktionsmaßnahmen innerhalb des gesamten Wohnungsbaus darzustellen,
- die Planung der Rekonstruktion mit ihren gebietsspezifischen Problemen sowie die Entscheidungsprozesse bis zu ihrer Realisierung und ihre Ergebnisse zu analysieren.

Die Einflussnahme im gesamten Ablauf des Verfahrens ist ebenfalls zu untersuchen. Einerseits handelte es sich um die politischen quantitativen Vorgaben und Planzahlen, die dazu dienten, die sozialen Absichten der Partei zu unterstreichen und ihr Prestige zu steigern. Andererseits ging es um die qualitativen wirtschaftlichen Zwänge und Forderungen in Form von Automatisierung der Fertigungsprozesse, Standardisierung der Produkte und durch Gebäudetypisierung, um Einsparungen bzw. Reduzierungen der Faktoren Zeit, Materialien und Arbeitskraft zu erreichen. In gleichem Maße ist aufzuzeigen, dass der Ablauf der Rekonstruktion, aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Forderungen, abweichend von den Planungen der Architekten bzw. der Stadtplaner verlief. Weiterhin ist die chronologische Entwicklung der Einflussnahme zu verfolgen, um ihre Auswirkungen auf die Planung und Ausführung der Rekonstruktionsmaßnahmen festzustellen.

Abschließend sind die Ergebnisse sowohl gebietsspezifisch als auch zeitlich differenziert zu analysieren und kritisch zu bewerten sowie das Geplante und das Erreichte gegenüberzustellen. Aus der Sicht des Architekten und Stadtplaners ist zu hinterfragen, ob möglicherweise durch die politische und wirtschaftliche Einflussnahme eine Beeinträchtigung der Rekonstruktion stattfand und sich eine Benachteiligung für die betroffenen Bürger ergeben hat.

1.2 Forschungsstand

Im städtebaulichen Bereich liegen gegenwärtig folgende Veröffentlichungen, Studien und Publikationen aus der ehemaligen DDR vor:

- Veröffentlichungen über die Resultate der Rekonstruktionsmaßnahmen, die sich überwiegend mit den baulichen Ergebnissen der einzelnen Rekonstruktionsgebiete befassen, den Ablauf nicht umfassend vom Anfang bis zum Abschluss darstellen. Die euphorischen Meldungen über die erbrachte Leistung und Erfolge überwiegen und die Misserfolge wurden aufgrund der Geheimhaltungspolitik verschwiegen, daher erfüllen sie mehrheitlich nicht den Anspruch der Objektivität. Detaillierte Gegenüberstellungen von Ergebnissen der einzelnen Rekonstruktionsgebiete liegen ebenfalls nicht vor und die statistischen Zahlen, die den Erfolg untermauerten, sind mit Skepsis zu betrachten.
- Dokumente über die erfolgreiche Realisierung der Vorgaben der Politfunktionäre sowie Publikationen, die u. a. gezielt über das Erfüllen des Wohnungsbauprogramms berichten und als politische Propaganda dienten. Kritische Anmerkungen in Richtung des Staats- und Parteiapparats über die Auswirkung der staatlichen Einflussnahme wurden dagegen – bedingt durch die ideologischen Gegebenheiten, die damals existierten – nicht publiziert.

- Studien, die sich nahezu einseitig mit dem wirtschaftlichen Aspekt der Rekonstruktion befassen und die Erfolge der Wirtschaftspläne im Wohnungsbau allgemein unterstreichen. Bei diesen Beiträgen lässt sich jedoch die Komplexität der Thematik vermissen. Diese Berichte sollten lediglich die Überlegenheit der Planwirtschaft gegenüber der sozialen Marktwirtschaft beweisen.

Diese Berichte, die u. a. auch in Fachzeitschriften, wie in der „Architektur der DDR“, die während der Durchführung bzw. unmittelbar nach der Fertigstellung der Rekonstruktionsmaßnahmen erstellt wurden, beschrieben lediglich die Gründe, Zielsetzungen sowie ihre Vorgehensweise und präsentierten die positiven Ergebnisse der Rekonstruktion. Kritiken sowie Darstellungen der Misserfolge wurden nicht veröffentlicht.

Eine Übersicht zur komplexen Rekonstruktion in der DDR existiert beispielsweise bei Gerlind Staemmler.³ In dieser Untersuchung wurden die Rekonstruktionsmaßnahmen in den Großstädten der DDR nur bis 1981 erfasst. Aus dem Grund konnte noch keine endgültige Bilanz der Rekonstruktion gezogen werden. Die wissenschaftliche Arbeit untersuchte aus der damaligen Kenntnis der Stadterneuerungsproblematik, welche Probleme in der DDR existierten, in der die Planwirtschaft und Wohnraumlenkung herrschten. Entscheidend war, welche Rolle die Mieter in diesem Prozess spielten.⁴ Im ehemaligen Ost-Berlin wurden zu dieser Zeit u. a. die Rekonstruktionsmaßnahmen am Arkonaplatz erst kurze Zeit davor beendet bzw. am Arnimplatz befanden sie sich noch in der Durchführungsphase. Bei mehreren Rekonstruktionsgebieten wurde 1981 sogar erst mit der Planung begonnen.

Eine Untersuchung von Florian Urban⁵ behandelte die „historische Stadt“, die als Konzept relativ neu sei. Anhand von Beispielen im ehemaligen Ost-Berlin wurde in dieser Arbeit dargestellt, dass dieses Konzept während der 1970er und 1980er Jahre aus den Grundideen der städtebaulichen Moderne entwickelt wurde. Weiterhin wurde die These aufgestellt, dass die städtebauliche Entwicklung im ehemaligen Ost-Berlin ungeachtet der politischen und wirtschaftlichen Unterschiede starke Parallelen zu der im Westen aufweist. Die Ost-Berliner Städtebaupolitik sowohl vor als auch nach der Wiedervereinigung wurde ebenso thematisiert.⁶ Die städtebaulichen Aspekte traten hierbei in den Vordergrund, somit bildeten sie die Schwerpunkte der Untersuchung.

Artikel aus der Bundesrepublik und Publikationen, die nach der Wiedervereinigung veröffentlicht wurden, beschäftigten sich einerseits vorrangig und schwerpunktmäßig entweder nur mit dem baulichen Bereich, dem politischen Teil oder den wirtschaftlichen Aspekten des Wohnungsbaues in der ehemaligen DDR im Allgemeinen, aber nicht explizit und umfassend mit der Rekonstruktion. Bei diesen Beiträgen fehlte dagegen die ausführliche Darstellung der baulichen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge. Andererseits wurde bei einigen Publikationen vorwiegend Kritik geübt, vermutlich aufgrund der jeweiligen politischen Ansichten. Offensichtlich sollte damit nach der Wiedervereinigung ihre bisherige negative Haltung gegenüber der sozialistischen Planwirtschaft bestätigt werden. Einzelne Dokumente werden in den nächsten Kapiteln ausführlich behandelt.

³ Gerlind Staemmler: Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete in der DDR. Dissertation an der TU Berlin 1981.

⁴ vgl. dito. S. IV.

⁵ Florian Urban: The Invention of the historic city – Building the Past in East Berlin. Dissertation an der Fakultät VI der TU Berlin 2006.

⁶ vgl. dito. Kurzfassung.

Diese Tatbestände gaben hinreichende Motivation und Anlass, die Rekonstruktion intensiver zu betrachten und eine umfassende wissenschaftliche Arbeit zu erstellen, die sich ausführlich mit der Vorgeschichte, Planung, dem Realisierungsprozess und der anschließenden präzisen Analyse der Ergebnisse der Rekonstruktion in mehreren Rekonstruktionsgebieten mit entsprechenden Beispielen und chronologischen Abfolgen auseinandersetzt.

Im Fokus der hier vorgelegten Untersuchung wird die Analyse der Zielsetzungen, Planung, Maßnahmen, Problematik der Durchführung und der Ergebnisse der komplexen sozialistischen Rekonstruktionsmaßnahmen stehen, die im Rahmen des Wohnungsbauprogramms in dem Zeitraum von 1971 – 1989, in der „Ära Honecker“, durchgeführt wurde.

Dabei war die Frage zu stellen, wie sich die Rekonstruktion in seiner Zeit in das Gesamtbild des Wohnungsbaus einfügte. War die Rekonstruktion Vorreiter oder Wegbereiter für eine neue Bauform oder nur als typischer Vertreter seiner Epoche zu bezeichnen und existieren Paradigmen, Modifizierungen oder sogar Zäsuren?

Trotz der in Fachkreisen einmütigen Wertung, die Rekonstruktion sei im Rahmen des Wohnungsbaues im ehemaligen Ost-Berlin von besonderer Bedeutung, wurde zu dieser Thematik noch keine komplexe Untersuchung vorgenommen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, diese Materie aufzugreifen und sie umfassend, fundiert und detailliert zu analysieren, insbesondere weil mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung noch keine ausführliche Aufarbeitung bzw. Nachbetrachtung vorhanden ist, die sich damit befasst.

Zusätzlich ist zu klären, inwieweit Gestaltungsspielräume von Architekten und Stadtplanern in der Planwirtschaft der DDR bei der Planung und Durchführung der Maßnahmen vorgesehen, gewünscht oder sogar vorhanden waren. Abschließend wird insbesondere der Frage nachgegangen werden, wie erfolgreich das Wohnungsbauprogramm, insbesondere die Rekonstruktion am Ende der DDR war und die Ursachen, die zu diesem Ergebnis führten, untersucht werden.

Durch kritische Gegenüberstellungen der idealen Vorstellungen der Architekten bzw. Stadtplaner bei der Planung einerseits und die durch Einflüsse wie politische Vorgaben und Planzahlen bzw. wirtschaftliche Zwänge und Forderungen erzielten Ergebnisse in ausgewählten innerstädtischen Wohnbaugebieten andererseits sowie durch Auswertung der statistischen Zahlen wird die Arbeit Antworten zu diesen Fragen finden.

Die Untersuchungen werden sich auf das Gebiet des ehemaligen Ost-Berlins beschränken und sich nur mit Altbauwohngebieten befassen. Es werden keine Gegenüberstellungen mit dem ehemaligen West-Berlin, anderen Großstädten der ehemaligen DDR bzw. der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen. Auch die großen Neubauprojekte im ehemaligen Ost-Berlin werden nicht untersucht. Ihre Fakten werden, gelegentlich in sehr geringem Maße und nur am Rande, punktuell als Vergleich oder Hinweis dargestellt.

Weiterhin sind die Aspekte der Mieter, deren Rechte, Pflichten bzw. Ansprüche und Wünsche, nicht Gegenstand der Untersuchungen. Maßnahmen im Bereich der Wohnfolgeeinrichtungen wie gesellschaftliche Einrichtungen, Grünflächen, Erholungsanlagen sowie verkehrs- bzw. stadttechnische Erschließungen werden nur komprimiert behandelt, insofern diese Maßnahmen Teil der Rekonstruktion darstellten.

Seit der Verwaltungsreform 2004 waren mehrere Bezirke zusammengelegt worden. Die hier eingehend verwendeten alten Stadtbezirksbezeichnungen Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain beziehen sich auf die Zeit des Geschehens. Sie sind keine offizielle Verwaltungsbezeichnung mehr und daher als topografischer Begriff zu verstehen.

Ein chronologischer Aufbau wurde gewählt, da die einzelne Rekonstruktionsmaßnahme in Bezug zu dem jeweiligen zeitlichen/historischen Hintergrund gesetzt werden sollte. Damit soll gezeigt werden, inwieweit sich die einzelnen Maßnahmen aufeinander beziehen bzw. ob Veränderungen aufgrund der Erfahrungen der vorangegangenen Maßnahmen stattgefunden haben.

1.3 Untersuchungsmethodik

Um die vorgegebenen Ziele dieser Untersuchung zu erreichen, wird wie folgt verfahren: Eine grundlegende Basis für den allgemeinen Teil der Untersuchung war durch Artikel, Publikationen und Statistiken gegeben, die sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin erschienen.

Für den bautechnischen Teil wurden in erster Linie die Unterlagen aus den Bauämtern und Wohnungsbauunternehmen sowie die Archivalien der entsprechenden Institutionen ausgewertet. Additional wurden die Sitzungsprotokolle des Stadtbezirks und des Magistrats, die sich mit der Vorbereitung und Durchführung der Rekonstruktion befassten, und die dazu gehörenden Entscheidungen bzw. Stellungnahmen der daran beteiligten Institutionen herangezogen.

Die Analyse der politischen und wirtschaftlichen Bereiche wurde durch Auswertung der Protokolle und Direktiven der Tagungen der Parteiorgane, der Jahreswirtschaftspläne, der Fünfjahrespläne sowie die Entscheidungen der staatlichen Institutionen bzw. der Berufsverbände vorgenommen. Sie enthalten eine ausführliche Dokumentation der jeweiligen Epoche.

Die Erkenntnisse bei der Planung und Durchführung wurden einerseits durch Gespräche mit Zeitzeugen gewonnen, die entweder in dem baulichen Verwaltungsapparat oder bei den ausführenden Organen aktiv waren. Vervollständigt werden diese durch Berichte bzw. Veröffentlichungen über Rekonstruktionen und Dokumentationen zur Ausführung von Rekonstruktionsmaßnahmen. Zusätzlich wurden als Informationsquelle für die Analyse Forschungsergebnisse und Publikationen von Institutionen und Fachautoren, die Stellung zu den baulichen Vorgängen in der DDR nahmen, herangezogen. Die Untersuchung stößt dabei auf mehrere Grenzen, da die Qualität und Quantität der zur Verfügung stehenden Informationsmaterialien sehr unterschiedlich sind.

Das damals in der DDR verwendete Vokabular wird bewusst weitestgehend übernommen. Dies bedeutet keine zwangsläufige Identifikation mit der Bedeutung der entsprechenden Begriffe bzw. mit der Einstellung zur entsprechenden oder jeweiligen gesellschaftspolitischen Problematik. Es gebietet, die Tatsachen der Vergangenheit mit ihren systemspezifischen Merkmalen, nicht unbedingt zu respektieren, sondern zu akzeptieren und wiederzugeben. Ohne Zweifel wird dadurch die Lesbarkeit ein wenig beeinträchtigt.

Die bautechnischen Unterlagen, die für den Schwerpunkt der Arbeit benötigt werden, liegen weitestgehend vor, sind aber nicht mehr in allen Einzelheiten vollständig vorhanden. Dies hat mehrere Gründe.

Die baugenehmigungspflichtigen Unterlagen, die unter Aufbewahrungsfristen unterliegen sind großenteils noch auffindbar. Unterlagen über Maßnahmen, die keiner Genehmigung bedürfen, wie z. B. Fassadenerneuerung, werden z. T. aussortiert. Dies geschah in der Regel nicht aus Bössartigkeit, sondern in einigen Fällen aufgrund der Unkenntnis, historisch relevante Entscheidungsvorgänge von bürokratisch, verwaltungstechnisch wiederkehrenden Abläufen zu differenzieren.

Problematisch bei den vorhandenen Unterlagen war, dass sie sich in der Regel auf Veränderungen und nicht auf die vorherigen Zustände beziehen. Die Annahmen des ursprünglichen Zustandes wurden aus Fotos gewonnen, doch auch nur sehr begrenzt möglich, da nur wenige zur Verfügung stehende fotografische Aufnahmen den Zustand vor der Rekonstruktion dokumentierten.

Weiterhin wurden – mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung – mehrere Unterlagen von verwaltungstechnischen Vorgängen bereits aus dem Archiv entfernt. Dies geschah u. a. im Rahmen der Gebiets- und Verwaltungsreform in Berlin bei Zusammenlegungen von Bezirken oder weil die Wichtigkeit der geschichtlichen Werte dieser Unterlagen falsch erkannt wurde.

Die Fakten zu den Planungsvorgängen wurden den Ratsbeschlüssen und den Entscheidungen des Rats der Stadtbezirke entnommen, und die Angaben zur Durchführung der Maßnahmen wurden vor allem aus den Bauprotokollen abgeleitet und aus Aussagen der Zeitzeugen gewonnen. Aufgrund der unterschiedlichen Funktionen der einzelnen Beteiligten waren diese Informationen als subjektiv zu betrachten, da sie sich z. T. widersprechen.

Letztlich basiert die Unvollständigkeit der Unterlagen auf Tatbeständen, die aufgrund des Eigentümerwechsels der Grundstücke bedingt sind. Die Mehrzahl der Grundstücke, die damals im Volkseigentum lagen, sind seit der Wiedervereinigung in Privateigentum übergegangen, wenige sind im Eigentum der Wohnungsbaugesellschaften geblieben. Leider ist in der Regel die Bereitschaft zur Offenlegung der Unterlagen für wissenschaftliche Zwecke bei den neuen Privateigentümern weniger vorhanden als bei den Wohnungsbaugesellschaften. Die Annahme, dass der VEB bzw. die ehemalige DDR-Behörde westlichen Wissenschaftlern mehr Hilfeleistung entgegengebracht hätte, ist spekulativ.

Die Unterlagen, die benötigt werden, um den politischen Bereich zu hinterfragen, sind weitestgehend vollständig. Im Gegensatz zu Bauzeichnungen bzw. -unterlagen werden Bücher, Zeitungen sowie Zeitschriften sorgsam von mehreren Institutionen archiviert. Dazu gehören u. a. die Nachfolgeorganisationen der Parteiorgane und ihre Archive.

Für die Untersuchungen im wirtschaftlichen Bereich sind die Voraussetzungen und Konditionen, die vorgefunden wurden, nahezu mit dem politischen Bereich identisch. Unterlagen stehen in ausreichendem Maße zur Verfügung. Dadurch werden die historischen Abläufe sehr gut nachvollziehbar und die Arbeit erleichtert, indem eine chronologische Darstellung der Ereignisse vorgenommen werden kann.

Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte werden bei dieser Arbeit nur in dem Maße Berücksichtigung finden, insofern sie den Baubereich tangieren. Aus dem Grund wird diesen Bereichen lediglich ein gewisser Grad an Ausführlichkeit gewidmet. Internationale Aspekte, die das bauliche Geschehen beeinflussen, kommen auch nur in sehr begrenztem Maße zum Ausdruck.

Der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt zweifellos im städte- und wohnungsbaulichen Bereich. Problematisch war, dass die Umsetzung der Maßnahmen vom heutigen Standpunkt aus nicht mehr exakt überprüfbar ist. Eine maximale Auswertung erfolgte durch die vorgefundenen Unterlagen und aus Gesprächen mit Zeitzeugen.

Die erhaltenen Informationen der Beteiligten schließen oft die Defizite der Akten, waren aber z. T. widersprüchlich und aufgrund ihres subjektiven Charakters nur bedingt verlässlich. Der überwiegende Teil der Informationen harmonisiert aber miteinander und deshalb wird ihm mehr Bedeutung beigemessen. Die Beweisbarkeit der Thesen und die Interpretation finden dadurch ihre Grenzen in dem Vorhandensein der verwandten Materialien.

2.0 Städtebauliche Aspekte

„Unsere ganze Kraft und Energie aber muss sich den Gebäuden zuwenden, die erhalten bleiben, in denen die Berliner Bevölkerung lebt und lange Zeit wird leben müssen.“⁷

Vorbemerkung

Die rund 40-jährige Geschichte des DDR-Wohnungsbaues wurde durch die Wiedervereinigung beider deutschen Staaten beendet. Insbesondere war sie im ehemaligen Ost-Berlin aufgrund seiner Bedeutung als „Hauptstadt der DDR“ ein wichtiger Teil der deutschen Architekturgeschichte. Die einzelnen Zeitabschnitte werden in diesem Kapitel verkürzt dargestellt, ihr spezifisches Merkmal insbesondere in Bezug auf die Rekonstruktion analysiert und die Ergebnisse zusammengefasst. Das Wohnungsbauprogramm indessen, das in der Ära Honecker stattfand, dauerte nur fast zwei Jahrzehnte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beschränkten sich die Bauaktivitäten im ehemaligen Ost-Berlin bis Ende der 40er Jahre auf die notdürftige Beseitigung der schwerwiegendsten Schäden an den vorhandenen Wohngebäuden und auf die Wohnraumversorgung der Bevölkerung. In diesen ersten fünf Jahren erfolgte noch kein nennenswerter Wohnungsbau, sondern überwiegend nur die Wiederherstellung der zerstörten Wohngebäude bzw. Betriebe und in geringem Maße der Wiederaufbau. Der Zeitraum zwischen 1945 und 1949 wurde in der DDR rückblickend als „antifaschistisch-demokratischer Umwälzungsprozess“⁸ bezeichnet.

Die darauffolgenden Dekaden der DDR-Geschichte können aus baulicher Sicht wie folgt charakterisiert werden.

Das Aufbaugesetz vom 06.09.1950 legte im § 2 fest: „Die Regierung der DDR wird beauftragt, für den planmäßigen Aufbau der [...] zerstörten Städte der Republik [...] zu sorgen.“⁹ Im 5. Grundsatz der „Grundsätze des Städtebaues“¹⁰ vom 15.09.1950 wurde zur Stadtplanung und architektonischen Gestaltung der Städte zusätzlich konkret „die Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei Beseitigung ihrer Mängel“ gefordert. In einigen Fällen wurden aber nicht nur die Mängel beseitigt, sondern durch großzügige Begriffsauslegung auch ganze Gebäude, die im Nachhinein noch als funktionsfähig bewertet werden könnten. Ein Paradebeispiel war der Abriss des Berliner Schlosses, das stark zerstört, aber teilweise intakt und aus der heutigen Sicht zumindest erhaltungswürdig gewesen wäre.

Der Wiederaufbau war wegen des Verlustes an historischen Bauwerken dadurch gekennzeichnet, dass Architektur und Städtebau „dem Inhalt nach demokratisch und der Form nach national“¹¹ zu erfolgen hatten, dennoch wurden sehr konkret und kompromisslos „Sowjetische Vorstellungen [...] in direkter Anweisung durchgesetzt“¹². Beispielsweise entstand in

⁷ Hans Scharoun bei der Eröffnung der Ausstellung „Berlin plant“ am 22.08.1946. Zitiert in Günter Peters: Baugeschichtliche Beiträge zur Entwicklung der Hauptstadt bis zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR im Jahre 1989. Berlin 1988. S. 12.

⁸ Joachim Palutzki: Architektur in der DDR. Berlin 2000. S. 1.

⁹ § 2 Gesetzesblatt der DDR Nr. 104 vom 14.09.1950.

¹⁰ „Grundsätze des Städtebaues“. Ministerialblatt der DDR Nr. 25 vom 16.09.1950. S. 153 – 154.

¹¹ 14. Artikel der „Grundsätze des Städtebaues“. a. a. O.

¹² Frank Werner: Stadt, Städtebau Architektur in der DDR. Erlangen 1981. S. 30.

dieser Phase der Aufbau der ehemaligen Stalinallee vom Straußberger Platz bis zum Frankfurter Tor, „eine Architektur der nationalen Tradition“¹³. In diesem Zeitraum herrschte ein „nationales, repräsentatives Bauen“¹⁴, das erst mit dem „Entstalinisierungsprozess“ sein Ende fand.

In den 60er Jahren griff die Planwirtschaft, „im Glauben an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und an den Sieg des Sozialismus im Städtebau der DDR“¹⁵, massiv in die Bauwirtschaft ein und nahm Einfluss auf die Entwicklung des Wohnungsbaues. In diesem Jahrzehnt begann das industrielle Bauen.¹⁶ Standardisierung in der Bauproduktion, Konzentration des Bauens auf größere Standorte und die Spezialisierung der Baufachkräfte bzw. der Baugeräte auf die industrielle Vorfertigung kennzeichneten dieses Jahrzehnt. Die traditionelle handwerkliche Fertigung wurde durch die Technologie des Typensortiments verdrängt. Die Gestaltung wurde durch produktionstechnische Forderungen und ökonomische Zwänge bestimmt, die Ästhetik den wirtschaftlichen Zahlen geopfert.

Im Schutze der Berliner Mauer konnten die ideologisierten Baumaßnahmen zur Schaffung der repräsentativen sozialistischen Hauptstadt noch stärker durchgesetzt werden. „Besonders bei der forcierten Umgestaltung der Stadtzentren wurden die Inszenierung des Neuen gegen das Alte zur städtebaulichen Devise“¹⁷ und führte nicht selten auch zur Beseitigung des alten Bestandes. Als „erster voll industriell erstellter und in kontinuierlicher Fließfertigung errichteter sozialistischer Wohnkomplex Berlins“¹⁸ wurden in dieser Phase die Häuserblöcke vom Alexanderplatz bis Straußberger Platz errichtet. Eine innerstädtische Großsiedlung erstreckte sich auf einer Länge von rund einem Kilometer.

In den 70er Jahren dominierte in der DDR der industrielle Wohnungsbau zunächst weiter. Die von der Staats- und Parteiführung favorisierten Neubauprojekte, genormte Wohnblocks in Plattenbauweise, überwiegend aufgestellt an der Peripherie der großen Städte, wurden als „moderne Siedlungen und Früchte sozialistischen Bauens“¹⁹ deklariert. Die Energiekrise, die auch die DDR in dieser Dekade erfasst hatte, verstärkte „die grundsätzliche Baupolitik von schnellster und billigster Massenfertigung. Doch die Altbausubstanz erzwingt neue Leitbildaspekte.“²⁰ Auf der einen Seite schritt der Verfall alter Bausubstanz schnell voran und erreichte vielerorts bereits seinen kritischen Stand. Auf der anderen Seite bildeten geringere Investitionen in die Altbausubstanz (keine neue Infrastruktur- und neue Erschließungskosten) die preisgünstigste Möglichkeit, die fehlenden Wohnungen und Wohnfolgeeinrichtungen vieler Art zu errichten.

Der VIII. Parteitag der SED 1971 leitete enthusiastisch den ideologischen Übergang von Stadtexpansion zur innerstädtischen Umgestaltung ein. Wie sich jedoch zeigte, hielt die Euphorie zunächst nicht lange an und diese Idee wurde vorerst nicht flächendeckend realisiert. Für die Umsetzung der neuen Baupolitik wurden ein hoher technischer, baurechtlicher Entwicklungsaufwand und Zeit benötigt. Der Prozess zur Erhöhung des Anteils der Modernisierung beim Wohnungsbau verzögerte sich darüber hinaus durch Defizite bei den Materialien

¹³ Bruno Flierl: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Berlin 1998. S. 9.

¹⁴ Frank Werner. a. a. O. S. 32.

¹⁵ Bruno Flierl: Gebaute DDR. a. a. O. S. 9.

¹⁶ vgl. Günter Peters: Zur Baugeschichte Berlins. Berlin 1989. S. 11.

¹⁷ Bruno Flierl: Gebaute DDR. a. a. O. S. 9.

¹⁸ Herbert Nikolaus und Alexander Obeth: Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße. Berlin 1997. S. 279.

¹⁹ Hansjörg Buck und Ute Reuter: Das Scheitern des SED-Wohnungsbauprogramms und die Infrastrukturellen und ökologischen Erblasten für die Wohnumwelt in den neuen Bundesländern. Vom Missbrauch der Statistik unter der SED-Regime. Bonn 1991. S. 6.

²⁰ Frank Werner. a. a. O. S. 26.

und Facharbeiterkräften. „Ein generelles Problem der sozialistischen Planwirtschaft [...] bestand bekanntlich darin, dass das Angebot an Gütern und Leistungen beständig hinter der zahlungsfähigen Nachfrage zurückblieb, der Mangel herrschte dauerhaft. Das galt auch für die Bauwirtschaft, deren Leistungen ständig den Anforderungen hinterher hinkte – auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaus.“²¹ Das erste Experiment zur flächenmäßigen, innerstädtischen Umgestaltung begann 1971 mit dem Rekonstruktionsgebiet um den Arkonaplatz. Erst nach und nach folgten in den darauffolgenden Jahren weitere Rekonstruktionsgebiete.

Parallel lief der Neubau aufgrund der langfristigen Planung weiter. Das ehemalige Ost-Berlin ging mit „gutem“ Beispiel voran. In Marzahn – „der 9. Stadtbezirk“ – wurden in einem Areal von ca. 600 ha, zunächst bis 1980, rund 20.000 Wohnungen erstellt. Das Großbauprojekt wurde als „bedeutendstes Vorhaben des komplexen Wohnungsneubaus der DDR“²² erkorren. Dieses Bauvorhaben erfolgte in ähnlichen Formen wie der Trabantenstadtbau im Westteil der Stadt und in den westdeutschen Städten zehn Jahre zuvor, mit dem wesentlichen Unterschied, dass durch die sehr geringe Variations- und Kombinationsmöglichkeit der Fertigteilelemente dieses Projekt noch deutlicher – im negativen Sinne – hervorstach.

Anfang der 80er Jahre wurde erkannt, dass der Bauprozess nicht so weitergeführt werden konnte. „Der Wohnungsbau brachte immer weniger als was er bringen sollte. [...] National und international wurde der Verfall der Altbauwohnungen und der historisch wertvollen Bausubstanz zu einer Blamage für die um Renommee bemühte Partei- und Staatsführung der DDR.“²³ Beim X. Parteitag 1981 wurde die Gegensteuerung auch von der und Partei- und Staatsführung intensiv gefordert. „Zweifellos werden auch künftig Erweiterungsbauten notwendig sein. Absolut in den Vordergrund tritt jedoch, die vorhandenen Bauanlagen intensiver zu nutzen, besser zu pflegen bzw. zu erhalten, sie zu rekonstruieren und zu modernisieren.“²⁴ Rekonstruktion war die Lösung, durch intensive Rationalisierung der Kosten bewohnbare Gebäude nach zeitgemäßen Anforderungen zu schaffen. Die städtebauliche Bewertung der Altbausubstanz wechselte von „nicht erhaltenswert zu bewahrungswürdig“²⁵.

Die bevorstehende 750-Jahrfeier 1987 bot Anlass, verstärkt den Übergang von Städteexpansion – den Bau neuer Wohngebiete auf freien Flächen wie Marzahn – zur innerstädtischen Umgestaltung einzuleiten und Wohnungsbau auf mehreren kleineren Standorten zu betreiben. Beispiele waren die Inangriffnahme der Rekonstruktionsgebiete in Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain. Anteilmäßig erhöhten sich die innerstädtischen Maßnahmen in Altbaugebieten im gesamten Wohnungsbau, trotz der Weiterführung der großen Neubauprojekte wie u. a. die Projekte Wilhelm-Pieck-Straße, Leipziger Straße / Krausenstraße, Ernst-Thälmann-Park, Albert-Norden-Straße und Kaulsdorf-Nord. In Marzahn waren bis 1990 weitere 35.000 Wohnungen für rund 100.000 Einwohner vorgesehen. Das schnellere Bauen durch Neubauten musste parallel weiter forciert werden, da das Ende des Ablaufes des Wohnungsbauprogramms nahte. „Gegenüber bauwirtschaftlichen Verpflichtungen treten Städtebau und Architektur in den Hintergrund. Der Zwang zur Planerfüllung in der Wohnungsproduktion lässt keine Zeit, die Change wahrzunehmen, die dem Städtebau gegeben sind.“²⁶

²¹ Joachim Tesch: Der Wohnungsbau in der DDR 1971 – 1990. In: Heft zur DDR-Geschichte Nr. 70. Berlin 2001. S. 57

²² Roland Korn: Der 9. Stadtbezirk in Berlin. In: Architektur der DDR 9/1976. S. 545 – 553.

²³ Siegfried Grundmann: Die absurde Logik des Wohnungs- und Städtebaues in der DDR. In: Deutsche Fragen – Von der Teilung zur Einheit. Hrsg. Heiner Timmermann. Berlin 2001. S. 330.

²⁴ Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag der SED. Berichterstatter Erich Honecker. Berlin 1981. S. 67.

²⁵ Frank Werner. a. a. O. S. 22.

²⁶ dito.

2.1 Geschichte des Wohnungsbaues in der DDR

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lag ganz Berlin in einem unübersehbaren riesigen Trümmerfeld von ca. 75 Millionen m³ Schutt, ein Siebentel aller Trümmer Deutschlands.²⁷ Die Maßnahmen zur Überwindung von Wohnungsnot „führten zu Formen des Bauens und Planens, die in vielen Ländern [...] zu vergleichbaren Lösungsversuchen tendierten“²⁸. Trotz der gemeinsamen Geschichte und insbesondere der gemeinsam zerstörten Städten verlief der Aufbau in den beiden Teilen Deutschlands aber unterschiedlich. Ungleich waren durch die verschiedenen gesellschaftlichen Systeme die Ziele und daher auch die Maßnahmen zu ihrer Erreichung. Dies Betraf nicht nur den Neubau, sondern auch den Bereich des Altbaus. Hervorstechend war, dass „in den verschiedenen Etappen ihrer Entwicklung, [...] in der DDR oft sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Haltungen zum Umgang mit dem Alten: nacheinander aber auch gleichzeitig“²⁹ zu erkennen waren.

Der Wohnungsbau war im System der Planwirtschaft eingebunden, und dadurch erfolgte „die Instrumentalisierung von Städtebau und Architektur durch den Staat und für den Staat. [...] Und das geschah in den verschiedenen Etappen der DDR-Entwicklung städtebaulich-architektonisch auf ganz unterschiedliche Weise.“³⁰ Diese Etappen des Wohnungsbaues können aus sozialpolitischer Sicht wie folgt unterteilt werden.

1. Die ersten fünf Jahre bis zur Gründung der DDR bildeten eine Epoche der notdürftigen Beseitigung der größten Schäden, der Wiederherstellung der zerstörten Gebäude und der Anstrengungen zur schnellen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum,
2. Seit den 50er Jahren erfolgte eine Phase schnellen Wohnungsbaues mit geringem Standard. Nach der Erstellung des Generalplans für den Neuaufbau Berlins begann das Bauen mit industriell vorgefertigten Bauteilen analog der Forderung der 1. Baukonferenz „schneller, besser und billiger bauen“.
3. Nach dem VIII. Parteitag der SED 1971 folgte eine Periode der Umorientierung in der Stadtplanung. Seit diesem Zeitpunkt gewann die Rekonstruktion innerhalb des Wohnungsbaues zunehmend an Bedeutung.

2.1.1 Epoche der Anstrengungen zur schnellen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum

Diese Epoche begann unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dauerte bis zur Gründung der DDR im Jahre 1950. In diesen fünf Jahren erfolgten vorerst schwerpunktmäßig die notdürftige Beseitigung der Kriegsschäden, Reparaturen an den Wohnhäusern und provisorische Wiederherstellungen an den Gebäuden. Der neu gebildete Magistrat befasste sich in seiner 1. Sitzung am 20.05.1945 bereits mit Fragen des Wohnungs- und Bauwesens.³¹ Die Konzentration der Maßnahme lag bei dem Wiederaufbau des Wohngebäudes, zur Überwindung schlimmster Wohnungsnot, damit jeder eine beheizbare Wohnung erhielt.

²⁷ vgl. Wolfgang Ribbe und Jürgen Schmädke: Kleine Berlin-Geschichte. Berlin 1988. S. 198.

²⁸ Peter Marcuse: Die Merkmale einer widersprüchlichen Politik des städtischen Wohnens. In: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 Jahre DDR. Berlin. 1991. S. 272.

²⁹ Bruno Flierl: Gebaute DDR. a. a. O. S. 9.

³⁰ dito. S. 64.

³¹ vgl. Günter Peters: Baugeschichtliche Beiträge zur Entwicklung der Hauptstadt bis zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR im Jahre 1989. Berlin 1988. S. 10.

Parallel dazu wurden Maßnahmen zur Wiederinbetriebnahme der Arbeits- und Produktionsstätten, der stadttechnischen Versorgung, der Verkehrsanlagen und der gesellschaftlichen Einrichtungen vorgenommen, um die Bevölkerung auch mit Arbeitsplätzen zu versorgen. „Das Nahziel aber hieß dringend, jedem eine beheizbare Unterkunft zu schaffen.“³² Bereits damals betonte der Stadtrat Prof. Scharoun zur Eröffnung der Ausstellung „Berlin plant“ am 22.08.1946, dass der vorhandene Altbau noch eine lange Zukunft habe und daher erhaltenswert sei. Die Ausstellung stellt die ersten Ergebnisse der langfristigen städtebaulichen Planungen vor. Der Kollektivplan wollte „die Hauptstadt eines künftigen neuen demokratischen Deutschlands, Berlin entwickeln“³³. Eine Bilanz der ersten Jahre nach dem Krieg zeigt, dass trotz großer Aktivitäten im Gebiet des ehemaligen Ost-Berlins sehr bescheidene Ergebnisse in der Wohnungsentwicklung zustande kamen.

In dieser Epoche wurden in der Zeit von 1945 – 1948 folgende Bauaktivitäten festgestellt:

Wiederaufbau von:	23.109 Wohnungen und
Neubau von:	780 Wohnungen.
Insgesamt:	23.889 Wohnungen. ³⁴

Im Jahre 1949 wurden folgende Bauaktivitäten festgestellt:

Ausbau von:	1.686 Wohnungen und
Neubau von:	845 Wohnungen.
Insgesamt:	2.421 Wohnungen.

Von 1945 – 1949 entstanden somit insgesamt 26.310 Wohnungen.³⁵

2.1.2 Phase des schnellen Wohnungsbaues mit geringem Standard durch industrielle Bauweise

Nach der Konzentrierung der Arbeiten beim Wiederaufbau fing praktisch zeitgleich mit der Gründung der DDR der Beginn der Wohnungsneubauphase an, um die dringlichen Bedürfnisse nach Wohnraum zu befriedigen. Der wachsende Bedarf an Wohnungen führte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Produktion. Mit wachsenden Kapazitäten erfolgte eine Orientierung auf eine quantitative Ausweitung der Versorgung mit Wohnraum zu niedrigen Kosten. Dies führte zur Neubebauung großer Abrissgebiete in der Innenstadt und zu randstädtischen Siedlungen auf freien Flächen. Wird das ganze Land betrachtet, dann waren auch neue Städte geschaffen worden, und zwar im Zusammenhang mit der Errichtung neuer Fabriken wie Eisenhüttenstadt, vormals Stalinstadt im Sommer 1950. Die Entwicklung in dieser Bauphase erfolgte aus unterschiedlicher Betrachtungsweise wie folgt:

2.1.2.1 Baulicher Aspekt

Als Grundlage für den Beginn des Wohnungsneubaus im großen Stil, der 1950 erfolgte, diente aus baulicher Sicht der „Generalplan für den Neuaufbau Berlins“, der am 13.07.1949

³² vgl. Günter Peters: Baugeschichtliche Beiträge zur Entwicklung der Hauptstadt bis zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR im Jahre 1989. Berlin 1988. S. 13.

³³ dito. S. 12.

³⁴ vgl. Günter Peters: Gesamtberliner Stadtentwicklung von 1949 – 1990. Berlin 1992. S. 58 – 59.

³⁵ vgl. Günter Peters: Baugeschichtliche Beiträge zur Entwicklung der Hauptstadt bis zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR im Jahre 1989. a. a. O. S. 19.

von Oberbürgermeister Friedrich Ebert bekannt gegeben wurde³⁶. Mit dem Beschluss des Magistrats vom 28.11.1949 wurden schließlich die Leitsätze für die Planung der Hauptstadt der DDR beschlossen, bekannt als Nationales Aufbauprogramm. Erster Bauschwerpunkt wurde der traditionsreiche Arbeiterbezirk Friedrichshain mit dem Neubaugebiet Frankfurter-Allee westlich der Warschauer Straße, eine Planung für den Bau von ca. 1900 Wohnungen (4- bis 5-geschossige Laubenganghäuser). Die Grundsteinlegung für ein neues Wohngebiet an der Stalinallee rund um die Weberwiese erfolgte zu Ehren von Stalins 70. Geburtstag am 21.12.1949.³⁷

Parallel dazu stellte die Leitung der neu gegründeten Abteilung Wohnungsbau im Aufbaumini-sterium im April 1950 fünf Wohnungstypen für das gesamte Gebiet der DDR vor, die zur verbindlichen Grundform erklärt wurden. Andere Wohnungsbauten, abweichend von diesen Grundrissen, durften nicht aus staatlichen Mitteln gebaut werden. Mit diesen Grundrissen wurden einzelne wichtige Maße festgelegt, wie z. B. Raumtiefen, Geschosshöhen, Abmes-sungen der Treppenhäuser und die Größe von Fenster und Türen.³⁸ Die Vereinheitlichung der Maße – und das war ein wichtiger Grund auf dem Weg zum industriellen Wohnungsbau – zieht darauf hinaus, die Vorbereitung der Baumaterialien sowie die Massenproduktion der Bauteile von den Arbeiten auf den Baustellen organisatorisch zu trennen.

Eine erneute Diskussion über die Wohnungsbautypen fand im Jahre 1954 nach einem Be-such (ost-)deutscher Architekten in Russland statt. Ein leicht reduziertes sowjetisches Grundrissbeispiel wurde Ausgangspunkt für die Entwicklung der Serien 54 und 55. Ein neuer Kurs in der Wohnungsbaupolitik begann, sowohl in der Ästhetik als auch in der Produktion. „Die Praxis und die Bauwissenschaft der DDR folgen in den nächsten Jahren vor allem sow-jetischen Vorbildern.“³⁹ Die Qualität der Wohnungen sollte kostenmäßig durch Rationalisie-rung und durch Industrialisierung des Wohnungsbaues erreicht werden. Die Typisierung bei der Herstellung ganzer Wohnblöcke wurde das erklärte Ziel der Baupolitik.

Seitdem hat sich das ästhetische Programm des Wiederaufbaues geändert. Der Wohnungs-bau auf den Magistralen in der Sowjetunion war das Vorbild, sogar als ideologische Ver-pflichtung der Partei- und Staatsführung. Beispielhaft standen die Bauten in der damaligen Stalinallee, auch bekannt unter der Bezeichnung „Zuckerbäckerstil“. Als Mittel zur Abgren-zung des Sozialismus zum Kapitalismus entstand die „Architektur der nationalen Traditionen“⁴⁰. Diese war vom Inhalt her sozialistisch, in der Form jedoch national. Diese „nationale und repräsentative“⁴¹ Architektur hatte sich aber durch die parallel schnelle Entwicklung des industriellen Bauens nicht weiter entfalten können.

„Die Erhöhung der Wohnungsbauproduktion erforderte Bauleistungen, die über die damals vorhandene Produktivität und das technische Niveau weit hinausgingen, denn die meisten Wohnbauten wurden noch in Ziegelbauweise ohne nennenswerte Mechanisierung hand-werksmäßig ausgeführt.“⁴² Die logische Konsequenz war die Forderung auf der 1. Baukon-

³⁶ vgl. Günter Peters: Baugeschichtliche Beiträge zur Entwicklung der Hauptstadt bis zum 4. Jahrestag der Gründung der DDR im Jahre 1989. a. a. O. S. 19.

³⁷ vgl. Joachim Palutzki: Architektur in der DDR. a. a. O. S. 48.

³⁸ vgl. Gisela Heun: Die Entwicklung des industriellen Wohnungsbaues in der DDR seit 1945 an Fallbeispielen aus Ost-Berlin. Diplom-Arbeit an der TU-Berlin. Berlin 1990. S. 13.

³⁹ dito. S. 21.

⁴⁰ Bruno Flierl: Gebaute DDR. a. a. O. S. 9.

⁴¹ Frank Werner. a. a. O. S. 29.

⁴² Ule Lammert: Die Lösung der Wohnungsfrage – ein programmatisches Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung. In: Zeit-schrift für Theorie und Praxis 11/1980. S. 1147.

ferenz: Schneller, besser und billiger zu bauen und die Industrialisierung der Bauprozesse zu beschleunigen.

Der Schwerpunkt der Bautätigkeiten war weiterhin zweifelsfrei noch der Neubau. Theoretische Vorstöße sowie Konzeptionen zur Erhaltung der Altbausubstanz wurden aber bereits bei der Expertentagung von Experten der sozialistischen Länder des RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) entwickelt, die am 23. – 29.06.1963 in Weimar stattfand. Die gedankliche Auseinandersetzung der Baufachleute mit der Rekonstruktion wurde hiermit geboren. Von diesem Gremium wurden Empfehlungen für die sozialistische Umgestaltung der Städte unter besonderer Berücksichtigung der Umgestaltung der alten Wohngebiete für alle ihre Mitgliedsländer erarbeitet.⁴³ Diese Umgestaltung sollte in zwei Etappen, auf der Basis der Forderung des sozialistischen Städtebaues, verwirklicht werden.

Für die erste Etappe bis 1970 wurde

- die Beseitigung des Wohnungsdefizits durch Aufbau von Wohnungskomplexen auf bisher freiem oder unerschlossenem Gelände,
- die Werterhaltung und Generalreparaturen an den vorhandenen Wohngebäuden,
- zunehmend die Umgestaltungsmaßnahme in den alten Wohngebieten und
- der verhältnismäßig geringe Abriss schlechtester Wohngebäude und ihr Ersatz durch den Neubau vorgeschlagen.

Erst in der zweiten Etappe von 1970 bis 1980 wurde

- die Bereitstellung einer gut ausgestatteten Wohnung für jede Familie mit je einem Raum pro Familienmitglied,
- die weitere Maßnahme zur Werterhaltungs- und Generalreparaturen des Bestandes,
- die umfangreiche Umgestaltungsmaßnahme der Wohngebiete, um eine vollständige Ausstattung durch primäre gesellschaftliche Einrichtungen zu erreichen, und
- der umfangreiche Abriss schlechtester Wohngebäude und der darauffolgende Neubau vorgesehen.⁴⁴

Die Bilanz dieser Phase des schnellen Wohnungsbaues zeigt folgenden Tatbestand. In der Zeit von 1949 bis 1970 wurden im ehemaligen Ost-Berlin (und DDR):

neu gebaut: 112.688 (289.593) Wohnungen und
modernisiert: 26.483 (28.793) Wohnungen
Insgesamt: 139.171 (318.386) Wohnungen.⁴⁵

⁴³ vgl. Lothar Kwasnitzka: Zur sozialistischen Umgestaltung der Städte. In: Deutsche Architektur 8/1963. S. 456.

⁴⁴ vgl. Peter Doehler: Sozialistische Umgestaltung der Städte unter besonderer Berücksichtigung ihrer alten Wohngebiete. Deutsche Architektur 8/1963. S. 457 – 458.

⁴⁵ vgl. Günter Peters: Gesamtberliner Stadtentwicklung von 1949 – 1990. a. a. O. S. 57 – 58. und Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. S. 198.

2.1.2.2 Politischer Aspekt

Im politischen Bereich wurde in den 50er Jahren mit der Ausarbeitung der gesetzlichen Voraussetzungen für den Aufbau begonnen. Dabei wurde der politische und ideologische Anspruch der Partei auch im Bereich des Wohnungsbaues forciert, und „der wichtigste Bestandteil des neuen Planungsverständnisses war die bedingungslose Zentralisation der Entscheidungsgewalt in der Hand staatlicher Institutionen“⁴⁶.

Der erste Schritt zu dieser Zentralisation war das beschlossene „Aufbaugesetz“⁴⁷. Es legte die sozial-ökonomischen Grundlagen von Stadtentwicklung und -gestaltung fest. Dadurch wurde „die Inanspruchnahme von bebauten und unbebauten Grundstücken“⁴⁸ – auch Aufbaugelände genannt – durch den Staat für ein Bauen im Interesse des Volkes ermöglicht. Diese Aufbaugelände konnten durch die Regierung festgelegt werden und bewirkten, dass die „dauernde oder zeitweilige Beschränkung oder Entziehung des Eigentums und anderer Rechte erfolgen kann“⁴⁹. Damit war der nahezu beschränkungslose Zugriff staatlicher Planung auf den von der Verwaltung selbst festgelegten Plangebiet hergestellt. Das Gesetz erlaubte demnach auch noch dem sozialistischen Staat, das in Privathand befindliche Bauland auf dem Wege der Entschädigung in Volkseigentum zu überführen.

Der Ministerrat bestätigte parallel dazu mit den „16 Grundsätze[n] des Städtebaues“⁵⁰ die Grundlage für die Städtebaupolitik der DDR, die sich auf die Erfahrungen der Sowjetunion stützte. In Grundsatz 1 wird die Stadt als die „wirtschaftlichste und kultureichste Siedlungsform für das Gemeinschaftsleben der Menschen“ und zugleich in Struktur und architektonischer Gestaltung als „Ausdruck des politischen Lebens und des nationalen Bewusstseins des Volkes“ bezeichnet. Als Ziel des Städtebaues galt in Grundsatz 2 „die harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruchs auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung“. Mit der Verfügbarkeit über das Bauland wurde der Bodenspekulation die Grundlage entzogen und ein Traum der sozialistischen Städtebauer verwirklicht, nahezu unbeschränkt eine den Bedürfnissen der werktätigen Bevölkerung entsprechende Stadt für die Zukunft planen zu können.

Seit Anfang 1954 wurden Richtlinien erlassen, die die Entwicklung und Anwendung der Vorfertigung verlangen. Das Ministerium für Aufbau stellte ein Katalogwerk mit Konstruktionselementen und Architekturdetails heraus. Am 25.10.1955 wurde vom Ministerium für Aufbau eine Richtlinie für die Großblockweise und 1956 für eine einheitliche Typenprojektierung sowie eine neue Typenordnung herausgegeben.⁵¹ In diesem noch jungen Industriezweig wurde versucht, bis in die 60er Jahre industriemäßige Methoden und Systeme zu entwickeln, um Anschluss an die technisch bereits hoch entwickelte Bauindustrie in Europa zu erhalten. Eine Grundlage zum industriellen Wohnungsbau wurde damit geschaffen.

In den 60er Jahren wurde der Wohnungsmangel seitens der Partei- und Staatsführung noch nicht erkannt und auch nicht als vordringlich behandelt. Tatsächlich wurden 1960 in der DDR nur 71.857 Wohnungen erstellt. Von Jahr zu Jahr sank dagegen die Zahl⁵² aufgrund anderer

⁴⁶ Martin Ebert: Stalinstadt und die 16 Grundsätze des Städtebaues. In GRUNDRISSE. Heft 1. Weimar und Rostock. Oktober 1995. S. 11.

⁴⁷ Gesetzblatt der DDR Nr. 104 – 1950, vom 14. 9.1950. S. 965 – 967.

⁴⁸ dito. § 14 Absatz 2.

⁴⁹ dito.

⁵⁰ Ministerialblatt der DDR Nr. 25/1950 vom 16.09.1950. S. 153 – 154.

⁵¹ vgl. Gisela Heun. a. a. O. S. 22 – 24.

⁵² vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. S. 198.

Prioritätensetzungen wie Industriebau und des anschließenden Mauerbaus. „Auf der 5. Baukonferenz der ZK der SED und des Ministerrates der DDR im Jahre 1969 spielte der Wohnungsbau jedenfalls auch noch keine besondere Rolle.“⁵³ Erst nach dem Führungswechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker beim VIII. Parteitag 1971 erhielt der Wohnungsbau einen höheren Stellenwert. „Es wurde ein materiell und personell besser fundierter Anlauf zur Fertigstellung von jährlich 100.000 Wohnungen gestartet.“⁵⁴

2.1.2.3 Wirtschaftlicher Aspekt

Der Wohnungsbau der 50er Jahre musste aus der Perspektive der Wirtschaft auf die Bedingungen der Serienanfertigung der Industrie umgestellt werden. Für diesen Zweck waren Typisierung und Standardisierung in technischem und funktionellem Bereich die wichtigste Voraussetzung für Massenanfertigungen. Damit sollten optimale Lösungen und funktionelle Qualität verbunden mit wirtschaftlicher Rentabilität erreicht werden. Daraus resultiert die Forderung der 1. Baukonferenz im April 1955, „schneller, besser und billiger“ zu bauen und die Industrialisierung der Bauprozesse zu beschleunigen. Der Grund für diese massive Forderung war bemerkenswerterweise nicht das Wohnungsdefizit, das bereits zu dieser Zeit existierte, sondern die zu geringe Produktivität im Bauwesen, insbesondere im Bereich des Wohnungsbaus.⁵⁵

Zu den wichtigsten Aufgaben des Bauwesens gehörte daher die Entwicklung neuer industrieller Bauweisen, Konstruktionen und Technologien zur Erzielung eines hohen Grades der Mechanisierung bzw. einer hohen Produktivität. Dazu war mit der Standardisierung der Bauteile zu beginnen, Typenprojekte waren zu entwickeln und die Prinzipien der industriellen Serienprodukte im Wohnungsbau und beim Bau gesellschaftlicher Einrichtungen anzuwenden. Dadurch sollte der Weg beschritten werden, „der das Bauwesen aus einem zurückgebliebenen, handwerksmäßig arbeitenden Zweig zu einem [...] hoch entwickelten, modernen, industriemäßig produzierenden Bereich führte“⁵⁶. Zu dem Übergang von den traditionellen Fertigungsmethoden zur industriellen Bauproduktion gehörte u. a. auch die Produktion der Installationszellen.

Am 30.12.1959 wurde der VEB Typenprojektierung beim Ministerium für Bauwesen gebildet, der als zentrale Institution für die landesweite Unifizierung der Plattenbauweise und für eine Reduktion des Elementsortiments verantwortlich war. Nach seinen Angaben umfasste 1961 das zur Verfügung stehende Bauelementsortiment 3.000 Universalelemente.⁵⁷ Seitdem war die Bauweise in der DDR mehr und mehr von den industriellen Serienprodukten gekennzeichnet. Sie war charakteristisch für „die zweite Phase der Architektur der DDR von 1955 – 1970“⁵⁸. Die Systemoptimierungen der Serienprodukte erreichte in den 70er Jahren ihren Höhepunkt. Durch Typisierung und Serienproduktionen wie die Wohnungsbauserie 1970 (WBS 70) wurden Quantität und Geschwindigkeit des Bauens ermöglicht.

⁵³ Joachim Tesch. a. a. O. S. 8.

⁵⁴ dito.

⁵⁵ vgl. Ule Lammert: Die Lösung der Wohnungsfrage. a. a. O. S. 1147.

⁵⁶ dito.

⁵⁷ vgl. Joachim Palutzki: Architektur in der DDR. a. a. O. S. 187.

⁵⁸ Kerstin Sailer: Wohnungsbau in der DDR. Hannover 2000. S. 4.

2.1.3 Periode der Umorientierung in der Stadtplanung

Der Wohnungsbau brachte in den 20 Jahren von 1950 – 1970 zweifellos für viele Bürger Ost-Berlins ein besseres Wohnen. Weil das Wohnungsbauprogramm jedoch „entgegen den Warnungen vieler Fachleute verengt auf den randstädtischen Neubau hochgradig normierter Wohnungen ausgerichtet war, verfielen die Innenstädte. Altstadtgebiete entleeren sich aufgrund erheblicher Einwohnerumverteilungen von innerstädtischen Gebieten an den Stadtrand. Trotz dicht bebauter neuer Wohngebiete gingen die Einwohnerdichten der Städte insgesamt zurück.“⁵⁹ Kennzeichnend war es, dass „innerstädtische Flächen mit hoher Lagegunst nicht intensiv genutzt werden und stadtechnisch mangelhaft erschlossen sind, während Gebiete geringer randstädtischer Lagegunst dicht bebaut und gut erschlossen sind“⁶⁰.

Seit Anfang der 70er Jahre kam es im industriellen Wohnungsbau in der ehemaligen DDR zu einer Umorientierung, gerichtet auf die Bemühungen zur Erhöhung der Qualität und Erweiterung des Variantenreichtums. Gleichzeitig „wuchs die Bereitschaft, die Bedeutung der historischen Kontinuität, regionalen Identität, sozialen Annehmlichkeit sowie die ökologische Kriterien anzuerkennen“⁶¹. Dadurch entstand ein wachsendes Interesse zur Bestandserhaltung, Umgestaltung und zur Rekonstruktion der innerstädtischen Altbaugebiete, während die Anziehungskraft der großen Neubaugebieten an den Stadträndern stetig abnahm.⁶²

Das städtebauliche Leitbild wandelte sich damit notwendigerweise von extensiver Stadterweiterung zur Innenstadterneuerung. Auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 erklärte die Partei die „Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem“ zur Hauptaufgabe der von der SED eingeleiteten Sozialpolitik. Der Beschluss leitete dadurch die politische Wende des Wohnungsbaues ein. Der Stellenwert, den bisher Rekonstruktionen im Rahmen des gesamten Wohnungsbaues eingenommen hatten, gewann enorm an Bedeutung. Die Entwicklung in dieser Periode erfolgte aus unterschiedlicher Betrachtungsweise wie folgt:

2.1.3.1 Baulicher Aspekt

Der erste Beschluss für die Ausarbeitung des Wohnungsbauprogramms stammte von dem VIII. Parteitag der SED vom 15. – 19.06.1971 und legte als Ziel ihrer Wohnungsbaupolitik den Bau von 500.000 Wohnungen im Zeitraum von 1971 – 1975 fest, davon 373.000 bis 387.000 Wohnungen durch Neubau und 113.000 bis 127.000 durch Modernisierung, Umbau bzw. Ausbau.

Dieser Beschluss bildete die Grundlage für den Fünfjahrplan und die Jahresplanungen des komplexen Wohnungsbaues. „Die Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.“⁶³ Nicht der alleinige Aspekt, aber die Wohnbedingungen der Bevölkerung war ein wichtiger Bestandteil des Lebensniveaus im Sozialismus.

⁵⁹ Bernd Hunger: Stadtverfall und Stadtentwicklung. In: Wohnen und Stadtpolitik in Umbruch. Berlin 1991. S. 32.

⁶⁰ dito. S. 33.

⁶¹ Peter Marcuse. a. a. O. S. 273.

⁶² vgl. Ule Lammert: Aufgaben des Städtebaues zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms bis 1990 als Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitages. Teil 2. In: Architektur der DDR. 4/1975. S. 201.

⁶³ Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED Berlin. Entschließung des Parteitages der SED. Berlin 1971. S. 296.

Seit diesem Parteitag war „die Wohnungspolitik der DDR [...] darauf gerichtet, von Jahr zu Jahr bessere Wohnbedingungen für die Bevölkerung zu schaffen. Die Mittel für den komplexen Wohnungsbau sollen durchschnittlich jährlich um 10 % erhöht werden. [...] Die Effektivität der Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahme ist durch Einführung moderner Technologien zu erhöhen.“⁶⁴

Auf der 9. Tagung des ZK erging der konkrete Auftrag zur weiteren Ausarbeitung des Wohnungsbauprogramms, insbesondere unter Einbeziehung der Bauakademie als zentrale Forschungseinrichtung des Bauwesens. Die Beschlussfassung erfolgte auf der 10. Tagung des ZK der SED am 02.10.1973. Für den nächsten Fünfjahrplan von 1976 – 1980 haben das Politbüro und der Ministerrat beschlossen, für die Bevölkerung 750.000 (in Berlin 75.000) neue oder modernisierte Wohnungen zu erstellen. Davon waren 550.000 bis 570.000 Wohnungen (in Berlin 55.000) durch Neubau und weitere 180.000 bis 200.000 Wohnungen (in Berlin 20.000) durch Modernisierung bzw. durch Um- oder Ausbau zu schaffen. Dadurch sollen die Wohnverhältnisse für ca. 2,1 Millionen Bürger grundlegend verbessert werden.

Zunächst wurden vor allem nur quantitative Forderungen an den Wohnungsbau gestellt und aus dem Grund nach wie vor Großprojekte von Neubauwohnungen und der Bau von Großsiedlungen am Stadtrand konzipiert, um die Ziele des Wohnungsprogramms bis 1990 zu erreichen. „Für den Wohnungsbau musste das Land ‚auf der grünen Wiese‘ erhalten. Jede nur naheliegende Fläche wurde bebaut. [...] Sie ergaben sich aus dem Planungssystem und der Leistungsbewertung des Wohnungsbaues, denn nur auf größeren Standorten ließen sich die Produktionsziele erreichen.“⁶⁵ Gleichzeitig begannen, wenn auch zögerlich, in einigen Gebieten zunächst die Umgestaltung, die Modernisierung und die komplexe Rekonstruktion von Altbauten. Diese Gebiete wurde anschließend zu Versuchsgebieten zur Entwicklung und Erprobung von Rekonstruktionsstrategien und technologischen Lösungen erklärt.

In den Stadtbezirken, in denen die Wohnbedingungen tatsächlich am schlechtesten waren, wurden diese Altbaugebiete für eine komplexe Umgestaltung vorgeschlagen. Auswahlkriterien bildeten der große Anteil an Wohnungen mit Außentoilette sowie der Leerstand, der bauliche Zustand der Gebäude, die Möglichkeit der Einordnung von Wohnungsneubau und auch die städtebauliche Bedeutung des Gebietes in der Stadt. Als Modellbeispiele wurden u. a. die Wohngebiete am Arkonaplatz im Stadtbezirk Mitte (Baubeginn 1971) und am Arnimplatz im Stadtbezirk Prenzlauer Berg (Baubeginn 1973) vorgesehen.

Diese Wohngebiete wurden ausgewählt aufgrund der relativ günstigen stadttechnischen Voraussetzungen und des guten Bauzustandes der Gebäude. Damit schienen die ökonomischen Vorgaben, dass durch die Maßnahmen eine Verlängerung einer Restnutzungsdauer der Bausubstanz von 30 Jahren gewährleistet wird, gesichert zu sein. Hinzu kam ein relativ geringer Bestand an Arbeitsstätten, so dass nur wenige störende Betriebe ausgelagert werden mussten. Vorrangig sollten aber zunächst die Instandsetzungsmaßnahmen zur Beseitigung der Bauwerksschäden an den Gebäuden und der Einbau von Innentoiletten und Duschen bzw. Bädern in den Wohnungen durchgeführt werden.

Das Hauptziel bestand darin, „die historisch entstandenen sozialen und territorialen Unterschiede in den Wohnverhältnissen Schritt für Schritt abzubauen. Das entspricht dem grundlegenden sozialen Prozess der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesell-

⁶⁴ dito. S. 384 – 385.

⁶⁵ Joachim Tesch. a. a. O. S. 63.

schaft. [...] Mit der Verwirklichung dieser grundlegenden und realen Ziele können [...] alle wichtigen Wohnbedürfnisse der Bevölkerung“⁶⁶ befriedigt werden.

Bei der 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR 1975 wurden die Quantitätsvorgaben der 10. Tagung des ZK der SED wiederholt. Als weitere Ziele des Wohnungsbauprogramms wurde Folgendes entschieden:⁶⁷

1. 2,8 bis 3 Millionen Wohnungen in den Jahren 1976 – 1990 zur Lösung der Wohnungsfrage zu bauen bzw. zu modernisieren
2. im ersten Fünfjahrplan bis 1980 den Schwerpunkt auf die Erweiterung des Wohnungsbestandes zu legen
3. in den 80er Jahren den nicht mehr modernisierungswürdigen Bestand durch Neubauten in größerem Umfang zu ersetzen

Eine neue Etappe der Stadterneuerung wurde anschließend 1979 eingeleitet. Im Februar des Jahres wurde auf der XIII. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED, die Abrissminimierung in den innerstädtischen Altbaugebieten festgelegt. „Es begann eine stärkere Orientierung zum innerstädtischen Bauen.“⁶⁸ Die logische Konsequenz war, dass das Politbüro daraufhin eine Verhängung eines allgemeinen Abrisstoppes „für Gebäude, der auf Grund von Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden vorgesehen ist“, beschloss. Dies wurde am 18.09.1979 durch eine Rechtsverordnung⁶⁹ verfügt.

Zu Beginn der 80er Jahre wurde entschieden, Baukombinate anderer Bezirke zur Unterstützung der Realisierung von Bauvorhaben im ehemaligen Ost-Berlin heranzuziehen. Fatalerweise erfolgte diese Maßnahme zu Lasten der Bearbeitung der örtlichen Bauvorhaben. Pilotprojekt war das Palisadendreieck im Stadtbezirk Friedrichshain. Der Bezirk Suhl erhielt 1979 den Auftrag zur Durchführung der gesamten Bauleistungen.

Im Palisadendreieck wurde eine neue Phase eingeleitet. Rekonstruktion unter dem Motto „die Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“, was nichts anderes bedeutete als die zeitgleiche und koordinierte Durchführung der unterschiedlichen Baumaßnahmen in einem Gebiet, um eine harmonische Einheit zwischen der Neugestaltung und der rekonstruierten vorhandenen Strukturen zu erreichen. Diese Vorgehensweise wurde im Gebiet südlich der Frankfurter Allee fortgesetzt,

Städtebauliche Prämissen wie die Erhaltung des Wohnquartiers und seine Vervollständigung mit Neubauten, die Einhaltung der alten Baufluchten und die Aufnahme der Traufhöhen der Altbauten wurden Grundlage für diese städtebauliche Konzeption. Die schlechteste Bausubstanz wurde abgerissen, die verbleibende Altbausubstanz modernisiert bzw. rekonstruiert, die kleinen Baulücken traditionell und die größeren in Großplattenbauweise geschlossen. Es wurde der Versuch unternommen, die Plattenbauten in die vorhandene Struktur einzupassen.

⁶⁶ Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 – 1990. Referat bei der 10. Tagung der ZK der SED am 02.10.1973. Berlin 1973. S. 15 – 17.

⁶⁷ vgl. Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 – 1990. a. a. O. S. 15 – 17.

⁶⁸ Ernst Kristen: 20 Jahre Modernisierung und Rekonstruktion in Berlin-Ost. In: Stadterneuerung Berlin. Hrsg. Senatsverwaltung für Bau und Wohnungswesen. Berlin 1990. S. 76.

⁶⁹ „Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen vom 18.09.1979.“ Gesetzblatt der DDR, Teil 1 Nr. 34 vom 19.10.1979.

Nahezu parallel zu diesem Vorhaben begann in der Husemannstraße, am Kollwitzplatz im Stadtbezirk Prenzlauer Berg, ein Projekt besonderer Art, ein Vorzeigeobjekt: „Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende“. Alle Wohnungen erhielten Bäder/Duschen, die gesamte Haustechnik wurde erneuert, Innenhöfe wurden neu gestaltet, alte Gehwegplatten wieder eingebaut und Laternen aufgestellt. Die historisch entstandenen Charaktere der Straßenzüge aus der Jahrhundertwende waren aber zu erhalten bzw. wieder herzustellen. Die reich mit Stuckelementen geschmückten Fassaden wurden teilweise erneuert bzw. ergänzt.

Dadurch waren in den 80er Jahren folgende Entwicklungstendenzen festzustellen. Zum einen konnte die Modernisierung von Altbauwohnungen gegenüber dem früheren Stand bzw. auch anteilig gegenüber dem Wohnungsneubau bedeutend gesteigert werden. Zum anderen verschoben sich die Proportionen der Baumaßnahmen zugunsten des innerstädtischen Bauens. „Es geht nicht mehr vorrangig um extensiv erweiterte Reproduktion des Wohnungsbestandes [...], sondern um die Erhaltung des Bestehenden und den weiteren Abbau der Unterschiede im Ausstattungsniveau entsprechend dem Standard der Neubaugebiete“⁷⁰.

In dieser Periode der Umorientierung in der Stadtplanung wurden von 1971 bis 1989 im ehemaligen Ost-Berlin⁷¹:

Insgesamt:	365.473 Wohnungen erstellt, davon
neu gebaut:	242.418 Wohnungen,
modernisiert:	118.684 Wohnungen und
wiederaufgebaut:	4.371 Wohnungen.

2.1.3.2 Politischer Aspekt

Der VIII. Parteitag der SED 1971 leitete die politische Wende in dem Wohnungsbau der DDR ein. Lautete das Ziel des Wohnungsbauprogramms anfänglich nur schlicht „Lösung der Wohnungsfrage“, so hieß es 1973 bereits „der wohl bedeutendsten sozialpolitischen Aufgabe“⁷². Bei Honecker wurde es 1975 zum „Kernstück des sozialpolitischen Programms“⁷³ und mit den Beschlüssen des IX. Parteitages 1976 avancierte das Wohnungsbauprogramm endgültig zum „Kernstück der Sozialpolitik der SED“⁷⁴. „Damit war das Wohnungsbauprogramm bis zum Ende der DDR auch propagandistisch fixiert; es wurde dann in den achtziger Jahren zum einzigen sozialpolitischen Gebiet, auf dem sich noch nennenswertes bewegte.“⁷⁵

Auf dem IX. Parteitag 1976 fand eine Orientierung dahingehend statt, die Planung und Errichtung von Neubaugebieten in engster Wechselbeziehung und unter Einbeziehung angrenzender Altbaugebiete und Stadtkerne vorzunehmen. Alt und Neu waren richtig zu kombinieren, damit der historisch gewachsene Charakter der Städte erhalten bleibt und ihnen zugleich Neues hinzu gefügt wird.⁷⁶ „Schließlich können gerade die alten Bauten mit ihrer Geschichte oder ihrer kulturellen Qualität vielseitigen geistig-kulturellen Interessen und Bedürfnissen dienen und sie sind darüber hinaus aussagefähig zur lebendigen, interessanten Ver-

⁷⁰ Sabine Fritz: Zu einigen Problemen der Realisierung des Wohnungsbauprogramms in den 80er Jahren. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm Pieck Universität Rostock. G-Reihe 35/5 Rostock 1986. S. 40.

⁷¹ vgl. Günter Peters: Gesamtberliner Stadtentwicklung von 1949 – 1990. Berlin 1992. a. a. O. S. 57 – 58.

⁷² Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 – 1990. a. a. O. S. 16.

⁷³ Schlusswort von Erich Honecker bei der 6. Baukonferenz des ZK der SED. Berlin 1975. S. 11.

⁷⁴ Protokoll des IX. Parteitages der SED. Berlin 1976. S. 221.

⁷⁵ Joachim Tesch. a. a. O. S. 11.

⁷⁶ vgl. Hans Müller: Erhaltung historisch baukünstlerisch wertvoller Stadtkerne. In: Architektur der DDR 2/1979. S. 68.

breitung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse.“⁷⁷ Objektiv änderte sich die Struktur der Bauaufgaben tiefgehend. Rekonstruktion, Modernisierung und Erhaltung gewannen rasch an Gewicht.

2.1.3.3 Wirtschaftlicher Aspekt

Bereits 1971 waren aus der Perspektive der Wirtschaft „die ökonomischen Potenzen [...] vorhanden, die es ermöglichen den Wohnungsbau in das Zentrum der Sozialpolitik zu rücken“⁷⁸. Aus diesem Grund wurde die Realisierbarkeit des Wohnungsbauprogramms propagiert. Städtebau und Architektur traten jedoch gegenüber den bauwirtschaftlichen Verpflichtungen zur Planerfüllung der Wohnungsproduktion in den Hintergrund. Durch die Konzentration auf den Massenwohnungsneubau im Neubaubereich wurde das Befassen mit der Problematik der restlichen Gebiete in der Stadt vernachlässigt.

„Die Arbeitsproduktivität bei Modernisierungs- und Reparaturarbeiten ist durch Anwendung der Takt- und Fließfertigung sowie verbesserter Arbeitsorganisation wirksam zu erhöhen.“⁷⁹ So lautete eine Forderung des IX. Parteitags 1976.

Der X. Parteitag 1981 formulierte diese Forderung für die Rekonstruktionsarbeiten noch konkreter: „Der Hauptweg für ein schnelleres, besseres und effektiveres Bauen ist die weitere konsequente Intensivierung und Rationalisierung auf der Grundlage eines hohen Niveaus von Wissenschaft und Technik, der Industrialisierung sowie der Leitung, Planung und Organisation der Produktions- und Bauprozesse.“⁸⁰ Für die Wirtschaftsfunktionäre der Partei war die Arbeitsproduktivität der entscheidende Faktor und Motor für die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms.

Im Vordergrund stand ab dem Beginn der 80er Jahre durch die sich verschlechternden volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen der DDR zusätzlich auch die verstärkte Orientierung auf die Senkung des Investitions- und Bauaufwandes. Dieses spiegelt sich in den Entscheidungen des X. Parteitages der SED im Jahre 1981 wider. Die Direktive orientierte sich bei dem Wohnungsbauprogramm vor allem auf die Aufwandssenkung. Im Jahre 1982 fasste das Politbüro den Beschluss, „das Wohnungsbauprogramm [...] mit einem wesentlich günstigeren Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu realisieren“⁸¹.

Die Lösung der Wohnungsfrage, wie sie sich in den 80er Jahren vollzog, beruhte auf einem notwendigen Leistungsanstieg der Volkswirtschaft insgesamt sowie insbesondere in den Betrieben und Kombinatens des Bauwesens selbst.

Im Bereich des Wohnungsbaus standen im Mittelpunkt vor allem „eine Verkürzung der Bauzeiten, Reduzierung des Materialaufwands und effektive Nutzung aller vorhandenen Potenzen materieller und geistiger Art“⁸².

⁷⁷ Ludwig Deiters: Rekonstruktion von Altbauten. In: Architektur der DDR 6/1976. S. 388 – 389.

⁷⁸ Sonja Schimmel: Das Wohnungsbauprogramm und seine Realisierung in den 70er Jahren. In: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde 1/1987. Berlin 1971. S. 16.

⁷⁹ Direktive des IX. Parteitag der SED. Berlin 1976. S. 378.

⁸⁰ Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages. Berlin 1981. S. 279.

⁸¹ Joachim Tesch. a. a. O. S. 15.

⁸² Sabine Fritz. a. a. O. S. 42.

2.2 Stellung der Rekonstruktion im gesamten Wohnungsbauprogramm

Die Planung, Vorbereitung und Durchführung der Erhaltung, Modernisierung, des Um- bzw. Ausbaues und der Rekonstruktion der Wohnungssubstanz erforderten die Anwendung exakter Begriffe. Aus dem Grund hatte die staatliche Plankommission, Abteilung Wohnungsbau und kommunale Wirtschaft, bereits am 25.06.1965 begonnen, Festlegungen der Terminologie vorzunehmen. Als Beispiele kann nur eine Auswahl der Begriffe aufgeführt werden. Folgende Differenzierungen wurden vorgenommen.⁸³

Die Erhaltung der Wohnungssubstanz beinhaltet die ständige Sicherung und Wiederherstellung der Nutzungsfähigkeit der Wohnungen und Wohngebäude. Die Maßnahmen der Erhaltung umfassen die laufenden Reparaturen und die Generalreparaturen.

Die Modernisierung der Wohnungssubstanz ist auf eine wesentliche Erhöhung der Wohnqualität, insbesondere der Ausstattung, gerichtet. Ihre Maßnahmen erstrecken sich auf die funktionelle Veränderung der Wohnungen und Wohngebäude bzw. auf die Ausstattung mit modernen technischen Gebäudeausrüstungen. Die Modernisierung umfasst gleichzeitig die gegebenenfalls erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen. Dadurch werden aber keine zusätzlichen Wohnungen und Wohnraum gewonnen. Ihre Maßnahmen schließen grundsätzlich nicht die Sanierung ein.

Der Um- und Ausbau von Wohngebäuden hat die Gewinnung neuer Wohnungen bzw. Wohnräume zum Ziel. Dadurch wird der Bestand der Wohnräume grundsätzlich erweitert. Dieser schließt gleichzeitig die gegebenenfalls erforderlichen Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Wohnungen und Wohngebäuden ein.

Gleichzeitig werden für die Wohnungen bzw. Wohngebäude Bauzustandsstufen (BZS) festgelegt. Jedes Gebäude ist entsprechend seinem Zustand einer folgenden Stufe zuzuordnen:

BZS 1: Gebäude gut erhalten. Für die nächste Zeit sind keine Reparaturen zu erwarten.

BZS 2: Geringe Schäden. Reparaturen sind durchzuführen, um Funktionsstörungen zu beseitigen und um eine Ausweitung schwerwiegender Schäden zu verhindern.

BZS 3: Gebäude mit größeren Mängeln, die den weiteren Bestand und Benutzbarkeit gefährden. Eine Generalreparatur ist notwendig.

BZS 4: Unbrauchbar. Das Gebäude wird gesperrt.

In einer späteren Festlegung der Bauzustandsstufen (BZS) im Jahre 1981 wurde der prozentuale Verschleißanteil der einzelnen BZS konkreter definiert⁸⁴. Demnach ergab sich folgende Klassifikation:

BZS 1: Verschleiß 0 bis 5 %: Gut Erhalten.

BZS 2: Verschleiß 6 bis 25 %: Geringe Schäden.

BZS 3: Verschleiß 26 bis 50 %: Schwere Schäden.

BZS 4: Verschleiß über 50 %: Unbrauchbar.

⁸³ vgl. Deutsche Bauakademie: Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz. Berlin 1966. S. 10.

⁸⁴ vgl. Bauakademie der DDR. Schriftenreihe Bauforschung und Baupraxis Nr. 77: Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz. Grundregeln. Berlin 1981. S. 13.

Weiterhin legte die Richtlinie Nr. 2 über die Weiterentwicklung der Hauptauftragnehmerschaft auf dem Gebiet der Baureparaturen vom 8. Dezember 1971⁸⁵ die Begriffe der baulichen Maßnahmen fest.

Demnach wurden folgende Definitionen verwendet:

Baureparaturen sind Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Gebäuden, die notwendig werden, um den physischen Verschleiß an der Bausubstanz und der Gebäudeausrüstung zu verzögern.

Instandhaltungen sind vorbeugende Maßnahmen, die die Gebäude und baulichen Anlagen mit geringem Aufwand funktionstüchtig erhalten.

Instandsetzungen sind Maßnahmen, die die Funktionstüchtigkeit von Teilen der Gebäude und baulichen Anlagen wiederherstellen und auch neue konstruktive Lösungen enthalten können.

Modernisierung:

Die Bauakademie unterscheidet ihrerseits die Wohnungen aufgrund ihrer Ausstattung in folgende Kategorien:⁸⁶

Kategorie I:

Mindestausstattung: Küche mit Wasseranschluss, Gas-, Kohle- oder Elektroherd, Spüle, kleinem Wassererhitzer, WC, Waschbecken und Ofenheizung.

Kategorie II:

Mindestausstattung der Kategorie I plus Dusche oder Bad sowie Kohlebadeofen oder großem Wassererhitzer.

Kategorie III:

Mindestausstattung der Kategorie II plus komplette sanitäre Einrichtungen und moderne Heizungsanlage.

Eine Wohnung galt als modernisiert, wenn sie in ihrer Grundausstattung mindestens um eine Stufe erhöht wurde.

Weiterhin werden folgende Begriffe in der Fachliteratur verwendet:⁸⁷

Rekonstruktionsmaßnahmen sind Baumaßnahmen an Gebäuden und baulichen Anlagen, die deren Erneuerung, Vervollkommnung und Modernisierung im Rahmen der sozialistischen Rationalisierung zum Ziel haben und eine Erhöhung des Gebrauchswertes führen.

Umgestaltung sind komplexe Maßnahmen zur Erhöhung der Funktionstüchtigkeit städtischer Teilgebiete im Interesse der Verbesserung der Lebensbedingungen (Wohn-, Arbeits-, Erholungsbedingungen usw.) der Bevölkerung.

⁸⁵ vgl. Bauakademie der DDR. Schriftenreihe der Bauforschung. Nr. 43. Reihe Städtebau und Architektur: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. Berlin 1973. S. 129.

⁸⁶ vgl. Bauakademie der DDR. Schriftenreihe der Bauforschung. Nr. 43. : Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. a. a. O. S. 125.

⁸⁷ dito. S. 70.

Sozialistische Umgestaltung sind Maßnahmen, um „die Wohnbedingungen in diesen Gebieten an die Qualität der Wohnbedingungen in den Neubauwohngebieten schrittweise anzunähern, ohne die Individualität dieser Altbauwohngebiete zu zerstören“⁸⁸. Dabei wird sich verstärkt an den Komplexmaßnahmen orientiert: „Es geht uns nicht um die Wohnung schlechthin, sondern um die Verbesserung der Wohnverhältnisse der Bevölkerung insgesamt. Dazu gehören die Verbesserung der Ausstattung der Wohngebiete mit gesellschaftlichen Einrichtungen und Freiflächen, die Verbesserung der Netze und Anlagen des Verkehrs, der Stadttechnik, die Lösung der Probleme des Umweltschutzes (Lärmschutz, Schutz vor Luftverunreinigung, Gewährleistung ausreichender Belichtung und Besonnung der Wohnungen und Freiflächen) und die Verbesserung der städtebau-räumlichen wie architektonisch-gestalterischen Qualität der Altbauwohngebiete.“⁸⁹

Die o. g. Erläuterungen zeigen den engen Zusammenhang der Begriffe. Sie sind auch als sich ergänzende Einheiten zu betrachten und nicht immer strikt voneinander zu trennen. Insgesamt ergeben sie das Wesen der sozialistischen Rekonstruktion. „Sie leisten einen Beitrag zur Schaffung einer sozialistischen Lebensweise, dienen der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung und verbessern die Funktion und Struktur komplexer, zur Rekonstruktion vorgesehener Gebiete.“⁹⁰

Komplexe sozialistische Rekonstruktion können somit wie folgt definiert werden. Sie sind städtebaulichen Maßnahmen zur Schaffung sozialistischer Wohn- und Lebensbedingungen. Die Intention war, dass dieser Standard sowohl durch Erhöhung des Wohnkomforts als auch durch Verbesserung der Funktion und Struktur des Gebietes erreicht wird. Für dieses Ziel sind Instandsetzungsmaßnahmen an den Gebäuden und Modernisierungsmaßnahmen in den Wohnungen durchzuführen. Weiterhin war die Versorgung der Bevölkerung mit sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Läden, Dienstleistungsbetrieben, Gastronomie sowie durch Errichtung bzw. Ergänzung von kulturellen Einrichtungen, gesundheitlichen Einrichtungen und von Grün-, Sport- bzw. Erholungsanlagen zu gewährleisten. Zusätzlich sind die Verkehrsanlagen und die stadttechnischen Ver- und Entsorgungsleitungen im Gebiet zu verbessern.

2.3 Problematik bei der Realisierung der Rekonstruktionsmaßnahmen

Die ersten zaghaften und punktuellen Versuche, die als Vorstufe der Rekonstruktionsmaßnahmen bezeichnet werden können, fanden bereits in den 60er Jahren statt. Die Maßnahmen trugen noch die Bezeichnung Generalinstandsetzungen und diese wurden nur in einzelnen Wohngebäuden, zum Teil sogar nur in einigen Wohnungen durchgeführt. Diese Maßnahmen hatten noch experimentellen Charakter und wurden durch die Kombinate an Einzelgebäuden durchgeführt und befassten sich noch nicht mit mehreren zusammenhängenden Altbauten oder sogar mit ganzen Wohngebieten bzw. mit den dazu- gehörenden städtebaulichen Strukturen. Einige der ersten Objekte befanden sich im Bereich Arkonaplatz. Daher ist mit der Analyse der Problematik bei der Realisierung der Rekonstruktionsmaßnahmen auch in dieser Epoche zu beginnen.

⁸⁸ Günter Kabus: Zur komplexen sozialistischen Umgestaltung von Altbauwohngebieten. In: Architektur der DDR 7/1976. S. 390.

⁸⁹ Günter Kabus: a. a. O. S. 390.

⁹⁰ Ulrike Jäger: Probleme bei der Rekonstruktion innerstädtischer Gebiete. Diplomarbeit an der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg 1976. S. 4.

2.3.1 Baulicher Aspekt

Die Problematik bei der Umsetzung der Rekonstruktion konzentrierte sich aus baulicher Sicht im Bereich des Facharbeitskräftemangels sowie der Arbeitsbedingungen. Nach der Beendigung der Wiederaufbauphase hatte die Montagebauweise im Neubaubereich aufgrund der Notwendigkeit zur dringlichen und schnellen Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum den größten Teil des Wohnungsbaues dominiert. Dies führte dazu, dass der Montagebauarbeiter einen großen Teil der typischen handwerklich tätigen Bauarbeiter ersetzte. Hier zeichnete sich bereits die Benachteiligung des Bauens im Altbaubereich ab, die durch folgende Faktoren noch verstärkt wurde:

Erstens werden im Altbaubereich überwiegend qualifizierte Baufacharbeiter benötigt. Hilfsarbeiter werden nur in geringem Anteil (9 %) gebraucht. Im Neubaubereich dagegen ist der Anteil der Hilfsarbeiter größer (35 %).⁹¹ Der Nachschub der erforderlichen qualifizierten Baufacharbeiter, der durch diese Prioritätensetzung zustande kam, erfolgte nicht zufriedenstellend. Die Zahlen der Berufstätigen des Bauhandwerks sanken stetig. Wurden 1970 noch 139.637 Berufstätige registriert, sank die Zahl 1980 auf 88.547 Personen. Die Zahl der 70er Jahre wurde bis zum Ende der DDR-Zeit nie wieder erreicht.⁹²

Ein weiterer Faktor ist im Bereich der Arbeitsbedingungen zu erkennen. Die Probleme, die im Neubau bei der Ausführung auftreten, sind besser abzuschätzen. Dadurch sind auch die Risiken geringer, somit ist die Tätigkeit im Neubaubereich unproblematischer. Die Abrechnungsmodalitäten sind einfacher (nach Meter- bzw. Stückzahl) und der Wiederholungsfaktor der Wohneinheiten im Neubau ist größer als im Altbau. Zusammenfassend sind die Arbeitsbedingungen im Neubaubereich kalkulierbarer und lukrativer als im Altbaubereich.

Durch die Summierung der negativen Faktoren wurde der Bauablauf der Rekonstruktion beeinträchtigt und die angesetzten Ziele nur teilweise bzw. erst mit zeitlicher Verzögerung erreicht. Beispielsweise wurden die Maßnahmen in den einzelnen Gebieten später begonnen als ursprünglich vorgesehen und dauerten länger als geplant.⁹³

Die Vernachlässigung des Altbaus wirkte sich dadurch auch nachteilig auf den Bereich der Erfahrung und auf dem Gebiet der Forschung aus. Dies führte verstärkt dazu, dass entsprechende Baustoffe und Bautechnologien für den Altbausektor nicht ausreichend vorhanden waren bzw. fehlten. Die Qualität der verwendeten Baustoffe war mangelhaft, was beispielsweise an den Fassaden abzulesen war, „deren Anstriche und teilweise auch Verputzung schon wenige Jahre nach der Modernisierung wieder starke Schäden aufweisen“⁹⁴. Erst Jahre später existierten Kataloge von Technologien und Materialien für Altbauten.⁹⁵

2.3.2 Politischer Aspekt

Die Problematik der Realisierung von Rekonstruktionsmaßnahmen entwickelte sich aus politischer Sicht bereits durch die Prioritätensetzung, die dem Wohnungsbau beim VIII. Parteitag beigemessen wurde. Zur Erfüllung der quantitativen Vorgaben war eine sehr große Anzahl

⁹¹ vgl. Gerlind Staemmler. a. a. O. S. 175. Nach einer Untersuchung von 1965/66 betrug das Verhältnis von Facharbeitern zu Hilfsarbeitern im Montagewohnungsbau 65 % zu 35 %, bei der Modernisierung 91 % zu 9 %.

⁹² vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR vom 1990. S. 192.

⁹³ sh. ausführliche Beschreibung im Kapitel 5.

⁹⁴ Gerlind Staemmler. a. a. O. S. 177.

⁹⁵ sh. ausführliche Erläuterung im Kapitel 4.3. S. 59.

zusätzlicher Arbeitskräfte im Baubereich notwendig. Konkrete Angaben über Defizite in diesem Bereich wurden in der DDR nicht erstellt. Die Statistik belegte aber, dass die Zahl der ausgebildeten Handwerker in der Baubranche seit 1970 bis 1989 von 139.637 auf 95.891 um rund 43.746, ca. 31,5 %, abnahm.⁹⁶ Die fehlenden traditionellen Bauhandwerker, wie die Maurer, Putzer, Zimmerer und insbesondere Stuckateure, erschwerten die Realisierung der Baumaßnahmen im Altbaubereich. Um die Problematik der fehlenden Bauarbeiter zu beseitigen, wurde die Parole ausgegeben: „Jeder vierte männliche Schulabgänger ist für einen Bauberuf zu werben.“⁹⁷

Der personelle Kapazitätenengpass im Altbaubereich begründete sich nicht nur aufgrund des fehlenden Nachwuchses. Fakt war, dass für die meisten jungen Menschen „eine Arbeit im schlecht bezahlten Bauhandwerk nicht lohnend schien, aber auch weil Industriekombinate eigene Baubetriebe schufen und via bessere Bezahlung benötigte Arbeitskräfte aus dem kreisgeleiteten Bauwesen abzogen (um dann großzügig 'bei der Reparatur von Altbausubstanz zu helfen')“⁹⁸. Hinzu kam, dass die speziell für den Neubaubereich ausgebildeten Bauarbeiter – wie Betonarbeiter, Schalungsbauer, Eisenflechter – nicht kurzfristig umgeschult und für den Einsatz im Altbaubereich eingesetzt werden konnten.

In dieser Phase musste für den „Aufbau der Hauptstadt Berlin“⁹⁹ die Leistungskraft der Berliner Bauwirtschaft vorwiegend auf Gesellschafts- und Repräsentationsbauten konzentriert werden. Da die Kapazitäten Berlins für die Realisierung aller Bauprojekte nicht ausreichten, wurden andere Bezirke wie Schwerin, Halle und Suhl verpflichtet, Wohnungsbauprojekte in Berlin zu übernehmen, deren Schwerpunkt im Neubaubereich lag.

2.3.3 Wirtschaftlicher Aspekt

Die Probleme bei der Realisierung der Rekonstruktion haben sich aus wirtschaftlicher Sicht durch ihre vorhandene Struktur herauskristallisiert.

Die ersten volkseigenen Betriebe (VEB) entstanden Ende der 60er Jahre¹⁰⁰. Als Rechtsgrundlage diente die Kombinatiensverordnung.¹⁰¹ 1971 wurden die Leistungen der Bauwirtschaft noch zu 6,6 % durch private Betriebe, 19,5 % durch Bauhandwerksbetriebe, 7,7 % durch halbstaatliche Betriebe, 13,5 % durch Produktionsgemeinschaften des Handwerks (PGH) und 52,7 % durch den VEB erbracht.¹⁰² Seitdem erfolgten die Verstaatlichungen der Privatbetriebe des Bauhandwerkes und der bestehenden PGH. Darüber hinaus wurde damit begonnen, die noch übrig gebliebenen privaten Baubetriebe und die halbstaatlich mittelständischen Bauunternehmen in das Staatseigentum zu überführen.¹⁰³ Die Folge war, dass anschließend in der DDR die VEB, die sich auf industrielle Produktion spezialisierten, die Bauwirtschaft beherrschten. Die überwiegende Zahl dieser Kombinate, die Staatsaufträge erhielten, beschäftigten sich demzufolge zwangsläufig vorwiegend mit den Neubauprojekten.

⁹⁶ vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR vom 1990. S. 192.

⁹⁷ Konrad Neumann: Hauptstadt Berlin – Sache aller Bürger der DDR. In: Die Arbeit. Berlin. 12/1976. S. 6 – 8.

⁹⁸ Siegfried Grundmann. a.a.O. S. 332.

⁹⁹ Beschluss des Politbüros der ZK der SED vom 27.03.1973.

¹⁰⁰ vgl. Wolfgang Gößmann: Die Kombinate in der DDR. Berlin 1987. S. 17.

¹⁰¹ GBl. II vom 16.10.1968. S. 963.

¹⁰² vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR von 1972. S. 152.

¹⁰³ vgl. Hannsjörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert – Die Wohnungsbaupolitik der DDR. Münster 2004. S. 355.

Durch die Kollektivierungsmaßnahmen und die Verdrängung der Privatwirtschaft ergab sich, dass Kombinate, die sich ausschließlich mit den Altbauten befassten, in der Minderheit waren. Dies ist ein weiterer Faktor, der zu einer Unterversorgung der Kapazitäten bei den Rekonstruktionsmaßnahmen führte. Erfahrungen mit der Behandlung der Altbausubstanz waren dadurch nur in sehr geringem Maße vorhanden. In der Bauwirtschaft der DDR traten dadurch in den 70er Jahren folgende Symptome ein: „Die Baukombinate beherrschten längst die Planung, das Handwerk war verkümmert und traditionelle Baustoffe fehlten überall. Es mangelte an ausgebildeten Fachkräften um eine Ziegelwand aufzumauern oder einen Fensterstock zu reparieren.“¹⁰⁴

Letztlich wurde die Durchführung der Rekonstruktionsmaßnahmen zusätzlich durch den hohen Aufwand zur Anpassung von TGL-Bestimmungen des Neubaus an die Altbausubstanz – erschwert und demzufolge zwangsläufig zu Effektivitätsverlusten und Qualitätseinbußen führte.¹⁰⁵

Darüber hinaus wurde anhand der Ergebnisse der VBWGZ festgestellt, dass im ehemaligen Ost-Berlin rund 33 % der Wohnungen (75.369 von 233.391), die vor 1918 erstellt wurden, die BZS von 3 und 4 vorweisen. In Friedrichshain waren es nur rund 25 % (24.858 von 73.875) und in Prenzlauer Berg rund 33 % (24.858 von 73.875). In Berlin-Mitte existierten die meisten Wohnungen in diesen Bauzustandsstufen, es waren sogar rund 45,4 % (12.561 von 27.658), wie die nachfolgenden Tabellen¹⁰⁶ zeigen.

Mehrfamilienhäuser im Gesamt Ost-Berlin nach Bauzustandsstufe (BZS)

Gesamt Berlin	vor 1918		Insgesamt	
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen
BZS 1	1.249	11.878	7.174	81.865
BZS 2	14.685	146.078	26.506	245.693
BZS 3	7.496	72.437	8.323	78.287
BZS 4	418	2.932	449	3.124
ohne Angabe	9	66	69	862
Insgesamt	23.857	233.391	42.521	409.831
In Prozent	56,11 %	56,95 %	100,00 %	100,00 %

Mehrfamilienhäuser im Stadtbezirk Berlin-Mitte nach Bauzustandsstufe (BZS)

Stadtbezirk Berlin-Mitte	vor 1918		Insgesamt	
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen
BZS 1	73	615	409	9.828
BZS 2	1.611	14.482	1.845	17.099
BZS 3	1.338	12.128	1.345	12.202
BZS 4	66	433	67	441
ohne Angabe	-	-	4	32
Insgesamt	3.088	27.658	3.670	39.602
In Prozent	84,62 %	70,01 %	100,00 %	100,00 %

¹⁰⁴ Walter Krüger: Wovon spricht die Architektur der DDR? In: Bauwelt 19/1990. S. 938 – 939.

¹⁰⁵ vgl. Rudi Spohr: Modernisierung mit höherem Effekt. In: Architektur der DDR 9/1979. S. 539.

¹⁰⁶ Ergebnisse der VBWGZ 1971. Bundesarchiv Akten Nr. DE 2 – 32 949 und DE 2 – 32 991.

Mehrfamilienhäuser im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain nach Bauzustandsstufe (BZS)

Stadtbezirk Berlin Friedrichshain	vor 1918		Insgesamt	
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen
BZS 1	276	3.310	868	13.989
BZS 2	3.088	36.329	3.474	42.243
BZS 3	1.063	12.527	1.071	12.628
BZS 4	67	737	69	748
ohne Angabe	-	-	5	36
Insgesamt	4.494	52.903	5.487	69.644
In Prozent	81,90 %	75,96 %	100,00 %	100,00 %

Mehrfamilienhäuser im Stadtbezirk Berlin-Prenzlauer Berg nach Bauzustandsstufe (BZS)

Stadtbezirk Berlin-Prenz- lauer Berg	vor 1918		Insgesamt	
	Gebäude	Wohnungen	Gebäude	Wohnungen
BZS 1	301	3.447	1.193	13.440
BZS 2	4.041	45.555	5.101	55.424
BZS 3	2.034	24.444	2.066	23.389
BZS 4	46	414	46	414
ohne Angabe	1	15	6	57
Insgesamt	6.423	73.875	8.412	92.724
In Prozent	76,35 %	79,67 %	100,00 %	100,00 %

In Anbetracht dieser Tatsache war es eine große Aufgabe, die Wohnungsfrage – als soziales Problem – auch mit Hilfe der Rekonstruktion zu lösen und damit die historische Mission, das Wohnungsbauprogramm, erfolgreich durchzuführen. Zumindest für die Wohnungen der BZS 3 und 4 mussten umfassende Maßnahmen durchgeführt werden, um eine wirksame Verbesserung der Wohnbedingungen zu erzielen. Es wurde insbesondere von den Parteifunktionären als „eine Jahrhundertaufgabe für die dauerhafte Sicherstellung eines grundlegenden Menschenrechts – das Recht auf menschenwürdiges Wohnen“¹⁰⁷ – deklariert.

Die Verfahren, die im baulichen und städtebaulichen Bereich entwickelt wurden – wie die Erstellung von Katalogen – dienen dazu das Wohnungsbauprogramm, somit auch die Rekonstruktion erfolgreich durchzuführen. Inwieweit dadurch Erfolge erzielt wurden und wie das Ergebnis durch die politischen Vorgaben bzw. die wirtschaftlichen Forderungen beeinflusst wurden, wird sich anschließend bei der Analyse der Durchführung der Rekonstruktionsmaßnahmen herausstellen.

¹⁰⁷ Hans Krause: Wohnungsbau in der DDR. Zahlen und Fakten. In: Einheit 6/1989. S. 560.

3.0 Politische Vorgaben

„Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie entsprechend den volkswirtschaftlichen Möglichkeiten und örtlichen Bedingungen. Der Staat ist verpflichtet, dieses Recht durch die Förderung des Wohnungsbaus, die Werterhaltung vorhandenen Wohnraumes und die öffentliche Kontrolle über die gerechte Verteilung des Wohnraumes zu verwirklichen.“¹⁰⁸

Vorbemerkung

Die aus politischer Sicht relevanten Faktoren – die zur Entscheidung der Wende im Wohnungsbauprogramm führten – wie Ergebnisse der Baukonferenzen, Direktiven und Parteibeschlüsse werden nachfolgend ausführlich erläutert. Weiterhin werden die quantitativen Vorgaben, die zu erfüllen sind, dargestellt und die Kontrollgremien, die für die Einhaltung der Vorgaben eingerichtet wurden, einschließlich ihrer Arbeitsmethoden, untersucht. Das sozialistische System der DDR sah vor, Betriebe und Kombinate, die in den Leistungswettbewerben hervorragende Ergebnisse erzielt haben, zu prämiieren. Auch dieser Aspekt und der gesellschaftliche Wert der staatlichen Auszeichnungen werden nachvollzogen. Die Untersuchungen beginnen mit den Vorläufen des VIII. Parteitages. Der Parteitag, der in der Geschichte der DDR die Wende in der Wohnungsbaupolitik kennzeichnete.

Die regelmäßig stattfindenden Baukonferenzen in der DDR waren Versammlungen, die von der ZK der SED und des Ministerrats der DDR veranstaltet wurden. Die Teilnehmer waren Funktionäre der Partei und des Staats, Vertreter der Kombinate, Repräsentanten der Bauwirtschaft und ausgewählte Fachleute aus dem Baubereich. Weiterhin nahmen bei den Baukonferenzen Arbeiter teil, die Träger des Karl-Marx-Ordens, der Medaille für hervorragende Leistungen im Bauwesen sowie Helden der Arbeit waren¹⁰⁹. Die Baukonferenz ist auch ein Gremium, in dem sowohl die schlechte Bilanz der vergangenen Jahre kritisch bewertet als auch die Erfolge und Erfüllung des laufenden Fünfjahrplans oder des Wohnungsbauprogramms propagiert wurden. Der wichtigste Zweck der Veranstaltung war, als Vorlauf für die kommenden Parteitage, bereits Richtungsentscheidungen im Bauwesen im Allgemeinen und insbesondere in der Wohnungsbaupolitik zu treffen. Die Baukonferenzen fanden jeweils ein Jahr vor den Parteitag statt.

Die Konferenzen wurden nach einem Grußwort durch ein Mitglied des ZK der SED mit Referaten und Diskussionsbeiträgen von Baufachleuten aus dem Bereich der Planung, der Produktion, der Verwaltung, der Wissenschaft und der Wirtschaftsorganisationen fortgesetzt. Nach anschließenden Beratungen wurden kritische Anmerkungen vorgetragen, Vorschläge unterbreitet und letztlich Verpflichtungen bzw. verbindliche Absichtserklärungen abgegeben, die abschließend in einem Schlusswort manifestiert wurden. Das Schlusswort wurde traditionsgemäß vom Vorsitzenden des Staatsrates der DDR und Generalsekretär des ZK der SED gehalten.

¹⁰⁸ Verfassung der DDR Artikel 37 Absatz 1 vom 06.04.1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7.10.1974. (GBl. I Nr. 47 S. 432).

¹⁰⁹ vgl. Wolfgang Junker: Die Rolle und Verantwortung des Bauwesens. Berlin 1975. S. 25.

Die Inhalte der Beiträge bei den Baukonferenzen waren überwiegend Erfolgsmeldungen der letzten Jahre, die Erfüllung der auf dem vorherigen Parteitag beschlossenen Vorgaben und die Absicht zur Einhaltung der vorgegebenen Richtung. Nach den Darstellungen über die Erfolge in den vorangegangenen Jahren erfolgten – auch quantitative – Vorgaben für die nächsten Jahre. Eine quantitative und qualitative Erhöhung der Produktion wurde bei jeder Konferenz gefordert. Entsprechend wiederholten sich die Aufgabenstellungen, Vorschläge sowie die Zielsetzungen.

Kombinate, Betriebe sowie Persönlichkeiten wurden bei dieser Veranstaltung für ihre besonderen Leistungen gewürdigt bzw. mit staatlichen Auszeichnungen honoriert. Beispielsweise wurde eine Wanderfahne des Ministerrats und des Bundesvorstands der FDGB einem Wohnungsbaukombinat für seine besonderen Verdienste überreicht.

Die ein Jahr später stattfindenden Parteitage legten für den Bereich Bauwesen die politische Richtung für die nächsten Jahre offiziell fest, die bereits bei den vorangegangenen Baukonferenzen ausdiskutiert bzw. bei Parteitagungen zwischen den Parteitagen beschlossen wurde. Für den Wohnungsbau wurden in der Regel die Planzahlen wie Investitionsabsichten, Leistungsentwicklungen, Produktionskapazitäten und Quantitätsangaben als Vorgaben genannt, die bis zum nächsten Parteitag zu erfüllen waren.

Aus politischer Hinsicht kann hingegen der Ablauf der Rekonstruktion in der ehemaligen DDR in drei Etappen unterteilt werden.

3.1 Einleitung der Wende in der Wohnungsbaupolitik

Der Wohnungsbau in der ehemaligen DDR stagnierte Mitte der 50er Jahre aufgrund der Prioritäten anderer Baumaßnahmen. Die dringlichste Aufgabe, die der neue Staat zu bewältigen hatte, war der Aufbau der Industrie zur Schaffung der Arbeitsplätze. Die Anzahl der Neubauwohnungen lag in diesem Zeitraum nur bei ca. 30.000 pro Jahr.¹¹⁰ Unter dem Eindruck der großen Zahl von Bürgern, die die DDR verließen, stellte die Führung der SED 1955 die Aufgabe, den Wohnungsbau in kurzer Zeit auf mindestens 100.000 pro Jahr zu steigern.¹¹¹ Im Nachhinein stellte sich heraus, dass auch dieses Ziel verfehlt wurde. Die höchste Zahl betrug ca. 80.000 Wohnungen (im Jahre 1960).¹¹² Ein Grund des Rückgangs des Wohnungsbaues war die stärkere Orientierung vor allem auf den Aufbau der im Kriege zerstörten Stadtzentren. Daher gingen die Fertigstellungszahlen in den darauf folgenden Jahren sogar auf ca. 65.000 Wohnungen pro Jahr zurück.¹¹³

Der Mauerbau war darüber hinaus ein Grund des Rückgangs im Wohnungsbau Anfang der 60er Jahre gewesen. „Massenweise Ressourcen verschlangen der Bau der Mauer in Berlin.“¹¹⁴ Materialien, insbesondere großförmige Bausteine, die für den Wohnungsbau benötigt werden, mussten für den Mauerbau eingesetzt werden. Diese These wurde von mehreren Institutionen vertreten und fand sich in zahlreichen Publikationen wieder. Auf weitere Recherchen wurde verzichtet, da sie Themenbereiche tangierten, die nicht Gegenstand dieser Untersuchung sind.

¹¹⁰ vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. S. 198.

¹¹¹ vgl. Joachim Tesch. a. a. O. S. 8 – 9.

¹¹² vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. S. 198.

¹¹³ vgl. Joachim Tesch. a. a. O. S. 7 – 8.

¹¹⁴ Hannsjörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert. a. a. O. S. 323.

Auf der 5. Baukonferenz vom 17. – 18.04.1969 spielte der Wohnungsbau – jedenfalls aus sozialpolitischen Aspekten – noch keine besondere Rolle. Sie stellte lediglich fest, dass „im 1. Quartal 1969 weniger als 10 % der 1969 fertigzustellenden Wohnungen übergeben“¹¹⁵ wurden. Nicht der Bedarf der Bevölkerung an adäquaten Wohnungen, also die Wohnungsfrage im Allgemeinen, sondern das Tempo des Produktionsablaufes wurde als Hauptproblem gesehen. Die Veröffentlichung der Zahlen, die eine Untererfüllung der Planzahlen dokumentieren, wurde nicht als Beweis für die Unterversorgung der Bevölkerung mit Wohnungen sondern als Beleg für die zu niedrige Arbeitsproduktivität.

In dieser Baukonferenz wurden rückblickend auch Anerkennungen an Kombinate bzw. Volksbetriebe ausgesprochen, deren Leistungen in den vergangenen Jahren über den Planzahlen lagen. Konkret wurde beispielsweise das hohe Tempo der Arbeitsproduktivitäts- und Produktionssteigerung, die von einzelnen Kombinaten erzielt wurden, gewürdigt. Ein Vergleich der einzelnen Betriebe und eine Gegenüberstellung ihrer Erfahrungen fanden zu dieser Zeit hingegen nicht statt. Die hohen Produktionszahlen von den Kombinaten und Volksbetrieben, die zu ihren Auszeichnungen führten, basierten aber nur auf Vergleichen mit ihren eigenen Zahlen aus vorangegangenen Jahren. Gleichzeitig wurden einige Kombinate aufgrund der Nichterfüllung ihrer Aufgaben namentlich genannt und kritisiert.¹¹⁶ Diese „pädagogische Maßnahme“ setzte sich in jeder Baukonferenz fort.

Die Schwerpunkte der öffentlichen Kritiken der Teilnehmer der 5. Baukonferenz lagen nicht nur im Bereich der zu geringen Arbeitsproduktivität bzw. darin, dass die Steigerung der vergangenen Jahre nicht ausreichend war. Darüber hinaus wurde festgestellt und beanstandet, dass auf den Baustellen noch das niedrige technische bzw. technologische Niveau und die handwerkliche Fertigung überwogen.

Hinsichtlich der Arbeitsproduktivität wurde ebenso kritisiert, dass ihr Zuwachs in der volkseigenen Bauindustrie und in der Baumaterialienindustrie in den vergangenen Jahren mit weniger als 10 %, im Vergleich zu anderen hoch industrialisierten Ländern, viel zu gering war. Eine wesentliche Ursache für diesen Rückstand war die zu geringe Produktion neuer, effektiver Baumaterialien und ein großes Defizit in der komplexen Automatisierung in den Werken der Vorfertigungsindustrie. „Der Vorfertigungsgrad beträgt etwa 10 % [...]. Dazu ist es notwendig eine moderne Vorfertigungsbasis für die automatisierte Massenproduktion hoch komplizierter Baugruppen aufzubauen.“¹¹⁷

In Bezug auf das niedrige technische und technologische Niveau wurde festgestellt, dass der „wissenschaftlich-technische Vorlauf fehlt [...] damit die Kapazitäten optimal genutzt werden können“¹¹⁸. Für diesen Zweck war eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie erforderlich. Die Defizite waren somit auch im Bereich der Forschung zu verzeichnen. Dadurch wurde eine Erhöhung des niedrigen technischen und technologischen Niveaus verhindert.

Ein weiterer Problembereich war die lange Bauzeit, die wiederum durch die mangelnde industrielle Bauproduktion begründet wurde. „Das gegenwärtige niedrige Niveau der indust-

¹¹⁵ Wolfgang Junker: Die Rolle des Bauwesens bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR im Perspektivplanzeitraum 1971 – 1975. In: Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz. Berlin 1969. S. 30.

¹¹⁶ vgl. Wolfgang Junker: Die Rolle des Bauwesens bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR im Perspektivplanzeitraum 1971 – 1975. a. a. O. S. 30.

¹¹⁷ Günter Engelhard: Einheitliches Installationssystem. In: Diskussionsbeiträge der 5. Baukonferenz. Berlin 1970. S. 74 – 75.

¹¹⁸ Franz Illner: Modell für industrielle Baureparaturen. In: Diskussionsbeiträge der 5. Baukonferenz. Berlin 1970. S. 198.

riemäßigen Produktion [...] ist ein Grund für zu lange Bauzeiten und unkontinuierliche Produktion auf den Baustellen.“¹¹⁹

Normative Regelungen sowohl zum Aufwand als auch und zu Produktionszahlen existierten nicht. Der Bezug zum Faktor Zeit fehlte ebenfalls. Diese Problematik wurde von den Funktionären der Betriebe und der Partei erkannt und daher wurde die Forderung gestellt: „Der Bauaufwand und die Bauzeiten sind durch die Anwendung moderner Bauweisen und Verfahren entscheidend zu senken“¹²⁰ Wie in anderen Bereichen wurde dadurch auch im Bauwesen die industrielle Fertigung der Bauelemente verlangt. „Grundlage hierfür ist [...] ein zu entwickelndes Universalsortiment mit standardisierten, vielfach austauschbaren Elementen und Bauteilen, [...] verbunden mit standardisierten Technologien und Verfahren, welche den wachsenden Ansprüchen unserer sozialistischen Menschengemeinschaft entsprechen.

Hierbei kommt es darauf an, schnell eine größtmögliche Vereinheitlichung und Austauschbarkeit der Elemente und Bauteile [...] aller Art zu erreichen, aber auch die Erhöhung des Vorfertigungs- und Komplettierungsgrades der Elemente.“¹²¹ Demzufolge sollte konsequent der Weg bestritten werden, die Industrialisierung des Bauwesens Schritt für Schritt „aus einem einstmals rückständigen Zweig zu einem modernen leistungsfähigen Bereich der Volkswirtschaft“¹²² zu entwickeln. Das Hauptthema der 5. Baukonferenz war letztendlich die Steigerung der Arbeitsproduktivität, und (noch) nicht die Produktionssteigerung im Wohnungsbau.

Ein weiterer entscheidender Faktor im Wohnungsbau, und zwar die Gebietsumgestaltung, wurde erstmalig und nur am Rande bei dieser Baukonferenz, jedoch nachdrücklich zur Debatte gestellt. Die neue Aufgabe des Städtebaues und der Architektur war demzufolge „den wichtigsten Städten und vor allem ihren Zentren durch eine großzügige komplexe bauliche Umgestaltung ein neues sozialistisches Antlitz zu geben“¹²³. Die Unterschiede zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Vorgehensweise waren deutlich zu unterstreichen, indem ihre gesellschaftspolitische Schwerpunktsetzung hervorzuheben war, die sich nicht auf die Gestaltung der Einzelbereiche beschränken sollte, sondern in größeren Gebieten zu entwickeln war. Es kam bei der komplexen Umgestaltung darauf an, das Gebiet als Ganzes unter gesellschaftlichen Aspekten in Angriff zu nehmen. Der Aufbau der Zentren bildete damit „das Kernstück bei der Gestaltung der sozialistischen Stadt als Ganzes und fungiert als Führungsgröße bei der Erneuerung der Städte von innen heraus“¹²⁴.

Bei dieser 5. Baukonferenz wurde aktenkundig erstmalig das Attribut „komplexe“ für Wohnungsbaumaßnahmen verwendet. Darunter ist zu verstehen, dass sich die Maßnahmen nicht nur auf das Gebäude beschränken, indem die technische Ausstattung modernisiert und die Grundrissgestaltung den modernen hygienischen Anforderungen angepasst wird. Zusätzlich hatte die Verbesserung der Versorgung des Gebietes mit sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen zu erfolgen.¹²⁵

¹¹⁹ Wolfgang Junker: Die Rolle des Bauwesens bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR im Perspektivplanzeitraum 1971 – 1975. a. a. O. S. 29.

¹²⁰ dito. S. 32.

¹²¹ Heinz Grafunder: Neue Maßstäbe für jeden Architekten. In: Diskussionsbeiträge der 5. Baukonferenz. Berlin 1970. S. 123.

¹²² Kurt Fichtner: Schlusswort bei der 5. Baukonferenz. Berlin 1969. S. 102.

¹²³ Werner Heynisch: Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Perspektivzeitraum 1971 – 1975. In: Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz. Berlin 1969. S. 96.

¹²⁴ dito. S. 97.

¹²⁵ sh. Ausführliche Begriffserläuterung im Kapitel 2.2. S. 24.

Das Anschneiden des Themas Umgestaltung in dieser Konferenz verursachte ein Umdenken in der Wohnungsbaupolitik und läutete ihre Wende ein. Die vorhandenen erhaltenswerten Altbauten waren „versteckte Reserven“ im Wohnungsbestand, die durch einen relativ geringen Aufwand und geringe Investition oft die schnellere Alternative boten, um den Bedarf an Wohnungen zu befriedigen. Die in der Zeit in vielen Gremien verankerte Meinung, dass die Altbauten nicht erhaltenswert waren, hatte sich gewandelt. Sie waren nunmehr erhaltungswürdig.

Das Resümee der 5. Baukonferenz kann wie folgt kurz gefasst werden:

- Noch keine quantitative Vorgaben im Wohnungsbau.
- Forderung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Industrialisierung des Bauwesens.
- Bekennen zur Umgestaltung der Zentren der Städte.

3.2 Entscheidung für das Wohnungsbauprogramm

Im Bereich des Wohnungsbaus wurde bis 1970 trotz Wohnungsnot bisher nicht ein einziger aller langfristigen Wohnungsbaupläne seit 1950 auch nur annähernd erfüllt. In diesem Bereich wurde sowohl der Fünfjahrplan 1951 – 1955 nur zu 87 %, der Fünfjahrplan 1956 – 1960 gleichfalls nur zu 93 %, der Siebenjahrplan 1959 – 1965 gar nur zu 73 % sowie der Perspektivplan 1966 – 1970 auch lediglich zu 91 % erfüllt und zuletzt fehlten ca. 36.000 Wohnungen.¹²⁶ Aus diesem Grund sah sich die politische Führung durch die sich von Jahr zu Jahr rapide verschlechternde Wohnraumversorgung und die dadurch sich verstärkende Bedrohung des sozialen Friedens¹²⁷ zu einer Korrektur der Prioritäten ihrer sozial- und wirtschaftspolitischen Ziele veranlasst.

Angesicht dieser Tatsache legte der VIII. Parteitag der SED vom 15. – 19.06.1971 für die nächsten fünf Jahre von 1971 – 1975 folgendes fest: „Die Hauptaufgabe des Fünfjahresplanes besteht in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität.“¹²⁸ Beschlossen wurden u. a. die Erhöhung sowohl der Renten als auch der Mindestlöhne, die Verlängerung der Urlaubsansprüche und der Mutterschutzzeiten sowie die Verkürzung der Arbeitszeiten für Frauen mit mehreren Kindern. Im Bereich des Bauwesens wurde für den Bau von 500.000 Wohnungen bis 1975 entschieden

Während in der DDR „im Verhältnis zu anderen sozialistischen Staaten, grundlegende Lebensbedürfnisse wie Ernährung und Kleidung, Arbeit und Bildung sich bereits auf einem relativ hohen Niveau befinden“¹²⁹, war dagegen die Wohnungsfrage j zum größten sozialen Problem geworden. Daher erhielt der Wohnungsbau seitdem einen besonderen Stellenwert, und es wurde „ein neuer, materiell und personell besser fundierter Anlauf zur Fertigstellung von jährlich 100.000 Wohnungen gestartet“¹³⁰. Ermöglicht wurde dieser Schritt, da Anfang der 70er Jahre in der DDR Bedingungen herangereift waren, „die es ermöglichten und erfor-

¹²⁶ vgl. Manfred Hoffmann: Lösung der Wohnungsfrage bis 1990. In: Der Bauwelt 5/1975. S. 132.

¹²⁷ vgl. ohne Verfasser: Jeder Wohnungssuchende in der DDR soll bis 1990 eine angemessene Wohnung erhalten. In Informationen Nr. 21/73, Hrsg.: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehung. S. 14.

¹²⁸ Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED. Berlin. 1971. S. 296 – 297.

¹²⁹ Gisela Heun. a. a. O. S. 39 – 40.

¹³⁰ Joachim Tesch. a. a. O. S. 8.

derden, einen starken wirtschaftlichen Leistungsanstieg noch enger mit dem sozialen Fortschritt zu verbinden“¹³¹.

Ein neues Wohnungsbauprogramm war daher dringend notwendig, das allen Bürgern der DDR nützen sollte, und besonders die Arbeiter und kinderreichen Familien bevorzugt berücksichtigte. Außerdem mussten die Wohnungszuteilungen sowohl für junge Ehepaare als auch für ältere Bürger in der Zukunft schneller erfolgen als bisher. Die Wohngebiete waren vor allem mit Wohnfolgeeinrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen bzw. mit Gemeinschafts- und Versorgungseinrichtungen im Bereich der Freizeit, Gesundheit und Dienstleistung auszustatten. „Entgegen den bisherigen Tendenzen, gesellschaftliche Einrichtungen beim Städtebau zu vernachlässigen, sei [...] zukünftig bereits vom Plan her zu sichern, dass diese Einrichtungen schon mit der Übergabe der Wohnungen fertiggestellt seien“¹³².

Die Indikationen deuten an, dass die politische Führung durch die Misserfolge der Wohnungsbauprogramme in der Vergangenheit zunächst eine vorsichtige, realisierbare Zahl vorgab, um die Erfüllbarkeit sicherzustellen. In Anbetracht der Tatsache, dass die bisherigen Pläne im Wohnungsbau nicht erfüllt werden konnten, wurden Planziele festgelegt, die als erfüllbar gehalten wurden, um nicht immer wieder die Nichterfüllung der Wohnungsbaupläne befürchten zu müssen und einen Vertrauensverlust in der Bevölkerung zu erleiden. „Hinter einem Prozent Untererfüllung des Wohnungsbaus stehen eben nicht nur 800 Wohnungen, die nicht fertig wurden, [...] ein Prozent Untererfüllung bedeutet Schwächung des Vertrauens der Bevölkerung zur gesamten Politik.“¹³³ Dahinter verbergen sich auch rund 2.500 Menschen deren Wunsch nach einer Wohnung noch länger vorenthalten blieb.

Im Fünfjahreszeitraum 1971 – 1975, entschied der VIII. Parteitag „500.000 Wohnungen zu schaffen. Insbesondere sind die Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse in den Zentren der industriellen Entwicklung zu verbessern.“¹³⁴ Für Berlin waren die Vorgaben auch konkret definiert und quantifiziert: Der Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt war planmäßig weiterzuführen und zunächst durch modernen Wohnungsbau und Versorgungseinrichtungen neu zu gestalten. Zur Verbesserung der Wohnraumversorgung waren 30.000 bis 31.000 Neubauwohnungen bei Anwendung rationeller Wohnungsbautypen fertigzustellen. Gleichzeitig waren 10.000 Wohnungen zu modernisieren sowie um- und auszubauen.¹³⁵ Somit wurde beim VIII. Parteitag, neben dem Neubau explizit über Modernisierung im Wohnungsbau entschieden. Ihr Anteil am Gesamtvolumen sollte damit ca. 25 % betragen.

Die Modernisierung und Erhaltung von Altbauten gewann im komplexen Wohnungsbau mehr an Gewicht, hervorgehoben durch die Aufforderung in der Direktive, einerseits die Steigerung der Reparaturleistung für Wohngebäude und andererseits den Aufbau von leistungsfähigen Kapazitäten für die Modernisierung und Erhaltung der Wohngebäude zu forcieren. Der Anteil der zu modernisierten Wohnungen stieg im Vergleich zu den Vorjahren rapide an. Ein neuer Maßstab wurde hiermit gesetzt. 1965 betrug der Anteil der um- bzw. ausgebauten

¹³¹ Sonja Schimmel. a. a. O. S. 16.

¹³² vgl. Manfred Hoffmann. a. a. O. S. 134.

¹³³ Karl Schmichen: Das 10. Plenum der ZK legte mit seinen Beschlüssen den Grundstein für ein grandioses Wohnungsbauprogramm. In: Der Bau vom 26.10.1973, Beilage 7.

¹³⁴ Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED. Berlin 1971. S. 325.

¹³⁵ vgl. dito. S. 394 – 395.

Wohnungen lediglich ca. 14,5 % (9.851 von 68.162 Wohnungen) und 1970 sogar nur ca. 13,5 % (10.302 von 76.088 Wohnungen).¹³⁶

Zusätzlich zu den jährlichen Forderungen zur Steigerung der Kapazitäten, Erhöhung der Mittel und Senkung der Aufwandszeiten, stand charakteristisch für diesen Parteitag die Erfüllung der Quantitätsziele im Vordergrund. Bekenntnisse zu den Beschlüssen wurden anschließend in öffentlichen Sitzungen durch die Propagandamaschinerie der Partei verbreitet.

Eine Ära begann, in der die Architekten unter dem politischen Druck eines Massenwohnungsbaues bei chronischen Mängeln an technischen und ökonomischen Kapazitäten der Erfüllung der hochgesteckten Ziele des Wohnungsbauprogramms ausgeliefert waren und durch Parolen indoktriniert wurden wie: „Die Aufgabe der Architekten, Städtebauer und Bau-schaffenden besteht in der bedingungslosen Verwirklichung der quantitativen Ziele.“¹³⁷ Diese bedingungslose Unterwerfung gegenüber der Partei war zumindest bei den Architekten und Stadtplanern sehr unpopulär und wurde nicht von der Mehrheit mitgetragen. In Fachkreisen entstanden zwar Diskussionen über die ablehnende Haltung zur Forderung der Staats- und Parteiführung, kritische Anmerkungen wurden in den Protokollen zu diesen Diskussionen letztendlich entschärft.¹³⁸

Das Resümee des VIII. Parteitages war:

- Die Entscheidung zur Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus.
- Die Festlegung der Quantitätsvorgaben beim Wohnungsbau.
- Die Anfänge der Forderung zur Erhaltungsmaßnahmen im Wohnungsbau.

3.3 Durchführung der Rekonstruktion

Die Realisierung des Wohnungsbauprogramms bis zum Jahre 1990 diente den politischen Funktionären zufolge dazu, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Wohnverhältnisse für Millionen Bürger verbesserten. Zugleich war dieses auch ein Programm für die Entwicklung und Gestaltung der (Innen-) Städte. „In diesem Prozess werden die aus der kapitalistischen Vergangenheit überkommenen Disproportionen in der Struktur und Gestalt der Städte [...] überwunden, zugunsten der Herausbildung städtebaulich-architektonischer Züge, die für die moderne sozialistische Gesellschaftsordnung charakteristisch sind“¹³⁹.

Um die politischen Ziele des Programms zu erreichen und die strikte Einhaltung der Vorgaben zu gewährleisten, wurden sowohl Kritiken zur Nichterfüllung des vorhandenen Planes als auch Auszeichnungen für besondere Leistungen öffentlich erteilt. Diese Kontrollmechanismen wurden eingerichtet, um mögliche Disziplinarverfahren durchführen bzw. Kritiken in offiziellen Medien wie Partei- oder Verwaltungssitzungen erteilen zu können.

Die erste Kontrollmaßnahme erfolgte bereits unmittelbar nach der Beendigung des VIII. Parteitags. Auf der 15. Ordentlichen Sitzung des Magistrats von Groß-Berlin am 07.07.1971 wurde die Vorlage Nr. 151 / 71 eingebracht.¹⁴⁰ Der Beschlussgegenstand war: Information über den Stand des komplexen Wohnungsbaues in der „Hauptstadt“ per 30.06.1971. Diese

¹³⁶ vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR vom 1990. S. 198.

¹³⁷ Manfred Hoffmann. a. a. O. S. 118.

¹³⁸ Nach Auskunft von Frau Hannelore Ruth Kaul, ehemalige Stadtbezirksarchitektin Berlin-Mitte.

¹³⁹ Werner Rietdorf: Langfristiges Wohnungsbauprogramm der DDR. In: Architektur der DDR 6/1987. S. 11.

¹⁴⁰ Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep-100-05-1466.

Beschlussvorlage ist der erste aktenkundige Hinweis auf die Überwachung des Wohnungsbauprogramms nach dem VIII. Parteitag.

Bei der Vorlage erfolgte beispielsweise eine Auflistung der folgenden Planerfüllungen.

Position	Einheit	Jahresplan	Per 30.6.1971	%
Materieller Plan	TM	428.403	168.131	39,2
Kapazität Wohnungen	WE	5.300	2.301	42,4
Kapazität Kindergarten	Plätze	1.800	720	40,0
Kapazität Kinderkrippe	Plätze	880	400	45,5

Die Gesamteinschätzung der Sitzung lautete, dass im Bereich des Kapazitätszuwachses an Wohnungen eine Überfüllung erreicht wurde. Bei den Gemeinschaftseinrichtungen waren die Bauten gleichfalls entsprechend der Sollleistung für das erste Halbjahr erfüllt worden.

In den Ergebnissen des materiellen Planes wurde die positive Entwicklung sichtbar, auch wenn der Halbjahresstand noch nicht befriedigend war. Die entsprechenden verantwortlichen Stadträte wurden jedoch beauftragt, künftig alle Informationen nicht mehr nach dem Vollständigkeitsprinzip auszuarbeiten, sondern auf Abweichungen vom Plan zu beschränken. Dadurch konnten konkrete Maßnahmen zur Gegensteuerung leichter vorgenommen werden. Vorschläge für notwendige Leistungsentscheidungen zur Sicherung der Planerfüllung waren zusätzlich auch einzubringen.¹⁴¹

Parallel zu den Kontrollen wurden ausgewählte Personen für ihre Verdienste ausgezeichnet. Die Wanderfahne des Ministerrats und des Bundesvorstandes der FDGB wurde in regelmäßigen Abständen im Leistungsvergleich der Wohnbaukombinate an den Gewinner überreicht. Weiterhin wurden Ehrungen in Form von Verleihungen von Karl-Marx-Orden, Goldmedaille für hervorragende Leistungen im Bauwesen sowie Benennung als Helden der Arbeit.¹⁴² Diese Personen genossen das Privileg, u. a. an den Baukonferenzen teilnehmen zu können.

Weitere Vorschläge zur Prämierung wurden in der 17. Ordentlichen Magistratssitzung vom 04.08.1971 eingebracht.¹⁴³ Gegenstand war eine Vorlage Nr. 168/71 mit Informationen von den Ergebnissen im Wettbewerb um die Verschönerung der Hauptstadt („Schöner unsere Hauptstadt Berlin – Mach mit“) sowie ein Vorschlag zur Auszeichnung von drei Stadtbezirken mit den besten Ergebnissen im Zeitraum von 01.01 – 31.05.1971. In Anerkennung ihrer Leistungen zu Ehren des VIII. Parteitages der SED wurden die Stadtbezirke Friedrichshain, Lichtenberg und Treptow mit einer Ehrenurkunde des Magistrats von Groß-Berlin und des Bezirksausschusses der Nationalen Front ausgezeichnet, mit der Begründung, dass die Kreis- und Bezirksausschüsse der Nationalen Front und die Räte der Stadtbezirke durch eine zielstrebige und komplexe Führungstätigkeit in diesen Stadtbezirken beispielhafte Ergebnisse erzielt haben. In diesem Zeitraum wurden überdurchschnittliches Werterhaltungsarbeiten an Wohnungen durchgeführt sowie eine Vielzahl von Kindergartenplätzen und Kinderkrippenplätzen geschaffen.

¹⁴¹ vgl. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep-100-05-1466.

¹⁴² vgl. Wolfgang Junker: Die Rolle und Verantwortung des Bauwesens. Berlin 1975. S. 25.

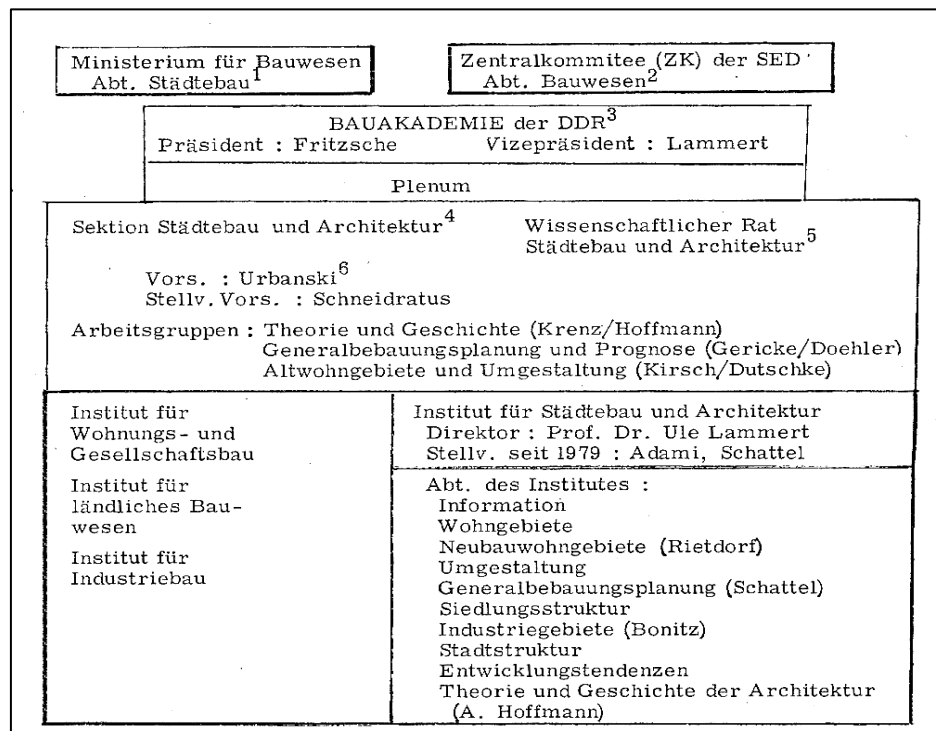
¹⁴³ Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep-100-05-1468.

Auszeichnung oder Kritiken von der Partei oder dem Staat an Kombinat oder Betrieben erfolgten in den darauffolgenden Jahren in regelmäßigen Abständen und entwickelten sich zu einem immer wiederkehrenden Ritual im sozialistischen System der DDR. Diese „pädagogische Maßnahme“ wirkte im negativen Fall als entmündigend. Bekanntlich wurden Spitzenpositionen in der Verwaltung durch örtliche Parteifunktionäre besetzt und übten aus dem Grund starken Einfluss auf den Ruf der Betriebe aus. Diese Maßnahmen waren ideologisch ausgeprägt und aufgrund der fehlenden – im Sinne des demokratischen Systems – Stellungnahmen von neutralen fachspezifischen Institutionen wie Berufs- und Industrieverbänden demzufolge einseitige politische und keine fachliche Bewertungen. Ausschlaggebend für die Zensuren war in erster Linie die Quantität der Leistungen.

Auf der 9. Tagung des ZK von 28. – 29.05.1973 erging der konkrete Auftrag zur detaillierten Ausarbeitung des Wohnungsbauprogramms. Dieser wurde durch die Bauakademie als zentrale Forschungseinrichtung des Bauwesens erarbeitet, die die Verantwortung für die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms trug. Ihr wurde die Leitung der Forschung auf dem gesamten Gebiet des komplexen Wohnungsbaues übertragen.

Exkurs: Bauakademie

Die Bauakademie war die zentrale wissenschaftliche Einrichtung für Städtebau, Architektur und Bauwesen in der DDR und unterstand in direkter Linie dem Ministerium für Bauwesen. Zu den früher bestehenden oder zeitweilig zur Akademie gehörenden Instituten zählten u. a. die Forschungsinstitute für Bautechnik, Hochbau, Innenarchitektur, Wohnungsbau und Städtebau. Sie wurde von einem durch den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR ernannten Präsidenten geleitet und hatte höchstens 25 ordentliche und 30 kandidierende sowie korrespondierende Mitglieder. Ihre Struktur sah wie folgt aus:¹⁴⁴



¹⁴⁴ vgl. Frank Werner, a. a. O. 171.

Beschäftigte 1960 : 1.200
1980 : 3.700, davon 2.000 Hoch- u. Fachschulabsolventen.

Anlagever-
mögen 1980 : 120 Mio. Mark

- 1 Staatssekretär Schmieden; Abtlr. Städtebau : ab 1972 H. J. Kluge/Schlesier.
- 2 Heumann, B., Dr. e. h., Träger des Karl-Marx-Ordens. Er "hat sich insbes. auch bei der Entwicklung wissenschaftlicher Grundlagen des sozialistischen Städtebaues und der Architektur .. große Verdienste erworben." (AdDDR, 1977, S. 706); Trölitzsch, Dipl.-Ing., Ltr. d. Abt. Bauwesen seit 1960, Mitglied der Bauakademie seit 1968. Kandidat des ZK der SED.
- 3 Gegr. 1950. Näher siehe u. a. in : Das Wissenschaftssystem in der DDR, hrsg. vom IGW, 1977, S. 160 ff.
- 4 Z. Zt. 50 Mitglieder, s. näher in AdDDR 1976, S. 264; 1977, S. 54; 1978, S. 312; 1979, S. 310; 1980, S. 249 ff.
- 5 Zuständig für Promotionen A und B
- 6 Zugleich Präsident des BdA/DDR.

Die Bauakademie der DDR wurde mit Beschluss des Ministerrates der DDR am 01.01.1951 mit Hauptsitz in Berlin (Ost) gegründet und 1991 aufgelöst. [Ende des Exkurses]

Die Beschlussfassung zur detaillierten Ausarbeitung des Wohnungsbauprogramms wurde auf der anschließenden 10. Tagung des ZK der SED am 02.10.1973 und als das Wohnungsbauprogramm für die DDR für die Jahre 1976 – 1990 mit dem Leitmotiv: „Lösung der Wohnungsfrage bis 1990“ von Bauminister Wolfgang Junker vorgestellt. Das Ziel der Wohnungsbaupolitik war, die historisch entstandenen sozialen und territorialen Unterschiede der Wohnverhältnisse Schritt um Schritt abzubauen. Dazu gehörte, die Wohngebiete zweckmäßig mit gesellschaftlichen Einrichtungen auszustatten und lebenswerter zu gestalten. Durch die Verwirklichung dieser Ziele könnten alle wichtigen Wohnbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden. Um zu hohe Erwartungen an eine schnelle Beseitigung der Wohnmisere in der DDR zu verhindern, fügte der Minister für Bauwesen einschränkend hinzu, „dass im Wohnungsbau auch nur verbraucht werden kann, was dafür vorher in der materiellen Produktion erwirtschaftet wurde“¹⁴⁵. Ebenso war beabsichtigt, dass bis 1980 der Bestand an Wohnungen die Anzahl des bestehenden, und bis dahin von jungen Ehepaaren neu gegründeten Haushalts, erreichte.

Zur Optimierung bei der Durchführung der Baumaßnahmen wurde die Einführung neuer Technologien wie die Slobin-Methode im Jahre 1973 propagiert. Diese vom Moskauer Brigadier Nikolai Slobin entwickelte und nach ihm benannte Methode konzentrierte sich auf die kostenniedrige, termin- und qualitätsgerechte Herstellung der Bauwerke. Dazu erfolgte der Abschluss von Objekt- und Brigadeverträgen. Mit dem Abschluss dieser Verträge übernahm das jeweilige Produktionskollektiv gegenüber der Betriebsleitung für das zu errichtende Objekt die komplexe Verantwortung dafür, dass alle im Vertrag festgelegten Planziele, Termine, Effektivitäts- und Qualitätskennziffern erreicht bzw. überboten wurden.¹⁴⁶

Anfangs wurde diese Methode nur für Bau- und Montagebrigaden des Wohnungsneubaues, später aber auch im Bereich der Rekonstruktion, zum ersten Mal im Rekonstruktionsgebiet Arkonaplatz, angewendet. Teile der kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien wurden bei dieser Methode übernommen. Der wesentliche Unterschied liegt darin, dass kein „freier Wettbe-

¹⁴⁵ Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976 – 1990. a. a. O. S. 18.

¹⁴⁶ vgl. Willi Pieper: Arkonaplatz gestern und heute. Berlin 1987. S. 9.

werb“ stattfand, weil für jeden (Stadt-)Bezirk nur ein Kombinat für den jeweiligen Bereich zur Verfügung stand. Der sogenannte „Wettbewerb“ selbst fand lediglich zwischen den einzelnen Bezirken statt.

Bereits in der darauf folgenden 6. Baukonferenz von 17. – 18.04.1975 wurde eine Propaganda über die erzielten Erfolge, die durch die Einführung der Slobin-Methode entstand, gestartet. Beispielsweise wurde über Folgende Erfahrungen berichtet: „Im 1. Quartal dieses Jahres haben wir mit den gleichen Arbeitskräften 200 Wohnungen der Bevölkerung übergeben. [...] Unsere Zielsetzung im Plan Wissenschaft und Technik wurde damit überboten. Dabei konnten wir Arbeitszeit [...] seit der Einführung der Slobin Methode senken [...] und das staatliche Normativen unterbieten.“¹⁴⁷

Diese Baukonferenz stand unter dem Motto: „Auf dem bewährten Weg des VIII. Parteitages der SED durch vertiefte Intensivierung und Förderung der Masseninitiative mehr, besser und effektiver bauen“. Bei dieser Baukonferenz wurde erstmalig öffentlich die Erhöhung der Qualität thematisiert. Den Aufwand für die Realisierung des Wohnungsbauprogramms zu reduzieren sollte nicht auf Kosten der Qualität gehen. Konkret wurde die Forderung gestellt: „Bei allen Intensivierungsmaßnahmen in der Projektierung ist uns natürlich klar, dass schnelleres Anfertigen der Projekte nicht die Qualität mindern darf.“¹⁴⁸ Der Anspruch auf Qualitätsverbesserung wurde auch durch Erich Honecker in seinem Schlusswort unterstrichen. „Eine dem Sozialismus entsprechende Umwelt für die Menschen zu schaffen, stellt hohe Anforderungen auch an die architektonische, künstlerische und städtebauliche Gestaltung.“¹⁴⁹

Die Forderung der 6. Baukonferenz war, dass es nicht nur um die Verbesserung der Wohnungen, sondern um die der Wohnverhältnisse der Bevölkerung insgesamt ging. Dazu gehörte die Vervollständigung der städtebaulichen Struktur mit gesellschaftlichen und sozialen Einrichtungen. „Maßstab wird nicht sein, dass man in einem Wohnkomplex mit so und so viel Wohnungen wohnt, sondern wie die Umwelt gestaltet ist, fördernd oder hemmend für die Persönlichkeitsentwicklung. So gesehen, ist auch die Umgestaltung alter Arbeiterbezirke, deren Mängel ein trauriges Erbe des Kapitalismus sind, nicht allein eine Kapazitätsfrage, sondern eine politische Aufgabe.“¹⁵⁰

Nach Ansicht dieser Baukonferenz waren die Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Produktion des Bauwesens und der Baumaterialien nach wie vor die wichtigsten Bauaufgaben. Im Vergleich zu den langfristigen Vorgaben des VIII. Parteitages wurden bei dieser Baukonferenz traditionsgemäß kurzfristige quantitative Vorgaben definiert. Für den Zeitraum von 1976 bis 1980 waren im Bereich des Wohnungsbaus 750.000 Wohnungen (550.000 durch Neubau und 200.000 Wohnungen durch Modernisierung, Um- und Ausbau) bei gleichzeitiger Einsparung des Arbeitsaufwandes, Senkung des Materialverbrauches und die effektivere Nutzung der Grundmittel zu errichten.¹⁵¹

Zur Bewältigung der Aufgaben und zur Erreichung der Ziele waren neue Überlegungen und ein neues Herangehen zur Vorfertigung der Produkte erforderlich, wie bei der Erarbeitung

¹⁴⁷ vgl. Manfred Böttcher: Mit der Slobin-Methode effektiver Bauen. Diskussionsbeiträge der 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. In: Der sozialistische Staat. Berlin 1975. S. 16.

¹⁴⁸ Helga Ferge: Qualität der Projekte entscheidet über wirtschaftliches Bauen. dito. S. 22.

¹⁴⁹ Erich Honecker: Unsere ganze Politik dient dem Wohl der Arbeiter und Werktätigen. Schlusswort bei der 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. In: Der sozialistische Staat. Berlin 1975. S. 12.

¹⁵⁰ Götz Grosche: Die 6. Baukonferenz – Impuls und Verpflichtung. In: Architektur der DDR 1/76. S. 7.

¹⁵¹ vgl. Wolfgang Junker: Die Rolle und Verantwortung des Bauwesens. Referat bei der 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. In: Der sozialistische Staat. Berlin 1975. S. 32.

von Lösungen zur Kombination der vorgefertigten Bauweise mit monolithischen Bauverfahren. „Verstärkt wird die nach 1980 einsetzende Rekonstruktion innerstädtischer Altbaugebiete solche baulichen Lösungen erfordern.“¹⁵² Die Überlegung, auch bei Altbauten vorgefertigte Produkte einzusetzen, war durch wirtschaftliche Zwänge entstanden. In den darauffolgenden Jahren trat sie noch stärker auf, da die Weltwirtschaftskrise, die zu einer Preisexplosion im Bauwesen führte, auch die DDR erreichte.

Für die Hauptstadt Berlin wurden quantitative Ziele für den Fünfjahrplan 1976 – 1980 im Wohnungsbau separat definiert. 55.000 neugebaute und 20.000 instandgesetzte, um- und ausgebauten bzw. modernisierte Wohnungen waren die Vorgaben von dem Chefarchitekten Berlins, Roland Korn¹⁵³. In diesem Zeitraum soll der Anteil der zu modernisierenden Wohnungen im Vergleich zu den neu zu bauenden Wohnungen deutlich ansteigen. Von ca. 25 % im Zeitraum von 1971 – 1976¹⁵⁴ soll dieser Anteil im Zeitraum von 1976 – 1980 auf ca. 36 % erhöhen.¹⁵⁵ Der Schwerpunkt lag aber eindeutig noch im Bereich des Neubaus, vorwiegend im neuen Wohngebiet Marzahn / Biesdorf.

Die weitere Ausgestaltung der Hauptstadt Berlin ist für die Staats- und Parteifunktionäre eine Aufgabe von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Die Kapazitäten in Berlin reichten offenbar und allem Vernehmen nach nicht aus, damit Berlin den Anforderungen als Hauptstadt immer besser gerecht werden konnte. Das Anfordern von Fachkräften aus anderen Bezirken war die logische Konsequenz und einzige Möglichkeit zur Bewältigung dieses Kapazitätsengpasses. Die Partei gab bei dieser Gelegenheit öffentlich bekannt, dass entsprechend den Beschlüssen der Parteiführung und Regierung die Berliner Bauschaffenden von Bauarbeitern, Meistern und Ingenieuren aus den übrigen Bezirken unterstützt werden sollten. „Das stellt an die Berliner Bauleute höhere Anforderungen und verlangt, dass die Bauschaffenden aus anderen Bezirken und den zentralgeleiteten Baukombinaten auch künftig an der Lösung dieser Aufgaben von gesamtstaatlichem Interesse mitwirken.“¹⁵⁶

In seinem Schlusswort bei der 6. Baukonferenz brachte Erich Honecker nochmals zum Ausdruck, dass das Wohnungsbauprogramm als „Kernstück des sozialpolitischen Programms“ zu bewerten und dass der Wohnungsbau als ein ganzer Komplex von Maßnahmen zu verstehen ist. „Komplexer Wohnungsbau – das heißt, [...] dass dies auch in der architektonischen und städtebaulichen Gestaltung, in der weiteren Verbesserung der Wohnumwelt, in der Anlage von Grünflächen. Spiel- und Sporteinrichtungen, aber auch von niveaureichen Gaststätten seinen Ausdruck finden sollte.“¹⁵⁷

Der IX. Parteitag der SED von 18. – 22.05.1976 begann traditionell mit dem Bericht des ZK der SED über den Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre, in denen in vielen Gebieten die Aufgaben seit dem VIII. Parteitag erfüllt oder sogar übertroffen werden konnten. Die Mieten blieben stabil und niedrig. Im Durchschnitt war für einen Quadratmeter Wohnfläche nur 0,80 bis 1,25 Mark Miete zu entrichten. Das sei Ausdruck „des sozialen, zutiefst humanistischen Wesens der Gesellschaftsordnung“¹⁵⁸.

¹⁵² Werner Heynisch: Unsere Arbeit dient der Intensivierung. In: Diskussionsbeiträge der 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. Berlin 1975. S. 52.

¹⁵³ vgl. Roland Korn: Effektive und schöne Gestaltung im Städtebau. a. a. O. S. 78.

¹⁵⁴ vgl. Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED. Berlin. 1971. S. 394 – 395.

¹⁵⁵ vgl. Roland Korn: Effektive und schöne Gestaltung im Städtebau. a. a. O. S. 78.

¹⁵⁶ Wolfgang Junker: Die Rolle und Verantwortung des Bauwesens. a. a. O. S. 32.

¹⁵⁷ Erich Honecker: Unsere ganze Politik dient dem Wohl der Arbeiter und Werktätigen. a. a. O. S. 12.

¹⁵⁸ Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED. Berlin. 1976. S. 55.

Für die kommenden fünf Jahre wurden an diesem Parteitag im Bereich des Wohnungsbaues folgende Vorgaben angekündigt: „Von 1976 – 1980 sollte durch den Neubau und Modernisierung von 750.000 Wohnungen [...] ein wichtiger Abschnitt des bis 1990 konzipierten Wohnungsbauprogramms verwirklicht werden.“¹⁵⁹ Davon waren 550.000 bis 570.000 Wohnungen durch Neubau zu schaffen und weitere 180.000 bis 200.000 Wohnungen zu modernisieren bzw. durch Um- und Ausbau zu gewinnen, mit dem Ziel, dass alle Haushalte bis 1980 mit Kühlschränken ausgestattet werden und der Ausstattungsgrad der Haushalte mit Waschmaschinen 80 %, mit Fernsehgeräten mit 97 % erreicht werden konnte.¹⁶⁰ Hier zeigt sich, dass immer höhere Anforderungen gestellt wurden. Zielstellung für die Entwicklung des komplexen Wohnungsbaues für die Jahre 1976 – 1980 in Berlin als „politisches, wirtschaftliches und geistig-kulturelles Zentrum“ war die Schaffung von insgesamt 75.000 – 77.000 Wohnungen, davon 55.000 – 57.000 durch Neubau und 20.000 Wohnungen durch Modernisierung.¹⁶¹ Damit lag der Anteil der zu modernisierenden Wohnungen zu dieser Zeit bei über 25 %.

Auf diesem IX. Parteitag wurde die Richtung festgelegt, die Planung und Errichtung von Neubaugebieten in engster Wechselbeziehung an angrenzende Altbaugebiete und Stadtkerne vorzunehmen. Weitere Parolen wurden ausgegeben, um die Rekonstruktion weiter und intensiver voranzutreiben. „Indem wir Altes und Neues richtig kombinieren, erhalten wir den historisch gewachsenen Charakter unserer Städte und fügen ihnen zugleich Neues hinzu.“¹⁶² Schließlich können gerade die alten Bauten mit ihrer Geschichte oder ihrer kulturellen Qualität den „vielseitigen, geistig-kulturellen Interessen und Bedürfnissen“¹⁶³ dienen. Verstärkt wurde die Argumentation mit politischen Aspekten, indem das Wohl der Arbeiterklasse in den Vordergrund gestellt wurde. Der Wohnungsneubau sollte langfristig mit der Rekonstruktion und Umgestaltung von Wohngebieten sowie mit der Erhaltung und Modernisierung von Wohngebäuden verbunden werden, und sie widmeten sich darüber hinaus der „lebendigen, interessanten Verbreitung der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse“¹⁶⁴.

Die 7. Baukonferenz von 19. – 20.06.1980 blickte traditionsgemäß zurück mit dem Bericht über die Erfolge der vergangenen Jahre, in dem hervorgehoben wurde, dass seit dem IX. Parteitag „rund 710.000 Wohnungen durch Neubau und Modernisierung fertiggestellt, und die anteilige Zielstellung des laufenden Fünfjahresplanes [...] überboten werden“¹⁶⁵ konnte. Anschließend erfolgten die Ankündigungen der Vorgaben für die nächsten Jahre. Sie bestätigen die Beschlüsse des Politbüros im März des Jahres, in den kommenden fünf Jahren insgesamt bis 950.000 Wohnungen, davon 600.000 Neubauwohnungen, und bis 350.000 modernisierte Wohnungen zu schaffen.¹⁶⁶

„Die Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung“,¹⁶⁷ ein neuer Begriff entstand und wurde von den Parteifunktionären übernommen und propagiert zunächst damit in Verbindung gesetzt, inwiefern eine gute städtebaulich-architektonische Gestaltung der Wohngebiete durch harmonische Verbindung vorhandener Altbauten mit den Neubauten gelingen könnte. Im Vordergrund stand aber die Kenntnis, dass die Ziele des Wohnungsbauprogramms

¹⁵⁹ Erich Honecker: Unsere ganze Politik dient dem Wohl der Arbeiter und Werktätigen. a. a. O. S. 15.

¹⁶⁰ vgl. Bericht des ZK der SED an den IX. Parteitag der SED. Berlin. 1976. S. 65.

¹⁶¹ vgl. Direktive des IX. Parteitags der SED. Berlin 1976. S. 399.

¹⁶² Hans Müller: Erhaltung historisch baukünstlerisch wertvoller Stadtkerne. a. a. O. S. 68 – 69.

¹⁶³ Ludwig Deiters: Rekonstruktion von Altbaugebieten. a. a. O. S. 388.

¹⁶⁴ dito.

¹⁶⁵ Protokoll der 7. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. Berlin 1980. S. 13.

¹⁶⁶ vgl. dito. S. 19.

¹⁶⁷ dito. S. 37.

unter den sich verschlechternden volkswirtschaftlichen Bedingungen der DDR nur durch die Senkung von Investition und Bauaufwand zu erreichen waren. Es ging darum, das günstigste Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu erzielen. Eine Verbindung zwischen ökonomischer Effektivität und bestmöglicher Befriedigung sollte damit erreicht werden.

Quantitative Zielstellung und verfügbare volkswirtschaftliche Ressourcen gerieten in den 80er Jahren zunehmend in Konflikt. Um diese zu lösen, wurden die Modernisierung und Erhaltung bzw. Rekonstruktion der Altbausubstanz feste Bestandteile bei der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms und traten mehr und mehr in den Vordergrund. Die Vorteile dieser Maßnahmen im Vergleich zu dem Neubau lagen zweifellos bei Materialeinsparung und bei Aufwands- und Kostensenkung der stadtechnischen Erschließung. Dies war vermutlich auch ein wichtiger Grund bei der Verfügung der Rechtsverordnung über eine Abrissminimierung in den innerstädtischen Altbaugebieten, die 1979 erfolgte.¹⁶⁸

Die bereits beim IX. Parteitag andeutungsweise geforderten Einsparungen im Bereich des Aufwandes und des Materialverbrauchs wurden bei dieser Baukonferenz sowohl begründet als auch quantifiziert. Die verschärfte Aggressionspolitik des Imperialismus und die weltweite Verknappung und Verteuerung von Rohstoffen und Energieträgern¹⁶⁹ waren die von der Partei genannten Hauptgründe für die negativen äußeren Bedingungen, mit denen die DDR zur Verwirklichung ihrer „erfolgreichen“ Wohnungsbaupolitik zu kämpfen hatte.

Daraus folgt, dass zur Durchsetzung ihrer Politik folgende Aufgaben zu bewältigen waren:¹⁷⁰

- Der Bauaufwand ist gegenüber dem Bisherigen zu senken.
- Die Bauzeiten gegenüber dem bisher erreichten Niveau sind zu verkürzen.
- Der Materialverbrauch ist durch neue technische Konstruktionen zu reduzieren.

Zusammengefasst lautet die Devise, dass von den „Bauaktivisten“ in kürzerer Zeit mit weniger Material und Aufwand mehr Produktivität abverlangt wird.

Für Berlin waren folgende Vorgaben gegeben: Von 1981 – 1985 sind 65.000 bis 70.000 Wohnungen neu zu bauen und 35.000 bis 40.000 Wohnungen zu modernisieren. Der Anteil der zu modernisierenden Wohnungen stieg in diesem Zeitraum auf ca. 35 %. Die Wichtigkeit der Modernisierung wurde weiter dadurch verdeutlicht, dass „wichtige Schwerpunkte im Stadtzentrum [...] städtebaulich-architektonisch und funktionell weiter gestaltet werden“¹⁷¹ sollten.

Der X. Parteitag der SED vom 11. – 16.04.1981 war dadurch gekennzeichnet, dass die Rekonstruktion der innerstädtischen Altbaugebiete von höchster Ebene mit Nachdruck noch weiter vorangetrieben wurde. Auf diesem Parteitag verkündete Erich Honecker, dass zweifellos auch künftig Neubauten notwendig seien. In den Vordergrund tritt jedoch, die vorhandenen städtischen Altbaugebiete zu pflegen, zu erhalten, zu rekonstruieren und zu modernisieren. „Denken wir in diesem Zusammenhang auch daran, wie wesentlich die Erhaltung städtischer Altbaugebiete ist. Meist liegen diese Gebiete in der Nähe des Zentrums und beeinflussen stark das Gesamtbild und die Funktionsfähigkeit der Stadt. Wir brauchen überall hohe städtebaulich-architektonische Qualität bei niedrigem Aufwand für Bau und Bewirtschaftung

¹⁶⁸ Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen vom 18.09.1979. Gesetzblatt der DDR Teil I, Nr. 34 vom 19.10.1979.

¹⁶⁹ vgl. Protokoll der 7. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. Berlin 1980. S. 20.

¹⁷⁰ vgl. dito. S. 19 – 21.

¹⁷¹ dito. a. a. O. S. 43.

[...] Objektiv ändert sich daher die Struktur der Bauaufgaben tiefgehend. Rekonstruktion, Modernisierung und Erhaltung gewannen weiter an Gewicht.¹⁷² Nicht nur die sozialen Aspekte, sondern die Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahme wurde bei diesem Parteitag unterstrichen.

Es war Halbzeit bei dem Wohnungsbauprogramm, und die Parteifunktionäre der SED und Staatsführung der DDR hatten mit Sicherheit Kenntnis über die aktuellen Zahlen der fertiggestellten Wohnungen und dass die Durchführung des Wohnungsbauprogramms unbefriedigend verlief. Aus diesen Gründen wurden bei dem X. Parteitag noch höhere Vorgaben im Bereich des Bauwesens gestellt, um das Ziel des Wohnungsbauprogramms zu erreichen.

Im Zeitraum von 1981 – 1985 waren für rund 2,8 Millionen Bürger, insbesondere Arbeiter, kinderreiche Familien und junge Ehepaare, insgesamt 930.000 bis 950.000 Wohnungen bereitzustellen. Bis zu 600.000 Neubauwohnungen waren zu errichten und 350.000 Wohnungen zu modernisieren.¹⁷³ Für Berlin sowie für einige Großstädte wurde ein überdurchschnittliches Wachstum des Wohnungsbaues vorgesehen. Für die Lösung der Wohnungsfrage war weiterhin die Einheit von Neubau, Modernisierung und Erhaltung der Bausubstanz von großem Gewicht. Die vorhandene wertvolle Bausubstanz sollte durch Modernisierungsmaßnahmen besser genutzt und ihr Wohnwert erhöht werden. Eine harmonische Verbindung von vorhandener und neuer Bebauung sollte damit erreicht werden.

Die 8. Baukonferenz von 13. – 14. 06. 1985, die sich als die letzte herausstellte, wurde traditionell mit dem Rückblick und der Darlegung der wichtigsten Ergebnisse der letzten fünf Jahre eröffnet. Beharrlich wurden die guten Leistungen in den vergangenen Jahren hervorgehoben. Trotzdem wurden die bestehenden beachtlichen Niveauunterschiede zwischen vergleichbaren Kombinat und Betrieben in der Produktivität, Effektivität und in der Auslastung kritisiert. Diese konnten durch regelmäßig durchgeführte Leistungsvergleiche – eine weitere Kontrollmaßnahme – festgestellt werden. „Die Kostenunterschiede zwischen den Wohnungskombinat betragen bis zu 15 Prozent, zwischen den Tiefbaukombinat 25 Prozent und im kreisgeleiteten Bauwesen bis zu 30 Prozent.“¹⁷⁴

Die Vorgaben, Forderungen, Aufgabenstellung und Zielsetzungen wiederholten sich. Eine quantitative und qualitative Erhöhung der Produkte, die Senkung des Bauaufwands, die Verkürzung der Bauzeit und das Weiterführen des energieökonomischen Bauens durch Einsparungen an Rohstoffen, Materialien bzw. Energie bildeten die weiteren Forderungen.¹⁷⁵ Als bedeutendste Aufgabe wurde der Bau von über einer Million Wohnungen sowohl durch Neubau als auch durch Modernisierung im Zeitraum von 1986 – 1990 und die weitere Ausgestaltung der Hauptstadt verkündet. Einen besonderen Schwerpunkt bildete die weitgehend abschließende Gestaltung des Stadtzentrums.

Die neuen höheren Zahlenfestlegungen der Zielvorgaben ließen den beteiligten Organen (den ausführenden Kombinat und den produzierenden Betrieben) keinen Spielraum für die Entwicklung und Gestaltung ihrer Produktionsvorgänge. Indem alle Produktionskomponente zu erhöhen und alle Produktionsvorgänge zu reduzieren waren, ließ sich der Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftsystems spätestens zu dieser Zeit absehen.

¹⁷² Bericht des X. Parteitages der SED. Berlin. 1981. S. 67 – 68.

¹⁷³ vgl. Direktive des X. Parteitages der SED. Berlin 1981. S. 42 – 43.

¹⁷⁴ Protokoll der 8. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. Berlin 1985. S. 11 – 12.

¹⁷⁵ vgl. dito. S. 17 – 18.

Das Wohnungsbauprogramm befand sich zu dieser Zeit in der Endphase. Bilanzen wurden gezogen, da die angestrebten Restleistungen in Kürze realisiert werden sollten. Das Wettfeiern des einzelnen Kombinats um die erreichten Leistungen wurde in dieser Konferenz durch Zahlen belegt und öffentlich verkündet. Der Stil war geblieben, Lob und Tadel wurden in einem Atemzug ausgesprochen und Ergebnisse mehrerer Wohnungsbaukombinate verglichen. Beispielsweise benötigte der Spitzenreiter wie WBK Magdeburg für eine Wohnung bei allen Taktstraßen des fünf- und sechsgeschossigen Wohnungsneubaues durchschnittlich 256 Stunden. Das Schlusslicht hielt der WBK Erfurt mit 315 Stunden.¹⁷⁶ Bei diesen Vergleichen und Feststellungen fehlte aber die Objektivität, weil in diesen Fällen die Erläuterung über die Begleitzahlen, wie Größe der Wohnungen, Lage der Baustellen sowie Art der Bebauung nicht vorlagen.

Analog wurde der Bereich Arbeitsproduktivität sehr genau betrachtet. Der Leistungsvergleich im kreisgeleiteten Bauwesen, insbesondere in der Arbeitsproduktivität auf Basis der Nettoproduktion, zeigte bis zu 90 % Unterschied. Die höchste Produktivität für das Jahr 1984 erzielte der VEB Bau Zschopau mit 35.615 Mark. Wesentlich zurück blieb die Arbeitsproduktivität von VEB Bau Greifswald im gleichen Zeitraum mit 18.858 Mark.¹⁷⁷

Weitere Vergleiche zwischen den einzelnen Institutionen erfolgten auch im Bereich der Auslastung der Baumaschinen und Anlagen in den volkseigenen Betrieben. Hier wurden große Niveauunterschiede bis zu 40 % festgestellt. Im Bereich der Erzeugnisgruppe örtlich geleiteter Bauwesen wurden zwischen den Bezirksbauämtern Gera und Erfurt Unterschiede bis über 135 % registriert, und in der Erzeugnisgruppe Baumaterialienindustrie betrug die Differenz rund 285 %. Auch in diesen Fällen wurde auf keine spezifischen Daten der einzelnen Betriebe hingewiesen, die diesen Vergleich rechtfertigten.

Diese Baukonferenz entwickelte sich zu einem Forum, in dem in der Endphase des Wohnungsbauprogramms alles offenbart wurde, um den Erfolg des Wohnungsbauprogramms zu sichern. Die Kritiken dienten dazu, die Motivation zur konsequenten Weiterführung des Wohnungsbauprogramms zu steigern, weitere Kräfte im sozialistischen Wettbewerb zu mobilisieren und das Tempo zu beschleunigen.

Einen zentralen Platz im Wohnungsbauprogramm nahm Berlin ein. Der Wohnungsbau in der Hauptstadt wurde zu einer Aufgabe von erstrangiger, politischer Bedeutung erklärt. Die Aufwertung der städtebaulich-architektonischen Gestaltung und der Wohnqualität von Altbaugebieten in allen Stadtbezirken durch Rekonstruktionsmaßnahmen wurde hervorgehoben. Parallel dazu war auch die Aufmerksamkeit auf die Fertigstellung des neuen Stadtbezirks und neuer Standorte in der Stadt zu konzentrieren.¹⁷⁸ Zu den großen Neubauprojekten zählten die Realisierungen des Wohnungsbaues in den Stadtbezirken Marzahn und Hohenschönhausen.

Besonderes Interesse wurde jedoch dem innerstädtischen Wohnungsbau und der Rekonstruktion gewidmet. In allen Teilen der Stadt und vor allem in den traditionellen Arbeiterbezirken wie Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Mitte wurden neue modernisierte Wohnungen geschaffen. Durch die Rekonstruktion von Wohnungen sowie die Rückgewinnung zweckentfremdet genutzten Wohnraumes war der Bestand an Wohnungen weiter zu erhöhen. In-

¹⁷⁶ vgl. Protokoll der 8. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. Berlin 1985. S. 36.

¹⁷⁷ dito. S. 38.

¹⁷⁸ vgl. dito. S. 42.

samt ging es letztendlich darum, die Wohnbedingungen der Berliner Bürger so zu verbessern, dass bis 1990 die Wohnungsfrage als beispielgebend gelöst werden konnte.¹⁷⁹ Die Ausgestaltung des sozialistischen Berlin war zu vollenden.

In seinem Schlusswort bei dieser letzten Baukonferenz bestätigte Erich Honecker das Funktionieren des sozialistischen Wirtschaftssystems. Um das materielle und kulturelle Lebensniveau aller Bürger schrittweise zu verbessern, war eine Fortführung des Kurses der Einheit von Sozial- und Wirtschaftspolitik notwendig und auf diesem Gebiet realisierten die Bau-schaffenden mit ihrer Tätigkeit die wesentlichste und wohl zugleich die schönste Aufgabe.

„Seit die geplanten Wohnungen in immer größerer Zahl in die Höhe wuchsen [...], seit die Modernisierung und Werterhaltung einen steilen Aufschwung nahmen, bestätigte sich immer mehr, wie viel das alles für das Leben der Menschen [...] bedeutet. Gut vorangekommen sind wir, weil die Partei stets klare Ziele vorgegeben hat.“¹⁸⁰ Als großer Erfolg wurde verkündet, dass voraussichtlich die DDR Ende des Jahres über ein Bestand von 6,9 Millionen Wohnungen verfügen würde. Das entsprach etwa der Anzahl der Haushalte. Mit mehr als 400 Wohnungen pro 1000 Einwohner und durchschnittlich 28 qm Wohnfläche pro Person entspräche dieser Tatbestand auch dem internationalen Niveau.

Beim XI. Parteitag im April 1986, dem letzten Parteitag in der Geschichte der DDR, wurde trotz wachsender Probleme im Wohnungsbau die Zuversicht der erfolgreichen Lösung der Wohnungsfrage weiter propagiert. Gleichzeitig wurden Ersatzlösungen und Dezimierungen der Zielstellungen ausgegeben: „Bis 1990 jedem eine Wohnung“ hieß nicht jedem seine Wohnung – was aber die Wohnungssuchenden erhofften.¹⁸¹

Die Zahlen für den Wohnungsbau wurden bei diesem Parteitag gegenüber den Absichten der 8. Baukonferenz konkretisiert. Bei stabilen niedrigen Mietpreisen waren im Zeitraum 1986 – 1990 insgesamt 1.064.000 Wohnungen für etwa 3.200.000 Bürger – vor allem Arbeiterfamilien und kinderreiche Familien sowie junge Ehepaare – neu zu bauen und zu modernisieren. Diese Vorgaben waren die umfangreichsten in der Geschichte der bisherigen Fünf-jahrpläne.

Der Anteil des Neubaus sollte 593.000 Wohnungen, der Anteil des zu modernisierten Altbaus 471.000 Wohnungen betragen. In Berlin waren von 1986 – 1990 mindestens 117.000 Wohnungen neu zu bauen und 49.000 Wohnungen zu modernisieren.¹⁸² Damit stieg die Anzahl der Wohnungen, die zu modernisieren waren, auf ca. 42 %.

Zusammengefasst kann anhand der Entscheidungen der Baukonferenzen – die anschließend als Beschlüsse der Parteitage übernommen wurden – festgestellt werden, dass die Zahl der fertigzustellenden Wohnungen stetig stieg. Diese Entwicklung wird mittels der nachfolgenden Tabellen¹⁸³ verdeutlicht.

¹⁷⁹ vgl. Protokoll der 8. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. Berlin 1985. S. 35.

¹⁸⁰ Erich Honecker: Schlusswort bei der 8. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. Berlin 1985. S. 166 – 167.

¹⁸¹ vgl. Joachim Tesch. a. a. O. S. 17.

¹⁸² vgl. Protokoll der Verhandlungen des XI. Parteitages der SED. Berlin 1986. S. 802 – 803.

¹⁸³ vgl. Protokolle und Berichte der jeweiligen Parteitage.

Die Zahlenvorgaben für die DDR nach den Beschlüssen der jeweiligen Parteitage waren wie folgt:

	VIII. Parteitag	IX. Parteitag	X. Parteitag	XI. Parteitag
	15.- 19.06.1971	18.- 22.05.1976	11.- 16.04.1981	17.-21.04.1986
WE Neubau	400.000	550.000	600.000	593.000
WE Modernisiert	(20 %) 100.000	(22,67 %) 200.000	(36,84 %) 350.000	(44,47 %) 471.000
WE Gesamt	500.000	750.000	bis 950.000	1.064.000
Zweck	für 1,0 Mio.EW	für 2,2 Mio.EW	für 2,8 Mio.EW	für 3,2 Mio.EW
Leistungssteig.d.Bauw	26-28 % Steig.	28-30 % Steig.	18-20 % Steig.	16-18 % Steig.
Arbeitsproduktivität	35-37 % Steig.	30-32 % Steig.	28-30 % Steig.	30-32 % Steig.
Nationaleinkommen.	136-138 Mrd.	182-185 Mrd.	1000 Mrd.	1,3 Billion.
Steig. Nationaleinkom.	26-28 % Steig.	27-30 % Steig.	28-30 % Steig.	24-26 % Steig.
Steig. Realeinkom.	21-23 % Steig.	21-23 % Steig.	21-23 % Steig.	20-23 % Steig.
Nettogeldeinnahme	Keine Angabe	20-22 % Steig.	20-22 % Steig.	21-22 % Steig.
Warenumsatz	Keine Angabe	20-22 % Steig.	20-22 % Steig.	20-22 % Steig.
Gesellschaftl. Fonds	164 Mrd.	207-210 Mrd.	295 Mrd.	485 Mrd.
Industr.Warenprodktion	34-36 % Steig.	34-36 % Steig.	31-33 % Steig.	22-24 % Steig.
Konsumtion	21-23 % Steig.	21-23 % Steig.	Keine Angabe	21-22 % Steig.
Investition. d. Volkswi.	173-176 Mrd.	240-243 Mrd.	268-272 Mrd.	346 Mrd.
Bauprod. Bauminister.	27-29 % Steig.	32-33 % Steig.	23-25 % Steig.	30-32 % Steig.
Bauprod. Volkswirtschaft	34-36 % Steig.	27-28 % Steig.	18-20 % Steig.	18-20 % Steig.

Die Zahlenvorgaben für Ost-Berlin nach den Beschlüssen der jeweiligen Parteitage waren wie folgt:

	VIII. Parteitag	IX. Parteitag	X. Parteitag	XI. Parteitag
	15.- 19.06.1971	18. - 22.05.1976	11.- 16.04.1981	17.- 21.04.1986
WE Neubau	30.000	bis 57.000	bis 65.000	117.000
WE Modernisiert	25 % = 10.000	26 % = 20.000	35 % = 35.000	30 % = 49.000
WE Insgesamt	40.000	bis 77.000	bis 100.000	166.000

Um die quantitativen Ziele des Wohnungsbauprogramms sicherzustellen und im Hinblick auf die 750-Jahrfeier der „Hauptstadt der DDR“ wurden noch mehr Baukapazitäten aus anderen Bezirken und den zentralgeleiteten Baukombinaten nach Berlin delegiert.¹⁸⁴ Diese Maßnahmen wurden seitens der Staats- und Parteiführung nicht als Not, sondern als Tugend präsentiert¹⁸⁵ und wurde „anfangs als patriotische Aufgabe akzeptiert“¹⁸⁶. Dieser Einsatz war ursprünglich nur für zwei Jahre geplant, dauerte aber länger. Der Unmut der betroffenen Bezirke war sehr groß, besonders in Leipzig¹⁸⁷. Dieses sollte im Herbst 1989 noch deutlicher zum Ausdruck kommen.

Bei der anschließenden Analyse der Durchführung der Rekonstruktionsmaßnahmen wird der Einfluss der politischen quantitativen Vorgaben eingehend untersucht. Es wird sich herausstellen, inwieweit diese dogmatische Verordnung die Realisierung des Wohnungsbauprogramms im Allgemeinen und insbesondere der Rekonstruktion positiv beeinflusste oder möglicherweise den Prozess sogar beeinträchtigte.

¹⁸⁴ vgl. Direktive des XI. Parteitages der SED. Berlin 1986. S. 21.

¹⁸⁵ vgl. Kerstin Stamm: Die Rekonstruktion der Husemannstraße in Prenzlauer Berg. Magisterarbeit an der Freien Universität Berlin. 2006. S. 26.

¹⁸⁶ Rolf Kühnert: Bauen in der DDR. Anspruch und Realität eines Programms. In: Das große Haus. Insider berichten aus der ZK der SED. Hrsg. Hans Modrow. Berlin 1994. S.166.

¹⁸⁷ vgl. Joachim Tesch. a. a. O. S. 16

4.0 Wirtschaftliche Forderungen

„Nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d. h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich auch die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht.“¹⁸⁸

Vorbemerkung

Die Vorgänge im wirtschaftlichen Bereich, die unmittelbar vor dem VIII. Parteitag im Jahre 1971 datiert waren, wie die Jahrespläne bzw. Gesetze, die seit diesem Parteitag verkündet wurden und die explizit den Wohnungsbau – somit auch die Rekonstruktionsmaßnahmen – betrafen, werden hier eingehend behandelt. Die früheren Ereignisse bis zum Ende der 60er Jahre werden aufgrund des weitliegenden Zeitraums nur in sehr geringem Maße berücksichtigt.

In den 60er Jahren griff die Planwirtschaft massiv in die Bauwirtschaft, die sich auf dem Weg zur industriellen Architektur befand, ein. Sie nahm Einfluss auf die Entwicklung des Wohnungsbaues und „läutete eine Periode des Übergewichtes der volkswirtschaftlichen Komponenten im Wohnungsbau ein, deren Folgen bis in die 80er Jahre das Investitionsgebarren im Wohnungsbau der DDR bestimmten“¹⁸⁹.

Aus der Sicht der Wirtschaft war die effektive Modernisierung im Bereich des Wohnungsbaues nur dadurch zu erreichen, indem Schritt für Schritt die Industrialisierung des Bauwesens „aus einem einst äußerst rückständigen Zweig zu einem modernen leistungsfähigen Bereich der Volkswirtschaft“¹⁹⁰ forciert wurde.

Voraussetzung für die Industrialisierung und damit auch automatisch für die Modernisierung des Wohnungsbaus war in technischer Hinsicht die Katalogisierung einschließlich Standardisierung der Produkte. Zusätzlich wurden eine Systematisierung durch Gebietstypisierung und Gebäudekategorien vorgenommen.¹⁹¹ Insgesamt war dadurch eine Reduzierung der Kosten, Bauzeit, Material- bzw. Arbeitsaufwand und eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu erreichen.

Bereits in der Grußadresse des ZK der SED zur 5. Baukonferenz vom 17. – 18.04.1969 wurde die Aufgabe gestellt, „eine neue Etappe der Industrialisierung des Bauens in Angriff zu nehmen“¹⁹². Aus dem Grund ist dafür zu sorgen, „dass die Industrialisierung nicht länger auf den Rohbau beschränkt wird, sondern dass auch der Ausbau industriemäßig betrieben wird“¹⁹³. Das Hauptthema dieser Konferenz war letztendlich die Steigerung der Arbeitsproduktivität und (noch) nicht die quantitativen und qualitativen Vorgaben im Wohnungsbau.

¹⁸⁸ Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage. In Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Berlin 1958. S. 559.

¹⁸⁹ Martin Ebert. a. a. O. S. 13.

¹⁹⁰ Kurt Fichtner: Schlusswort. In: Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz. Berlin 1969. S. 102.

¹⁹¹ sh. Ausführliche Erläuterung im Kapitel 4.2. S. 55 – 57.

¹⁹² Walter Ulbricht: Grußwort. In: Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz. Berlin 1969. S. 7.

¹⁹³ Günter Engelhardt: Einheitliches Installationssystem als Bestandteil des Einheitssystems Bau. In: Diskussionsbeiträge der 5. Baukonferenz. Berlin 1970. S. 74.

„Der Bauaufwand und die Bauzeiten sind durch Anwendung moderner Bauweisen und Verfahren entscheidend zu senken“¹⁹⁴ wurde als Hauptaufgabe genannt.

Alle Kritiken und Vorschläge zielten darauf hin, dass zur Bewältigung der komplexen Problematik – die Modernisierung im Wohnungsbau durch Steigerung der Arbeitsproduktivität – die Schaffung eines Systems erforderlich war, das die Intensivierung der Forschung, Optimierung der Produktion, Modernisierung der Fertigungsbetriebe und Rationalisierung des Ablaufes der Baustellen zum Ziel hatte. Die Schaffung dieses Systems war unerlässlich, um „eine auf die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität gerichtete komplex mechanisierte und automatisierte Großserienproduktion standardisierter Elemente und Baugruppen zu entwickeln“¹⁹⁵.

Demzufolge könnten Erzeugnisse für den Wohnungsbau, die ähnliche funktionelle, konstruktive und technologische Merkmale aufweisen, als separate Haupterzeugnisgruppe zusammengefasst werden. Die Schaffung dieser Erzeugnisgruppen ermöglichte es, standardisierte Bauelemente herzustellen sowie automatisierte Massenfertigung von Bauelementen zu organisieren. Einigkeit herrschte darüber, dass ein völlig neues Herangehen an die Produktion erforderlich war und ein neues System zu entwickeln sei.

Das System, das im Rahmen der Ordnung des gesamten Bauwesens zu entwickeln war, wurde als das Einheitssystem Bau propagiert. „Die Schaffung des Einheitssystems Bau ist [...] der Hauptweg zum Erreichen einer einheitlichen technisch-ökonomischen Politik.“¹⁹⁶ Durch die Entwicklung des Einheitssystems Bau sollte die bereits eingeleitete Industrialisierung des Bauens konsequent weitergeführt werden, um die begonnene Entwicklung von Erzeugnissystemen der in anderen (westlichen) Industrieländer gleichzusetzen. Die Propaganda ging so weit, dass die Partei- und Staatsfunktionäre keinen anderen Weg sahen, als „die Produktivität der geistig schöpferischen Arbeit durch die konsequente Automatisierung von Routineprozessen“¹⁹⁷ zu steigern.

Die komplexe Automatisierung sollte dazu dienen, Teile der bisher auf der Baustelle durchgeführten Arbeiten in Vorfertigungswerke zu verlagern. „Der entscheidende Ansatzpunkt für die Automatisierung innerhalb des komplexen Bauprozesses besteht in der Vorfertigung“¹⁹⁸, da sich die entscheidenden Möglichkeiten zur Senkung der Kosten der Erzeugnisse immer mehr in die Vorbereitungsphase der Produktion verlagern. „Letztlich geht es darum, die herkömmlichen Formen der Bauprojektierung durch Methoden zu ersetzen, die der industriellen Bauproduktion gemäß sind.“¹⁹⁹ Die Entscheidung für die Entwicklung des Einheitssystems wurde bei der 5. Baukonferenz durch eine Direktive getroffen.²⁰⁰

¹⁹⁴ Wolfgang Junker: Die Rolle des Bauwesens bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR im Perspektivplanzeitraum 1971 – 1975. a. a. O. S. 32.

¹⁹⁵ Walter Ulbricht: Grußwort. a. a. O. S. 11.

¹⁹⁶ Wolfgang Junker: a. a. O. S. 38.

¹⁹⁷ Kurt Fichtner: Schlusswort. a. a. O. S. 113.

¹⁹⁸ Werner Heynisch: Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik im Perspektivplanzeitraum 1971 – 1975. In: Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz. a. a. O. S. 91.

¹⁹⁹ dito. S. 94.

²⁰⁰ vgl. Direktive für die Entwicklung und Verwirklichung des Einheitssystems Bau für das Planjahr 1970 vom 27.02.1970.

4.1 Volkswirtschaftspläne

Für die Wirtschaft war das Jahr 1971 auf dem Sektor des Wohnungsbaues aus mehreren Gründen ein bedeutendes Jahr, nachdem bei der 5. Baukonferenz im April 1969 die Entscheidung über die Entwicklung des Einheitssystems Bau getroffen wurde.

Der erste Grund war, dass in diesem Jahr die Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung (VBWGZ) stattfand. Die Ergebnisse – auch explizit nach Bezirken, in Berlin sogar nach Stadtbezirken aufgelistet – stellten sich als große Planungs- und Entscheidungshilfen für die Wirtschaftsfunktionäre dar. Bei der Erfassung der Wohnungs- und Gebäudedaten wurden u. a. die Bauzustände, das Alter der Gebäude und die Ausstattungen der Wohnungen dokumentiert. Durch Heranziehung der VBWGZ-Ergebnisse wurde zusätzlich die geplante Festlegung von Baumaßnahmen für eine mittel- sowie langfristige Entwicklung des einzelnen Gebietes unterstützt, da auch die Bevölkerungsentwicklung in dem jeweiligen Gebiet anhand der gewonnenen Daten prognostizierbar und somit steuerbar war.

Der wichtigere zweite Grund war der VIII. Parteitag der SED vom 15. – 19.06.1971. Hier erklärte die Partei die Wohnungsbaupolitik zur Hauptaufgabe ihrer Sozialpolitik. Nach der Direktive zum Fünfjahrplan, die der VIII. Parteitag beschloss, bestand ihre zentrale Aufgabe „in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“²⁰¹. Daraufhin erarbeitete die 4. Tagung des ZK der SED eine Einschätzung über den Stand der Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED, insbesondere über die schrittweise Verwirklichung der Hauptaufgabe und bereitete einen Gesetzentwurf vor.

Der Ministerrat legte anschließend der Volkskammer der DDR den Gesetzentwurf des Gesetzes über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 – 1975 zur Beratung und Beschlussfassung vor. Bei seiner Rede vor der Volkskammer am 20.12.1971 erläuterte der Vorsitzende des Ministerrats der DDR Willi Stoph: „Die Direktive des VIII. Parteitages zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 – 1975 umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Sie ist unser wirtschaftliches Programm und für alle Staats- und Wirtschaftsorgane verbindlich“²⁰².

Aus den Ausschüssen und den Fraktionen der Volkskammer wurden als Stellungnahme nur „Empfehlung zur Annahme“ bzw. „Einmütige, uneingeschränkte Zustimmung“ zum Gesetzentwurf abgegeben.²⁰³ Kritiken oder Änderungsvorschläge waren nicht vorhanden. Ausführliche Beratungen über den Gesetzentwurf seien vermeintlich bereits im Vorfeld der Tagung der Volkskammer in den einzelnen Gremien erfolgt. Zum Abschluss ihrer Tagung beschloss die Volkskammer am 20.12.1971 u. a. das „Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 – 1975“ und das „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1972“, die am gleichen Tag durch den Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, paraphiert und verkündet wurde.

Das Verfahren des Zustandekommens dieser Gesetze verdeutlichte die Macht einer einzigen Partei, Vorentscheidungen für die Exekutive und für die Legislative – auch im Bereich der Wirtschaft – zu treffen. Verdeutlicht wird der Tatbestand durch den Vorspann dieses Geset-

²⁰¹ Entschließung des VIII. Parteitages. Berlin 1971. S. 296 – 297.

²⁰² Willi Stoph: Der Fünfjahrplan dient dem Wohle der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes. Rede vor der Volkskammer am 20.12.1971. Berlin 1972. S. 9 – 10.

²⁰³ vgl. Protokoll der Tagung der Volkskammer vom 20. Dezember 1971. S. 60, 62 und 88.

zes, indem der Beschluss der Volkskammer „Entsprechend den Beschlüssen des VIII. Parteitages der SED“²⁰⁴ erfolgte.

Ziele des Fünfjahrplans waren u. a. eine Steigerung der Konsumgüterproduktion zur stabilen Versorgung der Bevölkerung mit Waren des Grundbedarfs, Steigerung des Warenfonds und keine Preiserhöhung bei Verbraucherpreisen für Konsumgüter zu erreichen. Konkret wurden die Erhöhung der Mindestlöhne bzw. der Löhne für bestimmte Beschäftigungsgruppen und die Verbesserung der sozialen Bedingungen der Rentner durch Rentenerhöhungen entschieden.

Die in der Direktive des VIII Parteitags der SED als „weitere Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus“ definierte Hauptaufgabe wurde konkretisiert und umfasste die Steigerung des Realeinkommens, Steigerung der Konsumproduktion in der Industrie bzw. Landwirtschaft.²⁰⁵ Die Hauptkennziffern dieses Gesetzes über den Fünfjahrplan für den Baubereich waren identisch mit der Festlegung des VIII. Parteitag vom Juni des gleichen Jahres. U. a. war bis 1975 die Erstellung bis zu 500.000 Wohnungen durch Neubau, Modernisierung, Um- und Ausbau zur Verbesserung der Wohnbedingungen für die Bevölkerung vorgesehen.²⁰⁶ Das Gesetz sah zusätzlich vor, insbesondere für die Modernisierung sowie den Um- bzw. Ausbau von Wohngebäuden, „die Produktion standardisierter Baukonstruktionen und -elemente“²⁰⁷ zu schaffen. Damit erfolgte eine Bestätigung der Entscheidung der 5. Baukonferenz für die Entwicklung des Einheitssystems Bau.

Ein gleiches Verfahren galt für das Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1972,²⁰⁸ das „auf die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“²⁰⁹ gerichtet war und eine Durchführung „auf der Grundlage der rationellen Typenprojekte“²¹⁰ für den Wohnungsbau vorsah. Auch hiermit wurde die Forderung nach einer Entwicklung des Einheitssystems Bau bestätigt. Die Schwerpunkte dieses Gesetzes lagen – analog wie bei den Baukonferenzen und den Parteitag – bei der Erhöhung der Produktion im Wohnungsbau durch Neubau, Modernisierung, Um- und Ausbau. Die Betonung wurde aber auf eine Durchführung mit höherer Qualität der Bauausführung zur weiteren Verbesserung der Wohnbedingungen, insbesondere für die Arbeiter, gesetzt. Im Gegensatz zu den politischen Vorgaben, die der Quantität gegenüber der Qualität Priorität einräumten, wurde demzufolge von den Wirtschaftsfunktionären bereits unmittelbar nach dem VIII. Parteitag, die Forderung zur Qualitätssteigerung im Wohnungsbau durch Standardisierung und Industrialisierung im Bauwesen gestellt.

In regelmäßigen Abständen von fünf Jahren erfolgte die Vorbereitung für den nächsten Fünfjahrplan. Die Rituale waren identisch, die Vorarbeit übernahm die Partei, die in ihrem Parteitag – der in der Regel im Frühjahr stattfand – Beschlüsse über die Programme und Richtlinien fasste. Später dienten diese als Diskussionsgrundlage bei der Tagung des ZK der SED. Als Ergebnis der Diskussion wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt. Zum Schluss wurde dieses Ergebnis durch ein Referat des Vorsitzenden des Ministerrats bei der anschließenden Tagung der Volkskammer als Gesetzentwurf begründet und zur Beratung und Beschlussfas-

²⁰⁴ Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1971 – 1975 vom 20.12.1971. GBl. I Nr. 10. S. 119.

²⁰⁵ vgl. dito. S. 121.

²⁰⁶ dito.

²⁰⁷ dito. S. 141.

²⁰⁸ Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1972 vom 20.12.1971. GBl. I Nr. 11.

²⁰⁹ dito. S. 167.

²¹⁰ Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1972 vom 20.12.1971. GBl. I Nr. 11. S. 174.

sung vorgelegt. Die Tagung der Volkskammer, die traditionsgemäß am Ende des Jahres stattfand, beschloss anschließend die Gesetze.

Das „Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 – 1980“ wurde ebenso planmäßig und problemlos von der Volkskammer am 15.12.1976 beschlossen.²¹¹ Sowohl die Aufgaben als auch die Ziele des Fünfjahrplanes 1976 – 1980 im Bereich des Wohnungsbaus waren quasi identisch mit dem des vorangegangenen Fünfjahrplanes, die Anforderungen waren aber höher. Für die einzelnen Produktionsbereiche erfolgten ausführlichere Vorgaben.

Die Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage des hohen Entwicklungstempos der Produktion, des Wachstums der Arbeitsproduktivität und der Qualitätsverbesserung der Produkte waren die immer wiederkehrenden ausgegebenen Parolen der Partei- und Staatsfunktionäre. Im Bauwesen wurde insbesondere die planmäßige Entwicklung der Leistungen für die Werterhaltung und Modernisierung der Wohnraum- und Gebäudesubstanz hervorgehoben. Die Produktion von vorgefertigten Baugruppen war vorrangig zu sichern. Die vom IX. Parteitag beschlossenen Zahlen für den Wohnungsbau wurde ohne Änderung im Gesetz bestätigt.²¹² Den Schwerpunkt für den Baubereich bis 1980 bildete u. a. die Erstellung von ca. 750.000 Wohnungen durch Neubau, Modernisierung, Um- und Ausbau insbesondere für Arbeiter- und kinderreiche Familien sowie junge Ehepaare (in Berlin von 75.000 bis 77.000 Wohnungen).

Das „Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1977“ beschloss die Volkskammer ebenso bei ihrer Tagung am 15.12.1976. Ein neuer Leitsatz wurde definiert. „Die Produktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit sind durch umfassende Nutzung aller gesellschaftlichen Faktoren des Reproduktionsprozesses für die Verbesserung des Lebensniveaus weiter zu entwickeln.“²¹³ Die Parolen variierten geringfügig, inhaltlich waren sie aber mit den vorherigen Leitsprüchen gleichbedeutend. Die Prioritäten für den Baubereich wiederholten sich und die Zahlenvorgaben wurden entsprechend den vorangegangenen Gesetzen kontinuierlich erhöht.

Entsprechend dem „Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1981 – 1985“ war „ein hohes Qualitätsniveau der Produktion in volkswirtschaftlicher Breite [...] zu verwirklichen“²¹⁴. Die Effektivität der Arbeit war entscheidend zu erhöhen, die Senkung des gesellschaftlichen Aufwandes durch eine umfassende sozialistische Rationalisierung zu erreichen. Auffallend war der Einfallsreichtum bei der agitatorischen Formulierung für immer wiederkehrende gleiche Forderungen. Für die nächsten Jahre wurden stetig Steigerungen des Lebensniveaus in allen Bereichen in Aussicht gestellt. Für die Bevölkerung waren „wesentlich mehr und bessere Konsumgüter [...] zu produzieren“²¹⁵. Im Bereich des Wohnungsbaues war selbstverständlich eine weitere Erhöhung der Planzahlen und der Arbeitsproduktivität gegenüber dem vergangenen Fünfjahrplan bei Senkung des spezifischen Bauaufwandes vorgesehen. Bis 1985 war die Erstellung von insgesamt 940.000 Wohnungen für Arbeiter- und kinderreiche Familien sowie junge Ehepaare zu leisten.²¹⁶

²¹¹ Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 – 1980 vom 15.12.1976. GBl. I Nr. 46.

²¹² vgl. Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976 – 1980. a. a. O.

²¹³ Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1977 vom 15.12.1976. GBl. I Nr. 46.

²¹⁴ Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1981 – 1985 vom 03.12.1981 GBl. I Nr. 35. S. 110.

²¹⁵ dito. S. 113.

²¹⁶ vgl. dito. S. 123.

Die Aufgabe des Gesetzes über den Volkswirtschaftsplan 1982 bestand u. a. darin, „den wissenschaftlich-technischen Fortschritt [...] zu beschleunigen“, damit eine Steigerung der „Wirksamkeit der qualitativen Faktoren des Wirtschaftswachstums“ erreicht werden konnte.²¹⁷ Zur Erhöhung der Leistungen im Bereich der Produktion wurde gleichzeitig eine Reduzierung des Verbrauchs von Energieträgern, Roh- und Werkstoffen bei gleichzeitiger Erhöhung der Verwertung der Sekundärstoffe vorgeschrieben. Ein Ritus war, dass die geforderten Leistungen zur Erfüllung des Wohnungsbauprogramms aus dem Beschluss des vorangegangenen Parteitages, die Anhebung der Produktion im Wohnungsbau, im Mittelpunkt stand und in diesem Gesetz übernommen wurde.

Im Gesetz für den Fünfjahrplan 1986 – 1990²¹⁸ wurden mit Blick auf das Jahr 2000 neue Akzente gesetzt. Es war der letzte Fünfjahrplan der DDR, und er enthielt die umfangreichste Zielstellung in der Geschichte aller Fünfjahrpläne. Die vorgegebenen Zahlen der 8. Baukonferenz für den Wohnungsbau wurden bestätigt, Bei stabilen niedrigen Mietpreisen waren insgesamt 1.064.000 Wohnungen zu erstellen.

Im Nachhinein stellte sich heraus, dass es nicht nur optimistische Vorstellungen waren, die zu diesen hohen Soll-Zahlen führten, sondern möglicherweise bereits ein Ausdruck der Verzweiflung der Partei- und Staatsfunktionäre vorlag, um jeden Preis das Wohnungsprogramm bis 1990 noch einigermaßen zufriedenstellend abzuschließen. Ihnen musste bereits der tatsächliche Stand der Erfüllung des Programms bekannt sein, und bis dahin sprachen die realen Zahlen gegen einen erfolgreichen Abschluss des Programms. Daher wurden die Durchhalteparolen zur Einhaltung der Höchstleistungen bei der Schlussphase des Wohnungsbauprogramms sowohl bei der Aufwandssenkung als auch bei der Qualitätserhöhung außerordentlich intensiviert.

Die Wohnungsfrage als soziales Problem galt nach diesem Fünfjahrplan bis 1990 offiziell als gelöst. Folglich wurden bereits Perspektiven für das nächste Jahrtausend gezeichnet. Die DDR sollte einen technologischen Stand erreichen und erhalten, „mit dem sich die DDR im Weltmaßstab in den vordersten Reihen behaupten kann“²¹⁹. Letztlich galt es, mit dem Volkswirtschaftsplan 1987 die Vorzüge des Sozialismus noch wirksamer mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu verbinden und die Integration mit den RGW-Mitgliedsstaaten weiter zu vertiefen.

In Hinblick auf den 750. Jahrestag von Berlin war das Ereignis als ein Höhepunkt zu begehen und die weitere Ausgestaltung der Hauptstadt als „wirtschaftliches, wissenschaftliches und kulturelles Zentrum“²²⁰ der DDR war planmäßig fortzuführen.

Zusammengefasst kann anhand der Volkswirtschaftspläne festgestellt werden, dass die Forderungen von Jahr zu Jahr stetig stiegen. Nach diesen Plänen war die Steigerung der Produktivität nur durch Industrialisierung zu erreichen, um eine Verbesserung der Wohnbedingungen und damit die Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes zu realisieren. Entsprechend der quantitativen Erhöhung der politischen Vorgaben wuchsen

²¹⁷ vgl. Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1982. vom 03.12.1981. GBl. I Nr. 35. S. 132.

²¹⁸ Gesetz über den Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1986 – 1990. GBl. vom 27.11.1986. GBl. I Nr. 36.

²¹⁹ Willi Stoph: Der Fünfjahrplan 1986 – 1990. Berlin 1977. S. 9.

²²⁰ dito. S. 22.

die wirtschaftlichen Ansprüche. Diese Entwicklung kann mittels der nachfolgenden Tabellen²²¹ verdeutlicht werden.

	geforderte prozentuale Steigerung			
	1971 – 1975	1976 – 1980	1981 – 1985	1986 – 1990
Gesetz über den Fünfjahrplan				
Produziertes Nationaleinkommen	127,0	127,9	128,0	125,0
Industrielle Warenproduktion (gesamt)	134,0	134,0	128,0	121,0
Arbeitsproduktion im Bereich d. Industrie	135,0	130,0	131,0	150,0
Bau und Montageproduktion	-	127,6	123,0	118,2
Konsumgüterprodukt. Zur Versorgung der Bevölkerung	122,0	121,5	Mehr und höher	145,0
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	121,5	121,4	120,0	121,7
Arbeitseinkommen der Werktätigen	123,5	125,0	höher	121,7
Bauproduktion im Minister. f. Bauwesen	127,0	137,2	123,0	118,2
Arbeitsproduktivität i. Minister. f. Bauwesen	-	128,1	119,0	131,0
Leistung im Bau- u. Montagekombinate.	136,0	136,0	-	135,4

	1971 – 1975	1976 – 1980	1981 – 1985	1986 – 1990
Fertigzustellende Wohnungen				
Gesamt	500.000	750.000	950.000	1.064.000
Neubau	400.000	550.000	600.000	593.000
Modernisierung (Sammelbegriff)	100.000	200.000	350.000	471.000

	geforderte prozentuale Steigerung			
	1972	1977	1982	1987
Gesetz über den Volkswirtschaftsplan				
Produziertes Nationaleinkommen	104,6	105,5	104,8	104,5
Industrielle Warenproduktion (gesamt)	105,5	105,1	104,6	103,8
Industr. Warenprod. im Industrieministerium	105,9	106,0	105,1	104,6
Arbeitsproduktion im Bereich d. Industrie	105,0	105,1	104,5	108,6
Baufutkommen / Gesamtbauproduktion	103,5	106,2	102,5	103,3
Produktion/Aufkommen i. Wohnungsbau	110,8	105,1	102,9	100,4
Industr. Warenprod. im Minist. f. Bauwesen	107,6	106,2	100,2	100,2
Bauproduktion im Minist. f. Bauwesen	-	105,1	102,2	103,3
Arbeitsproduktivität im Minist. f. Bauwesen	-	104,7	105,1	105,5

Fertigzustellende Wohnungen				
Gesamt	87.530	142.400	179.600	210.110
Neubau	67.580	105.200	117.540	116.760
Modernisierung (Sammelbegriff)	19.950	37.200	62.060	93.350
Davon in Ost-Berlin	-	13.370	19.750	30.250

Inwieweit die geforderte Steigerungshöhe zu der Zeit wirtschaftlich realisierbar bzw. mit den internationalen Zahlen vergleichbar war, wurde nicht untersucht. Sie erscheint zumindest sehr ambitioniert zu sein.

²²¹ Zusammenfassung aus: Gesetz über den Fünfjahrplan von 1971, 1976, 1981 und 1986 sowie Gesetz über den Volkswirtschaftsplan von 1972, 1977, 1982 und 1987.

4.2 Systematisierung durch Gebietstypisierung und Gebäudekategorien

Das Institut für Städtebau und Architektur (ISA) der Bauakademie beschäftigte sich unmittelbar nach dem VIII. Parteitag der SED mit dem Thema der Typisierung von Bebauungsstrukturen städtischer Wohngebiete. Als Ergebnis entstand 1975 die Dokumentation „Bewertung der Wohnbausubstanz typischer Bebauungsstrukturen“²²². Zu dieser Zeit wurde noch davon ausgegangen, dass von 1976 bis 1980 180.000 bis 200.000 WE modernisiert, um- oder ausgebaut werden sollten. In den 80er Jahren war daraufhin beabsichtigt, „den nicht mehr modernisierungswürdigen Wohnungsbestand in größerem Umfang durch Neubauten zu ersetzen“²²³.

Für die Analyse der Wohnbausubstanz typischer Bebauungsstrukturen, die zur Entscheidung über die geplanten Maßnahmen zur Umgestaltung der Wohngebiete benötigt wurden, fehlten zu der Zeit exakte Daten. „Für eine langfristige städtebauliche Planung kommt es darauf an, zu Aussagen zu kommen, die für diesen Zweck ausreichend genau sind und ohne unzumutbaren Aufwand erarbeitet werden können.“²²⁴ Es waren somit Einschätzungen benötigt, mit denen prinzipielle Lösungsvorschläge für die Reproduktion der Wohnungssubstanz begründet werden könnten, die ausreichend waren, einerseits die konkreten Verhältnisse eines jeden Wohngebietes wiederzugeben und andererseits standortbezogen waren und auch standortbezogene Entscheidungen zuließen. Aus diesem Grund entwickelte das Institut für Städtebau und Architektur den erforderlichen Katalog typischer Bebauungsstrukturen.

Mit einer Analyse von einer repräsentativen Anzahl von Wohngebieten ließ sich eine ausreichende Aussage für andere Gebiete mit ähnlichen Merkmalen wie Baualter, -weise sowie Bebauungsdichte und -formen treffen. Auf der Grundlage solcher Analysen enthielt der Katalog die wesentlichen Bebauungsstrukturen, geordnet nach den allgemeinen städtebaulichen Gesichtspunkten. Dadurch konnten die zu untersuchenden Wohngebiete – nach Ermittlung weiterer Merkmale – zugeordnet und die Aussagen im Katalog bezüglich der notwendigen Maßnahmen und des erforderlichen Aufwands festgestellt werden. Die so gewonnenen Einschätzungen konkreter Wohngebiete wurden als Grundlage für die Konzeption der Generalbebauungsplanung zugrunde gelegt.

Durch Typisierungen des Altbauwohngebietes und Unterteilung der Gebäude in Kategorien wurde den Städten und Gemeinden ein praktikables Instrument bereitgestellt, welches ermöglichte, ohne großen Aufwand eine Umgestaltung des Gebietes zu planen. Hiermit wurde der Versuch unternommen, einheitliche Lösungen für Umgestaltungen von Wohnbaugebieten im sozialistischen Sinne durchzuführen. Der Katalog²²⁵ enthielt:

- eine Zusammenstellung der Bebauungsstrukturen städtischer Wohngebiete
- Katalogblätter typischer und repräsentative Bebauungsstrukturen nach Stadtgrößen
- Tabellarische Zusammenstellung der erforderlichen Baumaßnahmen für jeden Strukturtyp für ihre Erhaltung und Umgestaltung
- Tabellen für eine grobe finanzielle Aufwandsermittlung für die voraussichtlich in Frage kommende Variante.

²²² Bauakademie der DDR. ISA. Schriftenreihe der Bauforschung Nr. 62. Berlin 1975.

²²³ Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 – 1980. a. a. O. S. 17.

²²⁴ Bauakademie der DDR. ISA. Schriftenreihe der Bauforschung Nr. 62. a. a. O. S. 8.

²²⁵ dito. S. 8 – 11.

Zu a.

Die Differenzierung der Bebauungsstrukturen städtischer Wohngebiete erfolgt nach Stadtgröße (Klein-, Mittel- bzw. Großstädte), nach Alter der Bausubstanz, Charakter der Bebauung (Wohn- oder Mischgebiet), nach Lage des Wohngebietes in der Stadt (Zentral oder Randlage) und zusätzlich für Kleinstädte nach Größe des Altstadtgebiets. Dadurch wurde eine Typisierung bzw. Klassifizierung der Bebauungsstruktur des Gebietes erreicht.

Zu b.

Für die weitere Bestimmung der typischen Bebauungsstruktur waren u. a. Angaben zum Bestand der Gebäudesubstanz erforderlich sowie zu Entstehungszeit, Nutzungsart Bauweise / Konstruktion und nach Ausstattung. Weitere Angaben wie über Anzahl der Geschosse, Wohnungen, Personen/WE, Restnutzungsdauer und Sachwert wurden als Sekundärkriterien erfasst, flossen aber auch in die Bewertung mit ein. Durch diese Angaben erfolgte „die Feststellung des speziellen Beispiels innerhalb des Strukturtyps, das dem zu untersuchenden Gebiet annähernd glich“²²⁶.

Zu c.

Eine tabellarische Zusammenstellung mit Grobeinschätzung von erforderlichen Baumaßnahmen zur Erhaltung und Umgestaltung wurde für jeden Strukturtyp erstellt: von kostengünstigsten Maßnahmen wie Instandhaltung, Instandsetzung über die unterschiedlichen Kategorien der Modernisierung bis hin zur städtebaulichen Sanierung (Mischung zwischen Modernisierung und Ersatzwohnungsbau) und Neubau.

Zu d.

Die grobe Aufwandsermittlung für die auszuführenden Maßnahmen wurde durch deren Art und Umfang unterschieden. Die Restnutzungsdauer der Bausubstanz konnte durch die jeweilige Maßnahme unterschiedlich verlängert bzw. erreicht werden. Der Aufwand pro Hektar für die einzelnen Strukturtypen wurde nach einer Grobermittlung angegeben, die mit den Durchschnittswerten für die voraussichtlich in Frage kommende Variante durchgeführt wurde.

Es wurden zunächst in Berlin und in 35 anderen Städten Untersuchungen vorgenommen und die Ergebnisse vorerst in 25 Strukturtypen erfasst. Das heißt, für die Strukturen wurden mehrere charakteristische Wohngebiete ausgewählt und die hierfür notwendigen Daten ermittelt. In jedem Wohngebiet wurden an ausgewählten Wohngebäuden repräsentative Untersuchungen erstellt und deren Daten erfasst. Das zu untersuchende Gebiet konnte nach Differenzierung der Bebauungsstrukturen städtischer Wohngebiete und des Bestands der Gebäudesubstanz in eine der 25 Strukturtypen eingeordnet werden.

Von den 25 Strukturtypen wurden beispielsweise in den Stadtbezirken Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain folgende Vorschläge ausgearbeitet:²²⁷

- In Mitte: rund um den Arkonaplatz
- In Friedrichshain: im Bereich Mainzer Straße und Finowstraße
- Im Prenzlauer Berg: zwischen Marienburger Straße und Immanuelkirchstraße

²²⁶ Bauakademie der DDR. ISA. Schriftenreihe der Bauforschung Nr. 62. a. a. O. S. 13.

²²⁷ dito. S. 68, 69 und 71 sowie Abb. Nr. 1.

Bei allen Berechnungen, sowohl für den Umfang als auch für den Aufwand der Maßnahmen zur Erhaltung und Umgestaltung des Wohngebietes, wurde von Annahmen ausgegangen, dass sowohl das Wohngebiet als auch die Wohnbausubstanz homogene Strukturen vorweisen. Eine Strukturveränderung des Wohngebietes in Form von Auflockerung durch Abriss oder Verdichtung durch flächenmäßigen Neubau wurde aber nicht berücksichtigt. Diese Annahmen entsprachen leider nicht der Realität und demzufolge beeinträchtigen, in einigen Bereichen verfälschten sie sogar die Ergebnisse der Berechnungen.

Die Auswahl der Kriterien zum Gebäudezustand wie Baualter hatte auch eine Einschränkung der Aussagefähigkeit zur Folge. Sie konnten nicht als Entscheidungsgrundlage für einzelne Wohngebäude gelten, da nur einige repräsentative Wohngebäude erfasst wurden – insbesondere nicht bei Wohngebäuden, bei denen in den vergangenen Jahren bereits unterschiedliche Baumaßnahmen durchgeführt worden waren. Die vorgesehene Maßnahme zur Erhaltung und Umgestaltung des Wohngebietes traf nicht für alle Wohngebäude zu. Hinzu kam, dass für die Aufwandsermittlung die Wohnungen mit durchschnittlicher Größe berechnet wurden. Jegliche Abweichung gegenüber der Norm bedurfte somit im konkreten Planungsfall ergänzender Berechnungen.

Der Versuch der Systematisierung der Gebiete und Gebäude war innerhalb einer Großstadt wie Berlin sehr problematisch. Zu groß sind die Unterschiede einzelner Gebiete beispielsweise aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte. Die Ergebnisse können allenfalls nur als Hilfsmittel zur Gebietsplanung berücksichtigt werden. Eine vollständige Übernahme der Ergebnisse würde für die Stadtplanung fatale Folgen haben. Die einzelnen Gebiete haben im Laufe ihrer Geschichte einen spezifischen Charakter im Gefüge der Großstadt entwickelt. Dieser Aspekt fand bei der Systematisierung keine Berücksichtigung.

4.3 Katalogisierung und Standardisierung in der Produktion

Die DDR hatte schon in den frühen Jahren ihres Bestehens Gesetze zur Entwicklung neuer Technologien und moderner Arbeitsmethoden erlassen. Bereits im § 4 des Aufbaugesetzes von 1950 wurde die Forderung gestellt: „Die Entwicklung neuer Baustoffe sowie die Anwendung fortschrittlicher Arbeitsweisen und Bauverfahren in Verbindung mit der Bauindustrie zu fördern [...] und [...] für die Beschleunigung, Verbilligung und Verbesserung des Bauens, Normen und Typen, mit dem Ziel fortschreitender Mechanisierung und Industrialisierung in Verbindung mit der Bauindustrie zu entwickeln.“²²⁸

Erst bei der 5. Baukonferenz wurde entschieden, bis zum 30.09.1969 ein Kombinat für technische Gebäudeausrüstungen zu bilden, das standardisierte Baugruppen für die Heizungs-, Lüftungs- und Sanitärtechnik zu entwickeln, automatisiert zu fertigen und komplett an die Baukombinate zu liefern hatte. Es wurde davon ausgegangen, dass eine Automatisierung im Bauwesen für die Verbesserung des Arbeitssystems bestimmend war und zu einer Erhöhung ihrer Produktivität und Leistungsfähigkeit führen würde. „Der entscheidende Ansatzpunkt für die Automatisierung innerhalb des komplexen industriellen Bauprozesses besteht also in der Vorfertigung.“²²⁹ Die bedeutungsvollste Voraussetzung für die Massenanfertigung war „die Standardisierung der Bauelemente, Baugruppen, ganzer Gebäudesysteme und der Techno-

²²⁸ Gesetzblatt der DDR Nr.104 vom 14.9.1950. S. 965 – 967.

²²⁹ Werner Heynisch. a. a. O. S. 91.

logien ihrer Herstellung nach den Prinzipien des Baukastensystems“²³⁰. Die Vorfertigungsmöglichkeiten im Bereich des Ausbaus konnten u. a. in Form von Vorkomplettierung (Werkstattvorfertigung) der Sanitärinstallation und Ständerwandlösungen oder durch großformatige leichte Wandbausysteme durchgeführt werden.

„Industrialisierung war die Lösung und dabei wurde verfahren wie mit allem, was zunächst vernünftig schien: Kampagnehaft und mit maßloser Übertreibung. Das Bauhandwerk wurde nicht auf dem bisherigen Stand belassen, sondern reduziert und teilweise vernichtet. 1972 erfolgte die Umwandlung der verbliebenen Kleinbetriebe in der Industrie und im Bauwesen in volkseigene Betriebe.“²³¹ Die Aufgaben dieser Betriebe waren schwerpunktmäßig auf die Industrialisierung konzentriert.

Ein industrialisiertes Bauwesen, mit Wohnungsbaukombinaten, eins je Bezirk, und eine Reihe spezialisierter Firmen charakterisierten den DDR Wohnungsbau zu Beginn der 70er Jahre. „Da die Märkte so leicht konsolidiert wurden, entstand auch schnell die massenweise Nachfrage, die erforderlich war, um industrielles Bauen effizient erscheinen zu lassen. Je größer der auf zentralen Entscheidungen beruhende Anteil am gesellschaftlichen Bauaufkommen war, desto größer wurden die relativen Vorzüge des industriellen Bauens.“²³²

Im Wohnungsneubau begannen der Siegeszug der „Platte“ und die Normierung um jeden Preis, die nachhaltig durch die im Bauwesen gültige Leistungsbewertung unterstützt wurde. Der Neubau war finanziell effektiver, brachte mehr Gewinn. „Unter diesen Umständen waren Erker und Simse, Säulen und sonstige Zierelemente und insofern auch historisch bedingte Abweichungen eines Bauwerkes von der geraden Linie und der großen Fläche ökonomisch ein Störfaktor im Wohnungs- und Städtebau. Die Beseitigung eines Erkers oder eines Baumes war ökonomisch vernünftig, die Erhaltung aber nicht.“²³³

Zu den wichtigsten Aufgaben im Bereich des Altbaus gehörte auch die Entwicklung neuer industrieller Bauweisen, Konstruktionen und Technologien um einen hohen Grad der Mechanisierung und der Produktivität zu erzielen. Die Arbeitsproduktivität bei Modernisierungs- und Reparaturarbeiten war zusätzlich durch Anwendung der Takt- und Fließfertigung sowie verbesserte Arbeitsorganisation wirksam zu erhöhen. „Der Hauptweg für ein schnelleres, besseres und effektiveres Bauen, ist die weitere konsequente Intensivierung und Rationalisierung auf der Grundlage [...] der Industrialisierung.“²³⁴ Es war der Beginn, die Bauteile zu standardisieren, Typenprodukte zu entwickeln und die Prinzipien der industriellen Serienproduktion für den Bereich des Altbaus anzuwenden. „Hiermit wurde der Weg beschritten, der das Bauwesen aus einem zurückgebliebenen, handwerksmäßig arbeitenden Zweig zu einem [...] hoch entwickelten, modernen industriemäßig produzierenden Bereich führte.“²³⁵

Die industrielle Vorfertigung widmete sich anschließend auch der Rekonstruktion, besonders bei größeren, komplexen Maßnahmen, damit die Verkürzung der Bauzeit auf der Baustelle sowie eine Kosteneinsparung erreicht wurden. Daraufhin erstellte die Bauakademie der DDR – das Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau (IWG) – in Zusammenarbeit mit mehreren

²³⁰ Wolfgang Junker: Die Rolle des Bauwesens bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR im Perspektivplanzeitraum 1971 – 1975. a. a. O. S. 39.

²³¹ Siegfried Grundmann. a. a. O. S. 324.

²³² Peter Marcuse. a. a. O. S. 273 – 274.

²³³ Siegfried Grundmann. a. a. O. S. 324.

²³⁴ Direktive des X Parteitages. Berlin 1981. S. 279.

²³⁵ Ule Lammert: Die Lösung der Wohnungsfrage. a. a. O. S. 1147.

Baubetrieben im Auftrag des Ministeriums für Bauwesen Kataloge zur Standardisierung der Bauteile. Für einzelne Bereiche existierten beispielsweise folgende Kataloge:

R 81 01 IWT: Binderdächer in Holzkonstruktionen
W 82 02 IWS: Baugruppen für die Modernisierung von Küche – Bad/WC
W 83 11 PGS: Vorgefertigte Baugruppen für Modernisierung der sanitären Installationen
W 86 24 TRO: Regenerierung von Fenstern und Türen aus Holz
W 73 02 PWT: Fertigteilschornsteine
R 80 05 TMH: Modernisierung komplexer Standorten. Taktstraßengröße 100 – 120 WE/Jahr

Deren Bezeichnungen weisen auf Folgendes hin:

- das Katalogwerk,
- das Erscheinungsjahr,
- die laufende Nummer innerhalb des Jahres,
- den Katalogsektor,
- die Katalogart und
- die Kataloggruppe.

Ein Katalog, der häufig zur Verwendung bei den Rekonstruktionsarbeiten verwendet wurde, war beispielsweise der Katalog „Vorgefertigte Architektur und Schmuckelemente“.²³⁶ Die Bezeichnungen²³⁷ des Katalogs R 80 01 IWA beschreiben:

R = den Zuordnungsbereich Erhaltung und Rekonstruktion,
80 = das Erscheinungsjahr 1980,
01 = die laufende Nummer bezogen auf das Erscheinungsjahr,
I = den zugehörigen Sektor Information,
W = die Katalogart Bauwerksteil Wand und
A = die Kataloggruppe Außenwand, Kataloguntergruppe Stuckfassade.

Die Aufgabe und Zielstellung des Katalogs wurden wie folgt dargestellt: „Er informiert über Möglichkeiten der Anwendung vorgefertigter Architektur- und Schmuckelemente der Jahrhundertwende (1870 – 1918) zur weitgehenden Wahrung der charakteristischen Erscheinungsform der Wohngebäude der Altbausubstanz. [...] Die Anwendung und Auswahl der Elemente ist entsprechend den Stilepochen und den territorialen Gegebenheiten vorzunehmen.“²³⁸

In dem Darstellungsteil wurde eine Sortimentübersicht mit Elementenliste im Maßstab 1:10 einschließlich Einbaubeispielen und Kombinationsmöglichkeiten dargestellt. Der Technologie- teil beschrieb u. a. die Technologien der Abformtechnik bzw. der Elementherstellung und wurde mit einem Fototeil vervollständigt.²³⁹

Der Anwendungsbereich der Elemente „sind vor allem Altbaufassaden des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts in innerstädtischen Umgestaltungsgebieten“²⁴⁰. Durch die Vor-

²³⁶ Bauakademie der DDR: Vorgefertigte Architektur und Schmuckelemente. Katalog R 8001 IWA. Berlin 1980.

²³⁷ dito. Blatt 1. S. 10.

²³⁸ dito. Blatt 0. S. 1.

²³⁹ sh. Abb. Nr. 2, 3, 4 und 5.

²⁴⁰ dito. Blatt 1. S. 1.

fertigungstechniken konnten auch bei konservatorischen Behandlungen denkmalerische Arbeiten an Baudenkmalen früherer Epochen „erleichtert und ökonomischer gestaltet werden“²⁴¹. Dazu boten die Elemente, die Abform- und Fertigungstechnologie die Möglichkeit, Gliederung und Proportionierung beschädigter oder zerstörter Fassaden „in ihren wesentlichen Zügen wiederherzustellen“²⁴².

Anhand des Quellennachweises des Kataloges ist zu ersehen, dass sowohl Kataloge aus dem 19. als auch aus dem 20. Jahrhundert die Grundlage zur Herstellung dieses Kataloges bildeten. Zusätzlich beriefen sich die Herausgeber und Verfasser auf die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Institutionen der Kultur, Denkmalpflege, einer Vielzahl der Baureparaturbetriebe, mehreren Bibliotheken sowie Fotografen, Restauratoren und Grafikern.²⁴³ Der Hersteller für die Elemente war der VEB Stuck und Naturstein Berlin. Bei der Herausgabe des Katalogs lag ein Produktsortiment von ca. 120 Elementen vor. Eine Erweiterung des Angebots war vorgesehen.²⁴⁴

Weiterhin wurden auch für die Erhöhung des Ausstattungsstandards in den Altbauwohnungen Lösungen für den Küche-/Bad-/WC-Bereichs in funktioneller und konstruktiv-technischer Hinsicht erprobt.

Der Einsatz dieser vorgefertigten Elemente bzw. Baugruppen geschah beispielsweise:

- bei der Fassadengestaltung in der Husemannstraße, Arbeitsgegenstand war die städtebaulich-architektonische Gestaltung, und
- bei der Modernisierung der Küche, Bad und WC bei der Erprobung funktioneller und konstruktiv-technischer Lösungen im Prenzlauer Berg bei dem Objekt Diesenerstraße 21. Arbeitsgegenstand war die Erprobung von Lösungen für den Funktionsbereich Küche/Bad/WC in funktioneller und technischer Hinsicht, die ökonomische Einschätzung der Lösungen und ihre Bewertung unter Einbeziehung des Gebrauchswertes.

Die Durchführung der genannten Einsätze wird anschließend noch eingehend anhand konkreter Beispiele behandelt.

Die Ergebnisse dieser Einsätze können verkürzt wie folgt charakterisiert werden:

Erstens waren sie architektonisch sehr bedenklich, da die geringe Zahl der angebotenen vorgefertigten Elemente nicht die Diversität der Stuckteile annähernd ersetzen konnten. Dadurch war es nicht möglich die Fassaden zufriedenstellend und stilgerecht zu gestalten.

Zweitens war sie aus technischer Sicht problematisch, weil eine Vielzahl von Typen standardisierter Baugruppen notwendig war, um für unterschiedliche Grundrisslösungen in den Altbauten die entsprechende optimale Lösung zu entwickeln. Hinzu kam, dass jeweils spezifische Probleme bei den einzelnen Wohngebäuden auftraten. Weitere Überlegungen waren daher, ob eine Ableitung der Elemente aus dem Wohnungsneubau für den Altbau – auch wenn modifiziert – entwickelt werden konnte, und einen Katalog zu erstellen damit der Projektierungsaufwand reduziert werden kann, wie beispielsweise den Einbau einer Nasszelle.

²⁴¹ dito.

²⁴² dito.

²⁴³ dito. vgl. Blatt 1. S. 9.

²⁴⁴ dito. Blatt 2. S. 1.

Drittens war sie wirtschaftlich fraglich, da durch die erforderliche große Anzahl der Typenmenge Zweifel an der Wirtschaftlichkeit der Typisierung angebracht sind. „Der Einsatz von Fertigteilen üblicher Art würde örtliche Aufmaße voraussetzen, die vom Umfang her nicht geleistet werden können. Außerdem würden sich durch die Maßabweichungen zu geringe Losgrößen für eine rentable Vorfertigung ergeben.“²⁴⁵

Die Maßnahmen, die aus wirtschaftlicher Sicht im Bauwesen entwickelt wurden, wie Systematisierung durch Gebietstypisierung und Gebäudekategorien sowie die Katalogisierung und Standardisierung in der Produktion, sollten dazu dienen, das Wohnungsbauprogramm bis 1990 erfolgreich zu realisieren. Bei der Analyse der Durchführung der Rekonstruktionsmaßnahmen wird sich herausstellen, inwieweit diese Faktoren einen positiven Einfluss auf die Rekonstruktion geleistet haben oder möglicherweise den Realisierungsprozess sogar beeinträchtigten.

²⁴⁵ Günther Kabus: Besonderheiten und Probleme der Planung und Projektierung von Modernisierungsmaßnahmen. In: Deutsche Architektur 5/1973. S. 263.

5.0 Realisierung der Rekonstruktion

„Zu den dringlichsten Aufgaben gehört: Die sogenannten Altbaugebiete besonders in den Stadtbezirken Prenzlauer Berg, Mitte, und Friedrichshain umfassend zu rekonstruieren. In diesen Bezirken wohnen Hunderttausende von Menschen, ist die Arbeiterklasse stark vertreten und hat sie große Tradition. Unser Anliegen besteht darin, diese Wohngebiete nicht niederzureißen, sondern ihnen ein neues, würdiges, der sozialistischen Lebensweise entsprechendes Antlitz zu geben.“²⁴⁶

Vorbemerkung

Drei Ereignisse bildeten die Gründe der Entstehung und Entwicklung der Rekonstruktionsmaßnahmen im ehemaligen Ost-Berlin. Chronologisch betrachtet waren dies die folgenden:

Erstens war es die 5. Baukonferenz, die 1969 stattfand. Ihre Forderung war die Entwicklung des Einheitssystems Bau und die konsequenten Weiterführung der Industrialisierung im Bauwesen. Weiterhin forderte sie, „dass [sich] die Industrialisierung nicht länger auf den Rohbau beschränkte, sondern dass auch der Ausbau industriemäßig betrieben wird“²⁴⁷. Dieses Ereignis veranlasste in den darauffolgenden Jahren die Wirtschaftsfunktionäre zu einer Forderung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, Rationalisierung der Produktion und qualitativen Erhöhung der Produkte im Bauwesen. Daraufhin wurden das Einheitssystem geschaffen und Produkte auch im Bereich der Rekonstruktion standardisiert und entsprechende Kataloge erstellt.

Zweitens war es der VIII. Parteitag im Jahr 1971, der Prioritätensetzungen bei den politischen Entscheidungen forderte und die Wohnungsfrage als Schwerpunkt der Sozialpolitik der SED setzte. Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnungen, zur „weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“²⁴⁸, sollte gewährleistet werden. Aus diesem Grund stellte die politische Führung quantitative Vorgaben, die zu erfüllen waren. Im Fünfjahreszeitraum 1971 – 1975 waren 500.000 Wohnungen zu schaffen, die „durch die Errichtung neuer, aber auch durch die Modernisierung, den Um- und Ausbau vorhandener Wohnungen“²⁴⁹ entstehen sollten.

Drittens war es die Volks-, Berufs-, Wohnraum- und Gebäudezählung (VBWGZ), die 1971 stattfand. Sie lieferte der Bauverwaltung – auch explizit nach Bezirken, in Berlin sogar nach Stadtbezirken aufgelistet – detaillierte Zahlen und Fakten sowohl über die Bevölkerungs- und Gebäudestruktur als auch über den Bestand bzw. Zustand der Wohnbauten und der Wohnfolgeeinrichtungen. Diese Daten boten eine solide Grundlage sowohl für die Planung des einzelnen Gebiets zur Versorgung der Bevölkerung mit adäquaten Wohnungen als auch zur Versorgung des Wohngebiets mit den notwendigen Einrichtungen und Infrastruktur. Der schlechte Zustand vieler Wohngebäude einerseits und der Wohnungsmangel andererseits, veranlasste die Funktionäre zur Revision in der Wohnungsbaupolitik.

²⁴⁶ Erich Honecker auf der XII. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Berlin vom 26. – 27.03.1976. In: Neues Deutschland vom 29.03.76. S. 3.

²⁴⁷ Günter Engelhard. a. a. O. S. 74.

²⁴⁸ Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED. Berlin. 1971. S. 296 – 297.

²⁴⁹ Erich Honecker: Bericht des ZK der SED an den VIII. Parteitag der SED. Berlin 1971. S. 62.

Die VBWGZ ergab, dass im ehemaligen Ost-Berlin, von 42.521 Mehrfamilienhäusern insgesamt 23.857 (56,11 %) Altbauten waren. Darin wurden insgesamt 233.391 (56,9 %) von 409.882 Wohnungen untergebracht. Der Begriff Altbauten wurde in der DDR durch die steuerliche Einheitsbewertung festgelegt. „Altbauten“ sind Bauten, die vor dem 01.07.1918, „Neubauten“ die, die nach dem 30.06.1918 errichtet wurden.²⁵⁰ Gleichzeitig umfasst der Begriff Altbauwohngebiet Territorien einer Stadt, deren städtischer Wohnkomfort den gegenwärtigen Anforderungen nicht mehr entspricht und deren Gebäudebestand zugleich im Wesentlichen mehr als 50 Jahre alt ist.

Die Klassifizierung der Altbauwohngebiete erfolgte trotz großer Vielfalt der Bausubstanz und unterschiedlichster örtlicher Situationen nach bestimmten übergeordneten Kriterien:²⁵¹

- nach ihrer Lage in der Stadt,
- nach der Hauptentstehungszeit ihrer Bausubstanz,
- nach der Art ihrer Bebauung.

Unabhängig von dem Zustand des einzelnen Altbauwohngebietes war deren Umgestaltung durch folgende Aufgaben bestimmt:

- Die umfassende Instandsetzung des Gebäudes sowie die Modernisierung der Wohnungen durch Ausstattung mit zeitgemäßen sanitären, elektrischen und heizungstechnischen Installationen
- Die Ausstattung der Altbauwohngebiete mit den notwendigen gesellschaftlichen Einrichtungen des Handels, der Bildung und Dienstleistung.
- Die Schaffung von erforderlichen Grün- bzw. Erholungsflächen und Anlagen für sportliche Betätigung.
- Die Verbesserung von städtebaulichen hygienischen Bedingungen wie ausreichende Belüftung und Belichtung der Gebäude durch Entkernung der Wohnquartiere.
- Die Verlagerung von störenden Arbeitsstätten und Einrichtungen verschiedenster Art.
- Die Maßnahmen zur Verbesserung des fließenden und ruhenden Verkehrs sowie der stadttechnischen Versorgung durchzuführen.

Der Aufbau des Gebiets geschah im Allgemeinen wie folgt:²⁵²

1. Bauabschnitt (BA).
2. Teilgebiet (TG), in einigen Bereichen auch Teilkomplex (TK) genannt.
3. Wohnbezirksteil, z. B. Nr. 08.
4. Wohnbezirk, z. B. Nr. 061.
5. Planungsgebiet, z. B. Nr. 03.

Die kleinste territoriale Einheit bildete der Bauabschnitt. Darauf folgte das Teilgebiet (TG), das wesentlich größer war, und normalerweise ein Wohnblock, der in der Regel von mehreren Straßen abgegrenzt wurde. Danach folgten der Wohnbezirksteil und der Wohnbezirk. Das Planungsgebiet (PG) umfasste das gesamte Untersuchungsgebiet, indem umfassende, komplexe Beziehungen mit den benachbarten Untersuchungsgebieten untersucht werden. Im Planungsgebiet wurden die Rekonstruktionsmaßnahmen langfristig realisiert.

²⁵⁰ vgl. Das Grundsteuergesetz. Mit Durchführungsverordnungen unter Berücksichtigung der bisher eingegangenen Veränderungen und Ergänzungen. Stand 01.10.1954.

²⁵¹ vgl. Günter Kabus: Zur komplexen sozialistischen Umgestaltung von Altbauwohngebiete. a. a. O. S. 390 – 394.

²⁵² vgl. Gliederungskarte des Stadtbezirks Prenzlauer-Berg vom Juni 1977. Karte Nr. 1. F2/117. Archiv Bezirk Pankow-Prenzlauer Berg.

Im Gegensatz dazu stand das eigentliche Bearbeitungsgebiet, das Teilgebiet, im Vordergrund der Rekonstruktionsmaßnahmen. Hier wurde die Umgestaltung im kleineren geplant und durchgeführt. Auch auf dieser Ebene spielte die Untersuchung bestimmter Beziehungen eine bedeutende Rolle, z. B. die auftretenden Verbindungen zwischen dem Standort einer Schule bzw. einer anderen gesellschaftlichen Einrichtung zum benachbarten Wohngebiet. Aufgrund seiner Größe wurden bei der Rekonstruktion die Kennzeichnungen des Wohnbezirks sowie des Wohnbezirksteils nicht aufgeführt, sondern nur des Teilgebiets.

Im Rekonstruktionsgebiet wohnte der größte Anteil der Bevölkerung in den Gebäuden, deren Wohnbaubsubstanz überwiegend in der Zeit von 1875 – 1918 erbaut wurde. In Abhängigkeit von der Qualität der Bausubstanz und den gebietsspezifischen Zielsetzungen erfolgte die Rekonstruktion der Altbausubstanz in unterschiedlichen Vorgehensweise, d. h. identische Bauaufgaben konnten im Interesse einer weitgehenden Nutzung des einzelnen Gebietes nicht immer gegeben sein. Bei der städtebaulichen Planung der Umgestaltung des einzelnen Gebietes waren daher diesen örtlichen Charakteren zu beachten.

Die Kriterien, die zur Auswahl eines Rekonstruktionsgebiets führten und die Grundlage zur Entscheidungsfindung definierte die „Richtlinie zur besseren Nutzung des baulichen Grundfonds durch Um- und Ausbau, Modernisierung und Erhaltung“²⁵³ vom 13.10.1971. Es waren nur Gebäudekomplexe oder -gruppen auszuwählen, deren Wohngebäude:

- nach Durchführung der Maßnahmen eine mindestens 30-jährige Restnutzungsdauer haben und eine hohe städtebauliche Wirksamkeit erreichen
- in der stadtechnischen Erschließung keine umfangreichen Veränderungen auslösen
- maximal 70 % des Aufwandes einer Neubauwohnung erfordern
- mehrgeschossig sind und mindestens aus sechs bis acht Wohneinheiten bestehen.

Weiterhin sind die Gebiete so auszuwählen, dass:

- die Möglichkeit für eine Takt- und Fließfertigung gewährleistet ist
- beim Wohnungsneubau mietgünstige Kleinstwohnungen geschaffen werden um Anreiz für die älteren Bürger zu geben, ihre größere Wohnungen für kinderreiche Familien aufzugeben

Die Entscheidung über die Auswahl eines Gebiets als Rekonstruktionsgebiet erfolgte in der Regel durch einen Beschluss des Magistrats, der die wichtigste Informationsquelle für diese Untersuchung bildete. Die Umsetzung dieser Beschlüsse war nicht lückenlos überprüfbar, aus heutiger Sicht nicht vollständig nachvollziehbar und nur zum Teil durch die Aussagen der ehemals Beteiligten und Verantwortlichen erklärbar. Dieses wird anhand konkreter Beispiele bei den anschließenden Betrachtungen der einzelnen Rekonstruktionsgebiete verdeutlicht.

Nachfolgend werden die unterschiedlichen Ausführungen der Rekonstruktionsmaßnahmen in unterschiedlichen Stadtbezirken im ehemaligen Ost-Berlin untersucht, repräsentativ für die Projekte, die im Laufe der Zeit zwischen 1971 – 1990 durchgeführt wurden. Die Auswahl der analysierten Rekonstruktionsgebiete ergab sich aus der Thematik der einzelnen Gebiete, die zusammen den gesamten Aspekt der komplexen sozialistischen Rekonstruktion abdecken.

²⁵³ Bauakademie der DDR: Schriftenreihe der Bauforschung Heft Nr. 43. a. a. O. S. 124 – 128.

5.1 Anfänge der „Erhaltung und Veränderung des Bestehenden“²⁵⁴ in Berlin-Mitte: Maßnahmen zur Veränderung der städtebaulichen und sozialen Struktur²⁵⁵ im Rekonstruktionsgebiet Arkonaplatz

Einleitung

Der Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte hat in seiner Ratssitzung am 27.09.1967 die „Konzeption zur prognostischen Entwicklung der Erhaltung der Wohnraumsubstanz im Stadtbezirk Mitte bis 1980“²⁵⁶ beschlossen. Die Konzeption wurde von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung der Kreisplankommission (KPK) entwickelt.

Beteiligt an der Entwicklung waren:

- Stadtbezirksbauamt, Stadtbezirksarchitekt
- Rat des Stadtbezirks, Abteilung Wohnungswirtschaft Gruppe Hauptplanträger
- VEB KWV als Hauptinvestor (HI) und die
- VEB Baureparaturen, als ausführendes Organ bzw. Hauptauftragsnehmer (HAN).

Die (paritätische) Beteiligung der Organe aus dem Finanz- und Wirtschaftssektor unterstrich den Einfluss dieser Organe bei der Planung der Baumaßnahmen.

Die Maßnahmen der städtebaulichen Umgestaltung des Wohngebietes Arkonaplatz waren Bestandteil dieser Konzeption und stellten die erste Phase ihrer gesamten Realisierung dar. In dieser Konzeption wurden zunächst die Teilkomplexe²⁵⁷ 1 bis 13 (TK 1 – TK 13) erfasst.²⁵⁸

Das gesamte Gebiet, wurde:

- im Norden durch die Kremmener, Rheinsberger und die Anklammer Straße,
- im Osten durch die Schwedter sowie die Choriner Straße,
- im Süden durch die Zehdenicker und die Fehrbelliner Straße und
- im Westen durch die Ruppiner, Anklammer Straße und den Weinsbergweg,

begrenzt.

Die restlichen Bereiche, die TK 14 – TK 22, wurden erst später in der „Konzeption zur Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Bürger in den Altbaugebieten bis 1980“²⁵⁹ behandelt.

Bei der Konzeption vom 27.09.1967 ging die Arbeitsgruppe von folgenden Aspekten aus:

1. Territoriale Aspekte

Für die weitere Entwicklung wurde entschieden, dass generelle Umgestaltungen bisheriger Altbaugebiete zunächst nur dort erfolgen, wo die vorhandene Wohnqualität und die Bauzustände am vordringlichsten waren.

²⁵⁴ Konzeption zur prognostischen Entwicklung der Erhaltung der Wohnraumsubstanz im Stadtbezirk Mitte bis 1980. S. 4.

²⁵⁵ vgl. dito. S. 3.

²⁵⁶ Ratsbeschluss Nr. 196/67 vom 27.09.1967. Akten Nr. C-Rep. 131-02-02 Nr. 0782 des Landesarchivs Berlin.

²⁵⁷ Der Teilkomplex wird in den Akten auch Teilgebiet genannt. Zur Vereinfachung wird weiterhin die Abkürzung TK verwendet.

²⁵⁸ sh. Abb. Nr. 6.

²⁵⁹ Ratsbeschluss Nr. 52/69 und 52a/69 vom 12.03.1969. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep. 131-02-02-Nr. 1378.

2. Zeitliche Aspekte

Im Jahre 1967 sollten sich die Generalreparaturen²⁶⁰ auf die Fortführung und Fertigstellung der angefangenen Objekte in der Zionskirchstraße, Fehrbelliner und Anklammer Straße konzentrieren. Im Jahre 1968 sollten an weiteren Objekten der Zionskirchstraße Generalreparaturen durchgeführt werden und im Jahre 1969 Generalreparaturen in den restlichen Bereichen vorbereitet werden. Unter Berücksichtigung des Vorbereitungsstandes schätzte die AG euphorisch ein, dass die in dieser Konzeption dargelegten Vorschläge zur städtebaulichen Umgestaltung des gesamten Gebietes anschließend 1970 beginnen können und bis 1974/75 beendet sein werden.

3. Inhaltliche Aspekte

Die generelle Zielstellung für die prognostische Entwicklung der Erhaltung der Wohnraums substanz ging davon aus, den vorhandenen Wohnraum noch für einen längeren Zeitraum zu bewahren und die Wohnqualität ohne Durchführung von umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen zu erhöhen. Neben der Beseitigung vorhandener Gebäudeschäden, Dachinstandsetzungen und der Gestaltung der Fassaden war bei der Konzeption die Schaffung von Innentoiletten sowie Duschen bzw. Bädern in allen Wohnungen als Priorität anzusetzen.

Darüber hinaus waren die für eine umfassende Generalreparatur nicht geeigneten Garagen und Nebengebäude schrittweise zu räumen und anschließend für den Abriss vorzubereiten, um eine Entkernung des Komplexes zu erreichen. Die dadurch frei gewordenen Flächen waren unter weitgehender Beseitigung von Grundstücksmauern für die Einrichtung von Erholungsflächen zu gestalten, um eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zu erzielen. Bei den vorhandenen Freiflächen waren neben Grünflächen auch Spiel- und kleinere Sportplätze vorgesehen. Nach der Konzeption war der Arkonaplatz zukünftig vollständig für die Erholung und Freizeitgestaltung zu erhalten.

Weiterhin waren die nicht als Haupt- und Zufahrtsstraßen genutzten Straßen für den ruhenden Verkehr zu nutzen. Zusätzliche Parkplätze auf den Freiflächen wurden nicht ausgewiesen. Standortvorschläge für Garagenbauten entfielen ebenfalls. Im zeitlichen Zusammenhang mit den Generalreparaturen wurde die Erneuerung bzw. die Generalüberholung der Fußgängerwege (Bürgersteige) gefordert und ferner das Anpflanzen von Bäumen empfohlen. Zusätzlich war eine Gestaltung für die Handelseinrichtungen dieses Bereichs zu erarbeiten. Aufgrund seiner schlechten Versorgung war das Gebiet auch mit Einrichtungen für Kinder – neuen Kinderkrippen und -gärten – auszustatten.

5.1.1 Situation zur Jahrhundertwende

5.1.1.1 Städtebauliche Entwicklung des Bezirks Berlin-Mitte

Die Entwicklung Berlins vollzog sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts schwerpunktmäßig noch innerhalb der Akzisemauer. Außerhalb dieser Mauer beschränkte sich die Entwicklung zu dieser Zeit zunächst auf die äußere Spandauer bzw. Oranienburger Vorstadt.²⁶¹ (Das Gebiet zwischen der heutigen Torstraße und der Invalidenstraße) Das Wachstum im nördlichen

²⁶⁰ Eine amtliche Definition für Generalreparaturen wurde nicht vorgefunden. Nach Durchsicht der Baubeschreibung handelt es sich hierbei überwiegend um Instandsetzungsarbeiten.

²⁶¹ vgl. Institut für Denkmalpflege: Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Hauptstadt Berlin Teil I. Berlin 1984. S. 24.

Raum Berlins war vor allem dem enormen Ausbau von Großbetrieben der Maschinenbau- und Elektroindustrie, insbesondere den Borsigwerken und der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft (AEG), zu verdanken.

Innerhalb weniger Jahre zogen Zehntausende von Arbeitskräften nach Berlin, „für die spekulierende Grundstücksgesellschaften auf bis dahin noch unbebauten Stadtterritorien massenweise Unterkünfte in Form stark überbauter Wohnquartiere mit bis zu fünf licht- und luftlosen Hinterhöfen [...] errichteten“²⁶².

Dieser wirtschaftliche Aufschwung durch die einsetzende Industrialisierung löste einen Bauboom aus, der vom steigenden Wohnungsbedarf aufgrund des immensen Zustroms neuer Arbeitskräfte nach Berlin gefördert wurde. Die Bauaktivitäten der damals noch selbstständigen Gemeinden (wie z. B. Charlottenburg und Wilmersdorf) und die Pläne der Stadt Berlin machten einen einheitlichen B-Plan für das gesamte Gebiet notwendig und James Hobrecht (1835 – 1905) wurde damit beauftragt diesen Plan zu erstellen. „Was entstand war ein rechteckiges Blockmuster mit Flächen von ähnlicher Größe [...]. Einige dreißig rechteckige freie Plätze [...] wie die rund fünfzehn Sternplätze, die ihre Existenz einigen Diagonalstraßen innerhalb des Schachbrettrasters der Wohnquartiere verdanken.“²⁶³

Im B-Plan von Berlin waren im Gelände östlich und westlich der Schönhauser Allee fünf große Stern- und Halbsternplätze ausgewiesen worden. Während diese nicht zur Ausführung kamen, wurden einige der kleineren Plätze verwirklicht. Darunter befand sich der Arkonaplatz. Ein weiteres Ergebnis des B-Plans war der Bau von Mietskasernen, und zwar in einem solchen Maß, dass sich Berlin in wenigen Jahrzehnten zur größten Mietskasernenstadt der Welt entwickelte.²⁶⁴

In langen Straßenreihen des nördlichen Armutsviertels bildete sich der Haustypus der Mietskaserne, Schlafstätten des Industrieproletariats. „1872 bestanden 40 Grundstücksgesellschaften, die bei solchen Unternehmungen beteiligt waren. Ihr Hauptziel war, den Grund und Boden möglichst vorteilhaft auszunutzen, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft und des Einzelnen.“²⁶⁵

Eines dieser Arbeiterviertel, das Gebiet um den Arkonaplatz errichtet zwischen 1875 und 1885, war typischer Ausdruck der Planungsabsichten, die 1862 von James Hobrecht im Hinblick auf künftige Stadterweiterung entwickelt wurden. Diese prinzipielle Art des Wohnungsbaues bestimmte auch die Bebauung am Arkonaplatz. Ihre typische, architektonische Lösung sah große Wohnungen für Kleinbürger in den Vorderhäusern vor, sie beinhalte Gewerberäume im Hinterhaus sowie beengte, unhygienische Wohnungen für die Proletarier.

Nach Süden schloss sich dem Arkonaplatz der Zionskirchplatz an, für den der Bau einer Kirche freigehalten war. Der Bau der Votivkirche wurde 1873 beendet. Sie ist „ein vertikal betonter Backstein-Terrakotten-Bau im Stil des Berliner Historismus. Romanische Stilelemente (Rundbogenfriese und Zwerggalerien) wurden mit gotischen Elementen (Maßwerkfenster und Strebebögen) verknüpft. Romanische und gotische Elemente galten als ‚nationaler Stil‘.

²⁶² Werner Rietdorf: Stadterneuerung. Berlin 1989. S. 27.

²⁶³ Rudolf Wolters: Stadtmitte in Berlin. Städtebauliche Entwicklungsphase. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Tübingen 1978. S. 158.

²⁶⁴ vgl. Willi Pieper. a. a. O. S. 3.

²⁶⁵ Jürgen Schechert, Hannelore Vetter und Helmut Müller: Von „Milljöh“ zum Milieu. In: Architektur der DDR 4/1984. S. 196.

Denn der Bau sollte nicht nur ein Ort der Ruhe und innerer Sammlung, sondern als steingewordener Dank des Kaisers auch ein 'Patriotisches Monument' sein²⁶⁶.

Im „Kommunalen Blatt“ war am 26.12.1875 unter „Mitteilung aus dem Magistrat“ zu lesen, dass durch Erlass am 22.11.1875 der Platz C den Namen Arkonaplatz erhält, den Namen der nördlichen Erhebung auf der Insel Rügen.²⁶⁷ 1887 wurde der Platz mit zwei Schmuckanlagen nach Plänen von Hermann Mächtig gestaltet. Albert Brodersen beseitigte 1918 den Schmuckplatz und gestaltete den Arkonaplatz mit Kinderspielbereichen.²⁶⁸

5.1.1.2 Bevölkerungsstruktur

Die Haushaltstruktur des Bezirks war in den 20er Jahren wie folgt:²⁶⁹

Haushalte	Anteil im Bezirk	Anteil in Berlin	Stellung in Groß-Berlin
Familienhaushalte	78,3 %	81,6 %	durchschnittlich
mit Schlafgängern	4,1 %	3,1 %	überdurchschnittlich
mit Dienstboten	6,8 %	6,8 %	durchschnittlich
mit Zimmerabmietern	10,3 %	8,4 %	überdurchschnittlich

Werden die Werte aller Bezirke betrachtet, so liegen die Zahlen für diesen Bezirk insgesamt im mittleren Bereich. Der gesamte Bezirk Mitte – zu dem auch das Gebiet um den Arkonaplatz gehörte – nahm im Vergleich zwischen dem proletarischen Wedding und dem großbürgerlichen Wilmersdorf die mittlere Position ein. „Der Bezirk Wilmersdorf ist [...] der am meisten entmischte Bezirk, in dem das Bürgertum [...] wohnt. Wedding ist der am ausgeprägtesten proletarische Bezirk.“²⁷⁰ Die Statistik zeigt, dass Mitte nicht ein ausgeprägtes Arbeiterviertel gewesen, sondern ein Stadtteil mit gemischter Bebauungs- und Bevölkerungsstruktur war.

5.1.1.3 Bebauungsstruktur

„Arkonaplatz ist ein im System eingebundener Platz, der als Platz – Straße – Platz Abfolge geplant wurde. (Zionskirchplatz – Swinemünder Straße – Arkonaplatz – Swinemünder Straße – Venetaplatz)“.²⁷¹ Es ist ein Blockplatz, in den acht Straßen münden und der ca. 9.000 m² groß ist.

Das Wohngebiet rund um den Arkonaplatz liegt am nördlichen Rand des Stadtbezirks Mitte. Städtebauliche Dominante ist die Zionskirche auf dem Zionskirchplatz.²⁷² Die Bebauung im Viertel um den Arkonaplatz wurde wie an vielen anderen Standorten aus den Gründerjahren

²⁶⁶ Evangelische Kirchengemeinde Sophien, Bezirk Zion. Förderverein Zionskirche e.V.: Entstehung der Gemeinde und Bau der Zionskirche. Berlin. Ohne Jahresangabe. S. 2.

²⁶⁷ vgl. Regina Hul: Entwicklungsgeschichte eines Platzes und Möglichkeiten seiner Rekonstruktion am Beispiel des Arkonaplatzes in Berlin-Mitte. Diplomarbeit am Fachbereich Landespflege der TFH Berlin. 1991. S. 44.

²⁶⁸ vgl. Berliner Bezirkslexikon, Mitte: www.berlingeschichte.de.

²⁶⁹ vgl. Friedrich Leyden zitiert von Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers. In: Das Berliner Mietshaus II. Teil. 1862 - 1945. München 1984. S. 509.

²⁷⁰ Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers. a. a. O. S. 508.

²⁷¹ Regina Hul. a. a. O. S. 6.

²⁷² sh. Abb. Nr. 7.

als geschlossene, fünfgeschossige Blockbebauung mit Seitenflügeln und in einigen Bereichen auch mit Quergebäuden entwickelt. Die Wohnungen waren, charakteristisch für das Berliner Mietshaus jener Zeit, nach dem sozialen Status differenziert. Ganz so verhielt es sich dann auch mit ihren Bewohnern: großbürgerliche Familien in der Belletage des Vorderhauses, Lehrer und Beamte in den Obergeschossen, Proletarier in den – zynisch „Gartenhäuser“ genannten – Hofgebäuden und Seitenflügeln und in den bescheiden ausgebauten Dachmansarden.²⁷³

Für viele Familien war die Miete nicht aufzubringen. Da außerdem noch Wohnungsnot herrschte, vermieteten sie Zimmer an sogenannte Schlafjungen und -mädchen, d. h. mehrere mussten sich ein Bett teilen. War der Eine zur Arbeit gegangen, konnte ein Anderer in dem Bett schlafen. Die völlige Überbelegung der Wohnung war die Folge. Ärmlichste Verhältnisse zwangen die Bewohner, sich teilweise mit mehreren Personen eine Toilette zu teilen oder ein öffentliches Klosett zu besuchen, das damals für die Bewohner des Gebietes in der Brunnenstraße lag.²⁷⁴

Die statistische Analyse²⁷⁵ dieses Wohngebietes der 20er Jahre führte zu folgendem Ergebnis:

- 94 % der Wohnungen besaßen Außentoiletten mit Gemeinschaftsnutzung.
- 40 % der Wohnungen hatten den Charakter von Kochstuben.
- 35 % der Wohnungen bestanden aus Zimmerbereichen bei Gemeinschaftsnutzung einer zur Verfügung stehenden Küche.
- 70 % der Wohnungen hatten aufgrund fehlender Unterkellerungen keine oder in Stallungen auf den Höfen untergebrachte Nebenfunktionsräume.

In den Innenhöfen befanden sich neben Lagerstallungen und Waschküchen für die Bevölkerung auch Hilfsbereiche oder Zulieferungswerkstätten (z. B. Pferdeställe oder Schlossereien) für die im Berliner Norden angesiedelten Großindustrien.

Der Anteil der 2-R-Wohnungen in Mitte lag 1925 bei 28,8 % und der Anteil der 3-R-Wohnungen bei 33,9 %, im gesamtstädtischen Durchschnitt lagen sie bei 32,6 % bzw. 34,5 %. Die Wohnungsstruktur, die auf den statistischen Ergebnissen der Zählung von 1925 aufbaute, war wie folgt:²⁷⁶

Wohnung	Anteil im Bezirk in %	Anteil in Berlin in %	Im Vergleich mit den restlichen Bezirken
Kellerwohnung	4,3 %	2,0 %	überdurchschnittlich
Dachwohnung	3,6 %	1,0 %	überdurchschnittlich
1-R-Wohnung	8,5 %	5,3 %	überdurchschnittlich
2-R-Wohnung	28,8 %	32,6 %	durchschnittlich
3-R-Wohnung	33,9 %	34,5 %	durchschnittlich
4-R-Wohnung	14,3 %	10,4 %	überdurchschnittlich

²⁷³ vgl. Werner Rietdorf. Stadterneuerung. a. a. O. S. 27.

²⁷⁴ vgl. Heinz Siegelkow: Chronik Arkonaplatz. Hrsg. Rat des Stadtbezirks Mitte Abt. Kultur. Berlin. Ohne Jahresangabe. S. 22.

²⁷⁵ vgl. Jürgen Schechert, Hannelore Vetter und Helmut Müller. a. a. O. S. 196.

²⁷⁶ vgl. Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers. a. a. O. S. 510.

5.1.2 Stand vor der Rekonstruktion

5.1.2.1 Gebietsspezifische Merkmale

Die Auswahl der untersuchten Bereiche ergab sich aus der Tatsache, dass die erste Phase der Rekonstruktion im Wohngebiet um den Arkonaplatz mit den Teilkomplexen 1 bis 3 einschließlich des Arkonaplatzes begann. Sie stellen die ersten Versuche der komplexen Rekonstruktion im ehemaligen Ost-Berlin dar.

Das Rekonstruktionsgebiet wurde

- im Norden durch die Rheinsberger Straße,
- im Osten durch die Schwedter Straße,
- im Süden durch die Fürstenberger und Granseer Straße und
- im Westen durch die Ruppiner Straße begrenzt.²⁷⁷

Es handelte sich um ein Altbaugbiet, „dessen Wohnverhältnisse die vorgeschlagenen Maßnahmen hinsichtlich der Annäherung der Qualität der Wohnsubstanz an die der Neubaugebiete, unter Berücksichtigung der Standdauer der Gebäude von mindestens 30 – 40 Jahren, gerechtfertigt erscheinen lassen“²⁷⁸. Die Gebäude und die baulichen Anlagen wurden überwiegend in der Zeit von 1877 – 1890²⁷⁹ errichtet.

Bei der Architektur der Häuser um den Arkonaplatz handelt es sich um 5-geschossige Miethäuser, mit überwiegend einfachen und schlichten Fassaden. Das Gebiet hatte nicht die typische Hinterhofsituation wie die berühmten Mietskasernen. Die Höfe waren nicht sehr überbaut, Quergebäude selten vorhanden.

Durch Kriegseinwirkung zerstörte Substanz wurde in den 50er Jahren teilweise durch Wohnungsneubauten ergänzt. Insgesamt wurden neun Gebäude mit 110 WE erstellt.²⁸⁰ Aufgrund des mangelhaften Ausstattungsgrades der Wohnungen und der altersbedingten Zerfallerscheinung an den Gebäuden waren in den 60er Jahren Generalreparaturen vorgenommen worden. Der Bauzustand der restlichen Wohngebäude entsprach überwiegend der Bauzustandsklasse 3.

Bei der Rekonstruktion in den Wohnungen wurden die Funktionslösungen vorgegeben. Alle Varianten waren „auf den geringsten Eingriff in die bauliche Substanz bei Gewährleistung optimaler Wohnfunktionen“²⁸¹ zu orientieren. Das bedeutete, dass 1- und 2-R-Wohnungen IWC und Waschbecken erhielten. (Im günstigsten Fall Duschen, wenn keine umfangreichen Veränderungen daraus resultierten.) In Wohnungen mit drei und mehr Räumen wurde Bad/WC oder Dusche/WC eingerichtet. Vorzugsweise waren jedoch 2- und 3-R-Wohnungen zu errichten.

²⁷⁷ vgl. „Konzeption zur Rekonstruktion des Wohngebietes Arkonaplatz“ vom 21.05.1970. S. 2

²⁷⁸ Klaus Pöschk: Städtebauliche Umgestaltung und Rekonstruktion des Wohngebietes „Arkonaplatz“ in Berlin Mitte. In: Deutsche Architektur 10/1971. S. 605.

²⁷⁹ vgl. „Konzeption zur Rekonstruktion des Wohngebietes Arkonaplatz“ vom 21.05.1970. S. 5.

²⁸⁰ vgl. Städtebauliche Direktive 05/70. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131 – 9/10. Nr. 550. Anlage III. S. 3.

²⁸¹ Klaus Pöschk: Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. In: Schriftenreihe der Bauforschung. Reihe Städtebau und Architektur der Bauakademie Nr. 43. Berlin 1973. S. 93.

Die städtebauliche Struktur des Gebietes trug die typischen Merkmale der Mietshausviertel der Gründerzeit für die Arbeiterklasse. Es war ein Wohngebiet, das mit einer Mischfunktion durch geringfügig vorhandene Gewerbebetriebe zu charakterisieren war. Dabei ist bezeichnend, dass Einrichtungen für die Versorgung und Betreuung der Bevölkerung, insbesondere des Handels, der Dienstleistung und der Kultur, in völlig unzureichendem Maße vorhanden waren bzw. vollständig fehlten.

Im Gegensatz dazu waren die Verkaufsstellen für den täglichen Bedarf (Bäcker und Lebensmittelgeschäft) in ausreichender Anzahl vorhanden. Hinzu kam, dass sich im Gebiet eine Überalterung der Bevölkerung „durch eine Verschiebung in der Bevölkerungsstruktur und [...] eine verstärkte Abwanderung der jüngeren Bevölkerungsschichten in die Neubaugebiete“²⁸² abzeichnete.

In Kenntnis dieses Tatbestandes wurde vom Rat des Stadtbezirks vorgeschlagen, dass nur die Wohnungen im Erdgeschoss und ersten Obergeschoss vorwiegend für ältere Bürger vorbehalten blieben. Für die Wohnungen in den restlichen Geschossen waren größere Wohnungen für Familien zu errichten. Für diesen Zweck waren entsprechende Grundrisslösungen, beispielsweise durch Wohnungszusammenlegungen, zu entwickeln.

Die Versorgung mit Kindereinrichtungen lag zu der Zeit im gesamten Gebiet erheblich unter dem Durchschnitt des Stadtbezirks. Im TK 1 – TK 3 existierten sogar überhaupt keine dieser Einrichtungen. Aus dem Grund wurde vorgeschlagen, in der Zionskirchstraße 46 eine Kinderkrippe mit 32 Plätzen und im Hintergebäude Griebenowstraße 13/14 einen Kindergarten neu einzurichten.²⁸³ Für die fehlenden Einrichtungen zur gesundheitlichen Betreuung der Bevölkerung, zur Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens und zur sinnvollen Freizeitgestaltung der Bewohner kam zunächst der Vorschlag, die vorhandenen räumlichen Möglichkeiten in den Schulen, Turnhallen und Bibliotheken stärker zu nutzen.²⁸⁴

Aus den Erkenntnissen über die Gebietsmerkmale wurden die Zielstellungen der Rekonstruktion wie folgt definiert:

- Angleichung der Wohnverhältnisse an die hygienischen Normen,
- qualitative Aufwertung des Wohngebietes,
- Veränderung der städtebaulichen Struktur und
- Verbesserung der Qualität der Frei- und Verkehrsflächen.

Diese Aspekte verdeutlichten das Leitmotiv der Maßnahmen in den ersten Jahren der Rekonstruktion im ehem. Ost-Berlin: Maßnahmen zur Veränderung der städtebaulichen und sozialen Struktur. Diese Maßnahme „stellt in ihrem Umfang und Inhalt eine bisher in der Hauptstadt Berlin und darüber hinaus im DDR-Maßstab noch nicht durchgeführte Maßnahme dar“²⁸⁵.

²⁸² Joachim Palutzki: Zur Baupolitik in der Ära Honecker: Das Wohnungsbauprogramm. In: Graue Reihe Nr.19. Materialien des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Erkner 1999. S. 71.

²⁸³ vgl. „Konzeption zur prognostischen Entwicklung der Erhaltung der Wohnraumschubstanz im Stadtbezirk Mitte bis 1980“ vom 28.09.1967. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-02-02. Nr. 0782. S. 4.

²⁸⁴ vgl. Ratsvorschlag Nr. 154/67 vom 04.09.1967 für die Sitzung des Rats des Stadtbezirks Mitte am 27.09.1967. Archiv Bezirk Berlin-Mitte.

²⁸⁵ Klaus Pöschk: Städtebauliche Umgestaltung und Rekonstruktion des Wohngebietes „Arkonaplatz“ in Berlin Mitte. a. a. O. S. 602 – 605.

Die Situation in den einzelnen Teilkomplexen²⁸⁶ vor der Rekonstruktion war wie folgt²⁸⁷:

Teilkomplex 1

Der Komplex wurde von der Rheinsberger, Schwedter, Fürstenberger und Wolliner Straße begrenzt. Innerhalb des Komplexes befand sich die 3. Oberschule mit 30 Klassen und ca. 1.080 Schülern. Sie verfügte über Turnhalle, Schulhof und Kleinsportanlage.

Fünf Häuser wurden im Jahr 1955 – 1956 neu erbaut (Wolliner Straße 12 – 15 und Schwedter Straße 229 mit insgesamt 70 WE.) Nach den vorhandenen Bauakten wurde der Altbestand zwischen 1877 – 1890 errichtet. Ca. 60 % der Wohnungen hatten AT. Von 19 Altbauten wurde bereits ein Gebäude generalinstandgesetzt. Bei den restlichen 18 Häusern wurden noch Instandsetzungen – davon acht Fassadenerneuerungen – vorgesehen. Die Kosten dafür wurden mit rund 1.000 TM eingeschätzt. Zusätzlich waren Abrisse der Hofgebäude geplant.

In diesem Komplex befanden sich eine Bäckerei, ein Lebensmittelgeschäft und jeweils ein Obst- und Gemüseladen. Durch die geplante Beseitigung der Hofgebäude (Fürstenberger Straße 11 – 13) vergrößerte sich die Hoffläche. Von diesem Abriss waren keine Wohnungen betroffen. Vorgeschlagen wurde auch der Abriss der Wolliner Straße 12 SF und QG mit zehn 1-R-Wohnungen, vier 2-R-Wohnungen, sieben 3-R-Wohnungen und drei Kochstuben. Eine zusammenhängende Grünfläche wurde durch zusätzlichen Abriss des SF der Rheinsberger Straße 31a und weitere Bauten im Innenhof erreicht.²⁸⁸ Sowohl die Abrisskosten als auch die Grünflächengestaltung wurden jeweils 30 TM eingeschätzt.

Teilkomplex 2

Der Komplex wurde von der Schwinemünder, Rheinsberger, Wolliner Straße und dem Arkonaplatz begrenzt. In diesem Komplex befanden sich ein Hort mit 50 Plätzen, ein Lebensmittelgeschäft und eine Fleischerei.

Vier Häuser wurden in den Jahren 1900 – 1918, der Rest zwischen 1870 – 1877 errichtet. Nur ca. 15 % der Wohnungen hatten IT. Bei 14 Objekten waren noch Generalreparaturen durchzuführen (darunter Fassadenarbeiten an acht Objekte) mit geschätzten Kosten von rund 1.120 TM. Die beabsichtigten Abrisse von Seitenflügeln und anderen Bauten im Innenhofbereich dienten der Erreichung von gemeinsamen Grünflächen. Der Abriss für den SF von Rheinsberger Straße 26 mit zwei 1-R-Wohnungen und anderen Bauten im Innenhof²⁸⁹ kostete zusätzlich rund 50 TM, die Kosten für die Grünflächengestaltung rund 75 TM.

Teilkomplex 3

Der Komplex wurde von der Ruppiner-, Rheinsberger-, Schwinemünder Straße und dem Arkonaplatz begrenzt. Nach den Bauakten wurde der Altbestand zwischen 1875 – 1885 errichtet. In diesem Komplex befanden sich eine staatliche Arztpraxis, ein Kindergarten der Industrie und Handelsbank mit 36 Plätzen und ein Geschäft für Wirtschaftswaren.

Hier entstanden 1957 – 1958 vier Wohnhäuser (Rheinsberger Straße 21 – 22, Swinemünder Straße 116 und Arkonaplatz 6 mit insgesamt 40 WE). Ca. 65 % der Altbauwohnungen hatten

²⁸⁶ sh. Abb. Nr. 8.

²⁸⁷ vgl. TÖZ vom 24.05.1968

²⁸⁸ sh. Abb. Nr. 9 und 10.

²⁸⁹ sh. Abb. Nr. 11 und 12.

AT. Von sieben Altbauten wurden bereits vier teilinstandgesetzt. Die restlichen drei Objekte wurden generalinstandgesetzt, mit geschätzten Kosten von rund 400 TM. Der SF der Ruppiner Straße 2 wurde bereits geräumt. Die Abrisskosten dieser vier 1-R-Wohnungen und fünf 1,5-R-Wohnungen betrugen zusätzlich rund 15 TM, die Kosten für die Grünflächengestaltung rund 15 TM.²⁹⁰

In den drei Teilkomplexen befanden sich vor der Rekonstruktion²⁹¹

- TK 1 - 833 Personen in 449 Haushalten.
- TK 2 - 319 Personen in 208 Haushalten.
- TK 3 - 286 Personen in 173 Haushalten.

Insgesamt 1.438 Personen in 830 Haushalten.

Die Konzeption²⁹² sah in den drei Teilkomplexen folgende Abrisse vor:

- 3 Kochstuben
- 16 1-R-Wohnungen
- 5 1,5-R-Wohnungen
- 4 2-R-Wohnungen
- 7 3-R-Wohnungen

Summe 35 Wohnungen

Für die drei untersuchten Teilkomplexe sah die Kostenschätzung wie folgt aus:

- Generalreparaturen rund 2. 520 TM
- Abriss rund 95 TM
- Frei- und Grünflächengestaltung rund 120 TM.

Die Konzeption ging nicht auf die Rechtsfragen ein, die sich bei eventuellen Gebäudeabrisse und Bürgersteiginstandsetzungen für private Eigentümer ergeben würden. Kosten, die durch die eventuelle Übernahme in Volkseigentum entstanden, wurden ebenfalls nicht berücksichtigt.

5.1.2.2. Zustand der Gebäude

Die Bauakten mehrerer Häuser in diesem Gebiet wiesen auf die üblichen Mängel²⁹³ aufgrund fehlender Instandsetzungsmaßnahmen hin, u. a.: „Die Haustür schließt nicht selbstständig“ bzw. „Die Wände im Eingangsbereich zeigen Ausblühungen“, „Schwammbefall im Treppenhauseinsatz“ und „Fenster schließen nicht richtig“. In diesem Zustand befand sich zu der Zeit auch die Mehrzahl der Altbauten in Berlin. Somit war der schlechte Zustand nicht gravierender als in vielen Altbauwohnungen in den 60er und 70er Jahren. Aus den vorgefundenen Bauakten geht auch hervor, dass bereits vereinzelt in den Wohnungen Umbauten durch Eigeninitiative bzw. Eigenleistung erfolgten, wie Einbau eines Bades bzw. Küche oder einer neuen Massivdecke, u. a. in der Rheinsberger Straße 28 und 24 im Jahre 1962 und 1963. Die zerstörte Bausubstanz wurde ebenfalls bereits durch Neubauten ersetzt.

²⁹⁰ sh. Abb. Nr. 13 und 14.

²⁹¹ vgl. Anlage TÖZ vom 24.05.1968.

²⁹² Konzeption zur prognostischen Entwicklung der Erhaltung der Wohnraumschubstanz im Stadtbezirk Mitte bis 1980. a. a. O. S. 5.

²⁹³ Erkenntnisse aus mehreren Bauakten des Archivs Bezirk Berlin-Mitte.

Das Schulgebäude in der Ruppiner Straße 47/48 ist ein Mauerwerksbau, das älteste Gemeindeschulgebäude in Berlin errichtet um 1867. Die Fassade ist in gelbem, der Sockel in rotem Klinker ausgeführt. Der Schmuck an der Fassade besteht aus Ornamentplattenfries und konsolentragendem Bogenfries an dem Risalit. Das rechte Gebäude wurde in ähnlicher Form später gebaut und hat einen turmartigen Seitenrisalit, der das Gebäude abschließt. Der Bauzustand der Gebäude entsprach größtenteils der Bauzustandsklasse 3.

Die Wohngebäude im Gebiet wurden überwiegend 5-geschossig errichtet. Die Fassade der Häuser um den Arkonaplatz war einfach und schlicht, mit Ausnahme des Eckgebäudes Wol liner-/ Fürstenberger Straße, das mit Fensterverdachungen bzw. -laibungen aus Stuck verziert war.²⁹⁴ Unübersehbar ist, dass um den Arkonaplatz die Ecken der Häuser abgeschrägt aus der Fassade hervorstehen und der Vorbau höher ist als das Dach. Dadurch ist dieser Vorbau sehr betont²⁹⁵ – ein typischer Charakter der Mietshäuser aus dem dritten Viertel des 19. Jahrhundert, die an den Ecken der Baublocks stehen. „Sie zeigen [...] zur Markierung der Blockecken eine knappe, bastionsartige Überhöhung, die sich seit den siebziger Jahren zu Kuppel- oder Turmarchitekturen mit deutlicher Signalwirkung weiterentwickeln.“²⁹⁶

Die Wohnungen waren zum größten Teil doppelt und mehrfach belegt. Außerdem bestand ein hoher Anteil an 1-R-Wohnungen, der mit 460 von 862 Wohnungen bei 53,4 %²⁹⁷ lag. Hinsichtlich ihrer Struktur und Gliederung sowie insbesondere aufgrund der fehlenden bzw. nur unzureichend vorhandenen sanitären Einrichtungen wiesen sie schwerwiegende funktionelle und hygienische Mängel auf.

Das erste Objekt, das im Gebiet um den Arkonaplatz vollständig instandgesetzt wurde, war das Wohngebäude in der Zionskirchstraße 10. Maßgeblich war die „funktionsgerechte kostenniedrige Ausführung“²⁹⁸. Die Durchführung der Bauarbeiten an diesem Objekt trug noch experimentellen Charakter. Die weiteren Objekte waren die Häuser in der Zionskirchstraße 32 und Fehrbelliner Straße 37, deren Durchführung im Jahre 1964 erfolgte. Damals lagen noch keine Erkenntnisse für die Realisierung einer komplexen Baumaßnahme vor. Diese waren die ersten Objekte, die vom Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte herbeigeführt worden waren. Unter dem Motto: „Bewohner vom Arkonaplatz, Bauarbeiter, Stadtbezirksverordnete und Verwaltungsfachleute prüfen gemeinsam den [...] demonstrierten Weg der Instandsetzungen von Wohnungen“²⁹⁹ verlief die Bürgerbeteiligung bei der Durchführung dieser Objekte.

Mit der Bearbeitung weiterer Objekte wurden Grundlagen gelegt und Beispiele geschaffen für die spätere Rekonstruktion mehrerer Gebäude bzw. größerer zusammenhängender Wohngebiete und ihrer städtebaulichen Neugestaltung. Der weitere Planungs- und Durchführungsprozess verfeinerte sich aus den gewonnenen Erfahrungen. Für die anschließende Realisierung wurde eine Aufgliederung des Rekonstruktionsgebietes in Abschnitte vorgenommen. Die Größe dieser Teilkomplexe bestand aus der vorhandenen Quartierstruktur.

Die Wohnungen waren zu modernisieren, damit ihr Niveau den Wohnbedingungen in den Neubaugebieten entsprach. Kochstuben, die miserabelste Art von 1-R-Wohnung, beengt und unhygienisch, wurden beseitigt und durch Wohnungszusammenlegungen in eine größere

²⁹⁴ sh. Abb. Nr. 15 und 16.

²⁹⁵ sh. Abb. Nr. 17 und 18.

²⁹⁶ Helmut Engel: Entwicklung zur Großstadt. In: Historische Stadtgestalt und Stadterneuerung. Berlin 1975. S. 42.

²⁹⁷ vgl. Erläuterungsbericht zur Direktive vom 12.06.1969. Privataarchiv von Herrn Siegfried Kress.

²⁹⁸ Willi Pieper. a. a. O. S. 2.

²⁹⁹ dito. S. 3.

Wohnung umgewandelt, ausgestattet mit Küche, IWC und teilweise Dusche/Bad. Die technische Gebäudeausstattung für Strom, Heizung, Be- und Entwässerung wurde erneuert, die Schäden an den Dächern wurden beseitigt und die Fassaden instandgesetzt. Diese Generalinstandsetzungen, so wurde die Gesamtheit dieser Maßnahmen in den 60er Jahren genannt, stellte auch große Ansprüche an die Bewohner, die zeitweilig ihre Wohnung räumen und in Mieterhotels wohnen mussten, beispielsweise in einem rekonstruierten Altbau mit teilmöblierten Zimmern in der damaligen Leninallee. Nach Fertigstellung der Maßnahmen – in der Regel nach einem Jahr – erfolgte ein zweiter Umzug, zurück in die modernisierte Wohnung.

Ein weiterer Grund der Modernisierung war die Altersstruktur des Gebietes. Fast die Hälfte der Einwohner dieses Gebietes waren Rentner, die größtenteils dort bleiben wollten. Daher wurden in der Erdgeschosszone mehrerer Häuser altersgerechte Wohnungen geschaffen. Maßgeblich an der Generalinstandsetzung beteiligt war der im Jahr 1966 gebildete VEB Baureparaturen Berlin-Mitte, der aus der ehemaligen Bauhof und der Bauleitung des Stadtbezirks hervorgegangen war.³⁰⁰ Durch die Generalinstandsetzung, die sich auf Einzelgebäude konzentrierte, wurde in den Gebäuden eine höhere Wohnqualität erreicht, aber sie stellte noch keine Einflussnahme auf die städtebauliche Struktur zur Verbesserung der Lebensqualität im Gebiet dar. Die weiteren Planungen des Stadtbezirks in den 70er Jahren zielten jedoch hierauf ab.

5.1.2.3 Planungsvorläufe

5.1.2.3.1 13. Tagung der Stadtbezirksversammlung

„Die Hauptaufgabe der Stadtbezirksversammlung bei der Durchführung des Perspektivplans der Hauptstadt bis 1970“³⁰¹ stand im Mittelpunkt der 13. Tagung der Stadtbezirksversammlung Berlin Mitte am 15.02.1968. Der Bezirksbürgermeister bestätigte bei dieser Gelegenheit die Planerfüllung (92,6 %), bei der 408 Wohnungen durch Um- und Ausbaumaßnahmen wieder bewohnbar gemacht wurden. Trotz günstigerer Ergebnisse im Vergleich zur Mehrzahl anderer Bezirke wurden rund 1,6 Mio. Mark der zur Verfügung stehenden Mittel für die Wohnraumerhaltung nicht in Anspruch genommen. Im Gegensatz zu der stadtbezirksgeleiteten Bauwirtschaft und den Handwerkern der Produktionsgemeinschaften, die ihre Planerfüllung erreicht hatten (101,6 %), war diese dem VEB Baureparaturen, einigen Baubetriebe mit staatlicher Beteiligung und dem Bauhandwerk nicht gelungen. Der VEB Baureparaturen hat beispielsweise die Bauproduktion im Jahre 1967 um rund 200 TM und einige Baubetriebe mit staatlicher Beteiligung um rund 900 TM nicht erfüllt. Im Bereich Wohnraumwerterhalt waren jährlich rund 21 Mio. Mark vorgesehen. Im Jahre 1967 lag die Untererfüllung sogar bei rund 1,6 Mio. Mark.³⁰²

Durch die festgestellte Untererfüllung beging somit der Staat – hier der Stadtbezirk – indirekt einen Verstoß gegen die Verfassung. Der damalige Entwurf des Artikels 36 – später am 06.04.1968 in der Verfassung in Artikel 37 übernommen – lautet: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht auf Wohnraum für sich und seine Familie.“

³⁰⁰ vgl. Willi Pieper. a. a. O.. S. 4 – 5.

³⁰¹ Protokoll der 13. Tagung der Stadtbezirksversammlung Berlin-Mitte vom 16.02.1968. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-02-01. Nr.124.

³⁰² vgl. dito. S. 27.

[...] Der Staat ist verpflichtet, [...] die gerechte Verteilung des Wohnraumes zu verwirklichen.“³⁰³

Ein schwerwiegender Mangel war auch, dass im Stadtbezirk über 1000 Anträge auf Kindergarten- und Kinderkrippenplätze nicht erfüllt werden konnten.³⁰⁴ Im Vergleich zu den Defiziten in den anderen gesellschaftlichen Bereichen, hatte diese negative Bilanz einen sehr großen Einfluss auf die weitere Planung der Rekonstruktion im Gebiet. Der Stadtbezirk entschied daraufhin, die Kapazitäten der Kinderkrippenplätze (für Kinder bis drei Jahre) im gesamten Bezirk von 1967 bis 1970 von 1.529 bis 1.971, ebenso der Kindergartenplätze (für 3-jährige Kinder bis zur Einschulungsalter) von 2.687 auf 3.753 zu erhöhen, um zumindest einen Versorgungsgrad von 65 % zu erreichen.³⁰⁵ Zwar existierten auch Defizite im Bereich der Versorgung mit Einrichtungen für Senioren und für den Handel, aber die Behebung der Unterversorgung für Kindereinrichtungen einschließlich der Errichtung von Spielplätzen wurde zum Schwerpunkt bei der Durchführung der Rekonstruktion in diesem Gebiet.

5.1.2.3.2 Technisch-Ökonomische Zielsetzung (TÖZ) des Rats des Stadtbezirks

Zur Realisierung der Rekonstruktion legte der Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte (in seiner Funktion als Planträger) am 24.05.1968 die Zielsetzung³⁰⁶ für die TK 1 – TK 3 fest. Hierzu wurde eine Grundlagendokumentation erarbeitet, in der Daten hinsichtlich der Wohn-, Gebäude und Bevölkerungsstruktur ausgewertet bzw. aufgearbeitet und Maßnahmenkataloge einschließlich Kostenschätzungen erstellt wurden. Die Maßnahmen an den Wohnungen sollten eine Verlängerung ihrer Nutzungsdauer von ca. 30 Jahren erreichen und waren in Fließstrecken durchzuführen.

Der Maßnahmenkatalog erstreckte sich auf die Ausführung der inneren, oberen, der äußeren Fließstrecke sowie auf die Quantifizierung und Terminierung der Abrisse von Wohngebäuden, Garagen, Hofmauern und Nebengebäuden. Demnach wurden kurz- und langfristig 110 Wohnungen sowie mehrere Gewerbeeinheiten, Garagen und Hofmauern abgerissen.³⁰⁷ Die Maßnahmen wurden umfangreicher und ausführlicher beschrieben als bei der Maßnahmenbeschreibung in der „Konzeption zur prognostischen Entwicklung der Erhaltung der Wohnraums substanz im Stadtbezirk Mitte bis 1980“ vom 27.09.1967.

Zur konkreten Planung des Gebiets erstellte der VEB Baureparaturen Mitte schließlich am 12.12.1968 eine Arbeitskonzeption für die erste Phase der Rekonstruktion (TK 1 – TK 3).³⁰⁸ Pläne zum Baualter, zum Bauzustand der Gebäude, zur Ausstattung der Wohnungen, zur Lage der gesellschaftlichen Einrichtungen und zur Wohndichte vervollständigten die TÖZ.

Die Zielsetzung des Rats für die innere Fließstrecke war unmissverständlich definiert. An den Wohngebäuden sollte 1970 mit einer territorial zusammengefassten Generalreparaturen/Generalinstandsetzungen begonnen werden, indem nur „grundsätzliche Schadensbesei-

³⁰³ Verfassung der DDR und Jugendgesetz vom 06.04.1968. Berlin 1978. S. 22 – 23.

³⁰⁴ vgl. Protokoll der 13. Tagung der Stadtbezirksversammlung Berlin-Mitte vom 16.02.1968. a. a. O. S. 40.

³⁰⁵ vgl. Beschlussvorlage Nr. 92 der Stadtbezirksversammlung für die 13. Tagung am 15.02.1968. Akten Nr. C-Rep 131-02-01. Nr.124.

³⁰⁶ Rat des Stadtbezirks Mitte: „Technisch-Ökonomische Zielsetzung (TÖZ) für die territoriale Werterhaltung“ vom 24.05.1968. Archiv Bezirk Berlin-Mitte.

³⁰⁷ sh. Abb. 9, 11 und 13.

³⁰⁸ vgl. Maßnahmen des Planjahres 1970 der VEB Baureparaturen Mitte vom 12.12.1968. Privataarchiv von Herrn Siegfried Kress.

tigungen an den Gebäuden“ vorgenommen wurden und keine Modernisierungsmaßnahmen beabsichtigt waren. Konkret war lediglich der Einbau von Innentoiletten vorgesehen bzw. „soweit möglich und ökonomisch vertretbar“³⁰⁹ waren auch Bäder in Betracht zu ziehen. Im Zuge dieser Arbeiten erfolgten durch Wohnungszusammenlegungen in mehreren Häusern eine Veränderungen des Wohnungsspiegels.

Bei der oberen Fließstrecke konzentrierten sich die Arbeiten überwiegend auf Maßnahmen der Erneuerung der Dacheindeckung, Instandsetzung der Schornsteine sowie der Sanierung der Dachstühle und -balken und die erforderlichen Dachklempnerarbeiten. Die äußere Fließstrecke sah einfache Erneuerungen der Fassaden, Beseitigung einiger Kellereingänge sowie die Reparatur, Instandsetzung, Aufdoppelung bzw. Erneuerung der Fenster vor. Sie beinhalteten auch die Neugestaltung der Innenhöfe durch Schaffung von Buddelplätzen, Erholungsflächen und Müllplätzen. Dies wurde durch die Entkernungsmaßnahmen und den Abriss von einengenden Begrenzungsmauern ermöglicht. Zusätzlich wurde das Abbrechen und Neuverfüllen von einigen Hofkellern und die Isolierung der Kellerwände vorgenommen. Durch die Erneuerungen der Fassaden und Neugestaltung der freien Grundstücksflächen wurde versucht, die Wohnqualität eines Neubaukomplexes so weit wie möglich zu anzunähern.

Die Zusammenstellung der Kosten erhielt im Gegensatz zu der Konzeption nicht nur die Kosten der Baumaßnahmen, Projektierungen und Gebühren, sondern auch bereits die Kosten für Entschädigungen. Demnach betrugen die Gesamtkosten für TK 1 – TK 3 rund 6.400 TM. Einen weiteren Schwerpunkt der Maßnahmen bildete die Erweiterung und Ergänzung der städtebaulichen Struktur im Gebiet. Um die durch Überalterung gekennzeichnete soziologische Struktur zugunsten jüngerer Bevölkerungsschichten und kinderreicher Familien zu verändern, waren die Defizite der Kindereinrichtungen zu beheben. Weiterhin waren die Anzahl der Handelseinrichtungen zu erhöhen, um die Wege der Berufstätigen zur Versorgung der Familien zu verkürzen.

Bei der 13. Tagung der Stadtbezirksversammlung Berlin Mitte am 15.02.1968 wurde bereits festgestellt, dass die vorhandenen Kindergarten- und Kinderkrippenplätze nicht ausreichten. In den TK 1 – TK 3 waren keine öffentlichen Kindergärten vorhanden. Der einzige Kindergarten in der Nähe war der von der Industrie- und Handelsbank mit 36 Plätzen (Arkonaplatz 5).

Im Einzugsbereich befanden sich zu der Zeit lediglich nur folgende Einrichtungen:

- Kinderkrippen:

Brunnenstraße 41	100 Plätze
------------------	------------
- Kindergarten

Brunnenstraße 41	67 Plätze
Veteranenstraße 24	72 Plätze

Weitere Einrichtungen für Kinder waren daher zu planen und zu errichten.

Die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs durch Bäcker (Fürstenberger Straße 15), Lebensmittelgeschäfte (Rheinsberger Straße 28 und 31a), Obst- und Gemüseläden (Wolliner Straße 16 und Rheinsberger Straße 36) und Wirtschaftswarenhändler (Rheinsberger Straße 20) war gewährleistet. Die Einkaufsmöglichkeiten für Industriewaren (Elektro-, Schreib-, Eisenwaren) sowie die Drogerien, Textilien- und Blumenläden befanden sich überwiegend in

³⁰⁹ TÖZ. vom 24.05.1968. a. a. O. S. 2.

der Brunnen- und Invalidenstraße, somit nicht mehr in unmittelbarer Nähe. Daher bemühte sich der Rat des Stadtbezirks zur Verbesserung der Einkaufsmöglichkeit um einen geeigneten Standort für eine Einkaufshalle im Gebiet. Zwei Standorte wurden bei den Tagungen der Stadtbezirksverordnetenversammlungen³¹⁰ für eine „Großraumverkaufsstelle“ von ca. 500 – 600 qm vorgeschlagen, auf dem von der KWV verwalteten Gelände Swinemünder-/Granseer Straße und auf dem Eckgrundstück Fürstenberger-/Schwedter Straße.

5.1.2.3.3 Direktive des Stadtbezirksbauamts

Mit einer Direktive³¹¹ bestätigte der Stadtbezirk am 12.06.1969 die TÖZ. Darin wurde ausdrücklich betont, dass die Maßnahmen zur Erhaltung der Bausubstanz in diesem Gebiet grundsätzlich nur Generalreparaturen mit einem geringen Anteil Modernisierung der Wohnungen beinhalten, da „im Altbaugelände [...] eine vollkommene Durchsetzung der Grundsätze sozialistischer Städtebau nicht durchführbar“³¹² ist. Aus dem Grund bilden die Hauptprinzipien der Neugestaltung des Gebietes die Verbesserung des Wohnkomforts, der hygienischen Lebensbedingungen, des städtischen Versorgungsgrades sowie ihre architektonisch-künstlerische Gestaltung.

Einerseits war die Qualität der Bausubstanz von Wohngebäuden durch Schaffung eines vertretbaren Wohnniveaus und die Verlängerung ihrer Lebensdauer auf ca. 30 - 40 Jahre zu begrenzen. Für die Maßnahmen wurden nur Wohngebäude berücksichtigt, bei denen „mit ökonomisch vertretbarem Aufwand eine höhere Wohnqualität und eine Verlängerung der Nutzungsdauer erreicht wird“³¹³. Gebäude mit gravierenden Mängeln, ungeeigneten und störenden Bauteilen wurden nicht mehr instandgesetzt.

Andererseits sollte der Schwerpunkt der Gebietsentwicklung die Angleichung an die in den Neubaugebieten bestehenden kulturellen und gesellschaftlichen Einrichtungen bilden. Demzufolge mussten Verbesserungen der Grün- bzw. Erholungsflächen vorgenommen und für ausreichende Versorgungs- und Dienstleistungsbetriebe im Gebiet gewährleistet werden.

Durch die Entkernung der Teilkomplexe sollten die Innenhöfe großzügig gestaltete Freiflächen erhalten, um die Erstellung von Kinderspielplätzen, Erholungs- und Kleinstsportflächen zu ermöglichen. Fassaden mit hohem künstlerischem Wert und kulturgeschichtlicher Aussage waren zu erhalten. Im Falle ihrer Wiederherstellung waren diese anhand von Fotounterlagen vorzubereiten und im Sinne der Denkmalpflege auszuführen. Die Grünflächen sollten bildhauerischen Schmuck erhalten, die Straßenzüge durch Baumpflanzungen verschönert werden.³¹⁴

Bemerkenswert war die auf nur drei Seiten komprimierte Maßnahmenbeschreibung. Es gab keine detaillierten Angaben zu Quantität, Qualität und keine Zeitvorgaben – eine Form, die einer Direktive nicht würdig ist. Erst in den darauffolgenden Beschlüssen kamen die fehlenden detaillierten Angaben stärker zum Ausdruck.

³¹⁰ Zuletzt bei der 22.Tagung am 27.11.1969. Der Vorschlag kam von der ständigen Kommission Handel und Versorgung. Archiv Bezirk Berlin-Mitte.

³¹¹ Städtebauliche Direktive „Zur technisch-ökonomischen Zielstellung für die territoriale Werterhaltung“ vom 12.06.1969. Privatarchiv von Herrn Siegfried Kress.

³¹² dito. S. 2.

³¹³ dito.

³¹⁴ vgl. Städtebauliche Direktive vom 12.06.1969. a. a. O. S. 3.

5.1.3 Planungsentscheidungen zur Rekonstruktion

5.1.3.1 Rats- und Tagungsbeschluss der Stadtbezirksversammlung

Die Entscheidungen für die Realisierung der Rekonstruktion, die zu treffen waren, basieren auf folgenden baulichen, politischen und wirtschaftlichen Aspekten:

- Die zwingend notwendige Umgestaltung zur Beseitigung des bestehenden schlechten baulichen Zustands.
- Die politischen Absichten zur Erhöhung der Wohn- und Lebensbedingungen zu demonstrieren.
- Die Verbesserung der Sozial- und Bevölkerungsstruktur, die aus volkswirtschaft- und gesellschaftlichen Gesichtspunkten notwendig war.

Der Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte hatte in seiner 16. Sitzung am 16.07.1969 mit Beschluss Nr. 149/69 eine Konzeption³¹⁵ für das Rekonstruktionsgebiet Arkonaplatz beschlossen. Die Konzeption basierte auf den gesammelten Erfahrungen der im Bezirk durchgeführten Generalinstandsetzungen. Die bis dahin erreichten Ziele waren aber noch nicht geeignet um die Problematik des Gebietes umfassend zu lösen und die gesamte Struktur im Gebiet zu verbessern.

Aus dem Grund wurden zur Erreichung des Zieles der Konzeption folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Entkernung durch Abriss der Seitenflügel, Quergebäude, Schuppen und Grundstücksgrenzen.
- Verbesserung der Ausstattung der Wohnungen durch Einbau von Innentoiletten, Bädern und Wohnungszusammenlegungen.
- Gestaltung abgestimmter Fassaden und der Erdgeschosszone.
- Schaffung von Wohngrün und öffentlichen Grünanlagen sowie Aufstellung von Skulpturen zur künstlerischen Anregung der Bevölkerung.
- Errichtung von Spielplätzen für Kinder.
- Unterstützung von sportlichen und kulturellen Betätigungen der Bevölkerung.
- Entwicklung einer modernen Einkaufsstätte und
- Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr.

Gesondert erwähnt wurden bei dieser Konzeption die Termine für den Baubeginn der ersten Phase (TK 1 – TK 3) unter Einbeziehung des Arkonaplatzes im Jahre 1970 und die Fertigstellung der Maßnahmen einschließlich der Grünanlage für das Jahr 1972. Die maximale Räumung der Wohnungen wird für die TK 1 mit ca. 400 WE, für die TK 2 mit ca. 220 WE und für die TK 3 mit ca. 179 WE beziffert. Teilweise wurden sie für den Abriss, teilweise für die Zusammenlegungen der 1-R-Wohnungen zu größere Wohneinheiten, vorbereitet.

Die politische Bedeutung und das politische Gewicht der Rekonstruktion wurden unterstrichen, indem der Kreisausschuss der nationalen Front parallel zu den Beschlüssen des Rats

³¹⁵ „Konzeption zur Schaffung sozialistischer Wohn- und Lebensbedingungen in den Territorialkomplexen 1, 2 und 3 unter Einbeziehung des Arkonaplatzes“. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-02-02. Nr. 0851 – 0854.

des Stadtbezirks ein Wettbewerbsprogramm „schöner unserer Hauptstadt – mach mit“³¹⁶ zu Ehren des 100. Geburtstages des W.I. Lenin und zum 25. Jahrestag der Befreiung des Deutschen Volkes vom Faschismus entwickelte.

Die Ziele dieses Programms waren u. a. den Stadtbezirk zu verschönern, die Arbeits- und Lebensbedingungen zu verbessern und das geistig-kulturelle Leben, den Sport und die aktive Erholung weiterzuentwickeln. Die vorgeschlagenen Maßnahmen waren umfangreicher und detaillierter als die, die in der Konzeption vom 16.07.1969 vorgesehen waren. Beispielsweise wurde gefordert, für die Grün- und Spielplätzen Pflege- und Wartungsverträge abzuschließen, um die Anlagen würdig zu gestalten und ständig für Ordnung bzw. Sauberkeit zu sorgen.

Zusätzlich wurden auch in diesem Programm konkrete Zahlen der Einrichtungsgegenstände für die Erholungsfläche und Spielplätze wie Blumenschalen, Bänke, Stühle, Kinderspielgeräte, Sandspielkästen sowie Maßnahmen für eine bessere Nutzung der Bildung, Kultur und Sportanlagen genannt. Besondere Fürsorge wurde Kindern, kinderreichen Familien sowie älteren und kranken Bürgern durch Ausbau von entsprechenden Einrichtungen gewidmet. Damit sollte vermutlich unterstrichen und demonstriert werden, dass die Vorstellungen der politischen Institutionen weitreichender waren als die des Stadtbezirkes.

Bei der darauffolgenden 22. Tagung der Stadtbezirksversammlung Mitte am 27.11.1969 konnten entscheidende Beschlüsse für die Rekonstruktion getroffen werden. Im Mittelpunkt der Tagung standen nicht die bautechnischen, sondern die arbeitstechnischen Aspekte der Rekonstruktion. Die Hauptthemen der Tagung umfassten die weitere Steigerung der Leistungen der stadtbezirksgeleiteten Baubetriebe, die komplexe Rekonstruktion im Gebiet um den Arkonaplatz mit wissenschaftlichen Methoden vorzubereiten und Technologien, die den Arbeits- und Lebensbedingungen aller Beteiligten dienen, zu erarbeiten.

Nach dem Bericht des Rates haben „die Bauschaffenden der örtlich geleiteten Baubetriebe [...] große Anstrengungen unternommen, um die gestellten Ziele der allseitigen Planerfüllung zu erreichen“³¹⁷. Die Zielstellung wurde aber nur von den Privatbetrieben und den Produktionsgenossenschaften erreicht, nicht jedoch von den Betrieben mit staatlicher Beteiligung und von dem VEB Baureparaturen. Die Stadtbezirksversammlung Mitte beschloss daraufhin die Entwicklung eines Programms zur weiteren Steigerung der Leistungen der stadtbezirksgeleiteten Baubetriebe und eine Konzeption der komplexen Rekonstruktion der Wohngebiete um den Arkonaplatz.

Nach dem Beschluss war am 01.08.1970 mit der komplexen Rekonstruktion der Altbausubstanz am Arkonaplatz, mit den Häusern der Rheinsberger Straße 25 – 28, und der Wolliner Straße 55 und 56 (TK 2) zu beginnen. Die Mieter waren während der Baumaßnahmen im Stadthotel oder in den dafür bereitgestellten Wohnungen im Stadtbezirk unterzubringen.

Zu den Rekonstruktionsmaßnahmen wurde Folgendes festgelegt: Diese waren nach der Technologie der Fließstreckenarbeit durchzuführen und die Anwendung zeitsparender bzw. nassarmer Baustoffe vorzuziehen. Eine Baustellenunterkunft, eine zentrale Versorgung der Bauarbeiter und ein Bauinformationszentrum für die Bürger des Wohngebietes waren zu er-

³¹⁶ Vorlage 149/69 für die Ratssitzung am 27.11.1969. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-02-01 Nr. 134. S. 3.

³¹⁷ Beschluss der 22. Tagung der Stadtbezirksversammlung Berlin-Mitte vom 27.11.1969. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-02-01 Nr. 134. S. 3.

richten. Diese Maßnahmen sollten zur optimalen und reibungslosen Durchführung der Rekonstruktion beitragen.

Bezogen auf die Einheit eines Aufganges wurden folgende technologische Einheiten für die einzelnen Fließstrecken vorgegeben:

• Dach	1,5 Monate
• Innenausbau, Wohnungen und Treppenhaus	
in den Sommermonaten	3 Monate
in den Wintermonaten	4 Monate
• Fassade	1,5 Monate
• Kellergeschoss	1 Monat

Durch die Einführung eines Schichtsystems wurde angestrebt, diese Vorgaben einzuhalten und im Wettbewerb sogar zu unterbieten. Weiterhin waren bei der Vorbereitung der Rekonstruktion Technologien zu erarbeiten, die schwerpunktmäßig der Erleichterung der Arbeitsbedingungen (EDV-Einführung) und Lebensbedingungen der Bevölkerung (minimale Lärmbelastigung) dienten. Zusätzlich war Folgendes vorgesehen:

- Die Arbeiterunterkünfte sinnvoll mit entsprechenden sanitären, elektrischen und heizungstechnischen Anlagen zu gestalten und die Versorgung der Bauschaffenden mit einer warmen Mahlzeit sicherzustellen.
- Bei den Beschäftigten regelmäßige gesundheitliche Untersuchungen durchzuführen sowie die Förderung ihrer Lebensweise durch Kultur- und Bildungsangebote wie Besuche von Sport- bzw. Kulturveranstaltungen und politischen Schulungen.
- Exkursionen zu den Baustellen zu veranstalten um Nachwuchsbildung auszubauen und um die Bedeutung und das politische Gewicht der Rekonstruktion zu unterstreichen.

5.1.3.2 Konzeption zur Rekonstruktion

Der Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte erstellte nach eingehenden Voruntersuchungen, Vorplanungen und Diskussionen eine städtebauliche Direktive³¹⁸ für das Gebiet um den Arkonaplatz. Diese befasste sich mit den Wohnblöcken TK 1 – TK 3 einschließlich Arkonaplatz, in der die volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Aspekte nochmals hervorgehoben wurden. Die Rekonstruktionsmaßnahmen dienten daher dazu, Folgendes herbeizuführen:

- Eine Angleichung des Wohnniveaus an die modernen Wohnverhältnisse bezüglich Größe und Komfort.
- Eine Veränderung der städtebaulichen Struktur und Auflockerung des Wohngebietes durch Entkernung und Lückenschließung.
- Eine Korrektur der sozialen Struktur durch Senkung des Durchschnittsalters.
- Eine Verbesserung der Versorgung mit gesellschaftlichen Einrichtungen und Erholungsflächen zur Schaffung von sozialistischen Lebensbedingungen.

Das Gebiet wurde als Modell für die Rekonstruktion gewählt und als städtebaulicher Schwerpunkt in Berlin-Mitte deklariert, indem hier alle fehlenden Einrichtungen konzentriert

³¹⁸ Städtebauliche Direktive. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-09/10 Nr. 550 – 554.

zu errichten waren. Zum Zeitpunkt der Planung existierten keine gesetzlichen Bestimmungen zu den grundstücksrechtlichen Fragen bei Rekonstruktionsmaßnahmen. Die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen galten entweder für einen Neubau oder für einfache Erhaltungsmaßnahmen. Damit fehlte auch die Grundlage für die Durchführung der Baumaßnahmen bzw. um das Rekonstruktionsgebiet „Arkonaplatz“ zum Aufbaugebiet zu erklären.

Das „Aufbaugesetz“³¹⁹ von 1950 wurde geschaffen, um den Zugriff auf Grundstücke für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg zu ermöglichen. Die Aufbauverordnung konnte im Bereich Arkonaplatz lediglich auf die vorgesehenen Neubauobjekte (Wohnungsneubau mit Kaufhalle, Mehrzweckgebäude und Kinderkrippe) angewendet werden. Neue Verfahrenswege mussten für diesen Zweck herausgearbeitet werden. Die Lösung führte dazu, dass der Rat des Stadtbezirks mit den jeweiligen Rechtsträgern der Grundstücke Nutzungsverträge³²⁰ abschloss.

Diese Verträge enthielten u. a.:

- Die Zustimmung der Rechtsträger zum Abriss der Quergebäude, Seitenflügel und Nebengebäude und die Bereitstellung von Teilen dieser Flächen zur Begrünung.
- Die Übernahme der Abrisskosten (gegen Vereinnahmung der Materialien) und der Kosten der Begrünung des Innenhofes durch den Stadtbezirk.

Darüber hinaus wurden Forderungsprogramme für infrastrukturelle Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen³²¹ entwickelt. Im Laufe der Planungsphase haben mehrere Institutionen in öffentlichen Sitzungen ihre Forderungen bzw. Interessen zur Beteiligung an den Planungen angemeldet. Neben Anregungen und Vorschlägen wurden auch öffentliche Kritiken an den geplanten Maßnahmen geäußert.

In „Bilanz und der Bestand an Einrichtungen des Gesundheits- und Sozialwesens“³²² wurde die Notwendigkeit von Kindereinrichtungen nochmals deutlich hervorgehoben. Nach Ratsvorschlag Nr. 149 vom 16.07.1969 wurden 25 Plätze pro 1.000 Einwohner festgelegt. Bei einer Bevölkerungszahl im Rekonstruktionsgebiet von ca. 1.600 EW – mit steigender Tendenz nach der Rekonstruktion – wurden mindestens 40 Plätze benötigt. Bekanntlich war zu der Zeit im TK 1 – TK 3 weder Kinderkrippen noch Kindergärten vorhanden.

Aus ökonomischen Gründen – Kleinsteinrichtungen verteuern den Bau und die Unterhaltungskosten – und aus Gründen der ungünstigen Versorgung der angrenzenden Bereiche wurde eine Einrichtung mit einer größeren Kapazität vorgezogen. Fakt war, dass alleinstehende Mütter durch die Nichtunterbringung der Kinder in Kindereinrichtungen dadurch an einer Arbeitsaufnahme gehindert wurden und finanziell aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden mussten. Zur volkswirtschaftlichen Notwendigkeit der Schaffung dieser Einrichtungen wurde zusätzlich auf die Tatsache hingewiesen, dass sich zu diesem Zeitpunkt in diesem Gebiet auch 83 Kinder unter drei Jahren befanden.

Zur Verbesserung der Lebensbedingungen der älteren Bürger, deren Bevölkerungsanteil bei ca. 48 % lag, war die Schaffung von adäquatem Wohnraum zu realisieren. Daher waren

³¹⁹ Gesetzblatt der DDR Nr. 104-1950, vom 14.09.1950. S. 965 – 967.

³²⁰ vgl. Konzeption zur Rekonstruktion des Wohngebietes Arkonaplatz. a. a. O. Anlage II.

³²¹ Forderungsprogramme für die Schule, Kinderkrippe, Freiflächengestaltung, für das Mehrzweckgebäude und für den Arkonaplatz. Berlin 1970. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-09/10 Nr. 550 – 554.

³²² Herausgegeben vom Rat des Stadtbezirks Abteilung Sozial- und Gesundheitswesen am 15.05.1970.

Kleinstwohnungen im EG. bzw. 1. OG in einem Teil der zu rekonstruierenden Häuser beizubehalten. Detaillierte Forderungen wurden auch im Hinblick auf die Grundrissgestaltung bzw. Ausstattung dieser Wohnungen gestellt und die Erkenntnisse der Gerohygiene waren zu berücksichtigen.

In „Spezifische Merkmale zur Erstellung eines Programms zur Schaffung von altersadäquatem Wohnraum“³²³ war beispielsweise sowohl Wohnraum mit möglicher Schlafnische von mindestens 20 m² als auch das Vorhandensein von einer kleinen Küche, Dusche mit WC sowie Kammer und Zentralheizung gefordert. Dagegen waren Gasherde, zu hohe Fenster, steile Treppen und Türschwellen zu vermeiden. Eine optimale Lage mit Blick ins Freie vom Wohnzimmer und Küche war anzustreben. Zur weiteren Betreuung der älteren Bürger wurde auch die Bereitstellung einer Wohnung für eine Hauswirtschaftspflegerin in diesem Komplex als notwendig angesehen.

Weitere Probleme bereitete der wirtschaftliche Aspekt der ausgearbeiteten Konzeption. Die Bezirksplankommission (BPK) – ein Organ des Stadtbezirks – erstellte eine Stellungnahme³²⁴ zum Gutachten des VEB Ing.-Büro Baureparaturen und Rekonstruktion (IBR)³²⁵ zur Konzeption der Rekonstruktionsmaßnahmen des Rates des Stadtbezirks Mitte. Die BPK war konsterniert, dass trotz Bedenken, u. a. in Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit der Rekonstruktionsmaßnahmen, die IBR eine Empfehlung zur Durchführung der Maßnahmen aussprach.

Nach Überzeugung der BPK war die Wahl des Standortes um den Arkonaplatz ungünstig getroffen worden und die in der Mehrheit vorhandene ca. 100-jährige Gebäudesubstanz war für eine ökonomisch sinnvolle Modernisierung nicht geeignet, da sie die Kostennormative bei 40-jähriger Restnutzungsdauer im Vergleich zum Neubau überschritt. Die Vorteile der Neubauwohnungen hinsichtlich der Nutzungsdauer wurden eindeutig hervorgehoben, denn ihre Bestanddauer lag bekanntlich im Durchschnitt bei 80 Jahren. Auch die Höhe der Folgekosten durch Instandsetzung aufgrund der Überalterung der vorhandenen Altbausubstanz rechtfertigte die Maßnahmen nicht.

Weiterhin wurde der erforderliche durchschnittliche Aufwand pro WE von IBR mit 15,9 TM beziffert, ca. 62 % der Kosten einer vergleichbaren Neubauwohnung (25,8 TM). Die gemeinsam mit dem Magistrat und dem Bezirksbauamt erstellten Richtwerte der staatlichen Plankommission legten eine Begrenzung des ökonomisch vertretbaren Aufwands von maximal 50 % des Wertes einer Neubauwohnung für Modernisierungsmaßnahmen fest.

Zur ökonomischen Bewertung der anfallenden Kosten für die Rekonstruktion der Altbauwohnungen legte die BPK die Werte des Wohnungsnebautyps Q3A zugrunde, der ausstattungsmäßig die gleichen Merkmale wie die Altbausubstanz nach der Rekonstruktion aufwies. Die Neubaukosten für diesen Typ betrugen 25,8 TM/WE ohne Einbauküche.

³²³ Herausgegeben vom Rat des Stadtbezirks Abteilung Sozial- und Gesundheitswesen am 15.05.1970.

³²⁴ Schreiben BPK Berlin Abteilung Räumliche Struktur. Perspektive und Jahresplanung vom 12.10.1970. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-09/10 Nr. 550 – 554.

³²⁵ Gutachten VEB IBR vom 28.09.1970. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-09/10 Nr. 550 – 554.

Die technischen Daten des Wohnungsneubautyps Q3A setzten sich wie folgt zusammen:³²⁶

- Die Außenwände waren 200 mm stark, einschließlich der erforderlichen Wärmedämmung und Innenputz. Außen wurden die Elemente mit Latex bzw. Plastputz behandelt.
- Die tragende Konstruktion bestand aus 150 mm (scheibenweise) raumgroßen Stahlbetonwandplatten.
- Die Trennwände wurden durch 6000 mm lange Elemente (Scheibenabstand) gebildet.
- Die Decken bestanden aus 10 mm dicken Stahlbetonplatten und wurden über den in Abstand von 6000 mm angeordneten Scheibenwänden angebracht. Sie wurden aus Spannbeton mit Wärmedämmung hergestellt, und erhielten PVC als Endbelag.
- Die Küche erhielt einen Paneelanstrich bis zu 1,35 m hoch, mit Durchreiche und Einbauküchen ausgestattet.
- Die Be- und Entlüftung der Innenbäder erfolgten bei den 5-geschossigen Gebäuden thermisch, bei den 10-geschossigen mechanisch. Sie erhielten die üblichen Objekte und wurden gefliest.
- Die Fenster und die Balkontüren erhielten Verbundverglasscheiben.
- Die Beheizung der Räume erfolgte mittels Konvektortruhen. Die Wohnungen erhielten eine Gemeinschaftsantenne.

Auf dieses Schreiben der BPK hin reagierte der VEB IBR mit einer Stellungnahme.³²⁷ Auf die Feststellung hin, dass das Wohngebiet um den Arkonaplatz ungeeignet sei, verwies der VEB auf die Ermittlungen an vier weiteren Teilgebieten, die gezeigt hatten, dass das Rekonstruktionsgebiet die typischen Merkmale der Berliner Altbausubstanz aufwies.

Der Vergleich mit den Typenbauten der Serie Q3A hielt der VEB IBR als ungeeignet. Die in den Folgejahren nach dem Bau dieser Serie erfolgten Mängelbeseitigungen – wie Korrosionsschädigungen bei den Decken – wurden bei dem Vergleich nicht berücksichtigt. Beispielsweise wurde zur Verstärkung der Wärmedämmung bei allen Q3A-Blöcken nachträglich giebelseitig Außenputz eingebracht sowie Parkett in den Wohnungen verlegt. Zur Behebung der wärmetechnischen Mängel war sogar der Einbau von stationären Kachelöfen notwendig. Aus den Gründen ziehen die Bewohner die „innenliegenden“ Wohnungen vor, da die giebelseitigen Wohnungen im Winter kälter waren.

Letztlich schloss die Stellungnahme mit einer Empfehlung, die Kosten für die Modernisierung nicht die 50 % der Neubaukosten zu überschreiten und die bereits in Ausführung befindlichen Rekonstruktionsmaßnahmen mit einem Mindestaufwand abzuschließen. Es war ein außergewöhnlicher Vorgang, bei dem die Bezirksplankommission, ein Organ des Rates des Stadtbezirks, deutlich und öffentlich Kritik an den festgelegten Planungen des Magistrats ausübte.

5.1.3.3 Planung der einzelnen Maßnahmen

Bei der Rekonstruktion im Gebiet um den Arkonaplatz dienten die Maßnahmen dazu, aus „volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten“³²⁸ Veränderungen im Gebiet vorzunehmen. Die baulichen Maßnahmen waren zwangsläufig die logische Konsequenz zur

³²⁶ vgl. Informationsblätter des VEB. Berlin. 1963. Archiv IEMB.

³²⁷ Schreiben des VEB IBR vom 17.11.1970. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 131-09/10 Nr. 550 – 554.

³²⁸ Konzeption zur Rekonstruktion des Wohngebietes Arkonaplatz. a. a. O. S. 3.

Beseitigung des bestehenden schlechten Zustandes des Gebietes, Korrekturen des Wohnungsspiegels und dadurch auch der Altersstruktur. Eine Verbesserung der Wohnqualität war durch die quantitative Erhöhung von modernen Wohnungen, des Angebots an Wohnfolgeeinrichtungen sowie der sozialen Einrichtungen vorzunehmen.

Die baulichen Maßnahmen zur Erreichung der Ziele in diesem Bereich umfassten erstens die Entkernungen des Gebietes und die Abrisse von schlechter Gebäudesubstanz. Dadurch konnte eine ausreichende Besonnung und Belüftung des Wohngebietes gewährleistet werden. Die Wohnungen waren sowohl in Bezug auf Wohnungsgröße und -komfort dem Niveau moderner Wohnungsneubauten anzugleichen. Durch Abrisse von Grundstücksgrenzmauern, die den Innenhof einengten, wurden Freiflächen der Teilkomplexe geschaffen. Die durch Abrisse entstandenen Lücken waren mit modernen Wohnungsneubauten zu schließen. Zweitens waren städtebaulichen Maßnahmen zur Schaffung sozialistischer Lebensbedingungen durch Ergänzung und Vervollständigung der sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen vorzunehmen.

Im Einzelnen sah die „Konzeption zur Rekonstruktion des Wohngebietes Arkonaplatz“ vom 21.05.1970 folgende Maßnahmen vor:³²⁹

- Rekonstruktion der Wohngebäude

Die Lösungen orientierten sich auf den geringstmöglichen Eingriff in die bauliche Substanz bei Erreichung optimaler Wohnfunktionen und Ausstattungen entsprechend neuen technischen und hygienischen Normen.

Die funktionalen Lösungen zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation sahen den Einbau von Innentoiletten und Waschbecken in allen Wohnungen vor. In den günstigen Fällen – wenn keine größeren, baulichen Veränderungen notwendig waren – erhielten die kleineren Wohnungen (1- und 2-R-Wohnungen) auch Duschen, die größeren Wohnungen Bäder. Die technische Ausstattung der Wohnungen, wie auch die technische Versorgung und Gebäudeausrüstung, waren auf den neuen Stand der Technik zu bringen, dabei wurde eine einfache Ausführung vorgezogen. Unvermeidlich waren Abrisse von Gebäudeteilen in schlechtem Zustand und von Nebengebäuden wie Schuppen, Remisen, Garagen und Einfriedungen.

Bei der architektonischen Gestaltung wurden die Bildung einheitlicher, ausdrucksvoller, schöner Ensembles und die weitestgehende Anwendung industrieller Baumethoden vorzuziehen. Gute, alte Fassaden waren zu erhalten und bei ihrer Wiederherstellung war im Sinne der Denkmalpflege zu handeln. Vermutlich war die Denkmalpflege aber nur beratend tätig, da bei den vorgefundenen Unterlagen kein Beleg für ein aktives Eingreifen bzw. Forderungen ihrerseits vorgefunden wurde.

Der hohe Anteil älterer Bürger erforderte die Schaffung von altersadäquaten Wohnungen, um die Aussiedlung dieser Bevölkerungsgruppe aus ihrem vertrauten Milieu möglichst gering zu halten. Die Planung sah aber das Gegenteil vor und es wurde die Erstellung von Maßnahmen erarbeitet, um größere Wohnungen für Familien mit Kindern – wie durch Wohnungszusammenlegungen – zu ermöglichen.

³²⁹ sh. Abb. Nr. 19.

Entsprechend der Planung war vorgesehen, dass die Anzahl von 1-R-Wohnungen durch Wohnungszusammenlegungen und -abrisse um ca. 60,0 % zu reduzieren, und zwar von 469 WE um 282 WE auf 187 WE. Im Gegensatz dazu erhöhten sich die 3-R-Wohnungen (um ca. 62,5 %) von 104 WE um 65 WE auf 169 WE. Dies entsprach der Zielsetzung, den Wohnungsspiegel und die Altersstruktur zu ändern. Bei den anderen Wohnungsgrößen blieben die Zahlen fast unverändert.

Insgesamt reduzierte sich dadurch die Anzahl der Wohnungen von 862 WE um 208 WE auf 654 WE. (Ohne die Anzahl des geplanten Wohnungsneubaus mit Kaufhalle.) Die Bevölkerungszahl wurde indessen von 1.438 EW auf 1.426 EW berechnet. (Ohne die Anzahl der geschätzten 195 EW in dem geplanten Wohnungsneubau mit Kaufhalle.)³³⁰ Die Kosten für die Maßnahmen in TK1 – TK 3 wurden mit rund 10.400 TM geschätzt.³³¹

Im Gegensatz zu der Konzeption vom 27.09.1967, die einen Abriss von nur 35 Wohnungen mit Kosten von rund 95 TM vorsah, ging die aktuelle Planung von rund 200 Abrissen mit Kosten von rund 173 TM aus. Damit entsprach die Absicht des Stadtbezirks, mehr Gebäude abzureißen, den Tendenzen in der DDR zum Ende der 60er Jahre.

Am Beispiel des Wohngebäudes Rheinsberger Straße 25, das zu dem ersten rekonstruierten Gebäude gehörte, lassen sich die Angaben der ausgeführten Maßnahmen³³² nahezu beliebig auf alle Wohngebäude übertragen. Folgende Maßnahmen kamen u. a. zur Ausführung:

Die Dachkonstruktion und -deckung einschließlich der Zinkteile waren zum großen Teil zu erneuern. Alle Fenster waren instandzusetzen bzw. bei einfachverglasten Fenstern Vorsatzfenster anzubringen. Die Holzfußböden sollten entweder saniert oder durch Massivdecken ersetzt und die Bäder anschließend gefliest werden.

Im Elektrobereich waren drei Stromkreise vorgesehen, für Beleuchtung des allgemeinen Bereichs, für Schutzkontakt bzw. Steckdosen des Bades und für die Küche. Die Leitungen für die Hausklingelanlage sollten mit Drucktaste unter Putz verlegt werden. Im Sanitärbereich waren folgende Ausstattungen vorgesehen. Alle Wohnungen erhielten IT mit Waschbecken, die 2-R-Wohnungen vollständig ausgestattete Innenbäder mit Wanne/Dusche.

Die Küche war mit einem Gasdurchlauferhitzer, einem Gasherd und einer zweiteiligen Spüle auszustatten. Die Beheizung erfolgte in den Wohnräumen durch eine Gas-Kohle-Kombiheizung, in den Bädern durch einen Gaswandheizer. Weitere Maßnahmen waren in den Wohnungen nicht vorgesehen. Die Bauweise erfolgte in Fließstrecke.

- Wohnungsneubau mit Kaufhalle (Objekt Nr. 7 und 8)

Der Vorschlag,³³³ der von der ständigen Kommission Handel und Versorgung kam, war die Errichtung einer Großraumverkaufsstelle mit einer Fläche von ca. 500 bis 600 m². Die erste Variante sah einen Standortvorschlag in der Ecke Swinemünder/Granseer Straße, auf einem von der Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) verwalteten Grundstück vor. Dieser Vor-

³³⁰ vgl. Erläuterungsbericht zur Direktive vom 12.06.1969. a. a. O.

³³¹ dito.

³³² vgl. Bauakte Rheinsberger Straße 25. Archiv Bezirk Mitte.

³³³ Im Rahmen der Diskussion bei der 22. Stadtbezirksverordnetenversammlung am 27.11.1969.

schlag wurde verworfen, da die KWV dafür zu stark finanziell belastet würde. Die zweite Variante war, die Kaufhalle im Erdgeschoss des mehrgeschossigen Wohnungsneubaus in der Ecke Schwedter/Fürstenberger Straße (Leergrundstück) zu platzieren.³³⁴

Für den 7-geschossigen Wohnungsneubau mit 70 modernen Wohnungen war folgender Wohnungsspiegel vorgesehen:

- 20 1-R- und 1,5-R-Wohnungen
- 1 2-R-Wohnung
- 26 3-R-Wohnungen
- 19 4-R-Wohnungen
- 2 5-R-Wohnungen
- 2 6-R-Wohnungen

Dadurch würde sich die Einwohnerzahl im Gebiet rechnerisch um ca. 195 bis 270 Personen erhöhen. Durch den entsprechenden Wohnungsspiegel sollte eine Verbesserung der sozialen Struktur erreicht werden. Weiterhin waren in diesem Gebäudekomplex Gasträume, Wohnräume für Studenten oder Nutzer mit vorübergehendem Wohnrecht sowie Räume für Feste oder Versammlungen, Wäschetrocken- und Abstellräume vorgesehen.

Die geplante Kaufhalle (ca. 30,0 m x 55,0 m) erstreckte sich über das gesamte Erdgeschoss einschließlich einer vollen Überbauung der Hoffläche. Nach den Untersuchungen wurden ca. 800 m² für Verkaufsraumfläche sowie Nebenräume benötigt. Zur Lösung des Anlieferungssystems wurde gegenüber dem Nutzer (die Konsumgenossenschaft) eine Forderung gestellt, zur Einschränkung der Störfaktoren für die anliegenden Wohngebäude die Ein- und Ausfahrt nur in der Schwedter Straße zu konzipieren. Eine aussichtsreiche Variante war die Inanspruchnahme von ca. 4,0 m Geländestreifen des ehemaligen Schulhofes. Der Baubeginn war für das 3. Quartal 1970 vorgesehen. Für dieses Objekt belief sich die geschätzte Bau-summe auf rund 5.800 TM.

Der Rat des Stadtbezirks Mitte beschloss jedoch am 30.12.1970 die Einstellung der Projektierung für den Wohnungsneubau. Die Ausführung scheiterte nicht nur an den fehlenden technologischen Möglichkeiten, sondern auch an der Finanzierung. Die industrielle Voraussetzung war zu der Zeit noch nicht gegeben. Die Bauausführung in mehrgeschossiger industrieller Bauweise im innerstädtischen Bereich war Anfang der 70er Jahre noch nicht so weit entwickelt. Die vorhandene Technologie war überwiegend auf die Neubaukomplexe im freien Gelände ausgerichtet. Vorhanden waren Baugeräte, die nur für ausgedehnte Neubau-projekte am Stadtrand bzw. für große Abrissgebiete in der Innenstadt geeignet waren.³³⁵ Fehlende spezifische Baumaschinen wie mobile, platzsparende Rollkräne, die auch auf engen Wohnstraßen ihre volle Funktion ausüben können, und ein Mangel an Facharbeitskräften waren zu dieser Zeit symptomatisch für die Baubranche.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Magistrats Nr. 278-279/74 vom 14.08.1974 und Nr. 458 vom 11.12.1974³³⁶ sowie des Beschlusses des Rates des Stadtbezirks Nr. 174/74 vom 28.08.1974 wurde letztendlich nur eine dezimierte Version, eine eingeschossige Kaufhalle, ohne den mehrgeschossigen Wohnteil geplant.³³⁷

³³⁴ sh. Abb. Nr. 20.

³³⁵ Erkenntnisse aus Gesprächen mit Herrn Siegfried Kress.

³³⁶ vgl. Bauakte Fürstenberger Straße 10. Archiv Bezirk Mitte.

³³⁷ sh. Abb. Nr. 21.

Entsprechend dem Beschluss wurde der Baukörper parallel zur Bauflucht der Schwedter Straße eingeordnet. Der Gehweg wurde um ca. 8 m verbreitert. Das neue Konzept sah vor, den Wirtschaftshof mit einer Umfahrt zu umgeben, damit keine Flächen des angrenzenden Schulgebäudes beansprucht werden mussten. Die ca. 4 m breite Zufahrt erfolgte von der Schwedter Straße, die Ausfahrt von der Wohnerschließungsstraße, die Fürstenberger Straße. Die Abmessung der Kaufhalle betrug ca. 30 x 50 m. Das Gebäude wurde nach dem Typ ESK 700/850 mit Gesamtkosten in Höhe von rund 2.713,9 TM erstellt. Der Bauanteil betrug rund 2.158 TM. Dem Bau des vorgesehenen gesonderten Heizhaus wurde nicht zugestimmt.

- Neubau der Kinderkrippe (Objekt Nr. 5)

Die Konzeption sah die Erstellung einer Kinderkrippe mit einer Kapazität von 64 Plätzen in der Rheinsberger Straße 34/35 vor. Die Kinderkrippe bildete das einzige Großprojekt in diesem Gebiet, das tatsächlich – so wie in der Konzeption vorgesehen – zur Ausführung kam. Eine ausführliche Beschreibung über die Planung und Ausführung der Kinderkrippe erfolgt anschließend als Beispielobjekt.

- Schulerweiterungsbau (Objekt Nr. 1, 2 und 3)

Die 7. Oberschule in der Ruppiner Straße 47/48, westlich des Arkonaplatzes, hebt sich von der überwiegend einfachen Bauweise der Häuser um den Arkonaplatz ab. Das Gebäude ist ein vollunterkellertes 4-geschossiger Mauerwerksbau, das älteste Gemeindeschulgebäude in Berlin, gebaut um 1867³³⁸. Das linke Gebäude (Nr. 48) hat elf Fensterachsen. Die drei mittleren Achsen sind als Risalit ausgebildet, hinter deren großen Rundbogenfenstern sich die Aula verbirgt. Die Fassade ist in gelbem Klinker, der Sockel in rotem Klinker ausgeführt. Der Schmuck an der Fassade besteht aus einem Ornamentplattenfries unter den Fenstern des zweiten Obergeschosses und aus dem breiten Dachgesims mit konsolentragendem Bogenfries, dessen Verlängerung in ansteigender Form sich auch an den Giebelschrägen des Risalits befindet. Das später in ähnlicher Form angebaute rechte Gebäude (Nr. 47) weist neun Fensterachsen auf, in Dreier-Gruppen geordnet. Ein einachsiger turmartiger Seitenrisalit schließt das Gebäude ab.

Die Schule lag zwar nicht im TK 1 – TK 3, aufgrund ihrer direkten Nähe zum Arkonaplatz wurden die Maßnahmen, die an diesem Gebäude geplant waren, zeitlich vorgezogen. Später erhielt der Komplex die Bezeichnung TK 13.

Das Hofgelände war für die geplante Schulerweiterung vorgesehen. Die Erweiterungsbauten für die Spezialklassen und für die Unterstufe (Objekt Nr. 1 und 3) sollten an den beiden Seiten der alten Schule anschließen. Am Ende des Hofes war ein weiterer Neubaustrakt geplant, der sich an die vorhandene Sport-/Turnhalle (Objekt Nr. 2) und an den Neubau des rechten Seitenflügels anschloss. Der Innenhof wurde dadurch fast umschlossen.³³⁹

Die Erweiterung der Räumlichkeiten sollte der „modernen pädagogischen und gesundheitlichen Anforderung“³⁴⁰ durch entsprechende bauliche Maßnahmen gerecht werden. Sie war

³³⁸ vgl. Institut für Denkmalpflege: Historischer Abriss. Berlin 1984. S. 31.

³³⁹ sh. Abb. Nr. 19.

³⁴⁰ Konzeption zur Rekonstruktion des Wohngebietes Arkonaplatz. a. a. O. S. 25.

aufgrund der prognostizierten Steigerung der Schülerzahl sowohl im Rekonstruktionsgebiet als auch in ihrem Einzugsbereich notwendig. Die Schülerzahl der 7. Oberschule wurde 1971 mit rund 700 beziffert. Durch die Funktionsänderung der 3. Oberschule in der Schwedter Straße zu einer Ausbildungsstätte für Kindergärtnerinnen würden aus dieser Schule ca. 300 Schüler in die 7. Oberschule wechseln. Die Gesamtzahl von rund 1000 Schülern würde sich gemäß Prognose des Stadtbezirks im Jahr 1973 für den Einzugsbereich auf ca. 1200 erhöhen. Ebenso sollten sich die Hortplätze in diesem Zeitraum von ca. 350 auf ca. 500 Plätzen und die Schulspeisung bis 1976 für ca. 450 auf ca. 900 Kinder erhöhen. Die Kostenschätzung für die Maßnahmen belief sich auf rund 3.000 TM.³⁴¹

Umfangreiche Erweiterungsmaßnahmen erfolgten letztendlich nicht. Vermutlich war die große Menge der zu leistenden Investition in der Kürze der Zeit finanziell nicht realisierbar. Ersatzweise wurden in den Jahren 1972 bis 1975 nach und nach nur kleinere Baumaßnahmen durchgeführt.³⁴² Der Heizungsumbau mit Kosten in Höhe von rund 2.250,00 M und der Ausbau des Treppenhauses 1 zu Sanitärräumen mit rund 32.250,00 M wurden 1972 durchgeführt. Eine Befestigung der gesamten Hoffläche erfolgte im Jahre 1975.

Die Durchführung umfangreicherer Baumaßnahmen fand erst später statt.³⁴³ Eine Kostenschätzung über insgesamt 188.930,00 Mark wurde am 30.03.1987 erstellt und dem Bauantrag anschließend zugestimmt. Die geplanten Anbauten an beiden Seitenflügeln des Hauptgebäudes erfolgten nicht. Lediglich wurden nur ein Umbau und eine Erweiterung an der vorhandenen Sporthalle vorgenommen. Dadurch erhielt die neue Turnhalle großzügige Lager-, Umkleide- und Sanitärräume. Zu den Maßnahmen im Hauptgebäude zählten u. a. Umbauten der Bibliothek, Werkräume, des Essensausgabetraktes und eine neue Einteilung der Sanitärräume. Der Prüfbescheid der Endabnahme Nr. 188/88 war auf den 24.08.1988 datiert.

• Frei- und Grünflächengestaltung

Die Freifläche im Wohngebiet war, bezogen auf die damalige Normative, ausreichend. Funktionell ergaben sich dennoch – bedingt durch die örtlichen Gegebenheiten – Disproportionen. Vor allem bestand ein Mangel an Freiflächen für Kinder, ältere Bürger und für den Sport. Dagegen lag durch den Arkonaplatz ein Überschuss an Grünfläche vor. Mit einer Gesamtfreifläche von 29.650 m² (Wohngrün, öffentliche Grünanlage, Freifläche der Schulen und Kindergarten) errechnete sich eine Freifläche von 18,3 m²/EW. Sie entsprach einem 135%igen Wert der Normative.³⁴⁴

Das Defizit an Sportflächen konnte nur teilweise durch die geplante Anlage für Jugendliche und Erwachsene auf dem Arkonaplatz ausgeglichen werden, da sich dieser nicht als Standort für einen Sportplatz mit Laufbahn eignete. Im Gegensatz dazu konnte das Freiflächendefizit für die Kinder auf dem Arkonaplatz ausgeglichen werden, weil hier ein zentraler Spielplatz geplant war. Für die älteren Bürger wurden lediglich Sitzplätze unter den Pergolen an den Wegen der Anlage geplant.

³⁴¹ vgl. Förderungsprogramm des Rats des Stadtbezirks für den Erweiterungsbau der 7. Oberschule vom 14. 05.1970. Landesarchiv. C-Rep. 131-9/10 Nr. 550 – 554.

³⁴² vgl. Bauakte Ruppiner Straße 47 – 48. Bauarchiv Bezirk Mitte.

³⁴³ dito.

³⁴⁴ vgl. Förderungsprogramm des Rat des Stadtbezirks für den Erweiterungsbau der 7. Oberschule vom 14.05.1970. a. a. O.

Die komplexen Maßnahmen der Freiflächengestaltung konzentrierten sich auf die Beseitigung der bestehenden Disproportionen hinsichtlich einer Freiflächenmindestversorgung und auf die qualitative Aufwertung der Funktion bzw. Nutzung vorhandener Anlagen. Sie sollten der Erholung, der sportlichen Betätigung und der sinnvollen Freizeitgestaltung der Bewohner dienen. Die Maßnahmen umfassten auch die Gestaltung der entstandenen Freiräume durch die Entkernung der TK 1 – TK 3 zu Wohngrünanlagen. Der Innenhof der TK 1 war u. a. zur Nutzung als Pausenhof bzw. Kleinfeldsportanlage für die Schule sowie als Spielfläche der Kinderkrippe vorgesehen. Die Innenhöfe der TK 2 und TK 3 wurden vollständig der Wohngrünanlage gewidmet, mit jeweils einem Sandkasten, einer Spiel- und Rasenfläche.³⁴⁵

Weiterhin war die Gestaltung der Freifläche im Bereich des Mehrzweckgebäudes, die durch die Aufhebung der Swinemünder Straße entstand, vorgesehen. Die Nutzung des Freiraumes auf dem ehemaligen Straßengelände war überwiegend für die älteren Bürger und für die Kleinstkinder vorgesehen. Für die gesamte Freiflächengestaltung (öffentliche Grünanlage und Wohngrünanlage sowie Freifläche im Schul- und Kinderkrippenbereich) wurden rund 1.500 TM veranschlagt.³⁴⁶

Der Arkonaplatz als Grünanlage wurde von den Bewohnern des Gebietes stark frequentiert. Daher war der Gebrauchswert aufzuwerten, um den erweiterten Bedarf der Bevölkerung an Freizeit zu erfüllen. Durch eine Aufhebung der Swinemünder Straße im Bereich des Platzes würde sich die Grünanlage um ca. 20 % vergrößern. Die große zusammenhängende Fläche könnte dann besser genutzt werden als die zuvor vorhandenen beiden kleineren Flächen mit Durchgangsverkehr, die Gestaltungsmöglichkeit wäre größer, der Pflegeaufwand einfacher.

Nach dem ersten Entwurf von 1969 war der gesamte Arkonaplatz als öffentliche Grünanlage für Freizeit- und Erholung konzipiert.³⁴⁷ Für die Kleinstkinder war der Bereich an der Wolliner/Granseer Straße mit Spielplätzen, Sandkasten, Sprühplanschbecken und ein separates Feld für Ballspiele geplant. Anlagen für Aktivitäten wie Federballspiel, Boccia, Kegeln und ein Kleinfeld für Sport waren an der Ecke Granseer/Ruppiner Straße für die Jugendlichen vorgesehen.

In der Mitte des Platzes wurde eine große Spielwiese mit Sitzplatz vorgesehen. Der Entwurf reservierte einen breiten Streifen des nördlichen Bereiches des Arkonaplatzes als Ruhezone für die Senioren. Geschützt durch dichte Heckenbepflanzung und Bäume unter Pergolen, waren mehrere Sitzmöglichkeiten geplant.

Aufgrund der Größe des gesamten Rekonstruktionsgebiets – TK 1 bis TK 13 – wurde im Nachhinein festgestellt, dass eine zentrale Baustelleneinrichtung notwendig war. Zu dieser Einrichtung gehören u. a. Baubüros, ein Speisesaal, Sanitär-, Umkleide-, Lagerräume aus transportablen Raumzellen sowie offenen Lagerschuppen. Der geänderte Entwurf von 1978³⁴⁸ sah daher die Errichtung dieser Einrichtung auf dem östlichen Teil des Platzes vor.

Der westliche Teil des Platzes blieb zunächst für einige Jahre für einen zentralen Kinderspielplatz sowie eine kleinere Sport- bzw. Spielanlage für Jugendliche und Erwachsene zur gleichzeitigen Nutzung durch Schulen und für eine Erholungsanlage der älteren Bürger übrig.

³⁴⁵ sh. Abb. Nr. 19.

³⁴⁶ vgl. Konzeption zur Rekonstruktion des Wohngebietes Arkonaplatz. a. a. O. S. 15.

³⁴⁷ sh. Abb. Nr. 19.

³⁴⁸ sh. Abb. Nr. 22.

Die vorgesehene Freizeitanlage musste aufgrund der neuen Erkenntnisse reduziert und auf der Hälfte des Platzes (auf dem westlichen Teil) aufgestellt werden.³⁴⁹

Der nördliche Bereich dieses Teils blieb für die Senioren mit Sitzmöglichkeiten unter Bäumen und Pergolen erhalten. Eine Mauer trennte diesen Bereich von den Sport- und Spielanlagen der Jugendliche, die mit Tischtennisplatten, Sprunggrube, Reck- und Barrengeräten sowie einem Ballspielfeld mit Laufstrecke geplant waren. Für die Kleinstkinder war eine Sandspielmulde vorgesehen. Die Fertigstellung des westlichen Teils erfolgte 1981.

- Neubau des Mehrzweckgebäudes (Objekt Nr. 4)

Innerhalb des Rekonstruktionsgebietes und in unmittelbarer Nähe war keine Einrichtung vorhanden, die für die kulturelle Bildung und Förderung der sportlichen Betätigung für Jung und Alt geeignet war. Daher war der Bau eines Gebäudes mit mehrfacher Nutzung vorgesehen. Das Leergrundstück Rheinsberger Straße Ecke Swinemünder Straße war als Standort für einen Teil dieser Anlage geplant.

Der Standort würde einen dominierenden, städtebaulichen Schwerpunkt mit Anschluss an die Park- und Erholungsanlagen des Arkonaplatzes durch die Weiterführung des Grünbereichs in die Swinemünder Straße bilden. Aus diesem Grund war die Swinemünder Straße zwischen Rheinsberger Straße und Arkonaplatz für den Verkehr zu sperren und neu zu gestalten.³⁵⁰

Das Gebäude wurde mit zwei Geschossen, mit Längsstrakt bzw. Saalgeschoss und Keller konzipiert. Im KG waren die Technikräume, eine Kegelbahn sowie Räumlichkeiten für sportliche Aktivitäten und für die Geräte der Sportanlagen des Arkonaplatzes vorgesehen. Im EG sollte die gastronomische Einrichtung – mit eingeschränktem Angebot und begrenztem Gaststättenbetrieb – für 60 bis 80 Personen und eine Einrichtung zur Versorgung der Schüler mit Schulspeisung für 900 Personen/Tag untergebracht werden. Im OG waren Mehrzweckräume für entsprechende Sport- und Kulturveranstaltungen und ein Saal mit einer Kapazität von 200 Plätzen geplant. Die Orientierung auf eine Einrichtung mit flexibler Nutzung zur Gewährleistung eines umfangreichen kulturellen Lebens im Wohngebiet bestimmte den Verwendungszweck.

Politisch wurde diese Planung damit begründet, dass diese Einrichtung für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung dienen soll und zwar zur:

- Schaffung der Voraussetzung und Weiterentwicklung der sozialistischen Gesellschaft (Parteiorganisation)
- Förderung, Durchführung und Pflege niveauvoller Veranstaltungen im kulturellen, pädagogischen und sportlichen Bereich
- Gestaltung eines umfangreichen kulturellen Lebens im Wohngebiet

Für die Kosten des Mehrzweckgebäudes wurden rund 1.000 TM veranschlagt.³⁵¹

³⁴⁹ sh. Abb. Nr. 23.

³⁵⁰ sh. Abb. Nr. 24.

³⁵¹ vgl. Konzeption zur Rekonstruktion des Wohngebietes Arkonaplatz. a. a. O. S. 16.

- Architekturgebundene Kunst und die künstlerische Gestaltung der Freiräume

Bei den Umgestaltungsmaßnahmen war u. a. die Einbeziehung der Kunst „Zielsetzung der Gestaltung der räumlichen Umwelt für den sozialistischen Menschen“³⁵².

Daraufhin wurde mit dem Bereich Kultur des Stadtplanungsamtes, dem Verband Bildender Künstler und der Hochschule für angewandte Kunst eine Konzeption für die künstlerische Gestaltung des Gebietes und bildhauerischer Schmuck auf Grünflächen und Kunst im Straßenraum erarbeitet. Neben der architektonischen Gestaltung der Gebäude waren daher an Schwerpunktojekten und an sozial-kulturell-kommunikativen Einrichtungen besondere Akzente durch künstlerisch gestaltete Elemente als Synthese von Architektur und Kunst zu setzen, wie Zunft- bzw. Geschäftszeichen in der Form von Wandauslegern an den Fassaden der Läden. Die Aufgabenstellung sah darüber hinaus vor, den Freiräumen für die Öffentlichkeit durch Landschaftsgestaltung bzw. künstlerisch gestalteter Ausstattungen wie Kinderspielgeräte, Wandmalereien, Plastiken und Brunnen einen künstlerisch wertvollen Ausdruck zu verleihen.

- Erweiterung der Heizungsanlage (Objekt Nr. 6)

Für die Versorgung der Kinderkrippe und des Wohnungsneubaues einschließlich Kaufhalle mit Heizung war standortbedingt das vorhandene Hofgebäude der ehemaligen Schule zu nutzen. In beiden Gebäudeteilen der Schule befanden sich bereits Einzelheizungsanlagen. Nach den Untersuchungen war eine Erweiterung der bestehenden Anlagen mit dem erforderlichen Kapazitätenzuwachs nicht möglich.

Die Konzeption sah daher vor, die Heizzentrale in dem nicht genutzten Kellerbereich einzurichten und so zu dimensionieren, dass sämtliche Gebäude mitversorgt werden konnten. Die Technikräume (für Pumpen und Schaltanlagen) sollten in dem vorhandenen Kohlenraum untergebracht werden. Ein ca. 35 m hoher Industrieschornstein war zur Ableitung der Rauchgase stirnseitig freistehend vor dem Anbau zu errichten. Eine Unterkellerung des Nebenhofes war für die Brennstofflagerung vorgesehen. Durch den Kellerbereich des Schulgebäudes war zur Sicherstellung der An- und Abfahrt eine Durchfahrt herzustellen. Durch neu zu errichtende Kanältrassen sollte der Anschluss der einzelnen Gebäude erfolgen. Die gesamten baulichen und technischen Kosten gemäß der Konzeption wurden mit rund 1.500 TM veranschlagt.

- Stadttechnische Versorgung, Straßen- und Tiefbaumaßnahmen

Der Leistungskomplex umfasste sämtliche Maßnahmen der Instandsetzungen, Erweiterungen, neuen Dimensionierung der stadttechnischen Ver- und Entsorgungsleitungen sowie der neu herzustellenden Erschließungen, die durch die erhöhten Kapazitätsanforderungen erforderlich waren.

Die vorhandenen Abwasserleitungen wurden vor rund 100 Jahren dimensioniert und verlegt. Bei den Abwasserleitungen in den Altbauwohngebieten existierte ein Mischsystem, in dem

³⁵² dito. S. 13.

sowohl Regen- als auch Schmutzwasser in einem Rohr abgeführt werden. Die Regenwassermengen sind im Vergleich zu den Abwassermengen relativ konstant geblieben. Durch technische Weiterentwicklung und bessere Ausstattung der Haushalte haben sich die Abwassermengen seitdem, trotz des sinkenden Einwohners pro Hektar, deutlich erhöht. In einigen Fällen war es folglich notwendig, das Mischsystem zu einem Trennsystem umzufunktionieren. Die vorhandenen Röhren werden nur für die Schmutzwasserleitung verwendet, für das Regenwasser müssen demzufolge neue Leitungen verlegt werden.³⁵³

Gas wird in den Altbaugebieten überwiegend zum Kochen, nur in wenigen Wohnungen auch für die Warmwasserversorgung und für die Beheizung, in Form einer Zusatzheizung durch Außenwandgeräte, gebraucht. Dagegen wird in den Neubauten bei der Energieversorgung auf Gas verzichtet. Aus diesen Gründen wird nicht mit der Notwendigkeit einer wesentlichen Änderung der Kapazitäten gerechnet.

Für die Gasversorgung erfolgte die Neuverlegung bzw. Auswechselung der Versorgungs- und Verteilungsleitungen nicht aufgrund der Rekonstruktionsmaßnahmen, sondern durch die Umstellung auf Erdgas. Die Stahlrohrleitungen ersetzen die alten Gussrohre mit Muffenverbindungen. Eine eventuelle Veränderung der Versorgungsnetze wurde bei dieser Umstellung berücksichtigt.

Bei der Versorgung mit Strom wird ausgehend von einer Verbesserung des Ausstattungsstandards der Wohnungen, mit einer Kapazitätenerhöhung gerechnet. Eine einfache Lösung bot die Aufstellung zusätzlicher Trafostationen zur Erhöhung der Leistungen, die bei den Neubauten auch im Gebäude untergebracht werden konnten. Die notwendige Verlegung der Spannungskabel zur Speisung der Trafostationen und zur Versorgung der Gebäude bereitete keine aufwändige Planung und keinen großen Aufwand. Insgesamt bestanden bei diesem Leitungskomplex der technischen Maßnahmen keine Probleme von beachtlichem Ausmaß, da in diesem Gebiet kein größerer Neubaukomplex errichtet werden sollte. Nach Schätzungen der Konzeption betrugen die Gesamtkosten im Bereich der technischen Versorgung rund 500 TM.

Weitere notwendige Maßnahmen im Bereich der Straßenbaumaßnahmen ergaben sich aus den Veränderungen, Neutrassierungen und Neuprofilierungen sowie Instandsetzungen zur Beseitigung von Mängeln aus Verschleißgründen im Straßennetz. Untersuchungen ergaben erhebliche Reserven beim vorhandenen Straßennetz. Der städtebauliche Entwurf sah die Verringerung der Fahrbahnbreite auf 6,00 m vor. Dadurch wurden ausreichend Abstellflächen für den ruhenden Verkehr geschaffen. Weitere Maßnahmen sahen die Instandsetzung bzw. Erneuerung sämtlicher Gehsteige vor. Die geschätzten Kosten der Maßnahmen für den Straßen- und Tiefbau wurden in der Konzeption mit rund 1.500 TM beziffert.

Detailliertere Betrachtungen in diesem Bereich werden nicht vorgenommen. Schwerpunkt dieser Untersuchung sind die Maßnahmen zur Veränderung der städtebaulichen und sozialen Struktur ohne ausführlich auf die Durchführung der stadtechnischen Maßnahmen einzugehen.

³⁵³ vgl. Hilmar Bärthel: Zur Fragen der Tiefbausubstanz bei der Rekonstruktion von Altbauwohngebieten. In: Architektur der DDR 6/1983. S. 369 – 375.

5.1.4 Durchführung der Rekonstruktion

5.1.4.1 Beispielobjekt: Rheinsberger Straße 34/35

Nachfolgend werden zwei Projekte dargestellt, die zeitgleich an einem Grundstück durchgeführt wurden. Zum einen wurden in den vorhandenen Gebäuden Instandsetzungsmaßnahmen an der Bausubstanz, der Umbau eines Erdgeschossbereichs für die Funktionsräume der Kinderkrippe und die Teilmodernisierung der Wohnungen durchgeführt. Zum anderen wurde ein Neubau im Hofbereich für die Nutzräume der Kinderkrippe erstellt.

Die am Gebäude und in den Wohnungen durchgeführten Maßnahmen werden nur verkürzt dargestellt. Die Maßnahmen, die zur Erhaltung der Bausubstanz und Erhöhung der Wohnqualität dienten, waren herkömmliche Instandsetzungsmaßnahmen, beinhalten aber „einen geringen Anteil teilweiser Modernisierung der Wohnungen“³⁵⁴.

Ausführlich betrachtet wird die Errichtung der Kinderkrippe. Sie war aus sozialpolitischer Sicht von großer Bedeutung und bildete den gesellschaftlichen Interessenpunkt. Sie galt als „beispielhafte Lösung für die harmonische Einordnung von Kindereinrichtungen in vorhandene Altbauten des Gebiets“³⁵⁵. Durch die Anwendung von Typenbauten erhoffte der Stadtbezirk die Erreichung von wirtschaftlichen Vorteilen und der bautechnischen Komfort

Die einzelnen Projekte stellen sich wie folgt dar:

- Wohnungen

Die Planung der Häuser trug die Projekt-Nr. 1-09-105/23, die Ausführung war für das Planjahr 1972 – 1973 vorgesehen. Der Planträger war der Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte, der Investitionsträger der VEB KWV Berlin-Mitte, der Entwurfsverfasser/Projektant/HAG/Ausführender Betrieb der VEB Baureparaturen Berlin-Mitte. Der technische Erläuterungsbericht wurde am 05.08.1972 erstellt, darin betragen die geschätzten Kosten rund 320 TM.

Zum Objekt gehörten zwei 5-geschossige Wohngebäude, mit Kellergeschossen und nicht ausgebauten Dachgeschossen. Es wird direkt von der Straße über separate Hauseingänge erschlossen. Das Haus Nr. 34 befand sich im Privatbesitz, das Haus Nr. 35 im Besitz der KWV. Die beiden Häuser sind nach Betrachtung ihrer Abmessungen sehr ähnlich und relativ klein. Die Tiefe beträgt zwischen 11,20 m bis 12,00 m, die Breite zwischen 18,70 m und 18,80 m. Mit einer Traufhöhe von 17,90 m bzw. 18,20 m gehören diese Häuser zu dem traditionellen Typus eines 5-geschossigen alten Wohngebäudes.

Vor der Rekonstruktion befanden sich in den oberen Geschossen des Hauses Nr. 34 fünf kleinere Wohnungen, ausgestattet mit nur vier Küchen. Im Haus Nr. 35 waren in den oberen Geschossen vier Wohnungen und vier Küchen vorhanden. Die Beheizung erfolgte durch Kohleofen. Für die Mieter stand jeweils nur eine Toilette in den Zwischenpodesten des Treppenhauses zur Verfügung.³⁵⁶

³⁵⁴ Städtebauliche Direktive: Zur technisch-ökonomischen Zielstellung für die territoriale Werterhaltung. a. a. O. S. 1.

³⁵⁵ Jürgen Schechert, Hannelore Vetter und Helmut Müller. a. a. O. S. 196.

³⁵⁶ sh. Abb. Nr. 25.

Nach der Rekonstruktion entstanden in jedem Haus pro Geschoss jeweils drei Wohnungen (eine 3-R-Wohnung und zwei 2-R-Wohnungen) mit zeitgemäßen Duschen/Bädern und Küchen. Eine zentrale Anlage versorgte die Wohnungen mit Wärme und Warmwasser. Die Wohnungszahl wurde reduziert, dagegen die Wohnqualität erheblich erhöht.³⁵⁷

Bei der geplanten Rekonstruktion des vorhandenen Wohngebäudes war das gesamte Erdgeschoss als Teil einer neu einzurichtenden Kinderkrippe vorgesehen. Die Durchfahrt des Hauses Nr. 34, in dem sich der Hauseingang befand, wurde geschlossen. Ein neuer Hauseingang wurde direkt vor die Geschosstreppe verlegt. Der Eingang für das Haus Nr. 35 blieb erhalten und war gleichzeitig der Eingang der Kinderkrippe.

Die Bauanträge für das Objekt wurden am 17.10.1972 gestellt und am 15.12.1972 bzw. am 04.01.1973 genehmigt. Der Prüfbescheid wurde am 21. bzw. am 27.12.1973 datiert.³⁵⁸ Die Bauweise erfolgte in Fließstrecke. Folgende Maßnahmen kamen u. a. zur Ausführung:

- Abriss des Seitenflügels, der ehemaligen Stallungen und des eingeschossigen Werkstattgebäudes.
- Einbau von Stahlbetondecken bzw. Stahlbetonhohldielen der Kellerdecken und in den Nassbereichen.
- Erneuerung sämtlicher Türen. Alle Fenster wurden repariert, wenn notwendig erneuert. Bei einfachverglasten Fenstern wurden Vorsatzfenster angebracht, oder sie wurden durch Verbundfenster ersetzt.
- Die Fußböden der Bäder erhielten Fliesen einschließlich einer 10 cm hohen Sockelfliese.
- Im Treppenhaus erhielten die Stufen PVC-Belag.
- Erneuerung der Laufbohlen, Gesimse, Regenrinnen, Fallrohre und Dachdeckung mit Wellbit-Tafeln.

In den Wohnungen erfolgten die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen, wie Grundrissänderungen, um die Nassräume – Bad und Küche – nach dem neuesten Standard zu errichten.

Im Bereich der Elektroinstallation waren für jede Wohnung drei Stromkreise vorgesehen, für Beleuchtung des allgemeinen Bereichs, für Schutzkontakt bzw. Steckdosen des Bades und für die Küche. Für den Hauseingang war eine Hausklingelanlage mit Drucktaster und Namensschilder geplant. Die Leitungen für diese Anlage waren unter Putz zu verlegen.

Die sanitäre Ausstattung sah folgende Maßnahmen vor: Alle Wohnungen erhielten Innentoiletten mit Waschbecken, die 2-R-Wohnungen vollständig ausgestattete Innenbäder mit Wanne/Dusche.³⁵⁹ Die Küche war mit einem Gasherd, -durchlauferhitzer, -heizkörper und einem Stahlblech-Doppelspülbecken auszustatten.³⁶⁰

Die Anschlussleitungen für Trink- bzw. Abwasser sowie die Gas- und Elektroleitungen werden erneuert bzw. instandgesetzt. Die Versorgung mit Wärme und Warmwasser erfolgte zentral aus der Heizungsanlage im Haus Nr. 35.

³⁵⁷ sh. Abb. Nr. 26.

³⁵⁸ vgl. Bauakte Rheinsberger Straße 34/35. Archiv Bezirk Mitte.

³⁵⁹ sh. Abb Nr. 27.

³⁶⁰ sh. Abb Nr. 28.

- Kinderkrippe

Im Einzugsbereich wohnen ca. 21.500 Personen darunter ca. 1.100 Kinder unter 3 Jahre. Folgende öffentliche Einrichtungen waren in diesem Bereich vorhanden bzw. geplant:³⁶¹

- Kinderkrippen:

Brunnenstraße 41	100 Plätze
Zionskirchstraße 46 (im Bau)	32 Plätze
Egon-Schultz-Straße	25 Plätze
Insgesamt	157 Plätze

Dadurch ergab sich ein Versorgungsgrad von nur ca. 14,3 %.

- Kindergarten:

Brunnenstraße 41	67 Plätze
Veteranenstraße 24	72 Plätze
Fürstenbergerstraße 4 - 7 (im Bau)	126 Plätze
Griebenowstraße 13 (geplant)	108 Plätze

Im Bereich des TK 1 – TK 3 waren keine öffentlichen Kinderkrippen vorhanden. Im Haus Arkonaplatz Nr. 5 befand sich der einzige Kindergarten der Industrie- und Handelsbank mit 36 Plätzen.

Die Anzahl der Kinder/Jugendlichen verteilte sich zur Zeit der Untersuchung im TK 1 – TK 3 folgendermaßen:

• von 0 bis 3 Jahre	83
• von 3 bis 6,5 Jahre	77
• von 6,5 bis 15 Jahre	107
• von 15 bis 18 Jahre	59
insgesamt	316

bei einer Bevölkerungszahl von 1.426 EW.

Die Bevölkerungsdichte in diesem Gebiet war sehr hoch. Sie betrug 340 EW/ha (ohne Flächenanteil Arkonaplatz) bzw. 295 EW/ha (unter Einbeziehung von 50 % der Fläche des Arkonaplatzes).³⁶²

Durch die Rekonstruktion des Altbaugebietes sollte eine Veränderung des Wohnungsspiegels stattfinden, die auch politisch gewollt war. Folglich musste sich die stark überalterte Bevölkerungsstruktur zu Gunsten der jüngeren Jahrgänge verschieben. Das hatte zur Folge, dass weitere Nachfragen an Kindereinrichtungen, insbesondere an Krippenplätze, zu erwarten waren, so dass dieser Bedarf den Bau von mindestens einer Kinderkrippe rechtfertigte.

Die Planung der Kinderkrippe trug die Projekt-Nr. K1-11-105/44, die Ausführung war für das Planjahr 1972/73 vorgesehen. Der Planträger war der Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte Abt. Gesundheitswesen, der Investitionsträger der VEB KWV Berlin-Mitte und der ausführende Betrieb war der VEB Baureparaturen Berlin-Mitte. Der Bauantrag für das Objekt wurde am

³⁶¹ vgl. TÖZ vom 24.05.1968. a. a. O.

³⁶² vgl. Siegfried Kress, Manfred Hültsch und Erhard Steffe: Erläuterungsbericht zum städtebaulichen Entwurf für die Umgestaltung des Arkonaplatzes vom 18.06.1970. Privatarchiv von Herrn Siegfried Kress.

16.10.1972 gestellt und am 17.01.73 genehmigt. Die Kosten wurden mit 800 TM angegeben.³⁶³

Der Standort in der Rheinsberger Straße wurde 1970 – im Hinblick auf die natürliche Belichtung – als sehr günstig angesehen, da die Gebäude in NW-SO-Richtung liegen und die Hauptfunktionsräume der Kinderkrippe eine SO-Orientierung haben werden. Durch die Nähe der („Staats“) Grenze und die Neuauslegung der Rheinsberger Straße als Einbahnstraße würde die geplante Einrichtung in einem sehr ruhigen Gebiet liegen. Der Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz war relativ günstig. Die Einrichtung war mit dem Bus Linie 78 vom Arkonaplatz, Straßenbahn von der Kastanienallee und U-Bahn vom Senefelderplatz bzw. von der Eberswalder Straße (ehemals Dimitroffstraße) zu erreichen.

In den Innenhöfen der Rheinsberger Straße 34/35 wurde die Kinderkrippe als eine in den Innenhöfen geschaffene Erweiterung der unteren Wohngebäude errichtet.³⁶⁴ Die Maßnahme galt als eine beispielhafte Lösung für eine Veränderung der städtebaulichen und sozialen Struktur durch Entkernung und die anschließende Nutzung der zusammenliegenden Fläche sowie für die harmonische Einordnung von Kindereinrichtungen in Altbaubereichen.

Die Planung sah folgende Maßnahmen vor: Aufgrund der zu geringen vorhandenen Fläche im EG-Bereich der Wohngebäude Rheinsberger Straße 34/35 wurden im Innenhof zusätzlich drei Pavillons errichtet. Die Nebenräume waren im EG-Bereich des Altbaues unterzubringen und die Hauptfunktionsflächen in den vorgelagerten pavillonartigen Neubauten. Eine Freifläche für die Kinderkrippe war dem pavillonartigen Neubau zugeordnet, an den sich die öffentliche Grünanlage innerhalb des TK 1 anschloss. Die Flächenverteilung sah wie folgt aus.

- im vorhandene Bebauung (Altbau) rund 390 m²
- geplante Bebauung rund 1.010 m²
- Freifläche für die Kinderkrippe rund 990 m²

Die Kapazität der Kinderkrippe betrug gemäß Forderungsprogramm des Rates des Stadtbezirks Mitte:

- | | |
|--------------------------------------|------------------|
| • 1 Säuglingsgruppe mit | 18 Plätzen |
| • 2 Krabbelgruppen mit je 18 Plätzen | 36 Plätzen sowie |
| • 1 Laufgruppe | 18 Plätzen |
| Insgesamt | 72 Plätzen |

Der Innenhof des Grundstücks Rheinsberger Straße 35 war mit ehemaligen Stallungen und eingeschossigen Werkstattgebäuden bebaut.³⁶⁵ Auf dem Grundstück Rheinsberger Straße 34 stand ein viergeschossiger Seitenflügel. Alle Hofgebäude und die Pflasterung der Höfe waren abzureißen, um ausreichende Flächen für die geplante Neubebauung und für Grün- und Freiflächen zu gewährleisten. Die Größe der TK 1 war ausreichend, so dass durch den Bau der Kinderkrippe, die Wohnfunktion innerhalb des Komplexes nicht beeinträchtigt wurde und für die Wohnhäuser trotzdem ausreichend Grünfläche verblieb.³⁶⁶ Belästigung und Umweltbelastung für die Kinderkrippe durch Industrie bzw. Verkehr waren aufgrund ihrer Randlage nicht gegeben.

³⁶³ Prüfbescheid Nr. 188/73 vom 27.12.1973. Bauarchiv Bezirk Mitte.

³⁶⁴ sh. Abb. Nr. 29.

³⁶⁵ sh. Abb. Nr. 30.

³⁶⁶ sh. Abb. Nr. 31.

Im EG-Bereich des Altbaues Rheinsberger Straße 35 sah die Planung Folgendes vor. Links neben dem Hauseingang war der Raum für die Kinderwagenraum vorgesehen. Die Wirtschaftsräume (Küche und Nebenräume) wurden im Erdgeschoss des gleichen Wohngebäudes untergebracht. Im Westgiebel des Hauses Nr. 34, wurde die älteste Gruppe, die Laufgruppe untergebracht. Hier befanden sich auch die Personalräume. Der Personalbereich lag zentral zu den einzelnen Gruppeneinheiten, zum Wirtschaftsbereich und zum Haupteingang. Die Küche hatte rückseitig eine direkte Verbindung zum Haupteingang der Krippe und vorderseitig zum Hauseingang Rheinsberger Straße 35, durch welche der Wareneingang und Wäschetransport erfolgten. Die Lagerräume befanden sich im Keller des gleichen Hauses.

Der im Hof erstellte drei pavillonartige Neubau erfolgte mit Fertigteilen der 2 MP-Wohnungsbauserie „Typ Berlin“, mit den Abmessungen von je 12,49 m x 12,49 m.³⁶⁷ Die einzelnen Hauptfunktionsbereiche (Kinder, Personal und Wirtschaft) wurden über eine Mehrzweckhalle mit anschließendem Flur erschlossen. Diese Funktionsbereiche waren für sich isoliert und trotzdem zweckmäßig miteinander verbunden. Innerhalb der drei Pavillons bildete jede Gruppeneinheit eine selbstständige, für sich funktionierende und isolierfähige Einheit. Die Pavillons nahmen jeweils eine Gruppeneinheit auf, der östliche Pavillon war für die Säuglinge mit Milchküche vorgesehen. Durch seine Lage war er relativ ruhig und von den anderen beiden Krabbelgruppen isoliert. Jeder Pavillon erhielt eine überdachte Terrasse, auf der die Kinder im Freien essen bzw. schlafen und bei schlechtem Wetter u. U. spielen konnten.³⁶⁸

Die Mehrzweckhalle mit ihrem Windfang bildete nicht nur Eingang und Verbindungstrakt, sondern konnte zusätzlich als Gymnastikraum und als Versammlungsraum genutzt werden. Darin befand sich ein (nicht überdachtes) Atrium, das gleichzeitig eine Belichtung und Belüftung der hinteren Räume des mittleren Pavillons ermöglichte. Es war nicht als Spielfläche, sondern als ein zusätzlicher Erlebnisbereich vorgesehen. Der Verbindungsgang erschloss die Pavillons der Gruppenräume mit den anschließenden Freiflächen bzw. Terrassen.

Jede Gruppeneinheit erhielt ihren eigenen Gruppenspielbereich, der sich an die jeweiligen Funktionsräume direkt anschloss. Die älteste Gruppe erhielt eine große Spielterrasse. Die beiden Krabbel-Gruppen sowie die Säuglingsgruppe hatten jeweils eine überdachte und eine freie Terrasse. Die Terrassen, mit einem Böschungswerk gestützt, waren mit einem Geländer abzugrenzen und erhielten zusätzlich ein verschließbares Tor.

Den Pavillons vorgelagert (an deren südwestlichen Seite), schloss sich die Gemeinschaftsspielfläche mit Sandkasten, Schaukel, Kriechtunnel, Wegen zum Laufen und Rollern, Spielrasen und Planschbecken an, die tiefer als die Terrassen lagen. Auf dem Spielrasen waren zwei kleine Blockhäuschen vorgesehen. Die Abgrenzung der Spielfläche zu den Grünflächen für die Wohnhäuser und zum Wirtschaftsweg erfolgte durch Strukturmauern und Sträucher.

Nach dem Kostenplan des VEB Baureparaturen Berlin Mitte Nr. 1-11-105/44 vom 07.11.1972 betrugen die Kosten für den Neubau der Pavillons und Um- und Ausbau der Erdgeschosszone der Vorderhäuser ohne Erstausrüstung, Möbel, Spielgeräte und Außenanlage 836.000 M.³⁶⁹ Der Prüfbescheid Nr. 188/73 wurde auf den 27.12.1973 datiert.³⁷⁰

³⁶⁷ sh. Abb. Nr. 32.

³⁶⁸ sh. Abb. Nr. 33.

³⁶⁹ vgl. Erläuterungsbericht VEB Baureparaturen Berlin 1973. Archiv Bezirk Mitte.

³⁷⁰ vgl. Bauakte Rheinsberger Straße 34/35. Archiv Bezirk Mitte.

5.2 „Die Einheit zwischen Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“³⁷¹ in Berlin-Friedrichshain

Lückenschließungen in konventioneller und industrieller Bauweise im Palisadendreieck

Einleitung

Das Institut für Städtebau und Architektur (ISA) der Bauakademie der DDR erhielt vom Ministerium für Bauwesen (MfB) den Auftrag, eine Leitplanung für den Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain zu erarbeiten. Das Forschungsergebnis Nr. 286³⁷² wurde im März 1979 erstellt und zum Bestandteil der Generalbebauungsplanung von Berlin deklariert.

Grundlage der Leitplanung war die städtebauliche Zielstellung, die vom Magistrat bzw. vom Rat des Stadtbezirks wie folgt definiert wurde. „Die Umgestaltung im Stadtbezirk ist eine Schwerpunktaufgabe bei der Verwirklichung der Beschlüsse des IX. Parteitages der SED zur weiteren Umgestaltung der Hauptstadt der DDR, Berlin, als sozialistische Metropole.“³⁷³ Die Leitplanung war demzufolge ebenfalls Bestandteil der Konzeption zur Realisierung des Wohnungsbauprogramms.

Mit Hilfe von Variantenuntersuchungen zu städtebaulichen Lösungsmöglichkeiten am Beispiel ausgewählter Teilgebiete und Quartiere wurde eine Konzeption für die langfristige städtebauliche Entwicklung über 1990 hinaus erarbeitet, „die weitgehend mit der Standortkonzeption für den komplexen Wohnungsbau im Stadtbezirk übereinstimmt und die Anforderungen aus der gesamtstädtischen Entwicklung an den Stadtbezirk berücksichtigt“³⁷⁴.

Mit der Leitplanung wurde eine Grundlage des planerischen Vorlaufs für den Einsatz der Mittel und Kapazitäten zur Lösung der Wohnungsfrage und des Ausbaus der Versorgungseinrichtungen im Stadtbezirk entsprechend seiner Funktion und Bedeutung als innerstädtisches, traditionsreiches (Arbeiter-) Wohngebiet geschaffen. Darüber hinaus war die Leitplanung eine Grundlage für die zu treffenden Entscheidungen im Prozess der Umgestaltung, besonders bei der Investitionsvorbereitung, der Standort- und Wohnungspolitik.

„Die Einheit zwischen Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“, eine neue Philosophie der Rekonstruktion wurde in Friedrichshain nicht nur propagiert, sondern seitdem konsequent praktiziert. Die wertvolle Substanz der Altbauten sollten bei der Umgestaltung mit neueren, modernen Formen der Neubauten ergänzt und zu einer neuen Einheit zwischen Neubau, Modernisierung und Werterhaltung entwickelt werden. Dadurch soll „der Ersatzwohnungsbauneubau außerhalb des Stadtbezirks [...] so gering wie möglich“³⁷⁵ gehalten werden. Als Priorität der neuen Philosophie war zu beachten, dass dabei die höchstmögliche soziale Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der einzusetzenden Mittel erreicht wurden.

Das Ergebnis einer vorangegangenen Studie³⁷⁶ war, dass der Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain mit ca. 144.000 Einwohnern – ca. 13,2 % der Gesamteinwohnerzahl von (Ost-) Berlin –

³⁷¹ Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 – 1990. a. a. O. S. 17.

³⁷² Städtebauliche Leitplanung für die Umgestaltung im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain in Berlin – Hauptstadt der DDR. Berlin. März 1979.

³⁷³ dito. S. 4.

³⁷⁴ dito. S. 3.

³⁷⁵ dito. S. 5.

³⁷⁶ Städtebauliche Studie für die Umgestaltung des Stadtbezirks Prenzlauer Berg vom 23.03.1976. Bundesarchiv: Akten Nr. DH II/05/23.

der Stadtbezirk mit der zweitgrößten Einwohnerzahl war. Mit ca. 9,7 km² Fläche nahm er aber nur ca. 2,4 % der Gesamtfläche von ca. 403 km² ein. Hinzu kam, dass Friedrichshain ebenso der Stadtbezirk mit der zweitgrößten Einwohnerkonzentration war.

Mit ca. 14.900 Einwohnern pro Quadratkilometer entsprach der Wert etwa dem 5-fachen des durchschnittlichen Wertes in der Stadt. (ca. 2.700 EW/km²)³⁷⁷

	Fläche in km ²	in %	Einwohner 1975	in %	Einwohner/km ²	in %
Mitte	10,70	2,70	93.226	8,52	8.713	320,80
Prenzl. Berg	10,80	2,70	187.884	17,17	17.397	640,55
Friedr. Hain	9,70	2,40	144.260	13,18	14.872	547,55
(Ost-) Berlin	403,00	100,00	1.094.496	100,00	2.716	100,00

Zur Zeit der Erstellung der Leitplanung im Jahre 1979 wohnten in Friedrichshain ca. 139.000 Einwohner. Etwa 30 % wohnten in den von 1950 bis 1970 errichteten Neubaugebieten, wie z. B. in der Karl-Marx-Allee und der Frankfurter Allee. Die restlichen 70 % bewohnten die Altbaugebiete, die überwiegend um die Jahrhundertwende entstanden waren. Diese wiesen eine einheitliche 4- bis 5-geschossige Bebauung auf. Ca. 76 % der Wohngebäude in diesem Gebiet wurde zwischen 1870 – 1918 gebaut und ca. 58,7 % hatten kein Bad (im ehemaligen Ost-Berlin lagen die entsprechenden Zahlen bei ca. 53 % und ca. 41 %). Die Anzahl der Wohnungen im Stadtbezirk betrug ca. 65.000, dies entsprach ca. 15 % der Wohnungen des gesamten ehemaligen Ost-Berlins.³⁷⁸

Nach der Leitplanung waren in Friedrichshain folgende Einwohner für 1980 prognostiziert und wurden für 1990 geplant.³⁷⁹

Bestand Wohneinheiten (WE) 1980	66.890 WE
Bestand Einwohner (EW) 1980	139.000 EW

	Variante mit Wohnungszusammenlegungen Vm*	Variante ohne Wohnungszusammenlegungen Vo**
Geplante WE 1990	50.490 WE	54.840 WE
Geplante EW 1990	115.000 EW	110.000 EW

* Bei Vm erfolgten Zusammenlegungen der 1- und 2-R-Wohnungen zu 3-R-Wohnungen.

** Vo stellt den Zustand bei unverändertem Wohnungsspiegel dar.

Daraus ergab sich, dass bis 1990 eine Abwanderung von ca. 25.000 bis 30.000 Einwohner (ca. 20 %) beabsichtigt war, die in den neu errichteten Neubaukomplexen untergebracht werden konnten. Beispielsweise war bis 1990 in Marzahn die Errichtung von ca. 35.000 WE für ca. 100.000 EW vorgesehen. Dies war ein wichtiger Schritt, die Einwohnerdichte von Friedrichshain zu reduzieren, die sowohl aus politischer als auch aus sozialer Sicht beabsichtigt war.

³⁷⁷ vgl. Städtebauliche Studie für die Umgestaltung des Stadtbezirks Prenzlauer Berg. a. a. O. Tabelle 3.

³⁷⁸ vgl. Städtebauliche Leitplanung für die Umgestaltung im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain in Berlin. a. a. O. S. 6.

³⁷⁹ vgl. dito. S. 9.

Gesellschaftspolitisches Ziel im Bereich des Wohnungsbaues war die Verbesserung der Wohnbedingungen für jede Familie bis 1990 im Hinblick auf Größe, Ausstattung und baulichen Zustand. „Bis 1990 soll jede Familie über eine ausreichend große Wohnung verfügen, die sich in gutem baulichem Zustand befindet und mit Bad oder Dusche und Innentoilette ausgestattet ist.“³⁸⁰

Um das Ziel zu erreichen, waren die überalterten Bausubstanzen abzureißen bzw. zu ersetzen, die Hinterhöfe zu entkernen, anschließend zu begrünen sowie das Wohngebiet mit ausreichenden Freiflächen bzw. Flächen für den ruhenden Verkehr und mit sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen auszustatten. Zusätzlich war in städtebaulicher Hinsicht insbesondere die Ausstattung des Bereichs mit Kultur- bzw. Freizeiteinrichtungen und der Ausbau des Verkehrsnetzes zur funktionell-gestalterischen Entwicklung des Gebietes vorrangig zu behandeln.

Die Vorgaben der Planung für das ehemalige Ost-Berlin sahen wie folgt aus.³⁸¹

Bis 1990	Ost-Berlin	Friedrichshain	Anteil
(Ersatz-) Neubau	200.000 – 230.000 WE	15.580 – 20.030 WE	ca. 7 – 9 %
Modernisierung	100.000 WE	18.840 – 23.290 WE	ca. 19 – 23 %
Abriss	80.000 – 90.000 WE	15.580 – 20.030 WE	ca. 18 – 24 %

5.2.1 Situation zur Jahrhundertwende

5.2.1.1 Städtebauliche Entwicklung des Bezirks Berlin-Friedrichshain

Große Teile des heutigen Friedrichshains lagen im 19. Jahrhundert innerhalb der Akzisemauer. „Dieser Bereich [...] bildete seit dem frühen 18. Jahrhundert die Stralauer Vorstadt“³⁸² und erstreckte sich von der Spree bis nördlich der ehemaligen Große Frankfurter Straße sowie nach Osten bis an die heutige Warschauer Straße. „Seit Anfang des 19. Jahrhunderts setzte sich zunehmend die Bezeichnung ‚Stralauer Viertel‘ durch. [...] Als 1841 die Stadtgrenze Berlins über die Zollmauer erweitert wurde, unterscheidet man ein inneres und äußeres Stralauer Viertel, getrennt von der alten Stadtmauer entlang der Friedenstraße.“³⁸³

Im Jahr 1842 begann eine neue Epoche in der Geschichte des Stralauer Viertels, der Bau des bis dahin größten Berliner Verkehrsprojektes. Die Berliner-Frankfurter Eisenbahngesellschaft errichtete den einzigen Bahnhof innerhalb der Akzisemauer, „der immer noch auf freiem Feld lag, den Frankfurter Bahnhof an der Koppenstraße nördlich des Stralauer Platzes“³⁸⁴. Es war der entscheidende Anstoß zur Urbanisierung und zur Ausprägung der charakteristischen Struktur des Stralauer Viertels. In den darauffolgenden Jahren wurden u. a. Verbindungen nach Breslau, Königsberg und Posen hergestellt, die der Industrie den Zugang zum Schlesischen Kohlerevier eröffneten.³⁸⁵

³⁸⁰ vgl. Städtebauliche Leitplanung für die Umgestaltung im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain in Berlin. a. a. O. S. 4.

³⁸¹ vgl. Städtebauliche Leitplanung für die Umgestaltung im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain. S. 10.

³⁸² Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Hauptstadt Berlin Teil I. a. a. O. S. 431.

³⁸³ Wajda Abramowski: Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain bis 1920. Berlin 2000. S. 31.

³⁸⁴ Katrin Bohley-Zittlau: Denkmale in Berlin. Bezirk Friedrichshain Hrsg. Landesdenkmalamt Berlin. 1996. S. 21.

³⁸⁵ vgl. Berlin Friedrichshain. Ein Historischer Spaziergang. Hrsg. Bezirksamt Friedrichshain. Ohne Jahresangabe S. 7 – 8.

Die einsetzende industrielle Entwicklung Mitte des 19. Jahrhunderts führte zu einem hohen Bedarf an Flächen für gewerbliche Ansiedlungen und Wohnungen für die Arbeiter. Die Ansiedlung verschiedener Industrien in Friedrichshain geschah aus Gründen der günstigen Verkehrserschließung in Spree- und Bahnhofsnähe.

Aufgrund seiner Lage entwickelte sich Friedrichshain zu einem traditionellen Arbeiterwohnbezirk. „Mit der Eröffnung der Klemptnerwerkstatt J. Pintsch am 26. April 1843 am Stralauer Platz 4 begann der Einzug der Großindustrie im Stralauer Viertel.“³⁸⁶ Parallel dazu setzte der Bau der ersten Sozial- bzw. Versorgungseinrichtungen ein. Es entstanden 1837 das Elisabeth Krankenhaus, 1845 das Katholische Krankenhaus, 1847 die evangelische Diakonieanstalt Bethanien. Als erster städtischer Volkspark wurde 1840 der Friedrichshainer Volkspark geplant und 1846 angelegt. Der Zoo wurde 1842 und die Gasanstalten 1846 gebaut.³⁸⁷

Bis 1881 war die Bebauung westlich der Friedenstraße im Wesentlichen abgeschlossen und „die Frankfurter Allee war zwischen 1882 und 1895 vollständig mit Mietshäusern bebaut worden“³⁸⁸. Mit der Übernahme der Berliner Bauordnung um die Jahrhundertwende war damit auch in Stralau der Weg zum Bau 5-geschossiger Mietshäuser frei. Die Bebauung von Stralau setzte sich im Vergleich zu anderen Stadtgebieten relativ spät ein. Von 1890 bis 1900 wurden vorrangig die Gebäude an der Warschauer Straße errichtet. Bis 1910 war die Bebauung des gesamten Gebietes abgeschlossen, d. h., im Verlauf von 20 Jahren entstanden 6.000 WE.³⁸⁹

Die Karl-Marx-Allee und die daran anschließende Frankfurter Allee, die mitten durch den Arbeiterwohnbezirk führt, entwickelten sich zur Jahrhundertwende zu traditionellen Handelsstraßen nach Frankfurt an der Oder. Mit ihrer Mietskasernenbebauung aus der Jahrhundertwende spiegelten sie das typische Bild des Arbeiterviertels wider. Nur sehr selten waren Stuckfassaden an den Häusern zu sehen.³⁹⁰

5.2.1.2 Bevölkerungsstruktur

Bei seiner Gründung im Jahre 1920 umfasste Friedrichshain auch die Halbinsel Stralau mit dem gleichnamigen Dorf. Der Bezirk Friedrichshain war mit 9.905 Quadratkilometern der flächenmäßig kleinste, mit 326.062 Einwohnern, davon 4.962 in Stralau, jedoch der drittgrößte und mit 35.851 Einwohnern pro Quadratkilometer der dichtbesiedelten Bezirk.³⁹¹

Der Mietskasernenbau ab 1870 war nicht schlechthin der Grund für die Verarmung dieser Gegend, sondern eine Folge des langen Stillstands in diesem stadtnahen Raum.³⁹² Es war ein typischer Arbeiterviertel und in den 1920er und 1930er Jahren eine Hochburg der Sozialdemokraten und Kommunisten.

³⁸⁶ vgl. Berlin Friedrichshain. Ein Historischer Spaziergang. Hrsg. Bezirksamt Friedrichshain. Ohne Jahresangabe S. 19.

³⁸⁷ vgl. Helmut Engel. a. a. O. S. 7.

³⁸⁸ Katrin Bohley-Zittlau. a. a. O. S. 34.

³⁸⁹ vgl. Stadtbezirk Friedrichshain. Informationsbroschüre des Bezirks. Ohne Jahresangabe S. 13.

³⁹⁰ vgl. Ernst Kristen: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. In: Architektur der DDR 3/1985. S. 148 – 153.

³⁹¹ vgl. Katrin Bohley-Zittlau. a. a. O. S. 14.

³⁹² vgl. Wanja Abramowski. a. a. O. S. 35.

Die Haushaltstruktur des Bezirks in den 1920er Jahren war wie folgt: ³⁹³

Haushalte	Anteil im Bezirk in %	Anteil in Berlin in %	Im Vergleich mit den restlichen Stadtteilen
Familienhaushalte	87,3 %	81,6 %	überdurchschnittlich
mit Schlafgängern	4,8 %	3,1 %	überdurchschnittlich
mit Dienstboten	2,7 %	6,8 %	unterdurchschnittlich
mit Zimmerabmietern	5,1 %	8,4 %	unterdurchschnittlich

Der gesamte Bezirk Friedrichshain – dies traf auch für das Palisadendreieck zu – nahm im Vergleich zum proletarischen Wedding und großbürgerlichen Wilmersdorf trotz allem die mittlere Position ein. „Wedding ist der am ausgeprägtesten proletarischen Bezirk. [...] Kreuzberg und Prenzlauer Berg mit ihren kleingewerblichen Strukturen die besonders gemischten Bezirke.“³⁹⁴

5.2.1.3 Bebauungsstruktur

Der Bau des Frankfurter Bahnhofes im Jahre 1842 (später Schlesischer Bahnhof, ab 1950 Ost-Bahnhof) änderte die beschauliche weite Naturlandschaft. Ungewollt hielt die gärtnerisch-landwirtschaftliche Nutzung der künftigen Großstadt ein Reserveareal bereit. Mit der Eröffnung des Frankfurter Bahnhofes begannen die städtische Erschließung, gewerbliche Ansiedlungen und der Bau von Wohnungen für die Arbeiter.

Die flächenhafte Bebauung des Stralauer Viertels mit Mietskasernen setzte in den Jahren 1863 bis 1881 ein. Der Bau des Viehhofes erfolgte 1881 und anschließend wurde die Große Frankfurter Straße und Frankfurter Allee zwischen 1882 und 1895 vollständig mit Mietshäusern bebaut. Die Bebauung des östlichen Bezirksterritoriums folgte erst von 1890 – 1910.³⁹⁵

Die Wohnungsstruktur setzte sich wie folgt zusammen.³⁹⁶

Wohnung	Anteil im Bezirk in %	Anteil in Berlin in %	Im Vergleich mit den restlichen Stadtteilen
Kellerwohnung	2,1 %	2,0 %	durchschnittlich
Dachwohnung	0,8 %	1,0 %	unterdurchschnittlich
1-R-Wohnung	7,8 %	5,3 %	überdurchschnittlich
2-R-Wohnung	42,0 %	32,6 %	durchschnittlich
3-R-Wohnung	35,8 %	34,5 %	durchschnittlich
4-R-Wohnung	8,4 %	10,4 %	unterdurchschnittlich

³⁹³ vgl. Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers. a. a. O. S. 509.

³⁹⁴ dito. S. 508.

³⁹⁵ vgl. Wanja Abramowski. a. a. O. S. 34 – 35.

³⁹⁶ vgl. Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers. a. a. O. S. 509 – 511.

Der neu gegründete Bezirk Friedrichshain umfasste den nordöstlichen Teil des ursprünglichen Stadtgebietes Berlin mit dem namensgebenden Volkspark und die Halbinsel Stralau mit dem gleichnamigen Dorf, die ehemals zum Kreis Niederbarnim gehörte. Mit der Neugliederung der Bezirke am 1. April 1938 gab Friedrichshain das Zentral-Vieh- und Schlachthofgelände an Prenzlauer Berg ab und bekam aber von Lichtenberg die ehemaligen Kolonien Friedrichsberg und Boxhagen sowie Teile der Gemeinde Boxhagen Rummelsburg zugeschlagen. Dadurch betrug seine Fläche 9.710 km².³⁹⁷

5.2.2 Stand vor der Rekonstruktion

5.2.2.1 Gebietsspezifische Merkmale

An der Magistrale Karl-Marx-Allee und die anschließende Frankfurter Allee ist die Geschichte des DDR-Städtebaus in Berlin „in ihrem sozialen Inhalt, in ihrer städtebaulichen Form und Haltung [...] jedenfalls in Berlin nirgendwo so lehrbuchhaft ablesbar“³⁹⁸. Sie ist auch ein „Symbol eines Neubeginns des sozialistischen Wiederaufbaues“³⁹⁹. Der Wohnungsbau in diesem Bereich begann mit den ersten beiden Laubenganghäusern an der Stalinallee. „Der Richtfest der ersten Blocks in der Wohnstadt Friedrichshain“⁴⁰⁰ erfolgte, nachdem die ersten Wohnungen 1951 bezogen wurden.

1952 wurden im ersten Abschnitt der heutigen Karl-Marx-Allee (damals hieß sie noch Stalinallee) zwischen Strausberger Platz und Frankfurter Tor Wohnbauten errichtet. Der ca. 1,8 km lange Abschnitt wurde auf rund 90 Meter verbreitert und alleinartig mit mehreren Baumreihen sowie Grünflächen auf der Nordseite gestaltet. Der Wiederaufbau dieser „Magistrale des Ostens“⁴⁰¹ war das bedeutendste städtebauliche Projekt kurz nach dem Krieg im ehemaligen Ost-Berlin. „Von der SED-Führung als erste sozialistische Straße in Deutschland deklariert [...] stieß das Projekt im Westteil der Stadt überwiegend auf Kritik und Ablehnung.“⁴⁰² Der „Zuckerbäckerstil“ war das Attribut der Wohnbauten an dieser Magistrale.

In den 60er Jahren erfolgte das zweite große Bauprojekt in diesem Bereich mit der Errichtung von sozialistischen Wohnkomplexen in industrieller Bauweise im Abschnitt zwischen Straußberger Platz und Alexanderplatz. Damit begann die Großplattenbauweise im mehrgeschossigen Wohnungsbau in der DDR. Den vorläufigen Abschluss der städtebaulichen Entwicklung bildeten die von 1983 bis 1987 durchgeführten Rekonstruktionsmaßnahmen im Gebiet nördlich und südlich der seit 1961 neubenannten Frankfurter Allee zwischen der Proskauer Straße bzw. Niederbarnimstraße bis Jacques Duclos Straße bzw. Gürtelstraße.

In den 70er Jahren, fand zwischen den letzten beiden Großbauprojekten, das Versuchsprojekt im Rekonstruktionsgebiet Palisadendreieck statt. Ein Block mit 372 Wohnungen, umschlossen von drei Straßen (Palisaden-, Koppen- und Friedenstraße). Es war der Anfang der Umsetzung der neuen Denkweise – „die Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“⁴⁰³ – in einem Wohngebiet. Die Palisadenstraße trägt ihren Namen seit dem

³⁹⁷ vgl. Katrin Bohley-Zittlau. a. a. O. S. 14.

³⁹⁸ Hans Stimmann: Vom „Milljöh“ zum Milieu. In: Bauwelt 44/1985. S. 1752.

³⁹⁹ Ernst Kristen: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. a. a. O. S. 148.

⁴⁰⁰ „Als die Richtkrone hochgezogen wurde.“ Artikel In Neues Deutschland vom 20.07.1950. S. 1.

⁴⁰¹ Diese Bezeichnung ist eher propagandistisch von den DDR Bau-Funktionären auch amtlich verwendet zu verstehen. Ein historischer Hintergrund ist nicht bekannt.

⁴⁰² Herbert Schwenk: Berlinische Stadtentwicklung von A – Z. Berlin 1998. S. 200.

⁴⁰³ Dieser Begriff wurde aktenkundig erstmalig durch Wolfgang Junker in seinem Vortrag zur 10. Tagung des ZK der SED 1973 verwendet.

30.07.1833. Von 1735 – 1802 war sie Teil des Verbindungsweges zwischen Landsberger und Frankfurter Tor zu beiden Seiten der Akzisemauer. Der Name bezog sich darauf, dass ein Teil der Akzisemauer anfangs aus Palisaden, oben zugespitzten Holzpfehlen, bestand.

Die Koppenstraße wurde 1840 nach dem Rats- und Stadthauptmann Christian Koppe benannt. Er erwarb ein großes Gelände in Friedrichshain, das er 1704 der städtischen Armenverwaltung zur Errichtung eines Armenfriedhofes schenkte. Die Friedenstraße führte ihren Namen seit dem 28.05.1872, bezogen auf den Frankfurter Frieden, der am 10.05.1871 geschlossen wurde.⁴⁰⁴

Die ersten Zeichnungen der Häuser in diesem Gebiet entstanden im Jahre 1881⁴⁰⁵. Die aus den Gründerjahren typische Bauweise war geprägt durch Ausnutzung des Grundes und Bodens, was eine beengte Wohnqualität zur Folge hatte. Demzufolge wurden die städtebaulichen hygienischen Bedingungen durch den hohen Überbauungsgrad beeinträchtigt.

Infolge der Kriegseinwirkung entstanden zahlreiche Baulücken, deren Flächen insbesondere provisorisch durch Garagen genutzt wurden. Beispielsweise wurden zwischen 1968 – 1970 Baugenehmigungen zur Aufstellung von transportablen Garagen in der Palisadenstraße 61 – 64 und Friedenstraße 58 erteilt.⁴⁰⁶ Die Maßnahme war eine städtebauliche Zwischenlösung, da eine Neugestaltung für dieses Gebiet für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen war. Die Flächennutzung sowie die Planung für die verbliebene Bausubstanz – auch durch weitere Gebäudeabrisse – erforderten eine zusammenhängende Gebietsplanung. Neue Lösungen für die vorhandenen und entstandenen Lücken waren noch nicht konzipiert.

Lückenschließungen wurden im innerstädtischen Bereich zu dieser Zeit in vielen Fällen u. a. durch den Bau von Kinderspielplätzen oder Parkplätzen vorgenommen. Dies geschah in den kleineren Lücken (Einzelgrundstücke) aus städtebaulichen Gründen, um die fehlende soziale Infrastruktur zu beheben und um die dichte Bebauung in den betroffenen Gebieten aufzulockern. Nur in wenigen Fällen wurden in diesen Lücken neue Wohnungen errichtet. Letzteres wurde im Rekonstruktionsgebiet Palisadendreieck vorgesehen um die propagierte „Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“ zu realisieren.

Die in den Wohnungen geplanten Modernisierungsmaßnahmen im Rekonstruktionsgebiet Palisadendreieck waren die klassischen Maßnahmen, die auch in den Altbauten anderer Gebiete zur Durchführung kamen, wie z. B. Grundrissänderungen durch Zusammenlegungen von 1-R-Wohnungen, Bad-/Duscheinbau mit IWC, zuzüglich umfassender Instandsetzungsmaßnahmen. Sie stellten in sich keine Besonderheit dar. Der vorhandene niedrige Standard wurde dadurch dem gehobenen modernen Stand angepasst.

Die Werterhaltung bezog sich nicht nur auf den Erhalt der in gutem Bauzustand befindlichen Gebäude einschließlich ihrer umfassenden Instandsetzung durch die einzelnen Erzeugnislinien. Sie schloss auch Maßnahmen für den Erhalt bzw. für die Wiederherstellung von erhaltenswerten Stuckfassaden ein.

Die Besonderheit daran lag an der Durchführung dieser unterschiedlichen Maßnahmen an einem Gebiet. Durch ihre Mischung sollte sich ein vorzeigbares Experiment zur Lösung der

⁴⁰⁴ vgl. Wanjia Abramowski. a. a. O. S. 32.

⁴⁰⁵ Aus mehreren Bauakten der Häuser im Rekonstruktionsgebiet. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁰⁶ Aus den Bauakten Palisadenstraße 61 – 64 und Friedenstraße 58. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Wohnungsfrage in einem typischen innerstädtischen Wohngebiet entwickeln. Darüber hinaus war auch sicherzustellen, dass im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten „die zweckmäßige Ausstattung der Wohngebiete mit Gemeinschaftseinrichtungen zu erweitern“⁴⁰⁷, gewährleistet war. „Damit wurde seine städtebauliche Grundstruktur erhalten, ergänzt und weiterentwickelt.“⁴⁰⁸ Dies war das Kriterium für die Auswahl des untersuchten Gebietes, das eingehend behandelt wird.

Das Rekonstruktionsgebiet Palisadendreieck wurde

- im Nordosten durch die Friedenstraße,
- im Süden durch die Palisadenstraße und
- im Westen durch die Koppenstraße begrenzt.⁴⁰⁹

Die Gesamtfläche betrug rund. 13.094 m². Davon waren:

- rund 7.027 m² bebaute Fläche und
- rund 6.067 m² Freifläche.⁴¹⁰

Das Gebiet war verkehrsmäßig durch drei Busverbindungen der Linien 30, 32 und 40 bzw. drei Straßenbahnen der Linien 11, 18 und 63 sehr gut erschlossen. Die Buslinien führten von der Charité bis zum Ostbahnhof (30 und 40) und vom Leipziger Platz bis zur Greifswalder Straße (32). Die Straßenbahnlinien führten vom Stadion der Weltjugend jeweils in die Richtungen Biesdorf (11), Ahrensfelde (18) und Wartenberg (63). Außerdem lag es im unmittelbaren Einzugsbereich des U-Bahnhofes Marchlewskistraße (heutige Weberwiese) der Linie Tierpark - Alexanderplatz. Die Friedenstraße stellte insbesondere für die Bewohner die kürzeste Verbindung zum Volkspark Friedrichshain dar. Die Nähe zum Sport- und Erholungszentrum (SEZ) erhöhte zusätzlich die Attraktivität und den Wohnwert des Gebietes.

Die Versorgung mit gesellschaftlichen Einrichtungen war durch die benachbarte Karl-Marx-Allee gewährleistet. Einrichtungen für den täglichen Bedarf existierten bereits im Wohngebiet wie z. B.

- ein Bäcker in Palisadenstraße 58,
- ein Farbengeschäft in Palisadenstraße 60,
- eine Fleischerei in Koppenstraße 42,
- ein Laden für Obst und Gemüse in Koppenstraße 45,
- ein Lebensmittelgeschäft in Friedenstraße 54,
- eine Poststelle in Friedenstraße 61 und
- ein Jugendklub in Friedenstraße 62.⁴¹¹

Eine Prognose zur Entwicklung des Gebietes⁴¹² ergab, dass aus Kapazitätsgründen die Notwendigkeit einer Erweiterung bzw. Ergänzung dieser Einrichtungen bestand. Nach der

⁴⁰⁷ Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 – 1990. a. a. O. S. 18.

⁴⁰⁸ Dorothea Krause et al.: Erfahrung und Problem bei der Vorbereitung und Durchführung des Modernisierungs- und Rekonstruktionskomplexes Palisadendreieck im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain. In: Architektur der DDR 9/1983. S. 521.

⁴⁰⁹ sh. Abb. Nr. 34 und 35.

⁴¹⁰ vgl. Aufgabenstellung (AST) Modernisierungs-/Rekonstruktionsgebiet Palisaden-, Koppen-, Friedenstraße im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain vom 21.08.1980 Anlage 2, Blatt 1 – 5. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴¹¹ dito.

⁴¹² Städtebauliche Konzeption des Rats des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain vom 30.08.1979. S. 2. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Rekonstruktionsmaßnahme war daher vorgesehen, in die Erdgeschosszone vorrangig wieder diese Einrichtungen und eine Gaststätte einzurichten.

Zum Verständnis der im Palisadendreieck praktizierten „Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“ soll vor der detaillierten Betrachtung der Vorgänge ein Überblick über die städtebaulichen und politischen Hintergründe in der Zeit zwischen Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre erläutert werden.

Im Jahre 1979 legte die Bezirksdelegiertenkonferenz der SED die Abrissminimierung in den innerstädtischen Altbaugebieten fest. Diese wurde durch eine Rechtsverordnung verfügt.⁴¹³ Beschlossen wurde eine Verhängung eines allgemeinen Abrisstoppes für Gebäude der BZS 1 bis BZS 3. Die Bestimmung „gilt für den Abriss von Gebäuden, [...] der auf Grund [...] von Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden vorgesehen ist“⁴¹⁴. Dadurch wurde die Hinwendung zur Erhaltung der Altbausubstanz eingeleitet. Diese stellte eine politische Absicht dar, durch Senkung von Investition und Bauaufwand die Ziele des Wohnungsbauprogramms trotz schlechter wirtschaftlicher Situation zu erreichen.

Die Aufwertung der städtebaulich-architektonischen Gestaltung des Gebietes und der Qualität von vorhandenen Wohngebäuden erfolgte in diesem Rekonstruktionsgebiet unter dem Motto: „Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“ – eine Maßnahme, bereits im ganzen Stadtgebiet punktuell aus der Gegebenheit des jeweiligen Gebietes nicht gezielt geplant, jedoch aus der Notwendigkeit durchgeführt wurde. Erst seit der 7. Baukonferenz im Juni 1980 wurde dieser Begriff auch offiziell vom Partei- und Verwaltungsapparat übernommen und als Lösung für weitere Gebiete propagiert.

Das Palisadendreieck bot sich für diese Variante aufgrund der baulichen Struktur an. Die in schlechten baulichen Zustand befindlichen Wohngebäude wurden bis dahin unzureichend instandgehalten, da diese langfristig für den Abriss vorgesehen waren. Mehrere Gebäude waren aufgrund ihrer Bauschäden nur noch zum Teil bewohnt, andere dagegen in so gutem Zustand, dass eine Modernisierung und Instandsetzung dieser Gebäude für eine „Restnutzungsdauer von 40 Jahre“⁴¹⁵ zu verantworten war.

Es galt als Experiment und Kompromiss, inwiefern eine gute städtebaulich-architektonische Gestaltung in einem Wohngebiet durch harmonische Verbindung vorhandener Altbauten mit den Neubauten gelingen konnte. Im Vordergrund stand aber weiterhin, dass die Ziele des Wohnungsbauprogramms unter den sich verschlechternden volkswirtschaftlichen Bedingungen der DDR nur durch die Senkung von Investition und Bauaufwand zu erreichen waren.

Verdeutlicht wurde dies in dem Ergebnis der Beratung zwischen dem Chefarchitekten, dem Büro für Stadtplanung und den Stadtbezirksarchitekten zur Vorbereitung der Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Wohnungsbausubstanz im Jahre 1980. Wiederholt wurde betont, dass „bei geringem Aufwand eine höhere, städtebauliche und architektonische Qualität zu sichern“⁴¹⁶ war. Es ging darum, das günstigste Verhältnis von Aufwand und Ergebnis, ein Gleichgewicht zwischen ökonomischer Effektivität und politischer Programm Erfüllung, zu erreichen. Es kam darauf an, die „Aufgaben der Modernisierung und In-

⁴¹³ Gesetzblatt der DDR Teil 1, Nr. 34 vom 19.10.1979.

⁴¹⁴ dito. § 1.

⁴¹⁵ Ein gängiger Vermerk des Stadtplanungsamtes zur Bestätigung einer Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahme.

⁴¹⁶ Sitzungsprotokoll der Beratung des Stadtplanungsamtes vom 24.09.1980. S. 2. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

standsetzung, wie sie im Politbüro- und Magistratsbeschluss [...] festgelegt sind, zu erfüllen. Es gilt, das Wort der Partei: „Die Wohnungsfrage bis 1990 zu lösen für die Bürger spürbar und konkret abzurechnen. Das ist schrittweise, standortbezogen mit den Volkswirtschaftsplänen zu realisieren.“⁴¹⁷

Aufgrund der Entscheidung für den maximalen Erhalt der Altbausubstanz und die Schließung der in den Wohnquartieren entstandenen bzw. vorhandenen Baulücken durch Wohnungsneubau ergaben sich im Allgemeinen Probleme bei der (normativen) Erfüllung des Freiflächenbedarfs im Rekonstruktionsgebiet. Einige Baulücken wurden bekanntlich provisorisch zu Spielplätzen gestaltet, die nunmehr den Neubauten weichen mussten. Aus diesem Grund wurde von einer differenzierteren und intensiveren Nutzung der Frei- und Erholungsflächen ausgegangen und für jedes Teilgebiet ein (öffentlicher) Spielplatz konzipiert bzw. eine gebäudebezogenen Freiflächen entwickelt.

5.2.2.2 Zustand der Gebäude

Bereits 1949 bestanden Überlegungen für die Inanspruchnahme der Grundstücke in der Palisadenstraße. Demzufolge waren bereits Neubebauungen für das Gebiet geplant, da das Gesetz⁴¹⁸ die Anwendung der Inanspruchnahme nur im Rahmen von Neubauobjekten erlaubte. Der Magistrat von Berlin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Rechtsnachfolger bzw. Antragsteller keinen Anspruch habe, „Entschädigung für die nach Erteilung der Genehmigung entstehende Werterhöhung zu beanspruchen oder den im Zeitpunkt der Genehmigung bestehenden Zustand ohne Zustimmung des Amtes für Stadtplanung des Bezirks zu verändern“⁴¹⁹. Das Gebiet wurde anschließend 1951 durch den Magistrat als Aufbaugesbiet erklärt.⁴²⁰

Die Planungen im Gebiet sahen zunächst vor, nur die zwingenden kleineren Instandsetzungsmaßnahmen durchzuführen, da für das Gebiet langfristig Flächenabriss geplant waren. Beispielsweise wurde in der Palisadenstraße 61 ein Antrag vom 21.06.1956 für Schwammbeseitigungsmaßnahmen in Höhe von 3.500 Mark wurde am 05.07.1956 genehmigt⁴²¹ und Anträge für geringe Instandsetzungsmaßnahmen mit dem Vermerk „keine städtebaulichen Bedenken“ anstandslos und in kurzer Zeit bewilligt.⁴²² Auch einem Antrag auf Töpferarbeiten (Ofensetzerarbeiten) in Höhe von 7.300 Mark wurde von dem Stadtplanungsamt zugestimmt.⁴²³ Weiterhin wurden sowohl im VH, SF und QG im Jahre 1958 Tischler-, Maurer-, Zimmerer-, Fußboden- und Dacharbeiten in Höhe von 10.000 Mark am 18.03.1958 vom Rat des Stadtbezirks Friedrichshain bewilligt.⁴²⁴

Die Bausubstanz der Wohngebäude im Palisadendreieck bewegte sich zwischen den BZS 2 und BZS 4.⁴²⁵ Andere dagegen befanden sich in einem guten Zustand, so dass sie für eine langfristige Dauer instandgesetzt und modernisiert werden konnten. Aufgrund ihrer Bauschäden waren aber mehrere Gebäude nur noch zum Teil bewohnt. Folglich war eine ge-

⁴¹⁷ Sitzungsprotokoll der Beratung des Stadtplanungsamtes vom 24.09.1980. S. 2. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴¹⁸ „Aufbaugesetz“. Gesetzblatt der DDR Nr. 104/1950 vom 14.09.1950. S. 965 – 967.

⁴¹⁹ Schreiben vom Magistrat an Stadtbezirksplanungsamt vom 13.12.1949. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴²⁰ Magistrat Beschluss vom 29.03.1951. Landesarchiv Berlin. Akte C-Rep. Nr. 147/1 Nr. 46.

⁴²¹ Aus den Bauakten des Archivs Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴²² Anträge von Berliner Volkseigene Wohnungsverwaltung Friedrichshain.

⁴²³ Antrag von Berliner Volkseigene Wohnungsverwaltung Friedrichshain vom 24.10.1956.

⁴²⁴ Antrag von Berliner Volkseigene Wohnungsverwaltung Friedrichshain vom 04.03.1958.

⁴²⁵ vgl. Städtebauliche Direktive des Magistrats von Berlin vom 27.08.1980. Anlage 1.

nauere Zustandsbeschreibung einzelner Gebäude mit den entsprechenden Maßnahmen zu erstellen.

Bis auf wenige Gebäude wurden mehrere Fassaden bereits in den 50er und 60er Jahren instandgesetzt. Beispielsweise wurden 1957 einige Fassaden in der Palisadenstraße und Friedenstraße neu gestaltet. Ebenso wurde am 14.06.1960 ein Bauantrag auf Fassadengestaltung für das Objekt Palisadenstraße 58 gestellt und am 28.09.1960 eine Baugenehmigung zur Wiederherstellung der Balkone erteilt. Notwendige Maßnahmen zur Realisierung des Antrags wurden durchgeführt wie „Abklopfen des Putzes [...] und anschließend Neuputz in naturfarbenen Kratzputz und der Sockel mit Klinker verkleidet“⁴²⁶. Im Allgemeinen wurden an den restlichen Gebäuden die Reste der Architektur- und Schmuckelemente beseitigt und die Fassade mit einem eingefärbten Kratzputz versehen, so dass von dem ursprünglichen architektonischen Erscheinungsbild kaum noch etwas erhalten geblieben ist.

So war die Situation des Palisadendreiecks bis in die 70er Jahre, ein Quartier mit vielen Baulücken – die provisorisch durch Garagen bebaut waren – und mit starker Hofüberbauung. Die sich in einem schlechten baulichen Zustand befindlichen Wohngebäude zeigten überwiegend eine einfach gestaltete Fassade.

5.2.2.3 Planungsvorläufe

Nach Erscheinen der Leitplanung durch das Institut für Städtebau und Architektur (ISA) im März 1979 hatte der Stadtbezirk erkannt, dass eine städtebauliche Konzeption zu erstellen war, in der der Bauzustand des einzelnen Gebäudes und jede Maßnahme festzuschreiben und anschließend in die Aufgabenstellung (AST) für das Gebiet aufzunehmen war. Diese wurde daraufhin am 30.08.1979 vom Stadtbezirksbauamt erstellt.⁴²⁷

Die Konzeption gab zunächst eine Darstellung der ausgeführten Maßnahmen des Wohngebietes „Palisadendreieck“, das seit 1960 nicht in die städtebauliche Gestaltung durch Neubebauung einbezogen wurde. Das nördlich der Magistrale Stalinallee (Karl-Marx-Allee) befindliche Gebiet wurde aufgrund der geringen Fläche ausgeschlossen, um „eine Bebauung mit Erzeugnissen des komplexen Wohnungsbaues“⁴²⁸ vorzunehmen.

Die Neugestaltung dieses Gebiets war für einen späteren Zeitpunkt vorgesehen. Die allgemeine Bausubstanz wurde nach der städtebaulichen Einschätzung mit nur einer beschränkten Bestandszeit und zum späteren Abriss eingestuft, da sie nicht mehr erhaltungswürdig war. Aus diesen Gründen wurden in diesem Wohngebiet „nur noch Werterhaltungsmaßnahmen in einem der damaligen Planung entsprechenden vertretbaren Umfang“⁴²⁹ vorgenommen.

In den 60er Jahren wurden u. a. Arbeiten an den Fassaden in der Friedenstraße, zwecks Gefahrenbeseitigung und Erhaltung des Stadtbildes an dieser verkehrsreichen Straße in An-

⁴²⁶ Bauakte Nr. 1883. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴²⁷ Städtebauliche Konzeption des Rats des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain vom 30.08.1979. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴²⁸ dito. S. 1.

⁴²⁹ dito.

griff genommen. In den übrigen Bereichen wurden ebenso nur die notwendigsten Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt.⁴³⁰

Weiterhin gab die Konzeption die Übersicht über die vorhandene Wohnsubstanz wieder. Anhand von Lageplänen wurde eine Übersicht der Bauzustandsstufen, der sanitärtechnischen Ausstattung der einzelnen Häuser und der gewerblichen Nutzung im Wohngebiet gegeben sowie ein Vorschlag zur städtebaulichen Gestaltung unterbreitet.⁴³¹

Zur Zeit der Erstellung der Konzeption befand sich der überwiegende Teil der Wohnungen, die mit IT bzw. Bädern ausgestattet waren in der Friedenstraße und in der Koppenstraße. In der Palisadenstraße wurden 75 % der Wohnungen lediglich mit AT ausgestattet.

Die Hauptaufgabe der Konzeption bestand darin, eine Untersuchung über die Möglichkeiten der städtebaulichen Gestaltung des Palisadendreiecks vorzunehmen. Die Untersuchungsergebnisse ergaben die eindeutige Zielstellung: Erhalt des Wohngebiets, der vorhandenen Handelseinrichtungen, der Gewerbe und der privaten Handwerksbetriebe bzw. diese wichtigen Versorgungseinrichtungen im Rahmen der Umgestaltung kapazitätenmäßig zu erweitern oder zu ergänzen.

Aus der Auflistung ging hervor, in welchen Bauzustandsstufen sich die einzelnen Häuser befanden. Die Anzahl der Wohnungen einschließlich ihres Wohnungsspiegels, die Art der sanitären Ausstattung und die Leerstände wurden gebäudeweise dokumentiert. Zusätzlich wurden Lage, Art und Zustand der Gewerbeeinheiten wie folgt beschrieben:⁴³²

Übersicht der Wohnbausubstanz in der Palisadenstraße Stand 30.8.1979

Haus Nr	Geb	BZS	WE	1R	2R	3R	4R	Bad	IWC	AWC	BEMERKUNGEN
53	VH	4	11	6	3	2	-	-	-	11	-
58	VH	3	19	17	1	1	-	-	15	4	Im EG Bäcker
	LSF	4	8	8	-	-	-	-	-	8	-
	RSF	4	8	8	-	-	-	-	-	8	-
59	VH	3	7	7	-	-	-	-	1	6	1 Weitere WE Lager
60	VH	3	11	1	10	-	-	-	-	11	Im EG Farben und Seifen
	RSF	3	2	-	2	-	-	-	-	2	1 WE leer
61	VH	3	5	2	3	-	-	-	-	5	1 WE 1/1, 3 WE 2/1 Leer
	LSF	4	-	-	-	-	-	-	-	-	Gesperrt
	QG	4	8	2	6	-	-	-	-	8	-
62	VH	4	-	-	-	-	-	-	-	-	Gebäude geräumt
63	VH	4	10	9	1	-	-	-	-	10	7 WE Geräumt
65	VH	3	6	2	-	4	-	3	3	-	-
	QG	3	2	-	2	-	-	-	2	-	EG und 1.OG stehen leer
Gesamt			97	62	28	7	-	3	21	73	23 WE gesperrt

⁴³⁰ Aus mehreren Bauakten der Häuser im Rekonstruktionsgebietes. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴³¹ sh. Abb. Nr. 36, 37, 38 und 39.

⁴³² vgl. Städtebauliche Konzeption des Rats des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain. a. a. O. S. 3.

Übersicht der Wohnbausubstanz in der Friedenstraße. Stand 30.8.1979

Haus Nr	Geb	BZS	WE	1R	2R	3R	4R	Bad	IWC	AWC	BEMERKUNGEN
54	VH	2	8	-	11	7	-	-	18	-	Im EG Lebensmittelladen
55	VH	2	8	-	1	7	-	-	8	-	-
	QG	2	14	13	1	-	-	1	4	9	-
56	QG	3	14	13	-	1	-	-	5	9	-
57	VH	2	10	2	4	4	-	-	10	-	-
	QG	3	18	12	-	6	-	1	1	16	-
58	VH	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-
59	VH	3	10	4	6	-	-	-	10	-	-
60	VH	2	4	-	-	-	4	4	-	-	Im Hof Kfz. Werkstatt.
	SF	2	2	2	-	-	-	-	-	2	-
	QG	2	8	4	3	1	-	-	-	8	-
61	VH	2	9	4	5	-	-	-	-	9	Im EG Post
	QG	3	4	4	-	-	-	-	-	4	-
62	VH	2	10	-	-	5	5	-	10	-	Im EG Jugendklub
	LSF	2	12	12	-	-	-	-	-	12	-
	RSF	3	12	12	-	-	-	-	-	12	10 WE Gesperrrt
63	VH	2	10	-	4	-	4	2	8	-	-
64	VH	2	13	6	2	5	-	3	7	3	-
65	VH	2	10	-	-	10	-	-	10	-	-
66	VH	1	10	-	6	4	-	-	10	-	-
Gesamt			196	88	43	52	13	11	101	84	10 WE Gesperrrt

Übersicht der Wohnbausubstanz in der Koppenstraße Stand 30.8.1979

Haus Nr	Geb	BZS	WE	1R	2R	3R	4R	Bad	IWC	AWC	BEMERKUNGEN
41/1	VH	3	8	-	4	4	-	-	8	-	EG ehemalige Gaststätte
41/2	VH	3	10	-	5	5	-	-	10	-	-
42	VH	3	9	-	-	9	-	9	-	-	Im EG und Hof Fleischer
44	VH	3	12	2	4	6	-	3	9	-	-
45	VH	2	8	1	7	-	-	-	8	-	Im EG Obst- u Gemüse
Gesamt			47	3	20	24		12	35	-	-

In Abhängigkeit von der Bausubstanzstufe wurde entschieden, Gebäude der Bauzustandsstufe 4 abzureißen. In diesen freien Stellen waren Neubauten zu errichten. Eine Tendenz zeichnete sich ab, kleinere Baulücken/Einzelgrundstücke, wie in der Koppen- und Friedenstraße, in konventioneller Bauweise und größere, zusammenhängende Grundstücke, wie in der Palisadenstraße, in industriell vorgefertigter Bauweise zu schließen.

Zur Erhöhung der Wohnqualität hinsichtlich der Belichtung und Belüftung war es dringend erforderlich, zusätzlich zu den Abrissen der Seitenflügel und Quergebäude auch die vorhandenen Garagen in den Innenhöfen zu entfernen. Konkrete Zahlen der insgesamt abzureißenden Wohneinheiten und neu zu errichtenden Wohnungen wurden in dieser Phase noch nicht

genannt. Nur für einzelne Grundstücke wurden Grobeinschätzungen über mögliche Gewinne und Verluste von Wohneinheiten vorgenommen. Die dadurch entstandenen Freiflächen in den Höfen waren für eine sinnvolle Nutzung durch die Mieter gemäß Freiflächenkonzeption je nach Möglichkeit des Standortes zu gestalten.⁴³³

Als Problem zeigte sich die Lösung der Spitze Palisaden-/Friedenstraße. Die Konzeption sah eine städtebauliche Gestaltung vor, die in den Erlebnisbereich der Karl-Marx-Allee einbezogen werden und für die Bewohner einen städtebaulichen Höhenpunkt darstellen sollte. An diesem Beispiel sollte gezeigt werden, dass der Erhalt des Wohnquartiers nicht nur den ökonomischen Erfordernissen entsprach, sondern dass die Rekonstruktion für eine harmonische Gestaltung des Stadtbildes wichtig war.

Für diese Spitze war zunächst eine kleine Grünanlage mit dichter Bepflanzung zur Abschirmung des Verkehrs vorgesehen. Dafür war es notwendig, die angrenzenden Gebäude abzureißen. Ein weiterer Vorschlag sah den Neubau eines Standesamtes in diesem Bereich vor, der letztendlich auch zur Realisierung kam.

Für den ruhenden Verkehr sollte der Mittelstreifen der Friedenstraße als Parkfläche ausgewiesen und die dort vorhandenen Baumreihe durch Neubepflanzung bis zum ehemaligen Leninplatz sollten vervollständigt werden.

5.2.3 Planungsentscheidungen zur Rekonstruktion

5.2.3.1 Aufgabenstellung (AST)

Die Konzeption leistete bereits die Vorarbeit für die Planung im Gebiet, indem die Bauzustandsstufen (BZS) und die vorgesehenen Maßnahmen festgeschrieben wurden. Die Angaben waren anschließend in die Aufgabenstellung (AST) aufzunehmen.

Die Kreisplankommission (KPK) des Rats des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain erstellte am 21.08.1980 die „Aufgabenstellung Modernisierungs-/Rekonstruktionsgebiet Palisaden-, Koppen-, Friedenstraße im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain“. Die Umgestaltung des Gebiets wurde damit als „eine der Schwerpunktaufgaben zur weiteren Umgestaltung der Hauptstadt der DDR als sozialistischer Metropole“⁴³⁴ erklärt, da sie gleichzeitig Bestandteil der Realisierung des Wohnungsbauprogramms der Hauptstadt bis 1990 war. Das Ziel dieser Umgestaltung bestand darin, die Wohnbedingungen, die aus dem 19. Jahrhundert stammten und nicht den sozialistischen Wohnbedingungen entsprachen, grundlegend zu verbessern.

Zur Zeit der Erstellung dieser AST wohnten im Untersuchungsgebiet 521 Bürger, davon 66 Rentner. Die Gesamtfläche wurde mit 13.094 m² angegeben. Hier befanden sich 24 Wohngebäude mit 372 Wohnungen. Aufgrund der hygienischen und baulichen Bedingungen waren 57 Wohnungen im Gebiet gesperrt.⁴³⁵

⁴³³ vgl. Städtebauliche Konzeption des Rats des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain vom 30.08.1979. a. a. O. S. 3.

⁴³⁴ AST vom 21.08.1980. S. 1.

⁴³⁵ vgl. dito. S. 4.

Um eine spürbare Verbesserung der Wohnqualität zu erreichen, wurden von der AST folgende Ziele⁴³⁶ gesetzt:

- Abriss der Wohnungen der BZS 4, ebenso Wohnungen der BZS 3, deren Instandsetzung bzw. Modernisierung ökonomisch nicht mehr vertretbar war.
- Modernisierung bzw. Instandsetzung der Wohnungen, die erhalten blieben, und diese mit IT sowie einer Dusche bzw. einem Bad auszustatten.
- Zusammenlegung der Kleinstwohnungen, um eine verbesserte Grundrisslösung zu erreichen und um den Bestand der 1-R-Wohnungen zu reduzieren.
- Schaffung von Wohnungsneubau in Form von Lückenschließungen.

Durch diese Maßnahmen verblieben von der Altbausubstanz insgesamt 232 Wohnungen und 134 Wohnungen waren neu zu erstellen. Nach Fertigstellung der Maßnahmen werden somit insgesamt 366 WE vorhanden sein.⁴³⁷

Der Wohnungsspiegel sah anschließend wie folgt aus:

- 51 1-R-Wohnung = 13,9 %
- 144 2-R-Wohnung = 39,4 %
- 139 3-R-Wohnung = 38,0 %
- 32 4-R-Wohnung = 8,7 %

366 Wohnungen = 100,0 %

Die AST erstellte darüber hinaus detaillierte architektonische Anforderungen an die Altbau-substanz, die objektweise aufgelistet wurden. Sie betrafen u. a. die Gestaltung und Gliederung der Fassade. Dadurch, dass die aufwändige Alt-Berliner Stülfassade in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr hergestellt werden soll, hatte die Neuverputzung im Zeitcharakter zu erfolgen. Weiterhin wurde ebenso die Ausführung der einfacheren Stuckelemente, wie Fugenschnitte, Gesimse und Faschen, festgelegt. Materialien und Farbtöne erfolgten entsprechend den Vorgaben der Farbkonzeption.

Bei den Lückenschließungsobjekten waren zusätzlich noch städtebauliche Aspekte zu berücksichtigen. U. a. wurden städtebauliche Forderungen an die Neubauobjekte gestellt. Die Farbgestaltung der Fassaden war mit dem Charakter des Straßenbildes harmonisch abzustimmen, die Traufhöhe der Nachbarbebauung einzuhalten und die Bauflucht der angrenzenden Bebauung aufzunehmen. Bei Neubauten auf zusammengelegten Grundstücken mussten außerdem Durchfahrten zu den gemeinsamen Innenhofbereichen erstellt werden, um einen öffentlichen Zugang zu den Freiflächen zu ermöglichen.

Im Hinblick auf die soziale Infrastruktur wurde sich für die Beibehaltung aller im Gebiet befindlichen Einrichtungen entschieden. Aus Kapazitätsgründen war sogar eine Erweiterung bzw. Ergänzung der Gewerbe oder Betriebe notwendig. Bei der Errichtung der Neubauten war eine Einordnung der Gewerberäume einzuplanen. Die AST sah ebenfalls die Erarbeitung einer Konzeption zur Gestaltung der zukünftigen Frei- und Erholungsflächen vor, die in den Innenhöfen durch die Abrisse entstanden.

⁴³⁶ AST vom 21.08.1980. S. 2.

⁴³⁷ dito. S. 6.

Die Gesamtkosten für die Rekonstruktionsmaßnahmen wurden mit rund 23 Millionen Mark eingeschätzt. Für die einzelnen Positionen ergaben sich folgende Kosten:

• Vorbereitung	232.000,00 M
• Abrisse	363.780,00 M
• Durchführung	21.600.000,00 M
• Innenhöfe und Freiflächen	555.540,00 M
• Gehwege	40.600,00 M

Die Finanzierung der Vorbereitung erfolgte aus den Haushaltsmitteln des Staates, die der Durchführungsmaßnahmen durch Kredite. Weiterhin waren bei der AST – im Gegensatz zu der Konzeption – bereits detaillierte Angaben über Maßnahmen, Kosten sowie Terminpläne für die einzelnen Häuser aufgelistet.

5.2.3.2 Städtebauliche Direktive

Am 30.07.80 wurde mit dem Magistratsbeschluss 246/80 festgelegt, im Jahr 1981 mit der Modernisierung, Instandsetzung und dem Wohnungsneubau im Rekonstruktionsgebiet Palisaden-/Koppen-/Friedenstraße zu beginnen. Aufgrund der sehr umfangreichen Aufgaben beauftragte der MAG daraufhin auf Vorschlag des Bürgermeisters des Stadtbezirks⁴³⁸ den Bezirk Suhl, mit seinen Baubetrieben die Realisierung dieses Bauvorhabens vollständig zu übernehmen. Aus Berlin war für dieses Projekt lediglich der VEB Stuck und Naturstein für die Lieferung der Stuckelemente beteiligt.

Die offizielle Bekanntgabe erfolgte in der Städtebaulichen Direktive⁴³⁹ des Magistrats (eine ergänzende Direktive erfolgte im Mai 1981). Als gesetzliche Grundlage diente die „Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Folgeinvestitionen – Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen“ vom 18.09.1979.⁴⁴⁰

Als Hauptauftragnehmer (HAN) waren die Betriebe der VEB aus Bad Salzungen, Sonnenburg, Ilmenau, Meiningen, Neuhaus, Hildburghausen, Zella-Mehlis und Schmalkalden beteiligt. Erstmals wurden damit im ehemaligen Ost-Berlin komplexe Maßnahmen durch einen anderen Bezirk ausgeführt.⁴⁴¹ Dies verdeutlicht, dass die Kapazitäten des Bezirks Berlin nicht ausreichten, um das Wohnungsbauprogramm in der Hauptstadt zu realisieren.

Die Datenerhebungen der Direktive ergaben folgende Fakten:⁴⁴²

Im Gebiet befanden sich 372 Wohnungen. Ihrer Größen nach verteilen sich wie folgt:

- 167 1-R-Wohnung = 44,9 %
- 130 2-R-Wohnung = 34,9 %
- 61 3-R-Wohnung = 16,4 %
- 14 4-R-Wohnung = 3,8 %

⁴³⁸ vgl. Dorothea Krause et al.: Erfahrungen und Probleme bei der Vorbereitung und Durchführung des Modernisierungs- und Rekonstruktionskomplexes „Palisadendreieck“. a. a. O. S. 522.

⁴³⁹ Städtebauliche Direktive. Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße. Magistrat von Berlin vom 27.08.1980.

⁴⁴⁰ Gesetzesblatt der DDR Teil I Nr. 34 vom 19.10.1979. S. 1.

⁴⁴¹ vgl. Dorothea Krause et al.: Erfahrungen und Probleme bei der Vorbereitung und Durchführung des Modernisierungs- und Rekonstruktionskomplexes „Palisadendreieck“. a. a. O. S. 522.

⁴⁴² vgl. Städtebauliche Direktive. Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße. a. a. O. S. 2 – 3.

Ausgestattet wurden die Wohnungen mit:

- Bad und IWC = 41 WE = 11,0 %
- IWC = 141 WE = 37,9 %
- AWC = 190 WE = 51,1 %

Von insgesamt 41 Gebäudeteilen befanden sich

- 10 in BZS 4
- 16 in BZS 3
- 14 in BZS 2
- 1 in BZS 1

Die Direktive sah folgende Wohnungszahlen vor:

	Bestand	Nach der Maßnahme
Abriss	158	-
Modernisierung/Instandsetzung	214	178
Neubau	-	128
Insgesamt	372	306

Die Notwendigkeit, jedes Haus mit Stuck zu verzieren, um dem Originalzustand gerecht zu werden, scheiterte aus Kostengründen. Eine einheitliche, glatte, eintönige Fassadengestaltung wurde andererseits auch nicht angestrebt. Der Entwurf des Büros für Städtebau zur Farb- und Fassadenkonzeption sah für das Gebiet Sand- bzw. Beigetöne vor. Nur bei den Stuckfassaden waren kräftigere Farbtöne vorgesehen.⁴⁴³ Hierbei handelte es sich sowohl um rekonstruierte Stuckelemente als auch um Stuck aus dem Elementenkatalog des VEB Stuck und Naturstein aus Berlin. Im ganzen Gebiet wurden diese Elemente letztendlich nur bei vier Häusern angewendet wurde

Ausnahmen bilden die noch vorhandenen Stuckfassaden wie an der Palisadenstraße 58, 59 und 65. Einschließlich der EG-Zone waren alle Architektur- und Schmuckelemente zu erhalten bzw. zu rekonstruieren. Die restlichen Fassaden, die aufgrund ihres Zustandes neu verputzt werden mussten bzw. deren Putz sich in gutem Zustand befand, waren entsprechend der Farbkonzeption zu gestalten.⁴⁴⁴

Bei der farblichen Gestaltung des Palisadendreieckes war die dominierende Rolle der Magistrale Karl-Marx-Allee zu berücksichtigen. Deshalb musste sich die Gestaltung des Palisadendreieckes durch eine zurückhaltende, freundlich wirkende Farbgebung dieser Magistrale unterordnen. Die Lückenschließungen waren farblich zurückhaltender zu gestalten. Eine Ausnahme bildeten die historischen Stuckfassaden, die farblich hervorzuheben waren. Durch die Erhaltung der Fenster und Türen und die Wiederherstellung der Bossen war der historische Charakter zu wahren. Gesimse, Schmuckelemente, Fenster, Faschen und Leibungen erhielten grundsätzlich einen weißen Anstrich.⁴⁴⁵

⁴⁴³ vgl. Dorothea Krause et al.: Erfahrung und Problem bei der Vorbereitung und Durchführung des Modernisierungs- und Rekonstruktionskomplexes Palisadendreieck im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain. a. a. O. S. 525.

⁴⁴⁴ vgl. Städtebauliche Direktive. Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße. a. a. O. S. 7.

⁴⁴⁵ dito. S. 8.

Bei der Betrachtung der Farbkonzeption wurde festgestellt, dass die unterschiedliche Bedeutung der einzelnen Straßen trotzdem durch entsprechende Farbgebung zum Ausdruck zu bringen war. Die sehr kurze Koppenstraße war farblich nahezu einheitlich, somit harmonisch zu gestalten. Die Friedenstraße, entsprechend der Bedeutung als verkehrsreiche Straße, war vielfarbiger zu gestalten. Die Palisadenstraße sollte farblich einheitlicher, harmonischer umgestaltet werden, um die bereits unruhige, abwechselnde Struktur aufgrund mehrerer Lückenschließungen nicht noch zu betonen.⁴⁴⁶

Auf der Grundlage der städtebaulichen Konzeption des Stadtbezirksbauamts vom 30.08.79 stellte der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung (KWV) Berlin-Friedrichshain in seiner Funktion als Hauptauftraggeber (HAG) am 17.02.1982 beim Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, Kreisplankommission (KPK) einen Antrag auf eine Standortgenehmigung. Daraufhin stellte der Rat des Stadtbezirks Berlin-Friedrichshain am 22.03.1982 einen Antrag auf eine Standortgenehmigung für das Rekonstruktionsgebiet Palisaden-, Koppen-, Friedenstraße beim Magistrat von Berlin und zur Erteilung einer städtebaulichen Bestätigung. Die städtebauliche Bestätigung (Reg Nr. 210/1982) erfolgte durch den Magistrat von Berlin am 15.10.1982. Anschließend wurde dem Antrag vom KWV auf Standortgenehmigung am 03.11.1982 von der KPK entsprochen (Nr. 185.) Die Bauzeit war von 1981 bis 1985 angegeben.

Bei der Genehmigung wurden die Kosten wie folgt aufgeteilt:

	1981	1982	1983	1984	1985	Gesamt
Investitionsvolumen in TM	4.446	10.465	2.972	5.768	3.046	26.697

5.2.3.3 Planung der einzelnen Objekte

Die infolge des Krieges entstandenen Baulücken wurden als Stellfläche genutzt, auf denen provisorische Garagen aufgestellt wurden. Die Neugestaltung des Gebietes, sah weitere Abrisse vor und demzufolge würden neue Baulücken entstehen. Durch vorhandene und entstandene Baulücken war es naheliegend, neue Lösungen zu konzipieren. In diesem relativ kleinen Gebiet mit überwiegendem Wohnungsanteil, relativ wenig Läden und Dienstleistungseinrichtungen konzentrieren sich die Lösungen bei der Rekonstruktionsmaßnahmen daher nur auf den Wohnungsbau und seine Freiflächengestaltung, mit dem Ziel, eine harmonische Mischung zwischen Alt- und Neubauten zu erreichen.

Im Einzelnen sah die Planung der Rekonstruktion im Palisadendreieck u. a. folgende Maßnahmen vor:

- Modernisierung und Werterhaltung des Wohngebäudes in der Palisadenstraße 65/ Koppenstraße 41

Seit 1974⁴⁴⁷ wurden in diesem Gebäude bereits Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen in einigen Wohnungen durchgeführt, noch nicht staatlich gesteuert, sondern durch den Mieter privat organisiert und auch finanziert. Beispielsweise wurden im Rahmen eines

⁴⁴⁶ vgl. Städtebauliche Direktive. Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße. a. a. O. S. 8.

⁴⁴⁷ vgl. Bauakte Palisadenstraße 65/Koppenstraße 41. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Antrags⁴⁴⁸ auf Einbau eines Bades, Fäulnisschäden in den Holzfußböden der Küche und des WC durch ein holztechnisches Gutachten am 05.07.1974 festgestellt, die durch eingedrun-
genes Niederschlagswasser entstanden waren und ebenfalls Schäden an den Fassaden
verursachten. Die Bauaufsicht des Rats des Stadtbezirks ordnete daraufhin, den gesamten
Fußboden zu untersuchen.⁴⁴⁹ Als Ergebnis mussten in einigen Räumen die Holzfußböden
durch Massivdecken ersetzt werden. Ein weiteres Beispiel war ein Antrag auf Umbau einer
3-R-Wohnung mit Durchgangszimmer in eine 4-R-Wohnung ohne Durchgangszimmer.⁴⁵⁰

Von den ehemals vier Aufgängen wurde während des Krieges ein Aufgang zerstört. Vor der
Rekonstruktion waren 20 WE, eine Gaststätte und vier Gewerbeobjekte vorhanden. Nach
der Rekonstruktion wurde jede WE mit einem Bad bzw. einer Dusche mit IT ausgestattet.
Der Einbau von Bad/Dusche und IT erfolgte z. T. in einer vorhandenen Kammer oder durch
Versetzen von Wänden. Aufgrund der großzügigen Grundrissaufteilung der Wohnungen
blieben nach der Rekonstruktion weiterhin 20 WE bestehen.

Die Wohnungen in der Palisadenstraße 65/Koppenstraße 41 wiesen folgende Merkmale
auf:⁴⁵¹

H.Nr.	Geb.	BZS	WE	Davon leer	1R	2R	3R	4R	Bad	IWC	AWC	Mod.	Inst.
65/41	VH	3	20	1	-	12	8	-	2	18	-	18	18

Im Rahmen der Rekonstruktion waren bei diesem Objekt Modernisierungs- und Instandset-
zungsmaßnahmen in den Wohnungen sowie Instandsetzungsmaßnahmen am Gebäude
vorgesehen. Mit Ausnahme der Fassadenarbeiten unterschieden sich diese nicht von den
Maßnahmen, die in den üblichen Altbauten zur Durchführung kamen. Daher wird auf eine
ausführliche Betrachtung dieses Aspekts verzichtet und schwerpunktmäßig auf die Maß-
nahmen an den Fassaden eingegangen.

Vor der Rekonstruktion befand sich die Fassade in einem sehr schlechten Zustand. Hier wa-
ren im Zuge früherer Instandsetzungen alle ehemaligen Stuckelemente entfernt worden.⁴⁵²
Die Umgestaltung der Straßenfassade sollte durch Montage von industriell vorgefertigten Ar-
chitektur- und Fassadenschmuckelementen des Katalogs R 8001 IWA⁴⁵³ der Bauakademie
der DDR erfolgen. Es war eins der wenigen Objekte im Palisadendreieck, an dem eine auf-
wändige Fassadengestaltung durchgeführt wurde.

Als Nebenauftragnehmer (NAN) und Projektant für die Fassadenarbeiten wurde der VEB (K)
Bau Ilmenau beauftragt. Nach dem Erläuterungsbericht⁴⁵⁴ war es erforderlich, den gesamten
alten Putz bis auf das rohe Mauerwerk abzuschlagen und schadhafte Mauerwerk auszu-
bessern. Als Außenputz war im EG und 1. Geschoss Bossenputz, in den oberen Geschos-
sen ein 2-lagiger Putz MG II 2,0 cm stark gemäß Katalog R 7329 PWO aufzubringen. Nach

⁴⁴⁸ Antrag vom Mieter Hess am 21.05.1974, zugestimmt durch den VEB KVV Friedrichshain am 11.06.1974 und durch die Bau-
aufsicht am 20.06.1974. Bauakte Palisadenstraße 65 / Koppenstraße 41. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁴⁹ vgl. Schreiben von der Bauaufsicht an VEB KVV Friedrichshain am 05.08.1974. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁵⁰ Antrag auf Umbau vom 17.11.81, genehmigt am 09.12.1981. Abnahme am 01.10.1982. Bauakte Palisadenstraße 65 /
Koppenstraße 41. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁵¹ vgl. Städtebauliche Direktive. Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße. Anlage 1 Blatt 9.

⁴⁵² sh. Abb. Nr. 40 und 41.

⁴⁵³ „Vorgefertigte Architektur- und Schmuckelemente“ vom Januar 1980.

⁴⁵⁴ vgl. Schreiben VEB (K) Ilmenau am 30.03.1982 an den Bezirksbaudirektor/Chefarchitekten. Archiv Bezirk Friedrichshain-
Kreuzberg.

der Montage der Gipselemente erfolgten zwei Anstriche gemäß Farbkonzept mit Acrylharz- oder Polyacrylatfarben.

Eine Wiederherstellung der Originalfassade kam aus Kostengründen nicht in Frage, da noch immer die Devise galt, „bei geringem Aufwand eine höhere, städtebauliche und architektonische Qualität zu sichern“⁴⁵⁵. Es sollte eine Balance zwischen ökonomischer Effektivität und politischer Programmerfüllung erreicht werden. Im Nachhinein betrachtet war diese Absicht richtig, da in Anbetracht der einfachen Fassadengestaltung der benachbarten Häuser eine Wiederherstellung der originalen Stuckfassade nicht notwendig erschien.

Die Planung dokumentierte jedoch einen anderen Tatbestand und konzipierte eine aufwändigere Fassadengestaltung.⁴⁵⁶ Die Glattputzfassade im EG und im 1. OG wurde durch Bossenputz mit Fugenschnitt aufgewertet. Besondere Hinweise und Anweisungen in den Bauplänen – wie Gurtgesimse vorher ziehen – wiesen zusätzlich darauf hin, dass nicht nur eine einfache Gestaltung der Fassade mit den Elementen des Katalogs erfolgte.

Die Zeichnungen⁴⁵⁷ enthalten zum einen die Elementenliste mit Produktnummern und Anzahl der Fertigteile, wie sie im Katalog R 8001 IWA aufgeführt sind. Darüber hinaus wurden auch besondere Arbeitshinweise wie „Gurtgesims örtlich mit Schablone ziehen“ bzw. „Pilastervorsprung im 5. Geschoss 30 mm Aufputzen“, hinzugefügt. Diese Pläne wurden mit Detailzeichnungen der Bossenfuge Maßstab 1:1 und Vermerken, dass es sich bei dem Brüstungsspiegel um eine „Sonderanfertigung der VEB STUNA-Berlin“ handelt, ergänzt. Die Anweisungen wie „Putzaussparung für Gipselement“ und „Fensterlaibung bei der Montage örtlich zuschneiden. Gehörungsschnitte 45°“ unterstreichen den beabsichtigten Mehraufwand. Als Architekturelemente waren beispielsweise Schlusssteine (Nr. 204), verschiedene Fensterlaibungen (Nr. 34, 35 und 36) und Fensterüberdachungen (Nr. 43) des Katalogs R 8001 IWA einzusetzen. Für rund 1.200 m² Straßenfassade und rund 950 m² Hoffassade wurden die Kosten für Putzarbeiten mit 78.516,87 M, für die Malerarbeiten mit 12.041,84 M und für die Stuckelemente der VEB Stuck und Naturstein mit 237.680,00 M kalkuliert.⁴⁵⁸

Ein Bestandteil der Rekonstruktion war die Errichtung einer Gaststätte im EG-Bereich.⁴⁵⁹ Ursprünglich wurde sie nur als zentrale Verpflegungseinrichtung der Bauarbeiter geplant. Im Nachhinein wurde die Funktion dieser Einrichtung aufgewertet. „Die Versorgung der im Gebiet von 1981 – 1985 tätigen Bauarbeiter ist über die Konsum-Bauarbeiterversorgung im Objekt Gaststätte Palisadenstraße 65/Koppenstraße 41 vorzusehen.“⁴⁶⁰ Dies war demnach eine Maßnahme, die bereits frühzeitig beschlossen wurde, um den Aufenthalt der Bauarbeiter aus anderen Bezirken so angenehm wie möglich zu gestalten. Damit wurde die Wichtigkeit der Arbeiten am Palisadendreieck unterstrichen. Das Objekt wurde ein Vorreiterprojekt für weitere größere Rekonstruktionsgebiete – wie die Gestaltung der Frankfurter Allee – die unmittelbar danach folgten.

Die Studie,⁴⁶¹ die als Grundlage für den Umbau der EG-Zone diente, wurde durch den Projektanten VEB (K) Bau Ilmenau überarbeitet und durch die Hygieneinspektion Berlin-

⁴⁵⁵ Sitzungsprotokoll der Beratung vom 24.09.1980. S. 2. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁵⁶ sh. Abb. Nr. 42.

⁴⁵⁷ sh. Abb. Nr. 43 und 44.

⁴⁵⁸ vgl. Schreiben VEB (K) Ilmenau am 30.03.1982 an den Bezirksbaudirektor/Chefarchitekten. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁵⁹ sh. Abb. Nr. 45.

⁴⁶⁰ AST vom 21.08.1980. S.12.

⁴⁶¹ Studie der Handelsorganisation (HO) Gaststätten Berlin vom 30.06.1980. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Friedrichshain bestätigt. Für die Umbaukosten wurden Kosten in Höhe von 81.770 M veranschlagt.⁴⁶² Die Ausstellung des Prüfbescheids zur Ausführung erfolgte am 20.10.1981.⁴⁶³

Durch die Aufwertung des Objekts und die daraus folgenden Planungserweiterungen fand auch bei dieser Maßnahme eine Erhöhung der kalkulierten Kosten statt. Der Rat des Stadtbezirks bestätigte im Nachhinein am 21.05.81 mit rund 150 TM die tatsächlich entstandenen Kosten für die Maßnahme, fast das zweifache der veranschlagten Kosten. Auch in diesem Bereich schien das bezirkliche Interesse der Anwerbung von Bauarbeitern über den stadtbezirklichen Absichten der Aufwandsminimierung zu stehen.

Die Fertigstellung des gesamten Objektes Palisadenstraße 65/Koppenstraße 41 erfolgte 1983. Der endgültige Prüfbescheid für das Objekt Palisadenstraße 65 erging am 31.01.1983, für das Objekt Koppenstraße 41 am 24.05.1983 und für den Umbau der Gaststätte am 30.06.1983.⁴⁶⁴

- Lückenschließung durch Wohnungsneubau in konventioneller Bauweise in der Friedenstraße 58 – 59

Um eine spürbare Verbesserung der Wohnqualität zu erreichen, wurden im Rekonstruktionsgebiet Palisadendreieck u. a. folgende Ziele gesetzt: Abriss der Wohnungen der BZS 4 bzw. der BZS 3, deren Instandsetzung bzw. Modernisierung ökonomisch nicht mehr vertretbar war, und die Schaffung von Wohnungsneubau in den entstandenen Lücken.

Bereits 1974 wurde von der Bauaufsicht die Baufälligkeit des SF der Friedenstraße 59 festgestellt.⁴⁶⁵ Für das VH war 1975 zunächst noch eine Instandsetzung des restlichen Bauteils vorgesehen. Der HAG, der VEB KWV sah für die Erzeugnislinien Dach und Außenhaut Kosten in Höhe von 46.800,00 M vor.⁴⁶⁶ In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei dem Seitenflügel um einen äußerst ruinösen Gebäudeteil handelte, wurde festgelegt, diesen Teil doch abzutragen. Die Abrissgenehmigung wurde am 07.02.1975 erteilt.

Eigens für das Objekt Friedenstraße 58 – 59 erfolgte 1979 die Inanspruchnahme des Grundstückes durch den Stadtbezirk⁴⁶⁷, um die Errichtung eines Neubaus zu ermöglichen. Erst 1980 wurde die notwendige Grundlage nachgeliefert, dass das im Zeitraum von 1884 – 1890 errichtete Gebäude die BZS 3 und 4 aufwies.⁴⁶⁸ Damit waren die Voraussetzungen für einen Abriss des gesamten Gebäudes gegeben. In ihrem Schreiben⁴⁶⁹ an den Projektanten, den VEB Handelstechnik, wies das Amt bereits darauf hin, dass in diesem Gebiet mit einer städtebaulichen Umgestaltung zu rechnen war. Die Planung hatte sich daher entsprechend nach den örtlichen Gegebenheiten zu richten und den städtebaulichen und architektonischen Charakter des Altbauwohngebietes zu wahren.

⁴⁶² vgl. Kostenzusammenstellung des VEB (K) Bau Ilmenau vom 13.07.1981. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁶³ Zusatzprüfbescheid Nr. 86/81. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁶⁴ Prüfbescheid Nr. 7/003/83, Nr. 7/011/83 und Nr. 7/012/83. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁶⁵ vgl. Schreiben der staatlichen Bauaufsicht an den VEB KWV Friedrichshain vom 11.12.1974. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁶⁶ vgl. Schreiben vom VEB KWV Friedrichshain an den Rat des Stadtbezirks vom 03.12.1975. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁶⁷ Schreiben vom Stadtbezirksbaudirektor an den VEB Kombinat Handelstechnik vom 08.01.1979. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁶⁸ vgl. Städtebauliche Direktive, Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße. a. a. O. Anlage 1, Analyse Friedenstraße.

⁴⁶⁹ Schreiben vom Stadtbezirksbauamt an den VEB Kombinat Handelstechnik vom 08.01.1979. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

In Bezug auf die Farbgestaltung der Fassade wurde auf die Direktive zum Rekonstruktionsgebiet Palisadendreieck vom 27.08.1980 verwiesen, und die in der Straßenfassade ursprüngliche vorhandene Sprossengliederung der Fenster war wieder aufzunehmen.

Die Wohnungen in der Friedenstraße 58 – 59 wiesen folgende Merkmale auf:⁴⁷⁰

HNr	Geb.Teil	BZS	WE	davon leer	1R.	2R.	3R.	4R.	Bad	IWC	AWC	Mod.	Inst.
58	VH	4	9	-	4	5	-	-	-	3	6	9	9
59	VH	3	9	2	4	5	-	-	-	-	9	9	9

Aufgrund der unterschiedlichen Bauzustände der Häuser herrschte zunächst noch keine Einigkeit über den Abriss beider Häuser. Die Planungen zielten zunächst auf einen Umbau des Objektes hin. Zur Kosten-Nutzungs-Optimierung beauftragte der Magistrat, die Möglichkeit eines DG-Ausbaues zu prüfen.⁴⁷¹ Im Jahre 1984 wurde trotzdem eine Studie für ein Neubauobjekt Friedenstraße 58 – 59 vom HAG Komplexer Wohnungsbau Berlin-Friedrichshain erstellt.⁴⁷²

Bei den Lückenschließungen war sorgfältig auf die städtebauliche Zielstellung zu achten, indem sich der Neubau auch optisch in die vorhandene Altbaustruktur einzufügen hatte um „dem Charakter der vorhandenen Fassaden Rechnung zu tragen“⁴⁷³. Die strikte Einhaltung dieser Prinzipien war bei der Ausführung dieses Objekts möglich, weil der Neubau in konventioneller Bauweise errichtet wurde. Aus dem Grund musste der erste Entwurf von 1984 auf Rücksichtnahme auf die vorhandenen Straßenfassaden der benachbarten Häuser vollständig geändert werden.⁴⁷⁴

Die erste Änderung der Studie erfolgte nach einer Beratung mit dem VEB KVV Berlin-Friedrichshain bereits am 10.10.1985,⁴⁷⁵ die ein 6-geschossiges Wohnhaus mit Mansardendach vorsah. Festgelegt wurde auch, dass das neu zu errichtende Gebäude in der Friedenstraße 58 – 59 in konventioneller Bauweise zu erstellen und der Neubau dem vorhandenen Straßenbild anzugleichen war um den städtebaulichen Erfordernissen zu entsprechen. Beispielsweise wurde nach dem ersten Entwurf das Treppenhaus straßenseitig angeordnet. Dadurch lagen die Treppenhausfenster nicht in einer horizontalen Ebene mit den Wohnungsfenstern. Aus dem Grund entstand eine „unruhige Straßenfassadengestaltung“ durch eine starke Betonung des Gebäudes durch die Treppenhausfenster. Nach dem neuen Entwurf wurde das Treppenhaus hofseitig verlegt.

Weitere Korrekturen waren bei den Höhen innerhalb des Gebäudes vorzunehmen. „Unter Einbeziehung der Nachbarbebauung ist die Geschosshöhe des EG von 2.800 mm auf 3.150, die Fensterhöhe von 1.350 mm auf 1.800 mm sowie die Geschosshöhe des letzten Obergeschosses von 2.800 mm auf 2975 mm [...] zu ändern“⁴⁷⁶. Weiterhin waren die notwendigen

⁴⁷⁰ vgl. Städtebauliche Direktive. Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße. a. a. O. Anlage 1, Blatt 8.

⁴⁷¹ vgl. Schreiben vom Magistrat an das Stadtbezirksbauamt vom 05.12.1980. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁷² sh. Abb. Nr. 46, 47, 48 und 49.

⁴⁷³ Städtebauliche Direktive. Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße. a. a. O. S. 8.

⁴⁷⁴ sh. Abb. Nr. 50, 51, 52 und 53.

⁴⁷⁵ vgl. Schreiben HAG Komplexer Wohnungsbau an VEB KVV Friedrichshain vom 04.11.1985. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁷⁶ Protokoll der Sitzung vom 03.12.1985 „Einordnung in das bestehende Nachbargebäude“ unter Beteiligung von HAG, BfS und HAN VEB Hildburghausen. S. 2. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Differenzstufen im Eingangsbereich im Inneren des Gebäudes zu verlegen und auf die vorgesehenen hofseitigen Balkone zu verzichten. Eine Begründung für die Änderung in Bezug auf die Balkone wurde nicht vorgefunden.

Die Planung sah für das Objekt insgesamt 18 WE vor. Im EG waren eine 1-R-WE, eine 2-R-WE und eine 4-R-WE, in den oberen Geschossen eine 1-R-WE und zwei 4-R-WE vorgesehen. Im Keller waren Gemeinschaftsräume, Abstellräume, Kinderwagen- und Fahrradraum geplant. Das DG sollte nicht ausgebaut werden und das Dach war als Berliner Dach auszubilden. Die Gebäudelänge betrug an der Südseite 21,00 m, an der Nordseite 22,00 m, die Breite 13,00 m. Der Bau war mit leichten Montageteilen zu errichten. Die Farbgebung der Fassade sollte in Anpassung mit den vorhandenen Gebäuden in der Straße erfolgen.

Die Standortgenehmigung für die Errichtung einer Baustelleneinrichtung wurde am 06.05.1986 beantragt und am 16.05.1986 erteilt. Der Planträger und HAG war der VEB Komplexer Wohnungsbau Berlin-Friedrichshain, der Projektant und HAN war der VEB (K) Bau Hildburghausen.

Ein Preisangebot vom VEB Bau Hildburghausen vom 30.05.1986 enthielt folgende Angaben:

Position	Leistung	Verbindlicher Preis
L I Bereich	Baustelleneinrichtung	42.730,00 M
L II Bereich	Außergewöhnliche Teilleistungen (Beräumung u. a.)	93.990,00 M
L III Bereich	Unmittelbare Teilleistungen (Bauhauptgewerke)	1.357.320,00 M
L IV Bereich	Gebühren, Honorare und Nachweiskosten	140.910,00 M
PV* 12	Erschweriszuschlag Lückenschließung	52.510,00 M
PV* 14	Mehraufwendungen für das Bauen in Berlin	31.580,00 M
Summe		1.919.040,00 M

*Mit PV (Preisverfügungen) werden Erschwerisse bzw. Mehraufwendungen abgegolten.

Der Bauantrag wurde am 10.11.1986 gestellt und am 02.04.1987 entsprochen. Die Städtebauliche Bestätigung wurde am 18.03.1987 erteilt, mit nochmaligem Hinweis zur Beachtung der Farbgestaltung gemäß städtebaulichen Vorgaben. Die Fertigstellung des Objekts wurde am 31.12.1988 angezeigt, die Endabnahme zwischen HAG und HAN erfolgte am 19.01.1989.⁴⁷⁷ Am 02.02.1989 fand eine Begehung zur Kontrolle der Mängelabarbeitung statt, bei der eine Mängelfreiheit bestätigt wurde.⁴⁷⁸

- Lückenschließung durch Wohnungsneubau in industriell vorgefertigter Bauweise in der Palisadenstraße 61 – 64

Die vor der Rekonstruktion erstellten umfassenden Untersuchungen in der gesamten Palisadenstraße ergaben bei mehreren Gebäuden eine Einordnung in die BZS 4. Daraufhin wurde 1980 für den Abriss dieser Gebäude entschieden. Unter anderen wurde auf den Grundstücken Palisadenstraße 61 – 64 ein 6-geschossiger Neubau in industriell vorgefertigter Bauweise konzipiert, der nachfolgend ausführlich betrachtet wird.

⁴⁷⁷ vgl. Abnahmeprotokoll mit Mängelliste und Auflistung der Restleistungen. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁷⁸ vgl. Protokoll vom 02.02.1989 von GAN, HAG und IAG. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

5.2.4 Durchführung der Rekonstruktion

5.2.4.1 Beispielobjekt Palisadenstraße 61 – 64

Am 13.03.1980 wurde durch den Rat des Stadtbezirks Friedrichshain eine Konzeption zum Abriss der Gebäudesubstanz im Rekonstruktionsgebiet erstellt und daraufhin der Abbruch von Wohngebäuden und Nebenanlagen (u. a. Palisadenstraße 61 – 64) im Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße bestätigt.⁴⁷⁹

Die allgemeine Zustimmung für den Abriss der Objekte im Rekonstruktionsgebiet⁴⁸⁰ signalisierte der Chefarchitekt Korn dem Bürgermeister Krach bereits vor der offiziellen Antragstellung. Daraufhin wurde eine Kostenschätzung für die Abrisse vorgenommen.⁴⁸¹ Gemäß der städtebaulichen Stellungnahme vom 13.10.1980 befand sich die Abrissmaßnahme in Übereinstimmung mit der städtebaulichen Direktive zum Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße vom 27.08.1980 und dem Ratsbeschluss 1068/80 vom 28.08.1980. Der Abrissantrag wurde am 30.09.1980 für die Palisadenstraße 61 – 63 und am 31.12.1980 für die Palisadenstraße 64 durch den VEB KWV Friedrichshain gestellt.

Die Wohnungen in der Palisadenstraße 61 – 64 wiesen folgende Merkmale auf⁴⁸²:

H.Nr	Geb.	BZS	WE	Davon Leer	1R	2R	3R	4R	Bad	IWC	AWC	Bemerk.
61	VH	3	11	7	7	4	-	-	-	-	11	Abriss
	SFL	4										Ruine
	QG	4	11	8	5	6	-	-	-	-	11	Abriss
62	VH	4	6	5	6	-	-	-	-	-	6	Abriss
	SFL	4										Ruine
	QG	4										Ruine
63	VH	4	17	5	16	1	-	-	-	-	17	Abriss
	QG	4										Ruine
64	QG	3	5	2	-	5	-	-	-	5	-	Abriss

Frühere Datenerhebungen im Jahre 1979 ergaben bereits ähnliche Ergebnisse.

Der Zustand vor dem Abriss⁴⁸³ wurde vom Plan- und Investitionsträger wie folgt beschrieben:

Palisaden 61: Das Grundstück war mit einem 4-geschossigen VH, einem SFL und einem QG bebaut. Im VH befanden sich vier Mietparteien mit insgesamt sieben Personen. Der SFL wurde von der staatlichen Bauaufsicht gesperrt, da die Dachhaut regendurchlässig und fast alle Wohnungen durchfeuchtet waren. Im QG waren noch drei Mietparteien untergebracht. Da das VH den gleichen Zustand aufwies und für seinen Erhalt umfangreiche Ergänzungsarbeiten erforderlich waren, empfahl die Arbeitsgruppe (HAG und KPK), von einer geplanten

⁴⁷⁹ vgl. Prüfbescheid Nr. 98/80 vom 30.04.1980. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁸⁰ vgl. Schreiben vom 10.09.1980. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁸¹ Kostenschätzung vom 01.10.1980. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁸² Städtebauliche Direktive. Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße. a. a. O. Anlage 1. Blatt 9.

⁴⁸³ vgl. Forderungsprogramm für Gebäudeabriss vom 22.04.1980 und 14.10.1980 vom VEB KWV Friedrichshain. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Aufstockung des VH abzusehen und es ebenfalls abzutragen. Die gesamten Abrisskosten für ca. 6.700 m³ Bauvolumen betrugen 92.439,00 M.⁴⁸⁴

Palisaden 62: Das Grundstück war mit einem 4-geschossigen VH, 3-geschossigem SF und einem 5-geschossigen QG bebaut. Das VH wurde nur von drei Mietparteien genutzt. Der SF und das QG standen bereits leer und wurden von der Bauaufsicht gesperrt. Das gesamte Gebäude befand sich im BZS 4, daher wurde der Abriss aller Gebäudeteile im Rahmen der Rekonstruktionsarbeiten zugunsten eines Neubaus entschieden. Die Abrisskosten für ca. 4.000 m³ Bauvolumen betrugen 55.250,00 Mark.

Palisaden 63: Das gesamte Gebäude befand sich in der BZS 4. Das VH war 5-geschossig und bewohnt. Das QG wurde bedingt durch die Kriegsschäden bereits bis auf zwei Geschosse abgetragen. Die restlichen Räume wurden gewerblich und als Abstellplätze genutzt. Die im Hinterhof befindlichen Garagen und Schuppen waren ebenfalls abzureißen. Die Abrisskosten für dieses Gebäude mit ca. 5.600 m³ Bauvolumen betrugen 77.600,00 Mark.

Palisaden 64: Auf diesem Grundstück waren u. a. im Jahre 1964 transportable Garagen aufgestellt worden. Ein Teil der Eckbebauung war während des Krieges zerstört worden. Das QG war dreiseitig freistehend und in den unteren Geschossen leer, da die Decken schadhaft waren. Es war 5-geschossig und wurde in den oberen Geschossen von drei Mietparteien bewohnt. Die Abrisskosten für ca. 1.700 m³ Bauvolumen wurden mit 25.650,00 M angegeben.

Gemäß Ratsbeschluss 0223/79 wurde ein Abriss aller Gebäudeteile zugunsten einer Neubebauung entschieden. Für die Lückenschließung Palisadenstraße 61 – 64 wurde beschlossen, die 6-geschossige P2-Ratio Bauweise des VEB (B) „Wilhelm Pieck“ Suhl zu verwenden. Als Vorteil erwies sich, dass das 6-geschossige P2-Ratio Erzeugnis in der Höhe den benachbarten 5-geschossigen Altbauten entsprach. Jedes Geschoss bestand aus folgenden Elementen:⁴⁸⁵

- Drei Elementen des Bauwerksteils (BWT) 01 mit insgesamt 6 WE und
- einem Element des BWT 02 bzw. 03. mit 2 bzw. 1 WE und einer Durchfahrt.

Dadurch entstanden 47 WE (18 WE als 2-R-, 23 WE als 3-R- und sechs WE als 4-R-Wohnung). Das Gebäude wies folgende Abmessungen auf: 48,30 m x 11,495 m x 19,30 m (L x B x H). Die BWT hatten jeweils eine Länge von 12,00 m, eine Breite von 11,495 m, die Geschosshöhe betrug 2,80 m. Der Preis ohne Grundstück, Erschließung, Gebühren und Transport wurde im Februar 1980 mit rund 325.000,00 M bis 410.000,00 M pro Segment bzw. 24.000,00 M bis 34.000,00 M pro WE für das Wärmedämmgebiet 2 angegeben.⁴⁸⁶

Um das zentral innenliegende Treppenhaus mit Rauchabzugsklappe und Dachausstieg waren pro Geschoss 2 WE im Segment eingeordnet, mit einer WFL von 58,93 m² bzw. bei größerer Loggia 61,61 m². Diese WE besaßen eine komplette Kucheneinrichtung, einen eingebauten Flurschrank und zwischen Küche und Wohnzimmer eine eingebaute Vitrine mit Durchreiche als Trennwand. Jeder Wohnung war eine Loggia zugeordnet. Bad und Küche

⁴⁸⁴ vgl. Kostenschätzung vom 01.10.1980. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁸⁵ sh. Abb. Nr. 54 und 55.

⁴⁸⁶ vgl. Erzeugnisübersicht. Wohn- und Gesellschaftsbau. VEB (B) WBK „Wilhelm Pieck“ Suhl Abt. Projektierung. Suhl Februar 1980. Archiv IEMB.

waren innenliegend angeordnet, mit Schwerkraftentlüftung ausgestattet. Im Kellergeschoss war für jede WE eine Abstellbox vorhanden. Weiterhin befanden sich hier die Trockenräume, der Gemeinschaftskeller und die Hausanschlussräume.

Ein Problem bereitete die Längen Anpassung. Durch die Einordnung der geraden Wohnblöcke in die schräge Altbausubstanz der Palisadenstraße 60 blieb eine kleine trapezförmige Grundform der Baulücke bestehen.⁴⁸⁷ Diese war monolithisch zu schließen (Zwickelbebauung).⁴⁸⁸ Die entstandenen Räume wurden dem Block 2 (Palisadenstraße 61) zugeordnet.

Dadurch vergrößerten sich die Wohnungen um jeweils zwei Räume mit 22,80 m² bzw. 13,52 m².⁴⁸⁹ Ein Nachteil war, dass diese „gefangenen Räume“ nicht vom Flur zugänglich, sondern nur über den Schlaf- bzw. Wohnraum zu erreichen waren. Ihre Anbindung an die P2-Ratio-Elemente wurde durch Montage von Türöffnungen erreicht.⁴⁹⁰

Die Zwickelabmessung des Objektes Palisadenstraße 61 – 64 ist wie folgt: L1 = 4,86 m, L2 = 2,45 m, B = 11,495 m, Gesamt H = 19,30 m vom OK Gelände. Gestalterisch war die Zwickelbebauung der Außenfassade der P2-Ratio-Variante anzupassen.⁴⁹¹ Bei dem benachbarten Projekt Palisadenstraße 55 – 57 (Block 1) erfolgte eine andere Lösung. Die Zwickelbebauung wurde der vorhandenen Altbausubstanz zugeordnet.⁴⁹² Dadurch ergaben sich keine Probleme bei der Herstellung von Sonderelementen der vorgefertigten Teile.

Als größeres Problem erwies sich die Aufnahme der Bauflucht. Zweifellos war es von Vorteil, den Neubau mit den verbliebenen Kellerwänden des Altbaus abzufangen, weil die stadttechnischen Leitungen unter den Bürgersteigen lagen. Da bei der P2-Ratio-Bauweise die Hauseingänge vorgezogen waren, würden diese Aufgänge auf dem Bürgersteig stehen. Dies hätte eine Einengung des Fußgängerbereichs bedeutet und eine Verlegung der Leitungen zur Folge gehabt. Die Bauflucht wiederum so weit zurückzulegen, damit die Hausgänge in der Flucht liegen, hätte eine Verkleinerung des Innenhofes und eine zerrissene Bauflucht bedeutet.

Zur Lösung dieser Problematik fanden u. a. folgende Beratungsgespräche statt:⁴⁹³

- zwischen dem VEB HAG KWV Friedrichshain, den Baubetrieben des Bezirks Suhl sowie dem BfS am 11.12.1980
- zwischen dem 1. Kreissekretär der SED Berlin-Friedrichshain und dem Bezirksbaudirektor des Rates des Bezirks Suhl am 25.03.1981

Durch die sich ergebenden Veränderungen war eine Ergänzung bzw. Präzisierung der städtebaulichen Direktive notwendig, die im Mai 1981 erfolgte.⁴⁹⁴

⁴⁸⁷ sh. Abb. Nr. 56.

⁴⁸⁸ sh. Abb. Nr. 57.

⁴⁸⁹ sh. Abb. Nr. 58.

⁴⁹⁰ Dieser Zustand erfordert eine weitere Änderung im Typenbau. Eine Türöffnung musste an der Giebelwand erstellt werden.

⁴⁹¹ sh. Abb. Nr. 59.

⁴⁹² sh. Abb. Nr. 60 und 61.

⁴⁹³ vgl. Bauakte Palisadenstraße 61 – 64. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

⁴⁹⁴ Ergänzung der städtebaulichen Direktive „Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße“ vom 27.8.1980. Berlin Mai 1981. Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg.

Für folgende architektonische Lösung wurde entschieden:

Die Blöcke sollten so angeordnet werden, dass die Hauseingänge hofseitig⁴⁹⁵ und die Loggien straßenseitig somit nach Südwesten lägen. Die Loggienbrüstungen würden in der Bauflucht der Altbauten gelegt, um den Eindruck einer geschlossenen Straßenfront zu erreichen.⁴⁹⁶ Um unsaubere Zonen zu vermeiden, sollten die Abstände zu den Loggienwänden von UK Loggienplatte bis zu OK Gehweg mit Glasbausteinen geschlossen werden. Zur Fassadengestaltung würden durchgehende Loggienbänder im EG und OG beitragen. Die Brüstungen würden mit Asbestplatten und einem eierschaligen Anstrich versehen und die Fassade in weißgrauem Marmorsplitt ausgeführt.⁴⁹⁷

Durch die Verlegung des Hauseingangs zum Innenhof war in der Palisadenstraße 61 eine Durchfahrt von 3,20 m Höhe und 3,20 m Breite vorzusehen, die eine rückwärtige Erschließung der Gebäude bzw. den Zugang für Umzugstransporte sicherte und den Zugang zu den Freiflächen ermöglichte. Das erforderte die weitere Entwicklung eines Sondertypus im Sortiment.

Der gesamte Bauablauf wurde insgesamt durch folgende Probleme beeinträchtigt:

- Die innerstädtischen Bedingungen aufgrund der Lückenschließung.
- Den hohen Aufwand, gemessen an den wenigen zu erstellenden Wohnungen.

Die Endkontrolle des Objekts wurde mit Prüfbescheid Nr. 7/002/83 am 12.01.1983 bestätigt.

⁴⁹⁵ sh. Abb. Nr. 62.

⁴⁹⁶ sh. Abb. Nr. 63.

⁴⁹⁷ sh. Abb. Nr. 64.

5.3 „Die Wahrung des historisch gewachsenen Charakters einer Altberliner Straße“⁴⁹⁸ in Berlin-Prenzlauer Berg: „Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende“⁴⁹⁹ in der Husemannstraße

Einleitung

Das Stadtbezirksbauamt Prenzlauer Berg erstellte im Jahre 1976 einen Entwurf für eine Studie zur Umgestaltung des Stadtbezirks.⁵⁰⁰ Dadurch soll „die Rekonstruktion und Erneuerung von Wohngebieten mit der Erhaltung und Modernisierung von Wohngebäuden verbunden werden, damit der historisch gewachsene Charakter der Städte soweit wie möglich gewahrt wird“⁵⁰¹.

Unter dieser gesellschaftspolitischen Zielstellung wurde für die Umgestaltung des Stadtbezirks Prenzlauer Berg eine langfristige, städtebauliche Konzeption entwickelt, „dass bis 1990 jeder Haushalt über eine eigene Wohnung verfügt, die sich in gutem baulichen Zustand befindet und deren Ausstattung [...] den modernen Ansprüchen gerecht wird“⁵⁰².

Das traditionsreiche (Arbeiter-) Wohngebiet ist unter dem Aspekt der Erreichung dieser Zielstellung „zu einem modernen und vor allem sozialistischen Stadtbezirk der Hauptstadt, bei weitgehender Wahrung des historisch gewachsenen Charakters eines großstädtischen, zentrumsnahen Stadtbezirks, umzugestalten“⁵⁰³.

Zur Zeit der Erstellung der Studie im Jahre 1976 wohnten in Prenzlauer Berg 187.884 Einwohner in ca. 93.000 Wohnungen. Davon wurden ca. 77,3 % zwischen 1870 – 1918 gebaut und haben einen sehr niedrigen Ausstattungsstandard. Ca. 40.000 Menschen (ca. 21 %) leben noch in Wohnungen mit Außen- und Hoftoilette.

Der Stadtbezirk war mit ca. 17,17 % der Gesamteinwohnerzahl von (Ost-) Berlin der Stadtbezirk mit der größten Einwohnerzahl. Mit ca. 10,8 km² Fläche nimmt er jedoch nur ca. 2,7 % der Gesamtfläche von ca. 403 km² ein. Folglich war Prenzlauer Berg mit ca. 17.400 EW/km² der Stadtbezirk mit der größten Einwohnerkonzentration. Dieser Wert entsprach etwa dem 6,4-fachen des Durchschnittswerts der Stadt mit ca. 2.700 EW/km².⁵⁰⁴

	Fläche in km ²	in %	Einwohner 1975	in %	Einwohner/km ²	in %
Mitte	10,70	2,70	93.226	8,52	8.713	320,80
Prenzl. Berg	10,80	2,70	187.884	17,17	17.397	640,55
Friedr. Hain	9,70	2,40	144.260	13,18	14.872	540,55
(Ost-) Berlin	403,00	100,00	1.094.496	100,00	2.716	100,00

⁴⁹⁸ „Städtebauliche Studie für die Umgestaltung des Stadtbezirks Prenzlauer Berg“ vom. 23.03.1976. Bundesarchiv. Akten Nr. DH II/05/23. S.1

⁴⁹⁹ Titel einer Publikation über Rekonstruktionsmaßnahmen in der Husemannstraße von Dorothea Krause et al. In: Architektur der DDR 10/1987. S. 14.

⁵⁰⁰ „Städtebauliche Studie für die Umgestaltung des Stadtbezirks Prenzlauer Berg“. a. a. O. S. 1.

⁵⁰¹ Entwurf des Programms der SED. In: Neues Deutschland vom 14.01.1976. S. 4.

⁵⁰² Wolfgang Junker: Zur Lösung der Wohnungsfrage. a. a. O. S. 3.

⁵⁰³ Städtebauliche Studie für die Umgestaltung des Stadtbezirks Prenzlauer Berg. a. a. O. S. 1.

⁵⁰⁴ dito. vgl. Tabelle 3.

Ca. 75 % der Wohngebäude wurden zwischen 1870 – 1918 gebaut und hatten einen sehr niedrigen Ausstattungsstandard. Ca. 18.700 von ca. 88.000 Wohnungen (ca. 21 %) – mit ca. 40.000 EW – waren noch mit Außentoiletten oder sogar mit Hoftoiletten ausgestattet.⁵⁰⁵

	WE	Hof WC	AWC	IWC	Bad/Dusche	Heizung
Mitte	36.526	3.250	7.712	8.506	9.008	8.050
Prenzl. Berg	88.112	5.500	13.212	30.039	33.960	5.401
Friedr. Hain	64.733	3.950	9.168	23.635	16.327	11.653
(Ost-) Berlin	391.856	27.000	46.607	87.333	186.930	48.986

Viele Innentoiletten waren nur über die Küche zu erreichen und von dieser lediglich durch eine dünne Trennwand abgeteilt. Im Vergleich zu den anderen Stadtbezirken lag hier prozentual die höchste Zahl der Wohnungen mit diesem schlechten Ausstattungsstandard vor. Seit 1971 vergrößerte sich sogar die Differenz zu den anderen Stadtbezirken, weil die Neubautätigkeit im Stadtbezirk Prenzlauer Berg am geringsten war. Die Lösung der Wohnungsfrage in diesem Stadtbezirk konnte daher nur mit einer Abnahme der Einwohnerdichte verbunden sein, d. h. mit dem Umzug vieler Einwohner in die anderen Stadtbezirke.

Folgende Einwohner bzw. Wohneinheiten waren nach der Studie 1975 vorhanden:

Bestand gesamt Einwohner	193.682 EW
Bestand gesamt Wohneinheiten	91.126 WE

Folgende Einwohner bzw. Wohneinheiten waren nach der Studie für 1990 geplant

Planung gesamt Einwohner	122.200 EW
Planung gesamt Wohneinheiten	56.252 WE

Daraus ergab sich, dass bis 1990 in Prenzlauer Berg mit einer Abwanderung von ca. 70.000 Einwohnern gerechnet wurde. Teilweise in die Neubaugebiete, da bis 1990 in Marzahn die Errichtung von ca. 35.000 WE für ca. 100.000 EW vorgesehen wurde. Aufgrund dieser Erkenntnisse beauftragte das Ministerium für Bauwesen die Bauakademie eine Leitplanung für den Stadtbezirk Prenzlauer Berg zu erarbeiten. Im August 1977 wurde daraufhin die „Städtebauliche Leitplanung für die Umgestaltung des Stadtbezirks Prenzlauer Berg“⁵⁰⁶ durch das Institut für Städtebau und Architektur erstellt.

Die gesellschaftspolitischen Ziele waren u. a. eine Verbesserung der Wohnbedingungen für jede Familie bis 1990 im Hinblick auf Größe, Ausstattung und baulichen Zustand. Um das Ziel zu erreichen, waren die überalterten Bausubstanzen abzureißen bzw. zu ersetzen, die Hinterhöfe zu entkernen, anschließend zu begrünen und das Wohngebiet mit ausreichenden gesellschaftlichen Einrichtungen, Freiflächen und Flächen für den ruhenden Verkehr auszustatten. Die Lösung der Wohnungsfrage bis 1990 bildete aber nach wie vor den Schwerpunkt der städtebaulichen Leitplanung.

⁵⁰⁵ dito. vgl. Tabelle 15.

⁵⁰⁶ Forschungsvorhaben Sozialer Städtebau. Ergebnis Nr. 260. Berlin August 1971. Bundesarchiv: Akten Nr. DH II/F2/117.

Mit der städtebaulichen Leitplanung war eine Grundlage des planerischen Vorlaufs für den Einsatz der Mittel sowie der Kapazitäten zur Lösung der Wohnungsfrage und des Ausbaus der Versorgungsanlagen im Stadtbezirk zu schaffen. Weiterhin diente sie als Entscheidungsgrundlage zur Vorbereitung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen für Betriebe bzw. Gewerbe und für die städtebauliche bzw. architektonische Gestaltung des Stadtbezirks entsprechend seiner Funktion und Bedeutung als zentrumsnahes / innerstädtisches, traditionsreiches (Arbeiter-) Wohngebiet.

5.3.1 Situation zur Jahrhundertwende

5.3.1.1 Städtebauliche Entwicklung des Bezirks Berlin-Prenzlauer Berg

Die Bebauung des ehemaligen Stadtbezirks Prenzlauer Berg setzte erst Mitte des 19. Jahrhunderts ein. Damals hieß der Bezirk der Berliner Norden und lag außerhalb der alten Stadtmauer Berlins aber noch innerhalb der nördlichen Ringbahnstrecke von 1871.⁵⁰⁷ Nördlich und nordöstlich der bis 1867/68 existierenden Akzisemauer wurde begonnen, an den wichtigsten Ausfallstraßen zu bauen. Nach Beseitigung der Akzisemauer vollzog sich die Bebauung mit geschlossenen Häuservierteln. Auf den Grundstücken wurden Wohnungen mit unterschiedlichen Qualitäten und Mietpreisen errichtet. Hierbei entstand eine fast durchgängig fünfgeschossige Blockbebauung mit teilweise dichter Hofbebauung.⁵⁰⁸

Die Ausnutzung der Grundstückstiefe bei der Bebauung der Grundstücke entsprach der Vorgehensweise beim Mietshausbau in den Gründerjahren. Das spiegelte sich in der Maximierung der bebauten Flächen und der Anzahl der Mietparteien wider. Die Bauordnung von 1853 verlangte lediglich eine am Wendekreis einer Feuerlöschpumpe orientierte Mindestgröße des Innenhofes von 5,34 m x 5,34 m. Um im Brandfall Beschädigungen der gegenüberliegenden Häuser zu verhindern, durfte die Höhe der Gebäude maximal die Straßenbreite aufweisen.⁵⁰⁹ Das Baufluchtliniengesetz von 1875 bestimmte auch den Abstand der Gebäude.

Das Viertel um die Husemannstraße wurde auf dem Terrain des Deutsch-Holländischen „Actien-Bauvereins“ errichtet. Die Husemannstraße, die damals Hochmeisterstraße hieß, wurde vielmals als typisch für dieses dicht besiedelte Wohngebiet dargestellt. Die Bewohner kamen „nach der [...] Reichsgründung 1871 aus allen Himmelsrichtungen [...] auf der Suche nach Arbeit und einem neuen Zuhause. [...] So entstand der ‚Kiez‘, in dem man nicht anonym war, wie in der Fabrik [...] und wo die Nachbarn das gleiche Schicksal hatten“⁵¹⁰. Sie ist auch ein „typischer Straßenzug der Jahrhundertwende [und] die Straßenbreite entspricht der Gebäudehöhe von etwa 20 m“⁵¹¹.

Seit 1948 wurde die Hochmeisterstraße nach Walter Husemann benannt, der gegen die national-sozialistische Diktatur kämpfte und 1943 in Plötzensee hingerichtet wurde.

⁵⁰⁷ vgl. Berlin um 1900. Mitteilung aus der kulturwissenschaftlichen Forschung Nr. 21. Humboldt Universität. Berlin 1987. S. 5.

⁵⁰⁸ vgl. Werner Rietdorf: Stadterneuerung. a. a. O. S. 30.

⁵⁰⁹ vgl. Christiane Borgelt et al. a. a. O. S. 8.

⁵¹⁰ Dorothea Krause. et al.: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. Husemannstraße in Berlin. In: Architektur der DDR 10/1987. S. 15.

⁵¹¹ dito.

5.3.1.2 Bevölkerungsstruktur

Auf einer Fläche von rund 28.000 m² lebten laut Adressbuch von 1900 in den beiden Wohnquartieren zwischen der Knaackstraße, Sredzkistraße, Wörther Straße und der Kollwitzstraße 1.389 Mieter, wie folgt gegliedert:⁵¹²

- 33,91 % Arbeiterfamilien
- 24,32 % Gewerbetreibende (Kaufleute sowie Gastwirte) und
- 8,21 % Beamte

Für die übrigen Bewohner konnte die soziale Zugehörigkeit anhand der Unterlagen nicht ermittelt werden. Fabrikarbeiter waren in diesem Wohngebiet seltener. Bei den Arbeitern dominierten die Handwerker und die in der Hausindustrie beschäftigte Proletarier. Mit einem Jahreseinkommen von rund 600 Mark gehörten sie zu denen, die auf der niedrigsten sozialen Stufe standen. Die damalige Grenze des Existenzminimums betrug 900 Mark.

Die Haushaltstruktur des Bezirks in den 20er Jahren war wie folgt:⁵¹³

Haushalte	Anteil im Bezirk in %	Anteil in Berlin in %	Im Vergleich mit den restlichen Bezirken
Familienhaushalte	88,0 %	81,6 %	überdurchschnittlich
mit Schlafgängern	2,9 %	3,1 %	durchschnittlich
mit Dienstboten	3,5 %	6,8 %	unterdurchschnittlich
mit Zimmerabmietern	5,6 %	8,4 %	unterdurchschnittlich

Nur der Anteil der reinen Familienhaushalte lag über dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Die anderen Anteile befanden eindeutig darunter. Der gesamte Bezirk Prenzlauer Berg – zu dem die Husemannstraße gehörte – nahm im Vergleich zwischen dem proletarischen Wedding und dem großbürgerlichen Wilmersdorf die mittlere Position ein. „Der Bezirk Wilmersdorf ist [...] der am meisten entmischte Bezirk, in dem das Bürgertum [...] wohnt. Wedding ist der am ausgeprägtesten proletarischen Bezirk. [...] Die Bezirke Kreuzberg und Prenzlauer Berg sind mit ihrer kleingewerblichen Struktur die besonders gemischten Bezirke.“⁵¹⁴ Die Statistik zeigt, dass die Husemannstraße nicht ein ausgeprägtes Arbeiterviertel, sondern ein Stadtteil mit gemischter Bebauungs- und Bevölkerungsstruktur gewesen war.

5.3.1.3 Bebauungsstruktur

Zur Jahrhundertwende war die Architektur in der Husemannstraße, insbesondere der Vorderhäuser im Vergleich zu anderen Arbeiterwohngebieten, gehobener und sogar vornehmer. Die Straßenfassaden waren reich mit Stuckelementen geschmückt. Nur in acht von 16 untersuchten Häusern existierten Seitenflügel, z. T. mit Quergebäuden. Ein klassischer zweiter Hinterhof mit anschließendem zweitem Quergebäude existierte nicht, auch wenn auf den Grundstücken auf der westlichen Seite der Straße aufgrund der Grundstückstiefe mehr

⁵¹² vgl. VEB Denkmalpflege: Historische Entwicklung des Gebietes. Berlin. 25.02.1984. S. 5.

⁵¹³ vgl. Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers. a. a. O. S. 509.

⁵¹⁴ Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers. a. a. O. S. 508.

Wohnhäuser mit Seitenflügeln und Quergebäuden als auf der östlichen Seite errichtet werden konnten.⁵¹⁵

Die Belletage der Häuser – in einigen Fällen waren sie eine zusammenhängende Wohnung – wurde von höheren Beamten, Kaufleuten und entsprechend vermögenden Personen bewohnt, die oberen Stockwerke der Vorderhäuser durch untere Beamtenschaft, weniger bemittelte Intelligenz und Angehörige des Mittelstandes.

In den Seitenflügeln und Quergebäuden gab es Niveauunterschiede, sowohl nach Wohnungsgröße, Belichtung als auch Ausstattung der Nebenräume. In den besser ausgestatteten Wohnungen wohnten die Handwerker und Hausangestellten, in den Stube-Küche-Wohnungen oder den Kellerwohnungen die einfachen Arbeiter. „50 % der in dieser Zeit gebauten Wohnungen hatten nur ein beheizbares Zimmer und [...] wurden abvermietet an Untermieter und Schlafburschen.“⁵¹⁶

Dies war ein Ausdruck des in der Jahrhundertwende stark ausgeprägten sozialen Widerspruchs zwischen den „vorn“ wohnenden Reichen städtischen Bürger und den „hinten“ in viel zu kleinen Wohnungen zusammengepfercht lebenden Proletariern.

So war die Husemannstraße um 1900 eine Neubaustraße mit jungen Platanen. Im Erdgeschoss bzw. Souterrain waren die Läden bzw. Handwerksbetriebe untergebracht, kleine Geschäfte, die meist den Bedarf des täglichen Lebens bedienten. Beispielsweise waren Milchladen (im Haus Nr. 1), Bäcker, Kaufmannsladen, Kaffeerösterei (Haus Nr. 2), Fleischer (Haus Nr. 11) und ein Zigarrenladen (Haus Nr. 16) vorhanden. Weiterhin existierten auch Werkstätten wie eine Tischlerei (Haus Nr. 3, 6, 8), eine Klempnerei (Haus Nr. 4), eine Mechanikerwerkstatt, Bonbon- und Konfitürenfabrik (Haus Nr. 7), ein Hutmacher, ein Kürschner (Haus Nr. 9) sowie eine Tapezierwerkstatt (Haus Nr. 11). Ergänzt wurden diese Einrichtungen mit mehreren Schanklokalen bzw. Gaststätten, beispielsweise in den Häusern Nr. 1 und Nr. 15.⁵¹⁷

Die Wohnungsstruktur im Bezirk war wie folgt:⁵¹⁸

Wohnung	Anteil im Bezirk in %	Anteil in Berlin in %	Im Vergleich mit den restlichen Bezirken
Kellerwohnung	0,9 %	2,0 %	unterdurchschnittlich
Dachwohnung	0,2 %	1,0 %	unterdurchschnittlich
1-R-Wohnung	4,8 %	5,3 %	durchschnittlich
2-R-Wohnung	37,4 %	32,6 %	durchschnittlich
3-R-Wohnung	37,3 %	34,5 %	überdurchschnittlich
4-R-Wohnung	10,3 %	10,4 %	durchschnittlich

Die Stuckfassaden waren zweifellos das Aushängeschild der Mietshäuser aus dieser Epoche. Der positive Eindruck, der dadurch erweckt wurde, entsprach nicht immer den negativen

⁵¹⁵ sh. Abb. Nr. 65.

⁵¹⁶ Institut für Denkmalpflege: Historischer Abriss. Berlin 1984. S. 2.

⁵¹⁷ Nachgewiesen zwischen 1882 – 1906 in: Historische Entwicklung des Gebietes. VEB Denkmalpflege. a. a. O. S. 7 – 10.

⁵¹⁸ vgl. Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers. a. a. O. S. 510 – 511.

Wohnverhältnissen, die dahinter steckten. „Die überreiche Gestaltung der Schauseiten, der Treppenhäuser und Zimmerdecken entspringen oft nur dem Triebe, eine möglichst hohe Einschätzung zur Feuerkasse und damit das Hinaufschieben der Beleihungsgrenze zu erzielen.“⁵¹⁹

„Die immer prunkvoller gestalteten Fassaden [...] dienten zur Steigerung des Verkaufswertes des Gebäudes“⁵²⁰ und diese war zusätzlich Motiv zur Gestaltung der Fassade mit reichhaltigen Schmuckelementen. Schließlich trugen aufwändige Fassaden auch dazu bei, den Wert der Straße zu steigern und den Charakter des Gebietes zu verbessern.

Die massenhafte Anwendung von Stuck wurde durch die Verwendung vorgefertigter Teile ermöglicht, wie sie Mitte des 19. Jahrhunderts über Kataloge verfügbar waren. Beispielsweise erschien 1880 in Berlin der Katalog von Otto Lessing „Ausgeführte Bauornamente“⁵²¹. Die Stuck- und Architekturelemente waren in verschiedenen Baustilen verfügbar und konnten beliebig zusammengestellt werden. Die Anwendung vorgefertigter Fassadenelemente bildete zugleich eine Methode zur Rationalisierung der Bauweise.

Als eines der ältesten Gebäude in der Husemannstraße (aus den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts) ist das Haus Nr. 1 eher sparsam verziert mit nur wenigen, schlichten Schmuckelementen.⁵²² Die Fassaden der 80er Jahre (wie Haus Nr. 6 und 8) sind vielfältiger, reicher gegliedert und insgesamt opulenter gestaltet.⁵²³ Der Stuck ist stärker profiliert und tritt kräftiger hervor. In den oberen Geschossen bildet die ziegelsichtige Fassade einen lebhaften Kontrast zu den Stuckverzierungen. Durch geringe Abweichungen setzt sich ein Haus vom anderen ab.⁵²⁴ Bei aller Individualität besteht dennoch eine gewisse Gleichförmigkeit im Straßenbild, bedingt durch die massenhaft verwendeten Stuckverzierungen.

Das Ergebnis der Betrachtung der historischen Bevölkerungs- und Bebauungsstruktur unterstreicht, dass die Husemannstraße nicht Teil eines ausgeprägt proletarischen Bezirkes, sondern Teil eines Gebietes mit durchmischter Struktur – sogar mit bürgerlichen Anteilen – war.

5.3.2 Stand vor der Rekonstruktion

5.3.2.1 Gebietsspezifische Merkmale

Die Husemannstraße im ehemaligen Stadtbezirk Prenzlauer Berg ist seit der Verwaltungsreform von 2001 ein Teil des Bezirks Pankow. Prenzlauer Berg ist demzufolge keine offizielle Verwaltungsbezeichnung mehr, aber nach wie vor als topographischer Begriff in Gebrauch. Nachfolgend wird für das Gebiet – auch für Tatbestände der Gegenwart – weiterhin die Bezeichnung Prenzlauer Berg anstelle des offiziellen Pankows favorisiert. Sie entspricht im Wesentlichen der Thematik der Rekonstruktion, die durch die Mietshäuser der Jahrhundertwende als ein besonderes Merkmal von Prenzlauer Berg – und nicht von Pankow – begründet wird.

⁵¹⁹ Theodor Goecke: Die Bauconstructionen. S. 428, zitiert von Johann Friedrich Geist und Klaus Kürvers. a. a. O. S. 260.

⁵²⁰ Christiane Borgelt et al.: a. a. O. S. 17.

⁵²¹ Bauakademie der DDR: Vorgefertigte Architektur- und Schmuckelemente. Katalog R 8001 IWA. a. a. O. Blatt 1. S. 9.

⁵²² sh. Abb. Nr. 66.

⁵²³ sh. Abb. Nr. 67.

⁵²⁴ sh. Abb. Nr. 68 und 69.

Die Husemannstraße wird im Norden durch die Danziger Straße (ehem. Dimitroffstraße) und im Süden durch die Wörtherstraße bzw. den Kollwitzplatz begrenzt. In der Mitte wird sie durch die Sredzkistraße geteilt, die südliche Hälfte mit 16 Häusern (Haus Nr. 1 bis 16) und die nördliche mit 19 Häusern (Haus Nr. 17 bis 35). Die überwiegend fünfgeschossigen Häuser haben zwischen sechs und acht Fensterachsen. Wichtige Kennzeichen sind die Balkone, die Stuckfassaden und die Gebäude, die durch ihre einheitliche Baufluchtlinie eine geschlossene Straßenfront bilden. Die Rekonstruktion, die zwischen 1984 – 1987 durchgeführt wurde, betraf nur die südliche Hälfte der Husemannstraße, zwischen Wörtherstraße und Sredzkistraße, mit den Häusern Nr. 1 bis 16.⁵²⁵ Aus diesem Grund erfolgt die ausführliche Recherche lediglich für diese Häuser. Für die Rekonstruktion des nördlichen Teils war ein späterer Termin vorgesehen.

Die Mietwohnhäuser Nr. 1 bis 16 wurden zwischen den 70er und den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts errichtet. Anhand der Baudaten wird deutlich, dass die Bebauung vom Kollwitzplatz am Süden begann und zum noch nicht erschlossenen Norden hin erfolgte. Sie spiegelt in gewisser Weise die Berliner Stadterweiterung wider. Das um 1877 errichtete Eckwohnhaus Husemannstraße 1 ist das älteste Gebäude,⁵²⁶ das um 1890 errichtete Eckgebäude Husemannstraße 16/Sredzkistraße 34 ist das „jüngste“ Haus.⁵²⁷ Die typischen Charaktere der Häuser stellten für die Westseite der Straße Mietshäuser mit Souterrains und Durchfahrten dar, für die Ostseite die mit Läden eingerichteten Erdgeschosszonen.

Bei der „Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende“⁵²⁸ in der Husemannstraße wurden schwerpunktmäßig die Instandsetzung und Modernisierung der Wohnungen, die Neugestaltung der Erdgeschosszonen sowie die Instandsetzung der gründerzeitlichen Stuckfassaden durchgeführt. Faktisch entsprach der Stil der Häuser weniger dem Stil „um 1900“, sondern war älter.

Entgegen vielen Vermutungen bildete diese Rekonstruktion dennoch keine denkmalpflegerische Maßnahme. Das Denkmalamt wurde bei der Planung der Rekonstruktion nicht einbezogen, weil sowohl die Husemannstraße als auch die einzelnen Häuser zu diesem Zeitpunkt nicht unter Denkmalschutz standen. In der „Bezirksdenkmalliste der Hauptstadt der DDR“ von 1977 war das Miethausensemble der Husemannstraße nicht enthalten.⁵²⁹ Die Beteiligung des Instituts für Denkmalpflege war sehr gering und beschränkte sich u. a. auf die Zusammenarbeit zu verbalen Festlegungen der Fassadenarbeiten und die Erarbeitung eines Straßenstatuts für die Gestaltung des Straßenraumes.⁵³⁰ Ebenso lieferte der VEB Denkmalpflege Berlin die Nachweise über die Läden und Gewerbeeinrichtungen, die Ende des 19. Jh. in der Husemannstraße existierten.

Die Rekonstruktion der Husemannstraße war vielmehr eine politische Angelegenheit und ein Prestigeprojekt im Rahmen des Wohnungsbaues. Unabhängig von diesem Tatbestand stellt sich die Frage, ob die Rekonstruktion der Husemannstraße als Beispiel für den Umgang mit innerstädtischer Altbauwohnsubstanz in den 1980er Jahren in der DDR zu sehen war oder ob es sich um einen Sonderfall handelte.

⁵²⁵ sh. Abb. Nr. 70.

⁵²⁶ vgl. Bauakte Husemannstraße 1, Archiv Bezirk Pankow.

⁵²⁷ vgl. Bauakte Husemannstraße 16, Archiv Bezirk Pankow.

⁵²⁸ Titel einer Publikation über Rekonstruktionsmaßnahmen in der Husemannstraße von Dorothea Krause et al. In: Architektur der DDR 10/1987. S. 14.

⁵²⁹ vgl. Bezirksdenkmalliste vom September 1977, LAB, C-Rep. 121, Nr. 436.

⁵³⁰ Institut für Denkmalpflege: Straßenstatut für die Gestaltung der Husemannstraße. Berlin 1984.

Vor der Kernuntersuchung der Vorgänge in der Husemannstraße soll zum Verständnis der Rekonstruktion eine Übersicht über die städtebaulichen und politischen Hintergründe in der DDR – besonders im ehemaligen Ost-Berlin als „Hauptstadt der DDR“ – aufgezeigt werden.

Bei der Durchführung von Wohnungsbauprojekten existierte in der ehemaligen DDR keine strikte Zuständigkeitsverteilung. Die Entscheidungen über die einzelnen Schritte in der Planungsphase wurden ausschließlich in den örtlichen Organen entschieden. In den politischen Beschlüssen wurden von Fall zu Fall Festlegungen über die durchzuführenden Objekte und über die dafür verantwortliche Institution getroffen. Für das ehemalige Ost-Berlin hatte diese „Regelung“ besondere Bedeutung aufgrund ihrer Hauptstadtfunktion. Der Magistrat von Groß-Berlin und das Büro für Städtebau übernahmen in der Regel die brisanten und hochwertigen Projekte, der Stadtbezirk – in diesem Fall Prenzlauer Berg – die unwichtigen und politisch irrelevanten Bauvorhaben.

Die Hierarchie der Aufgabenverteilung war von der Bedeutung der Aufgaben, wie sie damals gesehen wurde, abhängig. Der Stadtbezirk hatte in seinem Zuständigkeitsbereich die Aufgabe, die Abstimmung und die Koordination der Programmplanung und Durchführung zwischen der Bezirksplankommission (BPK) und den Ausführungsbetrieben, wie z. B. VEB Baureparaturen Prenzlauer Berg, durchzuführen. Die Vorgaben der BPK waren Ableitungen der Parteibeschlüsse und der Stadtbezirk hatte die Aufgabe, diese zu erfüllen und mit Zahlen zu untersetzen, wie z. B. durch die Anzahl der zu modernisierenden Wohnungen. Weiterhin war die Aufgabe des Stadtbezirks bei komplexer Modernisierung nicht nur, konzentriert in einzelnen Standorten oder an einzelnen Häusern Maßnahmen durchzuführen, sondern auch größere zusammenhängende Häuserblöcke und Straßenzüge zu rekonstruieren.⁵³¹

Die Zielsetzung der städtebaulichen Vision zu jener Zeit bildete jedoch die Entkernung und Schaffung von Freiflächen in diesen gründerzeitlichen Gebieten, einerseits durch Reduzierung von überbauten Flächen, die anfänglich rigoros und konsequent umgesetzt wurden, und andererseits durch Beseitigung der engen Höfe. Es war die Beseitigung des kapitalistischen Erbes und „die quasi-biologische Konzeption der Stadt als Organismus, aus dem ‚überalterte‘ Wohnviertel nach Beendigung ihrer ‚Lebensdauer‘ entfernt werden müssen“⁵³². Großzügige Abrisse erfolgten, um an gleicher Stelle Neubauten zu errichten, wie im Stadtbezirk Prenzlauer-Berg in der Rykestraße zwischen Prenzlauer Allee und Kollwitzstraße.

Ein Grund dieser Vision war, dass der industrielle Wohnungsneubau zu der Zeit schneller als die Modernisierung der Altbausubstanz verlief. Die Altbaumodernisierung war in erster Linie von traditionellem Handwerk abhängig. Angesichts des beschleunigten Verfalls der Altbauten und des weiter steigenden Bedarfs an gutem Wohnraum ging sie nicht nur zu langsam voran, sondern war auch zu aufwändig. Die logische Folge war, dass daraufhin auch im innerstädtischen Bauen der Abriss und der Neubau – d. h. Ersatzneubau – bevorzugt wurde.⁵³³ Die Anfänge dieser Entwicklung zeigten sich in den punktuellen Lückenbebauungen in der ganzen Stadt, die z. T. auch in vorgefertigter Bauweise durchgeführt wurden.

Der Gesamtbilanz des Wohnungsbauprogramms (auch in der gesamten DDR) zeigte, dass Ende der 1970er Jahren auch durch den Neubau trotzdem kein Zuwachs an Wohnraum verzeichnet wurde und dieser nur den Verlust der Wohnungsanzahl (durch Abrisse) ausgleichen

⁵³¹ Erkenntnisse aus Gesprächen mit Herrn Heinz Krause, ehemaliger Stadtbezirksarchitekt Prenzlauer Berg.

⁵³² Florian Urban. a. a. O. Kurzfassung in Deutsch.

⁵³³ vgl. Werner Rietdorf: Stadterneuerung. a. a. O. S. 15.

konnte. Ein wesentlicher Grund der negativen Bilanz bestand darin, dass die Produktion der Fertigteilelemente schneller verlief als die Vorbereitung eines Neubaukomplexes einschließlich der Planungen des Tief- und Straßenbaues. Die Betonwerke hatten einen größeren Ausstoß als die Vorbereitung und Durchführung der Neubauprojekte in den Altbaubereichen vorrangig und aus diesem Grund bestand ein Überschuss an Fertigteilprodukten.⁵³⁴

Eine neue Etappe der Stadterneuerung wurde 1979 eingeleitet. Die XIII. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED legte im Februar des Jahres die Abrissminimierung in den innerstädtischen Altbaubereichen fest. Diese wurde am 18. September 1979 durch eine Rechtsverordnung verfügt.⁵³⁵ Ein Grund dafür war vermutlich, Altbaubestände statistisch als vorhandener Wohnraum zu erhalten bzw. diese Gebäude bewohnbar zu machen. Beschlossen wurde die Verhängung eines allgemeinen Abrisstoppes für Gebäude, die aufgrund von Modernisierungsmaßnahmen an Wohngebäuden vorgesehen ist. Die konsequente Folge war, dass in den 80er Jahren der Kurs von dem einen Extrem der großzügigen Entkernung bis zum anderen Extrem hin des absoluten Erhalts aller Altbauwohnungen eingeschlagen wurde. Dieser Paradigmenwechsel führte dazu, dass lange Zeit immer weniger abgerissen wurde und leerstehende Gebäude letztendlich mit großem Aufwand wieder bewohnbar gemacht wurden.⁵³⁶

5.3.2.2 Zustand der Gebäude

Eine vollständige Erläuterung des allgemeinen Zustandes des Straßenzugs vor der Durchführung der Maßnahmen ist notwendig, bevor eine Analyse über die einzelnen politischen Entscheidungen im Rahmen der Rekonstruktion der Husemannstraße erfolgt.

Die vorgefundenen Fotos reichten nicht aus, um den Gesamtzustand umfassend zu beurteilen. Zum Teil werden Ansichten von mehreren Gebäuden gezeigt, zusammengefasst aus der 80er Jahren, im Baualter von rund 100 Jahren und rund 40 Jahre nach Kriegsende. Zur Hilfe werden Beschreibungen aus den Bestandsplänen und aus den Bauakten entnommen.

Die Straße war erst Ende der 60er Jahre asphaltiert worden.⁵³⁷ Die Gehwege waren mit doppelreihigen Granitplatten – volkstümlich „Schweinebäuche“ genannt – ausgelegt und eingefasst durch Kleinpflaster (Mosaikplatten), eine typische Ausführung der Gründerzeitperiode. Im Bereich der Hauseingänge unterbrachen Reihenpflaster, die als Durchfahrten dienten, das einheitliche Bild des Gehweges. Die Abgrenzung zur Straße erfolgte durch Granitborde, die im Bereich der Einfahrten abgesenkt wurden.

Von dem ursprünglichen Baumbestand mit Platanen waren nur noch einige Bäume erhalten,⁵³⁸ von denen sich auf der Ostseite drei (vor Haus Nr. 2, 4 und 16) und auf der Westseite fünf Bäume (vor Haus Nr. 1, 3, 5, 9 und 11) befanden. Durch Bepflanzung mit neuen Bäumen wurde versucht, das Originalstraßenbild wiederherzustellen. An Straßenmobiliar waren neuzeitliche Lampen mit Betonschaft und moderne Straßenschilder zu sehen.

Die überwiegend reich gegliederten Stuckfassaden wiesen nur punktuell gravierende Schäden auf. Der Stadtbezirk Prenzlauer Berg im Allgemeinen und insbesondere die Huse-

⁵³⁴ Laut Aussage von Herrn Heinz Krause, ehem. Stadtbezirksarchitekt Prenzlauer Berg.

⁵³⁵ Gesetzblatt der DDR Teil 1, Nr. 34. vom 19.10.1979.

⁵³⁶ Ein Hinweis von Herrn Heinz Krause, ehem. Stadtbezirksarchitekt Prenzlauer Berg.

⁵³⁷ vgl. Bauakte Husemannstraße 12. Archiv Bezirk Pankow.

⁵³⁸ sh. Abb. Nr. 109 und 111.

mannstraße wurden während des Zweiten Weltkrieges nicht stark beschädigt. Die Stuckelemente wie Sohlbänke, Eierstäbe, Konsolen, Bossen, Fugenschnitte, Fensterverdachungen, Gesimse und Spiegel waren größtenteils gut erhalten. Abgesehen von den fehlenden Balkonen, schienen Schäden an den Fassaden von normalem Ausmaß zu sein.⁵³⁹ Putzschäden traten überwiegend im Traufbereich, an den Holzkästen und entlang dem Fallrohr auf. Die zunehmend in den oberen Geschossen aufgetretenen Putzschäden lassen vermuten, dass diese auf innere Schäden, wie feuchte Wände durch undichte Dächer, beruhen.⁵⁴⁰

Auf die Schäden in den Wohnungen wird nicht weiter eingegangen. Schwerpunkt dieser Untersuchung wird der Bereich der Rekonstruktion des Straßenzuges sein und nicht die herkömmlichen technischen Maßnahmen, die in den Wohnungen durchgeführt wurden. Die Bauakten mehrerer Häuser⁵⁴¹ weisen im Allgemeinen darauf hin, dass „vollständige Instandsetzung“ oder „umfangreiche Sanierungsarbeiten“ infolge „fehlender Instandhaltung“ bzw. „mangelnder Instandsetzungsmaßnahmen“ notwendig waren. Aus diesen Bauakten ist auch ersichtlich, dass die bereits vereinzelt stattgefundenen Umbauten, wie Einbau eines Bades oder eines Gasaußenwandheizers, durch Eigeninitiative und vermutlich auch durch Eigenleistung erfolgten.⁵⁴²

5.3.2.3 Planungsvorläufe

Im Vorfeld der 750-Jahrfeier forderte das Büro für Städtebau (BfS) den Stadtbezirk auf, Vorschläge für eine Rekonstruktion einer typischen Altberliner Straße zu unterbreiten. Darunter war auch die Husemannstraße vorgeschlagen, die vom Chefarchitekt, BfS und von der Bezirksleitung der SED favorisiert und anschließend angenommen wurde.⁵⁴³ Daraufhin wurde die südliche Seite zwischen Kollwitzplatz und Sredzkistraße für diesen Zweck konzentriert vorbereitet und die Fertigstellung bis zur 750-Jahrfeier avisiert. Das Erdgeschoss der östlichen Straßenseite war mit Läden belegt. Die Gebäude an der Westseite der Straße hatten Souterrain und unterkellerte Höfe. Das Souterrain wurde bei seiner Errichtung in dieser Altberliner Straße überwiegend für gewerbliche Zwecke bzw. als Kellerräume genutzt. In normalem Duktus der Modernisierung wären die Hofkeller eingetrümmert und anschließend verfüllt worden.

Mit dem von höchster Ebene in Auftrag gegebenen Rekonstruktionsprojekt standen auch Sonderfinanzierungskontingente für „außergewöhnliche“ Maßnahmen zur Verfügung. Der Stadtbezirk hat dadurch im Rahmen der 750-Jahrfeier die Gelegenheit erkannt, den ursprünglichen Zustand bzw. die Nutzung der Souterrains wiederherzustellen und abweichend von den üblichen Modernisierungsmaßnahmen diesen Bereich zu revitalisieren, um gewerbliche Nutzung darin unterzubringen. Der Anlass rechtfertigte auch den hohen Aufwand, der hier betrieben wurde.⁵⁴⁴ Im Gegensatz dazu lässt sich anhand der Bauakten feststellen,⁵⁴⁵ dass die Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen des restlichen (nördlichen) Bereichs – zwischen Sredzkistraße und Danzigerstraße – erst nach der 750-Jahrfeier nach dem normalen Standard erfolgten (z. B. ohne aufwändige Rekonstruktion der EG-Zone).

⁵³⁹ sh. Abb. Nr. 71 und 72.

⁵⁴⁰ Nach Einsicht der Pläne mehrerer Wohngebäude der Husemannstraße des Archivs Bezirk Pankow.

⁵⁴¹ Bauakten Husemannstraße 2 – 16. Archiv Bezirk Pankow.

⁵⁴² Nach den Bauakten erfolgten diese Maßnahmen 1968 u. a. in der Husemannstraße 16.

⁵⁴³ Nach Auskunft von Frau Dorothea Krause.

⁵⁴⁴ Erkenntnisse aus Gesprächen mit Herrn Heinz Krause, ehemaliger Stadtbezirksarchitekt Prenzlauer Berg.

⁵⁴⁵ Beispielsweise Husemannstraße 31. Archiv Bezirk Pankow.

Nur wenige Wohnhäuser in der Husemannstraße waren in Eigentum der kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV), einige sind aus unterschiedlichen Gründen in die Verwaltung der KWV übergegangen, entweder weil die Eigentümer nicht in der Lage oder bereit waren, die Grundstücke zu verwalten bzw. da sich die Privateigentümer im Ausland befanden, oder weil das Haus sich nicht aus den Mieten finanzieren ließ. Zum Zweck der Modernisierung/Rekonstruktion waren diese Gebäude „in Anspruch“ zu nehmen. Voraussetzung einer Inanspruchnahme nicht volkseigener Grundstücke war aber die Aufbaugebietserklärung. Diese wurde mit dem Aufbaugesetz von 1950⁵⁴⁶ geschaffen, um die Grundstücke für den Wiederaufbau bereitzustellen. In den 70er Jahren fand das Gesetz auch seine Anwendung zur Sicherung der Modernisierung und des Abrisses. Dieses Verfahren kam ebenso in einigen Häusern bei der Rekonstruktion der Husemannstraße zur Anwendung.⁵⁴⁷

Aus den Unterlagen war nicht erkennbar, unter welchen Auflagen bzw. Voraussetzungen die öffentlichen Mittel in Privateigentum einfließen. Grundbuchlich sind diese Vorgänge jedoch mit Kostenangaben dokumentiert. Die Aufbaugebietserklärung bildete keine Voraussetzung für die Rekonstruktionsmaßnahmen, sondern nur für die Inanspruchnahme nicht volkseigene Grundstücke.

Ein einheitliches Verfahren bei den Rekonstruktionsmaßnahmen existierte nicht, da die rechtliche Grundlage nicht ausreichend geklärt war. Um eine Regelung zu vereinheitlichen, wurde daher eine „Rekonstruktionsgebietserklärung“⁵⁴⁸ vorgeschlagen.

Im Auftrag der Stadtbezirksbürgermeister bearbeitete daraufhin eine Arbeitsgruppe eine Studie zur Gestaltung der Husemannstraße,⁵⁴⁹ die am 31.01.1984 vorgelegt wurde. Der am 13.12.1983 erteilte Auftrag war der erste aktenkundige Hinweis auf die komplexe Rekonstruktion der Husemannstraße. Gemäß der Studie war die Beseitigung von kleineren Wohnungen durch Wohnungszusammenlegungen vorzunehmen, wodurch ein Verlust von rund 50 WE entstehen würde.

Die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen an dem Gebäude und in den Wohnungen waren parallel mit den Modernisierungsmaßnahmen auszuführen. Dadurch konnten nach Beendigung der Maßnahmen insgesamt rund 350 Wohnungen modernisiert werden. Die Studie legte darüber hinaus fest, die Straßenfassaden in ihrem historischen Aussehen wiederherzustellen, um den Charakter einer Altberliner Straße um die Jahrhundertwende zu erreichen.⁵⁵⁰

Weiterhin war eine geräumige Gaststätte im Originalstil eines Lokals der Berliner Arbeiterbewegung mit Sitzungs- bzw. Vereinsräumen zu rekonstruieren. Im Straßenraum waren neue Straßenschilder, Litfaßsäulen, Laternen, Pumpen und Bänke aufzustellen. Darüber hinaus waren der Bestand von Handwerks- und Kleinbetrieben anhand des damaligen Berliner Adressbuches zu ergänzen.⁵⁵¹ Einen Schwerpunkt der Studie bildete auch die Festlegung über die Nutzung der Erdgeschosszone. Sie war „im wesentlichen durch betriebliche bzw. gesellschaftliche Einrichtungen mit Versorgungseinrichtungen“⁵⁵² auszustatten. Der

⁵⁴⁶ Gesetzblatt Nr. 104 vom 06. 09.1950.

⁵⁴⁷ vgl. Bauakten Husemannstraße 2 – 16. Archiv Bezirk Pankow.

⁵⁴⁸ vgl. Herbert Wald: Erfahrung bei der Modernisierung in Halle-Süd. Schriftenreihe der Bauakademie der DDR Heft 43. Berlin 1973. S. 43.

⁵⁴⁹ Studie zur Gestaltung der Husemannstraße. Berlin 31.01.1984. Archiv Senatsverwaltung.

⁵⁵⁰ vgl. dito. S. 23.

⁵⁵¹ vgl. dito. S. 3.

⁵⁵² dito. S. 14.

Vorschlag listete detailliert eine geplante Nutzung der EG-Zone auf, jedes Haus wurde einer Einrichtung zugeordnet.

Das Haus Husemannstraße 12 wurde mit einer Sondernutzung als „Museum zur Kulturgeschichte der Berliner Arbeiterklasse“ vorgeschlagen. Die Einordnung dieser Einrichtung in das Gesamtvorhaben Husemannstraße und die Erwägung, sie in einen traditionellen Arbeiterbezirk einzufassen, entspräche der Studie und den historischen bzw. politischen Voraussetzungen. Der Stadtbezirk Prenzlauer Berg, in dem sich die frühe Entwicklung der Berliner Arbeiterklasse mit vollzogen hatte, wäre hierfür besonders geeignet.⁵⁵³ Eine Konzeption für diese Errichtung lag als Anlage der Studie vor. Die „verstärkte Pflege des proletarischen Erbes“⁵⁵⁴ war besonders notwendig, da in der DDR in den darauf folgenden Jahren eine Reihe von Gedenktagen und anderen Anlässen bevorstanden, wie das 35-jährige Jubiläum der DDR 1984 und die 750-Jahrfeier Berlin 1987.

Die These, dass der Beschluss zur Rekonstruktion der Husemannstraße einen praktischen Hintergrund hatte, der weniger auf die individuelle Bausubstanz als auf deren Inszenierungsfähigkeit abzielte und die Behauptung stellte, dass für ein Arbeitermuseum ein passendes Umfeld gesucht wurde, das verständlicherweise vorzeigbar sein bzw. hergerichtet werden musste,⁵⁵⁵ kann nicht bestätigt werden. Vielmehr wurde für die Rekonstruktion ein Anlass gesucht und gefunden.⁵⁵⁶

Nahezu zeitgleich erstellte die Forschungsgruppe Kulturgeschichte der Arbeiterklasse am 27.12.1983 im Auftrag vom Rat des Stadtbezirks ein Gutachten zum Projekt Husemannstraße.⁵⁵⁷ Bereits zu dieser Zeit wurde die Wichtigkeit der Realisierung in Zusammenhang mit der 750-Jahrfeier gebracht. „Die geplanten denkmalpflegerischen Rekonstruktionsmaßnahmen [...] sind in Vorbereitung des Berlin-Jubiläums politisch bedeutsam“⁵⁵⁸, betonte das Gutachten.

Ein Schwerpunkt der Maßnahme sollte dem Fremdenverkehr dienen, da das Bauvorhaben prädestiniert war, um als zugkräftige Touristenattraktion einbezogen zu werden. Weit bedeutsamer war der zweite Aspekt dieses Projektes, der ein „lebendiges Stück Traditionspflege und Geschichtsaufarbeitung“⁵⁵⁹ sein sollte und die Möglichkeit hatte, das Leben des Proletariats aus der Zeit der Jahrhundertwende unmittelbar im städtischen Raum vorzuführen.

Hieraus entstand der Vorschlag, anhand eines Beispiels in einer – vom Vorderhaus einschließlich Seitenflügel bzw. Hinterhaus – durchgehenden Etage das soziale Gefälle in der kapitalistischen Großstadt auch innerhalb eines Mietshauses anhand authentischer Wohnbedingungen vorzuführen, und zwar:

- Bürger- und Kleinbürgerwohnung
- Handwerkerwohnung (evtl. mit Werkstatt) und Heimarbeiterwohnung
- Facharbeiterwohnung und (unqualifizierte) Arbeiterwohnung

⁵⁵³ vgl. Studie zur Gestaltung der Husemannstraße. Berlin 31.01.1984. Archiv Senatsverwaltung. S. 20.

⁵⁵⁴ dito. S. 1.

⁵⁵⁵ vgl. Kerstin Stamm. a. a. O. S. 52.

⁵⁵⁶ Der entscheidende Hinweis stammte von Herrn Heinz Krause, ehemaliger Stadtbezirksarchitekt Prenzlauer Berg.

⁵⁵⁷ Forschungsgruppe Kulturgeschichte der Arbeiterklasse: Erste konzeptionelle Gedanken zum Projekt Husemannstraße. Berlin. 27.12.1983.

⁵⁵⁸ dito. S. 1.

⁵⁵⁹ dito.

Zusätzlich schlug das Gutachten vor, Raum zur Verfügung zu stellen, um notwendige Informationen – ergänzt mit Fotos – über die großstädtische Lebensweise der Arbeiter um die Jahrhundertwende geben zu können. Angestrebt wurde „vor allem die Verknüpfung von industrieller Entwicklung und Entwicklung der Lebensweise“⁵⁶⁰ darzustellen. Vermutlich war dieser Vorschlag die Bestätigung für die Idee, in der Husemannstraße ein Museum zur Darstellung der Lebensweise des werktätigen Volkes einzurichten, wie von Konrad Neumann (Bezirksvorsitzender der SED) auf der Volksbildungsaktivtagung 1983 im Stadtbezirk Prenzlauer Berg angeregt wurde.

5.3.3 Planungsentscheidungen zur Rekonstruktion

5.3.3.1 Magistratsbeschluss 1984

Mit Beschluss vom 29.02.1984 bestätigte der Magistrat von Berlin die „Konzeption zur Gestaltung der Husemannstraße im Stadtbezirk Berlin-Prenzlauer Berg“⁵⁶¹. Die Konzeption war von einer Arbeitsgruppe im Auftrag des Stadtbezirksbürgermeisters ausgearbeitet worden und u. a. mit dem Wirtschaftsrat abgestimmt. Die Einbindung wirtschafts- und finanzplanerischer Organe unterstrich die Abhängigkeit der Maßnahmen von planwirtschaftlichen Vorgaben. Für das Projekt mussten die Baubilanzen des Magistrats von 1984 und 1985 sogar geändert werden⁵⁶² – ein Beleg dafür, wie kurzfristig und mit großer Eile der Beschluss zur Rekonstruktion trotz umfassender Gestaltung getroffen wurde.

Der Baubeginn sollte noch im gleichen Monat erfolgen, sämtliche Maßnahmen erhielten die Terminvorgabe „sofort“, und „die baulichen Maßnahmen sind bis zum 31.12.1985 abzuschließen“⁵⁶³. Die Festlegung des Fertigstellungsdatums konnte nicht nachvollzogen werden, da die bevorstehende 750-Jahrfeier erst 1987 stattfinden sollte. Vermutlich war dies eine Vorsorge oder auch eine Weitsicht seitens der Baufunktionäre, um trotz eventueller Verzögerungen oder Maßnahmenenerweiterungen die baulichen Maßnahmen dann spätestens bis zum Stadtjubiläum abschließen zu können.

Als Anlage zur Konzeption war bereits ein Plan zur Nutzung der Erdgeschosszone entwickelt worden. Zusätzlich lag auch eine Ermittlung des Aufwandes auf der Basis der staatlichen Normativvorgaben vor. Begründet wurde diese Planung mit der „Wahrung des historischen Charakters“ in dem Arbeiterwohngebiet Prenzlauer Berg. Die Zielstellung bestand darin, „das Typische eines Altberliner Straßenzuges um die Jahrhundertwende [...] mit modernen Wohnverhältnissen“⁵⁶⁴ wiederherzustellen. Wie müsste aber dieser typische Straßenzug im modernisierten Umfeld wiederhergestellt werden?

Die Konzeption sah vor, „zur Wahrung des Altberliner Charakters sind geeignete kleinere, differenzierte und [...] interessante öffentliche Einrichtungen wie Läden, Gaststätten und Handwerksbetriebe vorzusehen, die innen und außen im Stil entsprechend der Jahrhundertwende zu gestalten sind“⁵⁶⁵. Damit wurden die wahren Absichten der Konzeption konkre-

⁵⁶⁰ Forschungsgruppe Kulturgeschichte der Arbeiterklasse: Erste konzeptionelle Gedanken zum Projekt Husemannstraße. S. 2.

⁵⁶¹ Beschlussvorlage Nr. 090/84 Landesarchiv Berlin. Akten Nr., C-Rep. 100-05, Nr. 1946/1. Zur Vereinfachung wird weiter lediglich die Bezeichnung „Konzeption“ verwendet.

⁵⁶² vgl. Konzeption. a. a. O. S. 1.

⁵⁶³ dito.

⁵⁶⁴ Konzeption. a. a. O. S. 3.

⁵⁶⁵ dito. S. 5.

siert. Zur Erhaltung des historischen Charakters sollte die Fassade erhalten werden, aber „die denkmalpflegerische Zielsetzung kann sich nicht auf das Innere der Wohnungen erstrecken“⁵⁶⁶. Die sogenannten Mietskasernen waren nicht in ihrem historischen Zustand der Jahrhundertwende zu erhalten⁵⁶⁷ und moderne Wohnungen mussten errichtet werden. Bei den Läden sollte zumindest die Inneneinrichtung entsprechend dem Stil der Jahrhundertwende errichtet werden.

Die „Analyse der gegenwärtigen Wohnverhältnisse“ zeigte im Allgemeinen eine normale Situation von Altbauwohngebieten in entsprechender Lage. Von 422 Wohnungen in der Husemannstraße hatten noch 22 % Außentoiletten, die kleinsten und am schlechtesten ausgestatteten Wohnungen konzentrierten sich in Hinterhäusern bzw. Quergebäuden. Die von der Wohnungsverwaltung konzipierte Verbesserung der Ausstattung sah einen Verlust von 54 Wohnungen (ca. 12 %) vor und damit wurden 368 Wohnungen instandgesetzt und modernisiert. Im Vordergrund standen die qualitative Verbesserung der Einrichtungen im WC-, Bad- und Küchenbereich und die vollständige Versorgung der Mieter mit Mieterkellern.⁵⁶⁸

5.3.3.2 Teilgrundsatzentscheidungen 1 – 5

Unmittelbar nach der Bestätigung der Konzeption wurde bei der Ratssitzung am 29.03.1984 die „Erste Maßnahmen des Rates des Stadtbezirkes Berlin-Prenzlauer Berg zur Realisierung des Magistratsbeschlusses Nr. 090/84 von 29.02.1984“⁵⁶⁹ bestätigt und die Verantwortlichkeiten wurden festgelegt. Der Hauptauftraggeber (HAG) war der VEB Kommunale Wohnungsverwaltung Prenzlauer Berg (KWV), der Generalauftragsnehmer (GAN) war der VEB Baureparaturen Prenzlauer Berg. Für die Bearbeitung der Grundsatzentscheidung (GE) waren HAG, GAN und die Kreisplankommission (KPK) zuständig. Außerdem war ein 14-tägiger Rapport unter Leitung des Stadtbezirksbürgermeisters und ein wöchentlicher GAN-Rapport unter Leitung des Stadtbezirksbaudirektors festgelegt worden. Der bereits erwähnte immense Termindruck, spiegelte sich auch in diesen Festlegungen wider. Weitere Grundsatzentscheidungen wurden zur Durchführung der Konzeption jeweils für die unterschiedlichen Bauabschnitte beschlossen.

Die 1. Teilgrundsatzentscheidung,⁵⁷⁰ die im Juli 1984 per Ratsbeschluss beschlossen wurde, betraf die westliche Straßenseite. Sie behandelte die Häuser mit den ungeraden Hausnummern 1 bis 15 hinsichtlich ihrer Modernisierung und Instandsetzung sowie die Neugestaltung der Fassaden und der Erdgeschosszone. Gemäß Zeitplan war der Baubeginn sogar auf Juni festgelegt worden. Etappenweise waren die Inangriffnahme der Arbeiten an den Fassaden für Juni bis August, der Umbau der Erdgeschosszone bis September und schließlich der Ausbau bis Dezember 1984 avisiert. Aus diesem Terminplan konnte die Fließtechnologie bzw. das Taktstraßensystem deutlich entnommen werden.

Die 2. Teilgrundsatzentscheidung „Zentrale Baustelleneinrichtung“ (ZBE)⁵⁷¹ beschloss der Rat des Stadtbezirks im Dezember 1984. Zur Durchführung der Maßnahmen wurden sowohl Büroräume als auch Räume zur Unterbringung der Bauarbeiter benötigt. Mit dieser GE wur-

⁵⁶⁶ dito.

⁵⁶⁷ Beispielsweise waren noch Kochmaschinen vorhandenen.

⁵⁶⁸ vgl. Konzeption. a. a. O. S. 6.

⁵⁶⁹ Vorlage Nr. 0063/ 84. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 134-02-02 Nr. 1315.

⁵⁷⁰ Vorlage Nr. 0241/ 84. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 134-02-02 Nr. 1322.

⁵⁷¹ Vorlage Nr. 0467/ 84. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 134-02-02 Nr. 1333.

den Räume bzw. Leerwohnungen in dem Gebiet zur Nutzung für die ZBE beschlossen. Zum Zeitpunkt des Beschlusses waren bereits 150 Arbeiter im Rekonstruktionsgebiet tätig.

Die 3. Teilgrundsatzentscheidung,⁵⁷² die der Rat des Stadtbezirks ebenfalls im Dezember 1984 beschloss, behandelte die östliche Straßenseite. Sie enthielt Maßnahmen für die geraden Hausnummern 2 bis 16 mit den Erzeugnislinien (EZL) Dächer, Fassaden, Treppenhaus, Wohnungen, Erdgeschosszone und Keller. Bereits mit dieser GE entschied sich der Rat des Stadtbezirks für die weitestgehende historische Gestaltung der Straßenfassaden mit den Geschäften bzw. Läden in den Erdgeschossen.

Weitere Maßnahmen betrafen die Instandsetzung der Haustüren und -tore. Diese GE enthielt auch eine detaillierte Darstellung, nach welchem Schema die einzelnen Maßnahmen wie Innenausbau, Fassaden und Außenanlagen eingetaktet werden und nach welchem Zeitpunkt der fließende Übergang der (gewerksmäßigen) Arbeiten von einem Haus zum Nächsten zu erfolgen hatte. Die Brigaden eines Gewerkes wechselten nach Fertigstellung ihrer Arbeiten zum nächsten Haus und wurden in einem fließenden Übergang von anderen Brigaden abgelöst. Die Modernisierung erfolgte somit nicht hausweise durch ein Kombinat.

Die 4. Teilgrundsatzentscheidung⁵⁷³ wurde im Februar 1985 beschlossen. Diese befasste sich mit der stadttechnischen Erschließung und der Gestaltung des Kollwitzplatzes. Ihr Inhalt betraf die Festlegung der Instandsetzung und Modernisierung für die Versorgung von Wasser, Strom und Gas. Die in dieser GE beschriebenen stadttechnischen Maßnahmen wurden aufgrund des reinen technischen Charakters nicht weiter analysiert.

Die 5. Teilgrundsatzentscheidung,⁵⁷⁴ beschlossen im April 1985, war die letzte GE für die Durchführung der Konzeption zur Gestaltung der Husemannstraße. Diese thematisierte die Maßnahmen des Straßenbaues und der Außenanlagen. In dieser GE wurde u. a. der große Stellenwert der Freiflächengestaltung zur „Verbesserung der Wohnqualität“ und der Grünflächen, um sie als „Erweiterung des Wohnraumes nach außen erlebbar zu machen“, hervorgehoben. Die vollständige Öffnung des Hofes durch Beseitigung der Grundstücksgrenze und eine Gesamtgestaltung des Innenhofes scheiterten an den vorhandenen Eigentumsverhältnissen. Daher sollten wenigstens die Hofmauern entfernt werden, um ein „optisch großzügiges Bild“ zu erreichen. Zu dieser GE gehörten auch die Gestaltung des Straßen- und Gehwegbereichs sowie weitere funktionale Lösungen.

Die dargestellten Grundsatzentscheidungen verdeutlichen die Komplexität der Rekonstruktionsmaßnahmen in der Husemannstraße, sowohl hinsichtlich der Leistung als auch des Aufwandes. Nach und nach, durch Einbeziehung der Absichten des Bezirksbauamts und BfS, im Vorfeld der Vorbereitung der 750-Jahrfeier eine Rekonstruktion einer typischen Altberliner Straße zu präsentieren, erweiterten sich die Maßnahmenkataloge und dadurch erhöhten sich auch der dazu benötigte Aufwand und die Mittel.

Der in der Konzeption beabsichtigte Fertigstellungstermin Ende 1985 konnte daher aus den genannten Gründen nicht mehr eingehalten werden. Eine offizielle Änderung bzw. Verlängerung des Termins konnte aktenkundig nicht belegt werden. Weil das Projekt durch die Übernahme durch das BfS einen „Sonderstatus“ erhielt und eine Erweiterung der Maßnahmen,

⁵⁷² Vorlage Nr. 0484/ 84. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 134-02-02 Nr. 1333.

⁵⁷³ Vorlage Nr. 0505/ 85. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 134-02-02 Nr. 1337.

⁵⁷⁴ Vorlage Nr. 0550/ 85. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 134-02-02 Nr. 1370.

Erhöhung des Aufwandes sowie der Mittel nach sich zog, verlängerte sich dadurch „automatisch“ der Fertigstellungstermin bis zur 750-Jahrfeier im Jahr 1987.

5.3.3.3 Planung der einzelnen Maßnahmen

Die Rekonstruktionsmaßnahmen wurden schwerpunktmäßig außerhalb der Wohnungen durchgeführt aufgrund ihrer Zielstellung, „das Typische eines Altberliner Straßenzuges um die Jahrhundertwende [...] mit modernen Wohnverhältnissen“ wiederherzustellen und „öffentliche Einrichtungen wie Läden, Gaststätten und Handwerksbetriebe [...] innen und außen im Stil entsprechend der Jahrhundertwende zu gestalten“.⁵⁷⁵ In den Wohnungen wurden außer Grundrissänderungen lediglich die Modernisierungsmaßnahmen auf die Bereiche Küche/Bad/WC sowie Verstärkung bzw. Erneuerung der Ver- und Entsorgungsleitungen vorgenommen. Die Instandsetzung an den Gebäuden erfolgte vorrangig an den Fassaden, aber auch an den Dächern und Kellerwänden, die nachfolgend erläutert werden.

Im Einzelnen sah die Konzeption folgende Maßnahme vor:

- Wohnungen

Der Umfang der Baumaßnahmen⁵⁷⁶ einschließlich des geplanten Anteils der Wörtherstraße umfasste 19 Gebäude mit 422 Wohnungen.

Die Zielsetzung bei den Maßnahmen in den Wohnungen bestand darin, im Interesse der Bürger „die Arbeiten an der Wohnsubstanz in den Vordergrund zu stellen, die unter Gewährleistung der baulichen Sicherheit ein trockenes und warmes Wohnen [...] gewährleisten“⁵⁷⁷. Weiterhin konzentrierten sich die Modernisierungsmaßnahmen auf die Bereiche Küche/Bad/WC. Die vorhandenen AT, die in rund 22,5 % der Wohnungen existierten, waren zu beseitigen und diese durch IT zu ersetzen. Weiterhin waren die Bäder und Duschen mit geringen Aufwendungen so einzubauen, dass „entsprechend der Wohnungsgröße eine hohe Gebrauchsfähigkeit gewährleistet wird“⁵⁷⁸.

Technische Vorgaben bei den Modernisierungsmaßnahmen waren vor allem auf Lösungen zur Verbesserungen der Ausstattung der Nassräume gerichtet. Sie betrafen die Verstärkung bzw. Erneuerung der Ver- und Entsorgungsleitungen und Schaffung von Warmwasserbereitung.

Die Instandsetzungsarbeiten, insbesondere an den Dächern, sowie Maßnahmen der Bauwerkstrockenlegung waren im zeitlichen Zusammenhang mit der Modernisierung auszuführen. Zur Verbesserung der Wohnbedingungen waren in der Regel Grundrissänderungen notwendig. Dies betraf sowohl die Aufhebung der sanitärtechnischen Mängel als auch die Veränderung der Wohnungsstruktur, d. h. in der Regel die Schaffung größerer Wohnungen. Dies bildete auch das übergeordnete Ziel der komplexen Rekonstruktion, das bestehende sozialdemographische Ungleichgewicht zu korrigieren. In den Altbaugebieten wohnten auf-

⁵⁷⁵ Konzeption. a. a. O. S. 3 – 5.

⁵⁷⁶ vgl. dito. S. 6.

⁵⁷⁷ Studie zur Gestaltung der Husemannstraße. a. a. O. S. 10.

⁵⁷⁸ dito. S. 11.

grund ihrer Wohnungsstruktur – mit vielen Kleinstwohnungen – nur wenige Familien. Durch gut ausgestattete größere Wohnungen sollten diese Altbaugebiete für Familien attraktiver gemacht werden. Infolge von Wohnungszusammenlegungen wurde ein Verlust von 54 Wohnungen einkalkuliert. Von den vorhandenen 422 Wohnungen ergaben sich nach den Rekonstruktionsmaßnahmen 368 modernisierte Wohnungen.

Ein Beispiel war das Wohngebäude in der Husemannstraße 2/Wörther Straße 35, in dem sich vor der Rekonstruktion vorwiegend 2-R-Wohnungen mit IT ohne Bad/Dusche befanden. Von insgesamt drei Aufgängen führte jeder jeweils zu zwei Wohnungen mit Küche und IT, die sich am Ende des Flures befanden. Vor der Rekonstruktion waren auf jeder Etage sechs 2-R-Wohnungen vorhanden. Durch Wohnungszusammenlegungen entstanden zwei 2-R- und zwei 3-R-Wohnungen mit Bad pro Geschoss. Dadurch entstanden nach der Rekonstruktion von 30 Wohnungen – von denen 25 noch AT und fünf Dusche bzw. Bad hatten – insgesamt 20 Wohnungen mit Bad.⁵⁷⁹

Entsprechend wurde in der Husemannstraße 6 verfahren. Beispielsweise war das 5. OG ein Dreispänner, aufgegliedert in zwei 2-R-Wohnungen mit IT und eine 1-R-Wohnung mit AT. Die 1-R-Wohnung wurde auf die beiden Nachbarwohnungen zugunsten einer verbesserten Ausstattung durch Einbau von Bädern aufgeteilt. Auf diese Weise entstanden zwei 2-R-Wohnungen mit Bad.⁵⁸⁰ Analog reduziert sich die Anzahl der Wohnungen in der Husemannstraße 3 nach der Rekonstruktion von 33 auf 29.⁵⁸¹

Umfassende Modernisierungsmaßnahmen – wie Einbau einer Zentralheizung – wurden in den Wohnungen aus organisatorischen sowie wirtschaftlichen Gründen nicht überall geplant, da der Zeitplan für die Rekonstruktion zunächst eine Fertigstellung bis zum 31.12.1985 vorsah. Die neu entstandenen Bäder blieben weiterhin noch mit Kohlebadeofen ausgestattet, und die Beheizung der Wohnung erfolgte durch Einbau von Gasaußenwandheizer.⁵⁸² Die Kostenschätzung der Konzeption für die Modernisierung und Instandsetzung der Wohnungen lag mit rund 4.700 TM (rund 12 TM/WE) verhältnismäßig niedrig im Vergleich zu den Kosten für die Fassade mit rund 6.700 TM (für die Straßenfassade rund 4.220 TM, für die Hoffassade rund 2.470 TM) oder für die Erdgeschosszone mit rund 7.300 TM.

Auf eine detailliertere Betrachtung der Maßnahmen in den Wohnungen wird verzichtet. Die technischen Maßnahmen im Bereich des Ausbaus stellten keine Besonderheiten dar.

- Fassaden

Die Zielstellung war die Wiederherstellung der Fassadengestaltung um die Jahrhundertwende, auch wenn die Fassaden im Prinzip weniger dem Stil „um 1900“ entsprachen, sondern älter sind, da bekanntlich die Häuser noch früher errichtet wurden. Entsprechend der Konzeption sollte „das historische Kolorit [...] vor allem durch die historisch getreue Gestaltung der Straßenfassade“⁵⁸³ erreicht werden.

⁵⁷⁹ sh. Abb. Nr. 73 und 74.

⁵⁸⁰ vgl. Bauakte Husemannstraße 6. Archiv Bezirk Pankow.

⁵⁸¹ vgl. Bauakte Husemannstraße 3. Archiv Bezirk Pankow.

⁵⁸² Beispielsweise in der Husemannstraße 1 und 2. Archiv Bezirk Pankow.

⁵⁸³ Konzeption. a. a. O. S. 9.

Im Bereich der Fassade war die Bestrebung bei dieser Rekonstruktion zerstörter und fehlender Stuckelemente zu ergänzen bzw. zu erneuern. Diese Elemente befanden sich im Wesentlichen noch in einem relativ guten Zustand, waren jedoch teilweise stark reparaturbedürftig. Ebenfalls war die kleinteilige Fenstergliederung zu erhalten, damit die Maßstäblichkeit der Fassade gewahrt wurde. Darüber hinaus waren die fehlenden Balkone zu ergänzen und die Straßenfassade mit heller freundlicher Farbgebung zu gestalten.

Der Rat des Stadtbezirks entschied in der 3. Teil-Grundsatzentscheidung⁵⁸⁴, die sich mit der Rekonstruktion der Hof- und Straßenfassade befasste, für die „weitestgehende historische Gestaltung der Straßenfassade“⁵⁸⁵ und strebte „eine größtmögliche Treue zum historischen Zustand“⁵⁸⁶ an. Konkret wurde wie folgt entschieden: „Die Gliederung und Plastizität werden original übernommen, ebenso die Form der Gestaltungselemente. Es ist lediglich vom Fall zu Fall zu prüfen, ob aus produktionstechnischen Gründen andere Profile eingesetzt werden. Hierbei ist insbesondere auf die Beibehaltung der Stärke des Profils, der Plastizität und die Feingliedrigkeit zu achten.“⁵⁸⁷ Nur in außergewöhnlichen Fällen wurden Restaurierungen vorgenommen, um die ursprüngliche historische Charakter zu erhalten.

Zur Bauzeit der Häuser, Ende des 19. Jahrhunderts, wurde bereits die Verwendung von vorgefertigten Stuckelementen vorgenommen, um eine Rationalisierung der Bauweise und eine Verringerung der Kosten und des Arbeitsaufwands zu erreichen. Ca. 100 Jahre danach war dieses Ziel auch bei den Rekonstruktionsmaßnahmen abzulesen. Die Stuckelemente, die zur Verwendung kamen, stammten aus dem Katalog R 8001 IWA der Bauakademie der DDR. Dieser erläutert und „informiert über Möglichkeiten der Anwendung vorgefertigter Architektur- und Schmuckelemente der Jahrhundertwende (1870 – 1918) zur weitgehenden Wahrung der charakteristischen Erscheinungsform der Wohngebäude der Altbausubstanz“⁵⁸⁸. Damit „können durch die Vorfertigungstechniken auch denkmalpflegerische Arbeiten an Baudenkmälern [...] erleichtert und ökonomischer gestaltet werden“⁵⁸⁹.

Die Fassadenpläne enthielten nicht nur eine Liste mit Anzahl und den entsprechenden Produktnummern der Elemente, wie sie im Katalog aufgelistet wurde.⁵⁹⁰ Weitere besondere Hinweise waren u.a. „Glattputz mit Fugenschnitt“ und zusätzlich wurden auch beispielsweise „vorhandene Fensterumrandung (vorgemauert) ausbessern bzw. ergänzen“⁵⁹¹ in den Zeichnungen vermerkt.

Die Wichtigkeit der Fassadengestaltung zeigt sich dadurch, dass eigens für diese Rekonstruktionsmaßnahme der VEB Baureparaturen Prenzlauer Berg im Juli 1986 Anleitungshinweise⁵⁹² zusätzlich zu den bereits vorhandenen Einbau- und Konstruktionsdetails sowie die Befestigungshinweise des besagten Katalogs erstellte. „Um die hohe Zahl [...] wieder herzustellender Stuckfassaden zügig und stilgerecht bewältigen zu können, war eine Delegation von acht Stuckateuren des VEB Stuck und Naturstein in den VEB Baureparaturen Prenzlauer Berg notwendig.“⁵⁹³

⁵⁸⁴ Vorlage 0484/84. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep. 134-02-02. Nr. 1333.

⁵⁸⁵ dito. S. 3.

⁵⁸⁶ dito.

⁵⁸⁷ Vorlage 0484/84. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep. 134-02-02. Nr. 1333. S. 11.

⁵⁸⁸ Bauakademie der DDR. Katalog R 8001 IWA. a. a. O. Blatt 0. Seite 1.

⁵⁸⁹ dito. Blatt 1. Seite 1.

⁵⁹⁰ sh. Abb. Nr. 75.

⁵⁹¹ dito.

⁵⁹² VEB Baureparaturen: „Montagetechnologie für Architektur und Schmuckelemente aus Hartstuck“ Juli 1986.

⁵⁹³ Konzeption. a. a. O. S. 15.

Bei der Rekonstruktion sollte aufgrund der ökonomischen Vorgaben ein Weg zwischen Wirtschaftlichkeit durch größtmöglichen Einsatz von Fertigteilelementen und geringstmöglicher originalgetreuer Wiederherstellung durch Neuanfertigungen von Sonderelementen gefunden werden. Dies wurde verdeutlicht, indem bei der Neugestaltung sowohl Rekonstruktion als auch „freie Interpretation“⁵⁹⁴ vorgesehen war. Stuckelemente sollten teilweise erneuert und ergänzt, teilweise nachempfunden werden. Sonderelemente waren anzufertigen bzw. Rosetten und Wappen, Prismen und Zahnleisten vor Ort abzuformen und aus Gips zu gießen. Diese wurden mit vorgefertigten Teilen wie Fensterüberdachungen, Konsolen und Gesimse aus dem bereits erwähnten Katalog R 8001 IWA der Bauakademie der DDR ergänzt. Andere Beispiele zeigten eine vollständig neu zu gestaltende Fassade durch Verwendung der Katalogelemente, die zwar nicht dem Original entsprachen, aber dem Straßenbild und der Epoche angepasst waren.

Am Beispiel des Objekts Husemannstraße 1 zeigte sich eine aus wirtschaftlichen Gründen gefällte Entscheidung der VEB Baureparatur Berlin-Prenzlauer Berg, der vom Stadtbezirksarchitekt zugestimmt wurde. In diesem Fall wurde sich für den Abbruch der Stilelemente und eine Imitationen der Fensterüberdachungen im 5. OG bzw. die Erhaltung dieser Elemente im 3. sowie im 4. OG entschieden.⁵⁹⁵ Somit wurden die Schmuckelemente an dieser Fassade sowohl imitiert als auch wiederhergestellt.

Ein Gegenbeispiel stellt die Fassadengestaltung des Objekts Husemannstraße 2 dar. Die Fassade wurde bereits vor der Rekonstruktion abgestuckt und das Gebäude war in Glattputzfassade zu sehen.⁵⁹⁶ Bei der Rekonstruktionsmaßnahme wurde die komplette Aufstuckung der Fassade mit Elementen des Katalogs wie Gesimsen und Fensterüberdachungen vorgenommen. Dadurch wurde der Stuck angedeutet und der Stil der Epoche angepasst. Bei den Fensterverdachungen im 2. und 3. OG waren statt ursprünglich Bogen- und Spitzverdachungen, Spitz- und Geradeverdachung zu erkennen.⁵⁹⁷

• Vorgärten und Wohnhöfe

Die Problematik bei der Planung von Vorgärten war bereits bei der Entstehung der Husemannstraße existent.⁵⁹⁸ Ein Vermerk des Königlichen Polizeipräsidenten vom 05.06.1894 erinnerte die Eigentümer an die Verordnung vom 27.10.1885 über die Einrichtung und Unterhaltung von Vorgärten. Demnach wurde festgelegt, dass die Husemannstraße Vorgärten erhalten sollte. Diese Festlegung wurde den Bauherren zusammen mit der Erteilung der Baubewilligung, zur Auflage gemacht. Die Eigentümer waren verpflichtet, vor der Baufuchtlinie des Grundstückes, 3,5 m tief in ganzer Ausdehnung gegen den Bürgersteig und die Nachbargrundstücke ein eisernes Gitter auf massivem Sockel von nicht über 75 cm Höhe (mit Ausnahme der Zugänge) einzufrieden zu lassen und das Grundstück dauernd als Garten zu unterhalten.

Bei einer nicht Befolgung der Verordnung wurde die Zwangsdurchführung angedroht. Aufgrund der gewerblichen Nutzung der EG-Zone würden die Vorgärten aber den Zugang zu den Schaufenstern der Läden verhindern. Daher waren die Hauseigentümer hinsichtlich der

⁵⁹⁴ vgl. Dorothea Krause et al.: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. a. a. O. S. 16.

⁵⁹⁵ sh. Abb. Nr. 76. Sowie vgl. Protokoll des VEB Baureparatur Berlin-Prenzlauer Berg vom 30.06.1983.

⁵⁹⁶ sh. Abb. Nr. 77.

⁵⁹⁷ sh. Abb. Nr. 78.

⁵⁹⁸ vgl. Ilona Schneider und Hans Joachim Veigel: Historische Entwicklung. Institut für Denkmalpflege. Berlin 1984. S. 10.

Vermietbarkeit ihrer Ladenräume nicht an diesen Vorgärten interessiert, da diese ihnen zudem noch zusätzliche Kosten verursachten.

In den Bauakten konnte für keines dieser Häuser zwischen Kollwitzplatz und Sredzkistraße die Planung der Vorgärten nachgewiesen werden. In Ausnahmefällen ermöglichte eine Polizeiverordnung den Hauseigentümern, das Vorgartengelände an die Stadtgemeinde abzutreten.

Anders verhielt es sich vor Wohnhäusern mit Gastwirtschaften. Hier wurde der Vorgartenbereich zum Teil für den Schankbetrieb mit genutzt, obwohl das Terrain oft bereits an die Stadtgemeinde abgetreten war. Beispiele hierfür sind die Grundstücke Husemannstraße 15/Sredzkistraße 32. Auf diesem Grundstück hatte der Gastwirt sogar eine überdachte Terrasse für seine Kundschaft errichten lassen.⁵⁹⁹

Aus den Erkenntnissen dieses Tatbestandes war die Entscheidung des MAG nicht nachvollziehbar indem Folgendes beschlossen wurde: „Für diesen Straßenzug waren ebenfalls Vorgärten typisch, die wieder angelegt und mit schmiedeeisernen Zäunen versehen und durch den zukünftigen Rechtsträger zu pflegen sind.“⁶⁰⁰

Zum Thema „Anlage von Vorgärten in der Husemannstraße“ fand im August 1984 ein Beratungsgespräch bei der Bezirksplankommission (BPK) statt, in dem eine Diskussion über die Planung der Anlage geführt wurde. Der Stadtbezirksbürgermeister äußerte zu dieser Zeit bereits seine Bedenken zur Ausführung dieser Anlage.⁶⁰¹

Eine Auseinandersetzung zwischen MAG und dem Stadtbezirk über dieses Thema fand ebenso bei einer Informationsveranstaltung der gesellschaftlichen Kräfte des Wahlkreises XVI im Club der Volkssolidarität am 07.03.1985 statt. Der non MAG zur Erläuterung der Konzeption des Vorhabens beauftragte Architekt wurde von dem Stadtbezirksbaudirektor daran gehindert, die entsprechenden Pläne über die Planung der Vorgärten aufzuhängen und zu erläutern, mit der Begründung, dass, wie beschlossen, die Anlage nicht realisiert wird.⁶⁰²

Aufgrund der weiteren Interessenbekundungen seitens des MAG in Person des Chefarchitekten Roland Korn⁶⁰³ wiederholte der Rat des Stadtbezirks mit Schreiben vom 02.04.1985 weiterhin seine Bedenken und schlug dem MAG vor, auf die geplante Anlage zu verzichten.

Zur Durchsetzung der Interessen des Stadtbezirks wurde dem übermächtigen Magistrat mit folgenden Argumentationen begegnet.

- Weitere Bauhauptkapazitäten wären für die Ausführung der Anlage erforderlich.
- Die benötigte Grünflächenkapazität müsste mit der Bauhauptkapazität umgetauscht werden.
- Durch diese Anlage würden sich in dieser Straße eine erhebliche Verengung des Gehwegbereichs und dadurch eine Beeinträchtigung der geplanten Boulevardgestaltung ergeben.

⁵⁹⁹ vgl. Bauakte Husemannstraße 15. Archiv Bezirk Pankow.

⁶⁰⁰ Konzeption. a. a. O. S. 10.

⁶⁰¹ vgl. Schreiben Rat des Stadtbezirks an Chefarchitekt Roland Korn vom 12.03.1985.

⁶⁰² dito.

⁶⁰³ vgl. Schreiben Chefarchitekt an Rat des Stadtbezirks vom 19.03.1985.

Trotz intensiven Einsatzes des Chefarchitekten⁶⁰⁴, der eine umfangreiche Vorplanung vorsah, wurde diese Maßnahme aufgrund der „erheblichen Probleme bei der Kapazitätenbereitstellung“⁶⁰⁵ des Stadtbezirks in materieller als auch personeller Hinsicht nicht weiter verfolgt.

Die Machtkämpfe, die diese Planung begleiteten, ließen vermuten, dass die Problematik der Kapazitäten – seitens des Stadtbezirks – nur vorgeschoben wurde. Im Rahmen der 750-Jahrfeier der Stadt unterlag das Bauvorhaben besonderen Finanzierungsmodalitäten. Daher würde sowohl der Nachschub von Arbeitskräften aus den anderen Bezirken als auch die Bewältigung der Engpässe bei den Materiallieferungen kein wirkliches Problem darstellen.

Ausschlaggebend für den Stadtbezirk war die eventuelle Beeinträchtigung des Boulevardcharakters bei diesem Prestigeobjekt, das als Vorzeigeobjekt für (westliche) touristische Attraktion vorgesehen war⁶⁰⁶. Eine Realisierung von Vorgärten hätte außerdem für den Eigentümer Nachteile durch Behinderung des Zugangs der Schaufenster und zusätzliche Kosten für die Pflege der Anlage bedeutet.

Die in Form von Skizzen⁶⁰⁷ umstrittenen Planungen für die Vorgärten wurden anschließend verworfen, und es blieb nur eine minimale Gestaltungsvariante des Bürgersteigs übrig.⁶⁰⁸ Kleine Pflanzschalen aus Beton⁶⁰⁹ waren vor dem Friseurmuseum in der Husemannstraße 8, vor dem Obst- und Gemüseladen in der Husemannstraße 10 und vor dem Arbeitermuseum in der Husemannstraße 12 vorgesehen. Zusätzlich sollten Sitzbänke⁶¹⁰ auf dem Bürgersteig über die ganze Straßenlänge verteilt werden.

In anderen Bereichen waren Zäune⁶¹¹ vor Gaststätten zu errichten, wie z. B. vor der „Eisdiele“ in der Husemannstraße 2/Wörtherstraße 35, vor der „Imbissstube“ in der Husemannstraße 6 und vor der „Bierstube“ in der Husemannstraße 15. Zusätzlich waren Zäune aus dem ehemaligen Gaswerk in der Danziger Straße geplant. Ein Hinweis auf eine denkmalgerechte Planung dieser Maßnahmen fehlte.

Im Gegensatz zu den Vorgärten wurden die Innenhöfe umfassend geplant. Die Gestaltung der grundstücksübergreifenden „Wohnhöfe“ im westlichen Teil der Husemannstraße war unproblematisch, da diese Grundstücke unter der Verwaltung der KWV standen. Eine große Anlage mit Rasenflächen, Spielplätzen, Bänken und Bepflanzungen entstand zwischen den Wohnblöcken der Husemann-, Wörther-, Knaack- und Sredzkistraße.⁶¹²

Die Gestaltung an der östlichen Seite der Husemannstraße verlief aufgrund der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse der Grundstücke kleinteiliger. Für jedes Grundstück existierte eine Planung, die auch mit dem jeweiligen Eigentümer abgestimmt werden musste. Die Innenhöfe wurden zweckmäßig geplant und teilweise mit Rasenflächen ausgestattet. Am Beispiel der Objekte Husemannstraße 2 – 10 wird deutlich, dass zwar die Grundstücksgrenze

⁶⁰⁴ dito.

⁶⁰⁵ vgl. Schreiben vom Rat des Stadtbezirks an MAG vom 02.04.1985.

⁶⁰⁶ Laut Auskunft von Herrn Heinz Krause, ehemaliger Stadtbezirksarchitekt Prenzlauer Berg.

⁶⁰⁷ Abb. Nr. 79 und 80.

⁶⁰⁸ vgl. Dorothea Krause et al.: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. a. a. O. S. 14 – 21.

⁶⁰⁹ sh. Abb. Nr. 81.

⁶¹⁰ sh. Abb. Nr. 82.

⁶¹¹ sh. Abb. Nr. 83.

⁶¹² sh. Abb. Nr. 84.

in Form einer Mauer abgerissen wurde, aber aufgrund der getrennten abzurechnenden Betriebskosten mehrere Müllremisen vorgesehen werden mussten.⁶¹³

- Erdgeschosszone

Ein Schwerpunkt der komplexen Rekonstruktionsmaßnahmen in der Husemannstraße war zweifellos die geplante Erdgeschossnutzung. Vor der Rekonstruktion in der Husemannstraße waren aber nur drei Läden vorhanden, in Haus Nr. 4 ein Hundesalon, in Haus Nr. 14 ein Schuhmacher und in Haus Nr. 16 ein Getränkeladen sowie in der Sredzkistraße 34 eine Drogerie.⁶¹⁴

Eine gesonderte Anlage der Konzeption⁶¹⁵ verzeichnete Einrichtungen, die in der Husemannstraße eingegliedert werden sollten. Insgesamt 26 Läden, Werkstätten, Gaststätten sowie andere Einrichtungen wurden in den Souterrains und Erdgeschosszone eingerichtet. Diese dienten einerseits der Versorgung der Bewohner sowie als Attraktionen für die Touristen. Neben Lebensmittel- und Blumengeschäften, Läden für den täglichen Bedarf und Eckkneipen waren u. a. Handwerkerbetriebe, Werkstätten, Museen sowie ein Laden für Andenken vorgesehen. Es kann davon ausgegangen werden, dass einige dieser Einrichtungen bereits um die Jahrhundertwende dort existierten.

Am 23.05.1985 wurde zwischen den Künstlern Frau Irene Fischer sowie Herrn Klaus Storde und dem VEB KWV Berlin-Prenzlauer Berg als HAG – vertreten durch Herrn Spohr – ein Vertrag abgeschlossen. Gegenstand des Vertrags war „die Erarbeitung einer Werbe- und Gestaltungskonzeption für den Fassadenbereich aller Handelseinrichtungen, Dienstleistungs- und Gewerbebetriebe sowie Gaststätten im Gebiet Husemannstraße mit Eckbebauung in der Sredzkistraße sowie der dem Kollwitzplatz zugewandten Seite der Wörtherstraße 36 - 39“⁶¹⁶.

Der Vertrag galt nur für die Gestaltungskonzeption für die Fassade des EG Bereichs und nicht für die gesamte Fassade. Der entscheidende Passus im Vertrag, an den sich die Künstler strikt halten wollten, befand sich in dem § 2 - Leistungsinhalt des Vertrages, worin festgelegt wurde, dass mit der Konzeption Richtlinien für das visuelle Erkennungsbild des Bereichs bearbeitet werden, „die sich an historischen Vorbildern orientieren und deren Adaption zum Ziele haben“⁶¹⁷.

Die Werbe- und Gestaltungskonzeption sollte gemäß dem Leistungsumfang Modellcharakter aufweisen und Richtlinien unter den Aspekten Farbgestaltung der Fassaden, Schriftgestaltung sowie Materialien und Technologien festlegen. Für die handwerkliche und künstlerische Umsetzung der Konzeption war der Stadtbezirksarchitekt – nach Vorlage und Bestätigung durch den Rat des Stadtbezirks – verantwortlich.

Nach dem Vertragsabschluss wurden Vorschläge durch die Künstler sowohl für Materialien als auch Technologien für den Fassadenbereich unterbreitet sowie Farbgestaltung, Beschriftung

⁶¹³ sh. Abb. Nr. 85.

⁶¹⁴ vgl die 3. GE östliche Seite, Vorlage Nr. 0484/84. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 134-02-02 Nr.1333.

⁶¹⁵ sh. Abb. Nr. 86.

⁶¹⁶ Vertrag vom 23.05.1985. § 1. S. 1.

⁶¹⁷ dito. § 2. S. 1.

tung der Läden und Werbefragmente entworfen. Sie wurden durch Beispiele aus der Zeit der Jahrhundertwende belegt.⁶¹⁸

Vorgesehen waren auf Glas geklebte Piacrylbuchstaben sowie Schriftmalereien sowohl auf Putz als auch auf Glas. Darüber hinaus waren Reklameschilder aus Emaille, Blech bzw. Glas und in einigen Bereichen sogar Markisen wie auch graphisch neu gestalteten Rollläden, Aushänger und Ausleger geplant.⁶¹⁹

Nach Ausstellung der Konzeption reagierte das BfS mit mehreren Einwänden. Beispielsweise war eine Anbringung von Schildern nicht erwünscht, da diese den Stuck an der Fassade „zerstören“. Ein Vorschlag der Künstler für eine mehrfarbige Gestaltung der Fassade eines Hauses, indem sich dort verschiedene Gewerbe niederließen wurde ebenfalls nicht angenommen, obwohl die baulichen Gegebenheiten diese Gestaltung ermöglichten, da Vor- bzw. Rücksprünge an der Fassade vorhanden waren. Eine Studie der Künstler bewies sogar das Vorhandensein solcher Farbgestaltungen. Auf die Argumentation der Künstler, dass diese Konzeption – nach Untersuchungen auch im gesamten Berliner Raum – dem historischen und künstlerischen Vorbild entsprach, wurde nicht eingegangen.⁶²⁰

Der Machtkampf zwischen dem Stadtbezirk und dem BfS konzentrierte sich auf die Ausführung. Der Stadtbezirk ging bei der Planung derart vor, dass hinterfragt wurde, welcher Zeitgeist sich hinter der Fassadengestaltung versteckte. Die in Auftrag gegebene Untersuchung sollte den ursprünglichen Zustand der Fassade durch alte Zeichnungen und Fotografien aufdecken, um möglichst eine original- bzw. detailgetreue Nachbildung oder zumindest eine Adaption der historischen Fassade herzustellen. Das BfS strebte in diesem Fall jedoch keine Perfektion bei der Ausführung an und favorisierte eine preiswerte Lösung, auch wenn in diesem Prestigeobjekt die Bilanzierung durch Sonderfonds gesichert war. Dies hatte zur Folge, dass der Stadtbezirk dem BfS Dilettantismus vorwarf.⁶²¹

Nach dem Konflikt entwickelte das BfS einen eigenen Entwurf in Anlehnung an die Konzeption der Künstler⁶²², der schließlich zur Ausführung kam. Dieser Konflikt verschärfte sich, indem die Künstler das BfS des Plagiates beschuldigten. Auch über den Rechtsweg konnte nicht erreicht werden, dass die Konzeption der Künstler zur Ausführung kam. Rechtlich wurde der Schritt des BfS durch die „Anordnung über Realisierung von Werken der architekturbezogenen Kunst“⁶²³ vom 29.04.1982 – veröffentlicht im Gesetzblatt der DDR Nr. 417 vom 22.06.1982 – abgesichert.

Demzufolge stieg das Projekt zum „zentral geplanten Investitionsvorhaben“⁶²⁴ auf, und die Entscheidungskompetenz lag somit nicht mehr beim Stadtbezirk, sondern beim Bezirk. Die Wichtigkeit des Projektes Husemannstraße wuchs dadurch allmählich zum Prestigeobjekt, schließlich war beabsichtigt, im Rahmen der 750-Jahrfeier Berlins, der Staats- und Parteiführung dieses Vorzeigeobjekt zu präsentieren.

⁶¹⁸ sh. Abb. Nr. 87, 88, 89 und 90.

⁶¹⁹ sh. Abb. Nr. 91, 92, 93, 94, 95 und 96.

⁶²⁰ Laut Aussage von Frau Irene Fischer.

⁶²¹ Laut Aussage von Herrn Heinz Krause, ehemaliger Stadtbezirksarchitekt Prenzlauer Berg.

⁶²² sh. Abb. Nr. 97, 98, 99, 100, 101 und 102.

⁶²³ § 2 Nr. 2: Über Art und Umfang von Werken der architekturbezogenen Kunst hat bei zentral geplanten Investitionsvorhaben der Investitionsauftraggeber in Abstimmung mit dem Rat des Bezirks – hier MAG – zu entscheiden.

⁶²⁴ dito.

Diese Auseinandersetzung verdeutlichte die These der Zuständigkeitsverteilung in der Planung und Ausführung von Wohnungsbaumaßnahmen in Berlin zum wiederholten Mal. Der Rat des Bezirks übernahm die hochwertigen, der Stadtbezirk die unwichtigen Bestandteile des Projekts. Die Hierarchie der Aufgabenverteilung war von der Bedeutung der Aufgaben abhängig. Der Vertrag zur Gestaltung der EG-Zone wurde bekanntlich „nur“ zwischen der KWV – ein Organ des Stadtbezirks – und den Künstlern abgeschlossen. Somit hatte das BfS – ein verlängerter Arm des Bezirks – die Kompetenz und Befugnis, diesen Vertrag zu annullieren.

Der Entwurf des BfS zur Ausführung der Werbe- und Gestaltungskonzeption für den Fassadenbereich der EG-Zone erhielt faktisch nur unwesentliche Änderungen. Diese lagen u. a. darin, dass Bezeichnungen geringfügig umgewandelt wurden. Das Geschäft im Haus Nr. 14 wurde von „Modeatelier“ in „Modesalon“ umbenannt und aus „Schilder mit Metallrahmen“ über den Eingang des Hauses Nr. 16 wurden „Blechschilder im Winkelrahmen“. Weitere Umbenennungen erfolgten u. a. bei der Drogerie. Die Bezeichnung „Schrift hinter Glas“ und „Buchstaben auf Glas geklebt“ wurde durch „Hinterglasmalerei“ geändert.

Nicht zu übersehen war eine nahezu vollständige Übernahme des Wortlautes und die minimale Änderung der Schrift bei der Schleiferei im Haus Nr. 15.⁶²⁵ Im Gegensatz dazu blieb die Bezeichnung „Schrift auf Putz“ und „Schrift hinter Glas“ auf den Plänen. Insgesamt betrachtet, waren die Änderungen zur Konzeption der Künstler unbedeutend. Der Vorwurf des Plagiats war berechtigt, da es sich um keine fachliche Korrektur der Entwürfe handelte. „Als Prinzip, wurde in Übereinstimmung mit der Denkmalpflege, wie um 1900 üblich, die Werbung auf Putz, Schaufenster oder Blechschilder geschrieben.“⁶²⁶ Mit dieser Aussage beabsichtigte das BfS die Maßnahmen mit einem historischen Grund zu belegen.

Mit Schreiben vom 28.01.1986 wurden die Unterlagen der Künstler zur „Werbekonzeption Husemannstraße“ vom BfS an den HAG Berlin-Prenzlauer Berg zurückgegeben, und am 19.02.1986 erhielt der GAN VEB Baureparaturen Berlin-Prenzlauer Berg vom BfS die bestätigten Fotokarten zur Konzeption für Werbung und Farbgebung der Erdgeschosszone Husemannstraße. Die Bestätigung erfolgte bereits durch den Beschluss Nr. 00/25/85 des Rats des Stadtbezirks vom 20.01.1986.

Für die Gestaltungen der Ladeninnenräume wurden ebenso Innenarchitekten und Künstler beauftragt. Beispielsweise wurde am 20.02.1985 ein Vertrag für die Innengestaltung des Tabakwarenladens in der Husemannstraße 4 mit Frau und Herrn Thierfelder sowie mit der Fa. Büchner abgeschlossen.⁶²⁷ Die Ausführung fand zwischen September 1985 bis Juni 1986 statt.

Die Beschaffung des Mobiliars erfolgte durch landesweite Annonce. Dadurch erhielt das Tabakgeschäft u. a. eine Zigarrenkistensammlung, Zugschutzwand und einen Hungerturm-Schaukasten. Wenige Teile waren in Original aus antiquarischen Beständen zusammengetragen, die restlichen Teile wurden dagegen stilgerecht neu gebaut.⁶²⁸

⁶²⁵ sh. Abb. Nr. 103 und 104.

⁶²⁶ Dorothea Krause et al.: *Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende*, a. a. O. S. 19.

⁶²⁷ Durch einen Honorarvertrag zur Gestaltung des Tabakgeschäftes in der denkmalgeschützten Ensemble Husemannstraße.

⁶²⁸ Laut Aussage von Frau und Herrn Thierfelder.

Die Entwurfszeichnungen beinhalteten Fußboden- und Deckenabwicklungen sowie die Darstellung der Inneneinrichtungen⁶²⁹ mit Anweisungen wie: „Kundenräume entsprechend dem Stil der Jahrhundertwende auszustatten [und] sind im Charakter der Zeit um 1900 malermäßig zu gestalten“⁶³⁰.

Der Vergleich zwischen der historischen und der geplanten Nutzung der Erdgeschosszone im Rekonstruktionsgebiet Husemannstraße zeigt die folgende Übersichtstabelle.

	Bestand um die Jahrhundertwende*	Vorgesehene Einrichtungen**
Wör.35	Kaufmannsladen und Gastwirtschaft. Bäckerei und Kaffeerösterei im KG	Eisdiele
Wör.36	Schanklokal und Fleischerei Grünkramhandlung u. Milchladen im KG	Postamt
Wör.37	Geschäftslokal, Eiergeschäft im KG Stall auf dem Hof	keine Angabe
Wör.38	Tischlerei im SF mit Leimküche und Verkaufsraum im KG	keine Angabe
Wör.39	Gastwirtschaft.	Kinderbücherei
Hus. 01	Schanklokal und Fleischerei Grünkramhandlung u. Milchladen im KG	Gaststätte mit Probierstube
Hus. 02	Kaufmannsladen und Gastwirtschaft. Bäckerei und Kaffeerösterei im KG	Spirituosen / Getränke Schmuckladen
Hus. 03	Tischlerei	Fotoatelier / Andenken
Hus. 04	Klempnerei	Hundesalon und Drogerie
Hus. 05	keine Angabe	Glaserei
Hus. 06	Tischlerei im KG QG	Café / Gaststätte
Hus. 07	Mechaniker Werkstatt Konfitüre- u. Bonbonfabrik im SF	Druckerei
Hus. 08	Gastwirtschaft, Spängrube auf dem Hof Tischlerei im KG des QG	Friseur Friseurmuseum
Hus. 09	Hutmacher und Kürschner im QG	Töpferladen
Hus. 10	Zwei Läden	Uhrmacher, Obst und Gemüse
Hus. 11	Fleischer, Tapezierwerkstatt im QG	Blumenladen
Hus. 12	Drei Läden u. Milchladen im EG des VH	Berliner Arbeitermuseum
Hus. 13	Ein Laden	Handweberei, An- und Verkauf
Hus. 14	Schanklokal mit Lager im KG	Schuster und Schneider
Hus. 15	Schanklokal	Scherenschleifer und Gaststätte
Hus. 16	Zigarrenladen	Tabakwaren- u. Lebensmittelladen
Sred.32	Schanklokal	Gaststätte
Sred.34	Zigarrenladen	Lebensmittelladen

Quellen:

* Bestand um die Jahrhundertwende: VEB Denkmalpflege: Zur historischen Entwicklung des Gebietes zwischen Husemannstraße und Schönhauser Allee und der sozialen Differenzierung der dort lebenden Bevölkerung um 1900. Berlin 1884. S. 7 - 10. Archiv Senatsverwaltung.

** Vorgesehene Einrichtungen: Konzeption zur Gestaltung der Husemannstraße vom 22.02.1984. Anlage 1.

⁶²⁹ sh. Abb. Nr. 105 und 106.

⁶³⁰ vgl. Bauakte Husemannstraße 4. Archiv Bezirk Pankow.

Nach der Erstellung der Konzeption zur Gestaltung der Husemannstraße vom 22.02.1984. wurden noch einige Veränderungen bzw. Verschiebungen bei der Nutzung des einzelnen Gebäudes vorgenommen, die keine wesentlichen Änderungen darstellen. Beispielsweise wurde die Nutzung der Häuser 4 und 16 umgetauscht. Die Drogerie wurde nunmehr im Haus 16 und der Tabakladen im Haus 4 eingerichtet.

- Eingangsbereiche

Im Rahmen der Rekonstruktion in der Husemannstraße zur Wahrung des historischen Charakters der Jahrhundertwende war auch die Neugestaltung der Eingangsbereiche und Hausdurchfahrten vorgesehen. Dieser Bereich wurde als „öffentlicher bzw. für Besucher als einsehbarer Bereich“ betrachtet⁶³¹ und war in ursprünglichem Zustand wiederherzustellen. Das bedeutete, dass er zuerst instandgesetzt, gestalterisch korrigiert, ergänzt und zum Schluss farblich gestaltet wurde. Der Stadtbezirk Prenzlauer Berg fungierte in diesem Fall als Projektant. Auftraggeber war der HAG Komplexer Wohnungsbau.

Vor der Rekonstruktion wurde im Laufe der Jahre durch provisorische Baumaßnahmen, behelfsmäßige Umbauten und durch einfache Reparaturarbeiten „der Gesamteindruck der Eingänge und Durchfahrten erheblich herabgesetzt“⁶³², z. B. durch Verlegung der Elektrokabelkanäle und den Einbau von rohen Betonstufen. Die Türen und Tore waren stark beschädigt, deren beschädigte Glasflächen wurden bei den Reparaturarbeiten unmotiviert durch eine Vielzahl von Glassorten ersetzt. Putzabblühungen, abgeblätterte Farbanstriche und Fußbodenbrüche verdeutlichten den mit Mängeln behafteten Zustand des Bereichs.

Nach mehreren Ortsbegehungen wurden umfassende bauliche Festlegungen getroffen.⁶³³ Sie betrafen die üblichen Instandsetzungsarbeiten im Bereich der Putz-, Stuck- und Tischlerarbeiten. Sehr ausführliche Anweisungen erhielten die Maler- und Anstricharbeiten. Ausdrücklich wurde darin betont, dass unter Einbeziehung aller beteiligten Institutionen eine Entscheidung über die Qualität, Anwendung der alternativen Materialien und Farbgestaltung zu treffen war. Zu beachten waren auch die ausdrücklichen Hinweise in den Ansichtsplänen zur Vorgehensweise der einzelnen Arbeitsschritte wie „Fahrschienen belassen (reinigen)“, „Profilleisten ergänzen, alt Anstriche 100 % abbrennen“, „10 Briefkasten (zweireihig angeordnet) mit Zierleisten umrahmen“ und „beidseitig Fußleisten um die Stufen herum anbringen“⁶³⁴.

Die Pläne für die einzelnen Häuser enthielten genaue Anweisungen über die Farbgestaltung der Wände, Decken, Tore und der Holzteile der Treppe. Beispielsweise war zu beachten, dass die Wände oberhalb und unterhalb des Frieses unterschiedliche Farben bekamen. Der Fries, in drei Streifen unterteilt, erhielt drei unterschiedliche Farben. Die vordere Seite der Pilaster wurde farblich mit einer anderen Farbe abgesetzt als der Bogen. Die profilierte Holzleiste erhielt eine andere Farbe als die ca.130 mm darüber liegenden breiten Streifen. Auch die Handläufe erhielten nicht die gleiche Farbe wie die Traljen. Darüber hinaus wurden Pläne der verschiedenen Stillen Portiers und der Mitteilungstafeln angefertigt, mit genauen Angaben über die Holzprofile und deren Verglasungen.

⁶³¹ Bericht des VEB Baureparaturen vom 31.07.1986. S. 2. Archiv Senatsverwaltung.

⁶³² dito.

⁶³³ vgl. Begehungsprotokollen des Rats des Stadtbezirks vom 26.06.1984, 30.05. und 02.06.1986. Archiv Senatsverwaltung.

⁶³⁴ sh. Abb. Nr. 107 und 108.

Eine Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands wäre sehr kostenintensiv gewesen. Daher waren Abstriche bei der anspruchsvollen Aufgabenstellung zu erkennen, wie bei den vereinfachten Ausführungen und indem Ersatzmaterialien vorgesehen war. Kleinere Abweichungen waren in Abhängigkeit der Wertigkeit der Teile festzustellen.

- Tore und Schlösser

Im Rahmen der Gestaltung der Eingangsbereiche waren die Tore in Anlehnung an den historischen Zustand zu überarbeiten bzw. neu herzustellen. Entsprechend den Planungen sollte das Straßentor einen braunen, das Hoftor einen grünen Farbton erhalten. In dem Übersichtsplan der Glaserarbeiten wurden nicht nur die Verglasung der einzelnen Tore und Treppenhausfenster dargestellt, sondern auch die Hinweise auf ihre Anzahl und Qualität (einfaches Fenster-, strukturiertes Ornament- bzw. farbiges Tafelglas). In der Regel waren diese Angaben Bestandteil der Maßnahmenbeschreibung im Leistungsverzeichnis.

Bei der Besprechung am 5.11.1986⁶³⁵ meldete der Stadtbezirk an das BfS, dass keine Kapazitäten mehr für die Reparatur, Wartung und Herstellung der erforderlichen Schlösser der großen Tore vorhanden waren. Bei der Sitzung am 03.12.1986⁶³⁶ teilte der HAG mit, dass auch aus finanziellen Gründen ein Auftrag zur Nachfertigung historischer Türklinken nicht erteilt werden konnte. Am 15.01.1987⁶³⁷ erhielt der HAG aber noch ergänzende Angaben zur Realisierung der Haustor-Schließanlage in der Husemannstraße. Für die Schließbarkeit der Tore wurden weitere 30 schwere Schlösser benötigt.

Bei der Planung der Hauseingänge und Tore verfuhr das BfS sehr großzügig, indem Metallteile wie Türklinken, Schlüsselbleche, Rosetten und Türdruckgarnituren im historischen Stil ersetzt oder angefertigt wurden. Ihre Abgüsse waren anzufertigen und wieder einzubauen. Daraufhin entschied das BfS, einen externen Betrieb mit diesen Leistungen zu beauftragen. Mit der Finanzierung verfährt es aber nicht so großzügig wie mit der Planung.

Das BfS erwartete eine Ausführung im Sinne der detailgetreuen Bauausführung und gleichzeitig die Übernahme der daraus resultierenden Kosten durch den Stadtbezirk mit der Anforderung, die Finanzierung der geschätzten Kosten in Höhe von 10.000,00 bis 12.000,00 Mark „im Sinne der weiteren detailgetreuen Bauausführung zu ermöglichen“⁶³⁸.

- Straße

Die von dem VEB Wohnungsbaukombinat (WBK) Berlin entwickelte „Straßenbaukonzeption für die Husemannstraße“⁶³⁹ sah eine umfassende und aufwändige Neugestaltung der Straßen- und Gehwegbereiche trotz Beibehaltung ihrer Abmessungen vor. Die erst in den 60er Jahren neu asphaltierte vorhandene Fahrbahn wurde sogar aufgebrochen und durch eine 5 cm neue Asphaltdecke (Schwarzdecke) belegt⁶⁴⁰. Der untere Straßenaufbau aus ca. 25 cm Beton blieb erhalten. Aus zeitgemäßen Gründen wurde auf eine Wiederherstellung des ur-

⁶³⁵ vgl. Protokoll zur Beratung der AG Husemannstraße einschließlich GAN-Rapport vom 06.11.1986. Archiv Senatsverwaltung.

⁶³⁶ vgl. Sitzungsprotokoll vom 04.12.1986. Archiv Senatsverwaltung.

⁶³⁷ vgl. Schreiben BfS an HAG vom 15.01.1987. Archiv Senatsverwaltung.

⁶³⁸ Schreiben BfS an HAG vom 15.01.1987. Archiv Senatsverwaltung.

⁶³⁹ sh. Abb. Nr. 109.

⁶⁴⁰ sh. Abb. Nr. 110.

sprünglichen gepflasterten Zustandes verzichtet. Die Gehwege aus Bitumen waren mit Granitplatten (Schweinebäuche), Kleinsteinpflaster (Mosaikplatten) und Reihensteinpflaster zu ergänzen bzw. zu erneuern.

Die komplexe Aufgabe in diesem Bereich überforderte offensichtlich die ausführenden Betriebe. Der VEB Baureparaturen und der VEB Fahrbau und Gehwegbau, die für den Deckenschluss (Pflasterarbeiten) im Gehwegbereich mit dem Leistungsbereich Steinsetzerarbeiten und Verlegen von Granitplatten beauftragt wurden, waren offenbar nicht in der Lage, bis zur geplanten Übergabe am 30.04.1987 ihren Leistungsumfang abschließend zu erbringen. Der Chefarchitekt bat aus dem Grund in seinem Schreiben vom 08.01.1987 den Bezirksbaudirektor um Unterstützung und um eine Bereitstellung entsprechender Kapazitäten. Die immense Wichtigkeit des Projektes wurde dadurch unterstrichen, indem fremde Kapazitäten zum Beitrag des erfolgreichen Abschlusses delegiert werden musste.

Mit Bepflanzung neuer Bäume wurde versucht, das Originalstraßenbild wiederherzustellen. Die Planung berücksichtigte in ihren Plänen sowohl die vorhandenen und geplanten Bäume durch Aussparungen (Baumscheiben 1,50 m x 1,50 m) zusichern als auch andere Anlagen der Stadttechnik wie Laternen und Wasserpumpen aufzustellen.⁶⁴¹

In Anbetracht der touristischen Bedeutung und durch die Konzentration vielfältiger gesellschaftlicher Einrichtungen – Museen, Gaststätten und diverse Läden – waren in der Husemannstraße sogar Planungen zur Verkehrsberuhigung vorhanden. Beispielsweise waren alternierendes Parken bzw. eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h vorgesehen.⁶⁴² Diese Pläne wurden jedoch nicht umgesetzt.

Für die Straßen- und Hausnummerschilder hatte der Stadtbezirksarchitekt bereits den Entwurf erstellt und die Herstellung für bestimmte Straßen im Stadtbezirk veranlasst. Auch hier forderte der Chefarchitekt um Vorstellung des Entwurfs der Schilder, Vorlage der Muster sowie um ausgewählte Beispiele der Anbringung in den Altbauwohngebieten.⁶⁴³ Zwischen dem Stadtbezirk und dem BfS entbrannte bei der Planung der Schilder eine weitere Auseinandersetzung. Die Entwürfe des Stadtbezirksarchitekten verwendete das BfS lediglich als Studie bzw. Vorlage für die direkte Vergabe an den ausführenden Betrieb – eine Demonstration seitens des BfS bezüglich seiner Kompetenz gegenüber dem Stadtbezirk. Zum wiederholten Male wurden hier dem Stadtbezirk seine Grenzen gezeigt, indem das BfS sogar für die kleinsten Details der Maßnahme seine ausdrückliche Zuständigkeit demonstrierte.

Das BfS vergab den Auftrag direkt an den VEB Schilderwerk Beutha, mit der ausdrücklichen Forderung zum 20.04.1987, also vor Übergabetermin des Straßenzuges am 30.04.1987, die Schilder fertigzustellen.⁶⁴⁴ Die Maße der Schilder, Lage der Pfeile und Ziffern wurde detailliert vorgeschrieben, wie z. B. die einstelligen Ziffern in die geometrische Mitte zu setzen und die Größe des Schildes mit den abgerundeten Ecken. Bei der detaillierten Festlegung der Abmessungen der Schilder, Abbildungen, Zahlen und Ziffern vom BfS fehlten aber die ausdrücklichen Hinweise auf historische Vorbilder bzw. historische Muster.

⁶⁴¹ sh. Abb. Nr. 111.

⁶⁴² vgl. Konzeption a. a. O. S. 12.

⁶⁴³ vgl. Schreiben vom 14.01.1987 von Chefarchitekt Roland Korn an den Stadtbezirksarchitekten Heinz Krause. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁴⁴ vgl. Schreiben BfS an den VEB Schilderwerk Beutha vom 21.01.1987. Archiv Senatsverwaltung.

- Straßenlaternen

Nach dem Plan vom 21.05.1984⁶⁴⁵ wurde für den südlichen Teil der Husemannstraße und den Kollwitzplatz der Bedarf von insgesamt 34 gusseisernen Laternen festgelegt. Bei den 1-armigen waren neun für die Husemannstraße, vier für die Wörtherstraße und 21 für den Kollwitzplatz geplant. Eine 2-armige Laterne war für den Kollwitzplatz vorgesehen. Die amtliche Bezeichnung dieser historischen Beleuchtung lautete Altberliner Leuchte auf Berliner Gaskandelaber mit eingebauten Sicherungselementen.

Ende der 60er Jahre wurden die Straßenmobiliar bereits erneuert worden durch neuzeitliche Lampen mit Betonschaft.⁶⁴⁶ Sie standen aber der aktuellen Gestaltungsabsicht entgegen und mussten daher erneut ausgetauscht werden. Beantragt wurde der Bedarf am 29.05.1984 vom Stadtbezirk Prenzlauer Berg.⁶⁴⁷ Ein bemerkenswerter Vorgang stellte dem Fall dar, in dem bei einer konkreten Bedarfsermittlung von 34 Laternen⁶⁴⁸ eine Bestellung von 40 Laternen von dem BfS genehmigt und geliefert wurde. Eine Begründung für diesen Mehrbedarf lag nicht vor. Vermutlich waren sie für die restliche Husemannstraße reserviert, deren Rekonstruktion erst später vorgesehen war. Die benötigten Laternen waren sogar ausdrücklich aus dem vorgesehenen Kontingent des Stadtbezirks Köpenick bereitzustellen.

- Litfaßsäulen

Zur Zeit der Planung waren noch einige Litfaßsäulen im Gebiet vorhanden.⁶⁴⁹ Die Bezeichnung „Blechkuppeln mit Explosionsklappen“ war der gängige Ausdruck, der von den technischen Fachleuten verwendet wurde,⁶⁵⁰ Annoncier-Säulen war der historische Terminus. Erst ein Jahr vor der 750-Jahrfeier wurde die Problematik der Säulen bezüglich Reparatur, Aufstellung und ihre zukünftigen Standorte erkannt. Am 23.07.1986 fand eine Besichtigung nicht vor Ort, aber auf dem Lagerplatz der Deutsche Werbe- und Anzeigengesellschaft (DEWAG) in Mahlsdorf statt. Am 03.09.1986 entschied das BfS,⁶⁵¹ das Angebot der DEWAG zu überprüfen, außer Betrieb genommene historische Säulen an die drei vorgesehenen Standorte zu stellen, statt u. U. komplizierte Reparaturarbeiten an den vorhandenen Säulen vorzunehmen.

Das BfS entschied weiterhin bis ins Detail über die Vorgehensweise bei der Aufrichtung der Säulen. Der anzuwendende Farbton wurde mit „russisch Grün“ bezeichnet. „Das vorhandene Betondach wird abgenommen, durch ein Stahlblechdach mit einem Differenzring ergänzt.“⁶⁵² Eine historische Begründung wurde nicht mitgeliefert. Eine besondere Fläche der Säule von 30 cm „zwischen der Klebehöhe von 3,00 m und dem oberen Schaftende“⁶⁵³ wurde für Stadtinformationen – entsprechend den historischen Vorbildern – mit Rufnummern von der Volkspolizei, Feuerwehr und dem Roten Kreuz reserviert.⁶⁵⁴

⁶⁴⁵ sh. Abb. Nr. 109.

⁶⁴⁶ vgl. Kerstin Stamm. a. a. O. S. 72 und sh. Abb. Nr. 112.

⁶⁴⁷ vgl. Brief von Rat des Stadtbezirks an MAG/BfS vom 29.05.1984. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁴⁸ Aktennotiz des Stadtbezirks vom 16.06.1984. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁴⁹ sh. Abb. Nr. 112, 113, 114 und 115.

⁶⁵⁰ vgl. Aktennotiz BfS vom 08.09.1986 bei der Ortsbesprechung zur Aufstellung der Litfaßsäulen. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁵¹ dito.

⁶⁵² dito.

⁶⁵³ dito.

⁶⁵⁴ sh. Abb. Nr. 116.

Insgesamt waren drei Litfaßsäulen für das gesamte Gebiet vorgesehen, zwei auf dem Kollwitzplatz und eine an der Ecke Husemann-/Sredzkistraße. Nur bei einer Säule wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Traufgesims mit Löwenköpfen verziert war und das Dach eine Form von einer Halbkugel besaß und daher als historisch deklariert wurde.⁶⁵⁵ Die Fertigstellung der Rekonstruktionsarbeiten an den Litfaßsäulen war für das Ende des 1. Quartals 1987, zur 750-Jahrfeier vorgesehen.

- Wasserpumpen

Zur Komplettierung des historischen Ensembles zur 750-Jahrfeier forderte der Chefarchitekt vom MAG die Aufstellung von zwei Handständerkolbenpumpen (auch Lauchhammerpumpen genannt), jeweils eine für die Husemannstraße und eine für den Kollwitzplatz.⁶⁵⁶

Nach mehr als einem Jahr seit der Bestellung wurde die Lieferung weiterhin noch nicht sichergestellt. Zur Beschleunigung der Aufstellung schlug der Chefarchitekt dem stellvertretenden Bürgermeister für Energie, Umweltschutz und Wasserwirtschaft zur Beschleunigung der Lieferung vor, Pumpen aus eventuellen Schrottbeständen der Wasserwerke zu verwenden.⁶⁵⁷ Skeptische Vermutungen, dass diese Bestände ursprünglich aus fremden Bezirken, möglicherweise sogar aus anderen Stilepochen stammten, sind hier angebracht.

Der Grund der Verzögerung bei der Aufstellung der Pumpen lag nicht an der Lieferschwierigkeit, sondern an den Zuständigkeiten der Maßnahme – ein immer wiederkehrender Machtkampf der Institutionen. Bereits bei der Ortsbegehung am 11.10.1985 und einer anschließenden Rücksprache mit dem für das Notwasserbrunnenbohrprogramm zuständigen VEB Tiefbau Berlin wurde seitens des stellvertretenden Bürgermeisters die Aussage getroffen,⁶⁵⁸ dass eine Brunnenbohrung infolge der sehr starken Leitungsbelegung des unterirdischen Bauraumes technisch nicht realisierbar wäre. Damit war die Frage der Aufstellung historischer Pumpen gegenstandslos, ein Anschluss von Handpumpen an das öffentliche Trinkwassernetz wurde auch abgelehnt. Eine andere Variante wurde empfohlen, und zwar im Falle einer Wasserentnahme aus dem öffentlichen Netz eine Genehmigung des VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung zu beantragen.

Bei dieser immer wiederkehrenden Kontroverse über die Zuständigkeiten annullierte das BfS den MAG-Ablehnungsbescheid, setzte seine Planung konsequent durch, indem es den Nachguss einer Lauchhammerpumpe bestellte und aufstellte.

- Museum „Berliner Arbeiterleben um 1900“

Ein wichtiger Bestandteil für die Rekonstruktion der Husemannstraße war auch die Entscheidung zur Errichtung eines Arbeitermuseums in dieser Straße. Daher sind Anmerkungen zu diesem Projekt zwingend notwendig. Entsprechend Magistratsbeschluss Nr. 090/84 vom 29.02.1984 und dem anschließenden Ratsbeschluss Nr. 0063/84 vom 29.03.1984⁶⁵⁹ war im Zuge der Rekonstruktion der Husemannstraße vorgesehen, im Haus Nr. 12, dass im Jahre

⁶⁵⁵ vgl. Aktennotiz BfS vom 08.09.1986. S. 2. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁵⁶ vgl. Schreiben vom 29.06.1985 an den stellvertretenden Bürgermeister. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁵⁷ vgl. Schreiben von Chefarchitekt vom 22.07.1986. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁵⁸ vgl. Schreiben vom 19.09.1986. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁵⁹ Magistrat von Berlin, Abteilung Kultur: Präzisierte Nutzungskonzeption für das Museum für Kulturgeschichte der Berliner Arbeiterklasse. Berlin 8/1984. S. 2. Archiv Senatsverwaltung.

1892 bis 1893 errichtet wurde⁶⁶⁰, ein „Museum – Berliner Arbeiterleben um 1900“ zu errichten. Nach der Konzeption sollte das Arbeitermuseum einen „kulturpolitischen Mittelpunkt des gesamten Straßenzuges bilden, [...] das die Lebensweise, den Alltag und damit die kulturelle Leistungsfähigkeit der herrschenden Arbeiterklasse veranschaulicht“. ⁶⁶¹ Als Außenstelle des Märkischen Museums sollte es zur Kulturgeschichte der Berliner Arbeiterklasse beitragen und „Einblick in die häusliche Lebensweise von Proletarierfamilien um die Jahrhundertwende“⁶⁶² geben. Das Museum sollte die Möglichkeit bieten „das Geschichtsbewusstsein im Sinne der Arbeiterklasse sowie die Heimatverbundenheit anschaulich unmittelbar im traditionellen Arbeiterstadtbezirk“⁶⁶³ zu fördern und „am Standort den kulturpolitischen Mittelpunkt des gesamten Straßenzuges“⁶⁶⁴ zu bilden. Es sollte das erste Museum seiner Art in Berlin werden.

Die Räume des gesamten Erdgeschosses sowie einige Räume im Keller- und 1. Obergeschoss wurden für das Museum vorgesehen.⁶⁶⁵ Im Erdgeschoss waren die Ausstellungsräume, ein kleiner Video-/Kinoraum für ca. 40 Personen, Bibliotheksraum sowie Werkstätten und im Obergeschoss die Personalräume für zehn Personen geplant. Der Hof sollte den Charakter eines kleinen Biergartens aufweisen, in dem zu gegebenen Anlässen kleine Hof-feste oder ähnliche Veranstaltungen stattfinden konnten.⁶⁶⁶ Es wurde mit einer Besucherzahl von 25.000 Personen pro Jahr gerechnet.⁶⁶⁷

Die jährlichen Kosten für Personal, Miete und andere Aufwendungen wurden mit 443 TM berechnet.⁶⁶⁸ Der Kostenvoranschlag für das gesamte Bauvorhaben betrug 2.898.200,00 M.⁶⁶⁹ Auffallend war, dass davon für die Position „Außergewöhnliche Teilleistungen – Erdgeschosszone“ insgesamt 1.165.800,00 M veranschlagt und für die Position Instandsetzung und Modernisierung - für alle darüber liegenden Wohnungen „nur“ 974.000,00 M einkalkuliert wurden. Die restlichen Beträge setzten sich aus den Positionen der unmittelbaren Teilleistungen zusammen.

Der Antrag für die Baugenehmigung – für eine außergewöhnliche Restnutzungsdauer von 50 Jahren – war datiert auf den 01.02.1985. Die Zustimmung für die Maßnahmen erfolgte von der Bauaufsicht – ohne Auflagen – kurze Zeit danach.⁶⁷⁰ Bei der Sitzung des Rates des Stadtbezirks am 18.07.1985 wurde der Entzug des Eigentumsrechts an dem Grundstück entschieden.⁶⁷¹ „Auf der Grundlage vom § 16 Baulandgesetzes wird zur Sicherung geplanter Baumaßnahmen“⁶⁷² das Eigentumsrecht mit Wirkung vom 01.08.1985 entzogen. Dadurch entstand Volkseigentum auf dem Grundstück, und es erloschen alle im Grundbuch eingetragenen Rechte Dritter. Gleichzeitig entstand ein Anspruch des bisherigen Eigentümers auf Entschädigung. Der VEB KWV Berlin-Prenzlauer Berg wurde als staatliche Verwalter eingesetzt, der Baubeginn zum 01.08.1985 festgelegt.

⁶⁶⁰ vgl. Bauakte Husemannstraße 12. Archiv Bezirk Pankow.

⁶⁶¹ Magistrat von Berlin, Abteilung Kultur: Präzisierte Nutzungskonzeption für das Museum für Kulturgeschichte der Berliner Arbeiterklasse. a. a. O. S. 2.

⁶⁶² Dorothea Krause et al.: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. a. a. O. S. 20.

⁶⁶³ Magistrat von Berlin, Abteilung Kultur: Präzisierte Nutzungskonzeption für das Museum der Kulturgeschichte der Berliner Arbeiterklasse. a. a. O. S. 2.

⁶⁶⁴ dito.

⁶⁶⁵ sh. Abb. Nr. 117 und 118.

⁶⁶⁶ sh. Abb. Nr. 119.

⁶⁶⁷ vgl. Schreiben MAG Abt. Kultur an MAG Bezirks-Hygiene-Inspektion vom 28.05.1984. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁶⁸ dito.

⁶⁶⁹ Kostenvoranschlag KWV vom 18.02.1985. Archiv Bezirk Pankow.

⁶⁷⁰ vgl. Prüfbescheid Nr. 89/85 vom 22.02.1985. Archiv Bezirk Pankow.

⁶⁷¹ Vorlage Nr. 0297/85 des Rat des Stadtbezirks vom 18.07.1985 Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁷² dito. S. 1.

Das Tempo des Verfahrens, vom Bauantrag, Baugenehmigung, die ohne Auflagen erteilt wurde, bis zur Enteignung und Baubeginn, verdeutlicht der dominierende politische Hintergrund dieses Bauvorhabens. Auch die explodierende Höhe der neu festgelegten Kosten bestätigt diese Feststellung.

Im Jahre 1983 wurden die Kosten für das Bauvorhaben noch mit nur einer Höhe von rund 610,5 TM⁶⁷³ geschätzt, und die Maßnahmen für eine Restdauer von 40 Jahre geplant. Letztendlich wurde für eine Erhöhung der Kosten auf rund 2,9 Millionen Mark und für eine Verlängerung der Nutzungsdauer bis 50 Jahren entschieden. Das Museum „Berliner Arbeiterleben um 1900“ war aber nur bis kurz nach der Wiedervereinigung in Betrieb.⁶⁷⁴ Danach wurde das Gebäude wieder zu Wohnzwecken mit Läden im EG-Bereich umgenutzt.

5.3.4 Durchführung der Rekonstruktion

5.3.4.1 Beispielobjekt: Husemannstraße 16/Sredzkistraße 34

Das in diesem Teil untersuchte Objekt ist ein Eck-Wohngebäude mit Kellergeschoss, fünf Obergeschossen und einem nicht ausgebauten Dachgeschoss. Der Bauschein N 1978 war auf den 14.11.1888 datiert und trug noch die Objektbezeichnung Hochmeisterstraße 8 Ecke Franseckistraße 16. Eigentümer war R. Bock und die Zeichnungen wurden von Maurermeister J. Scheidler erstellt. Die Baugenehmigung erfolgte im Oktober 1888. Es ist davon auszugehen, dass das Objekt anschließend 1889 gebaut wurde.⁶⁷⁵

Vor der Rekonstruktion wurde das Erdgeschoss teilweise zu Gewerbebezwecken (Drogerie und KVV-Verwaltungsräume) und als Abstellräume genutzt. Eine Wohnung befand sich im EG Aufgang Husemannstraße 16, weitere zwölf Wohnungen befanden sich in den Obergeschossen des gleichen Aufgangs und acht Wohnungen in den Obergeschossen des Aufgangs Sredzkistraße. Von den insgesamt 21 WE waren elf WE mit Bad/IWC, acht WE mit IWC und zwei WE mit AWC ausgestattet. Nach der Rekonstruktion entstanden insgesamt 16 WE, die vollständig mit Bad/WC ausgestattet wurden.⁶⁷⁶

Das Gebäude wies infolge langjährig versäumter Instandhaltungsarbeiten auch im EG-Bereich einen hohen Verschleißgrad bzw. erhebliche Bauschäden auf. In diesem Bereich waren die Schäden vermutlich aufgrund mangelhafter oder fehlender Bauwerksabdichtung entstanden und die Fassade war durch nutzungsbedingte Umbauten an den Fenstern stark beschädigt.⁶⁷⁷ Die Einfachfenster hatten Fenstergitter der verschiedensten Bauweise.

Anhand der vorhandenen Aufnahmen,⁶⁷⁸ die vor 1984 aufgenommen wurden, kann die Straßenfassade im Detail betrachtet werden. Der Putz des 4. OG an der Sredzkistraße war stark beschädigt, besonders unterhalb der Traufe. Zum Teil war nur noch das Grundmauerwerk sichtbar. Erstaunlicherweise waren noch vier profilierte Gesimskonsolen und zwei Schlusssteine gut erhalten. An der Husemannstraße war im 4. OG kein Putz mehr vorhanden und

⁶⁷³ Bei der Kostenschätzung der VEB KVV Berlin-Prenzlauer Berg vom 03.11.1983 wurden komplette Instandsetzung und Modernisierung des Objekts für das Planjahr 1985 vorgesehen.

⁶⁷⁴ vgl. Klaus Grosinski: Prenzlauer Berg. Eine Chronik. S. 228. Berlin 1997.

⁶⁷⁵ vgl. Bauakte Husemannstraße 12. Archiv Bezirk Pankow.

⁶⁷⁶ vgl. EZL-Innen von VEB Baureparaturen Prenzlauer Berg vom 30.07.1984. Archiv Bezirk Pankow.

⁶⁷⁷ vgl. Bautechnischer Erläuterungsbericht des VEB Baureparaturen Prenzlauer-Berg vom 30.07.1984. Archiv Bezirk Pankow.

⁶⁷⁸ sh. Abb. Nr. 120 und 121.

die Schäden griffen sogar auf das 3. OG über. Sie deuten auf starke innere Schäden, wie sie z. B. durch Feuchtigkeit aufgrund von Dachschäden entstehen könnten. Einige Spitzverdachungen der Fenster und Teile des Glattputzes im 3. OG waren beschädigt, aber augenscheinlich war es möglich, sie ohne großen Aufwand instandzusetzen bzw. zu ersetzen. Zu sehen ist auch, dass mehrere Schutzgitter der Gasaußenwandheizer aus den Wandflächen unterhalb der Fenster hervortraten. Im 3. OG wurde sogar dadurch das Sohlbankgesims unterbrochen.

Der restliche Teil der Stuckfassade, im 2. und 1. OG mit ihren architektonischen Gliederungselementen und auch der Bossenputz waren noch relativ gut erhalten und schienen noch intakt zu sein. Die viergeteilten Kastendoppelfenster entsprechen in ihrer Aufteilung der für diese Zeit typischen Form. Obwohl sie in verschiedenen Farben gehalten wurden, spricht das geschlossene Bild dafür, dass keine Fenster durch Kriegseinwirkung beschädigt und ersetzt wurden. Denkbar ist, dass Reparaturen beschädigter Fensterscheiben vorgenommen werden mussten. Ebenso dürften die beiden Hauseingangstüren Originale sein und aus der Bauzeit stammen.

Im EG-Bereich war noch eine Ladenbeschriftung vorhanden und einige – vermutlich auch ursprüngliche – Rollläden sind auf dem Bild zu sehen. Durch den jetzigen Zustand der Fassade des EG-Bereichs waren Putz und Stuckarbeiten unumgänglich, und aufgrund der deutlich erkennbaren Abblätterungen der Farbschichten waren für die gesamte Fassade umfassende Malerarbeiten erforderlich.

Die Wohnungsinstandsetzung und -modernisierung des Objekts wurden im Jahr 1984 mit der Projektnummer 2750/6/84 geplant.⁶⁷⁹ Der Vorschlag vom 05.01.1984 der Plankommission sah vor, in dem Gebäude einen Lebensmittel- und Tabakwarenladen unterzubringen. Die Pläne für das Objekt waren unterschiedlich datiert, stammten jedoch aus dem Monat September 1984. Am 07.12.1984 beabsichtigte der VEB KWV Prenzlauer Berg, das Objekt mit einer Konsumverkaufsstelle für Lebensmittel, einer Drogerie und einem Laden für Kurzwaren zu belegen. Schließlich entschied sich das BfS für eine Belegung mit einem Konsum-Lebensmittelgeschäft, einer Drogerie und einem Modesalon. Auftraggeber waren der VEB KWV Prenzlauer Berg und der Projektant der VEB Baureparaturen Prenzlauer Berg. Der von dem Projektanten entwickelte bautechnische Erläuterungsbericht war auf den 30.07.1984 datiert.

Demnach waren folgende Erzeugnislinien (EZL)⁶⁸⁰ an dem Objekt durchzuführen:

- Keller
- Erdgeschoss-Zone
- Wohnungsinstandsetzung
- Treppenhaus
- Dach
- Fassade
- Außenanlagen

⁶⁷⁹ vgl. Erläuterungsbericht des VEB Baureparaturen Prenzlauer-Berg vom 30.07.1984. S. 1. Archiv Senatsverwaltung.
⁶⁸⁰ sh. Abb. Nr. 122.

Nachfolgend werden insbesondere die Außenbereiche des Objektes – EG-Zone, Fassade und Außenanlage – detailliert betrachtet. Sie bildeten den gesellschaftlichen Interessenmittelpunkt und waren sowohl aus architektonischer als auch aus städtebaulicher Sicht von großer Bedeutung. Zur Vervollständigung werden die Maßnahmen in den restlichen EZL nur am Rande und sehr verkürzt beschrieben. Die Maßnahmen in den Wohnungen werden ebenfalls nicht ausführlich behandelt. Die Schwerpunkte der Maßnahmen in den Wohnungen lagen im Bereich der Bautechnik, die für diese Untersuchung irrelevant ist.

Die EZL Keller beinhaltete insbesondere die Instandsetzungsmaßnahmen des Kellergeschosses sowie die Neuverlegung der Leitungen und die Errichtung von Heizungs-, Hausanschluss- und Mieterabstellräumen. An der Außenwand war Rappputz mit Sperranstrich aufzubringen.

Gemäß der Projektbeschreibung fielen bei der EZL Treppenhaus nur in geringem Umfang Tischler-, Fußbodenbelags-, Maurer-, Putz- und Malerarbeiten an. Der Treppenhauskopf war in Trockenbauweise zu erneuern. Dies bestätigte die Vermutung, dass die Dachfläche beschädigt und Feuchtigkeit ins Gebäude eingedrungen war.

Die EZL Wohnungen umfasste die vollständige Instandsetzung bei gleichzeitiger Modernisierung aller Wohnungen. Die Modernisierungsmaßnahmen beinhalteten den Einbau von modernen Heizsystemen sowie Bädern und Küchen und die Sicherstellung der zeitgemäßen Ver- bzw. Entsorgungsleitungen (Gas, Elektrik und Wasser). Außerdem waren funktionsverbessernde Maßnahmen durch Wohnungszusammenlegungen der Kleinstwohnungen vorgesehen, um einen Einbau von Bädern in allen Wohnungen zu ermöglichen.

Bei der EZL Dach war das gesamte Dachgeschoss sowie die Dachverbandhölzer instandzusetzen bzw. zu sanieren. Zinkblecheinfassungen, Dachrinnen, -mauerrollen und -eindeckung waren wie auch die Schornsteine zu erneuern.

Für den EG-Bereich waren – aufgrund der Neugestaltung und der veränderten Nutzung der Räume gegenüber dem jetzigen Zustand – einige Putz- und Stuckarbeiten notwendig. Im 1. und 2. OG war nur eine Ausbesserung des Putzes und Stuckes vorgesehen, weil der Zustand noch als gut eingestuft wurde. Lediglich der Glattputz und die Stuckteile im 3. und 4. OG waren aufgrund ihres Zustandes (stark verwittert) generell zu erneuern. Die gut erhaltenen Stuckelemente sowie das Massivgesims waren vorher abzuformen und abzuziehen. Die restlichen Spiegel, Gesimse, Bossen u. a. waren auszubessern bzw. zu ersetzen.⁶⁸¹

Auf eine Stellungnahme zur Instandsetzung des Glattputzes und Bossenputzes wird verzichtet, da in der EZL keine Besonderheiten vermerkt und festgestellt wurden. Bei der Instandsetzung der Stuckteile war nach den Ausführungsplänen der VEB Baureparaturen Prenzlaue Berg differenziert zu verfahren. Für die „einfacheren“ Stuckteile wie Gurtgesimse, Sohlbänke, Fensterlaibungen, Spitzen- und Rundfensterabdeckungen bzw. Fensterverdachungen wurden Elemente des VEB Stuck und Naturstein Berlin vorgesehen. Die „hochwertigeren“ Stuckteile wie Rosetten, Schmuckplatten und Prismen waren vor Ort abzuformen und aus Gips abzugießen.⁶⁸² Eine Elementenliste⁶⁸³ beschrieb die benötigten Produkte des Katalogs R-

⁶⁸¹ vgl. EZL-Fassade von Baureparaturen Prenzlaue Berg vom 28.09.1984. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁸² sh. Abb. Nr. 123, 124 und 125.

⁶⁸³ sh. Abb. Nr. 126.

8001-IWA des VEB Stuck und Naturstein Berlin, ihre Anzahl bzw. die laufenden Meter. Pro Element wurde sogar eine Kostenobergrenze von 1.500,00 Mark festgelegt.

Eine Besonderheit war, dass für das Objekt ein gesonderter Plan für die Hoffassade existierte,⁶⁸⁴ der bei den meisten Häusern der Husemannstraße nicht vorlag. Der Zustand des Glattputzes der Hoffassade war durch Verwitterung schlecht und daher vollständig zu erneuern. Im Gegensatz dazu waren die Fenster einschließlich ihrer Stuckumrandungen noch relativ gut erhalten. Ausdrücklich wurde auf die Ausführung des Putzes zwischen der Fensterverdachung und der waagerechten Fensterlaibung/-faschen hingewiesen. Der Putz war vorstehend auszuführen, ohne einen Hinweis auf einen historischen Hintergrund dieser Ausführungsart. Der Anstrich mit Alkydharzlack- oder Polyacrylatfarbe war nach Montage aller Elemente durchzuführen. Die Angaben der einzelnen Farbtöne waren aus der Gesamtkonzeption des BfS zu entnehmen. Die Zinkabdeckungen aller vorstehenden Fassadenteile und die Regenfallrohre waren nach der EZL zu erneuern.

Charakteristisch für die östliche Seite der Straße war, dass sich in den Erdgeschosszonen der Mietshäuser Läden befanden. Die Grundkonzeption bestand darin, das Straßenbild als traditionelle Arbeitergegend um die Jahrhundertwende neu zu gestalten. Mit folgenden Maßnahmen wurde diesem Umstand Rechnung getragen. Für die EG-Zone war eine Rekonstruktion aller Räume zum Zweck der Wiederherstellung als Gewerberäume vorgesehen. Vorhandene Wohnungen, Büro- bzw. Abstell- oder Lagerräume im EG-Bereich wurden aufgelöst. Das Schaufenster und der Ladeneingang erhielten eine neue Gestaltung.

Die Räume der Wohnung im ehem. Laden Husemannstraße 16 EG-Rechts wurden zu einem Laden (Modesalon) umgestaltet. Die vorhandene Drogerie blieb in ihrem Umfang erhalten. Aufgrund der neuen Nutzung war der vorhandene Innenausbau entsprechend zu verändern, damit eine Verbesserung der Funktionsabläufe erreicht werden konnte.

Das BfS sah für den Bereich Sredzkistraße 34 eine Gestaltung in einfacherer Ausführung vor mutmaßlich, weil sich dieser Bereich nicht mehr in der Hauptansichtseite befand. Das ehemalige Geschäft links neben der Durchfahrt wurde daher im Schaufensterbereich nicht verändert und war als Aufenthaltsraum für das Personal mit Umkleideraum sowie Teeküche vorgesehen. Durch die Erhaltung des Schaufensterbereichs bestand die Möglichkeit, später diesen Raum als weiteren Verkaufsraum, z. B. zur Spezifizierung des Sortiments, zu nutzen. Durch Hinzunahme des benachbarten (Fahrrad-) Raumes könnte darüber hinaus die Schaffung eines neuen Aufenthaltsraumes erreicht werden. Im Aufgang Sredzkistraße EG-Rechts wurden die Büroräume des VEB KWV aufgelöst und zu Verkaufsräumen einer Konsum-Verkaufsstelle für Waren des täglichen Bedarfs (WtB) umgestaltet.⁶⁸⁵

Die Schaufensterkonstruktionen bzw. die Rollläden sollten nur einen neuen Anstrich erhalten, die Rückschaufenster waren mit mattem Glas bzw. Rohglas auszustatten, die Werbebeschriftung auf Putz (Eier, Butter, Milch, Süßwaren, Gebäck, Brot u. a.) hatte in einfacher Form, ohne Schattenkanten, zu erfolgen und letztendlich war nur ein Blechschild (mit der Aufschrift „Lebensmittel“) mit Winkelrahmen für diese Seite vorgesehen. Hier wurde deutlich, dass die Konzeption der „Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende“ lediglich für die sichtbare Seite des Straßenzuges der Husemannstraße, die repräsentative Seite, galt.

⁶⁸⁴ sh. Abb. Nr. 127.

⁶⁸⁵ sh. Abb. Nr. 128.

Für die Objektbeschriftung des Konsumgeschäfts wurde ein Vorschlag vom Direktionsbereich der Konsumgenossenschaft eingeholt,⁶⁸⁶ um eine einheitliche, harmonische Gestaltung der Läden zu erreichen.

In der Husemannstraße waren noch folgende Konsumläden vorgesehen:

- Souvenirladen (Andenkenladen) in Haus Nr. 3
- Tabakwarengeschäft in Haus Nr. 4 sowie
- Obst- und Gemüseladen in Haus Nr. 10

Ein Möblierungsplan und eine Ausrüstungsliste für die einzelnen Räume des Ladens für WtB wurden bereits in der Vorbereitungsphase angefertigt. Vervollständigt wurde die Planung mit Innenansichten des Verkaufsraumes, Decken- und Fußbodenplänen sowie Wandansichten.⁶⁸⁷

Im Gegensatz zum Bereich Sredzkistraße 34 hat der MAG – aus Prestigegründen – für den Bereich der Husemannstraße 16 aufwändigere und kostenintensivere Ausführungen vorgesehen. Die Werbebeschriftung des Lebensmittelgeschäftes auf Putz (Wein, Sekt, Likör, Kaffee, Zucker, Tee u. a.) war mit Schattenkante auszuführen. Die Beschriftung der Schaufenster (Modesalon und Drogerie) war aus Hinterglasmalerei gefertigt – auch als Rot-Kreuz-Signet bezeichnet – und der Eingang des Salons erhielt einen Baldachin aus einer Stahl-Glas-Konstruktion.

Für diese Straßenfront waren senkrechte Blechschilder (Konserven und Spirituosen) neben den Eingangstüren zum Teil in Naturstein-Imitation und waagerechte Schilder über den Eingängen (Konsum und Lebensmittel) sowie waagerechte Glasschilder (Modesalon und Drogerie) im Winkelrahmen vorgesehen. Der Vergleich mit der Konzeption zur Werbe- und Fasadengestaltung der Künstler Irene Fischer und Klaus Storde zeigt, dass auch in diesem Objekt nur geringfügige Änderungen vorgenommen wurden.⁶⁸⁸

Für die EG-Zone wurde nach der Konzeption des BfS vom 14.02.1986 für folgende Farbgestaltung entschieden:⁶⁸⁹

Die Grundfarbe war die Polyacrylatfarbe der Mischfarbton Grau-Weiß-Creme.

Die Flaschen um die Fenster vom Konsum in Polyacrylatfarbe Weiß-Creme-Grau.

Der Sockel in Polyacrylatfarbe Weiß-Creme-Schwarz.

Die Tür und das Schaufenster der Drogerie in Alkydharzfarbe Tieftürkis.

Die Tür und das Schaufenster des Modesalons in Holzlasur Rotbraun.

Alle übrigen Türen und Fenster in Alkydharzfarbe Moosgrün-Nachtblau.

Die Instandsetzung des Innenhofes in der EZL Außenanlage sah eine Neugestaltung der Grünanlage nach Neuverlegung der Grundleitungen vor. Umfangreiche Erdarbeiten für die Hofbefestigungen waren erforderlich, um im Zuge der Neugestaltung kleinere Grünflächen anzulegen, so dass hier durch Pflanzung von Gehölzen die Wohnbedingungen in dem kleinen Hof verbessert werden konnten.

⁶⁸⁶ vgl. Schreiben vom 21. Januar 1986 an BfS. Archiv Senatsverwaltung.

⁶⁸⁷ sh. Abb. Nr. 129, 130, 131, 132, 133 und 134.

⁶⁸⁸ sh. Abb. Nr. 135, 136, 137, 138, 139 und 140.

⁶⁸⁹ sh. Abb. Nr. 141.

Bei diesem Objekt ist der Innenhof relativ klein und misst ca. 15,0 m x 10,0 m. Aus diesem Grund war eine gemeinsame Gestaltung mit dem Nachbarobjekt Husemannstraße 14 vorgesehen. Der gemeinsame Innenhof vergrößerte sich demnach auf ca. 31,0 m x 10,0 m. Trotzdem konnte in diesem Fall nicht von einer aufwändigen Innenhofgestaltung gesprochen werden. Ein gemeinsamer Mülltonnenplatz konnte aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht angelegt werden, daher existierten zwei Mülltonnenplätze. Nach Abzug der notwendigen Verkehrswege zum Mülltonnenplatz und Grünflächen für Bodendecker, Stauden und Staudengehölze blieb vom Innenhof lediglich ein kleiner gemeinsamer Sandkasten übrig allerdings ohne Spielgeräte für die Kleinstkinder, ausgestattet mit einer Sitzbank mit Lehne. Drei Bäume, die vorhanden waren, blieben erhalten.⁶⁹⁰ Die Zustimmung zur Ausführung wurde am 19.02.1985 erteilt.⁶⁹¹

Die Planung des Wohn- und Geschäftsgebäudes Husemannstraße 16/Sredzkistraße 34 gehörte zu den umfangreichsten Objekten in diesem Rekonstruktionsgebiet. Bedingt durch die Größe sowie die Ecklage des Objekts und die vielseitige Nutzung der Erdgeschosszone zählte das Gebäude zu dem markanten Objekt in der Husemannstraße.

⁶⁹⁰ sh. Abb. Nr. 142.

⁶⁹¹ Prüfbescheid Nr. 83/85 vom 19.02.1985. Archiv Senatsverwaltung.

6.0 Weitere Rekonstruktionsgebiete

„Was hier entsteht, dient unserer ganzen Republik, erhöht ihr weltweites Ansehen. Zwischen Rostock und Suhl werden die Menschen mit noch größerem Stolz auf ihre Hauptstadt schauen, die kraftvoll und schön ist, ein würdiges Symbol unseres sozialistischen Vaterlandes.“⁶⁹²

Vorbemerkung:

Die Rekonstruktionsmaßnahmen im ehemaligen Ost-Berlin erfolgten in den 70er und 80er Jahren, verteilt über das gesamte Stadtgebiet. Altbauwohnviertel aus dem 19. Jahrhundert werden bei den Rekonstruktionsmaßnahmen umgestaltet, um den historischen Charakter des Gebiets zu erhalten, und mit modernen Wohnungen ausgestattet. Parallel dazu waren die Fassaden durch größtmögliche Treue zum historischen Zustand zu gestalten und das Gebiet entsprechend den funktionellen Forderungen der modernen Zeit repräsentativ wieder aufzubauen. Baulücken wurden sowohl durch konventionelle Bauweise als auch durch vorgefertigte Elemente geschlossen, und darüber hinaus werden neue experimentelle und technologische Verfahren bei der Rekonstruktion erprobt.

„Zu keiner Zeit in diesem Jahrhundert wurde so viel gebaut wie jetzt“ lautete das Resümee von Erich Honecker bei der XIV. SED Bezirksdelegiertenkonferenz im Februar 1985.⁶⁹³ In diesem Zeitraum war die Stadt eine riesige Großbaustelle. Im Sektor des Wohnungsbaues fanden neben Rekonstruktionsmaßnahmen auch der Errichtung von Neubauten, die in Plattenbauweise hochgezogen wurden, statt. Die Simultaneität der Rekonstruktion, Großbaustellen am Stadtrand und der Ausbau des Zentrums mit repräsentativen Einrichtungen dienten der politischen Zielsetzung: Der Hauptstadtausbau durchzuführen, die 750-Jahrfeier im Jahr 1987 zu zelebrieren, der 40. Jahrestag der DDR im Jahr 1989 zu gestalten und das Wohnungsbauprogramm im Jahr 1990 erfolgreich abzuschließen.

Die Schwerpunkte der Rekonstruktionsmaßnahmen liegen in den drei Stadtbezirken Berlin Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain, nur wenige in den restlichen. Nachfolgend eine Auswahl von Rekonstruktionsgebieten:⁶⁹⁴

- Sophienstraße (Mitte)
- Wilhelm-Pieck-Straße (Mitte und Prenzlauer Berg).
- Karl-Lade-Straße (Lichtenberg)
- Dolziger Straße (Friedrichshain)
- Neue Krugallee (Treptow)
- Binzstraße (Pankow)
- Neu Lichtenberg und
- Oberschöneweide

Als ergänzende Beispiele wird nachfolgend eine Auswahl von weiteren Rekonstruktionsgebieten⁶⁹⁵ mit ihren spezifischen Charakteren dargestellt.

⁶⁹² Schlusswort von dem Generalsekretär der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Erich Honecker auf dem XV. SED Bezirksdelegierten Konferenz der Hauptstadt.

⁶⁹³ vgl. Hans Stimann, a. a. O. S. 5.

⁶⁹⁴ Hinweise zur Entwicklung der Altbaugebiete. Hrsg: MAG von Groß Berlin. Archiv STAPMO 99 A 2672. Berlin 1976. S. 11.

6.1 Rekonstruktionsgebiet Nikolaiviertel in Berlin-Mitte: Wiederaufbau des historischen Stadtkerns

Seinen Namen erhielt dieses Viertel von der Nikolaikirche, die hier bereits seit Beginn des 13. Jahrhunderts existierte, die in ihrer Geschichte mehrmals aufgebaut, verändert, erneuert und im Zweiten Weltkrieg fast zerstört wurde. Bis zu seinem Wiederaufbau blieb das Nikolaiviertel in einem ruinösen Zustand, zum Teil mit Baracken bebaut.⁶⁹⁶ Im Rahmen der Planungen „der Hauptstadt der DDR“ in den 50er und 60er Jahren blieb dieses Areal unbeachtet, obwohl es sich inmitten der zentralen städtebaulichen Achse Stalinallee – Alexanderplatz – Unter den Linden befand. Der Nikolaikirche blieb jedenfalls das Schicksal der Sprengung – im Gegenteil zum Berliner Stadtschloss – erspart.

Der Magistrat schrieb 1979 einen städtebaulich-architektonischen Wettbewerb für den Wiederaufbau des innerstädtischen Gebietes „Nikolaiviertel“ aus. Die Zielstellung der Rekonstruktion bestand darin, das Gebiet so wieder aufzubauen, dass „in ihm, die Rekonstruktion entscheidender Bauten, das Stadtbild Berlins prägender Bauten“⁶⁹⁷, mit den neuen Wohn- und Gesellschaftsbauten harmonisiert. Der Preisträger des Wettbewerbs, der VEB BMK Ingenieurhochbau Berlin, wurde mit der Erarbeitung der Bebauungskonzeption und des Ausführungsprojektes beauftragt.⁶⁹⁸ Die Wichtigkeit des Projektes wurde unterstrichen, indem die Gesamtleitung vom Generaldirektor der Baudirektion Berlin des Ministeriums für Bauwesen übernommen wurde.

1981 beschloss die Staats- und Parteiführung den historischen Stadtkern Berlins wiederaufzubauen⁶⁹⁹ und bis 1987 sollte das Viertel im neuen Glanz der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Fertigstellung des Gesamtkomplexes war als Höhepunkt der 750-Jahrfeier vorgesehen, an der Stelle, wo die Geschichte Berlins ihren Anfang genommen hatte.

Das Rekonstruktionsgebiet wurde

- im Nordwesten durch die Rathausstraße (ehemals Max-Engels-Forum),
- im Nordosten durch die Spandauer Straße,
- im Südosten durch den Mühlendamm und
- im Südwesten durch das Spreeufer

begrenzt.⁷⁰⁰

Den Ausgangspunkt bildeten die Überlegungen „dieses Gebiet als historischen Berliner Stadtkern [...] zu aktivieren, der Beschauliches und Denkwürdiges, Anregendes und Besinnliches in sich vereint“⁷⁰¹. Die sozialpolitische Grundlage waren aber die Erwägung, „in diesem wertvollen Bereich Wohnungen [...] zu errichten, Räume für den Handel, historische und neue Gaststätten sowie kulturelle Einrichtungen und bildkünstlerische Werke der Vergangenheit und Gegenwart so einzuordnen, dass sie sich zu einem lebendigen und vielfältigen Stadtbild ergänzen“⁷⁰².

⁶⁹⁵ sh. Abb. Nr. 143.

⁶⁹⁶ vgl. Maria Berning et al.: Berliner Wohnquartiere. Berlin 1994. S. 288.

⁶⁹⁷ Werner Rietdorf: Stadterneuerung. a. a. O. S. 22.

⁶⁹⁸ sh. Abb. Nr. 144 und 145.

⁶⁹⁹ vgl. Günter Stahn: Das Nikolaiviertel. Ursprung, Gründungsort und Stadtkern Berlins. In: Architektur der DDR 5/1987. S. 10.

⁷⁰⁰ sh. Abb. Nr. 146.

⁷⁰¹ Günter Stahn: Rund um die Berliner Nikolaikirche. In: Architektur der DDR 4/1986. S. 222.

⁷⁰² Günter Stahn: Das Nikolaiviertel am Marx-Engels Forum. Berlin 1985. S. 9.

Auf einer Fläche von rund zwölf Hektar sollten gemäß der Konzeption

- rund 800 Wohnungen erstellt – darunter 60 in traditioneller Bauweise,
- zwölf Wohnungen in den noch vorhandenen Altbauten modernisiert,
- 33 Verkaufseinrichtungen mit rund 1900 m² Verkaufsfläche und
- 22 Gaststätten mit insgesamt 1400 Plätzen

geplant.⁷⁰³

Das Nikolaiviertel sollte damit als innerstädtisches Wohngebiet sowohl die ökonomischen Bedingungen als auch die Voraussetzung des komplexen Wohnungsbaues erfüllen.⁷⁰⁴ Die Realisierung der Konzeption – eine sehr großzügige städtebauliche Lösung – hat die freie Verfügbarkeit an Grund und Boden ohne Rücksicht der Eigentumsverhältnisse zur Voraussetzung.⁷⁰⁵

Die Wiederaufbaumaßnahmen im Rekonstruktionsgebiet umfassten Neubau, Rekonstruktion und Restaurierung. „Vom denkmalpflegerischen Standpunkt sind dazu erforderlich der Einsatz eines anpassungsfähigen Bausystems für den Neubau, das eine harmonische Verbindung mit der Altbausubstanz ermöglicht, und die Errichtung einer maßstabsgerechten Bebauung in unmittelbarer Nachbarschaft der Nikolaikirche.“⁷⁰⁶ Die unter besonderem Hintergrund geplanten Baumaßnahmen waren trotzdem im Zusammenhang mit dem Wohnungsprogramm zu sehen, die Wohnungsfrage bis 1990 zu lösen. Dieses Viertel wurde aber für eine bevorzugte Wohngegend konzipiert.

Die Bebauungskonzeption sah die Erhaltung aller denkmalwerten und modernisierungsfähigen Gebäude vor. Die Planung ging im Wesentlichen von der Überlegung aus, dass die historische Gliederung des Gebietes mit den ursprünglichen Straßen und Plätzen weitgehend wiedergestellt werden sollte. Neu konzipiert wurden jedoch einige historische Gassen.⁷⁰⁷

Im Mittelpunkt stand das Ziel, „Gebäude sowie Straßen- und Platzräume [...] so zu einer harmonischen Einheit zu fügen, dass dieser Bezug zum ursprünglichen [...] erlebbar wird.“⁷⁰⁸ Straßennamen wie Probststraße, Poststraße sowie Eiergasse erinnern an die Geschichte Berlins und Gebäudenamen an Personen, wie den Architekten Eduard Knoblauch sowie den Hofjuwelier Heine Ephraim, die in diesem Viertel gewohnt haben.

„Die bildkünstlerische Konzeption konzentriert sich auf ausgewählte Standorte. [...] Natürliches Pflaster, historische Geländeformen, Straßenmobiliar und Beleuchtungskörper“⁷⁰⁹ kamen in einem bestimmten Umfang zum Einsatz. Die Freiflächengestaltung konzentrierte sich überwiegend auf den Raum um die Nikolaikirche und auf die Spreeuferpromenade. Teilweise wurden aber die Innenhöfe auch als Erholungsfläche gestaltet. Diese wurden durch Kleinkunstelemente an den Gebäuden und Plätzen ergänzt.

Die Wohngebäude entstanden im Wesentlichen in monolithischer (Berliner) Bauweise mit einem tunnelartigen Schalungssystem in Verbindung mit vorgefertigten Außenwandplatten. Diese Bauweise ist flexibel sowohl bei Richtungsänderungen der Blöcke als auch bei An-

⁷⁰³ vgl. Werner Rietdorf: Stadterneuerung. a. a. O. S. 23 – 24.

⁷⁰⁴ vgl. Günter Stahn: Das Nikolaiviertel. a. a. O. S. 18.

⁷⁰⁵ vgl. Maria Berning et al. a. a. O. S. 291.

⁷⁰⁶ Uwe Kieling, Johannes Althoff: Das Nikolaiviertel. Berlin 2001. S. 115.

⁷⁰⁷ vgl. Maria Berning et al. a. a. O. S. 289.

⁷⁰⁸ Günter Stahn: Rund um die Berliner Nikolaikirche. a. a. O. S. 219.

⁷⁰⁹ dito. S. 222.

schließen an vorhandene Bausubstanz.⁷¹⁰ Die Wohnfläche variiert aus diesen Gründen. Nur ein kleiner Teil der Wohnungen wurde in traditioneller Bauweise erstellt. Im Allgemeinen entsprachen sie dennoch dem Standard des komplexen Wohnungsbaues der DDR. Zusätzlich ermöglichte die Bauweise auch die Einordnung von Gewerbeeinrichtungen im Erdgeschossbereich. Hervorzuheben ist die gute Lösung bei relativ komplizierten Bauformen.

Bei den Rekonstruktionsarbeiten war beabsichtigt, ein Beispiel für die Möglichkeit der Integration von vorgefertigten Fassadenelementen in die enge historische Bausubstanz zu zeigen. Die Gliederung des historischen Kerns wurde aber zusätzlich durch nicht vorhandene Fußgängerwege und Promenaden ergänzt, deren Pflasterung sich von den historischen Vorbildern unterschied.

Die neuen Straßen mit ihren Verbundsteinen boten daher ein Kontrastbild zu den altherkömmlichen Wegen, die mit Kopfsteinpflaster wiederhergestellt wurden. Als historisch signifikante Bauten wurden darüber hinaus das Ephraim-Palais (bis 1935 in der Nähe des Standortes), die Gerichtslaube des ehemaligen Rathauses und die Gaststätte „Zum Nussbaum“ eingefügt. Die Einbeziehung dieser Häuser erfolgte zwangsläufig in Übereinstimmung mit der denkmalpflegerischen Zielstellung des Instituts der Denkmalpflege und des BfS, die die Aufgabenstellung erarbeiteten.

Insgesamt wurde im Nikolaiviertel auch versucht, geschichtlich wichtige Gebäude, die sich hier nie befanden, wieder aufzubauen. „Historische Adaptionen (Giebel, Gauben, Arkaden, Erker und Rundbögen, auch in Montagebauweise), die aber an jenem Ort niemals vorhanden waren, werden bei den Neubauten eingesetzt. [...] Insofern wird eine fragmentarische, illusionäre Scheinwelt erstellt, die die Geschichte nie so gesehen hat und die aus denkmalpflegerischer Sicht sehr fragwürdig erscheint.“⁷¹¹ Noch befremdlicher wirkten diese Giebelhäuser, mit dem Wissen, dass sich hinter deren Fassaden die „tunnelgeschalten“ Betonbauten⁷¹² versteckten.

Die Ausstattung mit vielen Gaststätten, Läden, Geschäften und zusätzlichen gut gestalteten Freiflächen war auch damit begründet, dass in diesem Viertel mit einem starken Touristenstrom gerechnet wurde. In dieser Hinsicht kann die Ausführung im Vergleich mit dem DDR-Standard und den Normativen als überdurchschnittlich bezeichnet werden.

Das Resultat sollte der Kulturpolitik der DDR entsprechen, den Reichtum an Werten der Nationalkultur zu bewahren und sie in eine lebendige Beziehung zu den Aufgaben der Gegenwart zu stellen,⁷¹³ sowie die „Intimität und Wärme [...] ausstrahlen in ihrer Synthese zwischen Vergangenen und Gegenwärtigen“⁷¹⁴. Auch wenn das Nikolaiviertel „aufgrund seiner Maßstäblichkeit, Proportionalität und Geschlossenheit [...] sehr schnell von Besuchern und Touristen rezipiert“⁷¹⁵ wurde, zeigte das Ergebnis eine Mischung zwischen „Fantasie und Authentizität“⁷¹⁶.

⁷¹⁰ vgl. dito. S. 223.

⁷¹¹ Maria Berning et al. a. a. O. S. 291 – 292.

⁷¹² dito. S. 291.

⁷¹³ vgl. Günter Stahn: Das Nikolaiviertel am Marx-Engels-Forum. a. a. O. S. 9.

⁷¹⁴ Günter Stahn: Rund um die Berliner Nikolaikirche. a. a. O. S. 220.

⁷¹⁵ Maria Berning et al. a. a. O. S. 293.

⁷¹⁶ Uwe Kieling und Johannes Althoff: a. a. O. S. 111.

6.2 Rekonstruktionsgebiet Frankfurter Allee Süd in Berlin-Friedrichshain:

Experimentalvorhaben zur Erprobung neuester wissenschaftlich-technischer Ergebnisse sowie von neuen Technologien bei der Rekonstruktion und Neugestaltung

Die Rekonstruktion des Wohngebietes an der Frankfurter Allee erfolgte auf dem ca. 41,5 ha großen Magistralenabschnitt zwischen dem S- bzw. U-Bahnhof Frankfurter Allee und der Proskauer Straße bzw. der Niederbarnimstraße. Dieser schließt sich an den Abschnitt der in den 50er Jahren erbauten Bereiche an. Mit der Rekonstruktion wurde 1983 begonnen, der Neubau der Lückenschließung war bis 1986 abgeschlossen.

Der Einsatz von mehreren Generalauftragsnehmern (GAN) hatte sich in anderen Gebieten als ungeeignet erwiesen. Aufgrund dieser Erfahrung wurde entschieden, der VEB WBK Leipzig nördlich der Frankfurter Allee und der VEB BKM Berlin südlich der Frankfurter Allee jeweils als alleinige GAN einzusetzen.

Die Bautätigkeit nördlich der Frankfurter Allee wurde von Baubetrieben aus den Bezirken Leipzig, Rostock, Magdeburg und Suhl aufgeteilt. Auf einer Fläche von ca. 15,6 ha. waren

- ca. 1200 Altbauwohnungen instandzusetzen bzw. zu rekonstruieren und
- ca. 500 Wohnungen zu bauen.

Die Berliner Baubetriebe arbeiteten südlich der Frankfurter Allee. Auf einer Fläche von ca. 26 ha war die Verbesserung der Wohnbedingungen für rund 12.000 Bürger vorgesehen, indem

- ca. 2900 Wohnungen zu rekonstruieren bzw. instandzusetzen,
- ca. 350 Wohnungen 6-geschossig in traditioneller Bauweise sowie
- ca. 850 Wohnungen, 6- und 8-geschossig industriell in WBS 70 mit monolithischem Keller- und Erdgeschoss zu errichten waren.⁷¹⁷

Um einer komplexen Rekonstruktion gerecht zu werden, gehörte dazu auch die Erstellung von Kindergärten, Schulen und Turnhallen bzw. die Einordnung gesellschaftlicher Bauten wie Läden, Gaststätten bzw. Dienstleistungsbetrieben im EG-Bereich.

Das Rekonstruktionsgebiet südlich der Frankfurter Allee⁷¹⁸ wurde

- im Norden durch die Frankfurter Allee,
- im Osten durch die Gürtelstraße,
- im Süden durch die Boxhagener- und Scharnweberstraße und
- im Westen durch die Niederbarnimstraße begrenzt.⁷¹⁹

Auf eine detaillierte Darstellung der allgemeinen Ziele, des städtebaulichen Programms der Rekonstruktion und der allgemeinen Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Wohngebäude wird verzichtet. Die Schwerpunkte der Betrachtung in diesem Rekonstruktionsgebiet bilden aber zwei Aspekte, die den spezifischen Charakter der Rekonstruktionsmaßnahme in diesem Gebiet darstellen.

⁷¹⁷ vgl. Ernst Kristen: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. a. a. O. S. 148 – 153.

⁷¹⁸ Beschluss MAG von Berlin Nr. 108/83 vom 01.03.1983. S. 1.

⁷¹⁹ sh. Abb. Nr. 147 und 148.

In diesem großen Wohngebiet war die Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung „durch einen ganzen Komplex aufeinander abgestimmter Maßnahmen und [...] durch Anwendung neuer Konstruktionslösungen und Technologien“⁷²⁰ zu realisieren. Das Wohngebiet ist aus dem Grund als Beispiel „für die komplexe Verwirklichung der qualitativ neuen Züge des Wohnungsbauprogramms“⁷²¹ benannt worden und sollte dadurch eine neue Qualität des innerstädtischen Bauens erhalten.

Die Wichtigkeit dieses Projekts zeigt sich darin, dass die Arbeitsgruppe, die für das Großprojekt verantwortlich war, direkt dem Ministerium für Bauwesen unterstellt wurde. Die spezifischen Aspekte, die den Charakter der Rekonstruktionsmaßnahmen darstellen, waren wie folgt:

- Abgestimmten Maßnahmen

Die Prämissen für die Durchführung der abgestimmten Maßnahmen waren:

- Die weitestgehende Erhaltung der Altbausubstanz.
- Die Einhaltung der alten Baufluchten.
- Die Schließung der Baulücken durch Wohnungsneubau im Maßstab der Altbebauung.
- Die Einordnung der sozialen- und gesellschaftlichen Einrichtungen in den Erdgeschossbereich.⁷²²

Die Instandsetzungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen erfolgten über Erzeugnislinien, die das Gebäude in einzelne Bereiche wie Dach, Fassade, Keller, Treppenhaus und Wohnung gliedern. Die kleineren Baulücken, die nicht in industrieller Bauweise bebaut werden konnten, wurden in traditioneller Bauweise geschlossen. Die Ausführung der 4,20 m hohen Erdgeschosszone für gesellschaftliche Einrichtungen fand in Mischbauweise statt. Die restlichen Neubaumaßnahmen erfolgten durch modifizierte Fertigteile der Wohnungsbauserie 70 (WBS 70), die dem Standort angepasst wurden. Alle Neubauten erhielten eine Auflage des Magistrats von Berlin, in der „eine an die Bautradition anknüpfende Gestaltung der Fassaden“⁷²³ gefordert wurde.

„Aufgrund ökonomischer Parameter beim 8-geschossigen Wohnungsbau kommen beidseitig orientierte Wohnungen als Zweispänner nicht in Frage“⁷²⁴ weil dadurch nur eine sehr geringe Anzahl von Wohnungen erstellt würde. Aus wirtschaftlichen Gründen wurde festgelegt, dass Dreispännerlösungen, mit einer nach Süden zur besonnten, lärmabgewandten Seite einseitig orientierten Ein- bzw. Zweiraumwohnung, eingeordnet werden.⁷²⁵ Diese Lösung wurde auch für den Bereich nördlich der Frankfurter Allee übernommen. Nachteilig wirkte diese Lösung in diesem Teil für die einseitig orientierten Wohnungen. Die besonnte Südseite bildete gleichzeitig auch die lärmintensive Seite. Der Grundriss umzudrehen und eine nur nach Norden orientierte Wohnung war jedoch den Bürgern nicht zuzumuten.

⁷²⁰ Ernst Kristen: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. a. a. O. S. 149.

⁷²¹ Horst Adami: Erprobung neuester wissenschaftlich-technischer Ergebnisse bei der Neugestaltung des Gebietes Frankfurter Allee Süd in Berlin. In: Architektur der DDR 10/1985. S. 585.

⁷²² vgl. Hans Stimann: Stadterneuerung in Ost-Berlin. Berlin 1988. S. 21.

⁷²³ Ernst Kristen: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. a. a. O. S. 149.

⁷²⁴ dito. S. 152.

⁷²⁵ sh. Abb. Nr. 149 und 150.

Die aus Gründen der Gestaltung und aus städtebaulichen Aspekten festgelegte Prämisse für den Neubau war:⁷²⁶

- Die Einhaltung der Bauflucht.
- Die Übernahme der Erdgeschosshöhe der Altbauten.
- Die Aufnahme der vorhandenen Gesimshöhe.
- Die Akzentuierung der vertikalen Gliederung durch vorgezogene Treppenhäuser und stehende Fensterformate.
- Die Hervorhebung der plastischen Gliederung der Fassade durch Erker, Loggien und Fassadenrücksprünge.
- Die Betonung der Einzelhauscharakter und der gebäudeweisen Gliederung durch Farb-abstufungen bzw. Oberflächengestaltung der Segmente.

Weiterhin waren zur Wahrung der Ziele der komplexen Rekonstruktion des Gebietes folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Der Neubau von sozialen Einrichtungen, wie Schulen, Kindergarten und Krippen, aufgrund der unzureichenden Versorgung des Gebiets mit diesen Einrichtungen.
- Die Einordnung von gesellschaftlichen Einrichtungen in die Erdgeschosszone wie Läden, Gaststätten und Dienstleistungseinrichtungen, insbesondere von überörtlicher Bedeutung, sowohl in den Alt- als auch in den Neubauten.

Dadurch soll erreicht werden, dass die zweckmäßige Ausstattung der Wohngebiete mit diesen Einrichtungen im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten gewährleistet wird.

Aufgrund der städtebaulichen Zielsetzung, die Altbausubstanz weitgehend zu erhalten, wurden zur Einhaltung des Standards der Freiflächen und des ruhenden Verkehrs in diesem Gebiet Zugeständnisse gemacht. Demzufolge wurde von einer differenzierteren Nutzung der Freifläche ausgegangen, indem für jeden Teilbereich ein (öffentlicher) Spielplatz errichtet und die Freiflächen an Kindergärten und -krippen auf ein Minimum reduziert wurden. Dadurch war die Mitbenutzung der öffentlichen Fläche für die Kindereinrichtungen zwingend notwendig. Für den ruhenden Verkehr war zur Erhöhung der Anzahl der Stellplätze in den Seitenstraßen eine Schräg- bzw. Senkrechtaufstellung der Parkplätze erforderlich.

- Anwendung neuer Technologien

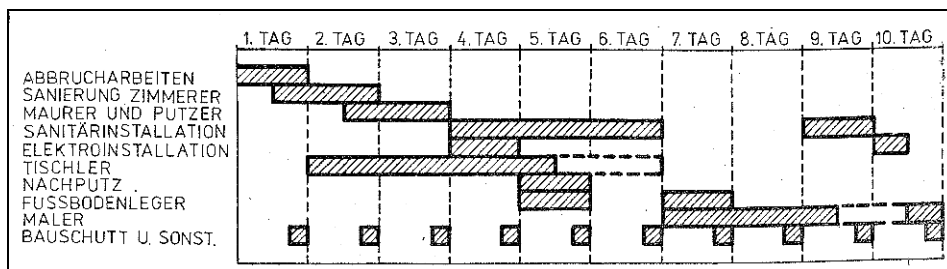
Die neuen konstruktiv-technischen Methoden und moderne Prinzipien der Produktionsorganisation, die in diesem Gebiet zur Anwendung kamen, waren ökonomisch geprägte Maßnahmen. Sie dienten der Rationalisierung der Arbeitsschritte, der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Einsparung von Materialien bzw. Zeit, um die höchstmögliche Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der eingesetzten Mittel zu erreichen. Die Voraussetzungen dafür waren u. a. der weitgehende Abbau technologischer Pausen im Produktionsprozess.

⁷²⁶ vgl. Ernst Kristen: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. a. a. O. S. 153 – 159.

Als Prämissen für die Lösungen galten:⁷²⁷

- Die Erhöhung des Vorfertigungsgrades und leichte Montierbarkeit,
- die Reduzierung der Nassprozessen auf ein Minimum und
- die Sicherung einer breiten Anwendbarkeit der Elemente.

Als erste Methode wurde ein Verfahren von dem Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau (IWG) der Bauakademie (BA) und der VEB Kombinat Modernisierung Berlin entwickelt⁷²⁸ mit der Intention, die Bauzeit der sanitärtechnischen Modernisierung der Altbauwohnungen – zur Minderung der Belästigung der Einwohner – auf zehn Tage zu verkürzen, wie die folgende Tabelle zeigt:⁷²⁹



Die Modernisierung erfolgte durch Einbau von IWC, Bad oder Dusche von vier bis fünf übereinander liegenden sanitären Bereichen bewohnter Wohnungen. Dadurch sollte eine Erhöhung des Gebrauchswertes der Wohnungen, eine Bauzeitensenkung und eine Steigerung der Arbeitsproduktivität erreicht werden.⁷³⁰

Ein wesentlicher Bestandteil der neuen Technologie war jedoch ein Verfahren, und zwar die vom Institut für Technologie und Mechanisierung entwickelte wiederverwendbare „Universelle Rahmenschalung“ (URS) für die monolithischen Bauteile im Keller- und Erdgeschoss mit geringen Rastersprüngen. Daher kann das System „sowohl als Kran- als auch als Handmontageschalung eingesetzt werden.“⁷³¹ Mit deren Anwendung konnte sowohl die Bauzeit, verringert, der Aufwand als auch der Verbrauch von Materialien gesenkt und eine Gesamtkosteneinsparung erzielt werden.

Entsprechend der Auflage des Magistrats von Berlin, wurde „eine an die Bautradition anknüpfende Gestaltung der Fassaden“⁷³² gefordert. Folglich wurde eine Anpassung und Umgestaltung der vorgefertigten Teile vorgenommen, um eine Harmonisierung im Bereich der Fassadengestaltung zwischen Alt- und Neubau zu erreichen und „den Neubau und die bestehende Bebauung nicht gegeneinander abzugrenzen, sondern zu einer akzeptablen Einheit zu verbinden.“⁷³³ Der Großplattenbau wurde so entwickelt, dass er sich harmonisch in

⁷²⁷ vgl. Manfred Hübler, Carla Korzynietz, Marlies Gaubitz: Zusammenarbeit der Baubetriebe und der Bauakademie der DDR bei der Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion von Wohngebäuden in Altbaugebieten Berlins. In: Architektur der DDR 9/1984. S. 521 – 523.

⁷²⁸ 10 Tage Technologie für die Modernisierung des Küche/Bad/WC Bereiches in bewohnten, mehrgeschossigen Wohngebäuden. Hrsg: Sekretariat des Erzeugnisgruppenverbandes. Berlin 1985.

⁷²⁹ vgl. Horst Adami. a. a. O. S. 585.

⁷³⁰ vgl. Manfred Hübler et al. a. a. O. S. 522.

⁷³¹ Gisela Heun. a. a. O. S. 61.

⁷³² Ernst Kristen: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. a. a. O. S. 149.

⁷³³ Till Dorst: Anwendung der Plattenbauweise im Wohnkomplex südlich der Frankfurter Allee. In: Architektur der DDR 3/1983. S. 154.

die vorhandenen baulichen Strukturen einfügte.⁷³⁴ Die festgelegten Ausführungsmerkmale wie die Berücksichtigung der Erdgeschosshöhe, Einhaltung der Bauflucht, Aufnahme der Gesimshöhe, Betonung durch Erker bzw. vorgezogene Treppenhäuser und die gebäudeweise Gliederung trugen dazu bei, die Kontraste zwischen Alt- und Neubau zu entschärfen.⁷³⁵ Diese Auflage des MAG resultierte vermutlich aus der Erfahrung der Rekonstruktion an dem Palisadendreieck.

Zweifellos waren die Ausführung der komplexen aufeinander abgestimmten Maßnahmen und die Anwendung moderner Technologien und platzsparender Konstruktionen bei diesem Rekonstruktionsgebiet nur aufgrund der gebietsspezifischen Merkmale und Gegebenheiten wie ihrer Größe und der großen Anzahl der neu zu erstellenden Wohnungen möglich gewesen. Die in diesem Gebiet erzielten positiven Ergebnisse können daher nicht ohne weiteres als Maßstab und Anspruch für andere Rekonstruktionsgebiete herangezogen werden.

Die Herausforderung lag darin, „den industriellen Großplattenbau so weiter zu entwickeln, dass er sich mit zeitgemäßen architektonischen Gestaltungsmitteln harmonisch, einfühlend und großstädtisch in die vorhandenen baulichen Strukturen einfügt und die positiven Bautradition der Vergangenheit einbezieht“⁷³⁶.

⁷³⁴ sh. Abb. Nr. 151.

⁷³⁵ vgl. Ernst Kristen: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. a. a. O. S. 152.

⁷³⁶ Ernst Kristen: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. a. a. O. S. 148.

6.3 Rekonstruktionsgebiet Arnimplatz in Berlin-Prenzlauer Berg:

Experimentelle Erprobung von Erzeugnissen und technologischen Verfahren für die Modernisierung von Küche/Bad/WC in Altbauwohnungen

Im Prenzlauer Berg, dem am dichtesten bewohnten ehemaligen Stadtbezirk Ost-Berlins, lag das Rekonstruktionsgebiet Arnimplatz. Der Platz wurde nach den Schriftstellern Ludwig Joachim (1781 – 1831) und Bettina von Arnim (1785 – 1857), geborene Brentano benannt.

Das Rekonstruktionsgebiet wurde:

- im Norden durch die Bornholmer Straße,
- im Osten durch die Schönhäuser Allee,
- im Süden durch die Dänenstraße und
- im Westen durch die Norweger Straße

begrenzt.⁷³⁷

Es war ein intensiv genutztes Wohnmischgebiet mit ca. 8.300 Wohnungen und ca. 17.200 Einwohnern auf ca. 40 ha. Es bildete ein deutlich größeres Projekt als das Rekonstruktionsgebiet Arkonaplatz und war das größte zusammenhängende Rekonstruktionsgebiet im ehemaligen Ost-Berlin.⁷³⁸ Seine 5-geschossigen Bebauungen stammten aus der Zeit nach 1905, „die mit ihren zwei bis drei Hinterhöfen nicht genügend Flächen für Erholung, Sport und Spiel übrig ließ“⁷³⁹.

Das Gebiet wurde zur Rekonstruktionsgebiet bestimmt, weil „dessen Wohnbausubstanz qualitativ unter dem Gesamtdurchschnitt der Hauptstadt“⁷⁴⁰ lag. Es war ein typisches Beispiel der Mietskasernenbebauung mit einem hohen Bebauungsgrad sowie Überangebot an kleinen Wohnungen mit ihrer schlechten städtebauhygienischen Bedingungen.

Die Wohnsubstanz hatte aber „noch einen hohen physischen Wert und ist deshalb unter [...] den ökonomischen Bedingungen umgestaltungswürdig. Die relativ homogene Bausubstanz, Bauzustand und Ausstattungsgrad lassen die Anwendung von technologischen Taktstraßen und damit einen bestimmten Grad der Industrialisierung der Modernisierung zu.“⁷⁴¹

Der Magistrat legte auf Grund vom gesamtbezirklichen Analysen den Arnimplatz als Umgestaltungsschwerpunkt fest und beschloss am 09.05.1972 eine Direktive für die Realisierung der Rekonstruktion des Gebiets.⁷⁴² „Erstmals wurde [...] mit der Modernisierung von Wohngebäuden in einem bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht praktizierten Umfang begonnen.“⁷⁴³

Die Umgestaltung des Wohngebietes am Arnimplatz begann am 02.01.1973 und dauerte bis 1984. Der VEB Ingenieurbüro für Baureparaturen und Rekonstruktion (IBR) Berlin war der Generalauftragnehmer (GAN) für Projektierung und Bauleistungen.⁷⁴⁴ Ausführende Baube-

⁷³⁷ sh. Abb. Nr. 152 und 153.

⁷³⁸ vgl. Joachim Schulz und Werner Gräbner: Architektur von Pankow bis Köpenick. Berlin 1987. S. 117.

⁷³⁹ Manfred Zache: Modernisierung Arnimplatz im Stadtbezirk Prenzlauer Berg. In: Architektur der DDR 6/1973. S. 355.

⁷⁴⁰ dito. S. 355.

⁷⁴¹ Roland Korn: Umgestaltung in der Großstadt. Berlin 1975. S. 3.

⁷⁴² vgl. Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen: Stadterneuerung. Berlin 1990. S. 188.

⁷⁴³ Rudi Spohr: Modernisierung mit höherem Effekt. a. a. O. S. 538.

⁷⁴⁴ vgl. Maria Berning et al. a. a. O. S. 64.

triebe waren der VEB Bau-Ost, der VEB Spezialbau Pankow und der VEB Modernisierung.⁷⁴⁵

Ein Sonderstab wurde dafür gebildet, der während der Rekonstruktionsmaßnahmen die gesamte Wohnungsumverteilung bzw. den vorübergehenden Einzug der Einwohner in ein Mieterhotel koordinierte. Für einen Zeitraum von drei Monaten zogen die Bewohner der zu modernisierenden WE in das Mieterhotel an der Leninallee, um anschließend in das Gebiet zurückzukehren oder in anderen Wohngebieten eine Wohnung zu erhalten.⁷⁴⁶

Von den rund 8.300 Wohnungen gingen rund 1.800 durch Abriss und Wohnungszusammenlegungen verloren. Bei den restlichen rund 6.500 Wohnungen erfolgte eine komplexe Instandsetzung und Modernisierung für eine Restnutzungsdauer von 30 Jahren.⁷⁴⁷ Die geplanten durchschnittlichen Wohnungsgrößen lagen bei 75 m². Trotz der aufwendigen Modernisierungsarbeiten wurden die gestützten Einheitsmieten für die modernisierten Wohnungen auf nur 0,90 M/m² festgelegt.⁷⁴⁸

Auf die ausführliche Darstellung der komplexen Planungsgeschichte, das städtebauliche Programm und die allgemeinen Ziele der Rekonstruktion wird verzichtet. Ebenso bleiben die allgemeinen Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen der Wohngebäude unerwähnt. Zwei gebietsspezifische Aspekte bei diesen Rekonstruktionsmaßnahmen bilden die Schwerpunkte dieser Betrachtung.

- Kosten- und Aufwandsvergleiche

Aus wirtschaftlicher Sicht war von zentraler Bedeutung, dass bei der Modernisierung in diesem Rekonstruktionsgebiet Kosten- und Aufwandsvergleiche zwischen Neubau (einschließlich Abriss) und Modernisierung durchgeführt wurden, indem die Anwendung der technologischen Taktstraßen intensiviert wurde.

Das Ergebnis der Rekonstruktion in diesem Gebiet zeigen die folgenden Tabellen:⁷⁴⁹

- Die erste Tabelle zeigt eine Modernisierungskosten/WE von nur 45,4 % im Vergleich zu einer Erneuerungsvariante (20,1 TM/WE statt 44,3 TM/WE).
- Die zweite Tabelle zeigt, wenn dabei die Errichtung, die im Gebiet notwendigen gesellschaftlichen, stadttechnischen und verkehrstechnischen Einrichtungen berücksichtigt werden, ein Modernisierungskosten/WE von 51,3 % der Erneuerungskosten/WE (35,3 TM/WE statt 68,8 TM/WE) erreicht wird.⁷⁵⁰ Die Modernisierungskosten lagen sogar unter der von der Richtlinie festgelegten oberste Grenze von 70 % der Neubaukosten.

Damit wurde der ökonomische „Beweis“ für die Wirtschaftlichkeit der generellen Altbaumodernisierung gegeben, wie aus der Tabelle der Aufwandsvergleiche im Gebiet zu ersehen ist.

⁷⁴⁵ vgl. Roland Korn: Umgestaltung in der Großstadt. a. a. O. S. 3.

⁷⁴⁶ vgl. Manfred Zache. a. a. O. S. 357.

⁷⁴⁷ vgl. Maria Berning et al. a. a. O. S. 65.

⁷⁴⁸ vgl. Dorothea Krause und Manfred Zache: Modernisierungsgebiet Arnimplatz. In Architektur der DDR 7/1976. S. 395.

⁷⁴⁹ vgl. Manfred Zache. a. a. O. S. 355.

⁷⁵⁰ vgl. Günter Peters: Möglichkeit und Probleme der langfristigen Planung von komplexen Modernisierungsmaßnahmen an Wohnungsbestand in Großstätten. Dissertation 1972. S. 135, Tabelle 27. Zitiert von Manfred Zache in: Modernisierung Arnimplatz im Stadtbezirk Prenzlauer Berg. a. a. O. S. 355.

Aufwandsvergleich zwischen der Modernisierungsvariante und der Erneuerungsvariante für das Wohngebiet westlich Schönhauser Allee zwischen Bornholmer Straße und S-Bahn — Stadtbezirk Prenzlauer Berg der Hauptstadt der DDR — Berlin

Bezeichnung	ME	Modernisierungsvariante	Erneuerungsvariante
2. Wohnungsfonds			
Modernisierung	Mio M	132,5	
Aussonderung	Mio M	4,6	15,0
Erneuerung	Mio M	2,2	273,0
Erweiterung	Mio M	—	—
Aufwand	Mio M	139,3	288,0
Aufwand pro WE	TM/WE	20,1	44,3

Aufwandsvergleich zwischen der Modernisierungsvariante und der Erneuerungsvariante für das Wohngebiet westlich Schönhauser Allee zwischen Bornholmer Straße und S-Bahn — Stadtbezirk Prenzlauer Berg der Hauptstadt der DDR — Berlin

Bezeichnung	ME	Modernisierungsvariante	Erneuerungsvariante
5. Gesamtaufwendungen			
Wohnungsfonds	Mio M	139,3	288,0
Wohngebietsbezogene	Mio M	62,1	104,8
Vorgelagerte	Mio M	9,1	49,6
Mittelbare	Mio M	20,0	5,0
Gesamtsumme	Mio M	230,5	447,4
Summe pro WE	TM/WE	35,3	68,8

- Modernisierung von Küche-Bad-WC

Aus bautechnischer Sicht bildeten die Versuche für die Modernisierung von Küche-Bad-WC den Schwerpunkt der Maßnahmen in diesem Gebiet. Der Arniplatz wurde zum Experimentierfeld für den Einsatz von technologischen Linien und von vorgefertigten Bauelementen.⁷⁵¹ Die Bauakademie der DDR, Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau (IWG), erhielt einen Auftrag vom Ministerium für Bauwesen mit der Forschungsaufgabe, „Experimentelle Erprobung von Erzeugnissen und technologischen Verfahren für die Modernisierung von Küche/Bad/WC in Altbauwohnungen in Berlin“ durchzuführen.⁷⁵²

Die Vorbereitung und Realisierung des Experimentes übernahmen die Bauakademie der DDR und der VEB Baukombinat Modernisierung Berlin (BKM Berlin). Gegenstand der Arbeit war die Erprobung von Lösungen für den Küche/Bad/WC-Bereich in funktioneller und konstruktiv-technischer Hinsicht und eine anschließende Bewertung durch wirtschaftlichen Vergleich der einzelnen Lösungen.

⁷⁵¹ vgl. Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen: Stadterneuerung Berlin. a. a. O. S. 75.

⁷⁵² vgl. Bauakademie der DDR IWG: Abschlussbericht. Modernisierung Küche-Bad-WC. Ergebnisse der Erprobung funktioneller und konstruktiv-technischer Lösungen in Berlin-Prenzlauer Berg, Driesener Straße 21. Berlin 1981. Archiv IEMB.

Aufgrund des hohen Aufwands in Verbindung mit umfangreichen Instandsetzungsmaßnahmen an anderen Teilen des Hauses, wie Keller, Dachraum und Dach, war das Gebäude vor Baubeginn vollständig zu räumen. In diesem technologischen Projekt wurde angefangen, theoretische Grundlagen und praktische Erkenntnisse für zukünftige Arbeiten in bewohnten Wohnungen zu sammeln. Für die Durchführung der Bauarbeiten war der Zeitraum von 05.01.1981 bis 24.04.1981 eingeplant.

Das Wohngebäude Driesener Straße 21 war für dieses Pilotprojekt vorgesehen, ein fünfgeschossiges Mehrfamilienhaus, das Anfang des 20. Jahrhundert gebaut wurde, wie es in der Gegend um den Arnimplatz häufig anzutreffen ist. Es bestand aus einem dreispännigen Vorderhaus mit einem zweispännigen linken und rechten Seitenflügel. Im Vorderhaus hatten die rechten und linken Wohnungen bereits Bäder. Das Experiment wurde in den restlichen Wohnungen durchgeführt, die nur mit einem Innen-WC ausgestattet waren.⁷⁵³

Vor der Durchführung der Maßnahmen wurde das Objekt in die Bauzustandsstufe 3 eingeordnet, und durch die Modernisierungsmaßnahmen war der Wohnwert von Kategorie I auf Kategorie III zu erhöhen.⁷⁵⁴

Die vorhandene Sanitärausstattung in allen oberen Geschossen war identisch und sah wie folgt aus:⁷⁵⁵

Wohnungslage	Raumanzahl	Wohnfläche	Ausstattung
Vorderhaus. Links	3-R-Wohnung	ca. 104,00 m ²	Bad / WC
Vorderhaus. Mitte	2-R-Wohnung	ca. 55,00 m ²	WC
Vorderhaus. Rechts	3-R-Wohnung	ca. 104,00 m ²	Bad / WC
Seitenflügel. Links	1-R-Wohnung	ca. 33,00 m ²	WC
Seitenflügel. Rechts	1-R-Wohnung	ca. 37,00 m ²	WC

Trotz der umfassenden Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten wird der Schwerpunkt der Betrachtung bei diesem Wohngebäude nur auf den Modernisierungsmaßnahmen des Küche/Bad/WC-Bereichs liegen. In den acht Wohnungen des Vorderhauses, die bereits mit Bädern ausgestattet waren, wurden nur allgemeine Modernisierungs- bzw. Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. In den restlichen zwölf Wohnungen im VH und SFL wurden nach den Lösungsvorschlägen der Bauakademie der DDR umfassende Modernisierungsmaßnahmen entsprechend der Aufgabe zur experimentellen Erprobung von Lösungen für die Modernisierung des Küche/Bad/WC-Bereichs durchgeführt. Dabei wurden beim Einbau von Duschen/Bädern mit WC in erster Linie die unterschiedlichen konstruktiv-technischen und funktionellen Lösungen erprobt, um daraus Vorzugslösungen zu ermitteln, die auch in bewohnten Gebäuden angewendet werden könnten.

Die Modernisierung des Funktionsbereiches Küche/Bad/WC war strangweise durchzuführen und erforderte daher eine andere Herangehensweise als die bisherige komplette Modernisierung einer WE.⁷⁵⁶ Erstmals sollte erreicht werden, einen Strang über fünf Wohngeschosse in

⁷⁵³ sh. Abb. Nr. 154 und 155.

⁷⁵⁴ Ausführliche Beschreibung der Kategorien siehe Kapitel 2.2. S. 23.

⁷⁵⁵ vgl. Bauakademie der DDR IWG: Abschlussbericht. a. a. O. Tabelle 1. S. 6.

⁷⁵⁶ sh. Abb. Nr. 156.

20 Tagen zu modernisieren.⁷⁵⁷ Die Durchführung der Maßnahmen erforderte aber teilweise Grundrissänderungen. Das Experiment diente als Vorläufer für die nächste Versuchsetappe, in der die Maßnahmen in bewohnten Wohnungen durchgeführt werden sollten.

Hinsichtlich der konstruktiv-technische Lösung wurden Erprobungen beim Einbau von leichtem Trennwandsystem mit vorgefertigten Sanitärinstallationen und unterschiedlichen Objekten bzw. Materialien vorgenommen.⁷⁵⁸ Für das Wohngebäude wurden Varianten entwickelt, die sich aus den jeweiligen Grundrissen ergaben und sich nur geringfügig unterschieden. Ein weiteres Experiment bildete der Einbau von einem Rahmenelement mit variabler Stranglage als vorgefertigte Sanitärinstallation.

Die funktionellen Lösungen beinhalten den Einbau von Duschen/Bädern mit WC. Mit folgenden Varianten wurden experimentiert:⁷⁵⁹

- Variante A1 - Innenliegendes Bad mit Badewanne und Küche
- Variante A3 - WC-Raum mit Duschwanne und Küche
- Variante A4 - WC-Raum mit Doppel-Duschwanne und Küche
- Variante A5 - Bad/WC-Raum mit Badewanne und Küche
- Variante A6 - WC-Raum und Küche mit Badewannennische
- Variante A7 - WC-Raum und Küche mit Duschwannennische

Neben der Erprobung von Lösungen für den Küche/Bad/WC-Bereich in konstruktiv-technischer und funktioneller Hinsicht wurde ein wirtschaftlicher Vergleich vorgenommen. Zur Einschätzung der Lösungen wurden die Kriterien Preis, Gebrauchswert und schließlich die Gebrauchswert-/Preis-Relation zugrundegelegt.

Für den Gebrauchswert wurden ausgewählte Eigenschaften für den Küche/Bad/WC-Bereich der einzelnen Lösungen bewertet. Anschließend wurde der Preisfaktor der Lösungen betrachtet, der u. a. Kosten beinhaltete, die sich auf die unterschiedlichen Materialien und die Objekte bezogen.⁷⁶⁰ Abschließend wurde die Gebrauchswert-Preis-Relation ermittelt. Die Gebrauchswert-Preis-Relations-Analyse stellt eine methodische Grundlage zur Findung von Vorzugslösungen dar, die sowohl volkswirtschaftlich als auch sozialpolitisch ein Optimum darstellt. Sie ist „Ausdruck des gesellschaftlichen Nutzens der Lösungen und stellte das Verhältnis der Gebrauchseigenschaft der Lösungen zu den Baupreisen fest“⁷⁶¹.

Durch Gegenüberstellung und Bewertung der ausgewählten Lösungen wurde die Lösung A1 als die günstigste Variante festgestellt.⁷⁶² Sie wies den höchsten Wert auf und war deshalb als Vorzugslösung zu betrachten.

Die Bauakademie entwickelte nach diesem Experiment jedoch weitere Grundsätze zur Modernisierung⁷⁶³ sowie Lösungsbeispiele⁷⁶⁴ und erstellte Kataloge⁷⁶⁵ zur Modernisierung im

⁷⁵⁷ vgl. Manfred Hübler et al. a. a. O. S. 522.

⁷⁵⁸ sh. Abb. Nr. 157.

⁷⁵⁹ sh. Abb. Nr. 158, 159, 160, 161 und 162.

⁷⁶⁰ Bauakademie der DDR IWG: Abschließende Untersuchung zur Gebrauchswert-Preis-Analyse zum Experimentalobjekt Driesener Straße 21 vom 31.11.1981. Archiv IEMB.

⁷⁶¹ Bauakademie der DDR IWG: Abschlussbericht. a.a.O. S. 76.

⁷⁶² vgl. Bauakademie der DDR IWG : Ergebnisse der Erprobung funktioneller und konstruktiv-technischer Lösungen in Berlin-Prenzlauer Berg Driesener Straße 21. S. 16. Archiv IEMB.

⁷⁶³ Bauforschung und Baupraxis Nr. 89: Modernisierung des Küche/Bad/WC Bereichs. Grundsätze und Beispiele. Berlin 1981.

⁷⁶⁴ Bauforschung und Baupraxis Nr. 123: Baugruppen für die Modernisierung und Instandsetzung von Küche/Bad/WC. Lösungsbeispiele Berlin 1983.

Küche/Bad/WC-Bereich. Gleichzeitig entwickelten die Erzeugnisverbände ihrerseits auch neue Theorien über ausgewählte Baugruppen und Technologien.⁷⁶⁶ Durch die anschließende Feststellung, dass der Aufwand bei diesen konfektionierten Elementen erheblich größer ist als bei der Einbau des Bades in konventioneller Bauweise, wurden die Versuche in diesem Bereich nach einiger Zeit als gescheitert deklariert und eingestellt.⁷⁶⁷

- Wiederherstellung des Arminplatzes

Zur Vervollständigung muss – als weiterer Schwerpunkt der Rekonstruktion der Rekonstruktion in diesem Gebiet – die Wiederherstellung des Arminplatzes, die von großer Bedeutung bei der Rekonstruktion des Gebiets war, dargestellt werden. Der Platz wurde in den Jahren 1906 bis 1908 angelegt und war der erste Platz in Berlin, der im Gegensatz zu dem Ende des 19. Jh. üblichen Schmuckplätzen auch Kinderspielplätze in die Gestaltung einbezog. 1966 wurde dieser Platz neu gestaltet, um weitere Funktionen, wie z. B. eine Minigolfanlage und einen Ballspielplatz, erweitert.⁷⁶⁸ Im Rahmen der Rekonstruktion des gesamten Gebietes wurde der Arminplatz von 1980 bis 1984 wiederhergestellt.

Ausgehend von dem Charakter des Modernisierungsgebiets am Arminplatz, in dem unter Wahrung des historischen gewachsenen Charakters des Gebietes und seiner Traditionen, die Wohnbedingungen der Einwohner wesentlich verbessert werden sollten, wurde der Arminplatz auf Grundlage des Entwurfs aus dem Jahre 1906 rekonstruiert, so dass „die [...] Gestaltung weitgehend mit der Erstanlage übereinstimmt“. ⁷⁶⁹ Damit entsprach er seiner politischen und geschichtlichen Bedeutung in der Hauptstadt. Die Grundidee des ursprünglichen Lageplanes wurde übernommen und unter Berücksichtigung des Zustandes der alten Bäume ergänzt.⁷⁷⁰

Zwei mit Baumreihen versehene Diagonalwege verbanden die Straßenmündungen des fast quadratischen Platzes miteinander. Im Kreuzungspunkt befand sich ein Platz mit einem Mittelrondell. In die durch die Wegeführung entstandenen Flächen wurden Lunetten mit Spielplätzen eingeordnet.⁷⁷¹ In die Rasenflächen wurden Wege hinzugefügt, die in der Mitte der beiden Seiten der Straßen ihren Anfang nahmen, sich dann teilten und in leichtem Schwung rechtwinklig in die Hauptwege mündeten. In Fortsetzung der Rasenwege wurden seitliche Zugänge zu Lunetten geschaffen. Die Diagonalwege erhielten wegen des starken Fußgängerdurchgangsstromes eine Beleuchtung. Für den gesamten Arminplatz einschließlich der begrenzenden Straßen wurde die Altberliner Stadtlampe (umgerüstet von Gas auf Elektrik) verwendet.⁷⁷² Gestalterischer Höhepunkt auf dem Arminplatz war die im Kreuzungspunkt der diagonalen Wegeführung vorgesehene Springbrunnenanlage. Im Mittelrondell entstand ein klassischer runder Brunnen mit einem hohen Mittelstrahl. Weiterhin wurden auf den Rasenflächen zwei Plastiken mit Alberliner Motiven aufgestellt.⁷⁷³

⁷⁶⁵ Die Kataloge W 8202 IWS: „Baugruppen für die Modernisierung von Küche-Bad/WC“ sowie W 8310 TLW: „Grundsatztechnologie für die Modernisierung von Küche-Bad/WC“. Archiv IEMB.

⁷⁶⁶ Informationsblätter des EGV – BRM: „Ausgewählte Baugruppen“ Berlin 1983 Archiv IEMB.

⁷⁶⁷ Erkenntnisse aus Gesprächen mit Herrn Heinz Krause, ehemaliger Stadtbezirksarchitekt von Prenzlauer Berg. Die Feststellung wurde jedoch zu keiner Zeit publiziert.

⁷⁶⁸ vgl. Bauakte Arminplatz. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep. 101-01 3072. S. 2.

⁷⁶⁹ Katrin Bohley: Die Stadtplätze in Berlin-Prenzlauer Berg. Diplom-Arbeit an der Humboldt Universität. Berlin 1991. S. 47.

⁷⁷⁰ sh. Abb. Nr. 163.

⁷⁷¹ vgl. Bauakte Arminplatz. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep. 101-01 3072. S. 4.

⁷⁷² dito.

⁷⁷³ dito. S. 5.

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass die Erfahrungen aus dem Rekonstruktionsgebiet am Arkonaplatz zu einer Verbesserung der Ergebnisse der Rekonstruktionsmaßnahmen am Arnimplatz beigetragen haben. Beispielsweise wurde auch eine Dezentralisierung der Planung in kleineren Abschnitten vorgenommen und demzufolge war eine Bereitstellung einer großen Fläche für die Errichtung einer zentralen Baustelleneinrichtung nicht erforderlich. Eine umfassende Neugestaltung der gesamten Grün- und Freifläche wurde dadurch ermöglicht.

Bei der Zusammenlegung der Innenhofflächen erfolgte die Pflege der neugewonnenen Wohnhöfe, nach Abschluss entsprechender Verträge durch die Mietergemeinschaft. Dadurch waren die privaten Grundstücksrechte nicht mehr wirksam. Der Charakter als halböffentliche Einzelhöfe wurde aufgehoben und der Raum für die Öffentlichkeit freigegeben. Dieses Phänomen muss nicht nur als Nachteil verstanden werden. Vorteilhaft wirkte diese Maßnahme, dass dadurch Verantwortungsbewusstsein gegenüber den entstandenen gemeinsamen Anlagen im Innenhofbereich gefördert wurde. Diese war als soziale Einrichtung zur Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens geplant. Das Recht zur Mitbenutzung der Anlage wurde mit der Pflicht verbunden diese zu pflegen. Dadurch wurde leider „der typische Milieucharakter aus Ruhe, Intimität und Bekanntheitsgrad der Nutzer untereinander zerstört“⁷⁷⁴. Aufgrund dieser Erkenntnisse wurden bei der Rekonstruktionsmaßnahme in der Frankfurter Allee geringere Eingriffe im Hofbereich vorgenommen

Ergänzend muss noch die besondere Konzeption zur Wiederherstellung von Stuckfassaden dargestellt werden. „Das Wohngebiet soll seine funktionellen, strukturellen und qualitativen Veränderungen [...] auch nach außen durch eine neue Qualität der architektonischen Gestaltung dokumentieren.“⁷⁷⁵ Es wurde nicht angestrebt, durch Neugestaltungen die aus der Jahrhundertwende stammenden Fassaden zu ersetzen. Dagegen waren Ensemblelösungen zu schaffen, durch eine den Gebäuden entsprechende Struktur und Farbgestaltung unter Nutzung kulturhistorisch wertvoller Fassaden oder partiell noch erhaltener Elemente.

In diesem Gebiet wurde ein neuer Weg gegangen, der das Ziel hatte, „den Gesamteindruck eines solchen geschlossenen Straßenzuges wiederherzustellen, ohne alle Fassaden zu restaurieren“⁷⁷⁶. Ein Kompromiss war zu finden, der den Mittelweg zwischen einem hohen Restaurierungsaufwand und der glatt verputzten Fassade darstellte. Voraussetzung dafür war eine abgestufte Farb- und Gestaltungskonzeption innerhalb der Straßenabschnitte, indem die einzelnen Häuser nicht isoliert behandelt, sondern ein Gesamteindruck des geschlossenen Straßenzuges entstehen sollte. Dabei wurden einzelne Fassaden restauriert und bei den restlichen Häusern die ehemaligen Strukturen farblich betont bzw. simuliert. Für den Erhalt des Gesamtbildes wurden „die Frontspieße weitgehend erhalten und weitere Varianten für die Balkongestaltung neu erarbeitet, [...] die sich besser als bisher in den Gesamteindruck einordnen“⁷⁷⁷.

Analog zum Arkonaplatz war Ziel der Rekonstruktion die Verbesserung der Versorgung des Wohngebietes mit sozialen Einrichtungen. Entsprechend der Tradition wurden diese Einrichtungen in die EG-Zone eingegliedert. Abschließend ist noch anzumerken, dass darüber hinaus neue gesellschaftliche Einrichtungen aus dem Typensortiment, wie ein Kaufhalle aus

⁷⁷⁴ Gisela Heun. a. a. O. S. 80.

⁷⁷⁵ Manfred Zache. a. a. O. S. 356.

⁷⁷⁶ Dorothea Krause und Manfred Zache. a. a. O. S. 398.

⁷⁷⁷ dito.

dem ESK-Typ und die Kinderkrippe aus dem Typ Neubrandenburg im Gebiet eingeordnet wurden.

Die Auslagerung der Betriebe, von denen Geräusch- oder Geruchsbelästigungen ausgingen, aus dem unmittelbaren Wohnbereich trugen zusätzlich zu diesem positiveren Ergebnis bei.

„Die Modernisierung des Arnimplatzes ist [...] erst ein Anfang. Aber es war wichtig und notwendig, so zu beginnen. Die Erfahrungen, die am Arnimplatz gesammelt wurden, [...] ermöglichen es, größere Aufgaben zu stellen und erfolgreich zu lösen.“⁷⁷⁸ Insgesamt vermittelt das Gesamtergebnis der Rekonstruktionsmaßnahmen, verglichen mit dem des Arkonaplatzes, ein weiterentwickeltes Resultat.

Ein zusammenfassender Vergleich der Rekonstruktionsgebiete zeigt folgende Tabelle.

	Arkonaplatz TK1 - TK3	Palisaden- dreieck	Husemann- straße	Nikolai- viertel	Frankfurter Allee Süd	Arnimplatz
Bauzeit	1970 - 1974	1981 - 1983	1984 - 1987	1981 - 1987	1983 - 1986	1973 - 1984
Fläche	ca. 5,5 ha	ca. 1,3 ha	ca. 1,6 ha	ca. 12 ha	ca. 26 ha	ca. 40 ha
EW vorher	1.438	521	Keine Daten	ca. 2.000	ca. 12.000	ca. 17.180
EW nacher	1.426	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	Keine Daten	ca. 11.960
WE vorher	862	372	442	Keine Daten	Keine Daten	ca. 8.300
WE nachher	654	306	368	ca. 800	2900 + 1200	ca. 6.500
Merkmal	Die Anfänge der Erhaltung und Veränderung des Bestehenden.	Die Einheit zwischen Neubau, Modernisierung und Werterhaltung.	Die Wahrung des historisch gewachsenen Charakters einer Altberliner Straße.	Der Wiederaufbau des historischen Stadtkerns.	Experimenteller Vorhaben zur Erprobung von neuen Technologien bei der Rekonstruktion	Experimentelle Erprobung und technologischen Verfahren für die Modernisierung von Küche/Bad/WC in Altbauwohnungen.

⁷⁷⁸ Dorothea Krause und Manfred Zache. a. a. O. S. 399.

7.0 Ergebnisse der Rekonstruktionsmaßnahmen

„Wir haben mit dem Wohnungsbauprogramm eine Leistung vollbracht, die noch in ferner Zukunft davon künden wird, dass es unter Führung unserer Partei möglich wurde, die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen.“⁷⁷⁹

Vorbemerkung

Eine realistische Analyse der Ziele, Maßnahmen und Problematik sowie die Bewertung der Durchführung und Ergebnisse des Wohnungsbaues im Allgemeinen, und insbesondere der komplexen Rekonstruktion in der Zeitspanne von 1971 bis 1989, in der sogenannten „Ära Honecker“ konnte erst nach dem Mauerfall und der Wiedervereinigung beider deutschen Staaten vorgenommen werden.

Die nachfolgende Bewertung konzentriert sich auf die Ergebnisse aus (städte-)baulicher und gesellschaftlicher Sicht. Dabei werden auch die quantitativ und die qualitativ geplanten Maßnahmen den Ergebnissen gegenübergestellt. Die Bereiche der stadttechnischen Infrastruktur, des Verkehrs und der Umwelt bleiben unberücksichtigt. Es ist nicht beabsichtigt, umfassende Lebens- oder Wohnverhältnisse in der DDR zu analysieren. Hierfür wären u. a. die Lebensqualität außerhalb der Wohnungen und somit auch die Umweltbedingungen zu berücksichtigen. Diese setzt weitere Untersuchungen voraus, die an anderer Stelle vorzunehmen wären. Die Bewertung wird ergänzt durch eine Auswertung der DDR-Statistik und auf Vergleichen mit „nicht geschönten“ statistischen Datenmaterialien, die nach der Wiedervereinigung erstellt wurden.

Die ersten punktuellen „Rekonstruktionsmaßnahmen“, bei denen nur Arbeiten an Einzelobjekten stattfanden, erfolgten bereits in den 60er Jahren. Anfangs wurden sie unter dem Begriff „komplette Instandsetzung“ bzw. „Generalinstandsetzung“ u. a. in Berlin-Mitte „funktionsgerecht und kostenniedrig“⁷⁸⁰ ausgeführt. Diese Durchführung der Bauarbeiten an diesem Objekt hatte noch experimentellen Charakter. Diese ersten Erfahrungen bildeten die Grundlage für weitere Objekte sowie die anschließenden umfassenden Maßnahmen in und an den Wohngebäuden. Der Begriff „Komplexe sozialistische Rekonstruktion“⁷⁸¹ hatte sich erst in den 70er Jahren nach dem VIII. Parteitag etabliert. Damit verbunden waren nicht nur Maßnahmen an und in den Wohngebäuden zur Erhöhung des Wohnkomforts, sondern auch städtebauliche Maßnahmen zur Verbesserung der Funktion und Struktur des Gebiets bei der Versorgung der Bevölkerung mit sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen.

Eine Überprüfung der Terminologie ist notwendig, um herauszufinden, inwieweit die durchgeführten Rekonstruktionsmaßnahmen tatsächlich dem Begriff „sozialistisch“ gerecht wurden. Für die komplexe sozialistische Rekonstruktionsmaßnahme im Altbauwohngebiet traf nicht zu, dass „der Begriff ‚sozialistisch‘ außerordentlich abbruchfördernd ist und durch diese Form der ‚damnatio memoriae‘ eine ganze Geschichtsschicht in Deutschland zu verschwin-

⁷⁷⁹ Erich Honecker: Bericht des Politbüros an das ZK der SED zur 7. Tagung vom 01. – 02.12.1988. Berlin 1988. S. 39.

⁷⁸⁰ vgl. Willi Pieper. a. a. O. S. 2.

⁷⁸¹ sh. Weitere Begriffserläuterung im Kapitel 2.2. S. 23 – 24.

den droht“⁷⁸². Dieses Attribut traf auch für den Wohnungsbau in der DDR der früheren Jahre nur sehr eingeschränkt zu, wie beim Wohnungsbau an der ehemaligen Stalinallee.

Seit dem VIII. Parteitag im Jahre 1971 kam es in der Wohnungsbaupolitik der DDR zu einem Umdenken und zu einer Umorientierung, was zu einem wachsenden Interesse an Rekonstruktionen des innerstädtischen Bereichs führte. Eine Verlagerung der Wohnungsbaumaßnahmen vom Erweiterungsneubau am Stadtrand auf die Rekonstruktion in den innerstädtischen Gebieten war die Folge. Es lässt sich nicht feststellen, in welchem Umfang städtebauliche, politische und wirtschaftliche Aspekte anteilig zum Umdenken und zur Umorientierung im Wohnungsbau geführt hatten. Vermutlich überwog der politische und wirtschaftliche Aspekt der zur Wende in der Baupolitik führte. Mit dem Jahr seines Machtantritts musste Erich Honecker und die neue Führung der SED neue Ziele setzen und ein Programm zur Lösung der Wohnungsfrage präsentieren.

Aus dem Grund gewann seit diesem Parteitag die Rekonstruktion zunehmend an Aufmerksamkeit. Es bleibt aber ungeklärt, ob dieser Umbruch auf

- den Übergang zur Intensivierung in der Wirtschaftspolitik,
- die Betonung der Sozialpolitik,
- den Wechsel in der politischen Führung,
- den unübersehbaren Druck aus dem Kommunalbereich (seitens der Wohnungsverwaltung) und
- die Einsicht in die Verfallsituation aufgrund der Ergebnisse der VBWGZ 1971

oder auf all diese Aspekte gemeinsam zurückzuführen ist.⁷⁸³

Im (städte-) baulichen Bereich wuchs das Bewusstsein über den rasanten Verfall der Altbau-Substanz durch die Ergebnisse der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung (VBWGZ) im Jahr 1971. Die erhobenen Daten – die in diesem Fall als objektiv betrachtet werden können – waren abrufbar und unverfälscht. Nach der Zählung wiesen 1971 im ehemaligen Ost-Berlin ca. 33 % (in Berlin-Mitte sogar ca. 45 %) der Wohngebäude, die vor 1918 gebaut wurden, den Bauzustandsstufen (BZS) 3 und 4 auf. Sie waren nach dieser Klassifikation schwer beschädigt bzw. unbrauchbar, wie die nachfolgende Tabelle zeigt.⁷⁸⁴

	vor 1918		Insgesamt	
	Gebäude	WE	Gebäude	WE
Bauzustand 1	1.249	11.878	7.174	81.865
Bauzustand 2	14.685	146.078	26.506	245.693
Bauzustand 3	7.496	72.437	8.323	78.287
Bauzustand 4	418	2.932	449	3.124
ohne Angabe	9	66	69	862
Gesamt	23.857	233.391	42.521	409.831
Prozent	56.11 %	56.95 %	100.00 %	100.00 %

⁷⁸² Gabi Dolf-Bonekämper und Hiltrud Krier: Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert. München Berlin. 1996. S. 9.

⁷⁸³ vgl. Frank Werner. a. a. O. S. 68 – 69.

⁷⁸⁴ Tabelle 16 VBWGZ.

Unstrittig war, dass der Bedarf an Wohnungen sehr groß war und dieser Mangel nicht nur durch den Neubau behoben werden konnte.⁷⁸⁵ Die Errichtung von Neubaugebieten war aufgrund der benötigten zusätzlichen Aufwendungen für den Bau von stadttechnischer Infrastruktur kostspieliger. Im Gegensatz dazu konnten die vorhandenen Altbauten mit einem relativ geringen Aufwand eine schnellere und kostengünstigere Alternative bieten, um das Wohnungsproblem zu lösen. Hinzu kam, dass aufgrund der sich weiter verschlechternden Bausubstanz kurzfristig Handlungsbedarf bestand.

Im politischen Bereich erfolgte durch den Wechsel in der Parteiführung eine Veränderung in der Sozialpolitik. Der Wohnungsbau erhielt seit den Beschlüssen des VIII. Parteitages im Juni 1971 einen hohen Stellenwert und wurde zur Hauptaufgabe der eingeleiteten Sozialpolitik. Waren bei der 5. Baukonferenz 1969 nur die Erhöhung der Arbeitsproduktivität und das technologische Niveau gefordert und wurde keine quantitative Forderung an den Wohnungsbau gestellt, so legte die Direktive des VIII. Parteitages im 1971 fest, im Zeitraum von 1971 bis 1975 insgesamt 500.000 Wohnungen an die Werktätigen zu übergeben. (In Berlin waren 30.000 bis 31.000 Wohnungen fertigzustellen und 10.000 Wohnungen zu modernisieren bzw. um- und auszubauen). Anschließend steckte die 10. Tagung des ZK der SED am 2. Oktober 1973 die Ziele noch höher. Bis 1990 waren 2,8 bis 3,0 Millionen Wohnungen zu bauen bzw. zu modernisieren.

Im wirtschaftlichen Bereich ging es zu dieser Zeit um den Übergang zur Intensivierung des Bauwesens. Bereits bei der 5. Baukonferenz im Jahre 1969 wurden einerseits die zu geringe Arbeitsproduktivität und andererseits das niedrige technische bzw. technologische Niveau im Bauwesen kritisiert. Der Aufwand, die Kosten und die Bauzeit waren zu hoch und durch moderne Verfahren zu senken. Neben der Forderung der Industrialisierung des Bauwesens wurde bei dieser Baukonferenz der Aspekt Umgestaltung ausführlich thematisiert, mit der Aufgabenstellung, „den wichtigsten Städten und vor allem ihren Zentren durch eine großzügige, komplexe bauliche Umgestaltung ein neues sozialistisches Antlitz zu geben“⁷⁸⁶. Maßgebend war die erstmalig offizielle Verwendung des Begriffs „komplex“, bei dem sich die baulichen Maßnahmen auf das ganze Wohngebiet erstreckten und der die Verbesserung der Wohnfolgeeinrichtungen einschloss.

Die Bewertung der ausgeführten Maßnahmen kann daher zunächst nur innerhalb des jeweiligen Rekonstruktionsgebietes erfolgen, da diese Maßnahmen in unterschiedlichen Zeiten stattfanden. Inwieweit die hochgesteckten Ziele der Rekonstruktion erreicht wurden, um das umfassende Versprechen einzulösen und die hohen Erwartungen der Bürger zu erfüllen, ist auch gebietsspezifisch zu differenzieren. Ein chronologischer Aufbau wurde gewählt und die einzelne Rekonstruktionsmaßnahme zu dem jeweiligen zeitlichen bzw. historischen Hintergrund in Beziehung gesetzt. Dadurch soll festgestellt werden, inwieweit sich die einzelnen Maßnahmen aufeinander beziehen bzw. ob Entwicklungen aufgrund der Erfahrungen der vorangegangenen Maßnahmen stattgefunden haben.

Die nachfolgende Analyse berührt Grenzbereiche zwischen Planung und Ausführung hinsichtlich gebäudebezogener, städtebaulicher, wohnungspolitischer und wirtschaftlicher Aspekte, die in der Praxis wegen ihrer nicht immer eindeutigen Zuordnung häufig vernachlässigt werden.

⁷⁸⁵ Nach dem Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED von 1971 S. 18 und S. 320 wurde die Zielsetzung des Wohnungsbaues 1966 – 1970 nur zu 91 % erreicht. Es fehlten rund 36.000 Wohnungen.

⁷⁸⁶ Werner Heynisch: Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz. Berlin 1969. S. 96.

7.1 Stadtbezirkliche Ergebnisse

7.1.1 Rekonstruktionsgebiet Arkonaplatz in Berlin-Mitte

Das Gebiet, nur durch die Mauer von West-Berlin und ihrem Stadterneuerungsgebiet rund um die Brunnenstraße getrennt, war ein Pilotprojekt für das ehemalige Ost-Berlin. Das Vorhaben war das erste seiner Art in Hinblick auf Inhalt und Umfang.

Die Häuser in diesem Gebiet wurden zwischen 1877 – 1890, 5-geschossig mit überwiegend einfachen Fassaden errichtet.⁷⁸⁷ Die typische Hinterhofsituation wie bei den berüchtigten Mietskasernen existierte nicht, da die Höfe nicht sehr überbaut und Quergebäude selten vorhanden waren. In den 50er Jahren wurde die zerstörte Substanz teilweise durch Neubauten ergänzt, und neun Gebäude mit 110 WE erstellt. Seit den 60er Jahren wurden Generalreparaturen an den Gebäuden aufgrund der altersbedingten Zerfallserscheinungen vorgenommen. Punktuell wurden auch Maßnahmen in den Wohnungen durchgeführt, mit dem Ziel „durch Grundrissänderungen und Ausstattung der Wohnungen mit gesundheits- und hauswirtschaftstechnischen Einrichtungen, die Wohnfunktion und -hygiene zu verbessern“⁷⁸⁸.

Die Maßnahmen zur Qualitätserhöhung der einzelnen Gebäude verbesserte aber nicht die schlechte städtebauliche Struktur. Einrichtungen für Handel, Dienstleistung und Kultur waren nach wie vor unzureichend vorhanden bzw. fehlten vollständig. Der Arkonaplatz bietet zwar ausreichende Grün- und Erholungsfläche für die Bewohner des Gebietes jedoch bestand ein Defizit an Kindereinrichtungen, Freiflächen für Jugendlichen sowie Senioren und für den Freizeitsport.

Vor den Rekonstruktionsmaßnahmen wiesen die Gebäude überwiegend die Bauzustandsstufe 3 auf. Die Wohnungen waren zum Teil überbelegt, und hatten aufgrund der schlechten Ausstattung schwerwiegende funktionelle und hygienische Mängel. Der Anteil an 1-R-Wohnungen war sehr hoch und lag bei 53,4 %. Die Altersstruktur war durch eine Überalterung der Bevölkerung gekennzeichnet, da ca. 48 % der Bewohner Rentner waren.⁷⁸⁹

Im ersten Rekonstruktionsgebiet des ehemaligen Ost-Berlins war das Ziel, „eine Verbesserung von Wohn- und Lebensbedingungen der Bürger zu gestalten“⁷⁹⁰. Die für die Erreichung der Ziele notwendigen Maßnahmen wurden bereits Anfang der 70er Jahre begonnen. Diese waren primär durch Modernisierung und Rekonstruktion der Altbausubstanz und die Angleichung des Wohnniveaus an die sozialistischen Wohnverhältnisse⁷⁹¹ – d. h. Erhöhung des Wohnkomforts und die Verbesserung der überlebte bzw. überalterte Struktur und der Funktion des Gebietes – unter einem vertretbaren gesellschaftlichen Aufwand zu erreichen. Das städtebauliche Programm beinhaltete die Maßnahmen zur Veränderung der städtebaulichen und sozialen Struktur sowie die Modernisierung von ca. 860 WE. (Generalinstandsetzung und Einbau von IT bzw. Dusche und Bäder). Um dem Anspruch der komplexen Rekonstruktion gerecht zu werden, waren darüber hinaus Veränderungen der städtebaulichen und der sozialen Struktur und schließlich die Verbesserung der Bedingungen für die Reproduktion

⁷⁸⁷ vgl. „Konzeption zur Rekonstruktion des Wohngebietes Arkonaplatz“ vom 21.05.1970. S. 5.

⁷⁸⁸ Klaus Pöschk, a. a. O. S. 603.

⁷⁸⁹ sh. ausführliche Beschreibung im Kapitel 5.1.2.2. S. 74 und Kapitel 5.1.3.2. S. 82.

⁷⁹⁰ Konzeption. a. a. O. S. 3.

⁷⁹¹ vgl. dito S. 4.

der Arbeitskraft durch Schaffung von sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen notwendig.⁷⁹²

Zusammengefasst kann für die Rekonstruktion am Arkonaplatz Folgendes festgestellt werden.

Als erstes Rekonstruktionsgebiet waren die Aufgaben, eine Verbesserung von Wohn- und Lebensbedingungen aus volkswirtschaftlichem und gesellschaftspolitischem Aspekt zu gestalten, noch relativ bescheiden. Mit sehr viel Enthusiasmus und Optimismus wurde an einem äußerst anspruchsvollen sowie kostspieligen Konzept geplant, vermutlich mit der Überzeugung, dass die Finanzierung des Projekts aufgrund seiner Eigenschaft als Pilotprojekt sichergestellt sein würde.

Die Zielstellung der Rekonstruktion war „die Verbesserung und Vervollkommnung der Arbeits- und Lebensbedingungen“⁷⁹³ zu erreichen. Durch die Euphorie und die Unerfahrenheit auf diesem Gebiet war sie in vielen Bereichen, u.a. durch die Planung eines 7-geschossigen Wohnungsneubaues mit Kaufhalle und eines modernen Mehrzweckgebäudes bautechnisch verfrüht, politisch zu anspruchsvoll und umfangreich sowie wirtschaftlich zu kostspielig und aufwändig, somit insgesamt utopisch. Die bauliche und wirtschaftliche Realität wurde bei den propagandistischen politischen Absichten sträflich vernachlässigt. Der vorgesehene politisch begründete Umfang, überstieg die damals vorhandene technische Möglichkeit und die wirtschaftliche Kapazität, insbesondere da die Parole ausgegeben wurde, dass „mit ökonomisch vertretbarem Aufwand eine höhere Wohnqualität nach denkmalpflegerischen Gesichtspunkten“⁷⁹⁴ erreicht werden sollte.

Die Entwürfe zeigten sehr anspruchsvolle Bauten, wie mehrgeschossige Fertigteilbauten in Wohngebieten, die letztendlich aufgrund fehlender moderner Baumaschinen wie geeignete Rollkräne für den innerstädtischen Bereich, nicht zu realisieren waren. Die logische und unvermeidliche Folge war, dass sich daher die Erfolge der Rekonstruktionsmaßnahmen nur auf wenige Bereiche beschränkten. Der Schwerpunkt bei der Bewertung der Rekonstruktion in diesem Gebiet wird bei den Ergebnissen dahingehend angesetzt, inwieweit die Maßnahmen strukturelle Veränderungen erzielt haben.

Zu den Ergebnissen der einzelnen Bereiche war die Sachlage wie folgt:

Im Bereich des Wohnungsbaues waren die Ziele der Rekonstruktion u. a. durch den Einbau von Bad/Dusche in allen Wohnungen zu erreichen. In den größeren Wohnungen (2-R-Wohnungen und größer) konnte die Zielstellung erreicht werden. Aufgrund der vorhandenen Grundrisse war dieser Einbau in den kleinsten Wohneinheiten sehr problematisch und demzufolge, konnte kein optimales Ergebnis erreicht werden. Einerseits erhielten die zum Teil sehr kleinen 1-R-Wohnungen – mit ca. 25,5 m² Wohnfläche – meistens nur eine IT am Ende des Flures.⁷⁹⁵ Andererseits existierten nach der Umgestaltung der größeren 1-R-Wohnungen Disproportionen zwischen den einzelnen Räumen. Mit ihrer ca. 50,0 m² großen Gesamtwohnfläche entstanden nach der Grundrissumgestaltung im Verhältnis zum Wohn- und Schlafzimmer, sehr große Küchen und Bäder mit jeweils bis zu 10,0 m².⁷⁹⁶ Folglich waren die

⁷⁹² vgl. Konzeption. a. a. O. S. 4.

⁷⁹³ dito.

⁷⁹⁴ TÖZ vom 24.05.1968. a. a. O. S. 2.

⁷⁹⁵ sh. Abb. Nr. 164.

⁷⁹⁶ sh. Abb. Nr. 165.

Ergebnisse in diesem Bereich „zur Angleichung des Wohnniveaus mit den sozialistischen Wohnverhältnissen im Bezug auf Größe und Komfort“⁷⁹⁷ daher nur zufriedenstellend. Dadurch relativierte sich der Erfolg in diesem Bereich.

Die vorgesehene Reduzierung der Anzahl von Kleinstwohnungen verlief im Vergleich dazu besser. Durch Abrisse und Zusammenlegungen reduzierte sich die Anzahl der 1-R-Wohnungen von 469 WE um 282 WE auf 187 WE. Die Zahl der 3-R-Wohnungen erhöhte sich im Gegensatz dazu von 104 WE um 65 WE auf 169 WE. Dadurch wandelte sich die stark überalterte Bevölkerungsstruktur zu Gunsten der jüngeren Jahrgänge - eine Strukturveränderung, die auch politisch gewollt war.

Verstärkt wurde dieser Wandel dadurch, dass trotz verbesserter Wohnzustände und Schaffung mehrerer altersadäquater Wohnungen für ältere Bürger im Erdgeschossbereich der Umzug in ein Wohnheim – meist im Neubaukomplex – durch dessen Wohnkomfort und die dort angebotenen Dienstleistungen bevorzugt wurde. Das Motto „trocken und warm möchte ich wohnen“⁷⁹⁸ hatte für die Senioren noch mehr Bedeutung als für die Durchschnittsbevölkerung. Es wird nicht unterstellt, dass der Stadtbezirk durch die Rekonstruktion die Senioren aus dem Gebiet vertreiben wollte. Die Veränderung in der Altersstruktur durch bauliche Maßnahmen war jedoch ein Ziel der Rekonstruktion.

Die Veränderung der städtebaulichen Struktur durch die Auflockerung des Wohngebietes war erfolgreich durchgeführt worden. Auffällige Bausubstanz und alle störenden Gebäudeteile im Hof (Garagen, Werkstätten, Lager und Hofmauern) wurden abgerissen. Untersuchungen bescheinigten, dass sich nur eine geringe Anzahl von SF-Gebäuden noch in einem sehr guten Zustand befand und dadurch nicht für den Abriss freigegeben wurde. Ihr Erhalt beeinträchtigte nicht die Besonnung und Belüftung des übrigen Teilkomplexes.

Bei dem Wohnungsneubau mit einer integrierten Kaufhalle wurde die Errichtung eines 7-geschossigen Gebäudes konzipiert.⁷⁹⁹ Aufgrund fehlender technologischer Möglichkeiten, im innerstädtischen Bereich mehrgeschossige Gebäude in industrieller Bauweise zu errichten, wurde das Objekt nur in einem dezimierten Umfang – ohne den mehrgeschossigen Wohnteil – realisiert. Dadurch entfielen 70 Wohnungen (ca. 10 % des Wohnungsbestandes), davon 50 Mehrraumwohnungen für Paare oder Familien mit Kindern und die dringend benötigten Gemeinschaftsräume zur besseren Versorgung des Gebietes mit sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen.

Das hochgesteckte Ziel, eine Veränderung der sozialen Struktur durch Senkung des Durchschnittsalters zu erreichen, sowie eine Verbesserung des Wohnungsspiegels wurde trotz sehr erfolgversprechender Planungen nicht erreicht. Die fehlenden neuen Mehrraumwohnungen für Familien, wirkten sich negativ auf die Ergebnisse aus und konnten nicht kompensiert werden. Das Resultat zeigte eine drastische Reduzierung der Anzahl der 1-R-Wohnungen, die überwiegend durch Abrisse und nur z. T. durch Zusammenlegungen von kleineren Wohnungen erfolgten. Bei den 3-R-Wohnungen erhöhte sich die Zahl nicht so wie vorgesehen, da der Wohnungsneubau mit Kaufhalle nicht zur Ausführung kam.

⁷⁹⁷ Konzeption. a. a. O. S. 2.

⁷⁹⁸ Nina Linke: Trocken und warm möchte ich wohnen. Damit fängt es an. Eine Kulturgeschichte des Wohnens in der DDR der siebziger Jahre. Diplomarbeit an der Universität Wien. Wien 2002.

⁷⁹⁹ vgl. Konzeption. a. a. O. S. 10.

Nach der Rekonstruktion wurde lediglich eine Korrektur und nicht eine wesentlichen Verbesserung der Strukturen erreicht. Es genügte nicht den Ansprüchen der Konzeption. Die folgenden Tabellen verdeutlichen die Wohnungsstrukturen vor und nach der Rekonstruktion.⁸⁰⁰

Bestand	Gesamt WE	1-R Wohnung	2-R Wohnung	3-R Wohnung	4-R Wohnung
TK 1	463	217 = 46,9 %	188 = 10,6 %	51 = 11,0 %	7 = 1,5 %
TK 2	220	160 = 72,7 %	46 = 20,9 %	11 = 5,0 %	3 = 1,4 %
TK 3	179	92 = 51,4 %	43 = 24,0 %	42 = 23,5 %	2 = 1,1 %
Insgesamt	862	469 = 54,4 %	277 = 32,1 %	104 = 12,1 %	12 = 1,4 %

Geplant	Gesamt WE	1-R Wohnung	2-R Wohnung	3-R Wohnung	4-R Wohnung
TK 1	362	111 = 30,7 %	160 = 44,2 %	82 = 22,6 %	9 = 2,5 %
TK 2	170	53 = 31,2 %	84 = 49,4 %	30 = 17,6 %	3 = 1,8 %
TK 3	122	23 = 18,8 %	37 = 30,3 %	57 = 46,7 %	5 = 4,1 %
Insgesamt	654	187 = 28,6 %	281 = 43,0 %	169 = 25,8 %	17 = 2,6 %

+ / -	- 208	- 282	+ 4	+ 65	+ 5
-------	-------	-------	-----	------	-----

Die Versorgung mit Lebensmitteln war vor der Rekonstruktion bereits gewährleistet. Im Gebiet befanden sich eine Bäckerei, zwei Obst- bzw. Gemüseläden, zwei Lebensmittelgeschäfte und eine Fleischerei. Durch die neue Kaufhalle, die das gesamte Sortiment des täglichen Bedarfs führte, entstand eine verbesserte Versorgung der Bevölkerung, nicht nur mit Lebensmitteln. Darüber hinaus blieben die vorhandenen privaten Verkaufsstellen weiterhin erhalten. Die Einkaufsmöglichkeiten von Industriewaren, Drogerieartikeln und Textilien sowie Dienstleistungsbetriebe befanden sich hingegen überwiegend in der Brunnenstraße. Sie waren jaber in wenigen Minuten zu Fuß erreichbar.

Die medizinische Versorgung im Gebiet kann vor der Rekonstruktion bereits als gut bezeichnet werden. Eine staatliche Arztpraxis war am Arkonaplatz 5 vorhanden. Zusätzlich befand sich im Rekonstruktionsgebiet noch eine Arztpraxis für Pädiatrie. Die Zahl der Bevölkerung lag bei rund 1.430 Einwohner. Gemäß den damals gültigen Normativen war eine Arztpraxis der Allgemeinmedizin pro 2500 Einwohner erforderlich. Demnach war die medizinische Betreuung der Bevölkerung – insbesondere der Kinder – sichergestellt. Die Bereiche Handel, Dienstleistung und Gesundheit gehörten somit zu den Komplexen, bei denen eine gute Versorgung der Bürger weiterhin gewährleistet wird.

Der Neubau der Kinderkrippe in der Rheinsberger Straße 34/35 war das einzige Großbauprojekt, das planmäßig und in vollem Umfang durchgeführt wurde. Nebenfunktionen wurden im Erdgeschoss der vorhandenen Altbausubstanz eingerichtet. Die Hauptfunktionen wurden pavillonartig in einer Gebäudegruppe zum Hof vorgelagert.⁸⁰¹

Durch den Bau der Kinderkrippe standen für die TK 1 – TK 3 mit ca. 1430 EW 72 Betreuungsplätze zur Verfügung. Zusätzlich entstand im Jahre 1983 in der Swinemünder Straße 120/121 eine weitere Kinderkrippe mit 108 Plätzen. Insgesamt waren es 180 Plätze. Die Versorgung des Gebietes mit Einrichtungen für die Kleinstkinder kann demzufolge als sehr

⁸⁰⁰ vgl. TÖZ vom 24.05.1968. a. a. O.

⁸⁰¹ sh. Abb. Nr. 166 und 167.

gut bewertet werden. Die Anzahl der Kinder im TK 1 – TK 3 belief sich im Jahre 1970 auf folgende Zahlen:

- Kleinstkinder von 0 – 3 Jahre = 83.
- Kinder von 3 – 6 Jahre = 77.

Nach der damaligen Normative wurden nur 42 Krippenplätze (50 % der Kleinstkinder) und 69 Kindergartenplätze (90 % der Kinder), insgesamt also 111 Plätze, benötigt.⁸⁰² Die Planung wurde in vollem Umfang realisiert und die Normative sogar übererfüllt. Die Akzeptanz dieser im Innenhof gelegenen Einrichtung durch die älteren Bewohner, die in unmittelbarer Nähe wohnten, wurde nicht untersucht. Von offizieller Seite war zumindest nur Positives zu erfahren. Die Kinderkrippen „gelten als beispielhafte Lösungen für die harmonische Einordnung von Kindereinrichtungen in vorhandene Altstadtgebiete“⁸⁰³.

An Stelle eines vorgesehenen Schulerweiterungsbaues, dessen Notwendigkeit aufgrund der prognostizierten Steigerung der Schülerzahl feststand, wurden nur Umbauten der Heizungsanlage, Bibliothek, Werkräume, Instandsetzungen der Hoffläche, des Treppenhauses, der Sanitärräume und Anbauten der Sport- und Turnhalle ausgeführt. Dadurch erhielt die Schule lediglich großzügige Nebenräume wie Umkleide- und Sanitärräume. Die geplanten Anbauten zur Erweiterung der Unterrichtsräume an beiden Seitenflügeln des Hauptgebäudes konnten vermutlich aus finanziellen Gründen nicht durchgeführt werden.

Allem Anschein nach waren die „modernen pädagogischen und gesundheitlichen Anforderungen“⁸⁰⁴, die den Schulerweiterungsbau notwendig machten, nur Bestandteil der politischen Propaganda in der Gestaltungskonzeption. Letztendlich erfolgten neben den Umbauten lediglich Instandsetzungen der Unterrichtsräume. Somit wurden die vorgegebenen Ziele in diesem Bereich nicht erreicht.

Aus den Presseberichten und den Archivalien war nicht ersichtlich, inwieweit trotz der prognostizierten Erhöhung der Schülerzahlen ohne Erweiterungsbau der Schule der hohen Effektivität in der Bildungs- und Erziehungsarbeit mit den modernen pädagogischen und gesundheitlichen Anforderungen Rechnung getragen wurde. Vermutlich wurden stadtbezirklich übergreifende Lösungen bei der Schülerverteilung vorgenommen und dadurch längere Schulwege oder eine höhere Schülerzahl pro Klasse in Kauf genommen.

Vor der Rekonstruktion war nach der damaligen Normative die vorhandene Grünfläche im Wohngebiet mehr als ausreichend. Es bestand aber ein Mangel an Freiflächen für Kinder, Jugendlichen, Senioren und für den Freizeitsport. Nach dem ersten Entwurf von 1969 war der gesamte Arkonaplatz als Freizeit- und Erholungsanlage konzipiert.⁸⁰⁵ Für die Kleinstkinder wurden daher ein zentraler Spielplatz mit Spielplätzen, Sandkästen sowie ein Sprühplanschbecken vorgesehen. Für die Jugendlichen waren eine große Spielwiese, ein separates Kleinfeld, Anlagen für Aktivitäten wie Boccia, Federball und Kegeln sowie ein separates Feld für Ballspiele geplant. Der Entwurf sah auch einen breiten Streifen im nördlichen Bereich des Platzes als Ruhezone für die Senioren vor. Durch Bäume und Heckenbepflanzungen geschützt waren mehrere Sitzmöglichkeiten unter den Pergolen vorgesehen.

⁸⁰² vgl. Erläuterungsbericht zum städtebaulichen Entwurf für die Umgestaltung des Arkonaplatzes vom 18.06.1970. S. 5.

⁸⁰³ Jürgen Schechert et al. a. a. O. S. 196.

⁸⁰⁴ Konzeption. a. a. O. S. 25.

⁸⁰⁵ sh. Abb. Nr. 168.

Eine sehr anspruchsvolle und großzügige Planung des Arkonaplatzes als Freizeit- und Erholungsanlage entstand, die aufgrund mittelfristiger Umstände zum Nachteil der Gesamtbevölkerung revidiert werden musste. Bereits mit Beschluss Nr. 196/67 vom 22.09.1967 entschied der Rat des Stadtbezirks Mitte, die „Konzeption zur prognostischen Entwicklung der Erhaltung der Wohnraums substanz im Stadtbezirk Mitte bis 1980“⁸⁰⁶ für ein größeres Umgestaltungsgebiet – mit zunächst 13 Teilkomplexen – in Angriff zu nehmen. Aus diesem Grund müsste er schon die Notwendigkeit einer zentralen Baustelleneinrichtung erkannt haben.

Bei der Planung des Arkonaplatzes als Grün- und Erholungsanlage von 1969 ging der Stadtbezirk trotzdem von der gesamten zur Verfügung stehenden Fläche des Platzes aus. Erst im Anschluss an dieser Planung wurde der Platzbedarf für eine zentrale Baustelleneinrichtung erkannt und kurzfristig auf dem östlichen Teil des Arkonaplatzes konzipiert.⁸⁰⁷ Demzufolge musste eine neue Freiflächengestaltung auf der westlichen Hälfte des Platzes neu geplant und eine Reduzierung der vorgesehenen Einrichtungen vorgenommen

Die Spielplätze für die Kleinstkinder wurden stark reduziert, die Jugendlichen bekamen nur eine kleinere Sport- und Spielanlage bzw. mussten auf ein Kleinfeld für Ballspiele verzichten. Die Senioren erhielten nur die Hälfte der für sie vorgesehenen Ruhezonen mit Sitzmöglichkeiten und Pergolen. Die dezimierte öffentliche Freizeit- und Erholungsanlage stellte für alle Bevölkerungsgruppen einen Nachteil dar. Die Errichtung dieser Anlage auf dem „halbierten“ Arkonaplatz war im Hinblick auf ihren Versorgungsgrad als nicht ausreichend zu bewerten. In Anbetracht der Tatsache, dass mit der Planung der Gesamtfläche des Platzes die normativen Zahlen erfüllt waren, muss die Realisierung auf nur der Hälfte des Platzes als enttäuschend bezeichnet werden. Die fehlenden Freizeit- und Erholungsflächen konnten weder ersetzt noch ausgeglichen werden.

Bei der Freiflächengestaltung innerhalb der Wohnblöcke wurde im Innenhof der TK 1 nur die Spielfläche der Kinderkrippe vollständig ausgeführt, nicht jedoch die Kleinsportanlage. Die Gestaltungsmöglichkeiten der entstandenen Freiräume in den TK 2 und TK 3 waren aufgrund ihrer geringen Abmessungen sehr begrenzt.⁸⁰⁸ Mit einer Innenhoffläche von nur ca. 45 m x 35 m konnten sie jeweils lediglich mit einem Sandkasten und einer Spiel- bzw. Rasenfläche ausgestattet werden. Diese Wohngrünanlagen begünstigten nur die Bewohner der entsprechenden Teilkomplexe, hatten aber keinen großen Stellenwert für das Gebiet, da sie nicht öffentlich zugänglich waren.

Nach dem Entwurf von 1969 hätte das Rekonstruktionsgebiet eine Gesamtfreifläche von 29.650 m² (Wohngrün, öffentliche Grünanlage, Freifläche der Schulen und Kindergarten) bzw. eine Freifläche von 18,3 m²/EW erreicht.⁸⁰⁹ Dies entsprach zwar nur der 87%igen Versorgung eines Neubaugebietes mit gleicher Einwohnerdichte, immerhin aber einem 135%igen Freiflächenmindestbedarf der damaligen Normative der DDR.⁸¹⁰ Diese Werte wurden einerseits durch die „Halbierung“ des Arkonaplatzes nicht erreicht. Andererseits wurde ebenfalls die beabsichtigte Aufhebung der Swinemünder Straße im Bereich des geplanten Mehrzweckgebäudes zur Errichtung einer Erholungsfläche auch nicht realisiert.

⁸⁰⁶ Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep. 131-02-02. Nr. 0782.

⁸⁰⁷ sh. Abb. Nr. 169.

⁸⁰⁸ sh. Abb. Nr. 170.

⁸⁰⁹ vgl. Förderungsprogramm des Rats des Stadtbezirks vom 14.05.1970. Landesarchiv Akten Nr. C Rep. 131-9/10 Nr. 550 – 554.

⁸¹⁰ dito.

Nach Fertigstellung der Maßnahmen der 1. Phase im TK 1 – TK 3 konnten die Baracken der Baustelleneinrichtungen aufgrund der Weiterführung von Rekonstruktionsmaßnahmen der restlichen Teilkomplexe nicht geräumt werden.⁸¹¹ Dadurch wurden der Freizeit- und Erholungswert sowie die Verbesserungen der Wohn- und Lebensqualität nicht in dem propagierten Umfang erreicht. Erst nach der Wiedervereinigung wurden die provisorischen Bauten entfernt und dieser Teil des Platzes als allgemeine Erholungsfläche neugestaltet.

Im Bereich der Verbesserung von Wohn- und Lebensbedingungen der Bürger bestand ein großes Defizit an gesellschaftlichen Einrichtungen. Innerhalb des Rekonstruktionsgebietes und in unmittelbarer Nähe war keine Anlage vorhanden, die für die kulturelle Bildung und Förderung der sportlichen Betätigung geeignet war. Zur Behebung des Missstandes war daher der Bau einer Einrichtung mit mehrfacher Nutzung vorgesehen.

Ein zweigeschossiges Mehrzweckgebäude wurde konzipiert, mit einer Kegelbahn sowie mit Bereichen für die Gastronomie und für die Schulspeisung. Mehrzweckräume für entsprechende Sport- und Kulturveranstaltungen und ein Saal mit einer Kapazität von 200 Plätzen waren ebenso geplant. Eine Einrichtung mit flexibler Nutzung zur Gewährleistung eines umfangreichen kulturellen und sportlichen Lebens im Wohngebiet bestimmte den Verwendungszweck des Gebäudes.

Die umfangreiche Planung wurde nicht realisiert, das ehrgeizige Ziel – Verbesserung der Bedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft durch Schaffung von sozialen Einrichtungen – wurde nicht erreicht. Sie waren zum Teil illusorisch, entstanden aus propagandistischen Gründen, da sowohl die technischen Voraussetzungen nicht vorhanden als auch die finanziellen Mittel nicht ausreichend waren. Demzufolge konnten viele Bedürfnisse der Bürger, bei den Senioren zur Gestaltung ihres sportlichen und kulturellen Lebens und bei den Berufstätigen zur Verbesserung der Bedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft, nicht erfüllt werden. Vermutlich wäre auch bei Vorhandensein der Technologie die Realisierung an der Finanzierung gescheitert.⁸¹² Ein multifunktionales Gebäude fehlte weiterhin im gesamten Gebiet. Ein großes Defizit an kultureller, sozialer und gesellschaftlicher Einrichtung blieb bestehen, da auch die in dem 7-geschossigen Wohnungsneubau geplanten Gemeinschaftsräume für Feste und Versammlungen nicht realisiert wurden. In diesem Bereich scheiterte die anspruchsvolle Planung durch die Überschätzung der eigenen Kapazitäten und Möglichkeiten.

Eine Verbesserung von Wohn- und Lebensbedingungen hinsichtlich der Umgestaltung der räumlichen Umwelt forderte die Einbeziehung der Kunst durch besondere Akzentsetzung und künstlerische Gestaltung an den Gebäuden und in den öffentlichen Freiräumen.⁸¹³ Das Stadtplanungsamt erstellte demzufolge ein Gesamtkonzept für das Rekonstruktionsgebiet und beauftragte Künstler verschiedenster Bereiche für die Realisierung des Programms.

Die Konzeption, die von dem Bereich Kultur des Stadtplanungsamtes erarbeitet wurde, kam größtenteils zur Ausführung. Die Finanzierung der verschiedenen Objekte erfolgte durch unterschiedliche Institutionen, daher war die Belastung der einzelnen Ämter relativ gering und führte somit zum Erfolg der gesamten Maßnahme.⁸¹⁴ Das Ergebnis erschien zunächst wie

⁸¹¹ vgl. Schreiben vom Rat des Stadtbezirks Berlin-Mitte an den Stadtbezirksbürgermeister vom 18.03.1986. Archiv Bezirk Mitte.

⁸¹² Eine Einschätzung von Herrn Siegfried Kress.

⁸¹³ vgl. Konzeption. a. a. O. S. 15.

⁸¹⁴ Laut Auskunft von Frau Hannelore Ruth Kaul, ehemalige Stadtbezirksarchitektin von Berlin-Mitte.

eine willkürliche Auswahl der Elemente, die sich im Gebiet verteilten. Näher betrachtet, wurden diese zweckmäßig und gezielt im Gebiet eingesetzt

Wandmalereien schmückten die Giebel der Seitenflügel, die aufgrund des guten baulichen Zustands nicht abgerissen werden mussten. Ein Beispiel ist das „Altberliner Motiv“ von Harry Lüttger in der Wolliner Straße 65, das den Zustand vor den Abrissmaßnahmen im Hof darstellte, indem die Umrisse der Nebengebäude aufgezeichnet wurden.⁸¹⁵ Das Bild „Kinderschaukel“ von Jürgen Beidokat⁸¹⁶ auf der Giebelwand der Granseer Straße 3 betonte den Spielbereich der Kinderkrippe, der unmittelbar daneben eingerichtet wurde. Die Zeichnung über der Durchfahrt der Swinemünder Straße 120 sowie Plastiken wie „Mutter und Kind“⁸¹⁷ in ihrem Hof deuteten die Funktionen des Gebäudes an, da von der Straße aus nicht erkennbar war, dass sich im Innenhof eine Kinderkrippe befand. Zusätzlich verzierten Zunft- bzw. Geschäftszeichen⁸¹⁸ die Fassaden der Läden als Wandausleger und deuteten den Charakter des jeweiligen Geschäfts an, vor dem sie standen.

Das Toilettenhaus,⁸¹⁹ das in der Brunnenstraße stand, wurde zweckmäßigerweise auf dem Arkonaplatz zentral platziert. Dies stellte eine günstige Lage zum öffentlichen Park dar und lag ebenfalls in unmittelbarer Nähe der Sport- und Spielplätze. Um die städtebaulichen bzw. gebietsspezifischen Aspekte der Rekonstruktion zu betonen, wurden im ganzen Gebiet ebenfalls Laternen, Wasserpuppen, sowie historische Straßenschilder aufgestellt.

Über den Verbesserungsgrad der Wohnqualität durch diese Maßnahmen kann nur spekuliert werden, da Umfragen nicht vorlagen. Vermutlich hatten sie zur Identifizierung der Bevölkerung mit ihrem Gebiet beigetragen, da es sich bei den Kunstgegenständen in der Tat um einmalige Stücke handelte. Zumindest sollten diese Kunstwerke „Anerkennung finden und wesentlich zum Wohlbefinden“⁸²⁰ der Bevölkerung beigetragen haben.

Mit der Realisierung dieser Maßnahmen zeichneten sich die anfänglichen Absichten ab, im Rahmen einer Rekonstruktionsmaßnahme den historischen Charakter des Gebiets zu bewahren, auch wenn das Ziel nicht darin bestand, „das ursprüngliche Gründerzeitstraßenbild nachzuempfinden, sondern [...] das heutige Erleben charakteristischer Straßen und Plätze zu unterstützen“⁸²¹. Dies galt nicht nur bei der Instandsetzung des Gebäudes und der Fassade, sondern auch bei dem gesamten Straßenbild.

Die beabsichtigte Zentralisierung der Heizungsversorgung für die Kinderkrippe und der Kaufhalle im neuen Heizzentralgebäude der ehemaligen Schule kam – vermutlich ebenfalls aus finanziellen Gründen – nicht zur Ausführung. Es blieb bei dem dezentralen Ausbau der bestehenden Einzelheizungsanlagen, wie z. B. bei der Kinderkrippe, die an die Anlage des Hauses Rheinsberger Straße 35 angeschlossen wurde, und der Kaufhalle, die ihre eigene Heizungsanlage erhielt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit kosteten die einzelnen Maßnahmen, die nach und nach ausgeführt werden konnten, weniger als der sofortige Neubau einer Heizzentrale mit moderner Heizungsanlage einschließlich des Industrieschornsteins zur Rauchgasableitung und der Unterkellerung des Hofes für die Brennstofflagerung.

⁸¹⁵ sh. Abb. Nr. 171 und 172.

⁸¹⁶ sh. Abb. Nr. 173 und 174.

⁸¹⁷ sh. Abb. Nr. 175, 176 und 177.

⁸¹⁸ sh. Abb. Nr. 178, 179, 180 und 181.

⁸¹⁹ sh. Abb. Nr. 182, 183, 184 und 185.

⁸²⁰ Jürgen Schechert et al. a. a. O. S. 200.

⁸²¹ dito. S. 198.

Die stadttechnische Versorgung und die straßentechnischen Maßnahmen wurden aufgrund der neuen Anforderungen teilweise ergänzt und angepasst. Durch Modernisierung der Wohnungen wurden größere Querschnitte der Ver- und Entsorgungsleitungen erforderlich. Weitere notwendige Maßnahmen waren Veränderungen sowie Instandsetzungen der Straße und der Gehsteige. Mehr Stellplätze wurden durch senkrecht zum Straßenverlauf angeordnete Parkplätze, bei Verringerung der Straßenbreite, neu geschaffen. Die Maßnahmen in diesem Bereich kamen – wenn auch in Einzelfällen minimal verändert – fast vollständig zur Ausführung. Weitere detaillierte Recherchen in dem stadttechnischen Bereich werden – aufgrund der geringen städtebaulichen Bedeutung – nicht angestellt.

Die Gesamtbilanz der Rekonstruktion am Arkonaplatz war wie folgt:

Insgesamt betrachtet umfasste die positive Bilanz aus der Rekonstruktion die erfolgreich durchgeführte Veränderung der städtebaulichen Struktur und die Versorgung der Bevölkerung mit einigen gesellschaftlichen Einrichtungen. Durch Abrisse von baufälligen und störenden Gebäudeteilen im Hofbereich entstand eine Freifläche, die als Erholungsbereich neugestaltet wurde. Zusätzlich wurde dadurch das Wohngebiet aufgelockert und die Besonnung bzw. Belüftung der Wohnungen verbessert. Weiterhin wurde durch den Bau der Kinderkrippe und der Kaufhalle die Versorgung der Bewohner des Gebiets mit gesellschaftlichen Einrichtungen optimiert.

Hervorzuheben war ebenso, dass in diesem Gebiet angefangen wurde, im Rahmen der Rekonstruktionsmaßnahmen, den historischen Charakter des Gebiets zu erhalten. Das Projekt wurde ein Vorbild für weitere Rekonstruktionsmaßnahmen. In den folgenden Jahren wurden diese Erhaltungsmaßnahmen umfangreicher und ausführlicher realisiert, beispielsweise in der Husemannstraße.

Die geplante Strukturveränderung wurde ebenfalls durchgeführt. Die Anzahl der 1-R-Wohnungen wurde durch Zusammenlegungen von Kleinstwohnungen zwar reduziert, sie führte aber nur zu einer geringen Verschiebung bzw. Korrektur der Wohnungsstruktur und nicht zu einer wesentlichen Verbesserung der Bevölkerungsstruktur, da der Wohnungsneubau mit Mehrraumwohnungen für Familien nicht zustande kam.

Die negative Bilanz bestand darin, dass viele von der beabsichtigten und zugesagten Vorhaben im gesellschaftlichen Bereich, nicht zustande kamen. Das Resultat der euphorischen Planung bei dem Pilotprojekt einer Rekonstruktionsmaßnahme war sehr ernüchternd. Vermutlich wurden die Verantwortlichen der Bauverwaltung von den überschwänglichen (politischen) Absichten – ein umfangreiches Vorhaben zu erstellen – sehr beeindruckt und dadurch bei ihrer Planung beeinflusst, indem zu hohe Ansprüche gestellt wurden.

Wird bei den Rekonstruktionsmaßnahmen im Rekonstruktionsgebiet um den Arkonaplatz Bilanz über Gewinner und Verlierer gezogen, dann ergeben sich für die einzelnen Altersgruppen unterschiedliche Ergebnisse.

Die Kleinstkinder bis zum Schulalter waren die Gewinner der Rekonstruktion und profitierten erheblich von den Maßnahmen. Für sie wurden genügend Einrichtungen mit den dazu gehörenden Freiflächen errichtet und die Versorgung des Gebietes mit Krippenplätzen überstieg sogar die Normative.

Für die Jugendlichen kamen einige geplanten Maßnahmen nicht zur Ausführung. Die Umsetzung der gesamten Planung scheiterte, wie bei mehreren Vorhaben in diesem Gebiet, vermutlich aufgrund der hohen Kosten.⁸²² Sowohl das Niveau der Freizeitanlagen als auch pädagogischen Einrichtungen wurde nur unwesentlich verbessert.

Die Senioren – 48 % der Bewohner des Gebietes waren Rentner⁸²³ – war die Bevölkerungsgruppe, die am meisten benachteiligt wurde. Für sie entfielen mehrere Optionen zur Verbesserung ihrer Wohn- und Lebensbedingungen. Die Anzahl der kleinen Wohnungen wurde stark reduziert, die zur Ausübung ihrer kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Interessen vorgesehenen Anlagen wurden nicht realisiert. Darüber hinaus erhielten sie nur die Hälfte der für sie vorgesehenen Erholungsfläche auf dem Arkonaplatz.

Das Rekonstruktionsgebiet um den Arkonaplatz war kein herausragendes politisches Projekt. Mit Ausnahme der Mittel für die Kunstgegenstände stand zur Finanzierung der Rekonstruktion kein zusätzlicher Fonds bereit. Die umfassende Planung konnte demzufolge in mehreren Bereichen nicht realisiert werden. Der gewünschte Erfolg blieb in vielen Bereichen aus. Der komplexe Charakter der Rekonstruktion ist jedoch hervorzuheben, d. h. die Anfänge der Berücksichtigung und Aufwertung des gesamten Wohnumfeldes.

Das Ergebnis und die Fakten verdeutlichen, dass trotz Erhöhung des Wohnkomforts „eine Verbesserung von sozialen Wohn- und Lebensbedingungen“⁸²⁴ „unter der Voraussetzung eines vertretbaren gesellschaftlichen Aufwandes“⁸²⁵ nicht zu erreichen war und „im Altbaugelände [...] eine vollkommene Durchsetzung der Grundsätze sozialistischer Stadtbebauung nicht durchführbar“⁸²⁶ war. Die beabsichtigte Verbesserung der „Bedingungen für die umfassende Reproduktion der Arbeitskraft [...] durch Schaffung von gesellschaftlichen Einrichtungen“⁸²⁷ konnte nicht wie propagiert, realisiert werden.

7.1.2 Rekonstruktionsgebiet Palisadendreieck in Berlin-Friedrichshain

Der von drei Straßen (Palisaden-, Koppen- und Friedenstraße) begrenzte Block liegt hinter der aus den 50er Jahren stammenden 9-geschossigen Bebauung in der Karl-Marx-Allee. Die ersten Häuser in diesem Rekonstruktionsgebiet entstanden in den frühen 80er Jahren des 19. Jahrhunderts. Die Bauweise war durch die Ausnutzung des Grundstücks geprägt. Die städtebaulichen hygienischen Bedingungen wurden durch den hohen Überbauungsgrad beeinträchtigt. Im Schatten der Magistrale Karl-Marx-Allee, wurden die Häuser dieses Gebietes nur unzureichend instandgesetzt. Lediglich Maßnahmen, die hauptsächlich zur Gefahrenbeseitigung dienen bzw. die für die Erhaltung des Stadtbildes notwendig waren, wurden durchgeführt. In den vorhandenen Baulücken wurden bis in die 70er Jahre noch Garagen aufgestellt.

Vor der Rekonstruktion befand sich die Bausubstanz der Wohngebäude zwischen den Bauzustandstufen (BZS) 2 – 4. In der Erdgeschosszone befanden sich bereits Läden für den täglichen Bedarf. Mehrere Gebäude waren nur noch zum Teil bewohnt, andere dagegen befan-

⁸²² Erkenntnisse aus Gesprächen mit Herrn Klaus Pöschk.

⁸²³ vgl. Klaus Pöschk. a. a. O. S. 602.

⁸²⁴ Konzeption. a. a. O. S. 3.

⁸²⁵ dito.

⁸²⁶ TÖZ vom 25.05.1968. a. a. O. S. 2.

⁸²⁷ Konzeption. a. a. O. S. 4.

den sich in einem so guten Zustand, dass diese unter bewohnten Bedingungen modernisiert werden könnten.⁸²⁸ Der in der Nähe liegende Volkspark Friedrichshain bietet ausreichende Erholungs- und Grünfläche für die Bewohner des Gebietes und die Versorgung mit gesellschaftlichen Einrichtungen kann als gut bezeichnet werden, da sich das Gebiet hinter der Karl-Marx-Allee befindet.

Die primäre Aufgabe bei den Rekonstruktionsmaßnahmen war die Modernisierung, Erhalt und Neubau von Wohnungen und erst sekundär die Durchführung von städtebaulichen Maßnahmen. Einerseits war das Palisadendreieck mit rund 1,3 ha relativ klein und die Versorgung der Bevölkerung mit gesellschaftlichen Einrichtungen war gewährleistet. Geschäfte für Waren des täglichen Bedarfs, eine Gaststätte und ein Jugendclub waren vorhanden. Andererseits gewährleistete die Nähe zur Magistrale Karl-Marx-Allee und zum Volkspark Friedrichshain, die Versorgung der Bevölkerung mit sozialen, gesellschaftlichen bzw. gesundheitlichen Einrichtungen, sowie Erholungs- und Grünanlagen. Die Konzeption sah nicht nur eine Erhaltung sondern sogar einen Ausbau der vorhandenen Einrichtungen vor.

Zusammengefasst kann für die Rekonstruktion im Palisadendreieck Folgendes festgestellt werden.

In den 80er Jahren begannen Rekonstruktionsmaßnahmen und die Schließung der Baulücken, indem das Motto die „Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“ nicht nur propagiert, sondern demonstrativ durchgeführt wurde. Eine neue Denkweise zur Rekonstruktion wurde im ehemaligen Ost-Berlin erstmalig von 1984 – 1987 im Stadtbezirk Friedrichshain umgesetzt. Ziel der Umgestaltung war, die Erhaltung der wertvollen Substanz der alten Wohnbauten mit der Errichtung moderner neuer Wohnbauten zu ergänzen, um eine neue harmonische Einheit zu bilden, „in der sich die Grundzüge des sozialistischen Städtebaues widerspiegeln“⁸²⁹, und um „den Ersatzwohnungsneubau außerhalb des Stadtbezirks [...] so gering wie möglich zu halten“⁸³⁰. Dabei war zu beachten, dass die „höchstmögliche soziale Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der einzusetzenden Mittel“⁸³¹ erreicht wurde.

Die Ziele der Rekonstruktion in diesem Gebiet waren, Altbauten zu rekonstruieren und Neubauten in konventioneller bzw. industrieller Bauweise in die Baulücken einzufügen, um die „Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“ zu realisieren. Aus diesem Grund liegt der Schwerpunkt der Bewertung bei den optisch erzielten Ergebnissen, da sich die durchgeführten Maßnahmen auf die Lückenschließungen konzentrieren. Die Maßnahmen an den einzelnen Straßen zeigten unterschiedliche Ergebnisse.

Zu den Ergebnissen der einzelnen Bereiche war die Sachlage wie folgt:

Bei der Modernisierung und Werterhaltung in der Palisadenstraße 65/Koppenstraße 41 war – entsprechend der Leitplanung – vorgesehen, dass jede Familie über eine ausreichend große Wohnung – die mit Bad oder Dusche und Innentoilette ausgestattet ist – verfügen soll. Bei diesem Objekt existierten keine 1-R-Wohnungen, die zusammengelegt werden mussten, dadurch konnte der Wohnungsspiegel beibehalten werden. Aufwändige bauliche Veränderungen waren auch nicht notwendig, da nur in einigen Wohnungen Bäder eingebaut werden

⁸²⁸ sh. ausführliche Beschreibung im Kapitel 5.2.2.2. S. 108.

⁸²⁹ Städtebauliche Leitplanung für die Umgestaltung im Stadtbezirk Berlin Friedrichshain. a. a. O. S. 5.

⁸³⁰ dito. S. 4.

⁸³¹ dito.

mussten. Bei den restlichen Wohnungen fanden lediglich Instandsetzungsmaßnahmen statt. Das primäre Ziel, alle Wohnungen jeweils mit einem Bad bzw. einer Dusche und IT auszustatten, wurde erreicht.

Bei der Planung galt als Priorität, die höchstmögliche Wirtschaftlichkeit der einzusetzenden Mittel zu beachten. Aus dem Grund sollte die Fassade aus Kostengründen nicht original wiederhergestellt, sondern nur kostenniedrig mit den vorgefertigten Elementen umgestaltet werden. Das Ergebnis zeigte aber einen anderen Tatbestand. Der Vergleich des Ausgangszustandes mit der rekonstruierten Fassade zeigte keine Vereinfachung der Gestaltung der Fassade.⁸³² Im Gegenteil wurden u. a. die vorhandenen mit Glattputz versehenen Flächen im EG und 1. OG nach der Rekonstruktion durch Bossenputz mit Fugenschnitt und Stuck aufgewertet.

Besondere Hinweise und Anweisungen in den Bauzeichnungen wiesen zusätzlich darauf hin, dass nicht nur eine einfache Gestaltung der Fassade mit den Elementen des Katalogs erfolgte. Durch Anfertigungen von Sonderelementen waren zusätzliche aufwändige Maßnahmen ausgeführt worden. Dies belegte eindeutig den realisierten Mehraufwand und die dadurch entstandenen Mehrkosten. Die kostenextensiven Maßnahmen bei der Herstellung der Stuckfassaden können auch aus städtebaulicher Sicht nicht als sinnvoll betrachtet werden, da die direkten Nachbargebäude auf der einen Seite „nur“ Glattputz erhielten und auf der anderen Seite in industriell vorgefertigter Bauweise errichtet wurden.

Das Resultat stand im Widerspruch zu den Absichten, „bei geringem Aufwand eine höhere, städtebauliche und architektonische Qualität zu sichern“⁸³³. Im Gegenteil war die Ausführung sogar mit höheren Kosten behaftet als vorgesehen. Die wirtschaftlichen Prinzipien und die politische Absicht wurden bei der Fassadengestaltung dieses Objektes sträflich verworfen und ignoriert. Hier war deutlich erkennbar, dass der politische Vorsatz und die bauliche Praxis weit auseinander lagen. Die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme wurde nur im Verhältnis zu einer vollständigen Wiederherstellung der Originalfassade gesehen und damit auch gerechtfertigt. Eine vereinfachte Gestaltung der Fassade durch Instandsetzung hätte Kosten gespart und zu einer Harmonisierung und Beruhigung des Straßenbildes geführt.

Bei der Planung der Gaststätte war zunächst nur von einer Errichtung eines gastronomischen Betriebs zur allgemeinen Versorgung der Bauarbeiter mit warmen Mahlzeiten ausgegangen. Der Bezirk Suhl wurde bekanntlich nachträglich beauftragt, mit seinen Baubetrieben die Planung und Durchführung der Rekonstruktionsmaßnahmen zu übernehmen. Damit wurde erstmalig im ehemaligen Ost-Berlin, komplexe Maßnahmen durch einen anderen Bezirk durchgeführt. Aus dem Grund wurde diese Einrichtung anschließend als Musterbeispiel zur Anwerbung der Bauarbeiter aus anderen Bezirken aufgewertet.

Neben den Lohnzulagen, den zusätzlichen gesundheitlichen Untersuchungen zum Schutz vor (Berufs-) Krankheiten sowie Besuchen von Sport- bzw. Kulturveranstaltungen und politischen Schulungen zur Förderung ihrer geistig-kulturellen Lebensweise⁸³⁴ sollten die Bauarbeiter weitere Privilegien erhalten, damit ihr Aufenthalt so angenehm wie möglich gestaltet werden konnte. Für die Vielzahl der Aufgaben in der „Hauptstadt der DDR“ im Bereich des Wohnungsbaues werden für die nächsten Jahre, noch mehr Bauarbeiter anderer Bezirke

⁸³² sh. Abb. Nr. 186 und 187 sowie Abb. 40 und 41.

⁸³³ Sitzungsprotokoll der Beratung zwischen dem Bezirksbauamt mit den Stadtbezirksarchitekten vom 24.09.1980. S. 2.

⁸³⁴ vgl. Beschluss der Stadtbezirksversammlung vom 22.11.1979.

benötigt uns dafür musste geworben werden. Folglich wurde für eine höhere qualitative Ausführung bei der Gaststätte entschieden, die zwangsläufig zu einer Kostenerhöhung führte. Das Ergebnis war, dass durch die Planungsänderungen aufgrund ergänzender Anforderungen es in diesem Bereich zu einer nahezu Verdoppelung der Kosten kam.

Der Neubau durch Lückenschließung in der Friedenstraße 58 – 59 erfolgte planmäßig in konventioneller Bauweise. Die Konzeption sah vor, dass kleinere Baulücken durch konventionelle, größere dagegen durch industriell vorgefertigte Bauweise zu schließen waren. Die Forderung der städtebaulichen Zielsetzung, indem sich der Neubau optisch in die vorhandene Altbaustruktur einfügen musste, wurde in diesem Fall strikt beachtet. Demzufolge wurden mehrere Korrekturen zum ersten Entwurf vorgenommen. Das Treppenhaus war straßenseitig vorgesehen wurde aber hofseitig verlegt, um sich an den Fassaden der Nachbarhäuser anzupassen.

Die Entscheidung zum Verzicht auf den Einbau von hofseitigen Balkonen kann nicht nachvollzogen werden, da keine Begründung geliefert wurde und kein zwingender Grund vorlag, hofseitig eine „einheitliche Fassade“ zu gestalten. Hierdurch wurde sogar die Wohnqualität erheblich gemindert, da südwestlich orientierte Balkone durch ihre Besonnung am Nachmittag die ideale Erholungsfläche der Wohnungen dargestellt hätten. Vermutlich sollte dadurch lediglich eine Einsparung der Kosten erreicht werden.

Die Änderung bei der Anhebung der Erdgeschosshöhe war ebenso unverständlich. Dadurch lagen zwar die Erdgeschossfenster mit den Erdgeschossfenstern des östlichen Nachbarn und die Fenster des 1. OG mit den Fenstern des westlichen Nachbarn auf einer Ebene. Die Fensterhöhe der übrigen Geschosse harmonisierte aber nicht mit denen der Nachbargebäude. Durch die Erhöhung des letzten Geschosses lag die neue Traufhöhe auch nicht auf einer Ebene mit der Traufe der Nachbargebäude. Es wurde lediglich die Linie des benachbarten Dachgesimses aufgenommen.⁸³⁵

Das Resultat bei der Lückenschließung in der Friedenstraße 58 – 59 zeigte, dass durch die Auflagen der städtebaulichen Zielsetzung eine einfache bzw. angepasste Fassadengestaltung entstand, die jedoch jegliche Individualität und Dynamik vermissen ließ. Eine Reduzierung der Wohnqualität erfolgte zusätzlich durch den Wegfall der hofseitigen Balkone.

Für die Palisadenstraße 61 – 64 wurde aufgrund der großen Fläche entschieden, die Lückenschließung in industriell vorgefertigter Bauweise vorzunehmen und dafür die 6-geschossigen P2-Ratio-Erzeugnisse des VEB „Wilhelm Pieck“ Suhl zu verwenden. Von Vorteil war, dass diese Elemente der Höhe des benachbarten Hauses entsprachen.

Die Problematik bei der Aufnahme der Bauflucht zwang die Baubeteiligten zur Entwicklung einer außergewöhnlichen Variante der Durchführung. Sie entschieden sich für eine Drehung der Elemente und verlegten die Loggienseite mit ihrer „geraden“ Fläche straßenseitig. Die Loggien, die gemäß der Konzeption der P2-Ratio-Elemente als Erholungsfläche der Wohnung dienten, lagen nach der neuen Anordnung an der lärmbelasteten Straßenseite. Der Hauseingang mit seinen Vorbauten lag dadurch hofseitig und demzufolge war eine Projektierung eines Sonderelementes für die Durchfahrt erforderlich. Die Bauweise mit vorgefertigten Elementen zeigte hier ihre Schwachstellen, da Veränderungen an der Serienproduktion vor-

⁸³⁵ sh. Abb. Nr. 188 und 189.

genommen werden mussten. Der Versuch, den Eindruck einer geschlossenen Straßenfront durch straßenseitige Verlegung der Loggien zu erreichen, wies mehrere Nachteile auf. Zusätzlich entstand dadurch eine „unruhige“ Straßenfassade, die durch Rücksprünge der Loggien mit Brüstungsverkleidungselementen verursacht wurde.

Eine geeignete Lösung für das innerstädtische Bauen ist faktisch die straßenseitige Erschließung. „Die Straße als Träger des Erschließungsverkehrs für Fußgänger und Fahrzeuge lebt von der Zugänglichkeit der Häuser und würde eines aktivierenden Faktors entbehren, wenn viele Hauseingänge nur von Hof aus erreichbar sind – von Orientierungsproblemen für Ortsunkundige ganz zu schweigen.“⁸³⁶ Grundsätzlich ist daher zu hinterfragen, ob für das Bauen im innerstädtischen Bereich eine Lösung mit Vorbauten als Hauseingang geeignet war. Die bisherige Lösung mit straßenseitiger Anbringung eines Vorbaus diente lediglich dazu, für große Neubaugebiete den Eingangsbereich zu betonen, um die monotone Frontfassade aufzulockern.

Ein weiterer Aspekt war, dass die Lückenschließung mit vorgefertigten Teilen erhebliche Probleme bei der Längenanpassung verursachte. Eine trapezförmige „Restfläche“ war monolithisch zu schließen, dadurch entstanden in den betroffenen Wohnungen zwei „gefangene Räume“.⁸³⁷ Die zwangsläufige Vergrößerung der Wohnfläche verursachte ungünstige Wohnungsgrundrisse.

Das Experiment der Lückenschließung in der Palisadenstraße 61 – 64 mit vorgefertigten Elementen kann aus den erwähnten Gründen als misslungen betrachtet werden. Die Lösung der Problematik hinsichtlich der Aufnahme der Bauflucht wirkte aus mehreren Aspekten negativ auf das Ergebnis. Aus funktionaler Sicht war dieser Versuch misslungen, da die Loggien, die als Erholungsfläche der Wohnungen dienten, sich an der lärmintensiven Seite befanden. Aus optischen Gründen fehlgeschlagen, weil dadurch ein unruhiges Kontrastbild mit den benachbarten Gebäuden entstand. Hinzu kam, dass durch die Zwickelbebauung Grundrisse mit gefangenen Räumen entstanden.

Die Gesamtbilanz der Rekonstruktion am Palisadendreieck war wie folgt:

In diesem Gebiet wurde der Versuch unternommen, mit bescheideneren Mitteln und Möglichkeiten im Rahmen des innerstädtischen Bauens die Erhaltung der wertvollen Substanz der alten Wohnbauten mit der Errichtung moderner neuer Wohnbauten zu ergänzen. Neubauten waren in konventioneller bzw. industrieller Bauweise in die Baulücken einzufügen, um eine neue harmonische Einheit zu bilden. Hier wurde versucht, die auch in der DDR vielgescholtene „Platte“ durch flexiblere Vorgehensweise und richtige Dosierung in die Altbausubstanz zu integrieren. Es fand ein Experiment der „Versöhnung“ zwischen industriellem und traditionellem Bauen statt.

Das Ergebnis war, dass fatalerweise in der Palisadenstraße sogar eine Disharmonie der Fassadengestaltung ihr Höchstmaß erreichte. Hier entstand eine Aneinanderreihung von unterschiedlichen Fassadengestaltungen mit ihren konträren Baustilen. Altbau mit Stuckfassade mit reicher Gliederung (Haus Nr. 65) stand neben Neubauten mit asbestverkleideten Balkonbrüstungen (Nr. 64 – 61) sowie Altbau mit Glattputzfassade (Nr. 60) neben Stuckfassade mit mittlerer Gliederung (Nr. 59). Weiterhin reihten sich Stuckfassade mit reicher Gliederung

⁸³⁶ Achim Felz: Zum innerstädtischen Wohnungsbau in der Hauptstadt Berlin. In: Architektur der DDR 8/1984. S. 455.

⁸³⁷ sh. Abb. Nr. 57.

(Haus Nr. 58), Neubauten mit asbestverkleideten Balkonbrüstungen (Nr. 57 – 55) und Neubauten mit Glattputz ohne Balkone (Nr. 55 – 53) nebeneinander.⁸³⁸ Das Resultat kann daher als eine Zusammensetzung mehrerer Bauweisen und Elemente bezeichnet werden. Die Nachbarschaft von vorgefertigten Fassadenteilen mit reich gegliederten Stuckfassaden ruft in diesem Fall einen ungewollten unruhigen Kontrast hervor. Dadurch wird das vertraute Bild, das das Milieu mitbestimmt, zerstört. Im Gegensatz dazu entstand bei den Lückenschließungen in der Koppen- und Friedenstraße keine Disharmonie bezüglich der Straßenansicht, sondern insgesamt ein aufeinander abgestimmtes, ruhiges, und angepasstes Straßenbild.⁸³⁹ Diese unterstreicht, dass Lückenschließungen durch konventionelle Bauweise aus optischen Gründen harmonischer erfolgen können

Die Lückenschließung mit vorgefertigten Bauteilen im Altbaubereich ist nur für besondere Fälle prädestiniert und unter besonderen Voraussetzungen praktikierbar wie bei größeren Lückenschließungen mit angepassten Fassadenelementen. Das Gebiet muss demnach ausreichend groß sein, damit der Kontrast nicht frappierend wirkt und es muss eine große Typenauswahl der Elemente vorhanden sein, um eine Harmonie der neuen mit der vorhandenen Fassade zu ermöglichen. Diese Voraussetzungen lagen im Palisadendreieck nicht vor und die Bedingungen trafen hier nicht zu.

Das Palisadendreieck war kein Projekt von großer Bedeutung, die Lage war unspektakulär und es befand sich im Schatten der Karl-Marx-Allee. Darüber hinaus war „bei der [...] Gestaltung des Palisadendreiecks [...] die dominierende Rolle der Magistrale Karl-Marx-Allee zu berücksichtigen“⁸⁴⁰. Der große Erfolgszwang war daher nicht gegeben. Es erfuhr keine besondere Aufmerksamkeit der politischen und baubehördlichen Funktionäre. Das Resultat zeigte, dass in diesem Rekonstruktionsgebiet in jeder Hinsicht die angestrebte „Einheit zwischen Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“ optisch kein harmonisches Gesamtbild bildete. Hier wurde das Ziel verfehlt, „die physisch wertvolle Substanz der Altbaugebiete [...] mit modernen städtebaulich-architektonischen Formen zu ergänzen und zu einer neuen Einheit zu entwickeln“⁸⁴¹.

7.1.3 Rekonstruktion in der Husemannstraße in Berlin Prenzlauer Berg

Die Wohngebäude in der Husemannstraße 1 bis 16 wurden zwischen den 70er und den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts errichtet. Die Bebauung begann von Süden nach Norden – aus heutiger Sicht betrachtet vom Kollwitzplatz zum Danziger Straße – und spiegelt in gewisser Weise die Berliner Stadterweiterung wider. Somit ist das um 1877 errichtete Eckwohnhaus Husemannstraße 1 das „älteste“ Gebäude, das um 1890 errichtete Eckgebäude Husemannstraße 16/Sredzkistraße 34 das „jüngste“ Haus.

Die Gebäude auf der Westseite der Straße besaßen Souterrains und Durchfahrten, in den Erdgeschosszonen der Mietshäuser auf der Ostseite befanden sich Läden. Wichtige Kennzeichen der Gebäude sind die Balkone und die Stuckfassaden, und die durch ihre einheitliche Baufluchtlinie eine geschlossene Straßenfront bilden. Die überwiegend fünfgeschossigen Häuser haben zwischen sechs und acht Fensterachsen. Vor der Rekonstruktion wiesen

⁸³⁸ sh. Abb. Nr. 190, 191, 192 und 193.

⁸³⁹ sh. Abb. Nr. 194, 195, 196 und 197.

⁸⁴⁰ Städtebauliche Direktive Rekonstruktionsgebiet Palisadenstraße des Magistrats von Berlin vom 27.08.1980. S. 8.

⁸⁴¹ Städtebauliche Leitplanung für die Umgestaltung im Stadtbezirk Berlin Friedrichshain von März 1979. S. 4.

die überwiegend reich gegliederten Fassaden lediglich punktuell gravierende Schäden auf, die augenscheinlich durch undichte Dächer verursacht wurden und sich in den oberen Geschossen und im Traufbereich konzentrierten.

Die Straße wurde bereits asphaltiert, die Gehwege wurden mit Granitplatten – eingefasst durch Kleinpflaster – eingelegt. Die Granitborde – im Bereich der Einfahrten abgesenkt – bilden die Abgrenzung zur Straße. An Straßenmobiliar waren neuzeitliche Laternen, Straßenschilder, Litfaßsäulen, Pumpen, Bänke und Zäune sowie neue Bäume zu sehen. Von dem ursprünglichen Baumbestand waren nur noch einige Platanen erhalten.⁸⁴²

Die Rekonstruktion der Husemannstraße im Rahmen des 750. Jahrestages der ersten urkundlichen Erwähnung Berlins, betraf nur die südliche Hälfte, zwischen Wörtherstraße und Sredzkistraße mit den Häusern Nr. 1 bis 16. Es sollte ein Bekenntnis zu den architektonischen und sozialen Qualitäten eines historischen Straßenzuges sein, indem ein vielseitiges, funktionell lebendes Stadtquartier entstand.

Zusammengefasst kann für die Rekonstruktion in der Husemannstraße Folgendes festgestellt werden.

Die Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende wurde mit viel Idealismus konzipiert und deren Grundidee war sehr vielversprechend. Die Maßnahmen waren mit der Begründung geplant, „der Wahrung des historischen Charakters“⁸⁴³ des Arbeiterwohngebiets zu dienen. Aus diesen Gründen erfolgte die Rekonstruktion schwerpunktmäßig außerhalb der Wohnungen. Die Hauptaufgabe war, „das Typische eines Altberliner Straßenzuges um die Jahrhundertwende [...] mit modernen Wohnverhältnissen“⁸⁴⁴ wiederherzustellen, mit dem Ziel, wertvolle Wohnbaubsubstanz, historische Fassaden sowie Straßenmobiliar im Rahmen der Rekonstruktion für eine kontinuierliche Nutzung zu sichern bzw. wiederherzustellen sowie die Erdgeschosszone neu zu gestalten. Gleichfalls war die Versorgung der Bevölkerung mit Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, die sich an historischen Vorbildern orientieren zu gewährleisten und die stadttechnische Versorgung auf den neuesten Stand zu bringen.

Schwerpunktmäßig wird das Ergebnis des erzielten äußeren Straßenbildes bewertet, da die Rekonstruktionsmaßnahmen gemäß der Konzeption mit „der Wahrung des historischen Charakters“ begründet wurden.

Zu den Ergebnissen der einzelnen Bereiche war die Sachlage wie folgt.

Die Kernaufgaben der Konzeption⁸⁴⁵ in den Wohnungen bestanden in ihrer Instandsetzung und Beseitigung der AT, die in rund 22,5 % der Wohnungen vorhanden waren. Diese wurden überwiegend durch Zusammenlegungen der Kleinstwohnungen und den Einbau von IT sowie Bad/Dusche erreicht, mit dem Ergebnis, dass dadurch ein Verlust von 54 der 422 Wohnungen erfolgte.

Die mit der Modernisierung von Altbauten – durch Erhöhung des Ausstattungsstandards – verbundenen Probleme der Wohnungsverluste wurden dadurch aber verdeutlicht. Kurzfristig

⁸⁴² sh. Ausführliche Beschreibung im Kapitel 5.3.2.2. S. 134.I

⁸⁴³ Konzeption. a. a. O. S. 3.

⁸⁴⁴ Magistratsbeschluss Nr. 090/84 vom 29. 02 1984. S. 3.

⁸⁴⁵ Vorlage Nr. 0063/ 84. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 134-02-02 Nr.1315.

wurde durch Altbaumodernisierung der großen Nachfrage nach Wohnungen Rechnung getragen. Inwieweit dadurch eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur stattfand, konnte nicht geklärt werden. Die geplante Erhebung über Wohn- und Bevölkerungsdaten, die für das Jahr 1991 vorgesehen war, fand aufgrund der Wiedervereinigung nicht statt. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass sich die Altersstruktur zugunsten der jüngeren Bevölkerungsgruppe verändert hat.

Weitere umfassende Modernisierungsmaßnahmen, wie der Einbau einer Zentralheizungsanlage, fanden aus organisatorischen und wirtschaftlichen Gründen nur vereinzelt statt. Der enge Zeitplan und das vorgesehene Budget ließen keine umfangreichen Baumaßnahmen zu. Nach Betrachtung der Ergebnisse kann – ohne detailliert auf einzelne Fälle einzugehen – die Bilanz gezogen werden, dass insgesamt das Hauptziel der Verbesserung der Wohnbedingungen erreicht wurde.

Bei der Fassadengestaltung war gemäß der 3. Teilgrundsatzentscheidung⁸⁴⁶ „eine größtmögliche Treue zum historischen Zustand“ anzustreben und „lediglich von Fall zu Fall zu prüfen, ob aus produktionstechnischen Gründen andere Profile eingesetzt werden“. Dementsprechend sollte „das historische Kolorit [...] vor allem durch die historisch getreue Gestaltung der Straßenfassade“⁸⁴⁷ erreicht werden. Dabei wurde ein Weg zwischen Wirtschaftlichkeit und originalgetreuer Wiederherstellung gesucht.

Verdeutlicht wurde dieser Kompromiss, indem bei der Neugestaltung sowohl Rekonstruktionen als auch „freie Interpretationen“⁸⁴⁸ zur Anwendung kamen. Stuckelemente wurden erneuert, nachempfunden und angefertigt bzw. vor Ort abgeformt. Diese wurden mit dem Elementenkatalog R 8001 IWA ergänzt. Andere Ausführungen zeigten eine vollständige Neugestaltung der Glattputzfassade verziert mit Elementen des Kataloges der Bauakademie. Bei dem Objekt Husemannstraße 1 wurden beispielsweise – gemäß Protokoll des VEB Baureparatur Berlin-Prenzlauer Berg vom 30.06.1983 – die Schmuckelemente sowohl wiederhergestellt (Fensterüberdachung der 3. und 4. OG) als auch imitiert (Fensterüberdachung der 5. OG).⁸⁴⁹ Als Gegensatz zeigte sich das Objekt Husemannstraße 2. Bei seiner Aufstuckung des Glattputzes entsprach der neue Stuck zwar nicht der ursprünglichen Fassade⁸⁵⁰, wurde aber dem Straßenbild der Epoche angepasst.⁸⁵¹ Statt Bogen- und Spitzverdachungen im 2. und 3. OG wurden Spitz- und Geradeverdachungen angebracht.

Von Anfang an begleiteten Widersprüche die Rekonstruktionsmaßnahmen in diesem Gebiet und zwar bereits bei der Bezeichnung des Gebietes als „Mietskasernenkomplex“⁸⁵² in einem „traditionellen Arbeiterbezirk“⁸⁵³. Prenzlauer Berg nahm im Vergleich zwischen dem proletarischen Wedding und dem großbürgerlichen Wilmersdorf eine mittlere Position ein und war mit seiner kleingewerblichen Struktur ein besonders gemischter Bezirk.⁸⁵⁴ Die Husemannstraße lag nie in einem ausgeprägten traditionellen Arbeiterviertel, sondern war ein Straßenzug mit gemischter Bebauungs- und Bevölkerungsstruktur.

⁸⁴⁶ Vorlage Nr. 0484/ 84. Landesarchiv Berlin Akten Nr. C-Rep. 134-02-02 Nr.1333.

⁸⁴⁷ vgl. Konzeption. a. a. O. S. 9.

⁸⁴⁸ Dorothea Krause et al. Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. a. a. O. S. 16.

⁸⁴⁹ sh. Abb. Nr. 198 und 199.

⁸⁵⁰ sh. Abb. Nr. 200.

⁸⁵¹ sh. Abb. Nr. 201.

⁸⁵² Studie zur Gestaltung der Husemannstraße. a. a. O. S. 4.

⁸⁵³ dito. S. 20.

⁸⁵⁴ sh. ausführliche Beschreibung im Kapitel 5.3.1.2. S 129.

Eine unvermutete und unerwartete Erkenntnis dieser Untersuchung war, dass kein Nachweis einer Einbindung der Denkmalbehörde bei der Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende vorgefunden wurde. Die Vermutung, dass Denkmalpfleger einzubeziehen bzw. zu beteiligen gewesen wären, begründet sich einerseits damit, dass die Rekonstruktion zur „Wahrung des historischen Charakters“⁸⁵⁵ diene und „vor allem durch die historisch getreue Gestaltung der Straßenfassade“⁸⁵⁶ zu erfolgen hat. Andererseits lässt die Kenntnis über die heutige Funktion der Denkmalbehörde diese Vermutung zu. In der Literatur wurde außerdem scheinbar eine Partizipation dieser Behörde bei den Rekonstruktionsarbeiten der Husemannstraße erwähnt, indem die Maßnahmen „in Übereinstimmung mit der Denkmalpflege“⁸⁵⁷ erarbeitet wurden.

Die Annahme, dass an einzelnen Häusern Arbeiten durch den VEB Denkmalpflege durchgeführt wurden, kann ebenfalls aktenkundig nicht belegt werden. Wohl fand eine „Ausleihe“ von Stuckateuren des VEB Stuck und Naturstein statt.⁸⁵⁸

Der Hauptgrund für die Nichtbeteiligung der Denkmalbehörde war, dass diese Häuser seinerzeit nicht auf der „Bezirksdenkmalliste der DDR“⁸⁵⁹ standen. Das Mietshausensemble der Husemannstraße war weder als Denkmal der Kultur und Lebensweise der werktätigen Klasse und Schichten noch als Denkmal des Städtebaues und der Architektur eingetragen. Somit standen sie nicht unter Denkmalschutz, weder als Einzeldenkmal noch als Ensembles, dadurch lag die Verantwortung über die Rekonstruktion in diesem Fall bei der KWV.

Ein Ziel der Konzeption bildete „die historisch getreue Gestaltung der Straßenfassade“⁸⁶⁰. Die Fassadengestaltung sollte demzufolge „in ihrem historischen Aussehen“⁸⁶¹ wieder hergestellt werden. Als Höhepunkt der Widersprüchlichkeit bei der Rekonstruktionsmaßnahme zeigte den Tatbestand, dass die Rekonstruktion des denkmalwürdigen Straßenzuges jedoch ohne Aufsicht der Denkmalbehörde erfolgte.⁸⁶²

Das Ergebnis der gesamten Straßenfassade zeigte sogar eine gemischte Fassadengestaltung, ein Sammelsurium von reich gegliederten Stuckfassaden, die teilweise mit rekonstruierten, interpretierten, imitierten und angepassten Stuckteilen ergänzt wurden. Dies zeigte sich sowohl an der Fassade eines Gebäudes, als auch an Fassaden benachbarter Gebäude. Vermutlich fand sogar in einigen Bereichen ein eklatanter Stilbruch statt. Sie sollen an dieser Stelle unkommentiert bleiben. Eine ausführliche Antwort darauf erfordern weitere Untersuchungen, die an anderer Stelle vorgenommen werden müssten, da sie Themenfelder berühren, die über den Rahmen dieser Untersuchung hinausgehen.

Die Absicht Vorgärten zu errichten, die bereits vor einem Jahrhundert fehlschlug, wurde bei der Planung der Rekonstruktion neu aufgelegt und scheiterte aus diversen Gründen erneut. Unverständlich war dieses Vorhaben des Magistrats, weil die kostspielige Planung jeglicher historischer Grundlage entbehrte und folglich nicht dem Motto „im Stil der Jahrhundertwende“ entsprach. Zusätzlich zu dieser Tatsache argumentierte der Stadtbezirk gegen das Vorhaben damit, dass diese Vorgärten eine erhebliche Verengung des Gehweges und dadurch eine starke Beeinträchtigung der geplanten Boulevardgestaltung als Anziehungspunkt für

⁸⁵⁵ Konzeption. a. a. O. S. 3.

⁸⁵⁶ dito. S. 9.

⁸⁵⁷ Dorothea Krause et al.: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. a. a. O. S. 16.

⁸⁵⁸ vgl. Kerstin Stamm. a. a. O. S. 88.

⁸⁵⁹ dito.

⁸⁶⁰ Konzeption. a. a. O. S. 9.

⁸⁶¹ Studie zur Gestaltung der Husemannstraße. a. a. O. S. 23.

⁸⁶² Nach Aussage von Herrn Heinz Krause, ehemaliger Stadtbezirksarchitekt von Prenzlauer Berg.

Touristen hervorrufen würden. Für den Eigentümer wurde diese zusätzlich eine Behinderung des Zugangs zum Schaufenster und Kosten für die Pflege bedeutet.

Um weitere Konflikte mit dem BfS zu vermeiden, hat der Stadtbezirk einen Kompromissvorschlag unterbreitet, ersatzweise eine begrenzte Anzahl von Sitzbänken sowie große bzw. kleine Pflanzenschalen aus Beton u.a. vor dem Arbeitermuseum und Zäune vor einigen Gaststätten zu erstellen.⁸⁶³ Inwieweit diese Maßnahme im Sinne der Denkmalschutzbehörde lag, wurde nicht untersucht, ein ungewöhnlicher Vorgang, dass Maßnahmen nicht durch Vorgaben „von oben nach unten“, sondern durch Alternativvorschläge des Stadtbezirks zustande kamen.

Die Erarbeitung einer Werbe- und Gestaltungskonzeption für die EG-Zone war ein weiterer Schwerpunkt der Rekonstruktion in der Husemannstraße. Der Entwurf der Künstler einschließlich ihrer Studien hinsichtlich der Schriften, Werbemittel und Schriftfragmente und Beispiele von Läden um 1900⁸⁶⁴ versuchte eine möglichst originalgetreue Nachbildung herzustellen, „die sich an historischen Vorbildern orientieren und deren Adaption zum Ziel haben“⁸⁶⁵. Diese war eine Studie, bei der die Zeit um 1900 im gesamten Raum Berlin als Grundlage fungierte, die sich aber nicht explizit auf die Husemannstraße stützte.

Das BfS lehnte aber diesen Entwurf kategorisch ab, strebte im Gegensatz dazu angeblich eine preiswertere Lösung an und entwickelte sein eigenes Konzept. Die Begründung war sachlich nicht nachvollziehbar, da die Bilanzierung bei diesem Prestigeobjekt ohnehin durch Sonderfonds gesichert war – ein typisches Beispiel, wie das BfS in einem der vielen Machtkämpfe seine Macht demonstrierte und seine Absichten wider alle sachlichen Argumente durchsetzte.

Die daraufhin vom BfS entwickelte Werbe- und Gestaltungskonzeption für den EG-Bereich wich nur geringfügig von dem Entwurf der beauftragten Künstler ab. Das Ergebnis zeigt eine minimale Veränderung im Hinblick auf Schriftgröße, -art (Hinterglasmalerei statt Schrift hinter Glas) sowie bezüglich der Ausführung der Schilder (Blechschilder im Winkelrahmen statt Schilder aus Metallrahmen) und auf die Bezeichnungen der Läden (Modesalon statt Modeatelier). Der Vorwurf des Plagiats und des Dilettantismus scheint damit berechtigt zu sein, da Zweifel an der fachlichen Korrektur der Entwürfe angebracht waren. Auch durch einen Rechtsstreit erreichten die Künstler keinen Erfolg bei ihrer Forderung zur Durchführung ihres Entwurfs.⁸⁶⁶ In einem demokratischen Rechtsstaat wäre ein anderer Ausgang dieses Rechtsstreits – zumindest aus urheberrechtlichem Aspekt – denkbar gewesen.

Bei der Einordnung der Läden in die EG-Zone wurde dafür entschieden, auch vergleichbare Einrichtungen einzubringen, die nicht in der Husemannstraße existierten, diese aber charakteristisch in die Epoche passten. Hier wird verdeutlicht, dass es sich nicht um eine Wiederherstellung des Straßenzuges, sondern lediglich um die Wahrung des Charakters einer Altberliner Straße handelte.

Im Gegensatz zur Werbe- und Gestaltungskonzeption für die EG-Zone wurde die akribisch geplante Innenraumgestaltung der Läden einschließlich ihrer Möblierung durch die Architek-

⁸⁶³ vgl. Dorothea Krause et al.: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. a. a. O. S. 14 – 21.

⁸⁶⁴ sh. Abb. Nr. 87, 88, 89 und 90.

⁸⁶⁵ § 2 des Vertrags zur Gestaltung der Fassade des EG-Bereiches vom 23.05.1985.

⁸⁶⁶ Laut Auskunft von Frau Irene Fischer.

ten vollständig umgesetzt – ein Beispiel mit Seltenheitswert, bei dem ein Entwurf ohne Abstriche vollständig zur Ausführung kam. Die Inneneinrichtungen waren nach historischem Vorbild stilgerecht zu erstellen oder zusammenzutragen. Die stilistische Orientierung wurde vom BfS durch Skizzen vorgegeben.⁸⁶⁷ Die meisten Einrichtungsgegenstände wurden über Annoncen erworben oder stilgerecht nachgebaut.⁸⁶⁸ Der Magistrat sah allem Anschein nach keine Veranlassung, massiv in die Planung einzugreifen, da die Innenraumgestaltung nicht in direkter Sichtweite der Laufkundschaft lag.⁸⁶⁹

Soweit nachvollzogen, wurden überwiegend Geschäfte und Werkstätten in die Straße eingeordnet, unabhängig davon, ob es sie in der Straße gegeben hatte oder nicht. Zweifellos bestanden auch schon Ende des 19. Jahrhunderts ähnliche Läden und Werkstätten in der Straße.⁸⁷⁰ Beispielsweise zog sogar im Haus Nr. 4 in der Tat ein Tabakwarenladen ein, der bereits im Haus Nr. 16 existierte. Demnach ist festzustellen, dass die EG-Zone auch in ihrer Nutzung zugunsten „eines Altberliner Straßenzuges“ gestaltet wurde, sich aber nicht an ihrem historischen Zustand orientierte. Die Drogerie war „nachgestaltet“ und das Bierlokal „stilgerecht“ eingerichtet. Das Lebensmittelgeschäft war mit „zusammengetragenen“⁸⁷¹ historischen Ladeneinrichtungsgegenständen ausgestattet. Lediglich bei der Anordnung der Einrichtungen wurden die historischen Aspekte berücksichtigt. An der westlichen Straßenseite wurden in den Souterrains die handwerklichen Betriebe und an der östlichen Straßenseite im EG-Bereich die Läden platziert.⁸⁷²

Die einzelnen Eingangsbereiche kamen, von wenigen Details abgesehen, entsprechend ihrer Planung vollständig zur Ausführung. Geringe Abweichungen waren – vermutlich aus Kostengründen seitens des BfS und in Abhängigkeit der Wertigkeit der Teile – bei der Verwendung von Ersatzmaterialien festzustellen. Beispielsweise wurden bei den Stillen Portiers sehr vereinfachte tischlermäßige Ausführungen vorgenommen. Dies entsprach der Ausführung des gesamten Straßenbildes, das ebenfalls aus Kostengründen eine gemischte Fassadengestaltung aufwies. Der ausdrückliche historische Nachweis bei der Gestaltung des Eingangsbereichs wurde nicht erbracht.

Die Ergebnisse der Reparaturen der Tore und Hauseingänge entsprachen nahezu den Planungen. Die Tore wurden vollständig überarbeitet oder in Anlehnung an den historischen Zustand neu hergestellt. Sowohl die aufwändigen Holzteile als auch die kostspieligen Metallteile wurden beschafft oder angefertigt. Dies war möglich, da zum Teil noch Originalteile vorhanden waren. Bei den Glasfüllungen der hofseitigen Tore wurden jedoch gelegentlich einfachere Glassorten verwendet. Die guten Ergebnisse kamen zustande, da die Mehrkosten, die durch die hohe Qualität der Ausführung entstand, vom Stadtbezirk übernommen wurden.

Eine Rekonstruktion des Straßenbelags im Stil der Jahrhundertwende erfolgte nicht. Aus zeitgemäßen Gründen wurde ein neuer Bitumenbelag verlegt und die ursprüngliche Pflasterung nicht wiederhergestellt. Die Fahrbahn und die Gehwege behielten gemäß der „Straßenbaukonzeption“⁸⁷³ ihre Abmessungen. Bei dem Gehweg wurde differenziert verfahren. Die Klein- und Reihenpflaster wurden geborgen und „zum Neueinbau zwischengelagert“⁸⁷⁴. Trotz

⁸⁶⁷ vgl. Dorothea Krause et al.: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. a. a. O. S. 14 – 21.

⁸⁶⁸ Laut Auskunft von Frau und Herrn Thierfelder, ehemalige Innenarchitekten des Objekts Husemannstraße 4.

⁸⁶⁹ Gewonnene Erkenntnisse nach Gesprächen mit Frau und Herrn Thierfelder.

⁸⁷⁰ vgl. Kapitel 5.3.1.3. S. 130.

⁸⁷¹ vgl. Dorothea Krause et al.: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. a. a. O. S. 14 – 21.

⁸⁷² sh. Abb. Nr. 202, 203 und 204.

⁸⁷³ sh. Abb. Nr. 108 und 109.

⁸⁷⁴ Vorlage Nr. 0550/ 85. Landesarchiv Berlin. Akten Nr. C-Rep 134-02-02 Nr.1370. S. 4.

kurzzeitiger Lieferprobleme der Materialien und der Überforderung der ausführenden Betriebe verlief die Durchführung der gesamten Straßenbauarbeiten planmäßig.

Bei der Planung der Schmuckelemente der Straße in Form von Hausnummern, Straßenschildern entbrannte zwischen dem Stadtbezirk und dem BfS erneut eine Auseinandersetzung, da das BfS die Entwürfe des Stadtbezirksarchitekten lediglich als Studie für die Auftragsvergabe verwendete und mit eigenen Vorstellungen ergänzte. Das BfS vergab den Auftrag direkt an den VEB Schilderwerk Beutha. Dabei wurde die Lage der Pfeile, der Ziffern und die Größe des Schildes ohne sachliche Begründung sowie ausdrückliche Hinweise auf historische Vorbilder geringfügig überarbeitet. Es wiederholte seine Machtdemonstration und nahm lediglich minimale Änderungen vor.

Für die Beleuchtung der Husemannstraße wurden nur neun einarmige Laternen geplant. Der Stadtbezirk bestellte im Rahmen der 750-Jahrfeier aber mehr. Vermutlich waren sie für die restliche Husemannstraße reserviert, deren Rekonstruktion erst später vorgesehen war. Dadurch war die Versorgung für das Rekonstruktionsgebiet mit Laternen gewährleistet.

Die Entscheidung über die Aufstellung der Litfaßsäulen fiel erst ein Jahr vor der 750-Jahrfeier. Eine Errichtung von ausrangierten historischen Säulen aus anderen Bezirken wurde einer Reparatur vorhandener Säulen vorgezogen.⁸⁷⁵ Die Farbgebung der Säule und die Aufteilung der Annoncierflächen wurden vom BfS detailliert vorgegeben. Inwiefern diese dem ursprünglichen Zustand entsprachen, konnte nicht überprüft werden, da der Ursprung der eingesetzten Säulen nicht bekannt war und eine vollständige Begründung bei der Entscheidung nicht vorlag.

Zur Komplettierung des historischen Ensembles beabsichtigte das BfS die Aufstellung von zwei Wasserpumpen.⁸⁷⁶ Eine Herbeischaffung von Pumpen aus fremden Regionen und Stilepochen (aus Schrottbestand von Wasserwerken außerhalb Berlins) wurde in Erwägung gezogen.⁸⁷⁷ Das BfS bestellte jedoch einen Nachguss und schloss diesen trotz Widerstands vom VEB Tiefbau Berlin und des Ablehnungsbescheids des MAG an die Hauswasserleitung an. Pünktlich zum Stadtjubiläum wurden auch die neuen Straßenmobiliare aufgestellt.⁸⁷⁸

Nach der Konzeption bei der Gestaltung des Arbeitermuseums sollte der „Alltag und damit die kulturelle Leistungsfähigkeit der herrschenden Arbeiterklasse veranschaulicht“⁸⁷⁹ werden. Die Wohnsituationen der Arbeiter in den Küche-Stube-Wohnungen werden jedoch nur durch Fotos gezeigt. Es war eine fragwürdige Vorgehensweise, zur Veranschaulichung proletarischer Lebensweise in einem Arbeitermuseum nicht eine ärmliche Wohnsituation als typische Arbeiterwohnstätte zu zeigen, die sich insbesondere in den Seiten- und Quergebäuden sowie in den Kellerwohnungen befanden.

Die Größe der Musterwohnungen mit Wohn-, Schlafzimmer und Küche und das ausgestellte historische Mobiliar entsprachen auch nicht dem Arbeiterniveau, sondern dem kleinbürgerlichen Niveau.⁸⁸⁰ Ein weiteres Beispiel, in dem erneut die Widersprüche zwischen Konzeption

⁸⁷⁵ vgl. Aktennotiz des BfS vom 08.09.1986. S. 2.

⁸⁷⁶ vgl. Schreiben vom 29.06.1985.

⁸⁷⁷ vgl. Schreiben vom 22.07.1986.

⁸⁷⁸ sh. Abb. Nr. 205, 206, 207, 208, 209 und 210.

⁸⁷⁹ Magistrat von Berlin Abteilung Kultur: Präzisierte Nutzungskonzeption für das Museum für Kulturgeschichte der Berliner Arbeiterklasse. Berlin 1984. S. 2.

⁸⁸⁰ sh. Abb. Nr. 211.

und Präsentation zutage traten. Nach der Wiedervereinigung wurde der Betrieb des Museums eingestellt.

Die Gesamtbilanz der Rekonstruktion in der Husemannstraße war wie folgt:

Die gesamte Durchführung der Rekonstruktionsmaßnahmen in der Husemannstraße wurde durch die wiederholten Konflikte und Machtkämpfe zwischen den Verantwortlichkeiten der einzelnen Behörden qualitativ sehr stark beeinträchtigt. Der Zwang zur Planerfüllung ließ die Chancen nicht zu, die die Rekonstruktion ermöglichte.

Aufgrund des Zusammentragens von einzelnen zusammengesetzten historischen Elementen erhielt das Straßenbild daher das Format einer Ausstellung mit Schwerpunkt auf Sensation statt Originalität. Im Vordergrund stand das Bestreben der Funktionäre, das Objekt mit in die Programme der Berlin-Information als zugkräftige Touristenattraktion einzubeziehen und im Rahmen der 750-Jahrfeier ein Vorzeigeobjekt zu präsentieren. Beispielsweise hat der MAG für die sichtbare Seite (der Bereich der Husemannstraße) aufwändigere Ausführungen vorgesehen als für die Seitenstraße (der Bereich der Sredzkistraße).

Das Resultat war, dass eine neue Gestaltung entstand, die entsprechend der erklärten Zielsetzung einem historischen Vorbild, jedoch nicht dem historischen Zustand der Husemannstraße entsprach – eine unvermeidliche Folge bei der Wiederherstellung eines Altberliner Straßenzuges in modernisiertem Umfeld, wenn keine Institution für den Erhalt des historischen Charakters zuständig war. Das Gesamtstraßenbild zeigte eine Mischung aus alten und neuen Bauteilen, die aus rekonstruierten, interpretierten und imitierten Komponenten nebeneinander aufgestellt wurden. Dies geschah sowohl bei der Gestaltung der Fassaden als auch bei der Aufstellung des Straßenmobiliars.

Die nüchterne Erkenntnis war, dass die Rekonstruktion der Husemannstraße nicht „im Stil der Jahrhundertwende“ erfolgte und das Straßenbild auch nicht in seinem historischen Aussehen wiederhergestellt wurde. Die Husemannstraße erhielt nur „entsprechend ihrem historischen Charakter eine qualitative Aufwertung nach denkmalerschen Gesichtspunkten, die den Bedürfnissen unserer Gesellschaftsordnung entspricht“⁸⁸¹.

⁸⁸¹ Dorothea Krause et al.: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. a. a. O. S. 15.

7.2 Zusammenfassung: Bilanz der Rekonstruktion

In der Geschichte der DDR gab es wiederholt sehr differenzierte und sogar konträre Einstellungen zum Umgang mit der Altbausubstanz. Sowohl eine chronologische als auch eine gebietsspezifische Darstellung wurden bei dieser Untersuchung gewählt, um die Maßnahmen in Bezug zu dem jeweiligen Hintergrund zu setzen und um festzustellen, inwieweit sich die Maßnahmen aufeinander bezogen. Darüber hinaus sollte durch Vergleiche und Gegenüberstellungen geklärt werden, ob es Zusammenhänge oder auch Wechselwirkungen zwischen den gebietscharakteristischen Maßnahmen und den einzelnen Epochen gegeben hatte oder ob solche erkennbar waren. Die komplexen sozialistischen Rekonstruktionsmaßnahmen sind daher auch in Abhängigkeit zu der städtebaulichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Zeit zu bewerten.

Unter komplexer sozialistischer Rekonstruktion verstanden die Politik und die Bauverwaltung der DDR dabei die Durchführung von städtebaulichen Maßnahmen zur Schaffung sozialistischer Wohn- und Lebensbedingungen. Dieser Standard war sowohl durch Erhöhung des Wohnkomforts als auch durch Verbesserung der Funktion und Struktur des Gebietes zu erreichen. Für dieses Ziel sind Instandsetzungsmaßnahmen an den Gebäuden und Modernisierungsmaßnahmen in den Wohnungen durchzuführen. Weiterhin war die Versorgung der Bevölkerung mit sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Läden, Dienstleistungsbetrieben, Gastronomie sowie durch Errichtung bzw. Ergänzung von kulturellen Einrichtungen, gesundheitlichen Einrichtungen und von Grün-, Sport- bzw. Erholungsanlagen zu gewährleisten. Zusätzlich sind die Verkehrsanlagen und die stadttechnischen Ver- und Entsorgungsleitungen im Gebiet zu verbessern.

In den **fünfziger Jahren** wurden die sozial-ökonomischen Grundlagen des Planens und Bauens in der DDR mit dem „Aufbaugesetz“ festgelegt. Diese Festlegung galt sowohl für den Bereich Altbauten als auch für Neubauten. Die Inanspruchnahme von Grundstücken durch den Staat für das Bauen im Interesse des Volkes sicherte die materiellen Voraussetzungen für die Durchführung der Bauprogramme. Nach dem Grundsatz 5 der „16 Grundsätze des Städtebaues“ musste bei dem Wiederaufbau und der Stadtplanung „die Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei der Beseitigung der Mängel“ zugrunde gelegt werden. Ein Ansatz zur Erhaltung der Altbausubstanz war damit erkennbar. Die Mängel waren aber nicht konkret definiert, daher war der Abriss von erhaltungswürdigen Gebäuden wie beispielsweise der Stadtschlösser in Berlin oder Potsdam möglich gewesen.

Auf der 1. Baukonferenz der DDR im Jahr 1955 wurde der breite Übergang vom traditionellen zum industriellen Bauen beschlossen. Dies war gleichzeitig der Beginn des industrialisierten Bauens, das für die nächsten Jahrzehnte unaufhaltbar fortschritt. Eine Konzeption für den Umgang mit der Altbausubstanz existierte in diesem Jahrzehnt noch nicht.

Im Bereich des Wohnungsbaues erfolgte zu dieser Zeit parallel der Neuaufbau der damaligen Stalinallee, der als ein „nationales repräsentatives Bauen“⁸⁸² in die Geschichte eingegangen ist als Beispiel einer repräsentativen Magistrale als Wohnstraße, großer gestalteter Straßenzüge städtischen Wohnungsbaus im zentralen Bereich der Stadt, die durch das sowjetische Vorbild geprägt wurde, um die Architektur des Sozialismus von der des Kapitalismus abzugrenzen, zu differenzieren und abzuheben. In dieser Phase herrschte „die Architektur

⁸⁸² Frank Werner. a. a. O. S. 29.

der nationalen Tradition“⁸⁸³, die aber durch den schnellen Übergang zum industriellen Bauen keine Zeit hatte, sich zu entfalten und fast zeitgleich mit dem „Entstalinisierungsprozess“ Anfang der 60er Jahre endete.

Die **sechsziger Jahre** waren von den Großbaustellen mit ihren vielgeschossigen Großplattenbauten (als Scheiben- und Punkthäuser) geprägt. Der Einsatz von industriell vorgefertigten Großtafelbauelementen setzte sich mit typisierten Gebäuden durch. Ein Paradebeispiel war der Teil der Karl-Marx-Allee zwischen Straußberger Platz und Alexanderplatz. Der Schwerpunkt der Bautätigkeiten lag in dieser Epoche eindeutig bei der Errichtung von Neubauten. Zu diesem Zweck erfolgten großflächige Abrisse in der Innenstadt, die sich verheerend auf deren Bausubstanz auswirkten. Zum einen war damit die Abkehr von den Werten der Altstadt verbunden, zum anderen wurde die Modernisierung der Altbaubestände vernachlässigt und die Altbausubstanz in den Großstädten verfiel durch unterlassene Instandsetzung rasch.

Durch die Errichtung neuer Wohngebiete – sowohl auf freien Flächen vor der Stadt als auch auf großen Abrissgebieten in der Stadt – sollte vermutlich die Aufwertung der Altbauwohngebiete umgangen werden. Die Bilanz des Wohnungsbaues lag Ende der 60er Jahre jedoch deutlich unter dem Sollplan.⁸⁸⁴ Diese Erkenntnis zwang die Partei- und Staatsführung, neue Wege zur Bewältigung der Wohnungsnot zu suchen.

Die Erkenntnis Anfang der **siebziger Jahre** war, dass die Wohnungsproblematik nicht nur durch Neubau bewältigt werden konnte, da die Neubaupolitik bereits an ihre wirtschaftlichen Grenzen stieß. Die Beschlüsse des VIII. Parteitags 1971 und die 10. Tagung des ZK der SED 1973 gaben damit die Marschrichtung der kommenden Jahre für den Wohnungsbau vor und zwangen die Verantwortlichen zum Umdenken.

Eine Wende in der Städtebaupolitik wurde eingeleitet: intensive Stadterneuerung mit Schwerpunkt auf Instandsetzung und Modernisierung der vom Verfall bedrohten Altbausubstanz statt extensiver Stadterweiterung mit hohen Erschließungskosten. Es handelte sich um den Beginn der komplexen Rekonstruktionsmaßnahmen, ergänzt durch Lückenschließungen. Zwangsläufig liefen zunächst die Planungen mit den Großbauprojekten parallel weiter, da die gesetzgebenden Organe nach der Wende in der Baupolitik nicht schnell genug reagierten, um eine gesetzliche Grundlage für die Umsetzung der neuen Idee zu schaffen. Dazu kam, dass trotz des fortgeschrittenen Verfalls der Altbausubstanz die notwendigen spezifischen verwaltungs- und bautechnischen Instrumentarien für Rekonstruktionsmaßnahmen nicht schnell genug entwickelt wurden.

Der Neubau wurde folglich weiterhin intensiv durchgeführt. Aus dem Grund liefen parallel zwei unterschiedliche Bauaktivitäten in dem „ehemaligen Ost-Berlin“. Die Neubauten auf großen Flächen und die Rekonstruktion in innerstädtischen Wohngebieten.

„Seit Jahren gibt es gedankliche und in der Praxis geübte saubere Trennung:

- hier: Neubau auf freier Fläche, inzwischen technologisch perfektioniert (das, was wir können, was wir heute, gegenwärtig, täglich immer noch mit Schwerpunkt tun)

⁸⁸³ Bruno Frierl: Gebaute DDR. a. a. O. S. 9.

⁸⁸⁴ vgl. Kapitel 3.1. S. 31.

- dort: Erneuerung, Variation, Ergänzung vorhandener innerstädtischer Strukturen, technologisch noch längst nicht beherrscht (das, was vor uns steht, was wir morgen mit Sicherheit tun müssen).⁸⁸⁵

Am Ende dieses Jahrzehntes wurde schließlich das Gesetz zum Abrissverbot erlassen. In seiner Durchführungsbestimmung⁸⁸⁶ wurde entschieden: „Gebäude und bauliche Anlagen der Bauzustandsstufe 1 und 3 [...] grundsätzlich nicht abzureißen. [...] Bereits erteilte Genehmigungen zum Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen sind unwirksam, sofern mit dem Abriss nicht schon begonnen wurde. Die Genehmigung ist [...] neu zu beantragen.“⁸⁸⁷

In den **achziger Jahren** ermöglichte das neue Gesetz die umfassende Umsetzung der Rekonstruktion, indem die Durchführung mit Parteibeschlüssen und Gesetzen untermauert wurde. In dieser Dekade wurden die Bauaktivitäten im Bereich der Rekonstruktion in der „Hauptstadt der DDR“ aus mehreren Gründen forciert. Das Stadtjubiläum, der Ausbau der Hauptstadt und der Abschluss des Wohnungsbauprogramms waren die wichtigsten Anlässe und dafür wurden Baukombinate aus anderen Bezirken in die Hauptstadt delegiert.

Durch Entscheidungen des Politbüros⁸⁸⁸ waren die „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR“ u. a. wie folgt definiert: „Der Städtebau wird in den kommenden Jahren zunehmend dadurch gekennzeichnet sein, dass [...] die Flächenausdehnung der Städte sinnvoll begrenzt wird. Dabei erlangt die harmonische Verbindung der neu entstandenen Bauten mit der vorhandenen wertvollen Bausubstanz immer größere sozialökonomische und kulturpolitische Bedeutung. Der liebevollen Pflege des Stadtzentrums mit seinem Ensembles und historischen Gebäuden, mit seinen den Bürgern vertrauten Straßen und Plätzen gebührt dabei besondere Aufmerksamkeit. [...] Die Nutzung von Standorten innerhalb der Stadt bietet gegenüber den Bauten an der Peripherie oft erhebliche Vorteile. Dadurch kann in vielen Fällen auf den Bau neuer Anlagen und Netze [...] für den städtischen Nahverkehr, für die Energie und Beheizung sowie für die Be- und Entwässerung verzichtet werden.“⁸⁸⁹

In dieser Dekade wurden die Bauaktivitäten im Bereich der Rekonstruktion in der „Hauptstadt der DDR“ aus mehreren Gründen forciert. Das Stadtjubiläum im Jahr 1987 war der wichtigste Anlass und daher wurden Baukombinate aus anderen Bezirken in die Hauptstadt delegiert.

Betrachtet man die gesamte Ära Honecker, dann wurde die Bewertung und Behandlung der Altbausubstanz in erster Linie durch politisch-ideologische Aspekte entschieden. Die Rekonstruktion sollte demnach zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen dienen. Folglich konnte „jede Verzögerung [...] von den Bürgern als eine mangelnde Beteiligung an der gesellschaftlichen Entwicklung ausgelegt werden. Da Altbauwohngebiete oft Arbeiterviertel sind, wäre ein solcher Vorwurf besonders schwerwiegend.“⁸⁹⁰ Das Leitbild der Rekonstruktion lautete demzufolge, „sowohl die funktionelle Verbesserung zu erreichen

⁸⁸⁵ Hilmar Bärthel. a. a. O. S. 369.

⁸⁸⁶ Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Planung, Vorbereitung und Durchführung von Folgeinvestitionen vom 18.09.1979. Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen. Gesetzblatt der DDR, Teil 1, Nr. 34 vom 19.10.1979.

⁸⁸⁷ dito. § 2 und § 9.

⁸⁸⁸ Beschluss des Politbüros des ZK der SED und des Ministerrats der DDR vom Mai 1982. In: Neues Deutschland vom 29.05.1982.

⁸⁸⁹ dito.

⁸⁹⁰ Ludwig Deiters: Der Beitrag der ZFG Rekonstruktion des BdA/DDR zur Umgestaltung der Altbaugebiete. In: Architektur der DDR 09/1975. S. 519.

als auch zugleich ästhetische Werte wiederzugewinnen⁸⁹¹. Die Werterhöhung der Altbau- substanz in zweifacher Hinsicht war demnach als Aufgabenstellung der Rekonstruktion zu betrachten.

Andererseits befasste sich die Wirtschaft mit den Kosten und mit der Produktivität des Bau- wesens. Ein Vergleich der lohnintensiven Rekonstruktionskosten mit den Neubaukosten, die hohe Erschließungskosten somit Materialkosten beinhalten, ist aber nicht möglich, da Lohn- und Materialkosten nicht vergleichbar sind. Auch die unterschiedlichen Bauunterhaltungskosten der Bausubstanz müssen berücksichtigt werden. Aus der Sicht der Produktivitätsberechnung beanspruchte die Rekonstruktion weniger Material sowie Produkte und somit auch weniger Energie. Je nach Betrachtungsweise kann dieser Tatbestand entweder als positiv oder als negativ gesehen werden.

Die Zielsetzung der Rekonstruktion war die Schaffung sozialistischer Wohn- und Lebensbe- dingungen. Diese beschränkten sich nicht nur auf die Wohnung, beinhalten u. a. auch die Erhaltung und den Ausbau vorhandener bzw. die Errichtung fehlender sozialer und gesell- schaftlicher Einrichtungen. Diese gehören zum Flair eines Altbauwohngebietes, da die Re- konstruktionsgebiete überwiegend Mischgebiete waren. Zur weiteren Verbesserung der Wohnqualität und -hygiene wurde darüber hinaus die Auslagerung der störenden Betriebe als zwingend notwendig betrachtet.

Eine umfangreiche Ausstattung des Wohngebietes mit den notwendigen sozialen und ge- sellschaftlichen Einrichtungen war vor allem in mehrfacher Hinsicht problematisch. Ein Grund lag darin, dass die Erfüllung der Quantitätsforderungen des Wohnungsbauprogramms die Bevölkerung direkt tangiert und sie persönlich traf. Daher stellte die Errichtung neuer Woh- nungen eine sozialpolitische Aufgabe ersten Ranges dar. Die dabei eventuell entstandene Überschreitung des Gesamtaufwands im komplexen Wohnungsbau konnte nach Einschät- zung der Verantwortlichen zu Folge haben, „dass die Mittel, die für die gesellschaftlichen Bauten bzw. Freizeit- und Erholungsanlagen vorgesehen sind, dann fehlen“⁸⁹².

Das Fehlen einiger sozialer und gesellschaftlicher Einrichtungen wie Dienstleistungsbetriebe und Erholungsflächen würde jedoch von den Bewohnern des Gebietes nur indirekt als negativ empfunden, da eine entsprechende Einrichtung sich in der Regel – auch wenn nicht in unmittelbarer Nähe – doch im Umkreis ihres Wohnortes befand. Im Gegensatz dazu hätte das Fehlen von Wohnungen folgeschwere Auswirkungen für die Staats- und Partei- funktionäre.

Die Errichtung von gesellschaftlichen Einrichtungen im innerstädtischen Bereich war mit wei- teren Schwierigkeiten verbunden, da diese häufig durch Typenbauten erfolgte. Zur Aufstel- lung industriell vorgefertigter Bauteile für mehrgeschossige Typenbauten waren aber der Einsatz und die Aufstellung von Großgeräten vor Ort erforderlich, die in der damaligen Zeit nur in sehr geringer Anzahl vorhanden waren und vorzugsweise für große Neubauprojekte vorgesehen war.⁸⁹³ Zusätzlich waren größere Lager- und Stellflächen für diese Geräte erfor- derlich, um einen reibungslosen Bauablauf zu gewährleisten. Im Gegensatz zu Neubaukom- plexen am Stadtrand boten die innerstädtischen Wohnbereiche diese Flächen aber nicht.

⁸⁹¹ dito. S. 520.

⁸⁹² Ule Lammert: Die Aufgaben des Städtebaues zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms bis 1990. In: Archi- tektur der DDR. 03/1975. Teil 1. S. 139.

⁸⁹³ Gewonnene Erkenntnisse nach Gesprächen mit Herrn Siegfried Kress und Herrn Heinz Krause.

Sogar für die „normalen“ komplexen Rekonstruktionsarbeiten der Wohnungen mussten ganze Straßenbereiche gesperrt werden.⁸⁹⁴ Dadurch war im innerstädtischen Bereich nur die Errichtung von eingeschossigen Typenbauten möglich.

Diese Typenbauten wurden nur für eine bestimmte Funktion konzipiert. Bei dem damaligen Angebot war eine Kombinationsmöglichkeit durch unterschiedliche Bausysteme nicht möglich. Aus diesem Grund wurden „für den Städtebau [...] Lösungen, die miteinander und mit den Wohngebäuden kombinierbar sind“⁸⁹⁵, gefordert. Diese Forderung konnte die Bauindustrie nicht erfüllen. Dafür mussten die vorgefertigten Elemente universell anpassbar und rentabel anwendbar sein. „Sie müssen darum relativ kleinteilig konzipiert, in Variationen bestellbar und mit handwerklichen Baumethoden kombinierbar sein.“⁸⁹⁶ Typenbauten, die sich optisch harmonisch in die Wohngebäude einfügen und zusätzlich auch kompatibel sind, d. h. sich auch aufeinander bauen ließen, existierten nicht.

Die Vereinheitlichung im Bereich der gesellschaftlichen Einrichtungen erfolgte nicht, dagegen entwickelte die Bauindustrie typisierte Gebäude. „Die Kaufhalle, der Kindergarten mit der Kinderkrippe und die Schule. Mehr wurde nicht benötigt und erst später traten die Turnhalle und (weitaus seltener) die Volksschwimmhalle dazu.“⁸⁹⁷

Eine Standardlösung bot die Unterbringung der kleineren sozialen Einrichtungen im Erdgeschossbereich eines vorhandenen Gebäudes. Diese Lösung war beispielsweise nur für Arztpraxen sowie kleinere Läden geeignet, nicht für die HO-Läden bzw. Kaufhallen der DDR, vergleichbar mit einem erweiterten Supermarkt. Aufgrund des großen Platzbedarfs für Lieferung und Parkplätze war eine Unterbringung für diese Einrichtungen problematisch: Eine entsprechende Freifläche musste entweder bereits vorhanden sein oder erst durch Abrisse mehrerer Gebäude geschaffen werden.

Letztendlich bestimmten nicht nur das Wohnen und das Vorhandensein von sozialen und gesellschaftlichen Einrichtungen die Qualität des Wohngebietes. Entscheidend war auch die Gestaltung der Erholungsflächen, in Form von Grün-, Sport- und Spielflächen. Nur selten existierten bereits Freiflächen, die für diesen Zweck zur Verfügung standen, kleinere Flächen konnten durch Entkernungen geschaffen werden.

Ausschlaggebend für das Wohlbefinden der Bewohner in ihrer Wohnumwelt war in vielen Fällen das äußere Bild des Wohngebietes und hier auch künstlerisch gestalteten Gegenstände an den Häusern, auf den Straßen und in den Grünanlagen. Diese Kunstgegenstände konnten im weitesten Sinne auch als soziale Einrichtungen betrachtet werden, indem sie die Identifikation der Bürger und ihre Verbundenheit mit dem Wohnort stärken. Diese Kunstaussstattung war freilich eher selten, und ihr Zustandekommen war in vielen Fällen von besonderen Finanzierungsmitteln aus dem Kulturbereich abhängig.

Die Zielsetzung, sozialistische Wohn- und Lebensbedingungen in diesen Altbaugebieten durch Rekonstruktionsmaßnahmen zu schaffen, wird erst erreicht, wenn alle diese Aspekte sowie Verbesserungen der stadttechnischen Maßnahmen im Bereich des Verkehrs, der Ver-

⁸⁹⁴ Beispiel: Antrag auf Vollsperrung der Swinemünder Straße am 25.08.1977 für den Zeitraum von 01.01. – 31.12.1978 von VEB Baureparaturen Mitte an KPK. „Um ein Arbeiten in 3 Fließstrecken, einen reibungslosen Baustellentransport und die Lagerung von umfangreichen Materialien zu garantieren.“

⁸⁹⁵ Ule Lammert: Aufgaben des Städtebaues zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms bis 1990. a. a. O. S. 139

⁸⁹⁶ Ludwig Deiters: Rekonstruktion von Altbaugebieten. a. a. O. S. 389.

⁸⁹⁷ Frank Werner. a. a. O. S. 37.

und Entsorgung mit Wasser und Energie vollständig zur Realisierung kamen. Mit den vorhandenen technologischen bzw. finanziellen Mitteln konnten diese Ziele, die sehr hoch angesetzt wurde, in vielen Fällen nicht erreicht werden. Das Gesamtergebnis war der Maßstab, an dem eine Rekonstruktion gemessen werden muss.

Folgende Aspekte waren darüber hinaus zu beachten. Die Absicht, das Flair alter Stadtbe-
reiche zu erhalten, bedeutet freilich noch nicht, dass „alles was historisch gewachsen, [...] auch wertvoll sein muss“⁸⁹⁸. Sowohl aus architektonischer als auch aus sozialer Sicht war die Erhaltung historischer Strukturen möglich, indem eine sinnvolle Verflechtung zwischen Altem und Neuem hergestellt wird. Das bedeutete nicht, „den Verzicht in das Alte, das Neue bewusst hineinzutragen [...] oder auf die Einbeziehung einzelner Elemente des Alten in das Neue zu verzichten“⁸⁹⁹. Sowohl die Passion zur Pflege der Tradition als auch die rationale und pragmatische Entscheidung zu modernen Technologien können bei der Rekonstruktion harmonisch und auch im Kontrast parallel durchgeführt werden.

Die städtebauhygienischen Richtwerte der Wohnungsneubaugebiete, die sich in der Regel am Rande der Städte befanden, waren kein Maßstab für eine objektive Beurteilung der innerstädtischen Wohngebiete. Sie sind mit zweierlei Maß zu messen. Die Vergünstigungen, die das Wohnen in der Innenstadt bietet, sind für bestimmte Bevölkerungsgruppen wichtiger und attraktiver als die Vorteile des Wohnens im Umland. Diese Privilegien waren zu erhalten, um der Entwicklung einer lebendigen Stadt zu dienen, „die mit ihrem vielfältigen Angebot unterschiedlicher Wohnformen der Vielfalt differenzierter Wohnbedürfnisse entspricht“⁹⁰⁰.

Daher bestand vor der komplexen Rekonstruktion die Notwendigkeit, den besonderen Charakter des Gebietes vorab gründlich zu analysieren, um eine neue architektonisch-städtebauliche Lösung zu finden. Die Umsetzung dieser hohen Ziele verlangte, „den schöpferischen Meinungsstreit, das Ringen um beste Lösungen zu verstärken und die persönliche Verantwortung der Architekten und Städtebauer stärker auszuprägen“⁹⁰¹. Jedes Altbaugelände hatte in der gewachsenen Stadt, bezogen auf seine historische Gebietsentwicklung, seine spezifische Funktion. Umgekehrt können „neue städtebauliche Erfordernisse [...] die Veränderung von Altbaugeländen erzwingen“⁹⁰². Dieser Aspekt wurde allerdings in den Konzeptionen zu gering beachtet und fand bei der Planung der Rekonstruktion des jeweiligen Gebietes wenig Berücksichtigung.

Nach langjährigem Bauen im Neubaubereich entstand mit der Rekonstruktion eine neue Aufgabe. Aus Unerfahrenheit entwickelten sich die utopischen politischen Zielstellungen ohne die baulichen Mittel und wirtschaftlichen Kapazitäten zu berücksichtigen. Als Paradebeispiel galt die Rekonstruktion am Arkonaplatz, die erste Maßnahme im ehemaligen Ost-Berlin, welche – sehr anspruchsvoll und euphorisch geplant – zum Teil an technischen und ökonomischen Defiziten scheitern musste.

Hier zeichneten sich jedoch bereits die anfänglichen Absichten ab, den historischen Charakter des Quartiers im Zuge einer Rekonstruktionsmaßnahme zu erhalten, auch wenn das Ziel

⁸⁹⁸ Ule Lammert: Städtebauliche Planung der Umgestaltung von Altbaugeländen und Stadtkernen. In: Architektur der DDR 1/1977. S. 24.

⁸⁹⁹ dito.

⁹⁰⁰ Bauakademie der DDR. Plenum der Bauakademie: These 2 der „Grundsätze für die sozialistische Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR.“ Zitiert von Reinhard Malik: Zur Arbeit der Sektion Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR im Jahre 1982. In: Architektur der DDR 7/1983. S. 399 – 400.

⁹⁰¹ dito. S. 399.

⁹⁰² Ludwig Deiters: Der Beitrag der ZFG Rekonstruktion des BdA/DDR zur Umgestaltung der Altbauwohngebiete a. a. O. S. 519

nicht darin bestand, „das ursprüngliche Gründerzeitstraßenbild nachzuempfinden, sondern [...] das heutige Erleben charakteristischer Straßen und Plätze zu unterstützen“⁹⁰³. Es wurde zum Vorbild weiterer Rekonstruktionsmaßnahmen, die in den folgenden Jahren durchgeführt wurden.

Ein besonderes Merkmal der Maßnahme war die Verlegung einiger Hauseingänge auf die Hofseite. „Die Straßen haben dadurch zusätzlich einen Teil ihrer Erschließungsfunktion verloren. Sie wirkten trotz des erhaltenen Straßenprofils und neuer Baumpflanzungen unbelebt.“⁹⁰⁴ Gleichzeitig wurden die Innenhöfe öffentlich zugänglich. Die vorhandenen privaten Grundbesitzverhältnisse wurden de facto unwirksam, der halböffentliche Charakter der Innenhöfe aufgehoben und der Blockinnenbereich zu öffentlichen Räumen deklariert. In den zusammengelegten Hofflächen wurden gemeinschaftliche Einrichtungen errichtet, deren Pflege durch die Mietergemeinschaft erfolgen sollte. Der „Milieucharakter aus Ruhe, Intimität und Bekanntheitsgrad der Nutzer untereinander“⁹⁰⁵ wurde dadurch zerstört. Der soziale Aspekt dieser Maßnahme bestand darin, dass das Verantwortungsbewusstsein gegenüber den entstandenen Gemeinschaftsanlagen – als soziale Einrichtung – gefordert und gefördert wurde. Das Mitbenutzungsrecht wurde mit der Pflicht verbunden, diese Anlage zu pflegen.

Der Erfolg der Rekonstruktionsmaßnahmen am Arkonaplatz lag am Ende nur im Rahmen der vorhandenen technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten und entsprach nicht der ursprünglichen ehrgeizigen Konzeption. Erreicht wurde lediglich eine Korrektur, aber keine wesentliche Verbesserung der städtebaulichen Strukturen – ein Anfang in Richtung der Abschaffung des kapitalistischen Erbes zur Schaffung sozialistischer Wohn- und Lebensbedingungen.

Anhand der Erfahrungen der ersten Rekonstruktionsmaßnahme wurden die Verfahren für weitere Gebiete entwickelt. Von zentraler Bedeutung war, dass beispielsweise bei der Rekonstruktion am Arnimplatz zusätzlich Kostenvergleiche zwischen Modernisierung und Neubau (einschließlich Abriss) durchgeführt wurden. Das Ergebnis der Rekonstruktion erbrachte Kosten je Wohneinheit einschließlich der im Gebiet notwendigen gesellschaftlichen, stadttechnischen und verkehrstechnischen Einrichtungen von ca. 51 % der Erneuerungskosten.⁹⁰⁶ Diese lagen deutlich unter der festgesetzten Höchstgrenze von 70 % der Neubaukosten.⁹⁰⁷ Der ökonomische „Beweis“ für die Wirtschaftlichkeit der generellen Altbaumodernisierung wurde damit erbracht.

Auch für die Fassadengestaltung wurde ein neuer Weg bestritten, der das Ziel hatte, den Gesamteindruck eines geschlossenen Straßenzugs wiederherzustellen, ohne alle Fassaden umfassend zu erneuern oder zu restaurieren. Dazu war es notwendig, eine Gesamtfarb- und Gestaltungskonzeption zu erstellen, die sowohl Abstufungen oder Betonung der Farb- bzw. Stilgestaltung erlaubte.

Andererseits wurde der Arnimplatz zum Experimentierfeld für den Einsatz von technologischen Linien und von vorgefertigten Bauelementen. Die Form der Produktorganisation im Wohnungsneubau ist aber nicht schematisch auf die Rekonstruktion im Altbaubereich über-

⁹⁰³ Jürgen Schechert et al. a. a. O. S. 198.

⁹⁰⁴ Hans Stimann: Vom „Miljö“ zum Milieu. a. a. O. S. 1751.

⁹⁰⁵ Gisela Heun. a. a. O. S. 80.

⁹⁰⁶ sh. „Tabelle der Aufwandsvergleiche“ im Kapitel 6.3. S. 174.

⁹⁰⁷ vgl. Ministerium für Bauwesen: „Richtlinie zur besseren Nutzung des baulichen Grundfonds durch Um- und Ausbau, Modernisierung und Erhaltung“ vom 13.10.1971. S. 3.

tragbar. Für die Modernisierung kann das Taktverfahren nur angewandt werden, wenn die Baufreiheitstermine den jeweiligen Taktterminen entsprechen.

Beim Wohngebäude Driesener Straße 21 wurde die Modernisierung der Nasszellenfertigung durch industrielle Lösungen experimentell geprobt. Alles wurde vorgefertigt und an Ort und Stelle nur noch montiert. Die Modernisierung von Altbauten blieb trotz dieser Experimente jedoch ein Bereich, der überwiegend vom Handwerk abhängig war, und es konnte nicht überall industriell gearbeitet werden. Folglich ist auch der Aufwand für Unvorhergesehenes höher als beim Neubau. Aus diesem Grund kann bei der Modernisierung im Altbaubereich keine Normierung betrieben werden, weder mit Leistungen pro Mann bzw. Stunde noch pro WE/Tag.

Eine weitere Erneuerung der Vorgehensweise war die Dezentralisierung der Planung in kleineren Abschnitten. Damit war die Bereitstellung einer großen Fläche für die Errichtung einer zentralen Baustelleneinrichtung nicht mehr erforderlich. Dadurch konnte eine umfassende Neugestaltung der gesamten Grün- und Freifläche erfolgen. Im Gegensatz zum Arkonaplatz wurden am Arnimplatz deutlich geringere Abrisse vorgenommen. Seit 1979 erfolgten sogar durch gesetzliche Verordnungen gar keine Abrisse mehr.

Die nachfolgenden Rekonstruktionsmaßnahmen, die in den 80er Jahren begannen, wurden durch technische Versuche ebenso dominiert wie durch die Bemühungen, Neubauten mit industriell vorgefertigten Elementen in die Baulücken im Altbaugebiet zu integrieren bzw. vorgefertigte Bauteile im Altbau einzubauen. Es galt die neue Forderung „die Einheit von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung“ zu realisieren. Diese Versuche basieren auf der Zielsetzung, Altes und Neues zu kombinieren. Es ergaben sich aber scharfe Kontraste, die in vielen Fällen kein harmonisches Gesamtergebnis erzeugten.

Probleme tauchten bei der Aufnahme der Bauflucht auf. Die Bewältigung des Problems – durch Drehung der Elemente und dadurch die hofseitige Verlegung der Eingänge – war mit weiteren architektonischen und bautechnischen Nachteilen verbunden. Die Lösung der Problematik der Längenanpassung bei der Lückenschließung mit vorgefertigten Bauteilen verursachte ebenso architektonische Beeinträchtigungen, durch die entstandenen gefangenen Räume in den betroffenen Wohnungen.

Durch die Lückenschließung in der Palisadenstraße mit Fertigteilbauten trat die Disharmonie der Straßenansicht hervor. Altbauten reihten sich neben neu errichteten Wohnhäusern aus vorgefertigten Elementen an. Dabei standen Altbauten mit reich gegliederten Stuckfassaden, Neubauten mit asbestverkleideten Balkonbrüstungen und Altbauten mit Glattputzfassaden nebeneinander. Es entstand ein sehr unruhiges Gesamtstraßenbild. Dagegen war das Ergebnis der Lückenschließung in konventioneller Bauweise aus architektonischer Sicht harmonischer. Die konzeptionellen Irrtümer in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsebenen nahmen den Verlust von historischem Charakter des Gebietes in Kauf.

Im Rekonstruktionsgebiet südlich der Frankfurter Allee wurde eine Lehre aus den vergangenen Fehlern gezogen. Im Gegensatz zum Rekonstruktionsgebiet Palisadendreieck wurde bereits bei der Planung darauf geachtet, „den Neubau und die bestehende Bebauung nicht gegeneinander abzugrenzen, sondern zu einer akzeptablen Einheit zu verbinden“⁹⁰⁸. Die

⁹⁰⁸ Till Dorst. a. a. O. S. 154.

Schließung der Baulücken durch Wohnungsneubauten hatte im Maßstab der Altbebauung zu erfolgen. Die Botschaft war unüberhörbar und das Ergebnis unübersehbar. Zur Harmonisierung des Straßenbildes wurde u. a. die Bauflucht beibehalten und die Höhe der Altbauten als Gesimshöhe der Neubauten aufgenommen.

Die Erdgeschoßhöhe der Altbauten von 4,20 m – in Mischbauweise erstellt – wurde ebenfalls für den Neubau übernommen. Ein wesentlicher Aspekt bei der Neugestaltung waren die Beachtung der Proportionen und der Einsatz der unterschiedlichen Größen der Fenster, um eine variable Einteilung der Fassade zu erreichen. Erker, eingezogene und verglaste Loggien sowie Fassadenrücksprünge ermöglichten eine plastische Gliederung des Straßenbildes. Bei dem Einsatz neuer Technologien wurde aber das Ausmaß der negativen (Rest-)Folgen erst im Nachhinein erkannt und festgestellt, dass „einzelne Neubauten auf zufälligen Lücken [...] jedoch problematische städtebauliche Situationen“⁹⁰⁹ schaffen. Trotz Feststellung dieser Problematik wurde – mit geringfügigen methodischen Korrekturen – entsprechend weiterverfahren, da letztendlich die Erfahrung beim Einsatz neuer Technologien und ihre wirtschaftlichen Vorteile zählten.

Interessant wirkt der Vergleich der Entwicklungen im gesamten Bereich der Karl-Marx Allee und Frankfurter Allee – ehemals Stalin Allee – von dem Wiederaufbau in der 50er Jahren über die Großplattenbauweise in mehrgeschossigen Wohnungsbau der 60er Jahre bis zur Rekonstruktion der 80er Jahre. Die „Magistrale des Ostens“ wurde zum bedeutendsten städtebaulichen Projekt kurz nach dem Krieg im ehemaligen Ost-Berlin erklärt und „von der SED-Führung als erste sozialistische Straße in Deutschland deklariert“⁹¹⁰.

Die komplexe sozialistische Rekonstruktion im ehemaligen Ost-Berlin kulminierte in ihrer politischen Bedeutung im Vorfeld des Stadtjubiläums im Jahr 1987 zu einer Maßnahme, die durch Prestige und Präsentation geprägt war.

Einerseits sollte die Rekonstruktion in der Husemannstraße unter dem Motto „im Stil der Jahrhundertwende“ durchgeführt und eine Altberliner Straße im Arbeiterviertel mit Boulevardcharakter hergestellt werden. Die Rekonstruktion des denkmalwürdigen Straßenzuges erfolgte aber ohne Aufsicht der Denkmalbehörde.

Das Ergebnis zeigte eine Mischung von rekonstruierten, interpretierten und imitierten Stuckfassaden und Straßenmobiliar. Ebenso wurde die EG-Zone „nachgestellt“ und „stilgerecht“ neu gestaltet. Die Läden wurden mit „zusammengetragenen“ historischen bzw. mit stilgerecht nachgebauten Gegenständen ausgestattet. Das Ergebnis entsprach nicht dem historischen Zustand der Husemannstraße, sondern der Straßenzug enthielt lediglich eine Aufwertung entsprechend ihrem Charakter.

Das Beispiel Husemannstraße 16/Sredzkistraße 34 zeigt aber auch, dass diese Parole lediglich für die sichtbare und repräsentative Seite, die Husemannstraße, galt. Für diese Seite waren aufwändigere und kostenintensivere Ausführungen vorgesehen. Im Gegensatz dazu war für die Seitenstraße, die Sredzkistraße, eine Gestaltung in einfacherer Ausführung geplant, weil sich dieser Bereich nicht mehr an der Hauptansichtseite befand.

⁹⁰⁹ Ludwig Deiters: Rekonstruktion von Altbaugebieten. a. a. O. S. 389.

⁹¹⁰ Herbert Schwenk. a. a. O. S. 200.

Andererseits sollten bei dem Wiederaufbau des historischen Stadtkerns im Nikolaiviertel die denkmalwürdige Substanz und das alte Berliner Zentrum entsprechend den funktionellen Forderungen der modernen Zeit repräsentativ umgebaut werden. Gleichzeitig sollte die Aura der Intimität sowie das Charisma des Kiezes erhalten bleiben und dennoch eine faszinierende Synthese zwischen Historie und Präsenz erreicht werden.

Die Ergebnisse der Neugestaltung wurden dagegen durch Kontraste geprägt. Vorhandene Wege behielten ihr Kopfsteinpflaster, und die neuen Straßen erhielten Verbundsteine. Ebenso wurden historische Bauten im Gebiet eingefügt.

Die neuen Wohnungen wurden im Tunnelschalungssystem und Fertigteil-Außenwandplatten errichtet. historische Fassadenelemente, die nie am Ort vorhanden waren, wurden in Montagebauweise eingesetzt.⁹¹¹

Die Grenze zwischen Fantasie und Authentizität, historischen Angleichungen und moderne Technologie vermischten sich. Die politischen Vorgaben und die wirtschaftlichen Forderungen „von oben nach unten“ waren zu dominant. Es bestand ein viel zu geringer schöpferischer Meinungsstreit. Demzufolge wurde in vielen Fällen die persönliche Verantwortung der Architekten und Städtebauer durch Unstimmigkeiten bei der Zuständigkeit der Funktionäre geschwächt. Für diese speziellen Projekte wurden Sonderfonds bereitgestellt, welches den Funktionären mehr Freiheiten im Entscheidungsprozess gaben was diesen ermöglichte, ihren Einfluss auf die Realisierung der Maßnahmen deutlich auszuweiten.

Diese Objekte, die sich als touristische Attraktionen prestigebringend präsentieren sollten, waren technisch sehr aufwändig und wurden nur aufgrund der bevorstehenden Jubiläen – welche diese Projekte legitimieren – gerechtfertigt und durchführbar. Gleichwohl war der Erfolg dieser Projekte trotz der Finanzierungssicherheit und der Akzeptanz der Ergebnisse durch die Bürger höchst umstritten. Diese Rekonstruktionsmaßnahmen, die im Nachhinein insgesamt als experimentelle Projekte bezeichnet werden könnten entwickelten sich zum Schluss als Prestige- und Vorzeigeobjekte. Die Qualität der Ausführung lag über der damaligen Normative. Der Kontrast zu den Nachbarquartieren, die dem baulichen Verfall ausgeliefert blieben, war offenkundig, sodass die Wohnungsbaupolitik insgesamt an Glaubwürdigkeit verlor.

Dieser Tatbestand war auch den politischen Funktionären sehr bewusst. „So gern wir diese Gebiete unseren Gästen mit berechtigtem Stolz zeigen, einen Grundmangel haben sie alle; ihre Realisierung lag an der oberen Grenze unserer volkswirtschaftlichen Möglichkeiten.“⁹¹² „Experimentelle Unternehmungen wie [...] in der Husemannstraße hatten sich als zu aufwendig erwiesen, als dass sie in der Breite wiederholbar gewesen wären.“⁹¹³ Sie waren wirtschaftlich sehr kostspielig und nur durch Sonderfonds realisierbar.

Ein gesondertes Rekonstruktionsprogramm existierte nicht, es war Bestandteil des Wohnungsbauprogramms. Es existieren jedoch Konzeptionen für Rekonstruktionsgebiete zur Schaffung sozialistischer Wohn- und Lebensbedingungen, Konzeptionen zur städtebaulichen Umgestaltung und Rekonstruktion des Wohngebietes sowie städtebauliche Leitplanungen. Diese wurden von den jeweiligen Stadtbezirken erstellt und galten demnach auch nur für die

⁹¹¹ vgl. Maria Berning et.al. a. a. O. S 291 – 292.

⁹¹² Hilmar Bärtel. a. a. O. S. 369.

⁹¹³ Bruno Flierl: Gebaute DDR. a. a. O. S. 10.

einzelnen Rekonstruktionsgebiete. Die einzelnen Stadtbezirke hatten ihre Erfolge aufzuweisen, mussten den Ruhm aber mit dem MAG zu teilen. Andererseits waren die Stadtbezirke sowie die ausführenden Architekten und Stadtplaner für die Misserfolge oder die nicht erreichten Ziele verantwortlich.

In den Erinnerungen der Zeitzeugen bleibt festzustellen, dass es bei den Rekonstruktionsmaßnahmen nur im geringen Maße – und zwar in Detailarbeit – Spielräume zur kreativen Gestaltung jenseits der Planvorgaben für die Architekten gab. Diese mussten in mühsamen und komplizierten Prozessen erstritten werden.⁹¹⁴ Die engagierten Architekten und Stadtplaner trotzten und improvisierten eine Art des friedlichen Widerstands. Zwischen den Stadtbezirksarchitekten und den ausführenden Betrieben entwickelte sich bei der Planerfüllung eine Art „Beziehung der Verbündeten“⁹¹⁵. „Um ein Stück Handlungsautonomie zu bewahren, wurden auch Arrangements mit den Herrschaftsorganen eingegangen und Interessen dadurch zur Geltung gebracht, indem man mit den Zwängen der Planwirtschaft flexibel umging.“⁹¹⁶

„Im Staatssozialismus der DDR mussten alle Bürger auf ein eigenständiges politisches und soziales Handeln verzichten. Folglich war auch für die Arbeit von Stadtplanern und Architekten [...] kein individueller oder auch kollektiver Gestaltungs- und Handlungsspielraum vorgesehen.“⁹¹⁷ „Die da oben ließen denen da unten gewisse Spielräume, griffen rücksichtslos ein, wenn die Kritik zu prinzipiell wurde und womöglich noch in die Öffentlichkeit drang.“⁹¹⁸ Wer es trotzdem wagte, wurde als Klassenfeind deklariert und einige wurden sogar verhaftet und zu Straftätern erklärt.⁹¹⁹

„Versuche, die Spielräume zu erweitern, stießen immer auf Gegenwehr und führten meist zu Konflikten mit Vertretern der Partei, die durchaus auch existenzbedrohend oder zumindest mit der Aufgabe des Berufes enden konnten.“⁹²⁰ Zur Richtigstellung des negativen Rufs und Ansehen der Architekten in der ehemaligen DDR dürfen diese Tatsachen nicht unerwähnt bleiben. Die Misserfolge, die in einigen Bereichen der Rekonstruktion eintraten, können damit nicht den Architekten angelastet werden.

Die Ergebnisse der Rekonstruktion brachten zweifellos für einige Bürger insgesamt eine Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen, wie die zeitgemäße Ausstattung der Wohnungen, die gute Versorgung des Gebietes mit gesellschaftlichen Einrichtungen und die moderne Gestaltung ihres Wohnumfeldes. Dieses Privileg genoss jedoch nur die Bevölkerung der Rekonstruktionsgebiete in der „Hauptstadt der DDR“, auf Kosten der Vernachlässigung anderer Bezirke der Republik. Für eine komplexe sozialistische Rekonstruktion zur Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse der gesamten Bevölkerung reichten die Ergebnisse nicht aus. Sie erfüllten nicht den Anspruch und die hochgesteckten Ziele ihrer jeweiligen Konzeption.

⁹¹⁴ Gewonnenen Erkenntnisse nach Gesprächen mit den Zeitzeugen und den Stadtbezirksarchitekt(Inn)en indem über verschiedene Entscheidungen berichtet wurde.

⁹¹⁵ Frau Hannelore Ruth Kaul und Herrn Heinz Krause berichten in Gesprächen Beispiele anhand ihrer Erfahrungen während ihrer gesamten Tätigkeit als Stadtbezirksarchitekten. Beispielsweise wurden Mehrkosten an der Straßenfassade mit Minderkosten an der Hoffassade ausgeglichen.

⁹¹⁶ Frank Betker. a. a. O. S. 32.

⁹¹⁷ Frank Betker. a. a. O. S. 11.

⁹¹⁸ Bruno Flierl: Gebaute DDR. a. a. O. S. 69.

⁹¹⁹ vgl. Wolfgang Kil: Staatsfeindliche Architektur. Arch+ 1990. Heft 103. S. 62: „Christien Enzmann und Bernd Ettl taten, was Architekten überall in der Welt tun – Pläne erdenken, Entwürfe zeichnen, Aufgabenstellungen ernstnehmen. Aber sie schafften es, damit den Tatbestand der ‚öffentlichen Herabwürdigung‘ zu erfüllen, also gegen einen speziell für unliebsame andersdenkende erfundene Gummiparagraphen des DDR-Strafrechts zu verstoßen. Durch nichts als ihre Arbeit sind zwei Architekten zu politischen ‚Straftätern‘ geworden. Ende 1985 wurden sie zu zwei bzw. drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.“

⁹²⁰ Frank Betker. a. a. O. S. 11.

Die Bilanz über Erfolg und Misserfolg der komplexen sozialistischen Rekonstruktion ergibt damit Folgendes:

Aus (städte-)baulicher Sicht war sie nur teilweise erfüllt, einerseits wegen des Mangels an ausgebildeten Fachkräften⁹²¹ und technischen Kapazitäten,⁹²² andererseits aufgrund der Kompromisse mit den politischen Vorgaben und wirtschaftlichen Forderungen, die bei der Ausführung eingegangen werden mussten. Zu sehr setzten sich sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen Zwänge trotz Bedenken und Kritiken der örtlichen Baubehörde und der direkt Beteiligten durch.

Aus politischer Sicht betrachtet verlief die Rekonstruktion ebenso nur bedingt erfolgreich. Die aus Prestigegründen der politischen Organe entstandenen quantitativen Vorstellungen waren unrealistisch, daher musste der Erfolg vorgetäuscht werden. „Quantitäten wurden zuletzt immer wichtiger und die für die Bewohner zu schaffende Lebensqualität trotz aller Beteuerungen [...] faktisch hintangestellt.“⁹²³

Aus wirtschaftlicher Sicht stießen die qualitativen Forderungen bei chronischem Mangel an Materialien⁹²⁴ und knappen Ressourcen an ihre Grenzen. „Knapp waren diese in der Geschichte der DDR zu jedem Zeitpunkt.“⁹²⁵ Dadurch wurde die Möglichkeit, die eine Rekonstruktion bot, reduziert.

Für die Misserfolge wurden keine offiziellen Gründe genannt und keine Stellung dazu genommen. Eine objektive Bilanz der geplanten und realisierten Maßnahmen sowie kritische Bewertung der Ergebnisse war systembedingt nicht zu erwarten. Nur die teils guten Ergebnisse wurden hochgelobt. Eine exakte Analyse der einzelnen Bereiche wurde dadurch erschwert. Die hier vorgestellten Schlussfolgerungen basieren auf Gesprächen mit Zeitzeugen und auf der Analyse der unterschiedlichen Projekte.

Daraus ergibt sich für die komplexe sozialistische Rekonstruktion, wie sie in Berlin und auch in anderen Städten angestrebt wurde, das Folgende:

Unter quantitativen Aspekten wurden die Vorgaben gemäß den Festlegungen der Parteitage für den Stadtbezirk Berlin von 1971 – 1990 konkret definiert. Im ehemaligen Ost-Berlin waren rund 115.000 Wohnungen zu modernisieren, um- bzw. auszubauen⁹²⁶.

Nach den Statistischen Jahrbüchern wurden von 1971 bis 1989 5.351 Wohnungen um- oder ausgebaut und 103.737 Wohnungen modernisiert, insgesamt wurden 109.088 Wohnungen bearbeitet.⁹²⁷

⁹²¹ vgl. Walter Krüger. a. a. O. S. 939.

⁹²² vgl. Bruno Flierl: Gebaute DDR. a. a. O. S. 56.

⁹²³ Frank Betker. a. a. O. S. 20.

⁹²⁴ vgl. Rolf Kühnert. a. a. O. S. 167.

⁹²⁵ Siegfried Grundmann. a. a. O. S. 323.

⁹²⁶ sh. Kapitel 3.3. Addition der fertigzustellenden Wohnungen gemäß Parteibeschlüsse für die Jahre 1971 – 1990.

⁹²⁷ vgl. nachfolgende Tabelle aus den Statistischen Jahrbüchern von 1972 – 1990.

Eine Übersicht zeigt die folgende Tabelle:

Fertiggestellte Wohnungen im ehemaligen Ost-Berlin			
Jahr	Neubau	Um-und Ausbau	Modernisierung
1971	5.340	1.491	74
1972	15.427	1.518	1.350
1973	6.113	1.300	2.025
1974	7.480	1.042	2.578
1975	8.665		3.671
1976	9.632		4.649
1977	10.430		4.562
1978	10.992		5.490
1979	12.676		5.039
1980	12.393		5.565
1981	13.454		6.055
1982	13.661		7.173
1983	13.637		8.145
1984	14.203		9.305
1985	24.079		9.322
1986	23.936		9.048
1987	18.879		9.030
1988	20.081		10.026
1989	14.867		630
Insg.	255.945	5.351	103.737

Scheinbar wäre damit das Ziel erreicht. Gleichwohl bleiben Zweifel. In den Jahrbüchern bis 1988 werden jedes Jahr vier- bis fünfstellige Zahlen von modernisierten Wohnungen publiziert. Im Jahrbuch von 1990, das nach der Wiedervereinigung herausgegeben wurde, erscheinen dann nur noch 630 Wohnungen, weit weniger als ein Zehntel der bis dahin angeblich jährlich fertig gestellten Wohnungen. Daraus ergeben sich im Rückschluss deutliche Zweifel an den Statistiken der Jahre bis 1988.

Aus qualitativer Sicht betrachtet bildete die Rekonstruktion im ehemaligen Ost-Berlin keine wirklich komplexe Maßnahme, da sie nicht flächendeckend in der „Hauptstadt der DDR“ erfolgte, um die Qualitäten der Wohnbedingungen in allen Altbauwohngebieten denen der Neubaugebiete anzunähern. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass der Beschluss für die einzelnen Gebiete zwar durch soziale Aspekte begründet wurde, die Entscheidungen über die durchzuführenden Maßnahmen aber auf politischen Motiven basierten.

Die ausgewählten Rekonstruktionsgebiete waren Vorzeige- sowie Experimentierobjekte oder sie befanden sich in politisch-strategischer Lage bzw. in der Nähe der „Staatsgrenze“. Weiter reichende Rekonstruktionsmaßnahmen scheiterten an den ökonomischen Rahmenbedingungen. In den Genuss der Rekonstruktionsmaßnahmen kamen in Berlin jedoch nur einige bevorzugte Gebiete auf Kosten anderer Bezirke, die ihre Baukombinate an Berlin abgeben

mussten. Dadurch wurden ihre eigenen Bauvorhaben sowohl im Bereich der Instandsetzung und Modernisierung als auch für den Neubau stark beeinträchtigt.

Die Rekonstruktion war auch nicht sozialistisch, da die Maßnahme zur Schaffung sozialistischer Wohn- und Lebensbedingungen⁹²⁸ nicht für die gesamte Bevölkerung galt, somit ungerecht verteilt blieb. Die Ergebnisse zeigen, dass trotz ernsthafter Planungen nicht alle Bevölkerungsgruppen von den Ergebnissen profitierten.

Die Interessen von Familien mit Kindern wurden gegenüber der Seniorengruppe bevorzugt. Die produzierende Bevölkerungsschicht genoss im Arbeiter- und Bauernstaat mehr Privilegien als die Rentner. Bei der Errichtung der gesellschaftlichen und sozialen Einrichtungen werden überwiegend die Bedürfnisse der unteren und mittleren Altersgruppe berücksichtigt. Für die Ruheständler wurden die geplanten altersspezifischen Einrichtungen zur Gestaltung ihres kulturellen Lebens aufgrund fehlender technischer und finanzieller Mittel stark reduziert bzw. gar nicht mehr realisiert.

Letztlich war festzustellen, dass die idealen und zum Teil auch utopischen Vorstellungen der Architekten und Stadtplaner in vielen Fällen in den Hintergrund traten oder sich den quantitativen Vorgaben der Politik sowie den qualitativen Forderungen der Wirtschaft unterordnen mussten – ein Resultat des Gesellschaftssystems und auch ein Ergebnis der Auseinandersetzung über Kompetenzen zwischen den ausführenden Baubehörden mit den Partei- und Wirtschaftsfunktionären.

„Die Industrialisierung des Bauens wurde derart ökonomistisch und technizistisch durchgesetzt, Stadtplaner und Architekten wurden derart subordiniert unter die Leitungshierarchie der industriellen Bauproduktion gebracht. [...] Diese [...] führte nahezu zur gesellschaftlichen Liquidierung von Stadtplanern und Architekten als Berufsstand.“⁹²⁹

Letztendlich ließ „der Zwang zur Planerfüllung in der Wohnungsproduktion [...] keine Zeit, die Chancen wahrzunehmen, die dem Städtebau gegeben sind. [...] Der rigorose Pragmatismus hat schillernde Blüten städtebaulicher Utopie gar nicht erst aufgehen lassen. Er verkürzt alles kreative Denken auf die [...] ‚operative‘ Ebene, auf den täglichen Kampf um diese oder jene Plankennziffer. Außerhalb dieses Horizontes verbleiben [...] die Probleme langfristiger Entwicklung.“⁹³⁰

Das Ergebnis der Rekonstruktion wich von den amtlich deklarierten Angaben ab. Die komplexe sozialistische Rekonstruktion, so wie sie insgesamt konzipiert wurde, hatte ein anspruchsvolleres Ergebnis verdient.

⁹²⁸ sh. Begriffserläuterung im Kapitel 2.2.

⁹²⁹ Bruno Flierl: Berlin baut um. a. a.O. S. 33.

⁹³⁰ Frank Werner. a. a. O. S. 22. S. 24.

7.3 Epilog: Die deklarierten und faktischen Ergebnisse des Wohnungsbauprogramms

Zum Abschluss der Untersuchung muss noch der Frage nachgegangen werden, in welchem Maß die ehrgeizigen quantitativen Ziele des Wohnungsbauprogramms erreicht wurden bzw. zu welchem Grad die Staats- und Parteiführung der DDR mit ihrem Wohnungsbauprogramm erfolgreich war.

Für diesen Zweck wird eine Analyse der Ergebnisse vorgenommen, inwieweit die Statistik zutraf bzw. der Realität entsprach. Anhand der Daten der Statistischen Jahrbücher werden die Angaben zum Wohnungsbau überprüft und untersucht, in welchem Maß die Statistik als Instrument der Partei und dem Staat diene. In dieser Untersuchung werden die Zahlen, die seit dem VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 erfasst wurden, zugrunde gelegt.

Nach den Zahlen des Statistischen Jahrbuches von 1989 wurden von 1971 bis 1988 ca. 3,0 Millionen Wohnungen fertiggestellt (neugebaut und modernisiert).⁹³¹ Demnach würden „nur“ noch 300.000 Wohnungen fehlen, um das anvisierte Ziel zu erreichen, bis 1990 mindestens 3,3 Millionen⁹³² Wohnungen fertigzustellen. Werden die Zahlen der letzten Jahre als Maßstab genommen (von 1984 bis 1988 wurden pro Jahr über 200.000 Wohnungen fertiggestellt) und diese für 1989 und 1990 hochgerechnet, dann würde 1990 die angestrebte Zahl von rund 3,3 Millionen fertiggestellten Wohnungen erreicht worden sein, wenn nicht sogar übertroffen. Mit diesen Zahlen sollte das Erreichen des Ziels suggeriert werden.

In weiser Voraussicht, oder denkbar auch mit dem Bewusstsein, dass die Manipulation der Zahlen der letzten zwei Dekaden nach der Wiedervereinigung aufgedeckt werden würde, legte das Statistische Amt der DDR nach dem Mauerfall in ihrem Statistischen Jahrbuch von 1990 korrigierte Zahlen vor, die weit von den Zahlen von 1989 abwichen. Die große Diskrepanz der Zahlen in beiden Büchern wurde in dem Statistischen Jahrbuch von 1990 damit erklärt, dass die Wohnungsbauzahlen „im vorliegenden Jahrbuch entsprechend der internationalen Methodik“⁹³³ ausgewiesen wurden. „Damit ist die bisher [...] vorgenommene Abrechnung und Veröffentlichung des Wohnungsbaues aufgehoben worden.“⁹³⁴ Nach den neuen Zahlen wurden zwischen 1971 bis 1989 nur ca. 2,0 Millionen Wohnungen fertiggestellt. Diese Zahl entsprach nur ca. 60 % der angestrebten Zahl von rund 3,3 Millionen Wohnungen.

Im Jahrbuch von 1989 wurde bei den fertiggestellten Wohnungen nur zwischen Neubau und Modernisierung differenziert. Im Vergleich dazu wurde im Jahrbuch von 1990 zwischen Neubau, Um- bzw. Ausbau und Rekonstruktion unterschieden. Explizit wurde die Klassifizierung Rekonstruktion im Statistischen Jahresbuch von 1990 erst ab 1983 aufgeführt. Dabei bleibt ungeklärt, inwiefern die von 1983 bis 1989 modernisierten Wohnungen in um-, ausgebauten bzw. rekonstruierten Wohnungen verteilt wurden. Demzufolge müssten diejenigen Zahlen, die nicht den Neubau betrafen sondern die modernisierten Wohnungen, im Jahrbuch vom 1989 mit den Zahlen der um- bzw. ausgebauten und der rekonstruierten Wohnungen im Jahrbuch vom 1990 miteinander vergleichbar sein.

⁹³¹ sh. Tabelle auf Seite 220.

⁹³² Die Zahl von rund 3,3 Millionen Wohnungen bis 1990 setzt sich wie folgt zusammen: Gemäß Beschluss des VIII. Parteitages waren von 1971 bis 1975 500.000 Wohnungen fertigzustellen. Die 10. Tagung des ZK der SED am 02.10.1973 beschloss von 1976 bis 1990 die Fertigstellung von 2,8 bis 3,0 Wohnungen. Die Addition ergab eine Zielvorgabe von mindestens 3,3 Millionen Wohnungen.

⁹³³ Statistisches Jahrbuch der DDR 1990. S. 191.

⁹³⁴ dito. Sie basiert auf der Analyse Auswertung der DDR-Statistik und auf Vergleichen mit „nicht geschönten“ statistischen Datenmaterialien, die nach der Wiedervereinigung erstellt wurden.

Dieser Vergleich zeigt eine erstaunliche Differenz für die zwischen 1971 – 1989 fertiggestellten Wohnungen

- Statistik von 1989: 1.243.833*
- Statistik von 1990: 233.224**
- Differenz: 1.010.609

Demzufolge wurden nur 18,75 % der noch 1989 angegebenen Wohnungen fertiggestellt.

Demgegenüber sehen die Zahlen für die im Neubaubereich von 1971 – 1989 fertiggestellten Wohnungen wie folgt aus:

- Statistik von 1989: 2.015.959 *
- Statistik von 1990: 1.809.302
- Differenz: 206.607

Demzufolge wurden 89,75 % Wohnungen der 1989 aufgeführten Wohnungen fertiggestellt.

* Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen durch Modernisierung bzw. Neubau für das Jahr 1989 wurde, analog zu den in der Statistik angegebenen Zahlen, für die Jahre 1987 und 1988 auf 100.000 moderat hochgerechnet.

** Addition von 160.139 um- bzw. ausgebauten und 73.085 rekonstruierten Wohnungen.

Eine Übersicht der „fertiggestellten“ Wohnungen zeigen die folgenden Tabellen.⁹³⁵

Nach statistischem Jahrbuch von 1989				Nach statistischem Jahrbuch von 1990				
Jahr	Insgesamt	Neubau	Modern.	Jahr	Insgesamt	Neubau	Um/Ausb.	Rekon.
1971	86.777	65.021	21.756	1971	76.020	64.911	11.109	-
1972	117.026	69.552	47.474	1972	85.901	69.552	16.349	-
1973	125.769	80.725	45.044	1973	96.218	80.725	15.493	-
1974	138.301	88.312	49.989	1974	102.468	87.530	14.938	-
1975	140.793	95.976	44.817	1975	107.347	95.133	12.214	-
1976	150.617	103.091	47.526	1976	111.158	99.558	11.600	-
1977	162.745	106.826	55.919	1977	113.846	103.278	10.568	-
1978	167.799	111.909	55.890	1978	114.173	104.641	9.532	-
1979	162.743	117.355	45.388	1979	110.446	101.188	9.258	-
1980	169.223	120.206	49.017	1980	111.933	102.209	9.724	-
1981	185.350	125.731	59.619	1981	120.545	110.916	9.629	-
1982	187.053	122.417	64.636	1982	117.375	110.823	6.552	-
1983	197.221	122.636	74.585	1983	118.592	107.258	4.396	6.938
1984	207.034	121.654	85.380	1984	117.470	103.655	3.555	10.260
1985	212.222	120.728	91.494	1985	115.722	99.129	3.432	13.161
1986	215.690	119.335	96.355	1986	116.545	100.067	3.367	13.111
1987	214.186	113.974	100.212	1987	109.754	91.896	3.302	14.556
1988	219.243	110.511	108.732	1988	104.666	93.472	2.747	8.447
1989*	200.000	100.000	100.000	1989	92.347	83.361	2.374	6.612
	3.259.792	2.015.959	1.243.833		2.042.526	1.809.302	160.139	73.085

*Eigene moderate Hochrechnungen entsprechend vorangegangenen Tendenzen.

⁹³⁵ vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1989 S. 168 und Statistisches Jahrbuch der DDR 1990 S. 198.

Zum Begriff „fertiggestellt“ darf der Tatbestand nicht unerwähnt bleiben, dass bei einer Modernisierung, Rekonstruktion sowie bei einem Um- und Ausbau de facto kein neuer Wohnraum bzw. keine neue Wohnung geschaffen wurde. Wird dieser fragwürdige Begriff trotzdem übernommen, so ist es ein Faktum, dass nach dem Statistischen Jahrbuch von 1990 bis 1989 nur 2.042.526 Wohnungen statt der angegebenen 3.259.792 Wohnungen „fertiggestellt“ wurden. Im Bereich der Modernisierung, Aus- bzw. Umbau und Rekonstruktion betrug dadurch die Differenz 1.010.609 Wohnungen, im Bereich des Neubaus dagegen waren es „nur“ 206.607 Wohnungen.

Was war laut Statistik unter „fertiggestellte Wohnungen“ zu verstehen? Um die Bedeutung der damals verwendeten Terminologie nachvollziehen zu können, ist zunächst eine ausführliche Erläuterung der einzelnen Begriffe notwendig. Nach den Statistischen Jahrbüchern bis 1989 fielen unter diesen Begriff sowohl neugebaute Wohnungen als auch modernisierte Altbauten.

Erstens ist die Erläuterung der Definition „Wohnung“ nach dem damaligen Verständnis notwendig. Eine Differenzierung zwischen kleiner und großer Wohnung wurde nicht vorgenommen. Der Versuch war dadurch möglicher Weise vorhanden mehr kleinere Wohnungen zu errichten um die Zahl der fertigzustellenden Wohnungen zu erreichen. Die Anzahl der Wohnungseinheiten wurde auf die Ziele ausgerichtet, so dass dadurch die Zahl der Räume pro gebaute WE lieber geringer gehalten wurde, als größere Wohnungen zu bauen.

Ein weiterer Faktor war, dass seit 1974 jeder neu geschaffene Heimplatz in einem Feierabend-, Pflege- oder Wohnheim für ältere Bürger als eine komplette Wohnung deklariert wurde.⁹³⁶ Die Voraussetzung war, dass in dem Heim eine Pflegestation eingerichtet war, ausgestattet mit Aufzug, Beschäftigungsräumen und einer Schwesternstation. Mit neuen Einfällen versuchten die Parteifunktionäre die Zahl der fertiggestellten Wohnungen statistisch zu schönen. Seit 1978 wurden zusätzlich noch die Unterbringungsplätze, die in den Arbeiterwohnheimen entstanden, als Wohnung erfasst.⁹³⁷ Damit erfolgte eine weitere fragwürdige Erweiterung der Bezeichnung von „Wohnung“ zugunsten der Statistik, die politisch willkommen oder sogar gewollt war.

Zweitens ist eine Klarstellung des Begriffs „fertiggestellt“ erforderlich. Die Altbwohnungen wurden von der Bauakademie der DDR im Jahre 1973 in drei Kategorien unterteilt.⁹³⁸ Die erste Stufe erhielt einen sehr einfachen Standard. Es reichte aus, wenn sie mit Wasseranschluss, Herd, Spüle, kleinem Wassererhitzer, Innen-WC, Waschbecken und Ofenheizung ausgestattet war.

Die anderen Kategorien wurden wie folgt definiert:

- Kategorie II:
Mindestausstattung der Kategorie I plus Dusche oder Bad sowie Kohlebadeofen oder großem Wassererhitzer.
- Kategorie III:
Mindestausstattung der Kategorie II plus komplette sanitäre Einrichtungen und moderne Heizungsanlage

⁹³⁶ vgl. Hansjörg F. Buck: Mit hohem Anspruch gescheitert. a. a. O. S. 334.

⁹³⁷ vgl. Joachim Tesch. a. a. O. S. 35.

⁹³⁸ vgl. Kapitel 2.2. S. 23.

Eine Wohnung galt als modernisiert, wenn sie nach einer Umbaumaßnahme in ihrer Grundausstattung mindestens um eine Stufe erhöht wurde.

Gravierende Mängel in der ersten Kategorie waren der mögliche Erhalt der Ofenheizung, das Fehlen von Bad/Dusche in der Wohnung und die nicht ausreichende Versorgung mit Strom. Insbesondere hinsichtlich der Versorgung mit Telefonanschlüssen blieb die DDR auf dem „Niveau eines Entwicklungsland“⁹³⁹. Nach dieser Aufteilung hätten aus heutiger Sicht nur die Wohnungen, die nach der höchsten Kategorie modernisiert wurden, das Attribut „modernisierte Wohnung“ verdient, da sie mit Bad/Dusche sowie moderner Heizungsanlage ausgestattet und daher mit dem Neubaustandard vergleichbar waren. Die Instandsetzungsmaßnahmen blieben in dieser Kategorie unberücksichtigt. Damit reichte ein geringer Aufwand aus, um eine Altbauwohnung mit sehr niedrigem Ausstattungsstandard zu „modernisieren“ und sie dann nach damaliger statistischer Zählmethodik als eine „fertiggestellte“ Wohnung zu deklarieren.

Die Durchführung der Instandsetzungsmaßnahmen an den Altbauten hingegen spiegelten sich in den Erzeugnislinien⁹⁴⁰ wider, wie z. B. die Erzeugnislinie Dach, Fassade, Wohnung und Treppenhaus, Keller und Außenanlage, welche getrennt von den Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen waren. Eine Berücksichtigung der notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen bei den einzelnen Modernisierungskategorien erfolgte erst seit 1981.⁹⁴¹ Seitdem wurde die Modernisierung mit Instandsetzungsmaßnahmen und unter Einbeziehung der Umgestaltung der Erdgeschosszone und der Außenanlage in vier Modernisierungskategorien unterteilt.

Ein gemeinsames Schreiben von der staatlichen Plankommission und dem Ministerium für Bauwesen verursachte eine Veränderung der Statistik im Neubaubereich. Darin wurde festgelegt, dass „zur Sicherung einer einheitlichen Abrechnung des Wohnungsbauprogramms [...] die durch Um- und Ausbau gewonnenen Wohnungen zu erfassen und entsprechend ihrer Wohnungsqualität als Neubauwohnung abzurechnen“⁹⁴² waren. Diese Festlegung diente lediglich dazu, um die hohe Planzahl der Neubauten zu erfüllen. Trotzdem waren diese Wohnungen „in den internen Statistiken weiterhin gesondert zu erfassen“⁹⁴³ und dadurch entsprachen die Abrechnungsmodalitäten nicht der gesamten Statistik. Unerklärlich blieb, wie mit dem Begriff „die durch Um- und Ausbau gewonnenen Wohnungen [...] als Neubauwohnung abzurechnen“ verfahren wurde, da in dem Statistischen Jahrbuch von 1990 trotzdem noch die Differenzierung zwischen „Neubau“ bzw. „Um- und Ausbau“ existierte.

Um die quantitativen Vorgaben zu erfüllen, mussten neue „Erfassungsmethoden“ erfunden werden. Erfolgte in einer Wohnung zuerst der Einbau von Bad/Dusche und im Nachhinein noch die Ausstattung mit Zentralheizung, fand dadurch eine doppelte Buchung dieser Wohnung als „fertiggestellte Wohnung“ statt. Nicht auszuschließen war ein weiterer Eintrag in die Statistik, wenn nacheinander mehrere Maßnahmen der Erzeugnislinien durchgeführt wurden. Ebenso kann eine fertiggestellte Dachgeschosswohnung zweimal in der Statistik erscheinen, wenn sie vorher bereits im Rahmen des Programms zur Instandsetzung der Dächer mit auf-

⁹³⁹ Joachim Tesch. a. a. O. S. 39.

⁹⁴⁰ sh. Abb. Nr. 122.

⁹⁴¹ vgl. Bauakademie der DDR: Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz. Grundregeln. Schriftenreihe der Bauforschung und Baupraxis Nr. 77. Berlin 1981. S. 7.

⁹⁴² „Festlegung über die Erfassung und Abrechnung der durch Um- und Ausbau gewonnenen Wohnungen“ vom 19.06.1979. Bundesarchiv Akten Nr. DV 30/33744.

⁹⁴³ dito.

geführt und diese Wohnung anschließend modernisiert wurde. Zusätzlich bilanzierbare Werte zur Planerfüllung wurden hierdurch geschaffen. „Tatsächlich bestand in den laufenden Berichterstattungen der Baubetriebe und örtlichen Staatsorgane immer wieder die Möglichkeit von Doppelzählungen, wenn einzelne Baukomplexe der Modernisierung zeitlich getrennt durchgeführt wurden.“⁹⁴⁴

Die Legitimation der statistischen Zahlen lieferte jedoch bereits die Direktive des VIII. Parteitages im Jahr 1971. Sie entschied: „500.000 Wohnungen zu schaffen [...] vor allem durch den Neubau sowie durch Modernisierung, Um- und Ausbau“. Anschließend beschloss die 10. Tagung des ZK der SED am 2. Oktober 1973 „2,8 bis 3,0 Millionen Wohnungen in den Jahren 1976 bis 1990 zu bauen bzw. zu modernisieren“. Aus diesen Gründen wurde der fragwürdige Begriff „fertiggestellt“ verwendet und die modernisierten, die um- und ausgebauten sowie die rekonstruierten Wohnungen zu den Neubauten dazugezählt und zusammen als fertiggestellte Wohnungen deklariert.

Ein weiterer interessanter Aspekt waren die Zeremonien bei der Erreichung der „Teiletappenziele“. Die Fertigstellungen und die Übergabe der 500.000. Wohnung im Jahr 1975, der millionsten Wohnung 1978, der zweimillionsten Wohnung 1984 und der dreimillionsten Wohnung 1988 waren stets mit großen Feierlichkeiten verbunden. Die Etappenziel-Wohnungen wurden jeweils an eine Arbeiterfamilie übergeben, um die Verbundenheit der SED mit den Werktätigen zu unterstreichen. Es ist denkbar, dass dieser Vorgang den Unmut der Bürger anderer Bezirke weckte, die sich bei der Wohnungsversorgung zu Recht zurückgesetzt fühlten, da dieser Festakt immer im ehemaligen Ost-Berlin stattfand.

Die erklärte millionste Wohnung wurde am 06.07.1978 an die Familie Großkopf in Marzahn übergeben⁹⁴⁵ und Erich Honecker war am 09.02.1984 sogar höchst persönlich bei der Übergabezeremonie der deklarierten zweimillionsten Wohnung anwesend, um der Familie Hans und Ilona Fichtner zu gratulieren.⁹⁴⁶ Die Wohnung in der Swinemünder Straße 120 war dabei nicht neu gebaut, sondern rekonstruiert. Sie war nach der „Fertigstellung“ bereits belegt und danach weiter an die Familie Fichtner übergeben worden.⁹⁴⁷ Die Übergabe der verkündeten dreimillionsten Wohnung erfolgte am 12.10.1988 an die Arbeiterfamilie Mario und René Fischer in Hohenschönhausen.⁹⁴⁸

Diese Ereignisse kamen aber durch geschönte Statistiken zustande. Werden die korrigierten Zahlen von 1990 berücksichtigt, ergeben sich folgende Daten.

Fertiggestellte Wohnungen	Übergabe am	Tatsächliche Fertigstellung *	Differenz
500.000	14. April 1975	Frühjahr 1976	ca. 1 Jahr
1.000.000	06. Juli 1978	Herbst 1980	ca. 2 Jahre und 3 Monate
2.000.000	09. Februar 1984	Sommer 1989	ca. 5 Jahre und 3 Monate
3.000.000	12. Oktober 1988	-	-

* Geschätzte Zeitpunkte infolge der Angaben des Statistischen Jahrbuches 1990.

⁹⁴⁴ Joachim Tesch, a. a. O. S. 38.

⁹⁴⁵ vgl. Günter Peters: Zur Baugeschichte Berlins. Vierzig Jahre Berlin Hauptstadt der DDR. a. a. O. S. 66.

⁹⁴⁶ vgl. Berliner Zeitung vom 10.02.1984. S.1.

⁹⁴⁷ Laut Auskunft von Frau Ilona Fichtner.

⁹⁴⁸ vgl. Ökonomie Aktuell. Berlin 1989. S. 6.

Deutlich zu erkennen war, dass bei der angegebenen „Fertigstellung“ der dreimillionsten Wohnung, die nie erstellt wurde, de facto noch nicht einmal die zweimillionste Wohnung fertiggestellt worden war. Die Feier zur Erreichung der Teiletappenziele wurde immer verfrüht zelebriert. Damit wird deutlich, dass die verkündeten Ziele des Wohnungsbauprogramms sowohl in puncto Qualität als auch Quantität in der Realität nicht erreicht und somit die Wohnungsfrage der DDR auch nicht gelöst wurde.

Eine weitere Frage war, wie groß das Vertrauen der DDR-Bürger in die Propaganda der Staats- und Parteiführung hinsichtlich der Wohnungsstatistik und zum Stand der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms am Ende der Regierungszeit der SED wirklich war. Die Zweifel in der Bevölkerung an den öffentlichen Erfolgsmeldungen über das Wohnungsbauprogramm wuchsen, da für sie die Wohnungsfrage im konkreten Alltagsleben weiterhin ungelöst blieb.⁹⁴⁹

Der Bevölkerung der DDR wurde im Laufe von 20 Jahren stets zugesichert, dass die SED die Wohnungsfrage, die Hauptaufgabe ihrer Sozialpolitik, bis 1990 lösen würde. Demzufolge wurden die Leistungen der Staats- und Parteiführung auch nach den Erfolgen ihrer Wohnungspolitik gemessen. So berichtete Hans Modrow: „Bei Diskussionen auf dem Theaterplatz im Oktober 1989 attackierten junge Frauen die SED nicht wegen fehlender Bananen oder mangelnder Reisemöglichkeiten, sondern wegen fehlender Wohnungen.“⁹⁵⁰ Damit wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Wohnung im Vergleich zu anderen für wichtig gehaltenen Errungenschaft – seien es der Farbfernseher, das langersehnte Auto oder der Urlaub ins Ausland⁹⁵¹ – die wichtigste Stelle belegte. „Während wir andere grundlegende Lebensbedürfnisse, wie Ernährung und Kleidung, Arbeit und Bildung, bereits auf relativ hohem Niveau befriedigen konnten, war die Wohnungsfrage zum vordringlichsten sozialen Problem unserer Gesellschaft geworden.“⁹⁵² Insbesondere auch weil in der DDR die Arbeitslosenzahl sehr gering war und praktisch Vollbeschäftigung herrschte.⁹⁵³ „Auf diesem Gebiet offenbarten sich Leistung und zugleich Tragödie der DDR.“⁹⁵⁴

Das ehemalige Ost-Berlin als „Hauptstadt der DDR“ wurde zwangsläufig zum Bauschwerpunkt in der DDR. Dieser Tatbestand verstärkte sich zusätzlich bei dem Jubiläum zum 30. Jahrestag der Republik im Jahr 1979. Die Bauaktivitäten der DDR konzentrierten sich seit den 80er Jahren zunehmend auf ihre Hauptstadt. Die Ursache für diese konzentrierten Bauaktivitäten liegt darin, dass drei übergeordnete politische Zielsetzungen bis Ende des Jahrzehnts zeitlich zusammentrafen:

1. Die 750-Jahrfeier von Berlin und vor allem
2. Der Ausbau der „Hauptstadt der DDR“
3. Die Lösung der Wohnungsfrage.

„Für das ‚Programm zum Ausbau der hauptstädtischen Funktion‘, das den Ostteil der Stadt im Zuge steigender internationaler Anerkennung und in Konkurrenz zu West-Berlin erfasste,

⁹⁴⁹ Joachim Tesch. a. a. O. S. 61 – 62. „In den 70er Jahren fand der sichtbare Umschwung im Wohnungsbau und die damit verbundenen Hoffnungen einen breiten positiven Widerhall in der Bevölkerung. Aber im Laufe der 80er Jahre zeichnete sich eine wachsende Diskrepanz zwischen den euphorischen öffentlichen Erklärungen der SED bzw. der Staatsführung zum Stand der Erfüllung des Wohnungsbauprogramms und der Stimmung in nennenswerten Teilen der Bevölkerung ab.“

⁹⁵⁰ Hans Modrow: Ich wollte ein neues Deutschland. Berlin 1998. S. 182.

⁹⁵¹ vgl. Joachim Tesch. a. a. O. S. 63.

⁹⁵² Erich Honecker: Aus meinem Leben. Berlin 1981. S. 304.

⁹⁵³ Nach § 24 der Verfassung der DDR hat jeder Bürger Recht auf Arbeit und auf einen Arbeitsplatz.

⁹⁵⁴ Hans Modrow zitiert von Joachim Tesch. a. a. O. S. 5.

wurden wichtige Kapazitäten aus allen anderen Bezirken der DDR abgezogen⁹⁵⁵ und in die Hauptstadt delegiert. Die Teilnahme anderer Bezirke beim Wohnungsbau in der Hauptstadt wurde nicht als Not, sondern als Tugend präsentiert. Diese erreichte ihren Höhepunkt bei den Vorbereitungen zur 750-Jahrfeier von Berlin im Jahr 1987. Der Fokus auf die Hauptstadt ging so weit, dass die Planerfüllungsversuche in Berlin zu Lasten anderer Bezirke erfolgten. Dadurch wurden die Bauprojekte in den anderen Städten zunehmend zurückgestellt.

„Ganz im Sinne Lenins, die Hauptstädte entscheiden in bedeutendem Maße das politische Schicksal des Volkes. [...] Die Hauptstadt euphorie ist Ausdruck des permanenten Bedürfnisses nach nationaler Selbstbestätigung.“⁹⁵⁶ Der Ausbau der „Hauptstadt der DDR“ wurde somit als „Patriotische Aufgabe“⁹⁵⁷ propagiert. Seit Mitte der 80er Jahre arbeiteten aus diesem Grund rund 26.000 Bauarbeiter anderer Bezirke in Berlin,⁹⁵⁸ da der Wohnungsbau bereits merklich in Verzug geriet und die Bilanzen nicht aufgingen. Die SED hat im Nachhinein jedoch festgestellt, dass „der verstärkte und vor allem viel zu lange anhaltende Berlin-Einsatz anderer bezirkliche Kapazitäten war ein Fehler gewesen. [...] Ein Grundübel war, das kreisgeleitete Bauwesen gewissermaßen als Reserve zu betrachten, in die ständig eingegriffen werden konnte.“⁹⁵⁹

Die Vernachlässigung der Altbausubstanz in anderen Großstädten war dadurch – insbesondere in Leipzig – spürbar und die örtlichen Funktionäre verloren in ihrer Region an Glaubwürdigkeit. Eine logische Folgerung war, dass die meisten registrierten Wohnungsanträge auch dort und nicht in Berlin vorhanden waren. „Am Verfall der Städte hat sich in der DDR der Protest entzündet“⁹⁶⁰. Ein durchaus zutreffendes Urteil „für den bis zum Herbst 1989 immer mehr entfachten Ingrimm der DDR-Bevölkerung gegen die Gleichgültigkeit, mit der die SED Staatsführung die fortschreitende Zerstörung der alten Städte hinnahm oder durch ihre verfehlte Baupolitik förderte.“⁹⁶¹

Statistisch konnte zwar nach amtlichen Angaben „mit dem Wohnungsbestand, [...] der Wohnungsbedarf der Haushalte rechnerisch gedeckt werden“⁹⁶². Demgegenüber bestanden nach dem Raumordnungsreport von 1990 am 31.12.1989 aber 770.000 registrierte, also anerkannte Wohnungsanträge. Rund die Hälfte der Anträge stammte von Einzelpersonen, 88.000 (ca. 11 %) von Familien ohne eigene Wohnung.⁹⁶³ Was nutzt die statistische Aussage, dass das Ziel bis 1990 jedem „eine Wohnung“ erreicht sei, wenn trotz allem hunderttausende Personen vorhanden waren, die ihren berechtigten Wohnungswunsch nicht erfüllt bekamen bzw. „ihre Wohnung“ nicht erhielten.

Aufgrund des gewachsenen Mitbestimmungsbewusstseins und der höheren sozialen Ansprüche ließen sich die Bürger diesen Missstand nicht mehr gefallen und gingen auf die Straße. „Die kalte Wut über die dem Verfall preisgegebenen Altstädte und die ständigen Ärgernisse durch einen heruntergewirtschafteten Wohnungsbestand“⁹⁶⁴ waren nicht der Auslöser, trugen aber maßgeblich zu den Montagsdemonstrationen bei.

⁹⁵⁵ dito.

⁹⁵⁶ Frank Werner. a. a. O. S. 22 – 24.

⁹⁵⁷ Rolf Kühnert: Bauen in der DDR. In: Das große Haus. Hrsg. Hans Modrow. Berlin 1994 S. 166.

⁹⁵⁸ vgl. Gisela Heun. a. a. O. S. 85.

⁹⁵⁹ Wolfgang Junker: Zur gegenwärtigen Situation im Bauwesen unseres Landes. In: Neues Deutschland vom 10.11.1989. S. 4.

⁹⁶⁰ Jürgen Rostock: Zum Wohnungs- und Städtebau in den östlichen Ländern. Berlin 1991. Zitiert von Hannsjörg. F. Buck und Ute Reuter: Das Scheitern des SED-Wohnungsbauprogramms a. a. O. S. 6.

⁹⁶¹ Hannsjörg. F. Buck und Ute Reuter: Das Scheitern des SED-Wohnungsbauprogramms. a. a. O. S. 6.

⁹⁶² Werner Oswald (Hrsg): Raumordnungsreport 1990. Berlin 1990. S. 106.

⁹⁶³ vgl. dito.

⁹⁶⁴ Hannsjörg. F. Buck und Ute Reuter: Das Scheitern des SED-Wohnungsbauprogramms. a. a. O. S. 6.

Ungeachtet der Kenntnisnahme der Situation der Wohnungsversorgung erklärte der damalige Bauminister der DDR noch im September 1989, kurz vor Zusammenbruch der DDR: „Als Kernstück der vom VIII. Parteitag der SED im Jahre 1971 beschlossenen Sozialpolitik wird das große Wohnungsbauprogramm der DDR erfolgreich durchgeführt. [...] Ein altes Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung wird damit Wirklichkeit.“⁹⁶⁵ Die Propagandaparolen wurden bis zum Schluss gebetsmühlenartig wiederholt.

Jahrzehntelang wurde die Hierarchie des gesamten Bauwesens kontinuierlich durch die gleichen Personen besetzt, die auch den Aufbau des Staats und der Partei mitgestaltet hatten. „Bis zum Ende der Staatspartei 1989 war diese Hierarchie sogar personell fortlaufend abgesichert: durch Günter Mittag als Mitglied des Politbüros und Sekretär für Wirtschaft, durch Gerd Tröllitzsch als Leiter der Abteilung Bauwesen des ZK und durch Wolfgang Junker als Mitglied des ZK und Minister für Bauwesen.“⁹⁶⁶

Das änderte nichts daran, dass die einzelnen Institutionen ein hohes Maß an Verantwortung tragen mussten. „Letztlich waren wir objektiv bis zuletzt funktionierende Instrumente Mittags, der in, seinem Bereich‘ auch so manchen willigen Gehilfen, Apologeten und Liebediener hatte. Die anderen arbeiteten zähneknirschend, aber auch mit eiserner Disziplin, wie sie von jedem ZK-Mitarbeiter verlangt wurde.“⁹⁶⁷

Weil die Rekonstruktion einen wichtigen Teil des Wohnungsbauprogramms bildete, stellt sich zum Abschluss die Frage: Was wäre, wenn die DDR weiter bestehen würde? Die Frage kann nur mit folgender These beantwortet werden: Die Zahlen in den Statistischen Jahrbüchern würden weiterhin entsprechend der „Tradition“ und nicht nach der internationalen Methodik geführt, um den „Erfolg“ zu dokumentieren. Aussagen über Misserfolge hinsichtlich der Quantität und Qualität waren bei diesem zentralistisch geführten Staat und seiner streng verordneten und kodierten Sprache undenkbar

Die Bürger der DDR wollten vor mehr als 20 Jahren jedoch nicht mehr manipuliert werden und führten aufgrund ihrer sozialen Unzufriedenheit – auch im Bereich der Wohnungsversorgung – Ende 1989 die friedliche Revolution in der DDR durch.

Das Schicksal von Erich Honecker war mit dem Wohnungsbauprogramm der DDR und demzufolge auch mit den komplexen sozialistischen Rekonstruktionsmaßnahmen im ehemaligen Ost-Berlin eng verbunden. Der Aufstieg zum ersten Sekretär der SED und die Erklärung der Wohnungsbaupolitik zur Hauptaufgabe der Sozialpolitik im Jahre 1971 markieren den Beginn seiner Staatskarriere. Für das Jahr 1990 war der Abschluss des Wohnungsbauprogramms und damit die Lösung der Wohnungsfrage insgesamt eingeplant. Das sollte zugleich der Höhepunkt seines persönlichen Ruhmes, die Krönung seiner Karriere und die Vollendung seines Lebenswerkes werden. Was daraus wurde, ist hinreichend bekannt. Es wurde für ihn und für den DDR-Staat das E N D E.

⁹⁶⁵ Wolfgang Junker: Bilanz 40 Jahre DDR: Das große Wohnungsbauprogramm der DDR wird erfolgreich verwirklicht. In: Presseinformationen des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Nr. 109/1989. S. 2.

⁹⁶⁶ Bruno Flierl: Stadtgestaltung in der ehemaligen DDR als Staatspolitik. a. a. O. S. 56. „Nicht zuletzt achteten sie darauf, was über das Bauen, Städtebau und Architektur durch die Medien bekannt oder besser nicht bekannt werden sollte. Sie betreuen auch die BDA der DDR. Eine perfekte Politbürokratie.“ Sowie in: Gebaute DDR: „Unter Ihrer Leitung standen Stadtplaner und Architekten für die Dauer quasi einer Generation. In dieser Zeit entwickelte sich das Bauwesen als Zweig der Volkswirtschaft [...] in der Städtebau und Architektur zunehmend an eigenständiger Wesenheit verloren.“ S. 54.

⁹⁶⁷ Rolf Kühnert. a. a. O. S. 175.

LITERATURVERZEICHNIS

Bücher

- Abramowski, Wanja: Siedlungsgeschichte des Bezirks Friedrichshain von Berlin bis 1920. Berlin-Friedrichshain 2000.
- Adami, Horst: Erprobung neuester wissenschaftlich-technischer Ergebnisse bei der Neugestaltung des Gebietes Frankfurter Allee Süd in Berlin. In: Architektur der DDR 10/1985. S. 585-588.
- Bärthel, Hilmar: Zur Fragen der Tiefbausubstanz bei der Rekonstruktion von Altbauwohngebieten. In: Architektur der DDR 6/1983.
- Becker, Grete: Grundrissgestaltung von Altbauwohnungen bei komplexen Umgestaltung innerstädtischen Gebiete. In: Architektur der DDR 2/1979. S. 73 – 75.
- Berning, Maria; Braun, Michael; Lütke-Daldrup, Engelbert und Schulz, Klaus-Dieter: Berliner Wohnquartiere. Ein Führer durch 60 Siedlungen in Ost und West. Berlin 1994.
- Betker, Frank: Handlungsspielräume von Stadtplanern und Architekten in der DDR. In: Graue Reihe 19. Planen für das Kollektiv. S. 11 – 33. Materialien des IRS. Erkner 1999.
- Bodenschatz, Harald und Stimmann, Hans: Die sozialistische Stadt. In: Bauwelt 44/1985. S. 1734-1737.
- Bohley-Zittlau, Kathrin: Die Stadtplätze in Berlin Prenzlauer-Berg. Planung und Ausführung zwischen 1892 bis 1940. Diplom. Arbeit an der HU Berlin 1991.
- Bohley-Zittlau, Kathrin: Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Denkmale in Berlin. Bezirk Friedrichshain. Herausgeber Landesdenkmalamt Berlin 1996.
- Borgelt, Christiane mit Karin Gansauge und Veronika Keckstein: Mietshaus im Wandel. Wohnungen der behutsamen Stadterneuerung in der Luisenstadt. Eine Typologie. Herausgeber S.T.E.R.N. Berlin 1987.
- Buck, Hannsjörg F. und Reuter, Ute: Das Scheitern des SED Wohnungsbauprogramms und die infrastrukturellen und ökologischen Erblasten für die Wohnumwelt in den neuen Bundesländern. Vom Missbrauch der Statistik unter die SED-Regime. Gesamtdeutsches Institut. Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben. Analysen und Berichte. Bonn 1991.
- Buck, Hannsjörg F: Mit hohem Anspruch gescheitert – Die Wohnungspolitik der DDR. Münster 2004.
- Buck, Hannsjörg F: Die Sozialpolitik der DDR am Beispiel des Wohnungsbaues. In: Deutschland Archiv 4/1983. S. 503-520. Köln 1983.
- Cuadra, Manuel und Toyka, Rolf: Berlin Karl-Marx-Allee. Hamburg 1997.
- Chrod, Katrin mit Herbert Schwenk und Hainer Weispflug: Berliner Bezirkslexikon Friedrichshain/Kreuzberg. Herausgeber Hans Jürgen Mende und Kurt Wernicke Berlin 2000.
- Deiters, Ludwig: Der Beitrag der ZFG (Zentrale Fachgruppe) Rekonstruktion des BdA/DDR zur Umgestaltung der Altbauwohngebiete. In: Architektur der DDR 9/1975. S. 518 – 520.
- Deiters, Ludwig: Rekonstruktion von Altbaugebieten. In: Architektur der DDR 6/1976. S. 388 – 389.

- Doehler, Peter: Sozialistische Umgestaltung der Städte unter besonderer Berücksichtigung ihrer alten Wohngebiete. In: Deutsche Architektur 8/1963. S.457 – 458.
- Dolff-Bonekämper, Gabi und Kier, Hiltrud: Städtebau und Staatsbau im 20. Jahrhundert. München Berlin 1996.
- Dorst, Till: Anwendung der Plattenbauweise im Wohnkomplex südlich der Frankfurter Allee. In: Architektur der DDR 3/1985. S. 153 – 159.
- Ebert, Martin: Stalinstadt und die 16 Grundsätze des Städtebaus in der DDR. In: GRUND-RISSE Edition M. Heft 1. 1. Auflage. Weimar und Rostock 1995.
- Engel, Helmut: Entwicklung zur Großstadt In: Historischer Stadtgestalt und Stadterneuerung.. Hrsg. Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen. Berlin Mai 1975.
- Engels, Friedrich: „Zur Wohnungsfrage“ in, Karl Marx und Friedrich Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Berlin 1958.
- Felz, Achim: Zum innerstädtische Wohnungsbau in der Hauptstadt Berlin. In: Architektur der DDR. 8/1984. S. 452 – 456.
- Flierl, Bruno: Gebaute DDR. Über Stadtplaner, Architekten und die Macht. Kritische Reflexionen 1990 – 1997. Verlag für Bauwesen. Berlin 1998.
- Flierl, Bruno: Berlin baut um. Wessen Stadt wird die Stadt. Berlin 1998.
- Flierl, Bruno: Stadtgestaltung in der ehem. DDR als Staatspolitik. In: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektivender Stadterneuerung nach 40 J. DDR. S. 48-65. Berlin 1991.
- Fritz, Sabine: Zu einigen Problemen der Realisierung der Wohnungsbauprogramme in den 80er Jahren. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm Pieck Universität Rostock. G Reihe 35/5. Rostock 1986.
- Geist, Johann Friedrich und Klaus Kürvers: Das Berliner Mietshaus. II. Teil. 1862 – 1945. Prestel Verlag. München 1984.
- Gericke, Hans: Rekonstruktion von Altbaugebieten, eine erstrangige politische Aufgabe. In: Architektur der DDR 10/1972. S. 583.
- Gericke, Hans: Umgestaltung und Prognose im Städtebau. In: Deutsche Architektur 5/1967. S. 264 – 267.
- Goethe von, Johann Wolfgang: Gesammelte Werke. Berlin 1923.
- Gößmann, Wolfgang: Die Kombinate in der DDR. Berlin 1987.
- Grosche, Götz: Die 6. Baukonferenz. Impuls und Verpflichtung. In: Architektur der DDR. 1/1976. S. 6 – 7.
- Grundmann, Siegfried: Die Absurde Logik des Wohnungs- und Städtebaues in der DDR. Aus Deutsche Fragen: Von der Teilung der Einheit. Dokumentation und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen Band 97. Hrsg. Heiner Timmermann. Duncker und Humboldt. Berlin 2001.
- Grundmann, Siegfried: Deutsche Fragen – Von der Teilung zur Einheit. Hrsg. Heiner Timmermann. Berlin 2001
- Hain, Simone: Reise nach Moskau. Hrsg. Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Berlin 1995.
- Hellbach, Horst: Innerstädtischer Wohnungsbau. Zusammenhänge zwischen Standort und Architekturentwurf bei der Baulückenschließung. Teil I: In: Architektur der DDR 1/1989 S. 47 – 48. Teil II: In: Architektur der DDR 2/1989 S. 29-33
- Heun, Gisela: Die Entwicklung des industriellen Wohnungsbaues in der DDR seit 1945 an Fallbeispielen aus Ost-Berlin. Diplom Arbeit an der TU Berlin. 1990.

- Herlyn, Ulrike: Die Bewohner im Wandel der Stadterneuerung. In: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 J. DDR. S. 172 – 185. Berlin 1991.
- Hobrecht, James und Rodrigue Juan: Die Grundfrage der Grundrente. In: Stadtbauwelt 65/80. S.30 – 36.
- Hoffmann, Hubert: Die „Charta von Athen“. Revision nach einem halben Jahrhundert. In: Stadtbauwelt 3/1985. S.104 – 112.
- Hoffmann, Manfred: Lösung der Wohnungsfrage bis 1990. In: Bauwelt 5/1975. S. 118 – 135.
- Honecker, Erich: Aus meinem Leben. Berlin. 1981.
- Honecker, Erich: 750 Jahre Berlin. Thesen. Berlin. 1986.
- Hübler, Manfred; Korzynietz, Carla und Gaubitz, Marlies: Zusammenarbeit der Baubetriebe und der Bauakademie der DDR bei der Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion von Wohngebäuden in Altbaugebieten Berlins. In: Architektur der DDR 9/1984. S. 521 – 523.
- Hul, Regina: Entwicklungsgeschichte eines Platzes und Möglichkeiten seiner Rekonstruktion am Beispiel des Arkonaplatzes in Berlin Mitte. Diplomarbeit am Fachbereich Landespflege der TFH Berlin 1991.
- Humboldt Universität zu Berlin: Berlin um 1900. Anfänge der Arbeiterfreizeit. Mitteilungen aus der wissenschaftlichen Forschung Nr. 21. Berlin 1987.
- Hunger, Bernd. Stadtverfall und Stadtentwicklung. In: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektivender Stadterneuerung nach 40 J. DDR Berlin 1991: S. 32 – 48.
- Jäger, Ulrike: Probleme bei der Rekonstruktion innerstädtischer Gebiete. Diplomarbeit an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 1976.
- Junker, Wolfgang: Die Rolle des Bauwesens bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR im Perspektivplanzeitraum 1971 – 1975. In: Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz. Berlin 1969.
- Junker, Wolfgang: Das Wohnungsbauprogramm der DDR für die Jahre 1976 – 1990. Referat bei der 10. Tagung der ZK der SED am 02.10.1973. Berlin 1973.
- Junker, Wolfgang: Die Rolle und Verantwortung des Bauwesens. Referat bei der 6. Baukonferenz. Berlin 1975.
- Junker, Wolfgang: Zur Lösung der Wohnungsfrage. In: Neues Deutschland vom 19.02.1976.
- Junker, Wolfgang: Das Wohnungsbauprogramm. Kernstück der Sozialpolitik unserer Partei. In: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis 9 – 10 /1984. S. 881 – 887 Berlin 1984.
- Junker, Wolfgang: Zur gegenwärtigen Situation im Bauwesen unseres Landes. In: Neues Deutschland vom 10.11. 1989. S. 4.
- Junker, Wolfgang: Bilanz 40 Jahre DDR: Das große Wohnungsbauprogramm der DDR% wird erfolgreich verwirklicht. In: Presseinformationen des Presseamtes beim Vorsitzende des Ministerrates der DDR Nr. 109/1989. S. 2.
- Kabus, Günter: Zur komplexen sozialistischen Umgestaltung von Altbauwohngebieten. In: Architektur der DDR 7/1976. S. 390 – 394.
- Kabus, Günter: Besonderheiten und Probleme der Planung und Projektierung von Modernisierungsmaßnahmen. In: Deutsche Architektur 5/1973. S. 260 – 263.
- Kabus, Günter: Zur Umgestaltung der Altbauwohngebiete. Beiträge zu Problemen des VII. Parteitag. In: Deutsche Architektur 2/1967. S.70.

- Kadatz, Hans-Joachim: Ein Rückblick. Der 1. Bauabschnitt der Karl-Marx-Allee in Berlin. In: Architektur der DDR 3/1989. S. 30-33.
- Kieling, Uwe und Althoff, Johannes: Das Nikolaiviertel. Spuren und Geschichte im ältesten Berlin. Berlin Edition. 2001.
- Kil, Wolfgang: Staatsfeindliche Architektur. In: ARCH+. 103/1990. S. 62 – 65.
- Kluge, Hans-Jürgen: Unsere Aufgabe: Modernisierung Um- und Ausbau von 115.000 Wohnungen bis 1975. In: Architektur der DDR 10/1972. S. 584-585.
- Kluge, Hans-Jürgen: Zur Vorbereitung des Wohnungsbauprogramms der 80er Jahre und der Umgestaltung innerstädtischer Altbaugebiete. In: Architektur der DDR 3/1978. S. 132 – 136.
- Korn, Roland: Umgestaltung in der Großstadt. Berlin 1975.
- Korn, Roland: Berlin plant und baut für die Zukunft. In: Architektur der DDR 10/1987. S. 9 – 13.
- Korn, Roland: Neue Ansprüche an Städtebauer, Architekten und bildende Künstler. Berlin 1979.
- Korn, Roland: Der 9. Stadtbezirk in Berlin. In: Architektur der DDR 9/1976. S. 545 – 553.
- Korn, Roland: Effektive und schöne Gestaltung im Städtebau. In: Diskussionsbeiträge. & Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. Berlin 1975.
- Korn, Roland und Wiese, Klaus: Berlin - Bauten unserer Tage. Berlin Information 1985.
- Krause, Dorothea; Krause, Wolfgang und Fahrland, Holger: Baum und Stadt. Durchgrünung des dicht besiedelten Stadtbezirkes Berlin Prenzlauer Berg In: Architektur der DDR 10/1986. S. 604 – 609.
- Krause, Dorothea; Kristen, Ernst; Neitzel, Erike; Musch, Rudi und Weber, Bernd: Erfahrung und Probleme bei der Vorbereitung und Durchführung des Modernisierungs- und Rekonstruktionskomplexes „Palisadendreieck“ im Stadtbezirk Berlin-Friedrichshain. In: Architektur der DDR 9/1983. S. 521 – 526.
- Krause, Dorothea und Zache, Manfred: Modernisierungsgebiet Arnimplatz im Stadtbezirk Berlin Prenzlauer Berg. In: Architektur der DDR 7/1976. S. 395 – 400.
- Krause, Dorothea: Rekonstruktion eines Teilabschnittes der Magistrale Prenzlauer Allee. In: Architektur der DDR 5/1985. S.12 – 15.
- Krause, Dorothea; Klasen, Uwe und Penzel, Wolfgang: Rekonstruktion im Stil der Jahrhundertwende. Husemannstraße in Berlin. In: Architektur der DDR 10/1987. S 14 – 21.
- Krause, Hans: Das Wohnungsbauprogramm. Investition für die Zukunft. Ökonomie aktuell. Berlin 1989.
- Krause, Hans: Wohnungsbau in der DDR. In: Einheit 6/1989. S. 560 – 562.
- Krause, Wolfgang: Grüne Wohnhöfe in Berlin Prenzlauer Berg. In: Architektur der DDR 5/1990. S. 9-13.
- Kress, Siegfried; Hültsch, Manfred und Steffke, Erhard: Erläuterungsbericht zum Städtebaulichen Entwurf für die Umgestaltung des Komplexes Arkonaplatz. Berlin 1970.
- Krenz, Gerhard: Intensivierung – eine gemeinsame Aufgabe aller Architekten. In: Architektur der DDR 3/1975. S.132 – 134.
- Krenz, Gerhard: Die „Charta von Wien“ oder der Ruf nach einer heilen Umwelt für eine kranke Gesellschaft. In: Architektur der DDR 7/1973. S. 433 – 434.
- Kress, Siegfried; Hültsch, Manfred und Steffe, Erhard: Erläuterungsbericht zum städtebaulichen Entwurf für die Umgestaltung des Komplexes Arkonaplatz. Berlin 1970.
- Kress, Siegfried und Rietdorf, Werner: Wohnen in den Städten. Berlin 1973.

- Kristen, Ernst: 20 Jahre Modernisierung und Rekonstruktion in Berlin-Ost. In: Stadterneuerung Berlin. Hrsg. Senatsverwaltung für Bau und Wohnungswesen. S. 73 – 82. Berlin 1990.
- Kristen, Ernst: Zur Gestaltung der Frankfurter Allee in Berlin. In: Architektur der DDR 3/1985. S. 148 – 153.
- Krüger, Walter: Wovon spricht die Architektur der DDR? In: Bauwelt 19/1990. S. 938-939.
- Kühnert, Rolf: Für das Wohl des Volkes Bauen. In: Der Parteiarbeiter. Berlin 1978. S. 24 – 25.
- Kühnert, Rolf: Bauen in der DDR. Anspruch und Realität eines Programms. In: Das große Haus. Insider berichten aus der ZK der SED. Hrsg. Hans Modrow. Edition Ost. Berlin 1994. S. 165 – 171.
- Kwasnitza, Lothar: Zur sozialistischen Umgestaltung der Städte. In: Deutsche Architektur 8/1963. S. 456.
- Lammert, Ule: Die Lösung der Wohnungsfrage – ein programmatisches Ziel der revolutionären Arbeiterbewegung. In: Zeitschrift für Theorie und Praxis 11/1980. S. 1144 – 1151.
- Lammert, Ule: Städtebauliche Planung der Umgestaltung von Altbaugebieten und Stadtkernen. In: Architektur der DDR 1/1977. S. 18 – 25.
- Lammert, Ule: Die Aufgaben des Städtebaus zur Erfüllung des langfristigen Wohnungsbauprogramms bis 1990 als Beitrag zur Lösung der Hauptaufgabe des VIII. Parteitag. Teil 1. In: Architektur der DDR 3/1975. S. 135 – 142.
- Lammert, Ule: dito (Teil 2). In: Architektur der DDR 4/1975. S.201 – 208.
- Linke, Nina: Trocken und warm möchte ich wohnen. Damit fing es an. Diplom Arbeit an der Universität Wien 2002.
- Magistrat von Berlin: Hauptstadt der DDR. Bezirksbauamt. Büro für Städtebau: Generalbebauungsplan der Hauptstadt der DDR, Berlin für den Zeitraum bis 1990. Berlin, Mai 1979.
- Malik, Reinhard: Zur Arbeit der Sektion Städtebau und Architektur beim Plenum der Bauakademie der DDR im Jahre 1982. In: Architektur der DDR 7/1983. S. 399 – 400.
- Marcuse, Peter: Die Merkmale einer widersprüchlichen Politik des städtischen Wohnens. In: Wohnen und Stadtpolitik im Umbruch. Perspektiven der Stadterneuerung nach 40 J. DDR. Berlin 1991. Hrsg.: Peter Marcuse und Fred Stauffenberg.
- Marx, Karl und Engels, Friedrich: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden. Berlin 1958.
- Mittag, Günter: Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1971 bis 1975. Dietz Verlag Berlin. 1972.
- Modrow, Hans: Ich wollte ein neues Deutschland. Berlin 1998.
- Müller Hans: Erhaltung historisch baukünstlerisch wertvoller Stadtkerne. In: Architektur der DDR 2/1979. S. 68 – 69.
- Neumann, Konrad: Hauptstadt Berlin - Sache aller Bürger der DDR. In: Die Arbeit. Berlin 12/1976
- Nikolaus, Herbert und Obeth, Alexander: Die Stalinallee. Geschichte einer deutschen Straße. Berlin 1997.
- Neumann. Konrad: Hauptstadt Berlin – Sache aller Bürger der DDR. In: Die Arbeit. Berlin 12/1976. S. 332.
- N.N : Umgestaltung von Wohngebieten und ihr Einfluss auf die Raumstruktur und Gestalt der Stadt. In: Architektur der DDR 4/74. S. 237 – 240.
- Oswald, Werner (Hrsg): Raumordnungsreport '90. Berlin 1990.

- Palutzki, Joachim: Architektur in der DDR. Berlin 2000.
- Palutzki, Joachim: Zur Baupolitik in der Ära Honecker. Das Wohnungsbauprogramm. In: Planen für das Kollektiv. 19. Graue Reihe. Materialien des IRS. Hrsg. Holger Barth. S. 69 – 84. Erkner 1999.
- Paulick, Richard; Rank, Erich und Wolfram, Werner: Erhaltung und Rekonstruktion der Altbausubstanz. Deutsche Architektur 2/1967. S. 71 – 75.
- Peters, Günter: Berlin im 20. Jahrhundert. In: Architektur der DDR 7/1987. S. 41 – 47 ; 8/1987. S. 33 – 41; 10/1987. S. 30 – 41.
- Peters, Günter: Zur Baugeschichte Berlins. Vierzig Jahre Berlin-Hauptstadt der DDR. Eggersdorf 1989.
- Peters, Günter: Baugeschichtliche Beiträge zur Entwicklung der Hauptstadt bis zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR im Jahre 1989. Berlin 1988.
- Peters, Günter: Hauptergebnisse beim Aufbau der Hauptstadt der DDR, Berlin in der Zeit von 1945 bis Gegenwart. Arbeitsergebnisse der Forschungsgruppe Zeitgeschichte Bauwesen der Hauptstadt der DDR, Berlin Heft 1. Berlin 1984.
- Peters, Günter: Die Lösung der Wohnungsfrage als soziales Problem in der Hauptstadt. Aus Jahrbuch für Geschichte. Band 35. Studie zur Geschichte Berlins. Berlin 1987.
- Peters, Günter: Gesamtberliner Stadtentwicklung von 1949-1990. Daten und Grafiken. HdK. Vertrieb Hochschulbibliothek 1. Berlin 1992.
- Pieper, Willi: Arkonaplatz gestern und heute. Eine kleine Chronik. Hrsg. Rat des Stadtbezirks Berlin- Mitte Abt. Kultur. Berlin 1987.
- Pöschk, Klaus: Städtebauliche Umgestaltung und Rekonstruktion des Wohngebiets „Arkonaplatz“ in Berlin Mitte. In: Deutsche Architektur 10/1971. S. 602 – 609.
- Ribbe, Wolfgang und Schmäddecke, Jürgen: Kleine Berlin Geschichte. Hrsg. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin in Verbindung mit der historischen Kommission zu Berlin. Berlin 1988.
- Rietdorf, Werner: Wissenschaftliche Ansatzpunkte und Zielvorstellungen für die Weiterentwicklung des komplexen Wohnungsbaus. In: Architektur der DDR 11/1987. S. 23 – 28.
- Rietdorf, Werner: Stadterneuerung. Innerstädtisches Bauen als Einheit von Erhaltung und Umgestaltung. Berlin 1989.
- Rietdorf, Werner: Komplexrichtlinie für die städtebauliche Planung und Gestaltung von Wohngebieten im Zeitraum 1986-1990. In: Architektur der DDR 5/1986. S. 261 – 262.
- Rietdorf, Werner: Langfristiges Wohnungsbauprogramm der DDR. In: Architektur der DDR 6/1987. S. 9 – 15.
- Saalfeld, Helmut und Kühnau, Karl Heinz: Die Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms als ein grundlegender Faktor für die Festigung des Vertrauens der DDR zur SED und zum sozialistischen Staat. In: Theorie und Praxis Heft 1/1985 S. 50 – 58.
- Sailer, Kerstin: Wohnungsbau in der DDR. Hannover 2000.
- Schechert, Jürgen; Vetter, Hannelore und Müller, Helmut: Von Milljöh zum Milieu. Modernisierungsgebiet am Arkonaplatz in Berlin. In: Architektur der DDR 4/1984. S. 196 – 201.
- Schimmel, Sonja: Das Wohnungsbauprogramm und seine Realisierung in den 70er Jahren. In: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde 1/1987. S. 16 – 20. Berlin 1987.
- Schmiechen, Karl: 10. Plenum der ZK legte mit seinen Beschlüssen den Grundstein für ein Grandioses Wohnungsbauprogramm. In: Der Bau vom 26.10.1973. Beilage 7.
- Schneider, Ilona und Veigel, Hans Joachim: Historische Entwicklung. Berlin 1984.

- Schulz, Joachim und Gräbner, Werner: Architektur von Pankow bis Köpenick. Berlin 1987.
- Schulz, Günther und Matschenz, Andreas: Stadtpläne von Berlin 1652 – 1920. Berlin 2002.
- Schwenk, Herbert: Berliner Stadtentwicklung von A–Z. Edition Luisenstadt. 2. verbesserte Auflage. Berlin 1998.
- Semmer, Manfred: Sanierung von Mietskasernen. Dissertation Technische Universität Berlin. Berlin 1970.
- Siegelkow, Heinz: Chronik Arkonaplatz. Hrsg. Rat des Stadtbezirks Mitte Abt. Kultur. Berlin. Ohne Jahresangabe.
- Spohr, Rudi: Industriellen Methoden senken Aufwand bei der Modernisierung. Im Städtebau Werte des Sozialismus widerspiegeln. Berlin 1977.
- Spohr, Rudi: Modernisierung mit höherem Effekt. In: Architektur der DDR 9/1979. S. 538 – 542.
- Stadtbezirk Friedrichshain: Baudenkmale, Gedenkstätten, Plastiken im Stadtbezirk. Berlin o.J.
- Stadtbezirk Friedrichshain: Ein historischer Spaziergang. Berlin o.J.
- Stamm, Kerstin: Die Rekonstruktion der Husemannstraße in Berlin Prenzlauer Berg – 1987. Magisterarbeit. FU Berlin 2006.
- Staemmler, Gerlind: Rekonstruktion innerstädtischer Wohngebiete in der DDR. Dissertation an der TU-Berlin. Berlin 1981.
- Stahn, Günter: Rund um die Berliner Nikolaikirche. In: Architektur der DDR 4/1986. S. 218 – 224.
- Stahn, Günter: Das Nikolaiviertel. Ursprung, Gründungsort und Stadtkern Berlins. In: Architektur der DDR 5/1987. S.10 – 33.
- Stahn, Günter: Das Nikolaiviertel am Marx-Engels-Forum. Ursprung, Gründungsort und Stadtkern Berlins. Ein Beitrag zur Stadtentwicklung. Berlin 1985.
- Stahn, Günter und Paul Manfred: Das Nikolaiviertel. Berlin 1991.
- Stimmann, Hans: Stadterneuerung in Ost-Berlin. Vom sozialistischen Neuaufbau zur komplexen Rekonstruktion. 2. Auflage. Berlin 1988.
- Stimmann, Hans: Vom „Milljöh“ zum Mileu. In: Bauwelt 44/1985. S. 1748 – 1754.
- Stoph, Willi: Der Fünfjahrplan 1971 – 1975. Hrsg. Abteilung Presse und Information des Staatsrates der DDR. Berlin 1972.
- Stoph, Willi: Der Fünfjahrplan 1976 – 1980. Hrsg. Abteilung Presse und Information des Staatsrates der DDR. Berlin 1977.
- Stoph, Willi: Der Fünfjahrplan 1981 –1985. Hrsg. Abteilung Presse und Information des Staatsrates der DDR. Berlin 1982.
- Stoph, Willi: Der Fünfjahrplan 1986 – 1990. Hrsg. Abteilung Presse und Information des Staatsrates der DDR. Berlin 1987.
- Tesch, Joachim: Der Wohnungsbau in der DDR 1971 – 1990. In: hefte zur ddr-geschichte. Nr. 70. Hrsg. Mayer, Herbert. Berlin 2001.
- Topfstedt, Thomas: Städtebau in der DDR 1955 – 1971. Leipzig 1988.
- Ude, Albert; Eckert, Arthur: Vergleich der städtischen Entwicklungen der beiden Teile Berlins nach 1945 unter Berücksichtigung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Systeme. Diplom. Arbeit an der TU Berlin 1977.
- Urban, Florian: The Invention of the Historic City. Dissertation an der TU-Berlin. Berlin 2006.
- Voigt, Jutta und Kopka, Fritz-Joachim: Linker Charme, 10 Reportagen vom Kollwitzplatz. Schneekuth Verlag. München 1989.

- Vysek, Horst und Schollein, Lothar: Zur Rekonstruktion von städtischen Altbauwohngebieten. In: Deutsche Architektur 12/1970. S. 712 – 715.
- Wald, Herbert: Erfahrung bei der Modernisierung in Halle-Süd. In: Schriftenreihe der Bauakademie der DDR Heft 43. Berlin 1973.
- Werner, Frank: Stadt, Städtebau Architektur in der DDR. Hrsg. IGW an der Uni Erlangen-Nürnberg. Erlangen 1981.
- Willumat, Heinz: Engagiertes Wirken für hohe Effektivität und Qualität. Architektur der DDR 2/1987. S.
- Wolters, Rudolf: Stadtmitte in Berlin. Städtebauliche Entwicklungsphase. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Tübingen 1978.
- Zache, Manfred: Modernisierung Arnimplatz im Stadtbezirk Prenzlauer-Berg. In: Architektur der DDR 6/1973. S. 354 – 357.

Schriftenreihen

- Bauakademie der DDR: Arbeitstagung des BdA/DDR. Komplexer Wohnungsbau. Aufgaben der Architekten. Schriftenreihe der Bauforschung Nr.17 Berlin 1973.
- Bauakademie der DDR: Rekonstruktion von Dachtragwerken im Wohnungsbau. Schriftenreihe der Bauforschung Nr. 20. Berlin ????
- Bauakademie der DDR – ISA: Gemeinsames Seminar des BdA und des Fachverbandes Bauwesen. Komplexe Rekonstruktion von Altbaugebieten. Schriftenreihe der Bauforschung Reihe Städtebau und Architektur Nr. 43. Berlin 1973.
- Bauakademie der DDR – ISA: Bewertung der Bausubstanz typischer Bebauungsstrukturen. Schriftenreihe der Bauforschung Nr. 62. Berlin 1975.
- Bauakademie der DDR – IWG: Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz. Grundregeln. Schriftenreihe Bauforschung Baupraxis Nr. 40. Berlin 1979.
- Bauakademie der DDR – IWG: Autorenkollektiv. Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz. Grundregeln. Schriftenreihe Bauforschung Baupraxis Nr. 77. Berlin 1981.
- Bauakademie der DDR – IWG: Autorenkollektiv. Modernisierung des Küche-/Bad-/WC-Bereichs. Grundsätze und Beispiele. Schriftenreihe Bauforschung Baupraxis. Nr. 89. Berlin 1981.
- Bauakademie der DDR – IWG: Autorenkollektiv. Baugruppen für die Modernisierung und Instandsetzung von Küche/Bad/WC. Lösungsbeispiele. Schriftenreihe Bauforschung Baupraxis Nr.123. Berlin 1983.
- Bauakademie der DDR: Stand der Forschung und Praxis bei der komplexen Planung und Gestaltung innerstädtischer Wohngebiete in der DDR. Aus: Innerstädtisches Bauen in der DDR und UdSSR. Schriftenreihe Bauforschung Baupraxis Nr. 246. Berlin 1989.
- Bauakademie der DDR: Bauen in der Stadt. Wohnungsbau und Stadterneuerung in der DDR aus soziologischer Sicht und mit Aufgaben für das Bauhaus Dessau. Schriftenreihe Bauforschung Baupraxis Nr. 252. Berlin 1989.
- Bauakademie der DDR: Städtebau und Architektur in der DDR. Historische Übersicht. Teil 1. Schriftenreihe Bauforschung Baupraxis Nr. 254. Berlin 1989. Autorenkollektiv ISA .
- Bauakademie der DDR – IWG: Umfang und Ausführung der Experimente zur Funktionsbereichsmodernisierung Küche/Bad/WC im Experimentalobjekt Driesener Straße 21. Berlin, 2. September 1980.

- Bauakademie der DDR – IWG: Ausführungsunterlagen zur Experimentellen Erprobung von Lösungen für die Modernisierung des Bereichs Küche/Bad/WC im Modernisierungskomplex Berlin-Prenzlauer Berg Arnimplatz, Driesener Straße 21. Berlin November 1980.
- Bauakademie der DDR – IWG: Modernisierung Küche, Bad und WC. Ergebnisse der Erprobung funktioneller und konstruktiv-technischer Lösungen in Prenzlauer Berg, Driesener Str. 21. Berlin 1981
- Bauakademie der DDR – IWG: dito Driesener Straße 21. Abschlußbericht. Modernisierung Küche-Bad-WC. Berlin 1981.
- Bauakademie der DDR – IWG: Abschließende Untersuchungen zur Gebrauchswert-Preis-Analyse zum Experimentalobjekt Driesener Str. 21 (Ergänzung zum Abschlußbericht) Berlin 1981.
- Bauakademie der DDR – IWG und VEB Baukombinat Modernisierung: Technologisches Projekt Driesener Str.21. Berlin 1981.
- Bauakademie der DDR – IWG: Außenwände, Stückfassaden. Vorgefertigte Architektur- und Schmuckelemente. Katalog R 8001 IWA. Berlin 1980.
- Bauakademie der DDR – IWG: Mustertechnologie Taktstraßen. Modernisierung an komplexen Standorten. Taktstraßengröße 100 – 120 WE / Jahr. Katalog R 8005 TMH. Berlin 1980.
- Bauakademie der DDR – WG: Außenanlagen, Abstellereinrichtungen für Müllbehälter. Fertigteil-konstruktionen. Katalog 8007 PHA. Berlin 1980.
- Bauakademie der DDR – IWG: Tragwerke, Dachkonstruktionen, Binderdächer in Holzkonstruktion. Katalog R 8101 IWT. Berlin 1981.
- Bauakademie der DDR – IWG: Baugruppen für die Modernisierung von Küche-Bad/WC. Katalog W 8202 IWS. Berlin 1982.
- Bauakademie der DDR – IWG: Erzeugnislinie Wohnung/Treppenhaus. Grundsatztechnologie für die Instandsetzung und Modernisierung der technologischen Linie Küche-Bad-WC. Katalog W 8310 TLW. Berlin 1983.
- Bauakademie der DDR – IWG: Angebot zum Katalogwerk Bauwesen. Teil Erhaltung und Modernisierung.
- Bauakademie der DDR – ISA: Erhaltung und Modernisierung der Altbausubstanz. Stand und Vorschläge zur Entwicklung. Berlin 1966.
- Bauakademie der DDR – ISA: Katalog: Autorenkollektiv. Städtebauliche Anforderungen an die Weiterentwicklung der Erzeugnisse des Wohn- und Gesellschaftsbaues unter Bedingungen der Umgestaltung der Städte. Autorenkollektiv. Berlin. September 1975.
- Bauakademie der DDR – ISA. Autorenkollektiv: Forschungsvorhaben sozialistischer Städtebau. Erfahrungsbericht Umgestaltung Teil I und II. Berlin. Mai 1976.
- Bauakademie der DDR – ISA: Beiträge zur Städtebau und Architektur. Umgestaltung innerstädtischer Altbaugebiete. Berlin September 1978.
- Bauakademie der DDR – ISA: Technisch-ökonomische Analyse über durchgeführte komplette Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an Wohngebäuden. Berlin Oktober 1978.
- Bauakademie der DDR – ISA : Umgestaltung von Altbauwohngebieten. Methodik Umgestaltung. Berlin. März 1980.
- Bauakademie der DDR – ISA Richtlinie für die städtebauliche Planung und Vorbereitung der Modernisierung und Rekonstruktion in innerstädtischer Altbaugebieten in Fünfjahresplanzeitraum 1981 – 1985. Berlin März 1981.

- Bauakademie der DDR – ISA: Bezirke bauen in Berlin. Berlin 1987.
- Bauakademie der DDR – IPS: Methodische Grundlagen für die Bauzustandserfassung an Wohngebäuden. Berlin August 1983.
- Bauakademie der DDR – IWG: Forschungsergebnis 1978. Analysebericht. Berlin 1978.
- Bauakademie der DDR – IWG: Aufwandskennzahlen für die lang- und mittelfristige Planung und Vorbereitung der Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Berlin. März 1984.
- Bauakademie der DDR – IWG: Wohnung Gebäude Wohnumwelt. Modernisierung in Altbauwohnungen der Baujahre 1870 – 1918. Teil I / 1982.- Teil II / 1983.- Teil III / 1984.
- Bauakademie der DDR – IWG: Systematisierte Informationen über typische Wohngebäude der DDR. Teil 1: Bestimmung der charakteristischen Merkmale der Indexgebäude. Berlin Oktober 1985
- Bauakademie der DDR – IWG: Grundlagen zur Entwicklung von Erzeugnissen und Verfahren zur Instandhaltung Instandsetzung und Modernisierung von Wohnungs- und Gesellschaftsbauten nach 1990. Ergebnis 611. Berlin März 1987.
- Bauakademie der DDR – IWG: Studie Technische Lösungen zur weiteren Konzentration der Sanitär-, Heizung-, Lüftungs- und Elektroinstallation in Wohnungen. Berlin 1988.
- Bauakademie der DDR – IWG: Aufwandskennzahlen für Indexgebäude der traditionell errichteten Wohnbausubstanz. Berlin 10.3.1988.
- Bauakademie der DDR – IWG: Aufwandskennzahlübersicht für die Instandsetzung von mehrgeschossigen Wohngebäuden der Baujahre 1870-1918. Autorenkollektiv. Berlin 30.5.1988.
- Bauakademie der DDR – Inst. f. Ökonomie: Bauökonomische Forschung. Information zur Entwicklung der Aufwendungen für die Erhaltung und Modernisierung der traditionell errichteten Wohnbausubstanz. Autorenkollektiv. Januar 1989.
- Bauakademie der DDR – IWG: Gebäudeatlas. Mehrfamilienwohngebäude der Baujahre 1880-1980. Teil I. Fachwerkbauten und Wohngebäude im Mauerwerksbauweise. Berlin 1990.(Teil II. Block-, Streifen-, Platten- und Skelettbauweise)
- Bauakademie der DDR: Empfehlungen und Hinweise zur technologisch-organisatorischen Grundorientierung in der Instandhaltung im Wohnungsbau. Autorenkollektiv. Berlin März 1979.
- Bauakademie der DDR – IWG: Erhaltung und Rekonstruktion. Technisch-ökonomische Analyse von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen an Altbauten. - 1981.
- Bauakademie der DDR – IWG: Industrialisierung der Bauprozesse in der Modernisierung. Bauinformation Wissenschaft und Technik. Berlin 1984.
- Bauakademie der DDR – ISR: Städtebau und Gesellschaft. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte. Autorenkollektiv. VEB Verlag für Bauwesen. Berlin 1979.
- Information des Ministeriums für Bauwesen. 1982/1: Richtlinie zur weiteren Senkung des Projektierungsaufwands bei den Baumaßnahmen zur Instandsetzung, Modernisierung und Rekonstruktion der Wohnbausubstanz.
- Information des EGV – BRM. 1983/1: Ausgewählte Baugruppen. Für die Modernisierung von Küche/Bad/WC.
- Information des EGV – BRM. 1987/3: Aufwandskennzahlen für Indexgebäude der traditionellen errichteten Wohnbausubstanz. Erzeugnislinie Dach.
- Information des EGV – BRM. 1987/4: dito Aufwandskennzahlen für Indexgebäude der traditionellen errichteten Wohnbausubstanz. Erzeugnislinie Fassade.

- Information des EGV – BRM. 1988/1: Aufwandskennzahlen für Indexgebäude der traditionellen errichteten Wohnbausubstanz. Erzeugnislinie Wohnung, Treppenhaus, Keller.
- Information des EGV – BRM. 1989/1: Auswertung der zentralen Leistungsvergleiche. Durchführung von Niveauvergleichen.
- Information des EGV – BRM. 1985/1: Anwenderdokumentation. Energieeinsparung durch bautechnische Maßnahmen an Altbauwohnungen. Vorzugslösungen.
- Information des EGV – BRM. 1985/2: Anwenderdokumentation. Konstruktiv technologische Lösungen für die Baugruppen der Instandsetzung und Modernisierung von Küche/Bad/WC in Altbauwohnungen der Mittel- und Kleinstädte. Vorzugslösungen.
- Information des EGV – BRM. 1986/1: Anwenderdokumentation. 10 Tage Technologie für die Modernisierung des Küche-/Bad-/WC-Bereichs in bewohnten, mehrgeschossigen Wohngebäuden. Vorzugslösungen.
- Information des EGV – BRM. 1986/I: Anwenderdokumentation. Konstruktiv technische und technologische Lösungen für Fenster und Türen bei der Rekonstruktion, Instandsetzung und Modernisierung von Altbauwohnungen unter weitestgehender Wiederverwendung vorhandener Holzelemente.
- Institut für Denkmalpflege: Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Hauptstadt Berlin I. Autorenkollektiv, Berlin 1984.
- Institut für Denkmalpflege: Die Bau- und Kunstdenkmale in der DDR. Hauptstadt Berlin II. Autorenkollektiv, Berlin 1987.
- Institut für Denkmalpflege: Historischer Abriss. Berlin 1984.
- Institut für Denkmalpflege: Straßenstatut für die Gestaltung der Husemannstraße. Berlin 1984.

Amtliche Dokumente

- Bundesministerium für innerdeutschen Beziehung: Informationen Nr. 21/73: Jeder Wohnungssuchende in der DDR soll bis 1990 eine angemessene Wohnung erhalten.
- Magistrat von Groß-Berlin: Hinweise zur Entwicklung der Altbaugebiete in der Hauptstadt der DDR. Hrsg. Magistrat von Berlin. Berlin 1976.
- Materialien der 3. Tagung der Volkskammer von 1971 – 1986.
- Ministerium für Bauwesen: Grundsatzmaterialien der 5. Baukonferenz. Staatsverlag der DDR Berlin 1969.
- Ministerium für Bauwesen: Diskussionsbeiträge der 5. Baukonferenz. 1. Auflage Staatsverlag der DDR Berlin 1970.
- Ministerium für Bauwesen: 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR Diskussionsbeiträge 1. Auflage Staatsverlag der DDR 1975.
- Ministerium für Bauwesen: 6. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR Schlusswort/Referate. 1. Auflage Staatsverlag der DDR 1975.
- Ministerium für Bauwesen: Protokoll der 7. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. 1. Auflage Staatsverlag der DDR 1980.
- Ministerium für Bauwesen: Protokoll der 8. Baukonferenz des ZK der SED und des Ministerrats der DDR. 1. Auflage. Staatsverlag der DDR 1985.
- Ministerium für Bauwesen: Richtlinie zur besseren Nutzung des baulichen Grundfonds durch Um- und Ausbau, Modernisierung und Erhaltung vom 13.10.1971.
- Ministerium für Bauwesen: Einheitssystem Bau. Berlin 1970.
- Senatsverwaltung für Bau und Wohnungswesen: Stadterneuerung Berlin. Berlin 1990.

- Statistisches Jahrbuch der DDR 1989.
- Statistisches Jahrbuch der DDR 1990.

Gesetze

- Gesetze über den Volkswirtschaftsplan 1972, 1977, 1982 und 1987
- Gesetze über den Fünfjahrplan 1971 – 1975, 1976 – 1980, 1981 – 1985 und 1986 – 1990.
- Verfassung der DDR und Jugendgesetz vom 6.4.1968. Berlin 1978.

Dokumente der Parteitage

- Protokoll der Verhandlungen des VIII. bis zum XI. Parteitages
- Bericht des ZK an den VIII. bis zum XI. Parteitag.
- Direktive des VIII. bis zum XI. Parteitages

Dokumente der Baukonferenzen

- Grundsatzmaterialien des 5. bis zum 8. Baukonferenz.
- Diskussionsbeiträge des 5. bis zum 8. Baukonferenz.
- Referate mit Schlusswort des 5. bis zum 8. Baukonferenz.
- Protokolle des 5. bis zum 8. Baukonferenz.

Archivalien

- Archiv Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg...
- Archiv Bezirk Mitte
- Archiv Bezirk Pankow
- Archiv IEMB
- Archiv Senatsverwaltung
- Berliner Galerie
- Bundesarchiv
- Landesarchiv
- Privatarchiv der Frau Irene Fischer
- Privatarchiv des Herrn Siegfried Kress
- Privatarchiv des Herrn Klaus Poschk

Sonstiges

- Evangelische Kirchengemeinde Sophien, Bezirk Zion. Förderverein Zionskirche e.V.: Entstehung der Gemeinde und Bau der Zionskirche. Berlin. Ohne Jahresangabe.
- Humboldt Universität: Berlin um 1900. Mitteilung aus der kulturwissenschaftlichen Forschung Nr. 21. Berlin 1987
- Raumordnungsreport 1990. Daten und Fakten zur Lage in den ostdeutschen Ländern Hrsg.: Werner Ostwald. Verlag Die Wirtschaft Berlin GmbH. Berlin 1990.
- Artikel aus der Tageszeitung Neues Deutschland vom 20.07.1950, 14.01.1976, 19.02.1976, 29.3.1976 und 10.11.1989.
- Artikel aus der Tageszeitung Berliner Zeitung vom 10.02.1984.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

a.a.O	: am angegebenen Ort
Abb.	: Abbildung
AG	: Arbeitsgruppe
AST	: Aufgabenstellung
AT	: Außentoilette
AZA	: Arbeitszeitaufwand
BA	: Bauakademie
BfS	: Büro für Städtebau
BJG	: Baujahresgruppe
BPK	: Bezirksplankommission
BRSP	: Baureparaturstützpunkt
BWT	: Bauwerksteil
BZS	: Bauzustandsstufe
DG	: Dachgeschoss
DWK	: Deutsche Wirtschaftskommission
EG	: Erdgeschoss
EGV-BRM	: Erzeugnisgruppenverband Baureparaturen und Modernisierung
EKO	: Eisenhütten Kombinat Ost
EW	: Einwohner
EZL	: Erzeugnislinie
GAN :	: Generalauftragsnehmer
GE	: Grundsatzentscheidung
GEB	: Gebäude
GBL	: Gesetzblatt
HAG	: Hauptauftraggeber
HAN	: Hauptauftragnehmer
HGL	: Hausgemeinschaftsleitung
HH	: Hinterhaus
HI	: Hauptinvestor
HNR	: Hausnummer
HO	: Handelsorganisation
Hrsg	: Herausgeber
IAG	: Investitionsauftragsgeber
IBR	: Ingenieurbüro Baureparaturen und Rekonstruktion
IEMB	: Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken
IHZ	: Internationales Handelszentrum
ISA	: Institut für Städtebau und Architektur
IT	: Innentoilette
IVE	: Investitionsvorentscheidung
IWG	: Institut für Wohnungs- und Gesellschaftsbau
KG	: Kellergeschoss
KPK	: Kreisplankommission
KWV	: Kommunale Wohnungsverwaltung
LA	: Landesarchiv
MfB	: Ministerium für Bauwesen

NAN	: Nebenauftragnehmer
ND	: Neues Deutschland
NF	: Nationale Front
NÖS	: Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.
PG	: Planungsgebiet
PGH	: Produktionsgemeinschaft des Handwerks
PV	: Preisverfügungen
PVI	: Planmäßig Vorbeugende Instandhaltung
OG	: Obergeschoss
QG	: Quergebäude
RGW	: Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
SED	: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SF	: Seitenflügel
sh.	: Siehe
SMAD	: Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPK	: Staatliche Plankommission
STAPMO	: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv.
TG	: Teilgebiet
TK	: Teilkomplex
TM	: Tausend Mark
TÖZ	: Technisch-Ökonomische Zielsetzung
URS	: Universelle Rahmenschalung
VBWGZ	: Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Gebäudezählung
VEB	: Volkseigener Betrieb
vgl.	: Vergleiche
VH	: Vorderhaus
VMI	: Volkswirtschaftliche Masseninitiative
VO	: Verordnung
WBS 70	: Wohnungsbauserie (19)70
WE	: Wohneinheit
WFL	: Wohnfläche
ZBE	: Zentrale Baustelleneinrichtung
ZFG	: Zentrale Fachgruppe
ZH	: Zentralheizung
ZK	: Zentralkomitee

Eidesstattliche Versicherung.

Ich versichere hiermit, dass ich die Dissertation selbständig verfasst habe. Dabei habe ich keine anderen Hilfsmittel als die in den Fußnoten sowie im Quellen- und Literaturverzeichnis angegebenen benutzt. Die wörtlich, inhaltlich und bildlich übernommenen Stellen aus anderen Quellen sind als solche mit Angabe des Urhebers kenntlich gemacht worden. Die Versicherung bezieht sich auch auf die in der Arbeit gelieferten Pläne, Zeichnungen, Skizzen, Fotos, Tabellen und andere bildliche Darstellungen.

Des Weiteren versichere ich, dass weder diese Dissertation noch Teile dieser Dissertation bisher veröffentlicht wurden.

Die dem Verfahren zugrunde liegende Promotionsordnung der Technischen Universität Berlin vom 23.10.2006 ist mir bekannt.

Ich habe keine Promotionsabsicht und keine Promotionsverfahren bei einer anderen Hochschule oder Fakultät beantragt.

Sigit Atmadi

